Digitale Reprints

Dokserver des Zentrums
für Zeithistorische Forschung Potsdam
http://zeitgeschichte-digital.de/Doks

Jan C. Behrends

Die erfundene Freundschaft. Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Reprint von:
Jan C. Behrends, Die erfundene Freundschaft. Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR, Böhlau Köln, 2006 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 32), ISBN 978-3-412-23005-0

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

ZENTRUM FÜR ZEITHISTORISCHE FORSCHUNG POTSDAM

Zitationshinweis:

Jan C. Behrends (2006), Die erfundene Freundschaft. Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Ursprünglich erschienen als: Jan C. Behrends, Die erfundene Freundschaft. Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR, Böhlau Köln, 2006 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 32), ISBN 978-3-412-23005-0

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Die erfundene Freundschaft

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 32

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Jan C. Behrends

Die erfundene Freundschaft

Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR

2006
BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft
und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

Bliskim

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
http://dnb.ddb.de abrufbar.

Zugl. Diss. phil., Universität Potsdam, 2004

Umschlagabbildung:
Massenumzug während der 3. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden,
Berlin, August 1951 (Sammlung des Deutschen Historischen Museums, Berlin)

© 2006 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln
Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11
info@boehlau.de
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in Germany

ISBN 978-3-412-23005-0 / ISBN-10 3-412-23005-7

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Inhalt

Einleitung 9
1. Fragestellung 10
2. Methoden und Begriffe 13
3. Forschungsstand und vergleichende Perspektive 18
4. Quellen und Gliederung 24

KAPITEL 1
Propaganda und Krieg 1939–1944 29
1. Das Schlachtfeld der Diktatoren 30
1.1 Die nationalsozialistische Besatzungspolitik 31
1.2 Die sowjetische Besatzungspolitik 32
1.3 Das Ende der deutsch-sowjetischen Polenpolitik: Unternehmen „Barbarossa“ 37
2. Moskauer Weichenstellungen: Die Rhetorik der „Nationalen Front“ 38
2.1 Das polnische Exil 40
2.2 Das deutsche Exil 44

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

KAPITEL 2

Der utopische Ort: Die Sowjetunion in der Propaganda der Nachkriegszeit ... 49

1. Traditionen und Formen des Sowjetuniondiskurses ... 50
2. Der Kampf um die „Wahrheit" in der Schlacht der Ideologien ... 54
3. Schaufenster, Zentrum und Versprechen: Moskau, das Rom des Stalinismus ... 57
4. Sowjetische Mythen: Von der Revolution zum „vaterländischen Krieg" ... 64
5. Teile des harmonischen Ganzen: „Volksbildung", Wissenschaft und Religion ... 69
6. Sozialistischer Aufbau: Der Neue Mensch im neuen Werk ... 75
7. Sowjetische Frau – sowjetische Jugend ... 78
8. Die politische Geographie der Sowjetunion ... 81
9. Land der Wunder – Sowjetischer Alltag – Staat der Zukunft ... 84

KAPITEL 3

Die Erfindung der Freundschaft 1944–1949 ... 91

1. Polen 1944–1947: Die Erfindung der Freundschaft aus dem Geiste des Panslawismus ... 92
   - 1.1 Lubliner Polen: Das Manifest des PKWN ... 92
   - 1.2 Die Zeit der polnisch-sowjetischen „Doppelherrschaft" ... 95
   - 1.3 Die Gründung der TPPR ... 101
   - 1.4 Das Referendum und der Ausbau der TPPR ... 107
2. Sowjetische Besatzungszone 1945–1947: Zwischen Gewalterfahrung und Kulturpropaganda ... 118
   - 2.1 Auf der Suche nach Mitreisenden: Kultur und Antifaschismus ... 120
   - 2.2 Eine Welt voller Gegner: Die deutsche Öffentlichkeit im sowjetischen Blick ... 124
   - 2.3 Der Wahlschock im Herbst 1946 und die sowjetische Propagandaoffensive ... 127
3. Von der pragmatischen zur utopischen Sowjetisierung ... 131
4. Polen 1948–1949: Stoßrichtung Kulturrevolution ... 135
   - 4.1 30 Jahre „Oktober": Freundschaftskampagnen im Kalten Krieg ... 135
   - 4.2 Vorwurf Mißtrauen: Die Ablösung Gomułkas und die neue Rede über die Sowjetunion ... 138
   - 4.3 Ein sowjetischer Marschall wird Pole: Rokossowskis Homecoming ... 141

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

5. Die Erfindung der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft 1947–1949 149
5.1 Das Studium der Kultur der Sowjetunion 150
5.2 „Über die Russen und über uns" – die neue Wahrheit 155
5.3 Mobilisierung durch Massenorganisation: Der Ausbau der DSF 158
5.4 Gemischte Signale: Nationale Front und Sowjetuniondiskurs 161
6. Die Erfindung der Freundschaft im Vergleich 167

KAPITEL 4

Die Große Freundschaft 1949–1955 171
1. Führerkult: Der Stalin-Kult in Polen und der DDR 172
1.1 Der Stalin-Kult im historischen Kontext 173
1.2 „Der Verteidiger Polens" 176
1.3 Führer und Geführte in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1948 183
1.4 Die Stalinfeiern 1949 in Polen 190
1.5 Von der SBZ zur DDR: Staatsgründung und Stalinkampagne 198
1.6 „Bannerträger des Weltfriedens": Der Stalin-Kult 1950–1953 217
2. Gesellschaft als Klassenzimmer: Die Monate der Freundschaft 1948–1955 226
2.1 Die Ordnung der Kampagne 227
2.2 Siegeszüge der Musik 233
2.3 Innen gleich außen: Probleme des Berichtswesens im Propagandastaat 238
3. Organisierte Agitation:
Der Kult der Großen Freundschaft in seinen Ausprägungen 240
3.1 Die Freundschaftsgesellschaften als Massenorganisationen 1949–1955 241
3.2 Orte der Freundschaft: Hütten und Paläste 254
3.3 Freundschaft in der Freundschaft: Polen und die DDR 263
3.4 Die westlichen Medien als Gegenöffentlichkeit 273
4. Die Große Freundschaft: Vergleichende Betrachtungen 280

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

KAPITEL 5

Krisen der Freundschaft: Stalins Tod, der 17. Juni 1953 und das Jahr 1956 ... 287

1. Stalins Tod: Auftakt zu einem Krisenjahr im Kalten Krieg ... 289
   1.1 Inszenierte Trauer in Warschau und Berlin ... 290
   1.2 Jenseits der Trauergesänge: Stimmungen der Bevölkerung ... 295
2. Der 17. Juni 1953 als Krise der Freundschaft ... 305
   2.1 Freundschaftspropaganda vor der Junikrise ... 307
   2.2 Symbolische Gewalt: Der Bildersturm am 17. Juni ... 313
   2.3 Nach dem Aufstand: Diskussionen in der Bevölkerung ... 320
   2.4 Nach dem Aufstand: Die Reaktion des Propagandastaates ... 323
3. Das „polnische Jahr" 1956 ... 328
   3.1 Von Moskau nach Posen: Der Weg in die polnische Krise ... 332
   3.2 Die Tradition des Aufstandes: Der Posener Juni ... 337
   3.3 Der „polnische Oktober": Gomułkas antisowjetisches Charisma ... 341
4. Ein deutscher Juni und ein polnischer Oktober: Vergleichende Betrachtungen zur Krise des Propagandastaates ... 349

KAPITEL 6

Epilog: Der lange Herbst der Großen Freundschaft 1957–1989 ... 353

Resümee ... 373

Anhang ... 379

1. Abkürzungsverzeichnis ... 379
2. Quellenverzeichnis ... 383
3. Literaturverzeichnis ... 395
4. Anmerkung zu Ortsnamen, zur Übersetzung und zur Transliteration ... 432

Personenregister ... 433

Danksagung ... 437

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Einleitung

„Die staatliche Propaganda des Kommunismus wird letzten Endes zum Vernichtungsmittel jeder Spur bürgerlichen Bewußtseins und zur mächtigsten Waffe für die Schaffung einer neuen Ideologie, neuer Gedankengänge, neuer Weltauffassung dienen."

N.I. Bucharin und E.A. Preobraženskij, 1919[1]

„It is our belief that the Russians are the worst propagandists, the worst public relations people, in the world."

John Steinbeck mit Robert Capa, 1948[2]

Der Soziologe Zygmunt Bauman hat für den umfassenden Herrschaftsanspruch moderner Staaten den Begriff des „Gärtner-Staates" geprägt. Er sieht in der Moderne „das Zeitalter artifizieller gesellschaftspolitischer Entwürfe, das Zeitalter der Planer, Visionäre – und der ‚Gärtner', die eine Gesellschaft als jungfräuliches Stück Land ansehen, das unter fachmännischer Obhut zu bestellen und zu kultivieren ist."[3] Die historische Forschung hat sich Baumans Metapher angeeignet, um die radikale Bevölkerungspolitik moderner Staaten zu beschreiben, die in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts zu Vertreibung, Terror und Genozid führte.[4] Doch der Ehrgeiz moderner Diktaturen beschränkte sich nicht auf die Säuberung des Gesellschaftskörpers. Vielmehr zielten viele Unternehmungen des „Gärtner-Staates" auf Seele und Bewußtsein, auf Gefühle und Einstellungen der Menschen. Derartig ent-

1 Zitat nach Nikolaj I. Bucharin/Jewgenij A. Preobraschenskij, Das ABC des Kommunismus. Populäre Erläuterung des Programms der kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki), Zürich 1985, S. 425.

2 John Steinbeck, A Russian Journal. With Photographs by Robert Capa, New York, NY 1999, S. 30.

3 Zygmunt Bauman, Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust, Hamburg 1992, S. 128.

4 Siehe die Beiträge in: Amir Weiner (Hg.), Landscaping the Human Garden. Twentieth Century Population Management in a Comparative Framework, Stanford, Cal. 2003; zu Bevölkerungspolitik und Genozid, der stets an utopisches Denken gekoppelt war, siehe in transnationaler Perspektive: Norman M. Naimark, Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth Century Europe, Cambridge, Mass./London 2001; Eric D. Weitz, A Century of Genocide. Utopias of Race and Nation, Princeton, NJ 2003; im deutsch-polnischen Vergleich: Michael G. Esch, „Gesunde Verhältnisse". Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik in Ostmitteleuropa 1939–1950, Marburg 1998.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

grenzte Machtansprüche entwickelten insbesondere kommunistische Diktaturen. Sie gaben sich mit der Gewalt über den Gesellschaftskörper nicht zufrieden und wollten, einem Projekt der autoritären Aufklärung verpflichtet, mit Erziehung und Propaganda auf das Bewußtsein der Beherrschten einwirken. Parallel zu ihren Repressionsapparaten, deren Aufgabe Kontrolle und Disziplinierung waren, schufen die kommunistischen Diktaturen eine eigene Bewußtseinsindustrie. Schließlich sollte die ideale neue Gesellschaft – im Baumanschen Sinne – ein geordneter, schöner Garten sein, in dem traditionelle Werte, gegnerische Ideologien und unbequeme Erinnerungen keinen Platz mehr hatten. Denn für die diktatorische Herrschaft galt: „Dieser Gärtner haßt das Unkraut, das Häßliche inmitten des Schönen, die Unordnung inmitten der Ordnung."[5] Der Gärtner-Staat besaß ein Janusgesicht. Er war Vernichter und Erzieher zugleich. Deshalb widmeten sich kommunistische Diktaturen – mit Bertolt Brecht gesprochen – der *Erziehung der Hirse*: In ihnen war Propaganda Teil eines radikalen *social engineering*.[6] Die vorliegende Studie widmet sich der kommunistischen Propaganda, deren Ziel nach Bucharin die *Vernichtung jeder Spur* des falschen Bewußtseins sein sollte.

In seiner *Erziehung der Hirse* nannte Brecht Stalin den „großen Ernteleiter", und in der sozialistisch-realistischen Literatur wurde der sowjetische Diktator häufig als Gärtner dargestellt.[7] Dies unterstreicht die Anschlußfähigkeit der Baumanschen Metapher an das bolschewistische Projekt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges trat Stalin in dieser Paraderolle nicht mehr nur in der Sowjetunion auf. Im Sommer 1950 lief in Polen und der DDR der sowjetische Monumentalfilm *Der Fall von Berlin* [Padenie Berlina] an, in dem Stalin in einer Schlüsselszene, den Garten seiner Datscha bewirtschaftend, den Protagonisten empfängt. Die Diskursgemeinschaft des großen Gartens hatte sich vergrößert. Die Sowjetunion hatte den Propagandastaat nach Westen exportiert. In den Kinos zwischen Magdeburg und Białystok wurde im Sommer 1950 die gleiche hochstalinistische *pulp fiction* gezeigt wie in der UdSSR. Der „große Ernteleiter" war in der Öffentlichkeit Ostmitteleuropas zu einer omnipräsenten Figur geworden, und die sowjetische Ordnung begann sich in den Gesellschaften Ostdeutschlands und Polens einzuwurzeln. Der große Gärtner und seine Gehilfen bestellten nun ein weiteres Feld.

1. Fragestellung

Diese Studie analysiert die Ausweitung des stalinistischen Propagandastaates nach Polen und in die SBZ/DDR am Beispiel der Propaganda für die Sowjetunion. Der Transfer der Diskursfigur der *Großen Freundschaft der Völker* und die Erfindung der *Freundschaft zur Sowjetunion* stehen im Zentrum der Untersuchung. Anhand dieser Prozesse läßt sich der

5 Bauman, Dialektik der Ordnung, S. 106.

6 Vgl. die Mitschurinsche Erziehungsutopie bei Bertolt Brecht: Die Erziehung der Hirse. Nach dem Bericht von G. Fisch „Der Mann, der das Unmögliche wahrgemacht hat" [1950], in: ders: Gesammelte Werke, Band 10, Gedichte 3, Frankfurt am Main 1982, S. 979–992, die ein Bild vom Gärtner-Staat als Zerstörer und Erzieher zeichnet.

7 Vgl. Katerina Clark, The Soviet Novel. History as Ritual, Chicago, Ill./London 1985, S. 91–168.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Versuch der kommunistischen Diktaturen beschreiben, eine repräsentative Öffentlichkeit zu schaffen die gleichzeitig der Inszenierung von Affirmation und der Umerziehung der Beherrschten dienen sollte. Schon in Rußland hatten die Bolschewiki demonstriert, daß die Umerziehung des menschlichen Bewußtseins in ihren säkularisierten Erlösungsvorstellungen einen hohen Stellenwert hatte.[8] Dazu war die Kontrolle des öffentlichen Raums und seine Bewirtschaftung durch den Propagandaapparat eine Grundvoraussetzung. Diese Arbeit versteht sich als Beitrag zur transnationalen Propagandageschichte, zur vergleichenden Diktaturforschung und zur Geschichte der Öffentlichkeit im 20. Jahrhundert.

Nach der Eroberung durch die Rote Armee, die im Verbund mit dem NKVD die politische Macht für die Kommunisten sicherte, standen die Herrschenden im Lubliner Polen und in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bald vor ein und demselben Dilemma. Während in ihren eigenen Reihen die Sowjetunion oft kultisch verehrt wurde, fürchtete oder verachtete sie die Bevölkerungsmehrheit in Polen und Deutschland.[9] In beiden Gesellschaften waren die Antipathien gegen Rußland bzw. die Sowjetunion zugleich historisch verwurzelt und durch die Erfahrungen der Weltkriegsepoche bestätigt. Selbst in der auf Gewalt gegründeten kommunistischen Diktatur konnten die Herrschenden dieses Problem nicht ignorieren. Im Gegenteil: Da sie an die Formbarkeit des Bewußtseins glaubten, konnten sie vor der allgemeinen Ablehnung nicht zurückweichen. Mit ihrem utopischen Ziel einer widerspruchsfreien Gesellschaft setzten sie sich selbst unter Druck. Wollten sie es erreichen, mußte die Umerziehung erfolgreich verlaufen. Die eigene Gesellschaft sollte zu einer Gemeinschaft von Freunden der Sowjetunion geformt werden. Was können wir mit dem Abstand eines halben Jahrhunderts über dieses Unterfangen sagen?

Die erkenntnisleitenden Fragen dieser Studie lassen sich zu drei Blöcken verdichten. Dabei stehen die Machtstrukturen (I), der Herrschaftsdiskurs (II) und die Rezeption der Propaganda (III) im Zentrum des Forschungsinteresses:

I.

Mit welchen Mitteln versuchte der Propagandastaat die Bevölkerung zu erreichen? Wie nutzten die Staatsparteien Massenorganisationen, Kampagnen und Massenfeste? Welchen Einfluß übte die Sowjetunion aus und wieviel Gestaltungsspielraum hatten polnische und deutsche Instanzen? Wo stießen die Regime an die Grenzen der Mobilisierung? Wie reagierte der Propagandaapparat in Polen und der DDR nach 1953 auf die Entstalinisierungskrisen?

8 Vgl. Igal Halfin, From Darkness to Light. Class, Consciousness, and Salvation in Revolutionary Russia, Pittsburgh, Pa. 2000, S. 86–148.

9 Aufgrund der massiven Verfolgungen polnischer Kommunisten im Zuge des Großen Terrors existierte in ihren Reihen ein distanzierteres Verhältnis zur Sowjetunion und auch unter den deutschen Kommunisten gab es unterschiedliche Stufen von Loyalität. Entscheidend für die Fragestellung dieser Arbeit ist, daß in der Stalinzeit alle Kommunisten ein uneingeschränkt positives Bild der Sowjetunion verinnerlicht haben *sollten*. Zur Verfolgung ausländischer Kommunisten in der Sowjetunion während des Großen Terrors, siehe William J. Chase, Enemies within the Gates? The Comintern and the Stalinist Repression, 1934–1939, New Haven, Conn./London 2001.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

II.

Wie konstruierte die Propaganda die Freundschaft zur Sowjetunion? Wo schloß man an sowjetische Diskurse an, wo griffen die Parteistaaten auf ältere oder eigene Konstrukte zurück? Welche sowjetischen Rituale übernahmen die Regime, welche neuen Traditionen erfanden sie? Was können wir über die Sprache der Propaganda und die Selbstreflexion der Apparate sagen? Wie veränderte sich der Herrschaftsdiskurs zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Entstalinisierung?

III.

Wie war die Öffentlichkeit in Polen und der DDR in der stalinistischen Epoche strukturiert? Wie läßt sich die Wirkungsmächtigkeit der Propaganda für die Sowjetunion einschätzen? Welche Rolle spielte das kommunikative Gedächtnis der Menschen bei der Rezeption der Propaganda? Welche Beziehungen existierten zwischen der repräsentativen Öffentlichkeit und den Gegenöffentlichkeiten? Wie wirkten sich die Gegenpropaganda des Westens und der Kalte Krieg aus?

Die Studie fragt zugleich nach den Intentionen der Herrschenden und nach der durch materielle oder kulturelle Grenzen bestimmten Herrschaftswirklichkeit. Sie nimmt den totalitären Anspruch der Staatsparteien ernst, versucht jedoch, den Fehler zu vermeiden, diesen Anspruch und seine Abbildungen in der repräsentativen Öffentlichkeit mit der gesellschaftlichen Realität zu verwechseln.[10] Den engeren Untersuchungszeitraum bilden die Jahre 1944/45 bis 1957. Damit umschließt die Studie die Epoche der Sowjetisierung, die in ihrer fortschreitenden Radikalisierung und durch ihren Bezug auf das sowjetische System der dreißiger Jahre eine Stalinisierung war, und endet mit der akuten Herrschaftskrise, die den sowjetischen Block in den Jahren 1953 bis 1957 erschütterte. Am Ende steht ein vergleichender Ausblick auf die Zeit bis 1989. Über diesen Zeitraum hinaus bilden die sowjetische Gesellschaft und die Weltkriegsepoche insgesamt den notwendigen Referenzrahmen. Die Sowjetunion steht in doppelter Hinsicht im Fokus dieser Arbeit: als ideologisches Konstrukt und als reale Hegemonialmacht, die auf die Gestaltung der Propaganda Einfluß nahm. In einem breiten Zugriff, der auch den Kalten Krieg als stets präsentes Hintergrundgeräusch einbezieht, soll das kommunistische Umerziehungsprojekt erklärt werden. Räumlich beschränkt sich die Untersuchung auf die Volksrepublik Polen sowie das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone, das ab 1949 die DDR bildete.

10 Zur Debatte über die Grenzen der Totalitarismustheorie wie auch die Grenzen diktatorischer Durchherrschung vgl. am Beispiel der DDR-Geschichte: Ralph Jessen, Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der DDR, in: GG 21 (1995), S. 96–110; Richard Bessel/Ralph Jessen, Einleitung, in: dies. (Hg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 7–24; Thomas Lindenberger, Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: ders. (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 13–44; siehe auch den Aspekt des Vergleichs einschließend: Günther Heydemann/Detlef Schmiechen-Ackermann, Zur Theorie und Methodologie vergleichender Diktaturforschung, in: Günther Heydemann/Heinrich Oberreuther (Hg.), Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen, Bonn 2003, S. 9–54.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

2. Methoden und Begriffe

Um die Propaganda für die Sowjetunion im Spannungsfeld zwischen sowjetischer, polnischer und deutscher Geschichte zu erforschen, bedarf es einer Herangehensweise, die politik-, sozial- und kulturgeschichtliche Elemente verbindet. Es ist mittlerweile ein Allgemeinplatz, daß eine Sozialgeschichte der kommunistischen Diktaturen erst mit dem politikgeschichtlichen Hintergrund sinnvoll wird. Denn in der „durchherrschten Gesellschaft" (Alf Lüdtke) hatte der Parteistaat die Möglichkeit, bis in die basalen Verästelungen sozialer Beziehungen einzugreifen – und er scheute davor nicht zurück. Um Propagandageschichte zu schreiben, erscheint es geboten, entlang der von Reinhart Koselleck beschriebenen großen Linien den Blick zugleich auf die sozialen Strukturen und auf die Sprache zu lenken, da die politische Semantik einen „Verständnisschlüssel" zur Analyse moderner Gesellschaften bietet.[11] Die Sprache des Kommunismus war eng mit dem politischen System verwachsen. Es existierte ein Herrschaftsdiskurs, der absolute Deutungsmacht beanspruchte. In ihm produzierte die kommunistische Diktatur ihre eigenen Wahrheiten, die sie den Menschen einpflanzen wollte. Die Bevölkerung mußte unter diesen Wahrheiten und inmitten dieser Diskurse leben. Im Sinne Michel Foucaults mußte sie lernen, daß „die Wahrheit Gesetz macht; es ist der wahre Diskurs, der zumindest teilweise entscheidet und Machtwirkungen mit sich führt und vorantreibt. Schließlich werden wir beurteilt, verurteilt, klassifiziert und zu Aufgaben gezwungen, wird uns eine bestimmte Art zu leben und zu sterben entsprechend wahrer Diskurse mit spezifischen Machtwirkungen auferlegt."[12] So repräsentierte der Propagandadiskurs einen umfassenden Machtanspruch, eine eigene Wert- und Wahrheitsordnung, die sich im geschlossenen und selbstreferentiellen Herrschaftsgefüge des Stalinismus herausbildete. Diese Spezifika des sowjetischen Herrschaftsdiskurses ließen seinen Transfer in andere Gesellschaften zunächst unwahrscheinlich erscheinen, und tatsächlich haftete der Herrschaftsrepräsentation in Polen und der DDR das Stigma des Fremden, der Hautgout des Oktroi an. Doch im instrumentellen Denken der Kommunisten sollte gerade das sowjetische Vorbild die eigene Macht verstärken: „Das Vorbild ist das lebende oder zum Leben erweckte Gesetz; es ermöglicht, die Gegenwart zu beurteilen und sie einem Gesetz zu unterwerfen, das stärker ist als sie selbst. Das Vorbild ist in gewisser Weise die Glorie des Gesetzes, das Gesetz, das sich im Glanz seines Namens sonnt."[13] Das sowjetische Vorbild war Hegemonialmacht und utopischer Ort zugleich. Diese Doppelstruktur macht den vorliegenden Fall besonders interessant und komplex. Die Sowjetunion war als diskursives Konstrukt und als reale Macht in Ostmitteleuropa präsent. Neben dem

11 Reinhart Koselleck, Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte, in: ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main [4]2000, S. 107–129, der Begriff S. 113.

12 Michel Foucault, In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975–76), Frankfurt am Main 1999, S. 39. Den Diskursbegriff verwende ich in der von Michel Foucault begründeten Tradition. Vgl. ders., Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt am Main 1996. Zu Foucault als Historiker siehe Ulrich Brieler, Foucaults Geschichte, in: GG 24 (1998), S. 248–282; ders., Blind Date. Michel Foucault in der deutschen Geschichtswissenschaft, in: Axel Honneth/Martin Saar (Hg.), Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault Konferenz 2001, Frankfurt am Main 2003, S. 311–334.

13 Foucault, In Verteidigung der Gesellschaft, S. 85.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Blick auf die Macht der Diskurse und die Diskurse der Mächtigen gilt es ergänzend, die Begriffe *Öffentlichkeit* und *Propaganda* für diese Arbeit zu profilieren und nach den *Rezeptionsbedingungen* von Propaganda zu fragen.

Die Analyse der Öffentlichkeiten moderner Gesellschaften gilt als Desiderat historischer Forschung.[14] Dabei bemüht sich die Geschichtswissenschaft seit einiger Zeit, den von Jürgen Habermas geprägten normativen Öffentlichkeitsbegriff durch ein flexibleres Verständnis zu ersetzen.[15] Diese Abkehr vom Habermasschen Modell geht mit Versuchen einher, die Geschichte von Öffentlichkeiten in autoritär durchherrschten bzw. diktatorisch verfaßten Gesellschaften zu schreiben. So sollte auch asymmetrische Kommunikation erforscht werden, da „scheinbar non-kommunikative Informations- und Manipulationsversuche durchaus als Formen der Kommunikation verstanden und analysiert werden müssen."[16] Die historische Forschung sollte untersuchen, wie kommunistische Diktaturen ihren Anspruch auf totale Kontrolle des öffentlichen Raumes durchzusetzen versuchten. Denn trotz ihrer Vorliebe für das Geheimnis, ihres Bestrebens, ihren Arkanbereich vor Einblicken der Beherrschten abzuschotten, waren die Staatsparteien von der öffentlichen Darstellung ihrer Herrschaft besessen. Kommunistische Herrschaft war immer auch visualisierte Herrschaft. Der öffentliche Raum verwandelte sich in ein Schaufenster der Werte des Regimes, und diese permanente Präsenz des Parteistaates allein sollte bereits erzieherisch wirken. Als Bezeichnung der offiziellen Sphäre in der kommunistischen Diktatur habe ich den von Jürgen Habermas geprägten Begriff der *repräsentativen Öffentlichkeit* gewählt. Hier folgt die Studie nur begrifflich der von Habermas begründeten Tradition, konzeptionell lehnt sie sich an das Modell von repräsentativer Öffentlichkeit als – potentiell transnationales – Kommunikationssystem an.[17]

---

14 Vgl. bspw. Kurt Imhof, „Öffentlichkeit" als historische Kategorie und Kategorie der Historie, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 46 (1996), S. 3–25; Jörg Requate, Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse, in: GG 25 (1999), S. 5–32; Karl Christian Führer/Knut Hickethier/Axel Schildt, Öffentlichkeit – Medien – Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung, in: AfS 41 (2001), S. 1–38. Siehe auch als internationalen Überblick Lyn Gorman/David McLean, Media and Society in the Twentieth Century. A Historical Introduction, Malden, Mass./Oxford/Melbourne u.a. 2003.

15 Vgl. Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft [1962], Frankfurt am Main 1999. Zur Habermasrezeption in der Demokratietheorie siehe Bernhard Peters, Deliberative Öffentlichkeit, in: Lutz Wingert/Klaus Günther (Hg.), Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit. Festschrift für Jürgen Habermas, Frankfurt am Main 2001, S. 655–677. Zur Geschichte des Begriffes Öffentlichkeit im deutschen Kontext, siehe Lucian Hölscher, Öffentlichkeit, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Band 4, Stuttgart 1978, S. 418–467.

16 Andreas Gestrich, Absolutismus und Öffentlichkeit. Politische Kommunikation in Deutschland zu Beginn des 18. Jahrhunderts, Göttingen 1994, S. 14. Siehe auch am Beispiel der Inszenierung der Herrschaft Ludwig des XIV.: Peter Burke, The Fabrication of Louis XIV., New Haven, Conn. 1992. Auf die strukturellen Äquivalenzen zwischen der Öffentlichkeit in absolutistisch verfaßten Monarchien und in kommunistischen Diktaturen verweist auch Dietrich Beyrau, Macht und Öffentlichkeit im Sozialismus. Einführung, in: JGO 50 (2002), S. 161–162.

17 Vgl. zum 19. Jahrhundert Johannes Paulmann, Pomp und Politik. Monarchenbegegnungen in Europa zwischen Ancien Régime und Erstem Weltkrieg, Paderborn/München/Wien u.a. 2000, zu Begriffen und Methode S. 20ff., S. 47–55.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Zu den konstituierenden Elementen der repräsentativen Öffentlichkeit des Stalinismus gehörten der Führerkult, die konzertierten Mobilisierungskampagnen und die toponymischen Signalakte, die der Propagandastaat organisierte.[18] Die kommunistischen Staatsparteien strebten die Kontrolle, Steuerung, sogar die vollständige Bewirtschaftung des öffentlichen Raumes an. Durch die Dominanz der parteistaatlichen Instanzen und Diskurse handelte es sich um eine stark entdifferenzierte Öffentlichkeit, die primär als Verstärker und Resonanzboden der Propaganda- und Erziehungskampagnen konzipiert war. Sie war von asymmetrischer Machtverteilung gekennzeichnet. Der Parteistaat vollzog hier symbolische Handlungen, Rituale und Zeremonien, die sich seit 1917 und insbesondere im Zuge der Kulturrevolution der dreißiger Jahre herausgebildet hatten.[19] Im Rahmen der Sowjetisierung wurden diese Praktiken sukzessive auf Ostmitteleuropa ausgedehnt. Im Kalten Krieg war es schließlich ein Ziel der sowjetischen Führung, eine transnationale repräsentative Öffentlichkeit aufzubauen, die nach innen und außen den sowjetischen Block darstellen sollte.

Die repräsentative Öffentlichkeit war nicht nur eine Inszenierung jenseits der grauen Wirklichkeit der Normalbürger. Im sowjetischen Potemkinismus spielten neben der Presse immer auch Teile der Beherrschten einen ihnen zugewiesenen Part.[20] Als Statisten stellten sie mitten in der beklemmenden Gegenwart die sozialistische Zukunft dar. Doch nicht primär durch die Partizipation an der Inszenierung, sondern durch die autoritären Erziehungsstrukturen banden die Parteistaaten die Bevölkerung ein. Innerhalb des sowjetischen Blocks läßt sich der öffentliche Raum als Klassenzimmer beschreiben. Hinter dem Pult standen hier die vom Regime bestallten autoritären Aufklärer, die den sowjetischen Herrschaftsdiskurs in einer Endlosschleife wiederholten. Daß gegen renitente Schüler mit Meldungen an die Schulleitung oder gelegentlich auch vor dem Klassenkollektiv mit einem großen Stock vorgegangen wurde, versteht sich. Weite Teile der Gesellschaft bis tief in die Reihen der Staatsparteien hinein fanden sich in der Schülerrolle wieder und sahen sich mit der Forderung konfrontiert, den Herrschaftsdiskurs zu reproduzieren. Doch trotz des strikten Verbotes wurde in den hinteren Reihen viel getuschelt. Verärgert nahmen die autoritären Aufklärer zur Kenntnis, wie die Lernenden versuchten, Kontakt zur Welt außerhalb des Klassenzimmers aufzunehmen. Dieses Bild der Gesellschaft als Erziehungsanstalt soll deutlich machen, wie autoritär die repräsentative Öffentlichkeit, die sich nach außen mit Schauspielen der Partizipation schmückte, in ihrem Kern strukturiert war. In dieser Arbeit soll der Versuch unternommen werden, die spezifischen Dynamiken zu erklären, die diese

18 Siehe zum folgenden auch ausführlich: Gábor T. Rittersporn/Malte Rolf/Jan C. Behrends, Von Schichten, Räumen und Sphären: Gibt es eine sowjetische Ordnung von Öffentlichkeiten? Einige Überlegungen in komparativer Perspektive, in: dies. (Hg.), Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs/Public Spheres in Soviet Type Societies, Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a. 2003, S. 389–422, besonders S. 390f., S. 402f. Siehe auch mit leicht abweichender Begrifflichkeit den Vergleich zwischen der Öffentlichkeit des NS-Staates und der DDR bei Adelheid von Saldern, Öffentlichkeiten in Diktaturen. Zu den Herrschaftspraktiken im Deutschland des 20. Jahrhunderts, in: Günther Heydemann/Heinrich Oberreuther (Hg.), Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen, Verhaltensweisen, Bonn 2003, S. 442–475.

19 Zu Ritualen und politischer Macht in der modernen Politik vgl. David I. Kertzer, Ritual, Politics and Power, New Haven, Conn./London 1998.

20 Zum *Potemkim village* vgl. Sheila Fitzpatrick, Stalin's Peasants. Resistance and Survival in the Russian Village after Collectivization, New York, NY/Oxford 1994, S. 262–285.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Sphäre dennoch prägten. Denn die Absicht, den öffentlichen Raum total zu durchherrschen, mußte auf seiten des Regimes zu einer Überforderung der Kräfte, zum internen *imperial overstretch* führen.

Der Terminus der repräsentativen Öffentlichkeit führt zu einem weiteren Schlüsselbegriff. Der oben beschriebene öffentliche Raum in der kommunistischen Diktatur war der Aktionsraum des *Propaganda*staates. Im Stalinismus dominierte Propaganda die offizielle Sphäre und war das Instrument, das zur zielgerichteten Beeinflussung der Beherrschten dienen sollte.[21] Wie im epigrammatischen Zitat aus dem *ABC des Kommunismus* formuliert, hatte das bolschewistische Regime starke Hoffnungen auf die Kraft seiner Propaganda gesetzt. Im Gegensatz zum heutigen Sprachgebrauch besaß der Begriff für die kommunistischen Parteien keine negative Konnotation. Die Regime bemühten sich, mit Hilfe der Propaganda größere Legitimität zu erringen und das Vertrauen in ihre Herrschaft zu vergrößern. In dieser Studie beschreibt der Begriff Propaganda jene Unternehmungen des Parteistaates, die darauf abzielten, seine Werte und Normen zu verankern, das Bewußtsein zu verändern, Gefühle hervorzurufen und Narrative zu vermitteln, um so Verhalten und Einstellungen der Menschen mit den utopischen Zielen des Regimes zur Deckung zu bringen. Die kommunistische Bewußtseinsindustrie produzierte zu diesem Zweck einen allgemeinverbindlichen Herrschaftsdiskurs, eine Meistererzählung von der glorreichen Vergangenheit, den eigenen „Errungenschaften" und der goldenen Zukunft.[22] Neben die Vermittlung der großen Erzählungen und der ideologischen Grundlagen trat dabei im Kalten Krieg das Tagesgeschäft der Nachrichteninterpretation. Letztlich waren diese beiden Dimensionen von Propaganda eng verbunden und die Instanzen der Parteistaaten ständig mit der Verbreitung der jeweils aktuellen Weltdeutung beschäftigt.

Die starke Abhängigkeit moderner Diktaturen von Propaganda hat die klassische Totalitarismustheorie bereits früh beschrieben.[23] Wenngleich die Totalitarismustheorie ähnlich wie

21 Vgl. zur Begriffsgeschichte im deutschen Kontext: Wolfgang Schieder/Christof Dipper, Propaganda, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Band 5, Stuttgart 1984, S. 69–112. Siehe auch Ute Daniel/Wolfram Siemann, Historische Dimensionen der Propaganda, in: dies. (Hg.), Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung 1789–1989, Frankfurt am Main 1994, S. 7–20. Für einen weiten Propagandabegriff plädiert Jacques Ellul, Propaganda. The Formation of Men's Attitudes [1965], New York, NY 1973. Zur neueren propagandageschichtlichen Forschung siehe Jeffrey Verhey: Neue Arbeiten zur Propagandageschichte, in: AfS 40 (2001), S. 624–632.

22 Der Begriff der Meistererzählung, der zunächst in der Historiographiegeschichte Anwendung fand, wird hier zur Beschreibung von Propagandanarrativen herangezogen. Vgl. zum Begriff: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow, „Meistererzählung" – zur Karriere eines Begriffes, in: dies. (Hg.), Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2002, S. 9–32. Zum Begriff des Herrschaftsdiskurses, siehe Martin Sabrow, Einleitung: Geschichtsdiskurs und Doktringesellschaft, in: ders. (Hg.), Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 9–35, besonders S. 18ff.

23 Hannah Arendt verweist auf die enge Bindung zwischen Propaganda und Terror, den sie als das eigentliche Wesen totalitärer Herrschaft begreift. Vgl. Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft [1951], München 1998, S. 726–765; Carl J. Friedrich/Zbigniew K. Brzezinski, Totalitarian Dictatorship and Autocracy, Cambridge, Mass. ^{2}1965, S. 129–204, betonen die „passion for unanimity" moderner Diktaturen. Auf die Verbindung von

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

die kommunistischen Parteien selbst die Wirkungsmächtigkeit von Propaganda überschätzte, so ist ihre Bedeutung für das System gleichwohl nicht zu vernachlässigen. Mit Hilfe der Propaganda arbeitete das Regime am utopischen Projekt einer Gesellschaft als geschlossener Gesinnungsgemeinschaft. In der stalinistischen Phase verlangte es von den Beherrschten ein vertikales Glaubensvertrauen in die Sowjetunion bzw. zur Persona Stalins.[24] Die repräsentative Öffentlichkeit bildete die vermeintlich symbiotische Nähe zwischen Herrschenden und Beherrschten in kaum wechselnden Variationen ab. Die Inszenierung dieser geschlossenen Gesinnungsgemeinschaft bildete eine Konstante in der sowjetischen *quicksand society* (Moshe Lewin). Und die Verbindung von Propaganda und Repression blieb durch die Forderung nach horizontalem Mißtrauen gegen diejenigen evident, die außerhalb der *bonds of trust* standen. Das abgebildete Glaubensvertrauen korrespondierte mit der Realität der Mißtrauensgesellschaft. Inszenierte Affirmation stand neben institutionalisierter Denunziation.

Dabei unterscheidet sich diese spezifische Art der Öffentlichkeitsarbeit, die hier Propaganda genannt wird, von den Strategien der Meinungsbeeinflussung in pluralistisch verfaßten Gesellschaften weniger in den Methoden oder Inhalten als primär darin, daß alle Instanzen und Sprecher des Propagandastaates institutionell und diskursiv eng an die Spitze des Parteistaates gebunden waren. Es handelte sich um die Propaganda einer herrschenden Minderheit, die auf die Mehrheit zielte. Da der Propagandabegriff die intentionale Seite parteistaatlicher Erziehungspolitik faßt, wird er in dieser Studie um den Begriff der Öffentlichkeit ergänzt, der die Räume beschreibt, in denen diese politischen Prozesse stattfanden.

Schließlich gilt es zu berücksichtigen, daß die Propaganda nicht in einem voraussetzungslosen Raum stattfand. Im Gegenteil: Sie brach sich an den Erinnerungen der Menschen, an ihren Erfahrungen und Einstellungen. Um diese zu fassen, wird hier der von Jan Assmann geprägte Begriff des „kommunikativen Gedächtnisses" herangezogen.[25] Diese begriffliche Konstruktion bezeichnet – im Unterschied zu Assmanns Begriff des „kulturellen Gedächtnisses", das weiter zurückreicht – einen Erfahrungsraum von etwa vierzig Jahren, der ungefähr mit den Erlebnissen einer Generation korrespondiert. Jan Assmann betont dabei den konstruierten Charakter dieser Denkfiguren. So wie Gedächtnis einerseits Sinn

---

Gewalt und „geschönter Wirklichkeit" in der modernen Diktatur verweist auch: Peter Reichel, Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus, Frankfurt am Main 1996.

24 Der Begriff des Glaubensvertrauens nach Georg Simmel, Soziologie. Untersuchungen über Formen der Vergesellschaftung [1908], Frankfurt am Main ^{3}1999, S. 393. Vgl. hierzu ausführlich Jan C. Behrends, Soll und Haben. Freundschaftsdiskurs und Vertrauensressourcen in der staatssozialistischen Diktatur, in: Ute Frevert (Hg.), Vertrauen. Historische Annäherungen, Göttingen 2003, S. 336–364.

25 Vgl. Jan Assmann, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München ^{3}1999; ders., Religion und kulturelles Gedächtnis. Zehn Studien, München 2000. Assmann stützt sein Konzept auf Maurice Halbwachs, Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt am Main 1985. Zur Kritik an Assmanns Begrifflichkeit, in der die Subjektgebundenheit von Erinnerung betont wird, siehe bspw. Reinhart Koselleck, Die Transformation politischer Totenmale im 20. Jahrhundert, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945, München 2003, S. 205–228; Lutz Niethammer, Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur, Reinbek b. Hamburg 2000, S. 314–366. Eine Diskussion des Assmannschen Konzepts findet sich bei Christoph Classen, Faschismus und Antifaschismus. Die nationalsozialistische Vergangenheit im ostdeutschen Hörfunk (1945–1953), Köln 2003, S. 45ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

und Orientierung stiftet, so grenzt es andererseits auch aus. Die Wirkungsmächtigkeit kollektiver Erinnerung zeigt sich insbesondere in Phasen radikaler Traditionsbrüche, in denen der über lange Zeit unangefochtene Wertekanon einer Gemeinschaft in Frage gestellt wird. Für diese Studie bedeutet dies, daß die Anstrengungen der kommunistischen Diktaturen wie auch die Reaktionen der Bevölkerungen nur dann sinnvoll interpretiert werden können, wenn die Verwerfungen der Weltkriegsepoche im Dreieck Deutschland, Rußland und Polen in den Blick genommen werden.

Neben dieser Dimension des kommunikativen Gedächtnisses gilt es, die tiefer liegenden Schichten einer fundierenden Erinnerung, insbesondere die im 18. und 19. Jahrhundert entstandenen Mythen der drei Nationen zu berücksichtigen, weil sie häufig den Propagandanarrativen der Kommunisten entgegenstanden oder aber die neuen Herrschenden selbst an Bilder aus dem kulturellen Gedächtnis der Nation appellierten. Meine These ist, daß die kommunistischen Diktaturen die Beharrungskräfte des kulturellen und das Störpotential des kommunikativen Gedächtnisses in dem Maße unterschätzten, in dem sie die Wirkungsmächtigkeit ihrer eigenen Propaganda überschätzten. Sie vertrauten darauf, daß ein instrumenteller Umgang mit der Vergangenheit – die Aufwertung bestimmter Erinnerungen und die Tabuisierung anderer – herrschaftsstabilisierend wirken würde. Schließlich läßt sich Amir Weiner folgend der Kommunismus auch als Versuch der Homogenisierung unterschiedlicher Erinnerungslandschaften lesen: „Memory was a key political arena where the body social was delineated. Inclusion and exclusion within the Soviet body were defined through a large degree through both the commemoration of cataclysmic events and the simultaneous erasure of counter-memories [...] incompatible with communist harmony."[26] Diese Art des offensiven Eingriffs in die nationalen Erinnerungslandschaften, der Versuch der Unterwerfung der Erfahrungswelten und ihre Bewirtschaftung durch den Gärtner-Staat stellten ein Charakteristikum kommunistischer Herrschaft dar, das am Beispiel der Propaganda für die Sowjetunion expliziert wird.

3. Forschungsstand und vergleichende Perspektive

Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Europa zwischen 1989–1991 und der anschließenden Öffnung der Archive begann die eigentliche historische Forschung zu diesen Diktaturen.[27] Neben einer Flut neuer Erkenntnisse, methodischer Innovation und

26 Amir Weiner, Nature and Nurture in a Socialist Utopia. Delineating the Soviet Socio-Ethnic Body in the Age of Socialism, in: David L. Hoffmann (Hg.), Stalinism. The Essential Readings, Malden, Mass./Oxford/Melbourne u.a. 2003, S. 239–274, Zitat S. 249.

27 Vgl. als Überblick zur stalinistischen Epoche Polens Błażej Brzostek, Contrasts and Grayness: Looking at the First Decade of Postwar Poland, in: Journal of European Modern History 2 (2004), S. 110–133; siehe auch Andrzej Friszke, Spór o PRL w III Rzeczypospolitej (1989–2001), in: Pamięc i Sprawiedliwość 1 (2002), S. 9–28. Einen Überblick über die polnische Forschung zur Volksrepublik geben die Festschriften für Krystyna Kersten, Andrzej Paczkowski und Marcin Kula. Siehe: Tomasz Szarota (Hg.), Komunizm. Ideologia, system, ludzie, Warschau 2001; Andrzej Friszke (Hg.), Władza i społeczeństwo w PRL. Studia historyczne, Warschau 2003; Dariusz Stola/Marcin Zaremba (Hg.), PRL. Trwanie i zmiana, Warschau 2003; zur DDR-Geschichte siehe als Bilanz Beate Ihme-Tumel, Die

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

theoretischer Reflexion läßt sich in den letzten eineinhalb Jahrzehnten jedoch auch eine Tendenz zur Einbindung der kommunistischen Epoche in neue nationale Meistererzählungen beobachten. In dieser Sicht wird die DDR zur Sackgasse oder zum Irrweg deutscher Geschichte.[28] Ihre Verflechtung mit der Hegemonialmacht Sowjetunion und die Parallelen zur Entwicklung in Ostmitteleuropa blendet diese Perspektive weitgehend aus und erklärt die DDR aus sich selbst heraus. Charakteristisch für die DDR ist aber nicht nur ihre „asymmetrische Verflechtung" (Chr. Kleßmann) mit der Bundesrepublik, sondern eben auch ihre enge Bindung an die UdSSR und die mit den anderen Staaten des sowjetischen Blocks geteilte Geschichte begrenzter innerer und äußerer Souveränität.[29] Im postkommunistischen Polen zeichnet sich die Tendenz ab, die Zeit von der deutschen Invasion 1939 bis zum Ende der sowjetischen Dominanz als Epoche der Fremdherrschaft zu interpretieren und damit aus der Kontinuität nationaler Geschichte auszukoppeln.[30] Die kommunistischen Diktaturen in Polen und Deutschland waren jedoch mehr als nur Episoden der jeweiligen Nationalgeschichten. Sie verdienen es, nicht nur als atheistisches Interregnum auf „Gottes Spielwiese" oder als Umweg auf dem „langen Weg nach Westen" behandelt zu werden.

Eine exklusiv nationale Aufarbeitung der kommunistischen Epoche ist am Beispiel der DDR als Verinselung kritisiert worden. Die Inselperspektive verstellt den Blick darauf, daß der Kommunismus zwischen Moskau, Prag, Riga und Belgrad eine gemeinsam geteilte Geschichte, ein verbindendes und verstrickendes Trauma im Europa des 20. Jahrhunderts war.[31] Einen Weg zu einer Europäisierung der Katastrophenerfahrungen des 20. Jahrhunderts bietet der Diktaturenvergleich.[32] Während der Zugang über die kommunistische Ideo-

---

DDR, Darmstadt 2002; Hermann Weber, Zehn Jahre historische Kommunismusforschung. Leistungen, Defizite, Perspektiven, in: VfZ 50 (2002), S. 611–634.

28 So bspw.: Hans-Peter Schwarz, Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994; Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, Band 2, München 2000; siehe auch Gerhard A. Ritter, Die DDR in der deutschen Geschichte, in: VfZ 50 (2002), S. 171–200.

29 Siehe Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn ^{5}1991; ders., Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn ^{2}1997.

30 Vgl. bspw. Andrzej Paczkowski, Pół wieku dziejów Polski. 1939–1989, Warschau ^{4}2000; Andrzej Friszke, Polska. Losy państwa i narodu 1939–1989, Warschau 2003. Siehe auch prägend Norman Davies, God's Playground. A History of Poland, Volume II, 1795 to Present, New York, NY 1982; ders., Im Herzen Europas. Geschichte Polens [1984], München 2000.

31 Vgl. Thomas Lindenberger/Martin Sabrow, Das Findelkind der Zeitgeschichte. Zwischen Verinselung und Europäisierung. Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: DA 37 (2004), S. 123–127. Obwohl in der historischen Diktaturforschung komparative Studien noch immer selten sind, mangelt es nicht an prominenten Fürsprechern vergleichender Forschung. Siehe bspw. Jürgen Kocka, Das östliche Mitteleuropa als Herausforderung für eine vergleichende Geschichte Europas, in: ZfO 49 (2000), S. 159–174; Hans-Ulrich Wehler, Diktaturenvergleich, Totalitarismustheorie und DDR-Geschichte, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-Deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 346–352. Siehe auch als Forderung nach einer transnationalen Historiographie: Philipp Ther, The Relational Basis of a Comparative History of Germany and Europe, in: CEH 36 (2003), S. 45–73; Jost Düffler, Europäische Zeitgeschichte – Narrative und historiographische Perspektiven, in: Zeithistorische Forschungen 1 (2004), S. 51–71.

32 Zur Einführung vgl. Detlef Schmiechen-Ackermann, Diktaturen im Vergleich, Darmstadt 2002; zum Vergleich zwischen dem nationalsozialsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion, siehe Ian Kershaw/Moshe Lewin (Hg.), Stalinism and Nazism. Dictatorships in Comparison, Cambridge 1997;

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

logie sich als problematisch erwiesen hat, da er je nach politischem Standpunkt der Verfasser ihre Untersuchungsergebnisse determiniert, haben andere Studien durch die Behandlung gleichartiger Probleme in transnationaler Perspektive neue Erkenntnisse eröffnet.[33] Beispielsweise sind in vergleichender Perspektive so disparate Probleme wie faschistische Gewalt, Vertriebenenpolitik oder die Sowjetisierung des Hochschulwesens gewinnbringend analysiert worden.[34] Eine vergleichende Untersuchung kommunistischer Propaganda steht hingegen noch aus.

Polen und Deutschland bieten sich wegen ihrer zentralen Stellung in Europa und ihrer Verstrickung in die Katastrophengeschichte der Weltkriegsepoche als Untersuchungsgegenstände besonders an. Wo sonst mußte sich die Propaganda für die Sowjetunion auf einem verminteren Gelände bewegen? Hier setzt die vorliegende Studie an, indem sie die Erfindung der *Freundschaft zur Sowjetunion* in Polen und der SBZ/DDR vergleicht.[35] Der oben entworfenen Fragestellung folgend, werden Ähnlichkeiten und Unterschiede des Sowjetisierungsprozesses, sowie Gleichzeitigkeiten und Ungleichzeitigkeiten bei der Schaffung einer repräsentativen Öffentlichkeit herausgearbeitet. Dabei folgt die Studie den Leitlinien vergleichender Kulturgeschichte.[36] Um zu einem Verständnis der Sowjetisierung als oktroyiertem Transfer zu kommen, fragt sie nach Interdependenzen, nach strukturellen und

---

Henry Rousso (Hg.), Stalinism and Nazism. History and Memory Compared, Lincoln, NE/London 2004; zum innerdeutschen Diktaturvergleich siehe Günther Heydemann/Heinrich Oberreuter (Hg.), Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte, Strukturen, Institutionen, Verhaltensweisen, Bonn 2003.

33 Vgl. vom Zugriff über die kommunistische Ideologie geprägt: Stéphane Courtois/Nicolas Werth/Jean Louis Panné u.a. (Hg.), Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München 1998; Jerzy Holzer, Der Kommunismus in Europa. Politische Bewegung und Herrschaftssystem, Frankfurt am Main 1998; Michel Dreyfus/Bruno Groppo/Claudio Ingerflom u.a. (Hg.), Le siècle des communismes, Paris 2001. Zur Kritik am Diktaturenvergleich im „Schwarzbuch" siehe Eric D. Weitz, Race, Nation, Class. Das „Schwarzbuch des Kommunismus" und das Problem des Vergleichs zwischen nationalsozialistischen und sowjetischen Verbrechen, in: Werkstatt Geschichte 22 (1999), S. 75–91.

34 Vgl. Sven Reichardt, Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Faschismus und in der deutschen SA, Köln/Weimar/Wien 2002; Philipp Ther, Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956, Göttingen 1998; John Connelly, Captive University: The Sovietization of East German, Czech and Polish Higher Education, 1945–1956, Chapel Hill, NC/London 2000. Sowohl Thers als auch Connellys Studie haben den Erkenntnisgewinn durch einen Vergleich zwischen der DDR und den „Volksdemokratien" Ostmitteleuropas eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

35 Damit steht sie in der methodischen Tradition der vergleichenden historischen Sozialwissenschaft. Vgl. hierzu Heinz-Gerhart Haupt/Jürgen Kocka (Hg.), Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsforschung, Frankfurt am Main/New York, NY, 1996; Hartmut Kaelble, Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main/New York, NY 1999.

36 Vgl. hierzu Hannes Siegrist, Perspektiven der vergleichenden Geschichtswissenschaft. Gesellschaft, Kultur und Raum, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Schriewer (Hg.), Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt am Main/New York, NY 2003, S. 305–340.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

kulturellen Interpenetrationen, die über einen strikten Vergleich hinausgehen.[37] Durch die Einbeziehung des polnischen, sowjetischen und deutschen Falls besitzt die Untersuchung eine Dreiecksstruktur, in der alle Teile miteinander in Beziehung gesetzt werden und synchron sowie diachron verglichen werden können. Dies bietet sich besonders an, da nicht nur der synchrone Vergleich der Propaganda in Polen und der DDR zu berücksichtigen ist, sondern stets die Vorbildgesellschaft der Sowjetunion, wie sie sich in der Stalinschen Kulturrevolution der dreißiger Jahre herausgebildet hat, als Vorbildgesellschaft mitgedacht werden sollte.[38]

Ein solcher Ansatz kann dazu beitragen, die im Begriff Sowjetisierung angelegte Behauptung der Uniformität einstmals völlig unterschiedlicher Gesellschaften zu hinterfragen, den Blick für die geteilte Geschichte kommunistischer Herrschaft zu öffnen, die Konstruktion nationaler Sonderwege zu vermeiden und mehr über die *differentia specifica* der einzelnen Regime zu erfahren.[39] Der Grad der Sowjetisierung einer Gesellschaft läßt sich dann nicht nur am Erfolg der Regime bei der Synchronisierung traditionell autonomer Sphären, wie etwa der Universitäten, messen.[40] Vielmehr gilt es auch zu fragen, inwieweit es gelang, neue Entitäten nach sowjetischem Vorbild zu schaffen, die an der Umgestaltung der Gesellschaft mitwirkten. Insofern können das Ausmaß der Durchherrschung der Öffentlichkeit und das Tempo der Errichtung eines Propagandastaates als Barometer der Sowjetisierung dienen. Die Sowjetisierung beinhaltete zugleich den Versuch der Zerstörung von Erinnerungen, Traditionen, Institutionen und Praktiken sowie die Gründung neuer Organisationen, die Erfindung neuer Rituale und Traditionen, die Verpflichtung auf neue Themen und Tabus. Eine transnationale Perspektive dient hier als Ausgangspunkt zur weiteren Historisierung kommunistischer Herrschaft, als eine neue Stufe, die nach dem Ende eines langen ersten Jahrzehnts historischer Forschung nun – auf den Ergebnissen der vergangenen Dekade aufbauend – möglich und nötig erscheint.

Die Forschungsperspektive dieser Studie, in der sich vergleichende und beziehungsgeschichtliche Ansätze vereinen, strukturiert auch ihren Aufbau. Die Dreiecksstruktur bedingt eine verzahnte Darstellungsweise, in der beständig Bezüge zwischen den einzelnen Fällen

37 Der hier verwendete Sowjetisierungsbegriff orientiert sich an der Beobachtung John Connellys, daß Sowjetisierung nicht nur sowjetisches Oktroi war, sondern gleichzeitig Versuche lokaler Eliten zur Selbstsowjetisierung der eigenen Gesellschaften untersucht werden müssen. Vgl. Connelly, Captive University, S. 19ff. Zum Begriff der Sowjetisierung, siehe Konrad H. Jarausch/Hannes Siegrist, Amerikanisierung und Sowjetisierung. Eine vergleichende Fragestellung zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte, in: dies (Hg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt am Main/New York, NY 1997, S. 11–48; Michael Lemke, Einleitung, in: ders. (Hg.) Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln/Weimar/Wien 1999, S. 11–30, besonders S. 23f.; Leonid J. Gibianskij, Sowjetisierung Osteuropas – Charakter und Typologie, a.a.O., S. 31–79.

38 Zur Verbindung von Vergleich und Transfer in der neueren Forschung siehe Johannes Paulmann: Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18.–20. Jahrhunderts, in: HZ 267 (1998), S. 649–685, besonders S. 667ff.; Christiane Eisenberg, Kulturtransfer als historischer Prozeß. Ein Beitrag zur Komparatistik, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Schriewer (Hg.), Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt am Main/New York, NY 2003, S. 399–417.

39 Vgl. hierzu ausführlich Rittersporn/Rolf/Behrends, Von Schichten, Räumen und Sphären, S. 398ff.

40 Im Vergleich der DDR, Polens und der Tschechoslowakei tut dies Connelly, Captive University.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

hergestellt werden. Eine europäische Geschichte des Kommunismus, die über das Nebeneinanderstellen einzelner Fälle hinauskommen will, beinhaltet die Herausforderung, die Verflechtungen innerhalb des sowjetischen Imperiums, den Homogenisierungsdruck des Zentrums und die Erosionserscheinungen an der Peripherie als *entangled histories* zu schreiben. So findet sich die transnationale Dimension des untersuchten Phänomens auch in der Gliederung und der Darstellung wieder.

In den Forschungen zur Geschichte der Sowjetunion, Volkspolens und der DDR hat die Propagandageschichte bisher unterschiedliches Gewicht gehabt. Dank der zahlreichen Studien, die sich am kulturgeschichtlichen Paradigma orientieren, ist die Forschung zur Herrschaftsrepräsentation, zur politischen Kultur des sowjetischen Festes oder der bolschewistischen Kampagne weit entwickelt.[41] Hier stütze ich mich auf die vorliegenden Arbeiten. In Polen sind nach 1989 eine Reihe unterschiedlicher Studien zur Propaganda in der Volksrepublik entstanden.[42] Das beträchtliche Interesse erklärt sich hier jedoch nicht mit einem kulturgeschichtlichen Ansatz, sondern dürfte dem dominanten totalitarismustheoretischen Paradigma geschuldet sein. Der spezifischen Frage, welche Rolle die Propaganda für die Sowjetunion in Polen spielte, ist bisher nicht nachgegangen worden. In der kaum noch übersehbaren Flut von Veröffentlichungen zur DDR-Geschichte spielt die Propagandafor-

41 Vgl. bspw. Richard Stites, Revolutionary Dreams, Utopian Vision and Experimental Life in the Russian Revolution, New York, NY 1989; Peter Kenez: The Birth of the Propaganda State. Soviet Methods of Mass Mobilization, Cambridge, Mass. 1992; Stefan Plaggenborg, Revolutionskultur. Menschenbilder und kulturelle Praxis in Sowjetrußland zwischen Oktoberrevolution und Stalinismus, Köln/ Weimar/Wien 1996; Sarah Davies, Popular Opinion in Stalin's Russia. Terror, Propaganda and Dissent, 1934–1941, Cambridge/New York, NY/Melbourne 1997; Manfred Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 302–351, S. 543–584; Karen Petrone, Life Has Become More Joyous, Comrades. Celebrations in the Time of Stalin, Bloomington, IN 2000; Jeffrey Brooks, Thank You, Comrade Stalin! Soviet Public Culture from Revolution to Cold War, Princeton, NJ 32001; Jörg Baberowski, Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, München 2003, S. 94–134; Malte Rolf, Das sowjetische Massenfest, Hamburg 2006.

42 Vgl. bspw. Robert Kupiecki, „Natchnienie milionów". Kult Józefa Stalina w Polsce, Warschau 1993; Andrzej Krawczyk, Pierwsza próba indoktrynacji. Działalność Ministerstwa Informacji i Propagandy w latach 1944–1947, Warschau 1994; Jakub Tyszkiewicz, Sto wielkich dni Wrocławia. Wystawa Ziem Odzykanych i Północnych w latach 1945–1948, Breslau 1997; Mariusz Jastrząb, Mozolna budowa absurdu. Działalność Wydziału Propagandy Warszawskiego Komitetu Wojewódzkiego PZPR w latach 1949–1953, Warschau 1999; Paweł Sowiński, Der 1. Mai als totalitäres Theater in der Volksrepublik Polen (1949–1954), in: ZfO 48 (1999), S. 350–383; ders., Komunistyczne święto. Obchody 1 maja w latach 1948–1954, Warschau 2000; Dariusz Stola, Kampania antysyjonistyczna w Polsce 1967–1968, Warschau 2000; Marcin Zaremba, Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce, Warschau 2001; Marcin Kula (Hg.), Przebudować człowieka:. Komunistyczne wysiłki zmiany mentalności, Warschau 2001; Maria Kurpik (Hg.), Żądło propagandy PRL-u 1945–1956, Warschau 2001; Izabella Main, Trudne świętowanie. Konflikty wokoł obchodów świąt państwowych i kościelnych w Lublinie (1944–1989), Warschau 2004; Adriana Dudek, Mechanizm i instrumenty propagandy zagranicznej Polski w latach 1946–1950, Breslau 2002. Die kommunistische Propaganda spielte auch in den Arbeiten westlicher Forscher zur Volksrepublik Polen eine gewichtige Rolle: Siehe Katherine Lebow, Nowa Huta, 1949–1957: Stalinism and the Transformation of Everyday Life in Poland's First Socialist City, Phil Diss., Columbia University, 2002; Gregor Thum, Die fremde Stadt. Breslau 1945, Berlin 2003, S. 271–433.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

schung hingegen eine untergeordnete Rolle. Einzelne Ideologeme oder Institutionen – vor allem der „Antifaschismus" – haben die Aufmerksamkeit in besonderer Weise auf sich gezogen.[43] Außerdem liegen Untersuchungen zu den verschiedenen parteistaatlichen Massenorganisationen vor.[44] Sie werden durch Studien zur Organisation der Medien ergänzt.[45] Einige Arbeiten widmen sich der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) als Massenorganisation.[46] Sie analysieren allerdings weder systematisch die Einbindung der DSF in den SED-Staat, noch die Inhalte der vermittelten Narrative oder die Reaktion der Bevölkerung auf die propagandistischen Anstrengungen. Die Frage der Wirkungsmächtigkeit sowie der historischen Verortung der Propaganda blieb unbeantwortet. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, stellt die vergleichende Forschung zur Propaganda in kommunistischen Diktaturen ein Forschungsdesiderat dar.[47] Insbesondere die Frage, inwieweit die kommunistische Herrschaft in Ostmitteleuropa als sowjetische Fremdherrschaft wahrge-

43 Immer noch grundlegend zum „antifaschistischen Stalinismus" in der DDR Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt am Main 1992. Zum Antifaschismus vgl. bspw. Lutz Niethammer (Hg.), Der „gesäuberte Antifaschismus". Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, Berlin 1994; Claudia Keller (Hg.), Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus – Geschichte und Neubewertung, Berlin 1996 und jetzt Classen, Faschismus und Antifaschismus mit weiterführender Literatur. Allgemeiner: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag: Ein Neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, München 1996; am Beispiel des 7. Oktober: Monika Gibas/Rainer Gries/Barbara Jakoby u.a. (Hg.), Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR, Leipzig 1999; am Beispiel der Stadtgeschichte: Adelheid von Saldern (Hg.), Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten, Stuttgart 2003.

44 Vgl. bspw. Ulrich Mählert, Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949. Von den „Antifaschistischen Jugendausschüssen zur SED-Massenorganisation: Die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone, Paderborn/München/Wien u.a. 1995; Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan, Blaue Hemden. Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996; Leonore Ansorg, Kinder im Klassenkampf. Die Geschichte der Pionierorganisation von 1948 bis zum Ende der Fünfziger Jahre, Berlin 1996. Siehe auch die Beiträge zur DDR in Gerald Diesener/Rainer Gries (Hg.), Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert, Darmstadt 1996.

45 Vgl. Gunter Holzweißig, Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur, Bonn 1997; siehe als Überblick: Simone Barck/Christoph Classen/Thomas Heimann, The Fettered Media: Controlling Public Debate, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), Dictatorship as Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR, New York, NY/Oxford 1999, S. 213–240; Gunter Holzweißig, Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 2002.

46 Thomas Schönknecht, Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1990, S. 734–747; Jens Gieseke, Zur Entstehung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1945–1950, in: DS 29 (1991), S. 76–95; Anneli Hartmann/Wolfram Eggeling, Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Zum Aufbau einer Institution in der SBZ/DDR zwischen deutschen Politzwängen und sowjetischer Steuerung, Berlin 1993; Lothar Dralle, Von der Sowjetunion lernen ... Zur Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Berlin 1993; Alan L. Nothnagle, Building the East German Myth. Historical Mythology and Youth Propaganda in the German Democratic Republic, Ann Arbor, Mich. 1999; Katja Kuhn, „Wer mit der Sowjetunion verbunden ist, gehört zu den Siegern der Geschichte ..." Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft im Spannungsfeld zwischen Moskau und Ostberlin, Phil. Diss., Mannheim 2002 [Maschschr.].

47 Vgl. bspw. Silke Satjukow/Rainer Gries (Hg.), Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte der Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

nommen wurde und was die Propaganda zu dieser Problematik beigetragen hat, ist erst in Ansätzen gestellt worden.[48]

Schließlich ist eine Geschichte der Propaganda im Hochstalinismus nur vor dem Hintergrund der Geschichte des Kalten Krieges zu schreiben.[49] Der globale Systemkonflikt war eben nicht nur eine politische Konfrontation zwischen Staaten oder Herrschaftseliten. Er fand vor der Weltöffentlichkeit als Kampf um politische, ökonomische, moralische und emotionale Ressourcen statt und beeinflußte das alltägliche Leben auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs.[50] In den kommunistischen Diktaturen versuchten die Parteistaaten, die vollständige Unterstützung für die eigene Position in der repräsentativen Öffentlichkeit zu inszenieren und mittels der Propaganda ihre Subjekte von der moralischen Überlegenheit gegenüber dem Westen zu überzeugen. Dabei spielte die Freundschaft zur Sowjetunion eine besondere Rolle; schließlich akzeptierte der idealtypische „Freund der Sowjetunion" widerspruchslos alle Brüche und Schwenks der sowjetischen Außenpolitik. Propagandageschichte der Nachkriegszeit ist so immer auch eine Geschichte von Propaganda im Kalten Krieg.

4. Quellen und Gliederung

In den nach 1989 geöffneten Archiven Mittel- und Osteuropas stießen jüngere Forscher auf eine ihnen fremde Welt. Diese Bemerkung zielt nicht primär auf fremdsprachliche Hürden, die westliche Historiker zu nehmen haben, wenn sie in Osteuropa forschen, sondern auf die in der russischen, polnischen, deutschen oder tschechischen Überlieferung dominierende fremde Sprache des kommunistischen *newspeak*, der *NOWAMOWA* oder des Parteichinesisch, die den Historiker vor besondere Herausforderungen stellt. Die Diktatur hatte ihre *lingua franca*, und bei dieser Sprache handelte es sich um ihr Instrument.[51] Auch für Polen und die DDR gilt, was Jörg Baberowski über die Sprache der Bolschewiki ausgeführt hat:

48 Siehe am Beispiel der DDR: Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus, Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zur Einführung, in: dies. (Hg.), Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003, S. 9–22, S. 13f.; siehe auch: Oliver von Wrochem, Die sowjetischen „Besatzer". Konstruktionen des Fremden in der lebensgeschichtlichen Erinnerung, a.a.O., S. 57–74; Jan C. Behrends, Sowjetische „Freunde" und fremde „Russen". Deutsch-Sowjetische Freundschaft zwischen Ideologie und Alltag (1949–1990), a.a.O, S. 75–100.

49 Vgl. als Überblicke zum Kalten Krieg: John Lewis Gaddis, We Now Know. Rethinking Cold War History, Oxford/New York, NY 1997; Bernd Stöver, Der Kalte Krieg, München 2003.

50 Vgl. David Caute, The Dancer Defects. The Struggle for Cultural Supremacy in the Cold War, Oxford/New York, NY 2003.

51 Zur Sprache in der NS-Diktatur vgl. klassisch: Victor Klemperer, LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig [19]2001. Siehe auch die vergleichenden Ausführungen zur Sprache in der Diktatur von Alf Lüdtke, Sprache und Herrschaft in der DDR. Einleitende Überlegungen, in: ders./Peter Becker (Hg.), Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin 1997, S. 9–26, insbesondere S. 13f. S. auch aus polnischer Sicht: Michał Głowiński, Rytuał i demagogia, Warschau 1992; Jerzy Bralczyk, O języku polskiej propagandy politycznej lat siedemdziesiątych, Warschau 2001.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Es handele sich um eine „ritualisierte Sprache, welche die Welt in Freunde und Feinde einteilte [...] Die Untertanen wurden mit einer realen und einer inszenierten Welt konfrontiert. Und weil die Presse von einer Realität berichtete, die es nicht gab, richteten sich die Untertanen darin ein, daß es eine Welt der Lüge und eine Welt der Wahrheit gab."[52] Sprache im Kommunismus war Teil einer sozialen Praxis, die eine spezifische Form der Herrschaft produzierte und repräsentierte.

Polen und die DDR übernahmen Teile des bolschewistischen Sprachstils; viele phraseologische Wendungen stammten direkt aus der offiziellen sowjetischen Redeweise. Diese ideologische Überformung der Sprache findet sich sowohl in den internen Texten des Parteistaates als auch in seiner Propaganda: „Die Besonderheiten in Wortwahl und Stil, welche die veröffentlichte Sprache so durch und durch imprägniert hatten, waren keine taktisch-manipulativen Oberflächenphänomene, sondern feste Bestandteile der offiziellen Schriftsprache, in der sich das SED-Regime auch selbst verwaltete."[53] Das Erstaunliche und zugleich Erschreckende ist dabei der weitgehende Verlust der Differenz zwischen innen und außen in der hochstalinistischen Epoche: Insbesondere in der Welt der „mittleren Kader", die für die Zeitungen und Journale schrieben, die aber auch für das Berichtswesen in den Apparaten des Parteistaates verantwortlich zeichneten, war *newspeak* die Umgangssprache. Die Akteure reproduzierten in internen Memos und Berichten permanent die Propagandasprache mit ihren emotionalisierten Bildern, ihrem Hang zum Superlativ und der Anthropomorphisierung des Politischen, die sich in der Verwendung der aus dem menschlichen Nahbereich und der Religion entlehnten Begriffe wie „Liebe" oder „Freundschaft" ausdrückte.[54] Und selbst in den Treffen zwischen Stalin und der SED-Führung oder in den Diskussionen des polnischen Zentralkomitees war die neue Sprache präsent. An diesen geheimen Orten war das Ziel, die Unterschiede zwischen privat und öffentlich abzuschaffen, weitgehend umgesetzt. Die Rhetorik der repräsentativen Öffentlichkeit dominierte auch das Flüstern der Herrschenden im Arkanum.

In der Propaganda verband sich die sozialistische Kampfmetaphorik mit Versatzstücken standardisierter Argumentation. Die stark formalisierte offizielle Sprache war bis zum partiellen Bedeutungsverlust entdifferenziert.[55] Durch die ständige Wiederholung der legitimationsstiftenden Grundwerte der marxistisch-leninistischen Ideologie erstarrte die offizielle Sprache zum Ritual. Die kommunistische Propaganda strahlte ihre Botschaften in einer *permanent rotation* aus. In den späten vierziger und den frühen fünfziger Jahren, die hier untersucht werden, erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt. Die Sowjetisierung be-

52 Jörg Baberowski, Die Entdeckung des Unbekannten: Rußland und das Ende Osteuropas, in: ders./Eckart Conze/Phillip Gassert u.a., Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte, Stuttgart/München 2001, S. 9–42, Zitat S. 39.

53 Ralph Jessen, Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von „Bürokratie" und Sprachnormierung in der DDR-Geschichte, in: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hg.), Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte, Berlin 1997, S. 57–78, hier S. 60.

54 Siehe hierzu auch Behrends, Soll und Haben, S. 342f.

55 Jessen, Diktatorische Herrschaft, S. 62. Damit spiegelte sie die Entdifferenzierung des Politischen in der kommunistischen Diktatur, siehe hierzu M. Rainer Lepsius, Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 17–30.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

schränkte sich nicht nur auf den Transfer von Institutionen und Handlungsweisen; sie stellte einen Kulturtransfer im umfassenden Sinne dar. Bei den fortwährenden Wiederholungen in der Propaganda handelte es sich zugleich um eine Methode der Indoktrination und um die rhetorische Hilflosigkeit von Regimen, die nur starre Kommunikationsformen kannten. Die Beherrschten konnten Zustimmung signalisieren, indem sie, wie gefordert, die Formeln der ritualisierten Sprache reproduzierten. So funktionierte die neue Sprache zugleich als Medium der Integration beziehungsweise Exklusion. Für Historiker bedeutet dies, daß sie gebührenden Abstand zur Quellensprache halten sollten und „Übersetzungsarbeit" leisten müssen, um nicht in die Verlegenheit zu geraten, ihrerseits das *newspeak* zu reproduzieren.[56] Begriffe aus dem stalinistischen Sprachschatz werden deshalb, auch wenn es sich um keine direkten Zitate handelt, ausgezeichnet.

Das transnationale Design der Studie spiegelt sich auch in der Auswahl der Quellen. Die Grundlage der Arbeit bilden die Überlieferungen der Parteistaaten in den zentralen Archiven von Moskau, Warschau und Berlin. In Warschau und Berlin habe ich Akten der Staatsparteien und ihrer Massenorganisationen gesichtet. In Moskau wurden die Bestände der Allunionsgesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland, der VOKS, ausgewertet. Um die Aktivitäten des Propagandastaates und die Wirkungsmächtigkeit seiner Kampagnen besser fassen zu können, wurden ergänzend lokale Archive in Potsdam, Eisenhüttenstadt, Krakau und Lublin herangezogen. Die Archivquellen ließen sich in vielen Fällen durch edierte Dokumente aus polnischen, sowjetischen und deutschen Archiven trefflich ergänzen. Einen westlichen Blick auf die Propagandaarbeit in der DDR bot die Überlieferung des Ostbüros der SPD im Archiv der Sozialen Demokratie in Bonn.

Diese propagandageschichtliche Arbeit stützt sich außerdem auf veröffentlichte Quellen wie Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Bücher.[57] Publikationen aus dem Umfeld der sowjetischen Besatzungsmacht, der Freundschaftsgesellschaften und der ZK-Abteilungen für Propaganda bilden den Schwerpunkt des ausgewerteten Druckmaterials. Diese Texte ergeben zusammen das Panorama des utopischen Ortes Sowjetunion, wie ihn sowjetische, polnische und deutsche Autoren konstruierten, und stellen die Basis für die Analyse der Propagandadiskurse. Zentrale Texte aus diesem Fundus werden detailliert analysiert, während eine Vielzahl anderer Aufsätze lediglich als Beleg des permanenten Rauschens im Blätterwald der Propaganda zitiert wird.

56 Vgl. Matthias Judt, „Nur für den Dienstgebrauch" – Arbeiten mit Texten einer deutschen Diktatur, in: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hg.), Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte, Berlin 1997, S. 29–38, Zitat S. 38.

57 Die Studie verzichtet auf andere moderne Massenmedien, wie etwa das Radio, als Quelle. Zur Presse als Quelle siehe Tomasz Goban-Klas, Stalinism and the Press. Soviet Patterns and Polish Variations, in: Eduard Mühle (Hg.), Vom Instrument der Partei zur „Vierten Gewalt". Die ostmitteleuropäische Presse als zeithistorische Quelle, Marburg 1997, S. 13–24; siehe auch Dieter Bingen, Propagandamedium und Abbild. Überlegungen zum Quellenwert der polnischen Presse in sozialistischer Zeit, a.a.O., S. 83–92; John Connelly, Die ostmitteleuropäische Presse als Quelle zur Gesellschaftsgeschichte der Stalinzeit, a.a.O, S. 11–114.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Am problematischsten einzulösen ist der Anspruch, eine Aussage über Wirkungsmächtigkeit und Rezeption der Propaganda für die Sowjetunion zu treffen. Er kann nur fragmentarisch, in Eindrücken, in einzelnen Splittern eingelöst werden, denn eine Geschichte der öffentlichen Meinung unter stalinistischer Herrschaft läßt sich nicht schreiben. Aufgrund des Repressionsdrucks der Diktatur und des vollständigen Fehlens unabhängiger Meinungsforschung lassen sich keine repräsentativen Aussagen über die Rezeption der Propaganda treffen.[58] Gleichwohl finden sich in den Berichten der Staatsparteien und ihrer Massenorganisationen an zahlreichen Stellen Reaktionen der Beherrschten. In dieser Arbeit versuche ich, aus diesen vereinzelten Stimmen, den Aufzeichnungen von Stimmungen und den Problemen, denen sich die Mobilisierungsdiktatur gegenüber sah, plausible Reaktionsmuster herauszuarbeiten. Es gilt aber zu betonen: Die Beherrschten hatten in der kommunistischen Diktatur keine eigene Stimme, sondern nur eine vermittelte, die sich in den parteistaatlichen Aufzeichnungen erhalten hat. Jede Überlieferung ist durch die Interessen des Parteistaates und die seit Ende der vierziger Jahre etablierten Muster der Textproduktion geprägt. Mit dem Wissen um ihren problematischen Charakter bilden parteistaatliche Berichte eine Quelle dieser Studie.

Einen weiteren begrenzten Zugang zur Frage nach der Rezeption der Propaganda bilden veröffentlichte Egodokumente – vor allem die Tagebücher von Politikern und Intellektuellen.[59] Da sie in der Regel die Einstellung von Vertretern eines Milieus abbilden, das von den Parteistaaten „Intelligenz" genannt wurde, sind auch sie nicht repräsentativ. Die Aufzeichnungen zeitgenössischer Chronisten – wie etwa Victor Klemperer in der DDR – gewähren dennoch interessante Einblicke, die über die Person des Verfassers hinausweisen. Trotzdem entstanden auch diese Texte in der Diktatur – wenngleich der Verfolgungsdruck in Polen und der DDR nicht das Ausmaß des Großen Terrors erreichte, der in den dreißiger Jahren die sozialen Beziehungen in der UdSSR dominierte.[60] Auch mit Hilfe dieser Quellen ist es nicht möglich, die öffentliche Meinung zu beschreiben. Gleichwohl werden sie hier herangezogen, weil sie in vielen Fällen einzelne Reaktionen auf parteistaatliche Propaganda darstellen. Im Bewußtsein dieser quellenkritischen Einschränkungen möchte ich so weit wie möglich in das sprachliche Niemandsland der beherrschten Subjekte vorstoßen. Letztendlich ist jede Aussage über die Wirkungen von Propaganda in der kommunistischen Diktatur – jedenfalls in der Zeit bis 1956, als in keinem der Regime systematische Meinungsforschung existierte und der Repressionsdruck immens war – von diesen methodischen Einwänden belastet. Dennoch dürfte das Interesse an der Frage, wie weit es den

58 Dies bemerkt für den Nationalsozialismus Michael Burleigh, Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung, Frankfurt am Main 2000, S. 336f. Siehe auch Nicolas Werth, Forms of Autonomy in „Socialist Society", in: Henry Rousso (Hg.), Stalinism and Nazism. History and Memory Compared, Lincoln, NE/London 2004, S. 111–141; Problematisch die Verwendung des Begriffs bei Davies, Popular Opinion, die bereits im Titel suggeriert, sie könne eine Geschichte der öffentlichen Meinung auf der Basis von Geheimdienstberichten schreiben. Siehe auch ohne eine reflektierte Begrifflichkeit über das nationalsozialistische Deutschland: Robert Gellately, Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk, Bonn 2003.

59 Zu Ego-Dokumenten als Quelle vgl. Dagmar Günther, „And now for something completely different." Prolegomena zur Autobiographie als Quelle der Geschichtswissenschaft, in: HZ 272 (2001), S. 24–61.

60 Zu sowjetischen Tagebuchschreibern der dreißiger Jahre, siehe Jochen Hellbeck, Fashioning the Stalinist soul: the diary of Stepan Podlubnyi, 1931–1939, in: Sheila Fitzpatrick (Hg.), Stalinism. New Directions, London/New York, NY 2000, S. 77–116.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

kommunistischen „Gärtnern" gelang, ihre neue Ordnung im Bewußtsein der Menschen einzupflanzen, das Risiko wert sein, sich auf das Glatteis der Rezeptionsanalyse zu begeben. Schließlich öffnet diese Frage die Studie für die *longue durée* der Mentalitäten und erweitert unser Wissen um die „Grenzen der Diktatur" – die Grenzen der Beeinflussung des menschlichen Bewußtseins.

Der Aufbau dieser Arbeit orientiert sich an ihrem chronologischen Rahmen. *Kapitel 1* setzt mit dem Hitler-Stalin-Pakt ein, bespricht das System der *Großen Freundschaft* als Ordnung des sowjetischen Vielvölkerstaates, beschreibt die Sowjetisierung Ostpolens und die Moskauer Planungen für die Propaganda nach der Machtübernahme in Ostmitteleuropa. *Kapitel 2* schert aus der chronologischen Ordnung aus. In einem diskursanalytischen Exkurs wird das Bild von der Sowjetunion als eines utopischen Ortes analysiert, wie ihn sowjetische, polnische und deutsche Autoren beschrieben. In *Kapitel 3* steht die Frage im Mittelpunkt, wie in den Jahren 1944 bis 1949 die Erfindung der Freundschaft zur Sowjetunion und die damit verbundene Errichtung einer repräsentativen Öffentlichkeit in Polen und der SBZ/DDR vonstatten ging. Die *Große Freundschaft* zwischen den Völkern als Charakteristikum des Hochstalinismus wird in *Kapitel 4* am Beispiel des Führerkultes um Stalin, der Freundschaftskampagnen und ausgewählter Felder kommunistischer Agitation untersucht. Den manifesten Krisen, die nach Stalins Tod 1953 zunächst die DDR und dann in Folge des 20. Parteitages der KPdSU auch Polen erschütterten, widmet sich wiederum in vergleichender Perspektive *Kapitel 5*. Über die Folgen der Entstalinisierung für die Freundschaftspropaganda und den Beginn der unterschiedlichen historischen Entwicklungen in Polen und der DDR berichtet *Kapitel 6*. Im *Resümee* ziehe ich eine vergleichende Bilanz der *Erfundenen Freundschaft*. Darüber hinaus wird die Frage diskutiert, welche Spezifika kommunistischer Propaganda sich aus transnationaler Perspektive und mit Blick auf die unterschiedlichen Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts nennen lassen. Schließlich hofft die Arbeit zu einem besseren Verständnis kommunistischer Diktatur als einer spezifischen Pathologie moderner Gesellschaft beizutragen, indem sie hinter die öffentliche Fassade schaut, die der Stalinismus, jene „Symbiose aus Kulturrevolution und Gewalt", jenseits der Sowjetunion zur Legitimation seiner Herrschaft errichtete.[61]

61 Die Definition bei Baberowski, Der rote Terror, S. 113.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

KAPITEL 1

Propaganda und Krieg 1939–1944

„[...] for Russia, at any rate, there are no objective criteria of right or wrong. There are not even objective criteria for reality and unreality. What do we mean by this? We mean that right and wrong, reality and unreality, are determined in Russia not by any God, not by any innate nature of things, but simply by men themselves. Here men determine what is true and what is false.
The reader should not smile. This is a serious fact."

George F. Kennan, Moskau 1944[1]

Mit dem Ersten Weltkrieg begann in Europa das Zeitalter der Massenpropaganda, das zugleich das der Massenvernichtung war. Zwar wiesen schon vor der Zäsur von 1914 viele Entwicklungen in diese Richtung, dennoch wirkte der totale Krieg wie ein Katalysator, der gesellschaftliche Entwicklungen und moderne Pathologien beschleunigte. Die kriegführenden Staaten beanspruchten einen immer weitgehenderen Zugriff auf ihre Bürger.[2] Die Politik der Massenmobilisierung erfaßte die gesamte Gesellschaft. Der Prozeß der Mobilisierung wurde mit dem Friedensschluß von 1918 allenfalls unterbrochen, aber nicht beendet – die zwanziger Jahre waren nur eine kurze Atempause nach der Katastrophe des Großen Krieges. Zu Beginn der dreißiger Jahre hatten sich in Deutschland und Rußland Mobilisierungsdiktaturen etabliert, die ihre Macht in den Dienst eines entgrenzten Vernichtungs- und Gestaltungswillens stellten.

Für Rußland, Polen und Deutschland, die das beziehungsgeschichtliche Herzstück dieser Studie bilden, resultierte der Erste Weltkrieg in einer staatlichen Neuordnung.[3] Der Umbruch nach 1917 bedeutete eine „Geschichtswende mit ungleichen Folgen" für die drei Nationen.[4] In Rußland und Deutschland besiegelten Niederlage und Revolution das Ende der alten Imperien. An ihre Stelle trat in Rußland das bolschewistische Regime, während

1 George F. Kennan, Memoirs, New York, NY 1967, S. 562–563.

2 Zum Ersten Weltkrieg, siehe: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumreich/Irina Renz (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn/München/Wien u.a. 2003; zur hier behandelten Thematik insbesondere den Artikel von Michael Jeismann zu „Propaganda", S. 198–209.

3 Siehe allgemein: Klaus Schwabe, Das Ende des Ersten Weltkrieges, in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumreich/Irina Renz (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn/München/Wien u.a. 2003, S. 293–303.

4 Vgl. zum beziehungsgeschichtlichen Hintergrund: Klaus Zernack, Polen und Rußland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte, Berlin 1994, S. 389–413. Siehe auch pointierter: ders., Polen und die Oktober-Revolution, in: Holm Sundhaussen/Hans-Joachim Torke (Hg.), 1917–1918 als Epochengrenze?, Wiesbaden 2000, S. 121–134; zu den deutsch-polnischen Beziehungen: Martin Broszat, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Stuttgart 1961.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Deutschland nach 1918 zunächst den Weg zu einer bürgerlichen Republik einschlug. Der deutsche Zusammenbruch führte für Polen das Ende der Teilung herbei und ebnete nach 123 Jahren Fremdherrschaft den Weg zu neuer Staatlichkeit. Nach dem Sieg gegen das bolschewistische Rußland im Krieg von 1919–1921 erlangte es in neuen Grenzen seine Souveränität zurück. Der Sieg über die Rote Armee bildete den eigentlichen Gründungsakt des neuen Polen und beendete für fast zwanzig Jahre den Export der russischen Revolution.[5] Die erfolgreiche Abwehr des kommunistischen Rußland wurde integraler Bestandteil der Staatsräson der Zweiten Republik. Der *Antemuralis*-Mythos, der die polnische Nation zur Beschützerin Europas gegen Bedrohungen aus dem Osten stilisierte, bekam vor dem Hintergrund der bolschewistischen Bedrohung neue Aktualität. Mit ihrer sowjetfreundlichen Haltung und der Forderung, Polen solle sich der Sowjetunion anschließen, befanden sich die polnischen Kommunisten hingegen in einer gesellschaftlichen Außenseiterrolle.[6] Sie waren die Parias in einem Land, dessen Ordnung sich auf das antisowjetische Charisma Józef Piłsudskis gründete.[7]

In der neuen Konstellation „erwies sich Polen als der Drehpunkt zwischen Rußland und Deutschland."[8] Erst der Aufstieg totalitärer Regime in Rußland *und* Deutschland erlaubte 1939 die Rückkehr beider Staaten zu einer „negativen Polenpolitik" – allerdings unter den Bedingungen des „Zeitalters der Extreme".[9] Diese Entwicklung bildet den historischen Hintergrund dieser Studie.

1. Das Schlachtfeld der Diktatoren

Am Anfang war der Hitler-Stalin-Pakt. Nur durch das Bündnis des nationalsozialistischen Deutschland mit der stalinistischen Sowjetunion konnten Ostmittel- und Osteuropa zum „Schlachtfeld der Diktatoren" werden.[10] Das deutsch-sowjetische Bündnis bedeutete das

5 Vgl. Norman Davies, White Eagle, Red Star. The Polish-Soviet War 1919–1920, London 1972.

6 Zu den polnischen Kommunisten siehe: Robert Blobaum, Feliks Dzierżynski and the SDKPiL: A Study of the Origins of Polish Communism, Boulder, Col./New York, NY 1984; Gabriele Simonici, The Communist Party of Poland 1918–1929. A Study in Political Ideology, Lewiston, NY/Queenston, Ont./Lampeter 1993.

7 Zur politischen Geschichte der Zweiten Republik siehe Wojciech Roszkowski, Historia Polski. 1914–1998, Warschau ^{7}1999, S. 19–87; zu Piłsudski: Andrzej Garlicki, Józef Piłsudski 1867–1935, Warschau ^{3}1990.

8 Zernack, Polen und die Oktober-Revolution, S. 131.

9 Die Begriffe nach: Klaus Zernack, Negative Polenpolitik als Grundlage deutsch-russischer Diplomatie in der Mächtepolitik des 18. Jahrhunderts, in: Wolfram Fischer/Michael G. Müller (Hg.), Preußen – Deutschland – Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, Berlin 1991, S. 225–242; Eric J. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995.

10 Dietrich Beyrau, Schlachtfeld der Diktatoren. Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin, Göttingen 2000.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Ende der Versailler Ordnung; erste Opfer dieser Verständigung waren Polen und die baltischen Staaten.[11]

In Polen, das sich seiner Geschichte nach Monaten erinnert, steht der „September" für Überfall und Verrat, das heißt für die rücksichtslose Aggression des nationalsozialistischen Deutschland, die mit dem Einmarsch am 1. September begann, und für die anschließende Invasion, mit der die UdSSR am 17. September dem kämpfenden Polen in den Rücken fiel. Damit begann eine beispiellose Katastrophe von Vernichtungskrieg, Völkermord, Terror, Deportation, Zwangsarbeit und Zwangsumsiedlungen. Die totalitären Teilungsmächte verfolgten eine ideologiegeleitete Besatzungspolitik, die bereits in den ersten Tagen und Wochen immense Opfer forderte. Da sie den erfahrungsgeschichtlichen Hintergrund dieser Studie bilden, sollen die nationalsozialistische und die sowjetische Polenpolitik hier kurz umrissen werden.

1.1 Die nationalsozialistische Besatzungspolitik

Die Besatzungspolitik des „Dritten Reiches" zielte auf die Zerstörung der Lebensgrundlagen der polnischen Nation und die Vernichtung der polnischen Juden.[12] Mit Beginn der Kampfhandlungen setzten die Einsatzgruppen der SS diese Politik hinter der Front konsequent um.[13] Die westlichen Grenzgebiete wurden vom Deutschen Reich annektiert und dienten als Experimentierfeld für eine radikale „Germanisierung." Insbesondere in den neuen „Reichsgauen" Danzig-Westpreußen und Warthegau versuchte man, die Germanisierungspolitik mit Hilfe der „Deutschen Volksliste" voranzutreiben.[14] Noch radikaler gestaltete sich die nationalsozialistische Politik im „Generalgouvernement", das den Rest des deutschen Teilungsgebietes umfaßte. Hier waren die Bewohner zügellosem NS-Terror ausgesetzt, der darauf abzielte, die polnische Bevölkerung auf einen Helotenstatus herabzudrücken.[15] Die Nationalsozialisten zerschlugen deshalb das Bildungssystem und gingen brutal gegen die traditionellen Eliten vor.[16] Ein polnisches gesellschaftliches Leben duldeten sie nicht. Gegen die deutsche Besatzung formierte sich bald ein Untergrundstaat mit eigenen Schulen und Institutionen, dessen bewaffneter Arm, die *Armia Krajowa* [Heimat-

11 Zum Pakt und seiner Wirkungsgeschichte siehe: Jan Lipinski, Das Geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23.8.1939 und seine Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte von 1939 bis 1999, Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a. 2004.

12 Vgl. als Überblick zur NS-Politik in Osteuropa: Beyrau, Schlachtfeld der Diktatoren, S. 47–97.

13 Vgl. Beate Kosmala, Der deutsche Überfall auf Polen. Vorgeschichte und Kampfhandlungen, in: Włodzimierz Borodziej/Klaus Ziemer (Hg.), Deutsch-polnische Beziehungen. 1939–1945–1949, Osnabrück 2000, S. 19–42.

14 Siehe Hans-Jürgen Bömelburg/Bogdan Musial, Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939–1945, in: Włodzimierz Borodziej/Klaus Ziemer (Hg.), Deutsch-polnische Beziehungen. 1939–1945–1949, Osnabrück 2000, S. 43–111 mit zahlreichen Verweisen auf die polnische Literatur.

15 Vgl. als Fallstudie zum Landkreis Janów Lubelski Marek Jan Chodakiewicz, Between Nazis and Soviets. Occupation Politics in Poland, 1939–1947, Lanham, MD 2004, S. 67–180.

16 Vgl. Christoph Kleßmann, Die Selbstbehauptung einer Nation. NS-Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung, Düsseldorf 1971; Jan T. Gross, Polish Society under German Occupation. The Generalgouvernment, Princeton, NJ 1979 und die Beiträge in: Christoph Kleßmann (Hg.), September 1939. Krieg, Besatzung und Widerstand, Göttingen 1989.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

armee], den Widerstandskampf aufnahm.[17] Auf Widerstand reagierte die deutsche Seite mit willkürlichen Deportationen und Massenerschießungen. Viele Polen wurden zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich verschleppt.[18] Im Sinne der negativen Polenpolitik funktionierte zunächst die Zusammenarbeit zwischen deutschen und sowjetischen Stellen, die sich bereits im Nichtangriffspakt gegenseitige Unterstützung gegen nationale Bestrebungen der Polen zugesichert hatten.

Als „Laboratorium der Rassenpolitik" bildete Polen das Epizentrum des Völkermordes an den europäischen Juden.[19] Mit Beginn der Besatzung richtete sich der Terror der deutschen Waffen gezielt gegen die jüdische Bevölkerung. Den ersten Schritt auf dem Weg zum Genozid bildete die Ghettoisierung der polnischen Juden in den großen Städten des „Generalgouvernements". Dies geschah im Laufe des Jahres 1940 zunächst in Łódź, dann auch in Krakau, Lublin, Radom und Warschau. Hier lebten die Juden nach ihrer Enteignung auf engstem Raum mit unzureichender Ernährung. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion radikalisierte sich die nationalsozialistische Judenpolitik. Millionen von Menschen wurden von Einsatzgruppen hinter der Ostfront und in Vernichtungslagern getötet, die wie Auschwitz oder Treblinka auf polnischem Territorium lagen.[20] Seit der Jahreswende 1941/42 beschränkte sich der Opferkreis nicht mehr auf die osteuropäischen Juden. Nun wurden auch aus dem Deutschen Reich und dem besetzten Europa Juden in die Vernichtungslager deportiert. Als die Rote Armee die polnischen Grenzen 1944 auf ihrem Vormarsch erreichte, war die überwältigende Mehrheit der polnischen Juden ermordet. Der Name Auschwitz steht seit Kriegsende als Synonym für den Holocaust. So verband sich die Besatzungspolitik im deutschen Teilungsgebiet untrennbar mit dem Völkermord an den europäischen Juden.

1.2 Die sowjetische Besatzungspolitik

Das sowjetische Teilungsgebiet wurde Ende September 1939 innerhalb weniger Tage von der Roten Armee besetzt.[21] Im Verlauf der nächsten Wochen wurde die sowjetische Herrschaftsordnung unter Anwendung massiver Gewalt und Aufbietung immenser propagandis-

17 Zur *Armia Krajowa* siehe die Beiträge in: Bernhard Chiari (Hg.), Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem 2. Weltkrieg, München 2003. Siehe auch allgemein: Tomasz Szarota, Resistenz und Selbstbehauptung der polnischen Nation, in: Włodzimierz Borodziej/Klaus Ziemer (Hg.), Deutsch-polnische Beziehungen. 1939–1945–1949, Osnabrück 2000, S. 135–162.

18 Siehe Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn 1985.

19 Der Begriff bei Christopher Browning, Die Entfesselung der „Endlösung". Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942, Berlin 2003. Zum Holocaust in Polen siehe Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Band 1, Frankfurt am Main [9]1999, S. 197–283.

20 Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Band 2, S. 505–569; S. 927–1042.

21 Vgl. als Überblick Wanda Krystyna Roman, Die sowjetische Okkupation der polnischen Ostgebiete 1939 bis 1941, in: Bernhard Chiari (Hg.), Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg, München 2003, S. 87–110. Als Fallstudie zur Region Białystok siehe: Wojciech Śleszyński, Okupacja sowiecka na Białostocczyźnie 1939–1941. Propaganda i indoktrynacja, Białystok 2001.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

tischer Mittel durchgesetzt. Die bolschewistische Eroberungspolitik in Ostpolen läßt sich mit dem Begriff der *radikalen Sowjetisierung* beschreiben. Dabei instrumentalisierte die sowjetische Seite die multiethnische Struktur Ostpolens, wo Polen, Ukrainer, Weißrussen und Juden lebten, für ihre Zwecke.[22] Weißrussen und Ukrainer, die in einigen östlichen Wojewodschaften die Bevölkerungsmehrheit bildeten, hatten den polnischen Staat nie als den eigenen akzeptiert. Ähnlich wie die Juden waren sie nur marginal in die Herrschaftsstrukturen der Zweiten Republik integriert. Eine restriktive Minderheitenpolitik hatte ihre Entfremdung gegenüber dem polnischen Staat noch vergrößert. So nimmt es nicht wunder, daß Teile der ukrainischen, weißrussischen und jüdischen Bevölkerung auf den Zusammenbruch Polens zunächst gleichgültig oder erfreut reagierten.

Die sowjetische Herrschaftsstrategie fand sich bereits in der offiziellen Begründung des Einmarsches. Moskau erklärte das Vordringen der Roten Armee zu einem Akt nationaler, völkischer Solidarität mit der ukrainischen und weißrussischen Bevölkerungsgruppe Ostpolens. Die Truppen zogen offiziell als Befreier ihrer „ukrainischen und weißrussischen Brüder" vom „Joch der polnischen Pane" in Polen ein. Am 31. Oktober 1939 bekannte sich Außenkommissar Molotov vor dem Obersten Sowjet zum Prinzip der negativen Polenpolitik und begrüßte das Verschwinden dieses „mißgestalteten Geschöpfes" des Versailler Vertrages von der Landkarte Europas.[23] Diese von der sowjetischen Führung geäußerte Genugtuung über das Ende der polnischen Staatlichkeit ging mit der massiven Diskriminierung des polnischen Bevölkerungsanteils einher. Polen wurden pauschal zu „Feinden" erklärt. Dabei mischten sich in der Propaganda ethnische mit klassenkämpferischen Motiven. Sowjetische Stellen teilten die Bevölkerung Ostpolens nun in „Herren", das hieß in der Regel Polen, und das „Volk".[24] Die sowjetischen Soldaten, aber auch die Ukrainer und Weißrussen beteiligten sich in diesen Tagen an Übergriffen gegen Polen und deren Eigentum.

Die Rote Armee hinterließ bei ihrem Einmarsch in Ostpolen nicht nur wegen der Ausschreitungen einen ungünstigen Eindruck. Die sowjetischen Soldaten waren schlecht ernährt und trugen häufig heruntergekommene Uniformen. Ihr gesamtes Erscheinungsbild war mitleiderregend, und junge Rekruten fragten in den Dörfern häufig nach Nahrung. Der bescheidene Wohlstand ostpolnischer Provinzstädte machte auf die Eroberer großen Eindruck. In Großstädten wie Lemberg standen die sowjetischen Rekruten oft staunend vor dem Angebot gewöhnlicher Läden. Dieses Verhalten mußte Fragen über die Verhältnisse in der Sowjetunion aufwerfen. Insbesondere widersprach das Konsumverhalten der Soldaten ihrer Standardauskunft über die Sowjetunion: „u nas vse est' [bei uns gibt es von allem reichlich]."[25]

22 Bereits in den zwanziger Jahren hatte die Sowjetunion versucht, Einfluß auf die weißrussische und ukrainische Bevölkerung zu nehmen und den polnischen Staat so zu destabilisieren. Terry Martin, The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939, Cornell, NY/London 2002, S. 225f.

23 Siehe Lipinski, Das geheime Zusatzprotokoll, S. 177f.

24 Jan Tomasz Gross, Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia, Princeton, NJ ²2002, S. 35ff.

25 A.a.O., S. 45ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Anfang Oktober gaben die Zeitungen bekannt, daß im sowjetischen Teilungsgebiet „Wahlen" zu einer weißrussischen und einer ukrainischen „Nationalversammlung" abgehalten werden würden.[26] Als Wahltermin setzten die Besatzer den 22. Oktober fest. Die Wahlkampagne verdeutlichte, wie schnell die sowjetischen Eroberer ihre Mechanismen der Propaganda und Sozialkontrolle implementiert hatten. Obwohl es sich um einen ländlichen Raum mit mangelhafter Infrastruktur und mehrheitlich bäuerlicher Bevölkerung handelte, gelang es, in wenigen Wochen die Bevölkerung zu erfassen. Die Bürgerinnen und Bürger Ostpolens wurden von einer ersten sowjetischen Propaganda- und Mobilisierungskampagne überrollt. In Tausenden von Versammlungen sollten die Menschen ihrem „Willen" Ausdruck geben, Kandidaten bestätigen und um die Aufnahme in die sowjetische „Familie der Nationen" nachsuchen. Die Agitation führten überwiegend Offiziere des NKVD und der Roten Armee durch. Sie verlasen auf den Versammlungen vorbereitete Texte; teilweise wurde aus der sowjetischen Verfassung zitiert.[27] Die Propagandaplakate waren von antipolnischen Themen geprägt. Sowohl die Teilnahme an den Vorwahlversammlungen als auch an der „Wahl" selbst wurde durch die Androhung gravierender Konsequenzen bei Abstinenz sichergestellt. Das sowjetische Wahlverfahren, bei dem der Wahlvorschlag gefaltet und in eine Urne geworfen wurde, stieß bei vielen Menschen auf Unverständnis. Dennoch verlief das Partizipationstheater weitgehend reibungslos. Die durch die „Wahlen" bestätigten Kandidaten beschlossen Ende Oktober auf Versammlungen in Białystok und Lemberg, einen Antrag auf Aufnahme in die Sowjetunion zu stellen, dem der Oberste Sowjet seinerseits Anfang November 1939 formal stattgab. Damit war dieses propagandistische Schauspiel zur Legitimation einer Annexion beendet. In wenigen Wochen hatte die Politik der radikalen Sowjetisierung damit ein erstes Ergebnis erzielt: Die polnischen Ostgebiete waren in die UdSSR inkorporiert.

In den folgenden Monaten wandte die sowjetische Staatsmacht gegenüber ihren realen oder vermeintlichen Feinden die gleiche Politik wie in der UdSSR an. Auf den Einmarsch der Roten Armee folgte eine erste Verhaftungswelle, die insbesondere die polnischen Eliten betraf. Von Beginn an gab es außerdem willkürliche Festnahmen, so daß jeder Opfer des NKVD werden konnte.[28] In wenigen Wochen wiederholte sich der Große Terror in kleinerem Maßstab. Auf die Massenverhaftungen folgten Massendeportationen nach Sibirien und Zentralasien.[29] Diese Aktionen fanden seit dem Frühjahr 1940 statt und endeten erst mit dem deutschen Überfall im Juni 1941. Insgesamt wurden mehr als eine halbe Million Zivi-

26 Zu den „Oktoberwahlen" siehe Jan Tomasz Gross, Studium zniewolenia. Wybory październikowe 22.10.1939, Krakau 1999.

27 Gross, Revolution from Abroad, S. 74ff.

28 A.a.O., S. 144ff.

29 Zu den Deportationen siehe die Erfahrungsberichte in: Jan Tomasz Gross/Irena Grudzińska-Gross, „W czterdziestym nas matko na Sybir zesłali ..." Polska a Rosja 1939–42, London 1983. Vgl. auch die Erinnerungen Ryszard Kapuścyńskis an die Sowjetisierung seiner Heimatstadt Pińsk: Ryszard Kapuścyński, Pińsk `39, in: ders., Imperium. Sowjetische Streifzüge, Frankfurt am Main 1996, S. 9–30; die Erinnerungen des Schriftstellers Gustaw Herling an seine Gefangenschaft im GULag: ders., Welt ohne Erbarmen, München 2004 [1951]; sowie als Studie zur Deportation polnischer Frauen in die UdSSR: Katherine R. Jolluck, Exile and Identity. Polish Women in the Soviet Union During World War II, Pittsburgh, Pa. 2002.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

listen ins Innere der Sowjetunion deportiert.[30] Auch bei den Deportationen zeigte sich der Willkürcharakter der Repressionen. Nicht nur Polen, sondern auch die vermeintlichen Profiteure der neuen Ordnung wie Ukrainer, Weißrussen und Juden waren betroffen. Sie galten zwar nicht wie die Polen pauschal als „Feinde", konnten jedoch jederzeit individuell als „Feinde entlarvt" werden. In dieses Bild brutaler Repression und systematischer Vernichtung polnischer Eliten fügen sich die Morde an polnischen Offizieren. Im April und Mai 1940 führte der NKVD auf Vorschlag Berijas und mit der Billigung Stalins die Massenerschießungen von Kriegsgefangenen bei Katyń, Mednoe und Char'kov durch.[31] Unter dem Namen „Katyń" wurde dieses Kriegsverbrechen zum Symbol für sowjetischen Terror gegen Polen.

Die Besatzer stürzten die soziale Ordnung Ostpolens vollständig um.[32] Das bedeutete die Absetzung, Verhaftung und Deportation der traditionellen Eliten und die Enteignung der Landbesitzer. Im Winter 1939/40 begann die Kampagne zur Kollektivierung der Landwirtschaft, die allerdings vor Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges nicht mehr durchgeführt wurde.[33] Sämtliche private Firmen, aber auch unabhängige Verbände und Organisationen, religiöse Selbstverwaltungsinstanzen und politische Parteien wurden verboten und aufgelöst. Klöster, Kirchen und Synagogen wurden geschlossen. Die polnische Sprache verschwand zunehmend aus der Öffentlichkeit und wurde durch das Weißrussische und Ukrainische ersetzt. Die neuen sowjetischen Behörden verboten das Hebräische, förderten jedoch die jiddische Sprache. Durch diese Maßnahmen wurde die ethnische Hierarchisierung, wie sie in der polnischen Republik existiert hatte, auf den Kopf gestellt: Die zuvor privilegierten Polen fanden sich plötzlich in der Rolle der Diskriminierten, Verfolgten und Deportierten wieder. Sie sahen durch das sowjetische Verhalten ihr negatives Bild von der Sowjetunion bestätigt.

Das frühere polnische Staatsgebiet wurde Teil der weißrussischen und der ukrainischen Sowjetrepubliken. Mit Blick auf die sowjetische Nationalitätenpolitik läßt sich erklären, warum Weißrussen und Ukrainer während der Sowjetisierung bevorzugt wurden.[34] Nach Ansicht der Bolschewiki gehörten Menschen nicht nur Klassen, sondern auch Nationen an. Nach Stalins Lehre verfügten sie als Mitglieder von Nationen über unverwechselbare und unabänderliche Eigenschaften.[35] Bereits in den zwanziger Jahren hatten die kommunisti-

30 Aus einer Gesamtbevölkerung von ca. 13 Millionen Menschen. Gross, Revolution from Abroad, S. 194.

31 Siehe die polnisch-russische Dokumentation: Katyń. Dokumenty zbrodni, 2 Bände, Warschau 1998.

32 Jan T. Gross weist darauf hin, daß die sowjetische Okkupation in der Zeit vor dem Herbst 1941 als das Deutsche Reich mit der systematischen Massentötung der Juden begann, höhere Verluste forderte und schärfer in die soziale Ordnung eingriff. Er resümiert: „Life was more dangerous in many respects under the Soviets than under the Nazis". Gross, Revolution from Abroad, S. 228ff., Zitat S. 229.

33 Roma, Die sowjetische Okkupation, S. 97f.

34 Das folgende nach Martin, Affirmative Action Empire; siehe auch Baberowski, Der rote Terror, S. 73–77.

35 Siehe zur sowjetischen Nationalitätenpolitik auch Francine Hirsch, Empire of Nations. Ethnographic Knowledge and the Making of the Soviet Union, Cornell, NY/London 2005; Yuri Slezkine, The USSR as a Communal Appartment or How a Socialist State Promoted Ethnic Particularism, in: Slavic Review 53 (1994), S. 414–452; siehe als Fallstudie zum russischen Norden: Yuri Slezkine, Arctic Mir-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

schen Herrscher die Sowjetunion nationalisiert und ethnischen Gruppen eigene Territorien zugeordnet. Die Politik der *korenizacija* [Einwurzelung] privilegierte nationale Minderheiten in den zwanziger Jahren, erwies sich aber in den dreißiger Jahren als zweischneidige Angelegenheit. Während des Großen Terrors 1937 und 1938 gingen die Bolschewiki mit äußerster Härte gegen ethnische Gruppen vor, die sich dem kommunistischen Projekt widersetzten oder zu widersetzen schienen. Die Politik der Nationalisierung, des Sichtbarmachens ethnischer Differenz, führte jetzt dazu, daß einzelne Gruppen leicht bestimmt und stigmatisiert werden konnten. Es handelte sich um ein charakteristisches Paradox stalinistischer Herrschaft: In der Sowjetunion hatte Stalin 1935 die *Große Freundschaft der Völker* zur Grundlage des multinationalen Zusammenlebens erklärt; kurz darauf begann im Großen Terror die gezielte Verfolgung und Deportation ethnischer Kollektive, die zu „Feindnationen" erklärt worden waren.[36] Zu diesen Feindnationen zählten Ende der dreißiger Jahre die Polen und die Deutschen, die in der Sowjetunion ansässig waren.[37] Im Gegensatz dazu blieben Titularnationen, die über eigene Sowjetrepubliken verfügten, in mancher Hinsicht bevorzugt. Sie nahmen in der bolschewistischen Nationalitätenpolitik weiterhin eine herausgehobene Stellung ein. Die offene Stigmatisierung der Polen zwischen 1939 und 1941 folgte hingegen der Ethnisierung des parteistaatlichen Terrors, die seit Mitte der dreißiger Jahre zu beobachten war. Die radikale Sowjetisierung brachte somit die sowjetische Nationalitätenpolitik, den latenten Bürgerkrieg und die ethnische Gewalt nach Ostpolen.

Um die Große Freundschaft, die als Freundschaft der kleineren Nationen zur „großen" russischen Nation konstruiert war, entspann sich seit 1935 ein Propagandadiskurs, in dem betont wurde, die „nationale Frage" sei in der Sowjetunion gelöst.[38] Das Verschwinden ethnisch-nationaler Konfliktlagen gehörte mit zu den utopischen Versprechen bolschewistischer Herrschaft. Bereits seit 1937 wurden in der Sowjetunion nicht mehr alle Nationen des Imperiums als potentiell gleichrangig angesehen. Vielmehr galt die „große russische Nation" als *Primus inter pares*, zu dem die kleineren Brudervölker nun in „Liebe und Dankbarkeit" aufblicken sollten.[39] Die „Große Freundschaft" war somit strikt hierarchisiert und paternalistisch strukturiert. Diese Tendenz verschärfte sich durch den sowjetischen Sieg im Zweiten Weltkrieg, der von starken russisch-nationalen Tönen begleitet wurde.

---

rors. Russia and and the Small Peoples of the North, Ithaca, NY/London 1994; zum Kaukasus, Jörg Baberowski, Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus, München 2003, S. 184–214, S. 314–410; zur Rolle des Nationalismus in der sowjetischen Geschichte auch: Ronald Grigor Suny, The Revenge of the Past. Nationalism, Revolution and the Collapse of the Soviet Union, Stanford, Cal. 1993.

36 Zur Großen Freundschaft in der UdSSR siehe Martin, The Affirmative Action Empire, S. 437–441. Siehe auch die Darstellungen der Völkerfreundschaft in der Propagandakunst, in: Hubert Gaßner/Irmgard Schleier/Karin Stengel (Hg.), Agitation zum Glück. Sowjetische Kunst der Stalinzeit, Bremen 1994, S. 191–196.

37 Vgl. hierzu Terry Martin, The Origins of Soviet Ethnic Cleansing, in: JMH 70 (1998), S. 813–861. Zum Terror gegen ethnische Gruppen siehe auch den Überblick bei Baberowski, Der rote Terror, S. 195ff.

38 Vgl. am Beispiel der Historiographie: Lowell Tillet, The Great Friendship. Soviet Historians on the Non-Russian Nationalities, Chapel Hill, NC 1969.

39 Zur Aufwertung der russischen Nation siehe: David Brandenberger, National Bolshevism. Stalinist Mass Culture and the Formation of Modern Russian National Identity, 1931–1956, Cambridge, Mass./London 2002, S. 43–62.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Der Export bolschewistischer Nationalitätenpolitik und die Politik der radikalen Sowjetisierung verschärften die ethnischen Spannungen zwischen Polen, Russen, Ukrainern, Weißrussen und Juden. Schnell verbreitete sich unter Polen die Überzeugung, daß die ethnischen Minderheiten seit dem Einmarsch der Roten Armee mit den sowjetischen Besatzungsbehörden kollaboriert hätten. Insbesondere von den Juden hieß es, sie hätten die Invasoren begrüßt und unterstützt. Die Wirklichkeit war komplexer und verworrener als die kollektive Erinnerung vieler polnischer Bürger.[40] Doch der Mythos der jüdischen Kollaboration bestätigte das seit den zwanziger Jahren in Polen verbreitete Stereotyp des jüdischen Kommunismus, der *żydokomuna* [Judenkommune]. In der kollektiven Erinnerung der Polen, die östlich des Bug zu Hause waren, verdichtete sich die radikale Sowjetisierung der Jahre 1939 bis 1941 zu einer traumatischen Erfahrung, die auch der deutsche Überfall auf die UdSSR und das neue Zweckbündnis mit Stalin nicht verdrängen konnte. Die Polen wußten nun, was es bedeutete, als „Feindnation" unter sowjetische Herrschaft zu gelangen.

1.3 Das Ende der deutsch-sowjetischen Polenpolitik: Unternehmen „Barbarossa"

Nach der Niederlage Frankreichs und dem Scheitern der Offensive gegen England galt die Aufmerksamkeit Hitlers wieder dem Osten Europas. Am 18. Dezember 1940 gab er die Weisung, einen Angriff auf die Sowjetunion vorzubereiten und kündigte damit die gemeinsam mit Stalin betriebene negative Polenpolitik auf. Seit 1939 hatte sich gezeigt, daß die deutsche wie die sowjetische Besatzungspolitik nicht nur auf die dauerhafte Beseitigung des polnischen Staates abzielte, sondern auf die Vernichtung der kulturellen Grundlagen der polnischen Nation. Aus einer Position vermeintlicher Stärke handelnd und seinen ideologischen Grundüberzeugungen folgend, wollte Hitler seine Vernichtungspolitik nun auf die Sowjetunion ausdehnen. Es ging ihm zugleich um die Niederwerfung des „jüdischen Bolschewismus" und die Eroberung von „Lebensraum".[41]

Das Rußlandbild der deutschen Gesellschaft war zwar nicht so durchgängig negativ wie das polnische; schließlich gab es das Beispiel der langen Entente zwischen Preußen und Rußland, den historisch verklärten gemeinsamen Kampf in den Befreiungskriegen und selbst die wechselseitige Faszination zwischen der radikalen Rechten der Weimarer Zeit und den Bolschewiki, die nicht zuletzt die Ablehnung polnischer Staatlichkeit teilten.[42] Dennoch konnte sich Hitler bei seinem neuen Feldzug auf eine Tradition der Feindschaft und ein Überlegenheitsgefühl gegenüber den slawischen Nachbarn Deutschlands stützen.[43]

40 Siehe Jan Tomasz Gross, A Tangled Web, in: ders., Revolution from Abroad, S. 241–288.

41 Ian Kershaw, Hitler. 1936–1945, München 2002, S. 453–514.

42 Gerd Koenen, Der Rußland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900–1945, München 2005.

43 Vgl. hierzu die Arbeiten von Wolfram Wette, Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches, in: Wilhelm Deist/Manfred Messerschmidt/Hans-Erich Volkmann u.a., Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkriegs, Frankfurt am Main 1991, S. 25–198; ders., Das Rußlandbild in der NS-Propaganda, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.), Rußlandbild im Dritten Reich, Köln/Weimar/Wien 1994, S. 55–78; ders., Die Wehrmacht. Feindbilder. Vernichtungskrieg. Legenden, Frankfurt am Main 2002, S. 14–35.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Mit der bedingungslosen Übernahme der sowjetischen Selbstbeschreibung standen die deutschen Kommunisten vor 1933 in der deutschen Gesellschaft allein.[44] In den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Eliten der Weimarer Zeit bestand allenfalls der Wunsch nach einer pragmatischen Zusammenarbeit mit den Bolschewiki. Für diese Option stand der Vertrag von Rapallo. Das nationalsozialistische Rußlandbild, das von Goebbels' Propaganda verbreitet wurde, bestand im Kern aus der Behauptung, der Bolschewismus sei ein „jüdisches" Projekt. Aufgrund dieses ideologischen Konstruktes ist die enge Verbindung des Vernichtungskrieges gegen die UdSSR mit dem Völkermord an den europäischen Juden evident. Mit dem selbst gewählten Ende der gemeinsamen Polenpolitik endete auch die publizistische Zurückhaltung gegenüber der Sowjetunion, die seit dem Sommer 1939 angedauert hatte. Eine Welle antisowjetischer Propaganda überschwemmte nun das Land, die bis zum Kriegsende nicht mehr abreißen sollte. Dabei standen das politische Feindbild des „jüdischen Bolschewisten", die rassistische Konstruktion des „verschlagenen Untermenschen" oder die Figur des „brutalen GPU-Kommissars" im Zentrum der Propaganda.[45]

Das Unternehmen „Barbarossa" löste am 22. Juni 1941 keine Begeisterung in der deutschen Bevölkerung aus.[46] Das NS-Regime konnte sich jedoch gewiß sein, daß ein großer Teil der Eliten und auch der Bevölkerung zunächst hinter dem neuen Krieg standen. Die ersten Zweifel am Sieg über die Sowjetunion kamen mit dem Scheitern des Blitzkrieges und dem Kriegseintritt der USA im Winter 1941 auf. Als Menetekel des verlorenen Krieges erschien jedoch erst die Niederlage in Stalingrad, die den Nimbus Hitlers und der Wehrmacht untergruben.[47] Unterdessen hatten in Moskau die politischen Planungen für den Vormarsch nach Westen Gestalt angenommen. Dabei begann man, von der radikalen Sowjetisierung Abstand zu nehmen, die in Ostpolen und im Baltikum angewandt worden war. Auch die Frage der ethnischen Feindbilder stellte sich neu. Wenn man eine weitere Ausdehnung der sowjetischen Herrschaft ins Auge faßte, konnten Polen und Deutsche keine „Feindnationen" bleiben.

2. Moskauer Weichenstellungen: Die Rhetorik der „Nationalen Front"

Die Erfindung der Freundschaft zur Sowjetunion begann im Krieg. In der Zeit des Moskauer Exils begannen polnische und deutsche Kommunisten, Planungen für die eigene Heimat anzustellen. Daß eine Rückkehr im Windschatten sowjetischer Truppen Probleme mit sich bringen würde, antizipierten sie durchaus. Intern thematisierten die Exilanten die Herausforderungen, die sie nach dem sowjetischen Sieg erwarten würden. Dabei nahmen sie an,

44 Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik, Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 220ff.; Eric D. Weitz, Creating German Communism. From Popular Protest to Socialist State, Princeton, NJ 1997, S. 236ff.

45 Vgl. Kapitel 2 dieser Arbeit.

46 Kershaw, Hitler. 1936–1945, S. 520f. Zum Kriegsverlauf bis Stalingrad: Richard Overy, Rußlands Krieg 1941–1945, Reinbek b. Hamburg 2003, S. 123–240.

47 Ian Kershaw, Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung, Stuttgart 1999, S. 207ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

daß das belastete Verhältnis der Bevölkerung zur Sowjetunion ein gewichtiges politisches Hindernis darstellen würde.

Bereits während des Krieges stellte auch Stalin Überlegungen zur Auslandspropaganda der Sowjetunion an. Mit der Auflösung der Komintern im Mai 1943 begann die Neuordnung des sowjetischen Einflußsystems.[48] Hiermit wurde ein Schritt vollzogen, den Stalin bereits seit Anfang der vierziger Jahre ins Auge gefaßt hatte.[49] Offenbar war der sowjetische Diktator zu der Erkenntnis gelangt, daß die enge Bindung kommunistischer Parteien an Moskau ihnen in ihren nationalen politischen Kontexten stark schadete, weil ihre bürgerlichen, liberalen oder nationalen Gegner sie als Werkzeug einer fremden Macht denunzieren konnten. Dieser Schritt bedeutete freilich nicht, daß Stalin seinen absoluten Kontrollanspruch über die kommunistische Bewegung zurücknahm. Im Gegenteil: Das Tagebuch Georgi Dimitrovs verdeutlicht, daß er weiterhin persönlich Einfluß auf die Politik ausländischer kommunistischer Parteien nahm.

Stalin hatte sich bereits im Mai 1941 gegen eine Neugründung der 1938 im Zuge des Großen Terrors zerschlagenen Kommunistischen Partei Polens ausgesprochen. Statt dessen schlug er vor, in Polen eine „Arbeiterpartei" zu gründen, da nur sie breite politische Unterstützung erhalten könne.[50] Entweder ahnte Stalin, wie die Mehrheit der Polen auf den Begriff „Kommunismus" reagierte, oder er sorgte sich, daß bei der Wiederherstellung der KPP die Umstände ihrer Zerschlagung thematisiert werden würden. In jedem Fall glaubte er, den sowjetischen Einfluß in Polen mit einer „Arbeiterpartei" von sowjetischen Gnaden erhöhen zu können. Dies geschah in Form der *Polska Partia Robotnicza* (PPR) [Polnische Arbeiterpartei], die bei ihrer Gründung im Januar 1942 kein Mitglied der Komintern wurde. Als die Befreiung Polens von nationalsozialistischer Herrschaft im Jahre 1943 näher rückte, erließ der sowjetische Diktator bis in die Wortwahl reichende präzise Anweisungen, wie in der polnischen Gesellschaft um Vertrauen für die neue Partei geworben werden sollte. Auf Stalins Intervention hin telegrafierte Dimitrov im März 1943 an den im Untergrund agierenden polnischen Kommunisten Paweł Finder, es sei zum gegebenen Zeitpunkt nicht angemessen, von der Errichtung einer „Arbeiter- und Bauernmacht" in Polen zu reden. Vielmehr solle man sich strikt auf die folgenden Losungen beschränken: Ziel der PPR sei es, die Okkupanten zu schlagen, die nationale Freiheit zu gewinnen und ein volksdemokratisches Polen zu errichten.[51] Die von Georgi Dimitrov überlieferten Äußerungen Stalins zur Propagandastrategie in Mitteleuropa verdeutlichen zweierlei. Erstens handelt es sich hier um ein Feld, für das der Alleinherrscher selbst die Richtlinien festlegte und – wie im Fall der Komintern – bereit war, bestehende Institutionen und Strategien aufzugeben und neue Strategien zu entwickeln. Zweitens belegen die Notizen Dimitrovs, daß Stalin durchaus um das problematische Image der Sowjetunion, des kommunistischen Projektes und auch seiner Person im Ausland wußte.[52] Die polnischen und deutschen Kommunisten sollten des-

48 Zur Komintern und dem Aderlaß der ausländischen Kommunisten im Großen Terror, vgl.: Chase, Enemies within the Gates, S. 217–292.

49 Bereits am 20. April 1941 sprach Stalin von der Komintern als einem „Hindernis". Vgl. Ivo Banac (Hg.), The Diary of Georgi Dimitrov, New Haven, Conn. 2003, S. 155–156, Zitat S. 156.

50 Eintrag vom 27.8.1941, The Diary of Georgi Dimitrov, S. 191–192.

51 Eintrag vom 2.3.1943, a.a.O., S. 262–263.

52 So hatte Stalin bereits am 11. Februar 1937 geäußert, die europäischen Arbeiter glaubten, sein Konflikt mit Trotzki resultiere aus seinem „schlechten Charakter". Eintrag vom 11.2.1937, a.a.O., S. 52

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

halb in der Öffentlichkeit eine deutliche Distanz zur Sowjetunion wahren. Aus diesen Äußerungen wird deutlich, daß Stalin nicht der kommunistischen Utopie oder marxistischen Losungen, sondern nationalen bzw. nationalistischen Tönen die größte Mobilisierungskraft beimaß.

2.1 Das polnische Exil

Für das polnische Exil in Moskau war das Problem des Stigmas, das der Sowjetunion anhaftete, trotz der PPR-Gründung virulent. Der polnische Kommunist Alfred Lampe formulierte in einer Denkschrift seine Überlegungen zum zukünftigen Verhältnis zwischen Polen und der UdSSR und stellte sich die Frage: „Was für ein Polen könnte nicht antisowjetisch sein?" Lampe ging davon aus, daß die Sowjetunion nach dem Kriege keinen antisowjetischen polnischen Staat als Nachbarn dulden würde. Ein prosowjetisches Polen könne es jedoch nur geben, wenn sich seine Gesellschaft wandelte. Alfred Lampe stellte resigniert fest, daß die negative Einstellung zur Sowjetunion vielleicht das einzige sei, was das gesamte politische Spektrum in Polen vereine. Er führte aus:

> „Mit Ausnahme der Kommunisten sind alle traditionellen politischen Bewegungen Polens antisowjetisch: Sowohl die Piłsudki-Partei [piłsudczyzna] in allen ihren Schattierungen als auch die Nationaldemokraten [endecja] und die Sozialisten. Dort wo keine antirussischen Traditionen existieren, dort spielen antisowjetische Einstellungen eine große Rolle. Eine Orientierung auf die UdSSR hin, wie wir sie in der Tschechoslowakei sehen – g a b e s n i e u n d g i b t e s n i c h t in Polen in keiner Partei. Und es kann sie nicht geben. Denn die historische Entwicklung Polens und der Tschechoslowakei verlief in unterschiedlichen Bahnen und die politischen Traditionen sind gänzlich verschieden in dem einen und dem anderen Land."[53]

Den antisowjetischen Konsens der Zweiten Republik begriff er als Resultat der polnisch-russischen Beziehungsgeschichte. Alfred Lampe erkannte, daß antirussische Politik in Polen Staatsräson war und es für die zurückkehrenden Kommunisten von entscheidender Bedeutung sein würde, die politische Kultur des Landes zu verändern. Lampe hoffte darauf, daß es mit der Befreiung Polens durch die Rote Armee eine Welle der Sympathie für die UdSSR geben werde. Doch mit Blick auf die Zukunft warnte er schon 1943: Die Rückkehr der antisowjetischen Emigranten aus dem Westen, die strukturelle Abhängigkeit Polens von den westlichen Waren- und Kapitalmärkten, diese Faktoren würden das Land wieder in den Zustand der Zwischenkriegszeit zurückkatapultieren. Das alte Polen werde nicht in der Lage sein, so Lampes Prophezeiung, sich „ernsthaft und auf lange Sicht [vser'ez i nadol-

53 Notatki Alfreda Lampego [August 1943], in: Archiwum Ruchu Robotniczego, Band IX, Warschau 1984, S. 25–35, Zitate, S. 28, S. 30 [Hervorhebung im Original]. Zu Alfred Lampe und Wanda Wasilewska, den Vertretern der polnischen Kommunisten in Moskau, siehe. Krystyna Kersten, The Establishment of Communist Rule in Poland, 1943–1948, Berkeley, Cal./Los Angeles, Cal./Oxford 1991, S. 8f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

go]" umzuorientieren.[54] Einen radikalen Kurswechsel, den Bruch mit der antirussischen und antisowjetischen Vergangenheit, traute er nur einem neuen, sozialistischen Polen zu. Dabei schwebte ihm ein integratives sozialistisches Modell vor; Lampe warnte vor dem Bürgerkrieg und damit implizit vor radikaler Sowjetisierung wie in Ostpolen. Im Einklang mit der Volksfrontdoktrin mahnte er: „Der Weg, den Rußland 1917 ging, ist nicht der Weg, den Polen im Jahre 1943 gehen sollte."[55] Damit meinte er auch, daß man nicht wieder den Weg beschreiten sollte, den man 1939 gegangen war.

In ihren Proklamationen an das besetzte Polen bediente sich die neugegründete PPR völkisch-nationalistischer Rhetorik. Die Partei lag damit auf der von Stalin und Dimitrov ausgegebenen Linie. Schon ihr Gründungsaufruf vom Januar 1942 appellierte an die Polen, eine „Nationale Front" des Widerstandes zu bilden.[56] In der kommunistischen Lesart bedeutete dies ein enges militärisches Bündnis mit der Sowjetunion. 1942 wurde die UdSSR jedoch zunächst nur als ein Verbündeter in der großen antifaschistischen Koalition der Alliierten dargestellt. Bereits im Gründungaufruf der PPR findet sich die später kanonische Formel des Kampfes „Schulter an Schulter [ramię przy ramienu]" mit der Roten Armee. In dieser ersten Proklamation mischten sich historische, nationalistisch-völkische und sozialistische Argumente. So wurde einerseits die Verfolgung der polnischen Juden angeprangert, die „seit Jahrhunderten Bürger Polens" seien, und andererseits die Bruderschaft der slawischen Völker beschworen. Seine nationalistisch-völkische Prägung erhielt der Text durch die Anrede „Landsleute! Brüder! [Rodacy! Bracia!]". Mit nationalem Pathos sollten die Gefühle der polnischen Bevölkerung erreicht und die gesellschaftliche Isolation aufgehoben werden, in der sich die KPP in der Zweiten Republik befunden hatte.[57] Über die Berufung auf die Nation und die Betonung ihres Kampfes um „Freiheit [wolność]" und „Unabhängigkeit [niepodległość]" versuchte die PPR, Vertrauen in ihre Politik aufzubauen. Um ihre Eigenständigkeit und den Kampf für nationale Unabhängigkeit herauszustellen, betonte die PPR 1942 ihre Distanz zur Sowjetunion. So gab die Warschauer Parteiorganisation zwar im Untergrund einen Aufruf zum 25. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution heraus, in dem die Errungenschaften der Sowjetunion gefeiert wurden. Man betonte auch, der gemeinsame Kampf von Polen und Russen gegen Unterdrückung sei eine Tradition, die bis in die Jahre 1905 und 1917 zurückreiche; so wie man seinerzeit gegen das Zarenreich gefochten habe, so sei heute Hitler der gemeinsame Gegner. Allerdings war in der Proklamation an keiner Stelle von „Freundschaft" zwischen Polen und Russen die Rede. Vielmehr feierte die Propaganda lediglich das „Bündnis [przymierze]" zwischen Polen und den Völkern der Sowjetunion – der Begriff Rußland wurde nicht verwendet.[58] Der Paradigmenwechsel der Propaganda kündigte sich erst im nächsten Jahr an. Während 1942 nur die antifaschistische

54 Ebd. [Russisch im Original].

55 A.a.O., S. 33.

56 Do Robotników, chłopów i inteligencji, do wszystkich patriotów polskich, [Januar 1942], in: Polska Partia Robotnicza. Dokumenty programowe 1942–1948, Warschau 1984, S. 51–55.

57 Zur nationalistischen Propaganda in der Volksrepublik Polen siehe Zaremba, Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm.

58 Odezwa Komitetu Warszawskiego PPR w 25 rocznicę Wielkiej Socjalistycznej Rewolucji Październikowej, in: Polska Partia Rabotnicza. Dokumenty programowe 1942–1948, Warschau 1984, S. 88–90.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Koalition mit der Sowjetunion, England und den USA beschworen wurde, hieß es 1943 in *O co walczymy?* [Wofür kämpfen wir?] bereits, daß man in Zukunft eine Außenpolitik führen müsse, die ein Bündnis mit der UdSSR beinhalte.[59]

Im Laufe des Jahres 1943 kam es nicht nur zur endgültigen Wende an der deutsch-sowjetischen Front; es kam auch zum Bruch zwischen der polnischen Exilregierung in London und der UdSSR.[60] Nach lang schwelenden Konflikten wegen der Frage der polnischen Ostgrenze und der im April 1942 von der deutschen Regierung publik gemachten Massengräber von Katyń war es Moskau, das die diplomatischen Beziehungen zu den Londoner Polen aufkündigte. Durch diesen Schritt begann die Spaltung der polnischen Politik und Gesellschaft, die bis zum Ende der Volksrepublik Bestand haben sollte: Von nun an gab es einerseits Kräfte, die sich keine Kooperation mit der Sowjetunion vorstellen konnten, während sich auf der anderen Seite die Kommunisten und diejenigen Kräfte wiederfanden, die entweder aus eigener Überzeugung oder aus Einsicht in die Notwendigkeit die Kooperation mit der Hegemonialmacht betrieben. Die Propaganda der PPR wies die Schuld für den Bruch zwischen London und Moskau selbstverständlich der Londoner Exilregierung zu; sie behauptete, die Londoner Polen hintertrieben das Bündnis mit der Sowjetunion und übten damit Verrat an den nationalen Interessen. Mit ihrem Verhalten in der Katyńfrage wolle die Exilregierung die alliierte Einheit torpedieren. Deshalb habe sie das Recht verwirkt, im „Namen der Nation aufzutreten [występować w imieniu narodu]." Während die PPR der Regierung Sikorskis vorwarf, die antisowjetische Tradition der Zwischenkriegszeit fortzusetzen, betonte die PPR, die Sowjetunion habe keineswegs ihre Beziehungen zur polnischen Nation abgebrochen. Sie habe sich nur von einem Verbündeten getrennt, der keiner war.[61]

Im gleichen Aufruf brachten die polnischen Kommunisten einen weiteren Konflikt zur Sprache: die Grenzfrage. Hier war es für die PPR schwierig, die vorgegebene nationale Rhetorik durchzuhalten, ohne die Sowjetunion anzugreifen. Sie formulierte die These, daß ein starkes und großes Nachkriegspolen nicht auf der Unterdrückung von Ukrainern und Weißrussen aufgebaut werden könnte. Das Beharren auf den polnischen Ostgebieten, so die Resolution, führe nur dazu, daß die Beziehungen zum sowjetischen Nachbarn belastet würden, und außerdem „lenkt es die Aufmerksamkeit von unseren westlichen Gebieten ab, wo mit der Flamme und dem Schwert seit Jahrhunderten so wie heute sich die Spuren des Polentums einbrennen."[62] Schon Monate bevor diese Auseinandersetzung aufgrund der Kriegslage an Brisanz gewann, war somit die Linie der kommunistischen Propaganda vorgegeben. National im Sinne der PPR war, wer das Bündnis mit der Sowjetunion unterstützte, die Zukunft der Nation jedoch westlich der Vorkriegsgrenzen sah. Bevor sie durchgeführt wurde, kündigte sich die Westverschiebung Polens in der Rhetorik der künftigen Herrscher an.

59 Vgl. O co walczymy? (Deklaracja Polskiej Partii Robotniczej), 1.3.1943, in: Wizja programowa Polski Ludowej. Dokumenty i materiały, Warschau 1979, S. 52.

60 Kersten, The Establishment of Communist Rule, S. 8.

61 Do narodu polskiego, 1.5.1943, in: Wizja Programowa Polski Ludowej. Dokumenty i materiały, Warschau 1979, S. 60–70, Zitat S. 64.

62 A.a.O., S. 63.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Nur einen Monat später verabschiedete eine weitere in Moskau aus der Taufe gehobene Organisation, der *Związek Patriotów Polskich w ZSSR* [Bund der polnischen Patrioten in der UdSSR], eine ähnliche Resolution. Im Aufruf dieses Bundes wurde der Londoner Exilregierung vorgeworfen, den Befreiungskampf in Polen nicht zu unterstützen, sondern zu behindern. Sie sei Nachfolgerin der „moralisch bankrotten" Beck-Regierung, die Polen im September 1939 „ins Verderben" geführt habe. Als sowjetisch instruierte Propagandaagentur betonte der Bund der Patrioten, sein Ziel sei ein demokratisches Polen mit parlamentarischer Regierung. Äußerst vage blieb er in der Grenzfrage. Während man betonte, eine „Stärkung" Polens im Westen und an der baltischen Küste entspreche den historischen Traditionen polnischer Staatlichkeit, und versicherte, für das Polentum in Schlesien und das Ende Ostpreußens als „Bastion des deutschen Imperialismus" zu kämpfen, blieben die Aussagen zur Ostgrenze verschwommen: „Die östliche Grenze der Republik [rzeczpospolita] kann und muß eine Verbindung und keine Barriere zwischen uns und unserem östlichen Nachbarn sein."[63] Ferner bekräftigte der *Związek Patriotów Polskich* in seinem Manifest die Notwendigkeit eines engen Bündnisses mit der UdSSR: „Die einzig vernünftige Politik – heute wie vor dem Jahre 1939 – ist das Bündnis mit der Sowjetunion. Der Bund der polnischen Patrioten wünscht [...] durchzusetzen, daß in den Beziehungen zwischen Polen und der UdSSR Freundschaft und militärische Zusammenarbeit während des Krieges herrscht und nach dem Krieg vertrauteste Zusammenarbeit und ein festes Bündnis."[64]

Die bestimmenden Themen der kommunistischen Propaganda für Nachkriegspolen traten seit dem Sommer 1943 deutlich hervor: Ein „unabhängiges, demokratisches und starkes Polen" sollte aus dem Kampf gegen die deutschen Okkupanten hervorgehen. Ohne konkrete Gebiete zu nennen, wurde territoriale Entschädigung im Westen für die Aufgabe der polnischen Ostgebiete versprochen. Den Verlust des polnischen Ostens stellte die Propaganda nicht als Resultat des deutsch-sowjetischen Bündnisses, sondern als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechtes der Weißrussen und Ukrainer dar. Um Polen zu stärken, sei ein enges Bündnis mit der Sowjetunion „natürlich" und „vernünftig" – gleichzeitig sei eine Abkehr von den alten Eliten und der Londoner Exilregierung unabdingbar, da diese sich durch ihr Verhalten selbst aus der nationalen Gemeinschaft ausgeschlossen hätten.[65]

Die Propaganda des Jahres 1943 zeigt, daß der Kampf um die legitime Vertretung Polens voll entbrannt war. Die politische Spaltung der Nation hatte sich vollzogen; Polen bildete seit 1943 den Nukleus des Kalten Krieges. Die Teilung Polens zwischen London und Moskau nahm die Teilung der Welt bereits vorweg. Noch richtete sich die kommunistische Propaganda nicht gegen die Westmächte, sondern nur gegen die Londoner Exilregierung,

63 Deklaracja ideowa Związku Patriotów Polskich w ZSRR, in: Wizja programowa Polski Ludowej. Dokumenty i materiały 1942–1948, Warschau 1979, S. 76–83, Zitat, S. 81–82. Damit näherten sich die Moskauer Polen bereits dem Konzept eines „piastischen" Polen an, ohne den Begriff jedoch explizit zu verwenden.

64 A.a.O., S. 80.

65 Intern äußerten sich die polnischen Kommunisten skeptisch über die politische Arbeit in den polnischen Streitkräften in der UdSSR und bemängelten die geringe Aktivität des ZPP, insbesondere in der Frage der Ostgrenze und des Verhältnisses zur SU. Notatka grupy komunistów polskich w ZSRR w sprawie utworzenia Centralnego Biura Komunistów Polski w ZSRR, 10.1.1944, in: Polska-ZSRR. Struktury podległości. Dokumenty WKP (B) 1944–1949, Warschau 1995, S. 23–25.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

die zunehmend in die Nähe des Kriegsgegners Deutschland gerückt wurde. Die polnische Nation wurde als geschlossene Gemeinschaft portraitiert, die sich durch das Bündnis mit der UdSSR definierte. Vertreten wurde diese neu erfundene polnische Nation durch eine kommunistische Partei unter neuem Namen und durch von Moskau kontrollierte Komitees und Verbände, die für sich in Anspruch nahmen, „nationale" Vertretungen zu sein.

2.2 Das deutsche Exil

Gegenüber ihren polnischen Genossen besaßen die deutschen Kommunisten den Vorteil, vom Großen Terror der dreißiger Jahre weniger drastisch betroffen zu sein. Die KPD war als Exilorganisation erhalten geblieben und verfügte in Moskau über ein Reservoir loyaler Kader. Seit dem deutschen Überfall waren sie nicht mehr in einer so bedrohlichen Situation wie in der Zeit des deutsch-sowjetischen Bündnisses zwischen August 1939 und Juni 1941, und seit der Kriegswende im Winter 1942/43 konnten sie sich darauf einstellen, in ein besetztes und zerstörtes Deutschland zurückzukehren.[66] Die an die deutschen Soldaten und die deutsche Öffentlichkeit gerichtete kommunistische Propaganda orientierte sich ebenfalls an der Rhetorik der Nationalen Front gegen den Faschismus, zu der man von der Einheits- über die Volksfront gelangt war.[67] Dies verdeutlichten besonders die Texte, aber auch die Symbolik des 1943 auf Initiative der sowjetischen Führung ins Leben gerufenen *Nationalkomitees Freies Deutschland* (NKFD) und des parallel operierenden *Bundes Deutscher Offiziere*.[68] Seinen nationalen Anspruch untermauerte das NKFD dadurch, daß es seine Publikationen mit den Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot schmückte. Bei der Diskussion des NKFD-Manifests hatte Stalin ausgeführt, daß man nun mit der Zerstückelung und Zerstörung Deutschlands drohen müsse, damit die Deutschen sich von Hitler abkehrten.[69] Die Betonung sollte jedoch auf der Wiederherstellung der demokratischen Freiheitsrechte des deutschen Volkes liegen. Der Tonfall des von dem Schriftsteller Alfred Kurella und dem Journalisten Rudolf Herrnstadt verfaßten Manifestes entsprach diesen Vorgaben der sowjetischen Führung.[70] Die Autoren malten im Manifest ein düsteres Bild der Kriegslage – für die jedoch „Hitler allein" die Verantwortung trage. Sie appellierten an die nationalen Gefühle der Deutschen und exklamierten: „Aber Deutschland darf nicht sterben! Es geht jetzt

66 Vgl. hierzu: Hans Schafranek, Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten an Nazi Deutschland, Frankfurt am Main 1990.

67 Vgl. Bernhard H. Bayerlein, Einheitsfront- und Volksfrontmythos als Ursprungslegenden des Antifaschismus, in: Claudia Keller (Hg.), Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus – Geschichte und Neubewertung, Berlin 1996, S. 103–122.

68 Vgl. Bodo Scheurig, Verräter oder Patrioten. Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und der Bund deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–1945, Berlin/Frankfurt am Main 1993; Gerd R. Überschär (Hg.), Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt am Main 1995; Jörg Morré, Hinter den Kulissen des Nationalkomitees. Das Institut 99 in Moskau und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943–1946, München 2001.

69 Eintrag vom 12.6.1943, The Diary of Georgi Dimitrov, S. 279–280.

70 Zu den Autoren, vgl. Helmut Müller-Enbergs, Das Manifest des NKFD vom 13.7.1943. Initiative, Autoren und Intention, in: Gerd R. Überschär (Hg.), Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt am Main 1995, S. 93–103.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

um Sein oder Nicht-Sein unseres Vaterlandes."[71] Nationale Emphase durchzieht den gesamten Text, der im weiteren die deutschen Soldaten zur Desertion und zum Kampf gegen das nationalsozialistische Regime auffordert. Dabei versuchten die Autoren, den Mythos der Befreiungskriege gegen Napoleon zur Legitimation der Abkehr von der eigenen Führung ins Feld zu führen: „Wir haben in unserer Geschichte ein großes Vorbild. Vor hundertdreißig Jahren wandten sich, als noch deutsche Truppen als Feinde auf russischem Boden standen, die besten Deutschen, vom Stein, Arndt, Clausewitz, Yorck und andere, von Rußland aus über die Köpfe der verräterischen Machthaber hinweg an das Gewissen des deutschen Volkes und riefen es zum Freiheitskampf."[72] In die Arbeit des NKFD waren mit Walter Ulbricht als koordinierendem Mitarbeiter des Instituts 99, Anton Ackermann, Kurella und Herrnstadt zahlreiche Personen involviert, die später die Propagandaarbeit der KPD/SED in Nachkriegsdeutschland prägen sollten.

Daß die Rhetorik der „Nationalen Front" auf deutscher Seite ähnlich konsequent befolgt wurde wie auf polnischer, illustriert das folgende Beispiel aus dem Umkreis des NKFD. Es handelt sich um den Appell des kommunistischen Schriftstellers Johannes R. Becher an seinen Kollegen Ernst Jünger, der am 23. Oktober 1943 vom Moskauer Sender „Freies Deutschland" ausgestrahlt wurde. Dort heißt es: „In Deutschlands Namen rufe ich Sie heute an, Ernst Jünger [...]. Sie alle rufe ich an, für die der Begriff ‚Deutsche Nation' die oberste Gefühls- und Denkinstanz und das ‚Reich' das höchste Prinzip des Handelns ist: [...] Es ist Zeit, daß wir Deutschlandstreiter von rechts bis links unsere Waffen zusammenfassen und daß wir mit zusammengefaßten Waffen Deutschlands Verderber, der Nazikriegs-Schmarotzerclique, den Todesstoß versetzen. Getrennt sind wir marschiert viele Jahre lang, vereint gilt es nun zu schlagen!"[73] Dieser Ausschnitt aus Bechers „Totaler Mobilmachung des Geistes" verdeutlicht, daß die Rhetorik der „Nationalen Front" Berührungspunkte mit dem deutsch-nationalen Lager suchte. Der Appell an die affektiven Bindungen zur eigenen Nation sollte alle erreichen, die sich angesichts der absehbaren Niederlage vom Nationalsozialismus abwenden wollten. Die Nation sollte sich als antifaschistische Aktionsfront rekonstituieren. Zu diesem Zweck trat die eigene Ideologie vollständig in den Hintergrund; um die integrativen Kräfte des Konzepts der Nation zu nutzen und diesem Moskauer Nationalismus Glaubwürdigkeit zu verleihen, schreckte Becher nicht davor zurück, den Glauben an das „Reich" zu bemühen.

71 Manifest des Nationalkomitees „Freies Deutschland" an die Wehrmacht und das deutsche Volk anläßlich der Gründung des NKFD am 12./13.7.1943, in: Gerd R. Überschär (Hg.), Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt am Main 1995, S. 265–268, Zitate S. 265, S. 266. Kursiv im Original.

72 A.a.O., S. 268.

73 Johannes R. Becher, Totale Mobilmachung des Geistes, in: ZfG 42 (1994), S. 1097. Der Titel von Bechers Aufruf spielt auf Ernst Jüngers Aufsatz „Die totale Mobilmachung" von 1931 an. Vgl. auch ebd. den Artikel von Gerald Diesener/Wojciech Kunicki, Johannes R. Becher und Ernst Jünger – eine glücklose Liaison?, S. 1083–1096. Jünger war zu dieser Zeit Wehrmachtssoldat in Paris. Zu Johannes R. Becher siehe: Jens-Fietje Dwars, Abgrund des Widerspruchs. Das Leben des Johannes R. Becher, Berlin 1998; Alexander Behrens, Johannes R. Becher. Eine politische Biographie, Köln 2003; zu Ernst Jünger: Martin Meyer, Ernst Jünger, München 1993.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Ähnlich wie Alfred Lampe auf polnischer Seite machten sich deutsche Kommunisten im Moskauer Exil Gedanken über die politische Konstellation der Nachkriegszeit. Mitglieder der KPD-Spitze entwarfen seit 1944 Strategiepapiere. Dabei ging es auch um die Gestaltung des Verhältnisses zur Sowjetunion und die eigene Propagandaarbeit. Das ZK-Mitglied Anton Ackermann, im sowjetischen Exil für Propagandafragen zuständig, begründete in seiner Denkschrift „Deutschland und die Sowjetunion" vom Oktober 1944 die Notwendigkeit zukünftiger deutsch-sowjetischer Freundschaft mit politischen und wirtschaftlichen Vorteilen für Deutschland. Aufgabe der KPD sei es, „alle gesunden Kräfte des Volkes dafür zu gewinnen." Ackermann erörtert dann, mit welcher Argumentation die Bevölkerung für ein deutsch-sowjetisches Bündnis gewonnen werden sollte: „Folglich nicht eine enge klassenmäßige Begründung, sondern eine breite nationale Begründung." Antisowjetische Politik müsse fortan in Deutschland „Landesverrat bedeuten".[74]

In einer Rededisposition über den Aufbau der KPD und ihre organisationspolitischen Probleme in Nachkriegsdeutschland erörterte Wilhelm Pieck, der Exilvorsitzende, die Strategie bei der Schaffung von Massenorganisationen: „Auch in Bezug auf Massenorganisationen und eine möglichst enge Verbindung u. Beeinflussung ihrer Mitglieder durch die Partei werden wir sehr ernste Überlegungen anstellen müssen: Näher heran an [die] Massen." Als eine der zu gründenden Organisationen im Umfeld der KPD nannte er einen „Bund der Freunde der SU".[75] Auch in seiner Ausarbeitung „Probleme des Kampfes für ein neues Deutschland" vom 1. März 1945 erklärte Wilhelm Pieck die Verbreitung der „Wahrheit über die Sowjetunion" zu einer der ersten Aufgaben der Partei.[76] Die Papiere verdeutlichen, daß die KPD-Führung mit der Überzeugung und dem Willen zurückkehrte, das Sowjetunionbild der Bevölkerung zu verändern und die deutsche Öffentlichkeit für ein Bündnis mit der Sowjetunion zu gewinnen. Der Rhetorik der „Nationalen Front" folgend, galt es, die deutsch-sowjetische Annäherung als nationales Interesse der Deutschen darzustellen.

Neben den Wehrmachtssoldaten an der Front und den Deutschen im Reich versuchten die deutschen Exilanten noch auf eine weitere Gruppe einzuwirken: die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Sie waren im Lagersystem GUPVI interniert, das von 1939 bis 1953 vom NKVD bzw. MVD der UdSSR verwaltet wurde und mit ca. 4.000 Lagern auf dem gesamten Territorium der Sowjetunion eine Parallelstruktur zum GULag bildete.[77] Im GUPVI waren 2,5 Millionen deutsche und österreichische Soldaten untergebracht, von denen ca. 400.000 in der Haft verstarben.[78] Hunger, Kälte und Zwangsarbeit waren jedoch

74 Anton Ackermann, „Deutschland und die Sowjetunion" – Handschriftliche Vortragsdisposition Anton Ackermanns für eine Lektion in der Parteischule der KPD, am 15.10.1944 vorgetragen, in: Erler/Lauder/Wilke (Hg.), „Nach Hitler kommen wir", S. 237–240, hier S. 238.

75 Wilhelm Pieck, Der Aufbau der KPD und ihre organisationspolitischen Probleme – Handschriftliche Rededisposition Wilhelm Piecks für eine Lektion vor dem 1. Lehrgang der Parteischule der KPD, am 31.10.1944 vorgetragen, in: Erler/Lauder/Wilke (Hg.), „Nach Hitler kommen wir", S. 269–289, hier: S. 287.

76 Wilhelm Pieck, „Probleme des Kampfes um ein neues Deutschland" – Handschriftliche Disposition Wilhelm Piecks für eine Lektion auf dem 2. Lehrgang der Parteihochschule der KPD, am 1.3.1945 vorgetragen, in: Erler/Lauder/Wilke (Hg.), „Nach Hitler kommen wir", S. 361–374, hier S. 368.

77 Vgl. Stefan Karner, Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956, Wien/München 1995.

78 Die Zahlen bei Karner, a.a.O., S. 235.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

nur eine Seite der Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion. Auch hier machte sich die didaktische Dimension kommunistischer Herrschaft bemerkbar: Bereits während des Krieges wurden in der UdSSR Anstrengungen zur Umerziehung der deutschen Gefangenen unternommen. Die politische Verantwortung für diese Unternehmung trugen das NKVD, das Institut 99 unter der Leitung von Georgi Dimitrov und die Politische Hauptverwaltung der Roten Armee [GlavPURKKA]. Die Agitatoren des NKFD, die in den „Antifaschulen" der Gefangenenlager unterrichteten, waren häufig deutsche oder österreichische Emigranten, die bereits seit Beginn der NS-Herrschaft in der Sowjetunion lebten. Mittelfristiges Ziel der Schulungen war nicht nur die Entnazifizierung der Gefangenen, sondern auch die Gewinnung neuer Kader für den Wiederaufbau und die Administration in den von der Roten Armee besetzten Gebieten Österreichs und Deutschlands.[79] Gelehrt wurden russische Geschichte, die Geschichte der Bolschewiki, politische Ökonomie und Marxismus-Leninismus, aber auch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die sowjetische Propaganda erklärte den eigenen Sieg mit der Überlegenheit des Sowjetsystems über den Nationalsozialismus, mit der besonderen Verbundenheit der sowjetischen Menschen zu ihrer Heimat und mit dem militärischen Genius Stalins. Am Ende eines Schulungskurses mußten die Teilnehmer ihre Konversion zu einem neuen Weltbild feierlich beeiden. Als nach Kriegsende das NKFD aufgelöst wurde, gingen die Schulungen ausgewählter deutscher Kriegsgefangener weiter. Die zentrale Antifaschule befand sich bis Ende der vierziger Jahre bei Moskau in Krasnogorsk.[80] Zahlreiche Absolventen traten nach ihrer Rückkehr in Deutschland in die Dienste des SED-Propagandaapparates.

Der Zweite Weltkrieg verwandelte Ostmitteleuropa in ein „Schlachtfeld der Diktatoren". Die jüdische Bevölkerung, die über Jahrhunderte Bestandteil der ethnischen Gemengelage in diesem Teil Europas gewesen war, wurde fast vollständig vernichtet.[81] Die Ergebnisse des Krieges kamen einer sozialen, demographischen und ökonomischen Revolution gleich.[82] Für die im Schatten der sowjetischen Waffen heimkehrenden polnischen und deutschen Kommunisten hatte dies schwerwiegende Konsequenzen. Sie stießen in ihren Ländern auf eine durch Krieg und Gewaltherrschaft veränderte, verstörte und demoralisierte Gesellschaft. Der nationalsozialistische Vernichtungswille hatte die Verhältnisse in einer Weise verändert, wie sich das vor 1939 nur Wenige hatten vorstellen können.

Als die Rote Armee im Frühsommer 1944 die Curzon-Linie überschritt, trat im ostpolnischen Lublin ein „Komitee der nationalen Befreiung" an die Öffentlichkeit. Fast ein Jahr später kehrte Ende April 1945 die „Gruppe Ulbricht" aus dem Moskauer Exil zurück. Damit wurde die kommunistische Propaganda vor eine neue Herausforderung gestellt; von nun an mußte sie sich in der Realität der Nachkriegsgesellschaften bewähren. Was seit

79 Ein sowjetischer Arbeitsbericht nennt als erstes Ziel die „a) Umerziehung der großen Masse der Kriegsgefangenen und ihre Wandlung in Freunde der Sowjetunion; b) Heranbildung zuverlässiger antifaschistischer Kader [...] die bereit sind nach ihrer Rückkehr in die Heimat aktiv den Faschismus zu bekämpfen." Vgl. Karner, Im Archipel GUPVI, S. 95.

80 Siehe auch zur Umerziehung in vergleichender Perspektive: Arthur L. Smith, Kampf um Deutschlands Zukunft. Die Umerziehung von Hitlers Soldaten, Bonn 1996.

81 Vgl. den Versuch einer Opferbilanz bei Beyrau, Schlachtfeld der Diktatoren, S. 98–131.

82 Siehe Jan T. Gross, War as Revolution, in: Norman M. Naimark/Leonid Gibianskii (Hg.), The Establishment of Communist Regimes, 1944–1949, Boulder, Col./Oxford 1997, S. 17–40.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

1941/42 Propaganda im Untergrundkampf und an der Front, Gedankenspiele im Exil und Weisungen von Stalin und Dimitrov waren, sollte erfolgreiche politische Werbung werden. Im Vergleich zur Zwischenkriegszeit ergab sich dabei für die polnischen wie für die deutschen Kommunisten ein entscheidender Unterschied. Seit 1944 kämpfte die Rote Armee in Mitteleuropa. Die Sowjetunion war nicht mehr nur ein abgeschotteter Nachbar oder ein utopischer Ort, der als Projektionsfläche für eine ideale Gesellschaft diente. Die UdSSR war nun der bestimmende Machtfaktor in diesem Teil Europas, und die Bevölkerung machte alltäglich ihre Erfahrungen mit ihren Streitkräften, mit der nach Westen drängenden Roten Armee.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

KAPITEL 2

Der utopische Ort: Die Sowjetunion in der Propaganda der Nachkriegszeit

„Allzuoft geschieht es, dass die Freunde der USSR das Schlechte nicht sehen oder wenigstens nicht wahrhaben wollen; dergestalt, dass, allzuhäufig, die Wahrheit über die USSR mit Hass gesagt wird und die Lüge mit Liebe."

André Gide, 1936[1]

„Das Ende des Zweiten Weltkrieges leitet jene kurze Periode von etwa zehn Jahren ein, während der die Anziehungskraft des sowjetischen Kommunismus auf die politischen Vorstellungen der Menschen im 20. Jahrhundert ihr Höchstmaß erreicht."

François Furet, 1996[2]

Mit dem Entstehen des bolschewistischen Rußland begann im Westen eine breit geführte öffentliche Debatte über den ersten kommunistischen Staat.[3] Bereits in den zwanziger Jahren versuchte die sowjetische Führung, das Urteil der westlichen Öffentlichkeit über die Sowjetunion positiv zu beeinflussen. Diese Anstrengungen intensivierten sich im Stalinismus. Aus dieser Überzeugungsarbeit und aus dem sich formierenden offiziellen Selbstbild, das der sowjetische Propagandastaat massenhaft in der UdSSR verbreitete, entwickelte sich in den dreißiger Jahren eine verbindliche und normierte Redeweise über die UdSSR, die ich als *Sowjetuniondiskurs* bezeichne. Seit dieser Sattelzeit des Stalinismus war die Beteiligung an dem Diskurs über die „Errungenschaften des Sozialismus" für Kommunisten weltweit Pflicht. Im Mittelpunkt des Sowjetuniondiskurses stand die Behauptung, daß in der UdSSR das utopische Versprechen einer gerechten sozialistischen Gesellschaft umgesetzt würde. Dabei wurde der Anspruch erhoben, die gesellschaftliche Wirklichkeit der Sowjetunion abzubilden, eine Realität, die in dieser propagandistischen Meistererzählung jedoch verschleiert wurde und werden sollte. Dieses Paradox erhob ein deutscher Autor bereits 1932 zum Credo des Sowjetuniondiskurses: „Objektiv sein heißt: dem Neuen helfen. Denn objektiv sein heißt: offen seine Liebe zur Sowjetunion enthüllen und sich nicht hinter einer ‚Neutralität' zu verstecken, die in Wahrheit den Haß gegen das Neue, gegen den Sozialismus, gegen die Sowjetunion in sich birgt."[4] In diesem Kapitel geht es jedoch nicht um die

1 André Gide, Zurück aus Sowjetrußland, Zürich 1937, S. 14.
2 François Furet, Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996, S. 457.
3 Siehe am Beispiel Deutschlands: Gerd Koenen, Rom oder Moskau. Deutschland, der Westen und die Revolutionierung Rußlands 1914–1924, Tübingen, Univ.-Diss. 2003; ders., Der Rußland-Komplex.
4 Hörst Fröhlich, Die lachende Stadt, Moskau 1932, S. 8.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Frage, wo die sowjetische Propaganda Tatsachen grob verzerrte oder leugnete. Nicht die Gesellschaft der Stalinzeit, sondern die Summe der normierten Narrative über die UdSSR, der Sowjetuniondiskurs selbst ist Gegenstand der Untersuchung.

Der Sowjetuniondiskurs spielte in der Nachkriegszeit in Polen und der SBZ/DDR eine herausgehobene Rolle, weil die kommunistischen Regime ihn dort als Muster für die öffentliche Rede über die Hegemonialmacht durchzusetzen versuchten. Die Bevölkerung wurde zunächst mit dem neuen Narrativ bekannt gemacht und dann dazu verpflichtet, es sich anzueignen. Für loyale Staatsbürger wurde dieses Produkt der stalinistischen Symbol- und Sprachmaschine zur verbindlichen Redeweise. Die Agenturen der Parteistaaten verbreiteten seit dem Kriegsende in zahlreichen Broschüren und Büchern, Artikeln und Aufsätzen das neue Sowjetunionbild und schufen damit das narrative Fundament der Freundschaftspropaganda. In diesem Kapitel zeige ich, wie die sowjetische Selbstbeschreibung nach Polen und in die SBZ/DDR exportiert wurde und welche Diskursfelder hier prävalent waren. Dazu werden zentrale Themen des Sowjetuniondiskurses vorgestellt und analysiert. Als Quellengrundlage dienen von polnischen und deutschen Autoren verfaßte Texte über die Sowjetunion. Zusätzlich ziehe ich zur Kontextualisierung westliche und nationalsozialistische Schriften hinzu. Dazu zählen sowohl die Veröffentlichungen der *fellow travellers*, die sich am Sowjetuniondiskurs beteiligten, als auch die Schriften der „Renegaten", die seine Negativfolie bilden.

1. Traditionen und Formen des Sowjetuniondiskurses

Ähnlich wie der Sozialphilosoph Michail Ryklin in seiner Analyse der Rede über die Moskauer Metro und der Ausstellung der Errungenschaften der Volkswirtschaft (VDNCh) gezeigt hat, bedienten sich auch die Autoren in der Nachkriegszeit verschiedener Stilmittel und Fachsprachen, die suggerieren sollten, daß es sich nicht primär um Propagandatexte handelte.[5] Einige Artikel hatten die Form von populärwissenschaftlichen Abhandlungen und waren mit Schaubildern, Tafeln und Tabellen illustriert, während Reiseberichte den Eindruck authentischen Erlebens vermitteln sollten.[6]

Das Genre des Reiseberichts, deren Verfasser sich als „Freunde der Sowjetunion" vorstellten, war schon in der Zwischenkriegszeit ein beliebtes Propagandaformat. Seit Mitte der zwanziger Jahre hatte die sowjetische Führung mit diesen Erzählungen geworben. Die-

5 Vgl. Michail Ryklin, Metrodiskurs I, in: ders., Räume des Jubels. Totalitarismus und Differenz, Frankfurt am Main 2003, S. 87–110; ders., Metrodiskurs II, in: ders., Räume des Jubels. Totalitarismus und Differenz, Frankfurt am Main 2003, S. 111–133; ders., Ort der Utopie, in: ders., Räume des Jubels. Totalitarismus und Differenz, Frankfurt am Main 2003, S. 134–148.

6 Diese polnischen und deutschen Autoren litten unter und profitierten von einem System von Kontrolle und Patronage, das sich eng am sowjetischen Vorbild orientierte. Auch wenn sich das im einzelnen nur schwer belegen läßt, dürften viele der im folgenden vorgestellten Texte Auftragswerke sein, die unter Aufsicht verschiedener Instanzen des Parteistaates entstanden. Zur Rolle des Autoren in Gesellschaften sowjetischen Typs, siehe Dietrich Beyrau, Der organisierte Autor: Institutionen, Kontrolle, Fürsorge, in: Gabriele Gorska (Hg.), Kultur im Stalinismus, Bremen 1994, S. 60–76.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

se Berichte aus dem revolutionären Rußland wandten sich an ein liberales Publikum in Ländern, in denen – wie etwa in England oder den USA – die kommunistischen Parteien nur eine Randexistenz fristeten. Jenseits des kommunistischen Milieus, in dem schon früh ein Kult des sowjetischen Rußland gepflegt wurde, sollten mit ihrer Hilfe in liberalen und bürgerlichen Kreisen Sympathisanten gewonnen werden.[7] Gegenüber diesem bürgerlich-intellektuellen Publikum galt es, die UdSSR nicht als ein radikales Experiment, sondern als soziales und fortschrittliches Land darzustellen. Deshalb wurden nicht bolschewistische Militanz, sondern Fürsorge- und Kulturpolitik betont. Zur Verbreitung dieses gemäßigten Images, das die blutigen Exzesse der Revolution und die Leiden des Bürgerkrieges aus dem Bewußtsein verdrängen sollte, lud die sowjetische Regierung nicht nur Arbeiterdelegationen, sondern auch verstärkt westliche Intellektuelle ein.[8] Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise von 1929 und der Legitimationskrise liberaler Demokratie gelang es, besonders in intellektuellen Kreisen Interesse für das sowjetische Modell zu wecken und das internationale Meinungsklima für die UdSSR günstig zu beeinflussen. Das westliche Bild eines rückständigen Rußland sollte durch den Mythos der fortschrittlichen Sowjetunion ersetzt werden.[9] Seit Beginn der klassischen Moderne waren europäische Intellektuelle, die sich für die Zukunft ihres Kontinents interessierten, in den Westen, nach Amerika gereist. Für eine kurze Zeitspanne von der Mitte der zwanziger Jahre bis zu Stalins Tod existierte nun eine Gruppe, die nach Osten fuhr. Zu ihrer Betreuung bediente sich das sowjetische Regime spezifischer „Techniken der Gastlichkeit", die auf eine möglichst vollständige Betreuung und Überwachung ausländischer Besucher durch die VOKS – insbesondere prominenter Schriftsteller – auf ihren Reisen durch die UdSSR zielten.[10] Mit einer Mischung aus Inszenierung, Kontrolle und gezielter Schmeichelei versuchte die sowjetische Regierung, die Eindrücke der Reisenden zu steuern und somit Einfluß auf ihre Berichte zu nehmen.[11] Das erste prominente Produkt dieser Strategie war Henri Barbusse' Stalinbiographie.[12]

---

7 In den zwanziger Jahren plädierten die polnischen Kommunisten für eine Aufnahme Polens in die Sowjetunion, vom Ende der zwanziger bis zu ihrer Auflösung durch Stalin setzte sich auch bei ihnen, wie in der KPD, der Kult um die Sowjetunion durch. Gabriele Simonici, The Communist Party of Poland 1918–1929. A Study in Political Ideology, Lewiston/Queenston/Lampeter 1993; zum Sowjetunionkult im deutschen Kommunismus siehe Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik, S. 220ff.; Weitz, Creating German Communism, S. 236ff.

8 Vgl. Sylvia Margulies, The Pilgrimage to Russia. The Soviet Union and the Treatment of Foreigners, Madison/Milwaukee/London 1968.

9 Zur westlichen Wahrnehmung Rußlands und der Sowjetunion vgl. Martin Malia, Russia under Western Eyes. From the Bronze Horseman to the Lenin Mausoleum, Cambridge, Mass. 1999.

10 Vgl. Paul Hollander, Political Pilgrims. Western Intellectuals in Search of the Good Society, New Brunswick/London [4]1998, S. 102–176; 347–399; Gerd Koenen, Die großen Gesänge. Lenin, Stalin, Mao Tse-Tung: Führerkulte und Heldenmythen des 20. Jahrhunderts, Frankfurt [2]1991, S. 82–140; zur VOKS Michael David-Fox, From Illusory ‚Society' to Intellectual ‚Public': VOKS, International Travel, and Party-Intelligentsia Relations in the Interwar Period, in: Contemporary European History 11 (2002), S. 7–32; als Überblick zum Milieu: David Caute, The Fellow-Travellers. Intellectual Friends of Communism, New Haven, Conn./London 1988.

11 Vgl. zur gegenseitigen Wahrnehmung westlicher Besucher und sowjetischer Gastgeber Michael David-Fox, The Fellow-Travellers Revisited. The „Cultured West" through Soviet Eyes, in: JMH 75 (2003), S. 300–335.

12 Die Biographie verfaßte Alfred Kurella. Das Buch wurde noch im gleichen Jahr ins Deutsche übersetzt und in Paris publiziert. Im folgenden Jahr lag sie auch in Englisch und Russisch vor. Siehe Henri Bar-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Die Reiseliteratur über die Sowjetunion war jedoch vielfältiger, als die Gastgeber sich das wünschten.[13] Nicht alle Reisenden zeigten sich nach ihrer Rückkehr gewillt, die offizielle sowjetische Selbstbeschreibung zu reproduzieren und den Bolschewismus für seine „Errungenschaften" zu loben. Der prominenteste Rückschlag für die sowjetischen Propagandastrategen war André Gides Buch von 1936, in dem er mit der stalinistischen Herrschaft abrechnet und sich unter anderem über die sowjetischen „Techniken der Gastlichkeit" empört.[14] Gide blieb über Jahrzehnte ein mahnendes Beispiel dafür, daß aus einem begeisterten *compagnon de route* ein Systemkritiker erwachsen konnte.[15] Gleichwohl entstand als Resultat intellektueller Pilgerfahrten in den dreißiger Jahren ein neues Genre, das ein positives Bild einer gemäßigten und rationalen bolschewistischen Herrschaft zeichnete.[16] Viele Elemente der sowjetischen Selbstbeschreibung, zahlreiche propagandistische Behauptungen und Formeln fanden durch diese Texte Eingang in die westliche Öffentlichkeit. Während des Bündnisses zwischen den westlichen Demokratien und der UdSSR gegen das nationalsozialistische Deutschland fand der Sowjetuniondiskurs ab 1941 den Weg aus den gesellschaftlichen Nischen der *fellow travellers* und wurde Teil des *mainstreams*. Im März 1943 widmete etwa das Magazin *Life* der Sowjetunion eine wohlwollende Sonderausgabe, in der es die Grundzüge sowjetischer Selbstbeschreibung für das amerikanische Publikum aufbereitete.[17] US-Vizepräsident Henry Wallace bestätigte nach einer Reise durch Sibirien, die ihn unter anderem nach Magadan und Kolyma führte, daß es dort keine Zwangsarbeit gä-

busse: Staline: un monde nouveau vu à travers un homme, Paris 1935. Vgl. hierzu auch Koenen, Die großen Gesänge, S. 106ff.

13 Vgl. die Analyse deutscher Reiseberichte bei: Matthias Heeke, Reisen zu den Sowjets. Der ausländische Tourismus in Rußland 1921–1941, Münster/Hamburg/London 2003 und die Bibliographie bei Hollander, Political Pilgrims, S. 507–510.

14 Vgl. Gide, Zurück aus der UdSSR. Zu Gide auch Michail Ryklin, Schönschriften des Terrors. Zurück aus Sowjetrußland. André Gide als „großer Reisender", in: ders., Räume des Jubels. Totalitarismus und Differenz, Frankfurt am Main 2003, S. 164–184.

15 1950 beteiligte sich André Gide zusammen mit Arthur Koestler, Ignazio Silone, Richard Wright und Louis Fischer an dem antikommunistischen Sammelband *The God That Failed*, der einen Höhepunkt im intellektuellen Kalten Krieg darstellte. Vgl. Arthur Koestler/Ignazio Stilone/Richard Wright/André Gide/Louis Fischer/Stephen Spender, Ein Gott, der keiner war, München 1962, S. 173–194. Zu den amerikanischen Versuchen, eine antikommunistische Internationale aufzubauen, siehe Volker R. Berghahn, America and the Intellectual Cold Wars in Europe. Shepard Stone between Philantrophy, Academy and Diplomacy, Princeton, NJ/Oxford 2001, S. 108–250.

16 Als Reaktion auf André Gide siehe ungebrochen affirmativ: Lion Feuchtwanger, Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde [Amsterdam 1937], Berlin 1993. Zu Feuchtwanger, vgl. Katerina Clark, Germanophone Intellectuals in Stalin's Russia: Diaspora and Cultural Identity in the 1930s, in: Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History 2 (2001), S. 529–552. Durch eine sowjetische Kampagne verleumdet verteidigte Gide 1937 in einem weiteren Buch seine Kritik an der Sowjetunion. Vgl. André Gide, Retuschen zu meinem Rußlandbuch, in: ders., Gesammelte Werke VI. Reisen und Politik. 2. Band, Stuttgart 1996, S. 117–210. Stellvertretend für das prosowjetische Genre im Westen: Sydney and Beatrice Webb, Soviet Communism: A New Civilization?, 2 vols., New York, NY 1936; Hewlett Johnson, The Soviet Power. The Socialist Sixth of the World, New York, NY 1941; für die Nachkriegszeit Fritz Lieb, Rußland unterwegs. Der russische Mensch zwischen Christentum und Kommunismus, Zürich 1945; Hewlett Johnson, Soviet Russia Since the War, New York, NY 1947. Vgl. Caute, The Fellow-Travellers, S. 64–195.

17 *Life*, 29.3.1943.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

be.[18] Durch den Sieg im Zweiten Weltkrieg vergrößerte sich das Prestige der Sowjetunion. Schließlich stand die UdSSR nun als Großmacht neben den Vereinigten Staaten und Großbritannien, die bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen als Anklägerin auftrat und damit moralische Autorität beanspruchte.

Eine Genealogie des Sowjetuniondiskurses kann im Rahmen dieser Untersuchung nicht geleistet werden. In der Redeweise über die Sowjetunion vermählten sich christliche und russische Mythen mit sozialistischen Traditionen, die aus dem Westen stammten, aber häufig auch in der jüdisch-christlichen Tradition wurzelten.[19] Es finden sich Topoi eines sozialistischen Zukunftsstaats, die sich seit dem frühen 19. Jahrhundert entwickelt hatten. Wie selbstverständlich behauptete die Sowjetunion, daß viele der utopischen Verheißungen in Rußland bereits Wirklichkeit seien.[20] Dies sollte das Dogma sowjetischer Überlegenheit auf allen gesellschaftlichen Feldern untermauern.[21] Und dort, wo der Zukunftsstaat noch im Aufbau sei, zeichneten sich in der Gegenwart zumindest die Strukturen der ‚Neuen Gesellschaft' mit ihren ‚Neuen Menschen' ab. So vermengten sich auf Saint-Simon, Fourier und August Bebel zurückgehende Vorstellungen mit dem ungebrochenen Fortschrittsglauben der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einer Meistererzählung vom idealen Staat. Mit seiner Überhöhung zu Heldenmenschen und der Darstellung einer schönen Welt genügte der Sowjetuniondiskurs außerdem den Dogmen des sozialistischen Realismus, auf den die sowjetischen Schriftsteller seit 1934 verpflichtet wurden.[22] Anders ausgedrückt: Die Romane des sozialistischen Realismus konnte man als Bestandteil des Sowjetuniondiskurses lesen, und dies geschah auch im sozialistischen Polen und in der SBZ/DDR. Sie waren neben den Reiseberichten eine andere Möglichkeit, die „Wahrheit" über die UdSSR zu erfahren. Dies verdeutlicht die im Stalinismus bestehende Tendenz, Gattungsgrenzen aufzuheben. Neben der Fachsprache konnte Märchen- und Legendenhaftes stehen; auch bleibt es häufig unklar, ob es sich um eine Erzählung, eine wissenschaftliche Dokumentation oder einen Erlebnisbericht handelte. Etablierte Gattungen lösten sich auf; insbesondere der Sowjetuniondiskurs bediente sich aus dem Reservoir vorhandener Stilmittel. Die Vermengung von *fiction* und *non-fiction* leistete der Verschleierungstaktik der Propagandisten und der Entdifferenzierung sprachlicher Darstellung Vorschub. Dieses Amalgam war Kennzeichen des Sowjetuniondiskurses.

18 Koenen, Die großen Gesänge, S. 176. Zu Kolyma als Ort der Verbannung und Zwangsarbeit: Robert Conquest, Kolyma. The Arctic Death Camps, Oxford 1979.

19 Vgl. Hans Günter, Der sozialistische Übermensch. M. Gor'kij und der sowjetische Heldenmythos, Stuttgart 1993.

20 Vgl. Lucian Hölscher, Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich 1871–1914, Stuttgart 1989; ders., Die Entdeckung der Zukunft, Frankfurt am Main 1999, S. 85–218.

21 Vgl. die Beispiele in Caute, The Dancer Defects, S. 35f.

22 Zu sowjetischen Helden vgl. Victor Yurovsky, Ein Vergleich des Heldenkults in der Sowjetunion der dreißiger und sechziger Jahre, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 5 (2001), S. 155–181; Rosalinde Sartorti, Helden des Sozialismus in der Sowjetunion, in: Silke Satjukow/Rainer Gries (Hg), Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002, S. 35–44. Zur Meistererzählung des Sozialistischen Realismus Clark, The Soviet Novel. History as Ritual, S. 27–158.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

2. Der Kampf um die „Wahrheit" in der Schlacht der Ideologien

Mit dem Einmarsch der Roten Armee erreichte der Sowjetuniondiskurs Polen. In den Jahren 1944 und 1945 erschienen die ersten einschlägigen Publikationen. Die Form des Reiseberichts oder des populärwissenschaftlichen Artikels und die Imitation von Fachsprachen als Stilmittel wurden beibehalten, auch wenn man es nun mit einem anderen Publikum zu tun hatte. In Polen wollte man schon 1945 nicht nur die intellektuelle Elite, sondern auch die breiten Massen erreichen. Der Diskurs wurde gewissermaßen demokratisiert, wenngleich man immer noch auf das hohe Ansehen hinwies, das die UdSSR bei Intellektuellen genieße.[23] Diese Einbeziehung der gesamten polnischen und kurz darauf deutschen Bevölkerung war problematisch, da die Adressaten im Gegensatz zu westlichen Intellektuellen der Zwischenkriegszeit die Sowjetunion nicht als Reiseziel, sondern in Form der Roten Armee kennenlernten. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Polen wurden „die Russen" als Besatzer wahrgenommen und weniger als Befreier von der brutalen NS-Herrschaft gefeiert.[24] Folglich war es ein vermintes Feld, in dem der Sowjetuniondiskurs verbreitetet wurde.

Für die negative Einstellung der polnischen und deutschen Bevölkerungsmehrheit gegenüber dem kommunistischen Experiment auf russischem Boden bot der Sowjetuniondiskurs eine stereotype Erklärung, die häufig am Beginn von Artikeln und Abhandlungen referiert wurde: Es handele sich schlicht um Unwissen über die wahren Verhältnisse im neuen Rußland. Aus diesem Argument bezog der Sowjetuniondiskurs seinen aufklärerischen Impetus und didaktischen Duktus. Gerade aus der Unkenntnis sowjetischer Wirklichkeit würden sich Ressentiments gegen den Kommunismus speisen. Die Ablehnung sowjetischer Verhältnisse stütze sich nicht auf Erfahrungen oder politisches Urteilsvermögen, sondern auf einer weit verbreiteten, von bürgerlichen, klerikalen oder „faschistischen" Eliten verschuldeten Unwissenheit. Aus westlichen Texten oder gar aus den Schriften der Renegaten könne man nicht die „Wahrheit" über das bolschewistische Rußland erfahren. Diese Behauptung spielte auf die antikommunistische Propaganda an, die sowohl für die zweite polnische Republik als auch für das „Dritte Reich" charakteristisch war. Gerade im nationalsozialistischen Deutschland entstand eine breite Literatur, die sich explizit auf die sowjetischen Selbstbeschreibungen und den Kult um die UdSSR bezog.[25] In ihr versuchten nationalsozialistische Autoren, sowjetische Behauptungen zu entkräften und als Lügen zu brandmarken. Dabei arbeiteten sie mit ähnlichen Stilmitteln wie ihre kommunistischen Gegner: Auch sie wählten neben dem populärwissenschaftlichen Text gerne den Authentizität suggerie-

23 So druckte *Die Neue Gesellschaft* 1948 Zitate von Thomas und Heinrich Mann, Romain Rolland, Franklin D. Roosevelt u.a., in denen diese westlichen Intellektuellen ihre Sympathien für die UdSSR bekundeten. Vgl. Stimmen über die Sowjetunion, *Die Neue Gesellschaft* 1948, Nr. 12, S. 12–13. Siehe auch Alfred Kantorowicz, Thomas Mann und die Sowjetunion. Aus seinen Reden und Aufsätzen, *Die Neue Gesellschaft* 1950, Nr. 2, S. 101–103.

24 Siehe Kapitel 3.

25 Vgl. Antikomintern (Hg.), Der Weltbolschewismus. Ein internationales Gemeinschaftswerk über die bolschewistische Wühlarbeit und die Umsturzversuche der Komintern in allen Ländern, Berlin/Leipzig 1936; Hermann Greife, Die Klassenkampfpolitik der Sowjetregierung, Berlin/Leipzig 1937; Karl I. Albrecht, Der verratene Sozialismus. Zehn Jahre als hoher Staatsbeamter in der Sowjetunion, Berlin/Leipzig [8]1939.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

renden Erlebnis- und Reisebericht, um die „Wahrhaftigkeit" ihrer Schilderungen zu untermauern.[26]

Die Superlative der sowjetischen Propaganda ironisierend, verwandten Nationalsozialisten dabei die Bezeichnung „Sowjetparadies" für die UdSSR, einen Terminus, der bereits in der Weimarer Republik in antikommunistischen Pamphleten auftauchte. Besondere Prominenz erlangte er durch die am 8. Mai 1942 eröffnete gleichnamige Propagandaschau im Berliner Lustgarten. Die Ausstellung stand unter der Ägide des Reichspropagandaministeriums und bildete den Höhepunkt nationalsozialistischer „Aufklärung" über die UdSSR.[27] Angesichts der Kriegslage verabschiedete sich die Reichspropagandaleitung in den folgenden Jahren von dieser Tonlage und ging dazu über, vor allem die Furcht vor den nahenden Bolschewiki zu schüren. Seit an der Ostfront die Abwehrschlacht tobte, fiel es schwer, ironisierend vermeintliche Errungenschaften der Sowjetunion zu dekonstruieren. Der Gestus der Überlegenheit wich der Beschwörung der Angst.

Der nationalsozialistische Anti-Sowjetuniondiskurs wies durchaus auf existierende Mißstände und Verbrechen kommunistischer Herrschaft hin; er hatte sein eigenes Repertoire an Experten und Themen. Die wichtigsten Schriften erschienen im Nibelungen-Verlag, einem Unternehmen der Antikomintern. Eine genuin nazistische Prägung erhielt dieser Diskurs dadurch, daß er den Kommunismus als jüdisch dominierte Bewegung darstellte und „die Juden" für alle Übel des bolschewistischen Rußland verantwortlich machte.[28] Es handelte sich um eine Spielart antisemitischer Propaganda, wie sie für den Nationalsozialismus konstitutiv war.[29] Hier traf sich außerdem das antisowjetische mit dem antiamerikanischen Argument der NS-Propaganda: Letztlich seien die UdSSR und die USA, so etwa Sven von Müller, nur zwei unterschiedliche Wege zur jüdischen Weltherrschaft und „Moskau und Neuyork" die größten „Judenstädte" der Welt.[30] Der Anti-Sowjetuniondiskurs war die große Gegenerzählung zum Sowjetuniondiskurs und verdeutlicht die transnationale Dimension der rhetorischen Schlacht der Ideologien, die mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in eine neue Phase trat.

Der sowjetische Sieg ermöglichte den kommunistischen Parteien in der SBZ und in Polen, ihre eigene „Wahrheit" über die UdSSR zu verbreiten. Das Ziel, nach Jahrzehnten der bürgerlichen oder faschistischen Falschinformation nun die Öffentlichkeit aufklären zu wollen, formulierten viele Nachkriegsautoren. Deutlich drückt sich dies in dem program-

26 Vgl. bspw. Maria Kraft, In der Gewalt der Bolschewisten. Leidensjahre einer deutschen Frau in der Sowjetunion, Berlin 1937; Ernst Ertl, Werkmeister im „Paradies". Vier Jahre im Traktorenwerk Charkow, Berlin 1937; Louise Diel, Himmelbett Moskau: Frauenerlebnisse im Sowjetparadies, Berlin 1941; Eugen Hobein, Sechs Jahre ‚Sowjet-Paradies', Minden 1942; Sven von Müller, Die Sowjet-Union. Kulisse und Hintergrund, Hamburg 1941.

27 Das Sowjetparadies: Ausstellung der Reichspropagandaleitung: ein Bericht in Wort und Bild, Berlin 1942. Der Begriff „Sowjetparadies" findet sich in dieser ironischen Verwendung bereits im Jahre 1928. Vgl. Was bringt Euch der Kommunismus? Das Sowjetparadies [Flugblatt], Berlin 1928 und aus deutschnationaler Perspektive bereits: Georg Fritsche, Schein und Sein im Sowjetparadies, München 1932.

28 Rudolf Kommoss, Juden hinter Stalin. Die jüdische Vormachtstellung in der Sowjetunion aufgrund amtlicher Sowjetquellen dargestellt. Lage und Aussichten, Berlin 1938.

29 Vgl. Wolfram Meyer zu Uptrup, Kampf gegen die „jüdische Weltverschwörung": Propaganda und Antisemitismus der Nationalsozialisten, Berlin 2003.

30 So bspw. Müller, Die Sowjet-Union, Zitate S. 36f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

matischen Untertitel *Prawda o ZSRR* [Wahrheit über die UdSSR] aus, den die 1947 in Warschau erschienene Schrift *Urojenia i rzeczywistość* [Trugbilder und Wirklichkeit] des Wirtschaftswissenschaftlers Włodzimierz Brus trägt. Darin nennt Brus von den Faschisten gestreute Gerüchte über die Kollektivierung der Frau und den Kannibalismus in der UdSSR, denen entgegengetreten werden müsse.[31] Der Publizist und Hochschullehrer Józef Wasowski bedauert in einer Broschüre aus dem Jahre 1945, daß zwischen Polen und der Sowjetunion nach 1917 eine „Mauer der Lüge" errichtet worden sei: „Täuschungen, Unsinn und unwahre Legenden" seien der eigentliche Grund für das gespannte Verhältnis zwischen den Polen und ihren russischen Nachbarn.[32] Der „Reaktion" sei es gelungen, die sowjetische Wirklichkeit durch „falsches Licht" und „dunkle Gläser" darzustellen.[33] Mit ihren aufklärerischen Verschleierungstexten, die als Resultat von Reisen entstanden, stellten sich die Nachkriegsautoren in eine Tradition, die westliche Intellektuelle in den zwanziger und dreißiger Jahren begründet hatten.

Mit dem offenen Ausbruch des Kalten Krieges ab 1947 verstärkte sich die Verbreitung des Sowjetuniondiskurses in Polen und der SBZ. Die während des Bündnisses mit den westlichen Demokratien geübte Zurückhaltung in der Kapitalismuskritik wurde aufgegeben, und der Westen kehrte als negative Vergleichsfolie zurück. In den vor 1947 verfaßten Texten stellt der Westen noch die explizite oder auch nur immanente Vergleichsfolie dar: Fritz Lieb 1945 und Michael Sayers und Albert E. Kahn 1946 äußerten die Hoffnung auf eine Verständigung zwischen den Alliierten und der Sowjetunion. Alfred Kurella betonte 1947 zwar die strukturelle Überlegenheit des sowjetischen Systems, enthielt sich jedoch antiwestlicher Rhetorik. Das aber ändert sich bereits 1948 in seinem Buch *Ost und ~~oder~~ West*.[34] Mit Verve griff die sowjetische Auslandspropaganda nun die Themen der dreißiger Jahre wieder auf. Für polnische und deutsche Zeitschriften übersetzte man Artikel aus dem Russischen, die dann über die Botschaften, die SMAD oder die VOKS ausgeliefert wurden.

Das Gros der ab 1945 veröffentlichten Texte über die UdSSR wurde jedoch – offenbar um ihre Glaubwürdigkeit zu erhöhen – nicht von sowjetischen Autoren verfaßt, sondern von Polen oder Deutschen. Als Verfasser traten Schriftsteller, Wissenschaftler oder Funktionäre auf. Es gab auch hier noch klingende Namen, aber kaum noch Prominenz wie in den dreißiger Jahren. Die Tendenz zur Demokratisierung spiegelte sich also auch bei den Verfassern wieder. Viele von ihnen wie Henryk Świątkowski oder Anna Seghers kannten die Sowjetunion von Reisen vor dem Krieg, einige lernten sie erst nach dem Krieg kennen, wieder andere wie Alfred Kurella lebten dort als Kominternfunktionär oder Exilant. Neben dem Genre des Reiseberichts reichte das Themenspektrum der Propaganda von Geschichte

31 Vgl. Włodzimierz Brus, Urojenia i rzeczywistość. Prawda o ZSRR, Warschau 1947, S. 6f., S. 13f. Ähnlich argumentierte bereits Jan Karol Wende: Polska a Związek Radziecki, Warschau 1945, S. 6f.

32 Józef Wasowski, Podróż w Z.S.S.R., Lublin 1945, S. 4.

33 Brus, Urojenia, S. 8.

34 Vgl. Fritz Lieb, Rußland unterwegs, S. 439ff.; Michael Sayers/Albert E. Kahn, The Great Conspiracy against Russia, New York 1946, hier zitiert nach der deutschen Übersetzung: Die große Verschwörung, Berlin (Ost) 1949, S. 378ff.; Alfred Kurella, Ich lebe in Moskau, Berlin (Ost) 1947; ders., Ost und ~~oder~~ West. Unsinn, Sinn und tiefere Bedeutung eines Schlagwortes, Berlin (Ost) 1948. Noch ohne antiwestliche Rhetorik in Polen Wasowski, Podróż und Brus, Urojenia sowie Wanda Melcer, 6 tygodni w ZSRR, Warschau 1947 und Henryk Świątkowski, Z mego pobytu w ZSRR, Warschau 1947.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

und Geographie über Literatur und Kunst bis zur politischen Ordnung und zu Darstellungen des „Alltags" sowjetischer Bürger. Der Sowjetuniondiskurs der Nachkriegszeit transportierte den Wertehimmel des Stalinismus, die Kultur des *great retreat*, wie Nicholas Timasheff 1946 prägend formulierte.[35] Die Themen des Sowjetuniondiskurses, die zwischen 1946 und 1955 eine prominente Rolle in der repräsentativen Öffentlichkeit Polens und der SBZ/DRR spielten, werden im folgenden analysiert. Dabei zeichnen sich deutlich die diskursiven Umrisse eines gelobten Landes ab: Die stalinistische Gewaltherrschaft verschwand, wie ich im folgenden an ausgewählten Beispielen zeige, hinter einem Schein der Naivität.

3. Schaufenster, Zentrum und Versprechen: Moskau, das Rom des Stalinismus

Moskau war bereits in den zwanziger Jahren ein beliebtes Ziel ausländischer Besucher.[36] Doch spätestens mit dem 1935 beschlossenen „Plan zur Rekonstruktion Moskaus" war die sowjetische Hauptstadt aus einem weiteren Grund sehenswert: Sie erhielt den Status *der* sozialistischen Mustermetropole. Moskau sollte Abbild und Versprechen zukünftiger Urbanität sein. Bei seinem Besuch im Jahre 1937 formulierte Lion Feuchtwanger die Eckpunkte dieses Moskaubildes, das noch in der Nachkriegszeit Bestand hatte: „Noch niemals ist eine Millionenstadt so von Grund auf nach den Gesetzen der Zweckmäßigkeit und der Schönheit gebaut worden wie dieses neue Moskau. [...] Ja, es ist ein ästhetischer Genuß sondergleichen, das Modell einer solchen Großstadt zu beschauen, die von Grund auf nach den Regeln der Vernunft gebaut ist, der ersten in ihrer Art, seitdem Menschen Geschichte schreiben. [...] Nicht daß man in außerordentlich schneller Zeit Häuser, Straßen und Verkehrsmittel errichtet hat und errichten wird, scheint mir wesentlich. Das umwerfend Neue ist vielmehr die Planmäßigkeit, die Vernunftmäßigkeit des Ganzen, die Tatsache, daß man nicht nur auf die Einzelbedürfnisse Rücksicht genommen hat, sondern in Wahrheit auf die Bedürfnisse der ganzen Stadt, ja des ganzen riesigen Reiches [...]."[37] Lion Feuchtwanger betonte die Singularität Moskaus als Stadt neuen Typs, die Rationalität ihrer Planung und das Versprechen zukünftiger Größe und Schönheit. Im Gegensatz zum Westen, so Feuchtwanger, bestimmten hier nicht Partikularinteressen den Städtebau, sondern stets das „große Ganze". In Moskau gelinge durch die Überwindung von Egoismen eine mit sich

35 Der Begriff von Nicholas S. Timasheff hat sich in der Forschung zur Beschreibung der stalinistischen Kultur eingebürgert; er wird hier verwendet, ohne die Urteile Timasheffs über die Entwicklung der Sowjetunion zu teilen. Vgl. Nicholas S. Timasheff, The Great Retreat. The Growth and Decline of Communism in Russia, New York, NY 1946.

36 Vgl. Heeke, Reisen zu den Sowjets, S. 165–228. Eine eindrucksvolle Schilderung des Moskaus der späten NEP-Zeit bietet Walter Benjamins Moskauer Tagebuch von 1927/28. Walter Benjamin, Moskauer Tagebuch, Frankfurt am Main 1980. Zur Sozial- und Kulturgeschichte Moskaus im 20. Jahrhundert siehe Karl Schlögel, Moskau lesen. Die Stadt als Buch, Berlin 2000; zur Entwicklung des postrevolutionären Moskau: David Hoffmann, Peasant Metropolis. Social Identities in Moscow, 1929–1941, Ithaca, NY 1994. Als frühes Beispiel des Sowjetuniondiskurses über Moskau vgl. Fröhlich, Die lachende Stadt.

37 Feuchtwanger, Moskau 1937, Zitat S. 25–28.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

selbst versöhnte Moderne, eine harmonische Form der Vergemeinschaftung in der neuen Stadt.

Moskau stellte das unumstrittene Zentrum der UdSSR dar; es war das Ziel von Bildungsreisenden aus der gesamten Union, dessen Vorbildlichkeit offizielle Texte stets betonten.[38] Die Fixierung auf das Zentrum Moskau vermittelten auch die Besucher aus den neuen Peripherien des Imperiums. Henryk Świątkowski, Wanda Melcer und Stefan Żółkiewski betonten Schönheit, Kultiviertheit und Einzigartigkeit der russischen Metropole.[39] Im Jahr 1947 erschien in der SBZ mit Alfred Kurellas *Ich lebe in Moskau* ein Buch, in dem der Autor einen idealisierten Moskauer Alltag als exemplarisches Leben beschreibt. Er unternimmt dabei den Spagat, gleichzeitig die *Außerordentlichkeit* und die *Normalität* des sowjetischen Lebens darzustellen. Bei Kurella ist „Leben in Moskau" eine Chiffre für das ideale Leben im Sozialismus, und entsprechend schildert der Verfasser seine Existenz in der „Atmosphäre der Sorglosigkeit, die im Sowjetland die menschliche Existenz umgibt [...]". Das „Neue" in Moskau, so schreibt er, habe den „Charakter des Zufälligen" verloren, den es anfangs gehabt habe: „Die neuen Anlagen lassen bereits plastisch das Gerippe einer neuen, weiträumig angelegten, durch großzügige Architekturensemble gegliederten Stadt von neuem Typus erkennen."[40]

Auch die Mitglieder einer deutschen Schriftstellerdelegation im Jahre 1948 knüpften in ihren Darstellungen Moskaus an Feuchtwangers Ausführungen an.[41] Das Ehepaar Bernhard und Ellen Kellermann berichtete, das von den Zerstörungen und Härten des Krieges bereits nichts mehr zu spüren sei. Gleichwohl habe sich viel verändert. Kellermann schrieb, bei seinem Besuch im Jahre 1928 habe die Stadt noch „einen stark provinziellen Charakter gehabt", der nun gänzlich verschwunden sei: „Bei meinem jetzigen Besuch aber fand ich ein von Grund auf verändertes Moskau vor. Ich traute meinen Augen kaum: Moskau war zur Weltstadt [...] geworden. Man konnte es getrost mit London oder Paris vergleichen."[42] Gerade der gewachsene Straßenverkehr in der russischen Hauptstadt galt als Attribut weltstädtischer Urbanität. Er sah „Omnibusse, Trolleybusse und Automobile, so schön und

38 Vgl. Anne E. Gorsuch, „There's No Place Like Home": Soviet Tourism in Late Stalinism, in: Slavic Review 62 (2003), S. 760–785.

39 Świątkowski, Z mego pobytu, S. 8–10; Melcer, 6 tygodni, S. 10–28; Stefan Żólkiewski, Pierwsze wrażenia z Moskwy, *Przyjaźń* 1947, Nr. 1, S. 12–13. Siehe auch Adam Gallis, Wycieczka po Moskwie, *Przyjaźń* 1947, Nr. 4, S. 14–16.

40 Zitat, Kurella, Ich lebe in Moskau, S. 100f., S. 30.

41 Zur ostdeutschen Schriftstellerdelegation von 1948, vgl. Anne Hartmann/Wolfram Eggeling, Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und der frühen DDR 1945–1953, Berlin 1998, S. 273–288; als veröffentlichte Reiseberichte: Eduard Claudius, Notizen nebenbei, Berlin (Ost) 1948; Michael Hell, Rußland antwortet. Ein Reisebericht, Berlin (Ost) o.J. [1948]; Stephan Hermlin, Russische Eindrücke, Berlin (Ost) 1948; Bernhard und Ellen Kellermann, Wir kommen aus Sowjetrußland, Berlin (Ost) 1948; Anna Seghers, Sowjetmenschen. Lebensbeschreibungen nach ihren Berichten, Berlin (Ost) 1948. Aufgrund der Reise äußerte der sowjetische Schriftsteller Ilja Ehrenburg die Erwartung, daß die deutsche Literatur nun „tiefer, realistischer und zukunftsfreudiger" werde. Gorski u.a., Deutsch-sowjetische Freundschaft, S. 199.

42 Michail Ryklin sieht im Stalinschen Moskau der Propaganda ein „Anti-Paris". Das Nachkriegs-Moskau des Kalten Krieges mit seinen Hochhausprojekten wurde hingegen zu einem Anti-Chicago stilisiert. Vgl. Ryklin, Metrodiskurs I, S. 101f. Den Vergleich mit Paris expliziert auch Kurella, Ich lebe in Moskau, S. 25f. Zitat bei Kellermann, Wir kommen, S. 16–17.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

mächtig, daß sie ebensogut in Paris oder New York laufen könnten."[43] Hier diente der Westen als Vergleichsfolie, vor der sich bestätigen ließ, daß Moskau in keiner Beziehung mehr rückständig war. Ein anderer Autor betonte, die sowjetische Metropole sei bereits jetzt einer beliebigen westlichen Hauptstadt überlegen: Włodzimierz Brus führt aus, daß Moskau aus sozialer Perspektive dem Westen weit voraus sei. Vielleicht, so Brus, sei die Gorkistraße noch nicht so mondän wie der Londoner Piccadilly Circus oder der New Yorker Broadway, aber er fügt hinzu: „Wir sollten nicht vergessen, daß Moskau auch nicht die Armut des East End kennt, und daß das, was wir im Zentrum Moskaus erblicken, den entferntesten Vorstädten ähnelt."[44] Die Vorbildhaftigkeit der sozialistischen Stadt sieht Brus demnach in ihrer sozialen Nivellierung. Die Stadt der Gleichen ist in ihren verschiedenen Teilen eine gleichförmige Stadt.

In der hymnischen Bewunderung für die sozialistische Musterstadt schwangen nun Untertöne des Kalten Krieges mit. Besonders in der Architektur der sowjetischen Großprojekte manifestiere sich die Überlegenheit des sozialistischen Städtebaus. Moskau sei daher einfach *schöner* als westliche Städte. Kellermann lobt den „ruhigen, einheitlichen Stil" sowjetischer Hochhäuser und betont: „Es gelang den Architekten indessen, den banalen Stil der amerikanischen Turmhäuser zu vermeiden!"[45] Und 1952 sekundiert der DSF-Funktionär Franz Wenzel mit folgendem Urteil: „Die neuen Hochhäuser, von denen jetzt 8 fertig bzw. im Bau sind, haben absolut nichts mit den Wolkenkratzern in New York zu tun. Es sind keine Steinkästen ohne Schönheit, ohne Leben, sondern alle zeigen eine stilvolle Gestaltung im Bau und in der Verkleidung. [...] Moskau wächst in die Breite und in die Höhe. Zugleich aber wird die Hauptstadt der Sozialistischen Sowjetunion von Tag zu Tag schöner. Dabei ist Moskau schon heute die schönste Stadt der Welt."[46] Hier erscheint die UdSSR den Vereinigten Staaten ästhetisch überlegen. Moskau stand für eine anheimelnde, gleichsam zauberhafte Moderne, die sich nicht durch kühle Sachlichkeit, sondern durch Wärme und Schönheit auszeichne.

Was für den Städtebau behauptet wurde, sollte auch für den Konsum gelten. Im Sowjetuniondiskurs war die sozialistische Stadt ein Ort massenhafter Bedürfnisbefriedigung. Im Gegensatz zu den zwanziger Jahren verherrlichte man nicht mehr die revolutionäre Askese, sondern den kultivierten Konsum. Die Texte beschreiben, wie ein Überfluß an Waren und Dienstleistungen das Moskauer Leben prägte.[47] Am Warenangebot verdeutlichte Eduard Claudius 1947 den Unterschied zwischen Moskau und Berlin. Die Gorkistraße bezeichnete er als „Straße der Warenhäuser" und schildert seinen Einkaufsbummel als erhebendes Konsumerlebnis: In einem Laden erblickt er einen „mächtigen Torbogen [...] mit Schokolade, Kuchen, Likören und Wodkaflaschen", nur um anschließend ein Fischgeschäft zu betreten, „groß wie ein Warenhaus".[48] Neben die Beschreibung des Überflusses trat zunehmend die

43 Kellermann, Wir kommen, S. 23.
44 Brus, Urojenia i Rzeczywistość, S. 47.
45 Kellermann, Wir kommen, S. 20.
46 Franz Wenzel, Zu Gast im Sowjetland, *Die Neue Gesellschaft* 1952, Nr. 8, S. 619–622, Zitat S. 621.
47 Der Versuch, die Sowjetunion als Land des kultivierten Konsums abzubilden hat seine Wurzeln ebenfalls in den dreißiger Jahren. Vgl. Julie Hessler, Cultured trade: the Stalinist turn towards consumerism, in: Sheila Fitzpatrick (Hg.), Stalinism. New Directions, London 2000, S. 182–209. Siehe auch Vera Dunham, In Stalin's Time. Middleclass Values in Soviet Fiction, Cambridge 1976.
48 Claudius, Notizen nebenbei, S. 16–18.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Rede über hochwertige Konsumgüter. So hieß es 1951 „die Moskauer hat ein wahrer Fernsehenthusiasmus ergriffen."[49] Und ein anderer Autor bemerkte ein Jahr später: „Die Nachfrage nach Personenwagen, Motorrädern, Fernsehapparaten, Klavieren und Flügeln usw. ist sprunghaft gestiegen."[50] Wohlstand und Kultiviertheit kennzeichnen die Rede über den sowjetischen Konsumenten; man suggerierte, das sowjetische System biete seinen Bürgern ebenfalls die Möglichkeiten der Distinktion durch Konsum.

Doch Moskaus Attraktionen beschränkten sich nicht auf Warenhäuser und Boulevards. Seine meistgepriesene „Errungenschaft" lag unter der Erde. Es handelte sich um die seit den dreißiger Jahren mit großem Aufwand errichtete Moskauer Untergrundbahn.[51] Nach dem Zweiten Weltkrieg fuhren bereits drei Linien, und die besonders prächtig ausgestaltete Ringlinie mit Bahnhöfen im Stile unterirdischer Kathedralen befand sich im Bau. Schon der Metrodiskurs der dreißiger Jahre arbeitete die Einzigartigkeit der Moskauer Metro in kontrastierender Perspektive heraus.[52] In dieser stalinistischen Sattelzeit wurden die Themen und die Tabus des Narrativs über den Moskauer Untergrund geprägt: der Fetisch der Technik, die Sakralität des unterirdischen Raumes und das beredte Schweigen über die militärische Bedeutung des Baus. An diese Erzählmuster knüpfte der Nachkriegsdiskurs an. Während westliche U-Bahnen als „reine Nützlichkeitsanlagen" aus „billigsten Baumaterialien" charakterisiert wurden, deren „schmale Hallen" und „niedrige Gewölbe" mit „dürftiger Ventilation" von den Benutzern als „bedrückend" empfunden würden, habe bei der Moskauer Metro der Fahrgastkomfort stets im Mittelpunkt gestanden. In den geräumigen Stationen könne deshalb das für den Westen so typische Gefühl des „Bedrücktseins" gar nicht erst aufkommen. Die Ausgestaltung der Bahnhöfe sei den „besten Architekten und Künstlern" vorbehalten gewesen, die dazu „edelste Baumaterialien" verwendeten.[53] Ein Verkehrsmittel, das im Westen Bestandteil entfremdeter Großstadtexistenz war, konnte somit in der Gegenwelt des Sowjetunionsdiskurses ein Symbol erfüllten Lebens sein.

In den vierziger und fünfziger Jahren gehörte die Metro zu den festen Topoi der Musterstadt Moskau. Kaum ein Buch, eine Broschüre oder ein Artikel über die Stadt ohne ein Bahnhofsbild. Wer über das Stalinsche Moskau schrieb, mußte sich bewundernd über den Untergrund äußern. Dementsprechend enthusiastisch fielen die Berichte aus. Das komparative Argument variierend, betonte Bernhard Kellermann weltläufig, er kenne die „Untergrundbahnen von Berlin, New York, London, Paris, Barcelona", aber Moskaus Metro stelle „alle Untergrundbahnen dieser Welt in Bezug auf Schönheit, Ausstattung, Hygiene, Leistungsfähigkeit und Reinlichkeit weit in den Schatten [...]".[54] Der Arbeiterschriftsteller Eduard Claudius sah sich zu einer hymnischen Beschreibung veranlaßt und setzte ihren Bau in Beziehung zur Schaffung Neuer Menschen in der Sowjetunion: „Die Metro! [...] dieses

49 G. Weinhold, Die Sowjetunion heute, *Die Neue Gesellschaft* 1951, Nr. 10, S. 783–785, Zitat S. 785.

50 Das persönliche Eigentum des Sowjetbürgers, *Die Neue Gesellschaft* 1952, Nr. 10, S. 772–777, Zitat S. 775.

51 Zum Bau der Moskauer U-Bahn siehe aus sozialhistorischer Sicht: Dietmar Neutatz, Die Moskauer Metro. Von den ersten Plänen bis zur Großbaustelle des Stalinismus (1897–1935), Köln/Weimar/Wien 2001; aus kulturhistorischer Sicht: Schlögel, Moskau lesen, S. 332–345.

52 Vgl. Ryklin, Metrodiskurs I, S. 96f.

53 Die Moskauer Untergrundbahn, *Die Neue Gesellschaft* 1948, Heft 5–6, S. 73–76.

54 Kellermann, Wir kommen, S. 17–18.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

ganze strahlende Bild des Zusammenspiels von Licht, Farbe, Form und Zweck – man kann es nie mit Worten ganz erklären. In ihrer materiellen Schönheit und in der Erfüllung des Sinns hat sich das Moskauer Volk wohl hier zum erstenmal am reinsten und klarsten den Baustil des neuen, sozialistischen Zeitalters geprägt. Ich weiß nicht, ob diese Metro ihr Lied gefunden hat, ob ein Dichter Verse fand. Und die Menschen, die sie erbauten… Es waren die Menschen wie du und ich, aber als sie es erbaut hatten, waren sie andere Menschen geworden."[55] Mit dieser Konstruktion unterirdischer Sakralität knüpfte Claudius an die Schilderungen der dreißiger Jahre an.[56] Er würdigte die Metro nicht nur als sozialistische Errungenschaft, sondern stilisierte sie zu einem metaphysischen Ort, den man nicht erklären, sondern nur erleben kann. Sie imponiere nicht nur durch ihre Schönheit, sondern funktioniere für ihre Erbauer und Benutzer als Ort der Wandlung, als Schleuse in ein neues Bewußtsein. Deutlicher konnte man den unterirdischen Kathedralen der U-Bahnhöfe kaum eine spirituelle Funktion zuweisen.

Neben der Metro gehörte der Rote Platz als *Zentrum des Zentrums* zum Pflichtprogramm der Moskaubesucher. Auch ihm wurde eine überhöhte Bedeutung zugeschrieben. Während die Metro die Umsetzung des kommunistischen Modernisierungsprojektes symbolisierte, stellte der Rote Platz den Ort der Versöhnung von altem und neuem Rußland dar. Außerdem bildete er das Forum der Huldigung der sowjetischen Führer an den Feiertagen im Mai und November. Während der großen Paraden konnten ausländische Gäste und sowjetische Bevölkerung hier eine Führung zu Gesicht bekommen, die sich sonst hinter hohe Kremlmauern und auf gut bewachte Datschen zurückgezogen hatte. Zweimal im Jahr bot sich für die Moskauer und auserwählte Besucher die Möglichkeit, die Macht in Gestalt Stalins und seines Politbüros auf dem Leninmausoleums zu erleben. Doch der Rote Platz stand nicht nur für sowjetische Macht, sondern auch für glorreiche russische Vergangenheit. So bemüht sich Józef Wasowski in seinem 1945 erschienenen Reisebericht, seine polnischen Leser zu beruhigen, daß es sich bei den Bolschewiki keineswegs um revolutionäre Bilderstürmer handele. Vielmehr bewahrten die sowjetischen Menschen aus Patriotismus „alles aus der Geschichte, was großartig und schön ist […]". Dies gelte insbesondere für den Kreml und seine alten Kirchen.[57] Interessant an Wasowskis Text ist ferner, daß er jenen pharaonischen Ort nicht erwähnt, der für ausländische Kommunisten oder *fellow traveller* das spirituelle Zentrum des sowjetischen Universums darstellte: das Lenin-Mausoleum.[58] Man darf annehmen, daß er ihn bewußt verschweigt, weil er ihn 1945 seinem polnischen Publikum nicht zumuten möchte.

Stephan Hermlin hingegen, der den 1. Mai 1948 auf dem Roten Platz erlebte, stellt das Mausoleum ins Zentrum seiner Erzählung. Er blickt zur Tribüne des Bauwerks, wo er Stalin sieht, bewundert die martialische Militärparade und begeistert sich für das inszenierte

55 Claudius, Notizen nebenbei, S. 15.

56 Vgl. Ryklin, Metrodiskurs I, S. 91ff.

57 Wasowski, Podróż, S. 20f. Eine kunsthistorische Würdigung des Moskauer Kreml findet sich auch bei Melcer, 6 tygodni, S. 11–20, die den Kreml mit der Akropolis und dem Krakauer Wawel vergleicht.

58 Henryk Świątkowski schwieg sich in seinem Reisebericht über Moskau 1947 ebenfalls über das Mausoleum aus. Wanda Melcer, die sonst Bauwerke detailliert in einem kunsthistorischen Duktus schildert, erwähnte im gleichen Jahr das Mausoleum nur am Rande ihrer detaillierten Schilderung des Roten Platzes. Lenins Körper macht auf sie einen „erschütternden" Eindruck. Świątkowski, Z mego pobytu, S. 8–10; Melcer, 6 tygodni, S. 24.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Verschmelzen von Volk und Macht im Zug der Zehntausende. Hermlin führt aus: „Die Musik vermengt sich mit dem Geräusch zahlloser Schritte, mit den unaufhörlichen Rufen, dem in der Menge aufflackernden Beifall. Die meisten Rufe gelten Stalin, auch Molotows Name wird oft genannt, die Studenten der Universität, die Schriftsteller, die Kolchosbauern, die Regierung, die Professoren werden gefeiert … Dieser Zug ist endlos […]."[59] Ein anderer kommunistischer Dichter, Kurt Bartel (Kuba), schilderte zwei Jahre später sein Moskauer Maierlebnis in ähnlich schillernden Farben: „Der Rote Platz ist um diese Stunde sehr still und sehr feierlich. Die Tribünen füllen sich mit Ehrengästen, Eis und Limonade werden angeboten. Äpfel aus Grusien, Orangen. […] Die Regierung nimmt ihren Platz auf dem Leninmausoleum ein. Stalin grüßt, die Antwort kommt und klingt wie ein rauschender Regen, setzt sich fort über die ganze Weite des riesigen Platzes. – Aber kein Geschrei, nichts, was den Ohren weh tut."[60]

Die Teilnahme an den Moskauer Festen, wie sie hier von Hermlin und Kuba als gemeinschaftstiftendes Erlebnis beschrieben werden, stellte die größte Auszeichnung für polnische und deutsche Aktivisten dar. In handverlesenen Delegationen durften sie als Vertreter ihrer Länder zu den Höhepunkten des Festkalenders nach Moskau reisen.[61] Wie die Delegationen aus allen Republiken die Einheit der UdSSR symbolisierten, so stellte die Präsenz der Gäste aus den Ländern des Imperiums nun die Größe und Einheit des „Friedenslagers" dar: eine Repräsentation der Stalinschen *Freundschaft der Völker* und der Entschlossenheit und Stärke gegenüber dem Westen. Die Moskauer Feste wurden zum Bezugspunkt, an dem sich die eigenen öffentlichen Feiern zunehmend orientierten.[62]

Abseits der großen Feiertage beschwor der Sowjetuniondiskurs den Kreml als Ort, an dem „das Herz der ganzen fortschrittlichen Welt schlägt." Hier, wo das Gestern harmonisch mit dem Heute verbunden sei, herrschten Größe und Innerlichkeit. Das Zentrum der Macht erschien als Ort der Besinnung und der quasi-religiösen Kontemplation. Jiri Marek bemerkte, auf dem Roten Platz „sprechen die Menschen nur gedämpft" und selbst die „Autos fahren leise. Hier fließt das Leben feierlicher." Diese besondere Stimmung liege in der Präsenz Lenins begründet, der Menschen aus der ganzen Welt anziehe. Dreimal in der Woche sei das Mausoleum geöffnet und die Besucher, so belehrt Marek seine Leser, seien „die ruhigste und würdigste Menschenansammlung, die ihr jemals gesehen habt".[63] Ähnlich wie bei der Metro wiederholt sich hier der Versuch, Moskauer Orten eine sakrale Aura zu verleihen. 1954 beschrieb Stefan Heym die vor dem Mausoleum wartenden Menschen in feierlicher Diktion; er verlieh den Körpern der beiden toten Führer – den „beiden Schläfern" – besondere Bedeutung und las aus ihren Mumien Charakterzüge ab. Bei Lenin, so Heym, stehe die „hohe, gewölbte Stirn" für kalte Intellektualität. Hinter ihr seien „schwerste Entscheidungen" gefällt worden, betonte er, versicherte jedoch umgehend: „Doch der Mund ist gütig, auch noch im letzten, langen Schlaf." Im Gegensatz zum intellektuellen Phänotyp Lenins bezeichnete Heym Stalin als „alten, grauhaarigen Arbeiter", der in seinem Garten

59 Hermlin, Russische Eindrücke, S. 69ff.
60 Kurt Bartel, Die fröhlichste Stadt der Welt, *Friedenspost* 1950, Nr. 18, S. 1.
61 Siehe Kapitel 4.
62 W. Triebugow, Święto radości – w Moskwie, *Przyjaźń* 1948, Nr. 5, S. 11–13.
63 Jiri Marek, Sieben Wunder Moskaus, *Friedenspost* 1950, Nr. 38, S. 5.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

„bis in die letzten Jahre noch mit den Händen" gearbeitet habe.[64] Nach dieser Mumienschau stellte Stefan Heym klar, der Rote Platz sei ein lebendiger Ort. Er verkörpere für ihn das „große Herz der Arbeiterklasse": „Hier schlägt dieses rote, heiße Herz am spürbarsten."[65] Im stalinistischen Diskurs war der Rote Platz mehr als eine Sehenswürdigkeit. Der Platz stellte mit dem Kreml den symbolischen Mittelpunkt des Imperiums dar, der durch die Präsenz der toten Führer zusätzlich aufgewertet wurde. An diesem Ort wurde die protoreligiöse Überhöhung sowjetischer Macht erlebbar.

Die Reisen ins Moskau der Nachkriegszeit glichen in vielerlei Hinsicht Pilgerfahrten. Sie fanden in festen Gruppen statt, hatten ein ritualisiertes Programm und einen vorgegebenen Erwartungshorizont, orientierten sich am Feiertagskalender und dienten der Festigung des Glaubens an die sowjetische Meistererzählung. Ihr protoreligiöser Charakter manifestierte sich in der gespannten Erwartungshaltung vor der Reise, dem mythischen Erlebnis auf dem Roten Platz und in den hymnischen Erzählungen nach der Rückkehr. Reisen und konzentriertes Erleben sollten Vertrauen aufbauen und Glauben festigen. Das Moskau des Sowjetuniondiskurses war ein mystischer Ort, und der Aufenthalt wurde deshalb als ein emotionales und außerordentliches Erlebnis beschrieben. Die polnische Autorin Aniela Mariańska faßte 1950 ihren Spaziergang durch die Moskauer Straßen folgendermaßen zusammen: „Aber das ist nicht das Leben. Das ist wie im Märchen."[66] Dieses diskursive Moskau war ein sakraler und unwirklicher Ort.

Moskau war aber nicht nur Wallfahrtsort, an dem man die Größe der russischen Vergangenheit und das Charisma des revolutionären Staates spüren konnte, sondern auch Versprechen für die Zukunft. Die sozialistische Zukunft manifestierte sich in den großen Bauvorhaben der Gegenwart. Ein sowjetischer Autor behauptete, um sich ein Bild von Morgen zu machen, genüge in Moskau der alltägliche „Blick aus dem Fenster": Dort sehe man dann „die scharfen Umrisse der entstehenden Hochhäuser" und „auf den Leninbergen die Silhouette der Moskauer Universität." Dann müsse man sich nur noch „den über alles hinausragenden Turm des Sowjetpalastes vorstellen, dann erkennen wir schon das Bild der Zukunft. Und mit jedem Tag wird uns klarer, wie die Menschen in Moskau [...] in der Epoche des Kommunismus arbeiten und leben werden."[67] Die in der Propaganda beschworene Zukunft

64 Das Motiv Stalins als Gärtner und der UdSSR als Garten war im Sowjetuniondiskurs schon in den dreißiger Jahren verbreitet. Vgl. Clark, The Soviet Novel, S. 93–113. Zur Garten-Metapher siehe auch die Einleitung dieser Arbeit.

65 Stefan Heym, Reise ins Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Ein Bericht von Stefan Heym, Berlin (Ost) 1954, S. 55f. Weitere Reaktionen westlicher Intellektueller auf das Mausoleum bei Hollander, Political Pilgrims, S. 168f.

66 Aniela Mariańska, Szlakiem delegacji chłopów polskich po Ukrainie, Warschau 1950, S. 8.

67 Michail Iljin, Ein Blick in die Zukunft, *Die Neue Gesellschaft* 1950, Nr. 4, S. 295–302, Zitat S. 295f. Zum Projekt des Sowjetpalastes, siehe zum imaginären Bauen in der Sowjetunion am Beispiel des Palastes der Sowjets: Karl Schlögel, The Shadow of an Imaginary Tower, in: Helen Adkins (Hg.), Naum Gabo and the Competetion for the Palace of Soviets, Moscow 1931–1933, Berlin 1993, S. 177–183; Elke Pistorius, Der Wettbewerb um den Sowjetpalast, in: Gabriele Gorzka (Hg.), Kultur im Stalinismus. Sowjetische Kultur und Kunst der 1930er bis 50er Jahre, Bremen 1994, S. 153–167; Sona Stephan Hoisington, „Ever Higher": The Evolution of the Project of the Palace of Soviets, in: Slavic Review 62 (2003), S. 41–68. Die Zukunftsmetapher findet sich bspw. auch bei Harald Hauser, Heim-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Moskaus war aber nicht nur eine Fortschrittsutopie für Rußland, sondern beinhaltete eine protoreligiöse Erlösungskomponente für den Rest der Menschheit: „Moskau ist der Künder der Befreiung aller werktätigen Menschen [...] die erste Hauptstadt der neuen Welt", heißt es da, denn „in allen Sprachen der Welt bedeutet das Wort Moskau, daß es in der Welt Wahrheit und Gerechtigkeit gibt."[68] In einem Diskurs, der die Sowjetunion zum Paradies erklärte, fiel Moskau gleichzeitig die Rolle des kommunistischen Roms und des kommenden himmlischen Jerusalems zu.

4. Sowjetische Mythen: Von der Revolution zum „vaterländischen Krieg"

Im historischen Narrativ des Hochstalinismus war die Oktoberrevolution des Jahres 1917 bereits ein ferner Mythos. Der Kampf gegen die alte Ordnung und die Übernahme der Macht lagen in einer entrückten Vergangenheit. In der Historiographie war die Geschichte des Russischen Reiches seit den dreißiger Jahren aufgewertet worden; eine parallele Entwicklung, die sich während des Krieges weiter beschleunigte, vollzog sich in der Propaganda.[69] Seit den dreißiger Jahren definierte sich die Sowjetunion sowohl über die „Errungenschaften" der Stalinzeit als auch über die imperiale Geschichte Rußlands. Der Schweizer Fritz Lieb lobte 1945 in seinem Buch *Rußland unterwegs* ausdrücklich die Rückkehr zu einem nationalen Geschichtsbild und das Ende der internationalistischen Geschichtsdeutung.[70] Seit 1938 lag mit dem *Kurzen Lehrgang* eine verbindliche Erzählung sowjetischer Geschichte vor, die mit Beginn des Kalten Krieges auch den Schulungen polnischer und deutscher Kommunisten zugrunde lag.[71] Für die breitere Öffentlichkeit schien es jedoch notwendig, die historische Meistererzählung noch knapper zu fassen. Insbesondere im Feiermonat November – parallel zu den Moskauer Festen – erschienen in Polen und der SBZ/DDR zahlreiche Artikel, in denen die Bedeutung der Oktoberrevolution für Polen, Deutschland und die Welt erklärt wurde. Der Parteistaat verschickte jeden November ausgearbeitete Rededispositionen an seine Agitatoren, in denen der Mythos vom „Großen Oktober" kurz und bündig zusammengefaßt war.[72] Schnell erhielt die aus dem Russischen übernommene sperrige Bezeichnung „Große Sozialistische Oktoberrevolution" in Polen und der SBZ ebenfalls kanonischen Rang.

---

kehr aus dem Land des Morgen, *Die Neue Gesellschaft* 1951, Nr. 7, S. 488–498 und im Kinderbuch Jürgen Kuczynskis, Das Land der frohen Zuversicht. Eine Geschichte der Sowjetunion für Jugendliche, die auch Erwachsene lesen können, Berlin (Ost) 1949.

68 Michail Iljin, Es gibt auf der Welt ein Moskau, *Die Neue Gesellschaft* 1949, Nr. 6, S. 426–433, Zitat 432f.

69 Vgl. Brandenberger, National Bolshevism, S. 43ff.

70 Vgl. Lieb, Rußland unterwegs, S. 169ff.

71 Zu den Schulungen der SED-Mitglieder vgl. Andreas Malycha, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung, Paderborn u.a. 2000, S. 278–340 und zur Rezeption des „Kurzen Lehrgangs" in der DDR siehe auch Siegfried Lokatis, Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 36f.

72 Vgl. W 33 Rocznice Wielkiej Rewolucji Socjalistycznej, *Notatnik Agitatora* 1950, Nr. 12, S. 3–25; Przykład, przyjaźń, pomoc ZSRR, *Notatnik Agitatora* 1952, Nr. 19, S. 3–24.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Die historische Meistererzählung betonte den epochemachenden Charakter der russischen Revolution, ihre „welthistorische" Bedeutung. Diesen Anspruch sollte der Vergleich mit der Französischen Revolution untermauern: Während diese lediglich das Ende des Feudalismus gebracht habe, sei die russische Revolution der Ausgangspunkt für die Befreiung der Menschheit. Im Gegensatz zu ihrer französischen Vorläuferin sei die russische Revolution zudem ihren Idealen treu geblieben, ihre Versprechungen seien nicht zu „schönen Redensarten" verkommen, sondern wurden „unumstößliche Wahrheit und vollkommene Erfüllung."[73] Henryk Świątkowski formulierte 1946 die bald stereotyp wiederholte Deutung, die russische Revolution habe den Weg frei gemacht für „eine neue Epoche der Volksherrschaft und wahrer gesellschaftlich-wirtschaftlicher Demokratie."[74] Die Bedeutung der Oktoberrevolution liege darin, nicht nur ein neues Kapitel der russischen Geschichte aufgeschlagen zu haben, sondern für die „gesamte Menschheit" ein „historischer Umbruch" zu sein. Die „Volksdemokratien" hatten demnach ihren eigentlichen Ursprung nicht im Zweiten Weltkrieg, sondern in der russischen Revolution. Mit dem „Großen Oktober", so die Meistererzählung, begann eine neue Welt: „Von hier zeichnet sich deutlich der Weg in eine Welt ohne Kriege und Arbeitslosigkeit, ohne Gewalt und Ausbeutung, ohne Aberglaube und Armut." [75] In dieser Lesart stellte das Jahr 1917 nicht nur eine historische Zäsur dar, sondern den Ausgangspunkt einer heilsgeschichtlichen Entwicklung für die ganze Welt.

Den russischen Bürgerkrieg reduzierte der stalinistische Narrativ auf die Formel der „ausländischen Invasion", deren kapitalistische Drahtzieher vergeblich versuchten, den Fortschritt gewaltsam aufzuhalten.[76] Mit dem Aufbruch in eine neue Welt setzte somit die Verschwörung des Auslandes gegen den neuen Staat, gegen das „Glück der Menschheit" ein. Die gigantische Verschwörungstheorie, die in den dreißiger Jahren den Hintergrund der Schauprozesse und des Großen Terrors bildete, war integraler Bestandteil der großen Erzählung. Im Kalten Krieg erlebte sie eine weitere Steigerung durch Michael Sayers und Albert E. Kahn, die im Stil eines Kolportageromans eine kontinuierliche, das ganze Ausland und sowjetische Verräter umspannende Antikominternwelt konstruierten.[77] In diesem Intrigenspiel voller unheiliger Allianzen versuchten verschiedenste im Auftrag des westlichen Kapitals arbeitende Instanzen einen Krieg gegen die Sowjetunion anzuzetteln. Das Jahr 1917 bildete den Ausgangspunkt der „großen Verschwörung" zu einer nicht abreißenden Serie diabolischer Versuche, den Kapitalismus in der UdSSR zu restaurieren.

---

73 Bernhard Kellermann, Zum 7. November, *Die Neue Gesellschaft* 1948, Nr. 12, S. 2.

74 Henryk Świątkowski, 29 Rocznica, *Przyjaźń* 1946, Nr. 8–9, S. 2–4, Zitat S. 2.

75 Zitate: 7.XI.1917 – 7.XI.1948. Materiały do referatu rocznicowego, Warschau 1948, Zitate S. 3, S. 5.

76 Vgl. zum russischen Bürgerkrieg und der Entstehung des bolschewistischen Rußland: Orlando Figes, A People's Tragedy. The Russian Revolution 1891–1924, London 1996; Peter Holquist, Making War, Forging Revolution. Russia's Continuum of Crises 1914–1921, Cambridge, Mass. 2002.

77 Vgl. Sayers/Kahn, Die große Verschwörung. Eine hymnische Rezension dieses Werkes verfaßte Henryk Świątkowski, „Wielka konspiracja przeciwko Rosji Sowieckiej", in: *Przyjaźń* 1948, Nr. 6–7, S. 9–12. Zu Verschwörungen als Teil der politischen Kultur der Sowjetunion, siehe Gábor T. Rittersporn, Die sowjetische Welt als Verschwörung, in: Ute Caumanns/Matthias Niendorf (Hg.), Verschwörungstheorien. Anthropologische Konstanten – historische Varianten, Osnabrück 2002, S. 103–124; Hans Günther, Der Feind in der totalitären Kultur, in: Gabriele Gorzka (Hg.), Kultur im Stalinismus. Sowjetische Kunst und Kultur der 1930er bis 50er Jahre, Bremen 1994, S. 89–100, insbes. S. 92f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Die Leiden, die Gewalt und der Terror der Revolution und des Bürgerkrieges blieben ungenannt oder verschwanden hinter den Floskeln von „heroischen Kämpfen" und „großen Entbehrungen". Da der Sieg der Bolschewiki im Propagandadiskurs ein providentielles Ereignis darstellte, wurden seine Opfer nicht thematisiert. Statt dessen schlug im russischen Bürgerkrieg die Stunde der bolschewistischen Führer, insbesondere Stalins, die sich hier erstmals bewähren konnten. So berichtet die Stalinbiographie von 1947 knapp, der Bürgerkrieg sei ein „*vaterländischer* Krieg gegen die ausländischen Eroberer und die Weißgardisten" gewesen, in dem sich gezeigt habe, daß Stalin „den Scharfblick des politischen Führers mit dem Talent des Heerführers vereinigte."[78] Entscheidendes Anliegen der Propaganda war es in diesem Fall, die Sowjetunion einerseits als ein Land ruhmreicher militärischer Taten darzustellen und andererseits zu betonen, daß es sich bei der Roten Armee um eine dem Volk fest verbundene Armee neuen Typs handelte.[79]

Leningrad – obwohl als „Wiege der Revolution" gefeiert – spielte im Sowjetuniondiskurs der Nachkriegszeit keine mit Moskau vergleichbare Rolle. Die Stadt bildete bei Delegationsreisen ausländischer Gäste nur eine Attraktion zweiter Ordnung, deren kultureller Reichtum herausgestellt wurde.[80] Der Sieg von 1945 im „Großen Vaterländischen Krieg" war mit der Verteidigung von und der Siegesfeier in Moskau verbunden und hatte die Suprematie des Zentrums noch verstärkt. Der Mythos wollte es, daß der sowjetische Sieg an der Wolokolamsker Chaussee und nicht an der Newa errungen wurde. So konstruierte Stephan Hermlin eine eigenständige Verbindung zwischen der jüngsten und der heroischen Vergangenheit der Stadt. Er schrieb, in den Gesichtern der Verteidiger Leningrads liege „vor uns wieder das Antlitz des Oktober, das Gesicht der Revolutionen und des Bürgerkriegs wie eine Landschaft aus Eis und Feuer, aus Leiden und Leidenschaft, aus Erkenntnis und Unbeugsamkeit". Hermlin suchte authentische Helden und revolutionäre Größe. Er behauptete, in Leningrad sehe man immer noch dieselben Gesten „wie damals, als es gegen Koltschak und Denikin ging." Für den deutschen Schriftsteller war 1948 die Bewahrung des revolutionären Elans durch den Kampf das besondere Erlebnis an der Newa. So versuchte der 1915 geborene Hermlin am historischen Geschehen der Oktoberrevolution teilzuhaben. Begeistert stellte er fest, die Leningrader Arbeiter „tragen nicht nur die Mützen und Lederjacken ihrer Väter, sie gleichen ihnen bis in den letzten Zug ihrer todbereiten und dem Leben verschworenen Gesichter."[81] Für Hermlin, der sich hier als revolutionärer Romantiker gab, hatte Leningrad seine spezifische symbolische Bedeutung bewahrt. Im Kontrast zu Moskau gründete der *genius loci* der Newametropole nicht auf den Verheißungen der Zukunft, sondern auf ihrer revolutionären Vergangenheit: „Geschichte ist jede Ecke, jeder Stein; aus dieser feierlichen Stille brach der gewaltigste Sturm, den die Menschheit

78 G. F. Alexandrow u.a., Josef Wissarionowitsch Stalin. Kurze Lebensbeschreibung, Moskau 1947, S. 72f. Wie der „Kurze Lehrgang" erhoben die Staatsparteien in Polen und der DDR auch die „Kurze Lebensbeschreibung" in den Rang eines kanonischen Textes, der nicht nur von der Partei, sondern vom ganzen Volk studiert werden sollte. Vgl. Kapitel 4 dieser Arbeit.

79 Vgl. Kurt Fischer, Die Sowjetarmee – Der Wächter des Friedens, *Die Neue Gesellschaft* 1948, Nr. 2, S. 1–4.

80 Vgl. Melcer, 6 tygodni, S. 108–122; Świątkowski, Z mego pobytu, S. 12–15; Hell, Rußland antwortet, S. 21f.

81 Hermlin, Russische Eindrücke, S. 28f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

entfachte."[82] Im Stalinismus gab es jedoch nur Raum für das Über-Zentrum Moskau; im selben Jahr, in dem Stephan Hermlin seine Eindrücke veröffentlichte, beendete die sogenannte „Leningrader Affäre" den Anspruch der Stadt auf eine Sonderstellung.[83] Das Stalinsche Moskau sollte weder vom Charisma der Revolution noch vom Mythos St. Petersburgs überstrahlt werden.

Die große Erzählung von der Oktoberrevolution, die in Polen und der SBZ/DDR verbreitet wurde, diente vielfach als Einführung in den Leninkult. Lenin wurde weiterhin als Politiker wie auch als Theoretiker des Marxismus eine herausragende Rolle zugeschrieben. Seine Persona und sein Kult waren jedoch nun eng mit Stalin verknüpft, seinem selbsternannten Meisterschüler, der ihm wie ein Schatten folgte und seit den dreißiger Jahren überstrahlte.[84] Auf die Rolle der ideologischen Instanz und des Gründungsvaters reduziert, wurde Lenin zunehmend von Stalin übertroffen.[85] Dennoch blieb er durch seine Präsenz im Mausoleum eine zentrale Figur. So war es möglich, das Vakuum, das 1956 durch die Demontage der Persona Stalins entstand, durch eine Aufwertung Lenins teilweise auszufüllen.[86]

Im Sowjetuniondiskurs der Nachkriegszeit blieb die Geschichte der dreißiger Jahre auf charakteristische Weise unscharf. Für Parteimitglieder bildete die *Geschichte der KPdSU (B) – Kurzer Lehrgang* die kanonische Darstellung, deren Schlußkapitel diese Zeit behandelten.[87] Im Gegensatz zum *Kurzen Lehrgang* betonten Propagandatexte weniger die Liquidation innerer und äußerer Feinde als die „Errungenschaften der Fünfjahrespläne". Noch stärker als die Parteigeschichte blieb die Propaganda der Nachkriegsjahre einem ungebrochenen Erfolgsnarrativ verpflichtet, der gesellschaftliche Auseinandersetzungen ausklammerte: Die Schauprozesse und die große „Säuberung" blieben in der Regel unerwähnt. Eine Ausnahme bildeten die 1945 in Polen erschienene kurze Stalinbiographie und Włodzimierz Brus' *Urojenia i rzeczywistość* [Trugbilder und Wirklichkeit]. Beide Texte lobten den Weitblick Stalins und vertraten die These, in der UdSSR habe es im Gegensatz zu anderen von Nazi-Deutschland besetzten Ländern keinen Quisling und kein Vichy gegeben, weil Stalin die eigene „faschistische fünfte Kolonne" in weiser Voraussicht zerschlagen habe.[88] Der Terror wurde so – ähnlich wie in anderen Texten die Kollektivierung und Industriali-

82 A.a.O., S. 40.

83 Siehe Jonathan Brent/Vladimir P. Naumov, Stalin's Last Crime. The Plot Against Jewish Doctors, 1948–1953, New York, NY 2003, S. 102f.; Jelena Subkowa, Kaderpolitik und Säuberungen in der KPdSU (1945–1953), in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn/München/Wien u.a., S. 187–236, S. 206ff.

84 Tatsächlich trat der Leninkult bereits seit 1933 in den Hintergrund, vgl. Nina Tumarkin, Lenin Lives! The Lenin Cult in Soviet Russia, Cambridge, Mass. 1997, S. 247f. Zur Genese des Leninkultes in den zwanziger Jahren vgl. Benno Ennker, Die Anfänge des Leninkults in der Sowjetunion, Köln/Weimar/Wien 1997.

85 Zum Stalinkult in Polen und der SBZ/DDR als Teil des Sowjetuniondiskurses und den Stalinkampagnen der Jahre 1949 und 1953 vgl. Kapitel 4 und 5, zur Entstalinisierung Kapitel 6 dieser Arbeit.

86 Vgl. Kapitel 6 dieser Arbeit zur Renaissance des Leninkultes nach 1956.

87 Geschichte der kommunistischen Partei, S. 374–438. Seit 1948 war die Lektüre des *Kurzen Lehrgangs* in der SBZ für Parteimitglieder verpflichtend.

88 Vgl. Józef Stalin. Marszałek Związku Radzieckiego, Warschau o.J. [1945], S. 8 und Brus, Urojenia, S. 43.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

sierung – nicht als ideologische Maßnahme, sondern als weitsichtige Kriegsvorbereitung gerechtfertigt.

Die schnelle Industrialisierung und die „Errungenschaften der Stalinschen Fünfjahrespläne" mit ihren phantastischen Produktionssteigerungen wurden als die entscheidenden Triumphe der dreißiger Jahre gefeiert. Mit der Planwirtschaft manifestiere sich, so suggerierte man, nicht nur die moralische, sondern auch die wirtschaftliche Überlegenheit der UdSSR über einen krisengeschüttelten Westen. Der Ökonom Brus führte aus, die Fünfjahrespläne seien ein „ernstzunehmender Erfolg" gewesen, der von der ganzen Weltöffentlichkeit wahrgenommen worden sei: „Als Resultat nahm die Sowjetunion im Jahre 1937 in Hinsicht auf die Industrieproduktion den ersten Platz in Europa ein."[89] In Brus' Lesart war die UdSSR ein Musterbeispiel ökonomischer Modernisierung und eignete sich somit als Vorbild für das rückständige Polen. Weiterhin betonte der Sowjetuniondiskurs die strategische Notwendigkeit der Industrialisierung. Die Stalinsche Revolution wurde so, wie oben erwähnt, als die konsequente und vorausschauende Vorbereitung für den Krieg gegen das Deutsche Reich dargestellt. Man rechtfertigte den Konsumverzicht durch den Aufbau der Schwerindustrie als Entscheidung, die das sowjetische Volk selbst getroffen habe. So beschrieb Alfred Kurella den „großen Umbruch" der dreißiger Jahre als gemeinsames Projekt von Volk und Regierung. Erstes Ziel sei es gewesen, die Unabhängigkeit vom Ausland herzustellen, um gerüstet zu sein: „Die Sowjetregierung sah ja ihre Aufgabe gerade darin, das Land völlig auf eigene Füße zu stellen, es wirtschaftlich unabhängig zu machen und ihm so die Möglichkeit zu geben, sich mit eigenen Kräften und Waffen gegen die Gefahr eines militärischen Überfalls zu schützen. Sie schlug daher den Weg ein, zuerst einmal eine eigene Industrie aufzubauen und dabei in erster Linie die Schwer- und Maschinenbauindustrie zu fördern; sie sicherte durch ein wohldurchdachtes System sozialer, organisatorischer und betriebstechnischer Maßnahmen eine ständige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion [...] Das war die „Generallinie" der Wirtschaftspolitik der ersten „Fünfjahrpläne". Das Volk verstand und billigte diese Politik. Dem großen Ziel zuliebe nahm es Opfer auf sich, indem es die Produktion von Bedarfsartikeln zeitweise zurückstellte."[90] Das Versprechen vom sozialistischen Aufbau durch altruistischen Konsumverzicht variierten die „Volksdemokratien" bald zur Genüge in ihren eigenen Ländern.[91] Das entscheidende Argument war jeweils, daß die „Zeit der Opfer" durch eine „Zeit der Ernte" abgelöst werden würde – in Form der sozialistischen Konsumgesellschaft. So bildeten magere Jahre eine Voraussetzung für kommenden Wohlstand.

Der „Große Vaterländische Krieg" – wie der offizielle Terminus für den deutsch-sowjetischen Krieg lautete und in Rußland bis heute lautet – bewies in der historischen Erzählung des Sowjetuniondiskurses die Überlegenheit des eigenen Systems. Die seit Ende der zwanziger Jahre immer wieder beschworene Bedrohung von außen trat in Form der deutschen Invasion tatsächlich ein; der Krieg stellte eine Bewährungsprobe dar, die dank Stalins Füh-

89 Brus, Urojenia, S. 31f. Auf den ökonomischen Boom des sowjetischen Rußland verweist auch die Broschüre Ojczyzna Pracy.

90 Kurella, Ich lebe in Moskau, S. 77–78.

91 Vgl. auch Brus, Urojenia, S 44f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

rung erfolgreich gemeistert wurde. Alles „kam so, wie Stalin es gesagt hatte." Hitler habe sich getäuscht, als er der UdSSR „moralisch-politische Schwäche" unterstellte. Gerade die „moralische Kraft der Nation" sei die Grundlage des Sieges gewesen.[92] Die Opfer des Krieges wurden zwar geehrt; bis auf wenige neue Helden, die in den sowjetischen Pantheon aufgenommen wurden, blieben sie jedoch anonym und ihr Leiden abstrakt.[93] In der offiziellen Darstellung wurde die Gefallenenzahl untertrieben – der Triumph sollte nicht dadurch geschmälert werden, daß er teuer erkauft war.[94] Die militärische Macht der Sowjetunion und die Stärke der Roten Armee wurden bei vielen Gelegenheiten betont; allerdings drängten sich schon bald die Errungenschaften des Wiederaufbaus, die projektierten „Großbauten des Kommunismus", ins Zentrum der Darstellung. Sie sollten die Kriegsschäden vergessen machen: „Die inneren schöpferischen Kräfte des Sozialismus waren so gewaltig, daß es der Sowjetunion gelang, nicht nur in kürzester Zeit die durch den Krieg erlittenen Wunden zu heilen, sondern auch einen Aufschwung [...] ohnegleichen zu erzielen".[95] Da die inhärente Logik der sowjetischen Selbstdarstellung keine Abbildung eigener Schwächen erlaubte, wurde der Krieg nur als eine Unterbrechung auf dem Weg in die Zukunft gedeutet.

5. Teile des harmonischen Ganzen: „Volksbildung", Wissenschaft und Religion

Ein weiterer Bereich, in dem die Propaganda sowjetische Vorbildlichkeit behauptete, war die Bildungspolitik. Da das Zarenreich hier als besonders rückständig galt, eröffnete sich ein weites Feld, auf dem sich anschaulich bolschewistische Erfolge präsentieren ließen. An prominenter Stelle in der Selbstdarstellung firmierte in den zwanziger Jahren die Alphabetisierung. In der hier untersuchten Nachkriegszeit gehörte die Erzählung vom erfolgreichen „Kampf gegen den Analphabetismus" bereits zu den fernen Mythen. Offiziell gab es keine Analphabeten mehr. Im Hochstalinismus präsentierte sich die UdSSR als Erziehungsstaat und Bildungsgesellschaft *par excellence*. Mittlerweile – so die zentrale Aussage – sei das kulturelle Niveau der sowjetischen Bürger höher als irgendwo sonst auf der Welt. Im Bildungsstand und Leseenthusiasmus manifestiere sich die Fortschrittlichkeit des sowjetischen Staates. Dieses breite Bildungsniveau wiederum sei die Voraussetzung für die große „sowjetische Öffentlichkeit [publiczność radziecka]", die das kulturelle Leben des Landes gestalte.[96] In ihrer Homogenität und ihrer klassenlosen Struktur entstand das Bild einer sozialistischen Öffentlichkeit, an der alle teilhaben konnten.

92 Józef Stalin, S. 14–31, Zitate S. 14, S. 27.

93 Vgl. Nina Tumarkin, The Living and the Dead. The Rise and Fall of the Cult of World War II in Russia, New York, NY 1994, S. 95–124.

94 Vgl. die Artikel von Karol Mirski, Związek Radziecki stoi na straze Zwycięstwa, *Przyjaźń* 1947, Nr. 5, S. 2–4 und Felitschkin, Die Situation in der Sowjetunion nach dem Krieg, *Die Neue Gesellschaft* 1951, Nr. 1, S. 34–39, die beide die Zahl von sieben Millionen Toten nennen.

95 Felitschkin, Die Situation, S. 36.

96 Der Begriff wiederholt bei Wasowski, Prodróż do ZSSR, S. 29–32.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Die Kommunistin Frida Rubiner faßte den Anspruch kultureller Vorbildlichkeit im Jahr 1949 zusammen: „Die Zahl der Bücher, der Zeitungsleser, Theaterbesucher und Studierenden aller Altersklassen, der materielle Aufwand für Wissenschaft, Kunst und Technik zeigen, daß die Sowjetunion das fortschrittlichste Land der Welt ist."[97] Um das hohe Bildungsniveau und die kulturellen Leistungen der Sowjetunion würdigen zu können, wurden Besucherdelegationen in Theater, Schulen, Museen und Bibliotheken geführt. Das Leninmuseum, die Leninbibliothek und das Bolschoitheater gehörten wie die Leningrader Ermitage zum Pflichtprogramm. Diese Einrichtungen repräsentierten den Anspruch, ein Land der Kultur, Erziehung und Aufklärung zu sein – ein Ort, wo Hochkultur zur Massenkultur geworden sei. Und wenn Stefan Heym eingestand, daß manche Bücher schnell vergriffen sind, so erklärte er das rasch damit, daß die phantastische Zahl von einer Million Bürgern die Gesammelten Werke von Turgenjew subskribiert hätten: „Der Bedarf an Büchern ist so riesig, daß die Papierindustrie der Sowjetunion [...] einfach nicht nachkommt."[98] Heym stellte die Bildungsgesellschaft als gelebtes Ideal dar: Hohe Benutzerzahlen in den Bibliotheken und die ständig ausverkauften Vorstellungen der Theater seien ein Zeichen dafür, wie tief die klassische Hochkultur im Volk verwurzelt sei. Wolfgang Langhoff berichtete aus Moskau, die im Westen vorhandene Klassenstruktur bei der Rezeption von Kunst und Theater sei überwunden: „In der Sowjetunion existiert die Kluft nicht mehr, die bei uns zwischen den Intellektuellen und dem Volk noch immer besteht. Dort wirkt der Künstler unmittelbar auf das Volk ein [...]."[99] An die Stelle der Entfremdung der Menschen von der Hochkultur sei das authentische Kulturerlebnis getreten, wie es Stephan Hermlin bei seinem Besuch des Leninmuseums oder Eduard Claudius in einem Moskauer Puppentheater beschrieben.[100] Dies sei deshalb möglich, weil die sowjetische Hochkultur, der Doktrin des Sozialistischen Realismus folgend, gleichzeitig anspruchsvoll und volkstümlich sei.

In zahllosen Variationen wurden der hohe Stellenwert des Buches und die weite Verbreitung des Lesens in der sowjetischen Gesellschaft betont.[101] Bereits in den dreißiger Jahren gehörte es zu den „Techniken der Gastlichkeit", intellektuelle Besucher damit zu beeindrucken, daß vermeintliche Normalbürger – Arbeiter, Hotelpersonal, Reisebegleiter – allesamt profunde Kenner ihrer Werke waren.[102] Diese inszenierte Kennerschaft blieb in der Nachkriegszeit Teil des Repertoires des Propagandaapparates. So berichtete Stephan Hermlin 1948 beeindruckt, daß die Kellnerin seines Leningrader Hotels nicht nur hervorragend Deutsch spreche und selbst Gedichte verfasse, sondern auch die Werke anderer Delegati-

97 Frida Rubiner, Was wir aus der Sowjetunion mitbrachten. Ein Wort an die Mitglieder der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, *Die Neue Gesellschaft* 1949, Nr. 10, S. 729–732, Zitat S. 731.

98 Heym, Reise ins Land, S. 35. Vgl. zur UdSSR als Leseland Kurella, Ich lebe in Moskau, S. 58f. Zur Literatur für den Massenmarkt in der Sowjetunion, siehe Dietrich Beyrau, Intelligenz und Dissenz. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917 bis 1985, Göttingen 1993, S. 94–101.

99 Wolfgang Langhoff, Moskauer Impressionen, *Die Neue Gesellschaft* 1948, Nr. 8, S. 29–32, Zitat S. 30. Zu Langhoffs Moskaureise siehe Caute, The Dancer Defects, S. 253.

100 Hermlin, Russische Eindrücke, S. 15f.; Claudius, Notizen nebenbei, S. 20f. Das Moskauer Puppentheater aus polnischer Perspektive beschreibt in ähnlichem Duktus Melcer, 6 tygodni, S. 76–81.

101 Vgl. Brus, Prawda o ZSRR, S. 38f. Zum Buchmarkt in der Sowjetunion siehe Beyrau, Intelligenz und Dissenz, S. 135–144.

102 Vgl. Hollander, Political Pilgrims, S. 175f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

onsteilnehmer – Bernhard Kellermann und Anna Seghers – gelesen habe.[103] Diese Protagonistin aus dem sowjetischen Bildungsroman beeindruckte die deutsche Schriftstellerdelegation nachhaltig.[104] Die wenig subtilen „Techniken der Gastlichkeit" griffen immer noch.

Während die sowjetische Gesellschaft in positivem Kontrast zur bürgerlichen Dekadenz konstruiert wurde, gab es auch Gebiete, in denen man die Ähnlichkeiten zur westlichen Welt betonte. Dies geschah insbesondere, wenn es um den sensiblen Bereich individueller und künstlerischer Freiheiten ging. So verwahrte sich die Sowjetunion gegen den westlichen Vorwurf, ihre Kunst sei monolithisch oder eintönig. Auch stritt man Repressionen gegenüber kritischen Intellektuellen ab. Dies läßt sich am Beispiel der Affäre um die sowjetischen Schriftsteller Anna Achmatova und Michail Zoščenko zeigen, die in die frühe Phase des Kalten Krieges fiel, der immer deutlicher auch ein Konflikt um kulturelle Deutungsmacht wurde.[105] Die westliche Öffentlichkeit hatte die Verschärfung des gesellschaftlichen Klimas ab 1946 unter der Ägide Stalins und Ždanovs wahrgenommen und auch skandalisiert.[106] Auf dem ersten deutschen Schriftstellerkongreß, der von russischen Autoren besucht wurde, hatte der amerikanische Gastredner Malvin J. Lasky im Oktober 1947 öffentlich die Unterdrückung sowjetischer Schriftsteller angeprangert.[107] Seine Rede erhob den Kalten Krieg in Deutschland endgültig zur öffentlichen und intellektuellen Auseinandersetzung. Als Reaktion auf diesen Eklat, als eine Verteidigung der UdSSR gegen diese westlichen Anschuldigungen, sind dann auch die folgenden Ausführungen von Stephan Hermlin und Wolfgang Langhoff zu sehen, die versuchten, die Fälle Achmatova, Zoščenko und Eisenstein als böswillige Unterstellungen zu bagatellisieren. Gleichzeitig entwarfen sie das Bild einer literarischen Öffentlichkeit in der Sowjetunion, die sich zwar im Ziel des Sozialismus einig sei, sich ansonsten aber durch ihre Pluralität auszeichne.

So berichtete der Regisseur Wolfgang Langhoff von einem Gespräch mit dem Schriftsteller Ilja Ehrenburg, in dem dieser ihm erklärte, daß es in der sowjetischen Publizistik zuweilen erbitterte Kontroversen um den Stellenwert eines Werkes gäbe. Ehrenburg führte aus, daß es „in keinem Land der Welt eine solche Vielfalt der Stile, der Ausdrucksformen, der Kämpfe um die Methode der schöpferischen Produktion" gäbe. Weiter betonte Langhoff, daß er mit Zoščenko in den Räumen des sowjetischen Schriftstellerverbandes zusammengetroffen sei, wo dieser ihm versichert habe, er sei lediglich von Arbeitern – also von den genuinen Protagonisten einer sozialistischen Öffentlichkeit – kritisiert worden. Dies sei ein normaler Vorgang in der UdSSR.[108] Stephan Hermlin erklärte ebenfalls, daß er mit Zoščenko gesprochen habe. Dieser sei „bei bester Gesundheit und Laune". Die eigentlichen Mißstände, so klagte Hermlin, lägen im Westen, der sich anmaße, den sowjetischen Litera-

103 Hermlin, Russische Eindrücke, S. 14.

104 Claudius, Notizen nebenbei, S. 48; Kellermann, Wir kommen, S. 52f. Anna Seghers nahm sie nicht in ihre Portraits sowjetischer Menschen auf; möglicherweise war ihr als erfahrener Kommunistin bewußt, daß es sich hier um eine Inszenierung handelte.

105 Vgl. Caute, The Dancer Defects, S. 17–52.

106 Vgl. Hartmann/Eggeling, Sowjetische Präsenz, S. 25ff.

107 Vgl. Werner Mittenzwei, Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945–2000, Berlin 2003, S. 55–57; Caute, The Dancer Defects, S. 255f.

108 Langhoff, Moskauer Impressionen, S. 29f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

turbetrieb zu kritisieren. Der Westen spreche von „gelenkter Literatur; Konformismus, Furcht und Elend des sowjetischen Schriftstellers." Die bürgerlichen „Apologeten der Unverbindlichkeit" versuchten nur, „Gestalten wie Gide" zu „geistigen Führern einer Epoche" zu machen, während er, Hermlin, die Begegnung mit sowjetischen Schriftstellern suche.[109] Dabei habe er in Rußland festgestellt, daß sowjetische Schriftsteller eine engere Bindung zu ihren Lesern hätten; sie seien nicht vereinzelt wie ihre westlichen Kollegen. Hermlin spricht hegelnd davon, daß bei sowjetischen Schriftstellern „Quantitäten in neue Qualitäten" umschlagen und eine „völlig neue Beziehung zwischen Gestalter und Gestalteten" entstanden sei.[110] Bei dem Versuch, die westlichen Anschuldigungen zu widerlegen, behauptete Hermlin demnach nicht nur wie Langhoff, daß es keine Repressionen gegen sowjetische Kollegen gäbe. Er ging noch einen Schritt weiter und erklärte, sowjetische Schriftsteller lebten in einer Welt ohne Entfremdung, und bescheinigte der sowjetischen Belletristik „lebendige Differenziertheit", als deren Beleg er die zahlreichen sowjetischen Zeitschriften anführte.[111]

Hier wird deutlich, wie der Sowjetuniondiskurs darauf verpflichtete, die Repressionen zu verschleiern. Dabei handelte es sich um eine Praxis des Verleugnens, die sich schon in den zwanziger und dreißiger Jahren herausgebildet hatte. Seit dieser Zeit wurde die Existenz von Straflagern und Zwangsarbeit in der Sowjetunion abgestritten und den ausländischen Besuchern in potemkinschen Siedlungen ein „humaner Strafvollzug" präsentiert.[112] Im Falle Stephan Hermlin verband sich die Verleugnung der Repression mit der Feststellung, das literarische Leben in der UdSSR sei dem westlichen in allen wesentlichen Aspekten überlegen. Damit erscheint er als ein typischer Repräsentant des Sowjetuniondiskurses im frühen Kalten Krieg.

Ein weiterer Bereich, in dem die sowjetische Gesellschaft laut Propaganda einen Weg in die Moderne ohne die für den Westen charakteristischen Entfremdungsprozesse beschritt, stellten die Wissenschaften dar. Wie oben angeführt, gehörte der Bau der neuen Moskauer Universität auf den Leninbergen zu den Prestigeprojekten, den sogenannten „Großbaustellen des Kommunismus", die ausländische Gäste bewundern sollten und über die man in der polnischen und deutschen Presse ausführlich berichtete. Neben diesem Moskauer Aushängeschild betonte man den landesweiten Ausbau wissenschaftlicher Institutionen. Dieser drücke sich in den hohen Studentenzahlen aus, die gleichzeitig beweisen würden, daß eine akademische Ausbildung jedem offenstehe.[113] Zentral war die Behauptung, daß es in der UdSSR keine Distanz zwischen Wissenschaft und Gesellschaft gäbe. Vielmehr gehöre

109 Stephan Hermlin spielt hier darauf an, daß André Gide, der seit seinem kritischen Buch über die UdSSR bei der sowjetischen Führung in Ungnade gefallen war, 1947 den Nobelpreis für Literatur erhielt. Daß Gide einen negativen Fluchtpunkt im Sowjetuniondiskurs der Nachkriegszeit bildete zeigt sich auch bei Melcer, 6 tygodni, S. 143 und bei Ilja Ehrenburg, Kapitulation der gelahrten Obskuranten [1949], in: ders., Dem Frieden! Aufsätze und Reden, Berlin (Ost) 1952, S. 162–173, S. 164ff., der Gide beschuldigt, mit dem Nationalsozialismus zu sympathisieren.

110 Hermlin, Russische Eindrücke, S. 48f.

111 A.a.O., S. 53f. Vgl. zur literarischen Öffentlichkeit in der Sowjetunion auch Hell, Rußland antwortet, S. 55ff.

112 Vgl. Webb, Soviet Communism, vol. 2, S. 587f.; Hollander, Political Pilgrims, S. 140–167.

113 Auf die hohen Studentenzahlen verweisen Brus, Urojenia, S. 37; Melcer, 6 tygodni, S. 48; Hell, Rußland antwortet, S. 47f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Wissenschaft zum alltäglichen Leben. Der Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften, der Altphilologe Johannes Stroux, lobte die reibungslose Integration der Forschung in die sowjetische Gesellschaft: „Die Forscher und Wissenschaftler sind sich durchaus bewußt, sich mit ihren Aufgaben nicht in eine abgegrenzte Region selbstvergessener Forschung begeben zu haben." Resümierend stellte Stroux fest: „Die Wissenschaft ist von den geistigen Kräften des Volkes getragen. [...] So steht die Wissenschaft mit den übrigen Teilen der Gesellschaft in engster Verbindung."[114] Andere Besucher gaben ihrer Bewunderung in der charakteristischen superlativischen Diktion Ausdruck. Wasowski formulierte: „In der ganzen riesigen Sowjetunion herrscht ein Kult der Wissenschaft [...]".[115] Ein DSF-Funktionär bemerkte, der Aufenthalt seiner Delegation sei durch „das gewaltige Erlebnis der Wissenschaftlichkeit gekennzeichnet [...]".[116] Im Bild des mit dem Volk verflochtenen Wissenschaftlers wurde die Vorstellung reproduziert, daß die sowjetische Moderne eine entfremdungsfreie Gesellschaft hervorgebracht habe, in die Spezialisten organisch eingebunden seien.

Kunst, Kultur und Wissenschaft der Sowjetunion mußten ihre Inhalte und Ziele auf eine organisch gedachte Gesellschaft ausrichten. Die Bolschewiki legten seit den dreißiger Jahren großen Wert darauf, gegenüber ausländischen Gästen die Abkehr der sowjetischen Kunst von avantgardistischen Experimenten zu verdeutlichen und die „Volkstümlichkeit" des kulturellen Lebens in der Sowjetunion zu betonen.[117] Prominentester und jenseits sowjetischer Grenzen ein populärer Ausdruck hochstalinistischer „Volkstümlichkeit" war das Alexandrow-Ensemble der Roten Armee, das mit seinen Volksliedern und Tänzen den Erwartungen eines ausländischen Publikums entgegenkam.[118] Auch hier betonte man, der „stärkste Eindruck war die Geschlossenheit des Ganzen". Ein deutscher Kritiker sah „Verve und Wehmut", Stephan Hermlin urteilte, es handele sich um ein Wunder in der „Synthese von Kraft und Zwanglosigkeit, von Popularität und Kunst – ein beweiskräftiges Wunder." Neben „sich in rasendem Tempo kugelnden mit Säbeln bewaffneten Soldaten" sah er „anmutige Mädchen in bunten Nationalkostümen", dazu erklangen „schwirrende, girrende Balalaikatöne [...]".[119]

In diese Rede von Ganzheit und Harmonie wurden seit dem Krieg selbst die früheren inneren Feinde des Regimes eingeschlossen. So wurde die orthodoxe Kirche nun als integrierter Bestandteil der sowjetischen Gesellschaft dargestellt. Gegenüber der polnischen Öffentlichkeit war die Propaganda sichtlich bemüht, jede antireligiöse Militanz zu vermeiden. So

114 Zurück aus der Sowjetunion. Delegierte der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion berichten, *Die Neue Gesellschaft* 1949, Nr. 7, 507–514, Zitat, S. 513. Siehe zu Auftritten sowjetischer Ensemble in Polen und der DDR auch Kapitel 4.2 dieser Arbeit.

115 Wasowski, Prodróż, S. 8.

116 Harald Hauser, Heimkehr aus dem Land des Morgen, *Die Neue Gesellschaft* 1951, Nr. 7, S. 488–497, Zitat S. 489.

117 Vgl. zur Volkstümlichkeit am Beispiel der Folklore: Frank J. Miller, Folklore for Stalin: Russian Folklore and Pseudofolklore in the Stalin Era, Armonk, NY 1990.

118 Zu Auftritten des Ensembles in Polen und der DDR vgl. Kapitel 4.2 dieser Arbeit.

119 Berlin. Gastspiel des Alexandrow-Ensembles, *Die Neue Gesellschaft* 1948, Nr.8, S. 68–70, Zitate S. 69.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

berichtete Józef Wasowski bereits 1944, daß Kirchen als Teil des nationalen Kulturerbes gepflegt würden und der Staat den Wiederaufbau der kriegszerstörten Kiewer Klöster nach Kräften unterstütze.[120] Der Theologe Fritz Lieb schilderte das Verhältnis von Staat und Kirche in historischer Perspektive. Lieb verurteilte einerseits die Kirchenverfolgungen der zwanziger und dreißiger Jahre, aber andererseits erklärte er, mit der Verabschiedung der Verfassung von 1936 habe ein neues Verhältnis zwischen Staat und Kirche begonnen.[121] An die Stelle von Repression sei zunächst Duldung und schließlich Kooperation getreten. Den Bedeutungsverlust des Gottlosenverbandes sah Lieb als Ausdruck eines neuen, toleranteren Umgangs mit Religion.[122] Eine Diskriminierung der Gläubigen finde nicht mehr statt; im Kriege hätten sich Staat und orthodoxe Kirche vielmehr weiter angenähert. Schließlich sah er sogar die Vorteile der Verfolgung. Das russische Christentum, so Lieb, sei durch die Repressionen gereinigt worden: Das „furchtbare Gericht" des Bolschewismus habe sich zum „Heile der Kirche" ausgewirkt.[123]

Ein 1948 in der SBZ erschienener Artikel ging soweit, den Kirchenkampf der zwanziger und dreißiger Jahre als Notwehr gegen einen inneren Feind darzustellen, die nur „dem Nichteingeweihten wie eine Kirchenverfolgung erscheinen konnte." Der Autor argumentierte ähnlich wie Lieb, die orthodoxe Kirche habe gerade unter der kommunistischen Herrschaft die Chance zu einer Reform erhalten. Schließlich sei der bolschewistische Staat niemals vom „Grundsatz der Toleranz" abgewichen. Diese Entwicklung habe eine „Krönung" durch die Stalin-Verfassung erfahren und mittlerweile befinde sich die „orthodoxe Kirche der UdSSR in einer mächtigen Aufwärtsentwicklung unter der wohlwollenden Duldung des Staates."[124] Wohl um die vermeintliche Normalität des religiösen Lebens in Moskau zu schildern, nahm Anna Seghers einen Popen in den Reigen von ihr portraitierter sowjetischer Menschen auf. Sie betonte, auch alltags seien viele „Junge und Alte" in seiner Kirche und daß die Kirche „nie geschlossen war."[125] Die Betonung eines „normalen" religiösen Lebens im sozialistischen Staat verleugnet die Militanz des sowjetischen Regimes und seiner gesellschaftlichen Zielvorstellungen. Die Rede über die orthodoxe Kirche ist ein weiteres Beispiel für die Tabuisierung von Gewalt und Repression im Sowjetuniondiskurs.

120 Wasowski, Prodróż w ZSSR, S. 20f.

121 Die Freiheit des Glaubens in der UdSSR bildet ebenfalls ein Grundmotiv bei Świątkowski, Z mego pobytu, S. 36–38. Kurella, Ich lebe in Moskau, S. 36 erzählt, daß nebenan gerade die Kirche renoviert werde.

122 Zu den „Gottlosen" als sowjetischer Massenorganisation der zwanziger und dreißiger Jahre, siehe: Daniel Peris, Storming the Heavens. The Soviet League of the Militant Godless, Ithaca, NY 1998; Sandra Dahlke, „An der antireligösen Front": Der Verband der Gottlosen in der Sowjetunion der zwanziger Jahre, Hamburg 1998.

123 Lieb, Rußland unterwegs, S. 289–364.

124 Hermann Weidhaß, Die orthodoxe Kirche in der Sowjetunion, *Die Neue Gesellschaft* 1948, Nr. 9, S. 52–61, Zitate S. 54f.

125 Vgl. Seghers, Sowjetmenschen, S. 45–47.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

6. Sozialistischer Aufbau: Der Neue Mensch im neuen Werk

Den *Neuen Menschen* stellte der Sowjetuniondiskurs in Bibliotheken und Theatern, in der Armee und an den Universitäten vor. Insbesondere traf man „Sowjetmenschen" jedoch bei der Arbeit. Die Protagonisten der stalinistischen Meistererzählung waren die „Helden der Produktion". Schließlich bezeichnete eine Propagandaschrift die Sowjetunion emphatisch als „Vaterland der Arbeit" [Ojczyzna Pracy].[126]

Dem Neuen Menschen begegnete man im sozialistischen Betrieb. Er zeichnete sich dadurch aus, daß er sich bewußt am Projekt Sozialismus beteiligte, während der neue Betrieb sich dadurch hervortat, daß er weit mehr als nur eine Produktionsstätte war.[127] Für Anna Seghers bildete der Stachanovarbeiter den Typ eines Neuen Menschen deshalb so ideal ab, weil er sein eigenes Bewußtsein zum Nutzen des Kollektivs umgestaltet habe. Sein Lebensweg ergab das Muster eines stalinistischen Bildungsromans.[128] Fabriken und Kolchosen wurden gleichzeitig als Ort kultureller und beruflicher Bildung gezeichnet. Sie produzierten nicht in erster Linie Waren, sondern neues Bewußtsein. Stets betonte man den Bildungseifer der Beschäftigten und die mannigfaltigen Weiterqualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, die sich ihnen böten. Neben Produktion und Bildung spielte die Betriebskultur eine entscheidende Rolle im Bild der sowjetischen Fabrik. So trat in den Reiseberichten neben den Besuch der Produktionshallen stets die Besichtigung der Arbeiterklubs. Dies manifestiere sich schon in der Architektur: Sowohl die amerikanischen Banken als auch die sowjetischen Kulturhäuser würden häufig im klassisch-griechischen Stil mit Säulenvorbau errichtet, woran man ihre zentrale Bedeutung für die jeweilige Gesellschaft erkennen könne: „Aber dort sind es die Banken, die man an den griechischen Säulen erkennt, und hier sind es die Kulturhäuser; das ist der Unterschied."[129]

Im Sowjetuniondiskurs waren die sozialistischen Betriebe von positiven Helden bevölkert, die ihren persönlichen Bildungsroman leben und deren Engagement schließlich mit dem gesellschaftlichen Aufstieg belohnt wird. Diese Arbeitshelden ähnelten den Protagonisten der Produktionsromane, dem klassischen Genre des sozialistischen Realismus.[130] Im Roman wie in der Propaganda bedeutete Arbeit Teilhabe am sozialistischen Aufbau, Möglichkeit zum sozialen Aufstieg und zur Bewährung sowie Zugang zu staatlich garantierten Fürsorgeleistungen. Als vorbildliche Bestandteile des sowjetischen Betriebes galten neben dem garantierten Arbeitsplatz Sozialleistungen wie das kostenlose Gesundheitssystem mit seinen Polikliniken, die Kinderbetreuung und Ferienaufenthalte in betriebseigenen Erholungsheimen und Sanatorien. Um das Argument zu entkräften, in der Sowjetunion verdiene man weniger als im Westen, bemühten die Verfasser sich, diese Sozialleistungen als Teil des Reallohnes darzustellen. Das Einkommen des sowjetischen Arbeiters lasse sich nicht

126 Anonymus, Ojczyzna Pracy.

127 Vgl. prototypisch: Melcer, 6 tygodni, S. 56–60, die Ingenieure und Arbeiter des Moskauer Werkes „Krasnij Proletarij" beschreibt und Hell, Rußland antwortet, S. 35f., der das Moskauer Kaliber-Werk besucht.

128 Seghers, Sowjetmenschen, S. 74–79.

129 Heym, Reise ins Land, S. 8.

130 Clark, The Soviet Novel, S. 94ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

als „Rubelbetrag" ausdrücken, insistierte beispielsweise Alfred Kurella. Vielmehr stünden diese Zusatzleistungen für das Leistungsprinzip: „Das ‚unsichtbare', nicht in Geld- und Barwerten ausgedrückte Mehreinkommen, das dem Sowjetbürger [...] zufließt, ist ganz an die persönliche Leistung gebunden."[131] Die Stachanovarbeit stellte in dieser Sichtweise eine Möglichkeit dar, höhere Leistungen im Austausch gegen gesteigerte Entlohnung zu erbringen: Durch Leistungslohn und Prämiensystem, so der Tenor, sei die Sowjetunion eine meritokratische Gesellschaft. Leistungsbereite Arbeiter könnten sich im Sozialismus sorgenfrei ihr privates Glück aufbauen – und dürften ihr persönliches Eigentum an ihre Kinder vererben.[132] Um Ängste vor dem Verlust des erarbeiteten Eigentums im Kommunismus zu entkräften, entwarfen die Autoren des Sowjetuniondiskurses eine kleinbürgerliche Idylle: Das Leben in der UdSSR erschien hier nicht als Weg in eine kollektive Zukunft, sondern als Voraussetzung für privates, individuelles Glück.

Was für die urbane Industriearbeiterschaft gelten sollte, traf selbstredend auch für die Kolchosbauern zu. Die kollektivierte Landwirtschaft war nicht nur wegen der traumatischen Erfahrung der Kollektivierung selbst, sondern insbesondere wegen ihres schlechten Rufs im Ausland gewissermaßen die Achillesferse des Sowjetuniondiskurses. Auf das Desaster der sowjetischen Landwirtschaftspolitik reagierte die Propaganda mit einer diskursiven Überhöhung, durch die die sowjetische Landwirtschaft zur fortschrittlichsten der Welt erklärt wurde. Westliche Besucher sollten durch Musterdörfer beeindruckt werden. Auf dem pauperisierten Land wurde an den Kulissen einer idealen Welt gewerkelt – an den *Potemkinschen Dörfern*.[133] Allein der Begriff „Kolchos" war sowohl in Polen als auch in Ostdeutschland negativ besetzt, und die Vorstellung, das eigene Land durch Kollektivierung zu verlieren, stellte die Urangst der unter kommunistischer Herrschaft lebenden Landbevölkerung dar.[134]

Im Zentrum der Erzählung über die sowjetische Landwirtschaft stand der Traktor, der Symbol der Technisierung und der Hebung des kulturellen Standards auf dem Lande war – das Symbol *sui generis* für das sowjetische Landleben.[135] Neben Kultur und Technik hob man jedoch insbesondere den Wohlstand, ja Reichtum der Kolchosniki hervor. Konnte man im 11. Kapitel des *Kurzen Lehrgangs* noch nachlesen, daß sich die Kollektivierung in Form eines „Massenkampfes gegen das Kulakentum" vollzogen habe, das durch die „durchgängige Kollektivierung" liquidiert worden sei, so war in der Propaganda der Nachkriegszeit von gewalttätigen Konflikten bereits kaum noch die Rede.[136] Für Kritik an der Art und

131 Kurella, Ich lebe in Moskau, S. 69. Stefan Heym rechnete „daß der Arbeiter im Kapitalismus ungefähr 40 Prozent dessen, was er verdient, für Ausgaben anlegen muß, die der sowjetische Arbeiter überhaupt nicht kennt [...] Verglichen also mit dem Arbeiter im Kapitalismus [...] ist das Einkommen des Sowjetarbeiters um die entsprechende Summe höher – eine sehr beträchtliche Summe [...]". Heym, Reise ins Land, S. 68.

132 Kurella, Ich lebe in Moskau, S. 44; Das persönliche Eigentum, S. 772–777.

133 Fitzpatrick, Stalin's Peasants, S. 16f., 262–285.

134 Vgl. Dariusz Jarosz, Polityka władz komunistycznych w Polsce w latach 1948–1956 a chłopi, Warschau 1998, S. 89–105; Arnd Bauerkämper, Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 413.

135 Vgl. am Beispiel der Maschinen im sozialistischen Realismus Clark, The Soviet Novel, S. 93–113.

136 Geschichte der Kommunistischen Partei, S. 374–389, die Kritik an lokalen Instanzen, S. 385f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Weise, in der die Kollektivierung vorgenommen wurde, gab es keinen Raum mehr. Vielmehr beschrieb der Nachkriegsdiskurs den Kolchos als Ort idealer Vergemeinschaftung.[137] Die Kolchosniki bestachen Besucher stets durch ihr Fachwissen und ihren Arbeitseifer.[138] Aniela Mariańska schilderte in ihrem Buch über die Ukraine zehn verschiedene Kolchosen, Sowchosen, MTS und Zuchtbetriebe, die sämtlich als Orte des Wohlstandes und des Arbeitsenthusiasmus beschrieben werden. Insbesondere betonte sie den kulturellen und materiellen Aufschwung durch die Kollektivierung. Zu verschiedenen Kollektivwirtschaften bemerkte sie, daß es sich bis zur deutschen Invasion um „Kolchosen der Millionäre" gehandelt habe.[139] Auch ein in der DDR publizierter Aufsatz betonte, daß die Kolchosen „immer reicher" würden: „Unaufhörlich wächst die Zahl der Kolchosen, die jährlich Millioneneinkünfte erzielen."[140] An diese ökonomische Prosperität sei ferner eine kulturelle Blüte gekoppelt. So komme es immer häufiger vor, daß Kolchosbauern im Verband mit renommierten Wissenschaftlern Fachbücher verfaßten.[141]

Eine weitere phantastische Komponente erhielt die Darstellung der Landwirtschaft durch den ständigen Rekurs auf die Entdeckungen der Biologen und Genetiker Mitschurin und Lyssenko.[142] Hier verband sich das Narrativ über die überlegene sowjetische Wissenschaft mit der Erfolgsgeschichte der Kollektivierung. Nur die Zusammenarbeit von Kollektivwirtschaft und einem praktisch arbeitenden Wissenschaftler wie Lyssenko konnte den „Wunderweizen" hervorbringen, der nicht nur den Ertrag vervielfachte, sondern zukünftig auch in Sibirien gedeihen würde. Die Ergebnisse eines „sowjetischen, schöpferischen Darwinismus" seien ein weiterer Beitrag zur „Umgestaltung der Natur".[143] Angesichts der Katastrophengeschichte der Kollektivierung und der Dürrejahre 1947–48 hat der Diskurs über die Kolchosen eine besonders zynische Dimension. Letztlich bestätigt er jedoch nur die Struktur der sowjetischen Meisterzählung mit ihrem Zwang zur Erfolgsgeschichte; die Erzählungen über Lyssenko bekräftigen die fabel-haften Züge des Sowjetuniondiskurses, seinen Versuch, selbst das sowjetische Landleben als einen utopischen Ort darzustellen, an dem Neue Menschen neue Naturgesetze erzwingen können.

137 Vgl. am Beispiel Georgiens Melcer, 6 tygodni, S. 151–158; zu Kolchosen bei Moskau siehe Heym, Reise ins Land, S. 139–153.

138 Z. Łaszkowski, Czego nas nauczyła wycieczka do Związku Radzieckiego? Pogadanka uczestniczki wycieczki chłopskiej, *Notatnik Agitatora* 1950, Nr. 6, S. 29–34.

139 Mariańska, Szlakiem delegacji, S. 21–52.

140 Ignatow, W., Wie lebt der Kolchosbauer?, *Die Neue Gesellschaft* 1953, Nr. 8, S. 602–605, Zitat S. 604.

141 Ilja Winnitschuk, Bauern schreiben Bücher, *Die Neue Gesellschaft* 1951, Nr. 4, S. 285–287.

142 Zum Fall Lyssenko als „Wissenschaftsmagie" im Stalinismus, siehe Zhores A. Medvedev, The Rise and Fall of T. D. Lysenko, New York, NY/London 1969; Beyrau, Intelligenz und Dissens, S. 102–116.

143 Werner Höppner, Weizen in Sibirien: Das geniale Werk des sowj. Biologen T. D. Lyssenko, *Die Neue Gesellschaft* 1949, Nr. 4, S. 286–296. Siehe auch: Georg Schneider, Mitschurin in unserem Dorf, *Die Neue Gesellschaft* 1951, Nr. 3, S. 185–192. Vgl. auch das in der Einleitung zitierte Gedicht von Bertolt Brecht *Die Erziehung der Hirse.*

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

7. Sowjetische Frau – sowjetische Jugend

„Das, was ich heute über die Frau in der Sowjetunion erzählen möchte, stützt sich teilweise auf statistische Materialien und Gesetze der Sowjetunion, teilweise aber auch auf meine eigenen Beobachtungen während eines dreijährigen Aufenthaltes in der Sowjetunion zur Zeit des Krieges."[144] Mit dieser Einleitung beginnt die erste Nachkriegsvorsitzende der polnischen Frauenliga ihr Buch *Kobieta w ZSRR* [Die Frau in der Sowjetunion]. In ihrer Darstellung mischen sich die typischen Stilmittel des Sowjetuniondiskurses: der Rückgriff auf gesellschaftswissenschaftliche und medizinische Fachsprache und das Authentizität verbürgende Moment des Augenzeugenberichts. Doch nicht nur deshalb handelt es sich um einen prototypischen Text. *Kobieta w ZSRR* zeichnet das offizielle Frauenbild des Hochstalinismus. Wie andere Autoren des Sowjetuniondiskurses formulierte die Verfasserin eingangs ein aufklärerisches Anliegen: „Bis heute wissen wir in Polen wenig über die sowjetische Frau. Eine Barriere des Mißtrauens, der Lüge, fehlende Kenntnis und mangelndes Verständnis teilen unsere beiden Nachbarländer." Der gewonnene Krieg habe die sowjetischen Frauen zu „Mitschöpferinnen des Sieges" gemacht und biete nun die Gelegenheit, einen genaueren Blick auf die Lage der Frau in der UdSSR zu werfen.[145]

Irena Sztachelska beschrieb die juristische Gleichberechtigung der Frauen, ihren Anteil am politischen Leben, ihre Aufgaben in der Wissenschaft, in der Familie und am Arbeitsplatz und schließlich ihre Rolle während des Krieges. Auch hier stand die Behauptung im Mittelpunkt, die Sowjetunion habe ein Versprechen der Arbeiterbewegung eingelöst: die Befreiung und Emanzipation der Frau.[146] Die Autorin betont, die „Stalin-Verfassung" habe den Frauen volle juristische Gleichstellung und gleiches Einkommen beschert. Im Vergleich zu Frauen in England oder den USA seien sowjetische Arbeiterinnen materiell besser gestellt. Ferner betonte die Autorin den großen Frauenanteil am politischen und wissenschaftlichen Leben. Viele Frauen seien in den Räten vertreten, und unter Ärzten, Schriftstellern und Künstlern würden sie einen bedeutenden Anteil stellen. Am Beispiel einer tatarischen Medizinerin führte sie diese Behauptungen aus. Diese sei, so Sztachelska, „eine Verkörperung der Kultur, des Taktes sowie eines ernsthaften und wissenschaftlichen Umgangs mit den Kranken." Anhand des Lebens dieser Frau belegte die Autorin mehrere zentrale Behauptungen: die Gleichberechtigung bei der Arbeit, die staatliche Fürsorge für Kinder und Mütter, d.h. auch die staatlich garantierte Möglichkeit, nach der Geburt rasch an den Arbeitsplatz zurückzukehren. Dabei hob Sztachelska hervor, daß die sowjetische Regierung Ehe und Familie besonders schütze und eine reproduktive Bevölkerungspolitik verfolge. Seit 1936 würden kinderreiche Familien besonders gefördert, im selben Jahr sei auch das Ab-

144 Irena Sztachelska, Kobieta w ZSRR, Łódź o.J [1945/46], S. 3. Vgl. zu Frauen in der Sowjetunion die Abschnitte bei Melcer, 6 tygodni, S. 29–40; Hell, Rußland antwortet, S. 15f.

145 Sztachelska, Kobieta w ZSRR, S. 3–4.

146 Zur Entwicklung der Frauenfrage in der Sowjetunion, siehe Gail Warshofsky Lapidus, Women in Soviet Society: Equality, Development and Social Change, Berkeley, Cal. 1978; zur Familie in der stalinistischen Gesellschaft: Sheila Fitzpatrick, Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930s, Oxford/New York, NY 2000, S. 139–163.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

treibungsverbot in Kraft getreten und 1944 sei die Ehescheidung erschwert worden.[147] Hier ging Sztachelska auf das polnische Publikum ein, das sich noch an die familienpolitischen Experimente der frühen Sowjetunion erinnern konnte und kommunistische Gemeinschaftsutopien und die Zerstörung traditioneller Lebensformen fürchtete.

In zwei Bereichen wich das von Irena Sztachelska gezeichnete Frauenbild von traditionalen europäischen Vorstellungen ab. Zum einen war die arbeitende Frau, insbesondere in Industrie und Wissenschaft, zu diesem Zeitpunkt noch keine Selbstverständlichkeit. Deshalb betonte der Sowjetuniondiskurs immer wieder die Möglichkeit einer harmonischen Verbindung von Familienleben und Beruf: Das Verdienst des sozialistischen Staates liege eben darin, die gesellschaftlichen Bedingungen so verändert zu haben, daß Frauen beides miteinander in Einklang bringen können. Zum anderen wurde die Ausnahmestellung der sowjetischen Frau im Krieg betont. Sie habe während des Krieges, so erzählte Sztachelska, auf gleicher Augenhöhe das „Vaterland verteidigt" – und dies nicht nur als Krankenschwestern und Telefonistinnen, sondern an der Front und als Partisaninnen. Dabei seien sie den männlichen Soldaten oft „ein Vorbild an Tapferkeit, Mut und Opferbereitschaft" gewesen.[148] Viele Frauen seien während des Krieges hoch dekoriert worden und einige weibliche Heldinnen wie etwa die Partisanin Soja Kosmodemjanskaja seien im ganzen Land verehrte Berühmtheiten.[149] Erst im Verlaufe des Berichts stellt sich heraus, daß auch die Autorin selbst Soldatin der Roten Armee war.

Die Sowjetunionemigrantin und Schriftstellerin Hedda Zinner erklärte die Frauenemanzipation in der Sowjetunion für abgeschlossen: „Man spricht nicht mehr von der Gleichberechtigung der Frau, sie ist gleichberechtigt [...] kein Gebiet ist ihr verschlossen."[150] Sie beschrieb Frauen in leitenden Positionen wie als stellvertretende Ministerin oder Ingenieurin, wies aber auch darauf hin, daß es in Moskau Taxifahrerinnen gebe. Hedda Zinnner stellte heraus, daß sich „Millionen von Frauen" an den Mobilisierungskampagnen der Stachanovbewegung beteiligten. So könnten sie als einfache Arbeiterinnen den gleichen Ruhm erwerben wie gefeierte Wissenschaftlerinnen oder Technikerinnen. Eigentlich wurden sie erst durch außerordentliche, für den Staat erbrachte Leistungen zur sowjetischen Frau im Sinne der Propaganda. Dabei betonte die Erzählung, daß es eben keinen Widerspruch darstelle, zu arbeiten und eine fürsorgende Mutter zu sein. Krippen und Kindergärten entlasteten die Mütter, die ihre Kinder dort „gut aufgehoben" wüßten. Gerade die Erziehung im Kollektiv sichere ihre gesunde Entwicklung: „Das Gemeinschaftsleben in einem größeren Kreis erzieht frühzeitig zur Einordnung. Es gibt keine Einzelgänger [...]". Der Besuch eines Kin-

147 Sztachelska, Kobieta w ZSRR, S. 13f., S. 18f.

148 A.a.O., S. 19–23, Zitat S. 19. Siehe auch zu diesem Thema: Żanna Kormanowa, Kobieta radziecka w latach wielkiej wojny, *Przyjaźń* 1947, Nr. 3, S. 22–24.

149 Vgl. auch Zoja Kosmodemiańska, *Przyjaźń* 1947, Nr. 10–11, S. 26. Zum sowjetischen Kult um Soja Kosmodemjanskaja siehe Daniela Rathe, Soja – eine „sowjetische Jeanne d'Arc"? Zur Typologie einer Kriegsheldin, in: Silke Satjukow/Rainer Gries (Hg.), Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002, S. 45–59.

150 Hedda Zinner, Gleichberechtigung der Frau – Man spricht nicht mehr davon ..., *Die Neue Gesellschaft* 1949, Nr. 3, S. 187–189, Zitat S. 187.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

dergartens unterliege keinem Zwang, er biete aber die Voraussetzung für eine „glückliche Kindheit und eine allseitige Heranbildung des jungen Menschen".[151]

Neben ihrer Mutterrolle wurde die Berufstätigkeit der sowjetischen Frau hervorgehoben. Bernhard Kellermann konstatierte: „Die russische Frau genießt unter dem Sozialismus ebenfalls größere Freiheiten." Nachdem er aufgeführt hat, daß berufstätige Frauen mittlerweile in allen gesellschaftlichen Bereichen anzutreffen seien, stellte er stellvertretend für seine Leser die Frage, „[...] ob für die Frauen Arbeitszwang bestehe? Keineswegs, erwiderten meine Freunde, die Frauen verrichten diese Arbeiten völlig freiwillig." Es handele sich weder um eine ökonomische Notwendigkeit noch existiere eine Arbeitspflicht.[152] Vielmehr komme der sowjetische Fürsorgestaat dem inneren Bedürfnis der Frauen entgegen, am „sozialistischen Aufbau" teilzunehmen. Ebenso erklärte Aniela Mariańska nach ihrer Rückkehr, in Polen werde sie häufig gefragt, ob sowjetische Frauen in den Kolchosen arbeiten müßten. Diese Frage, so Mariańska, habe sie in jeder Kolchose gestellt, die Frauen hätten sie aber nicht verstanden, denn: „Die Arbeit in der Sowjetunion hat aufgehört eine Erniedrigung zu sein, die Arbeit ist eine Ehre und ein Vergnügen."[153] In einer Welt, in der der Wert der Arbeit so überhöht wurde, sollten auch die Frauen an der Arbeitswelt teilnehmen.

Ähnlich wie Frauen, so wurde auch der Jugend in der UdSSR eine besondere Rolle zugeschrieben.[154] Totalitäre Diktaturen nehmen für sich in Anspruch, den einen richtigen Weg in die Zukunft zu weisen. Daher spielte die Jugend in ihrer Selbstdarstellung eine zentrale Rolle. Jungen Menschen wurde deshalb – ähnlich wie Frauen – im Sowjetuniondiskurs eine besondere Bedeutung zugeschrieben. Am Beispiel der sowjetischen Frauen versuchte man zu zeigen, daß die sozialistische Forderung nach der Emanzipation der Frau durch Arbeit verwirklicht wurde. Sie standen also beispielhaft für ein gehaltenes Versprechen. Die Jugend hingegen stand für die Zukunftsfähigkeit und den Elan des Regimes. Sowohl Frauen als auch Jugendliche portraitierte der Sowjetuniondiskurs nicht nur als begeisterte Unterstützer, sondern auch als bevorzugte Nutznießer staatlicher Fürsorge.[155] In der Propaganda standen sie in symbiotischer Beziehung und privilegierter Nähe zum Parteistaat.

Das Dogma sowjetischer Vorbildlichkeit galt selbstverständlich auch für das Schulwesen. Ähnlich wie im Diskurs über die sowjetische Frau wurde in der Pädagogik die Verbundenheit mit traditionalen Werten, die Abkehr von den radikalen Experimenten der zwanziger Jahre beschworen. So erzählte Józef Wasowski, daß die Koedukation nach reichlicher Überlegung wieder abgeschafft worden sei. Als Begründung gab er an, daß es in koedukativen Schulen nicht möglich gewesen sei, „die Mädchen auf ihre zukünftige Rolle als Mutter vorzubereiten."[156] Wolfgang Leonhard betonte, daß einer umfassenden Allgemeinbildung

151 E. Redlin, Die glücklichsten Kinder der Welt, *Die Neue Gesellschaft* 1949, Nr. 10, S. 778–779.
152 Kellermann, Wir kommen, S. 36.
153 Mariańska, Szlakiem delegacji, S. 7.
154 Zur Entwicklung der Jugendpolitik unter sowjetischer Herrschaft, vgl. Corinna Kuhr-Korolev, Gezähmte Helden. Die Formierung der Sowjetjugend 1917–1932, Essen 2005.
155 Vgl. Günter Kemnitz, Der Sowjetstaat und seine Jugend, *Die Neue Gesellschaft* 1951, Nr. 8, S. 14–19.
156 Wasowski, Podróż w ZSSR, S. 11.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

ein besonderer Wert zugeschrieben werde: Die sowjetische Schule verfolge ein umfassendes Bildungsideal und führe die Schüler früh an wissenschaftliche Fragestellungen heran.[157] Letztlich bildete die sowjetische Schule das Eingangstor in die sozialistische Bildungsgesellschaft, und ihr Besuch sollte das erste Kapitel im individuellen Bildungsroman jedes sowjetischen Bürgers darstellen. Auf diejenigen, die ihre Ausbildung abgeschlossen hätten, warteten schließlich „überall in reicher Fülle große und lohnende Aufgaben." Selbstverständlich erhalte jeder Absolvent einen Arbeitsplatz, weshalb er „nicht einen Tag in Sorge um die Zukunft" sei.[158]

8. Die politische Geographie der Sowjetunion

Bereits in den zwanziger Jahren versuchte die sowjetische Propaganda, die Bedeutung des eigenen Landes nicht nur durch sein politisches System, sondern auch durch seine Größe zu begründen. Der Sozialismus, so hieß es kanonisch, werde bereits im „sechsten Teil der Erde" verwirklicht. Die UdSSR sei schließlich „das größte Land der Welt".[159] Geographische Größe und die ihr innewohnende Faszination waren natürlich ein zeitloses Argument.[160] Deshalb blieb die geographische Ausdehnung der Sowjetunion ein Trumpf kommunistischer Propaganda.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verschoben sich die sowjetischen Grenzen weiter nach Westen: Die Annexion des Baltikums, der polnischen Ostgebiete und des nördlichen Ostpreußens brachten die UdSSR näher an Kerneuropa heran. Das politische System hatte sich durch den Krieg hingegen nicht verändert; es basierte weiterhin offiziell auf der „Stalin-Verfassung" von 1936. Der Beginn des Kalten Krieges und die Etablierung der „Volksdemokratien" führten zur Wiederbelebung der Rivalität mit dem Westen. Im Gegensatz zu den dreißiger Jahren standen die bürgerlichen Demokratien nun gestärkt da, sie hatten die Krise der Zwischenkriegszeit überwunden. In der sowjetischen Propaganda hielt man jedoch stereotyp an der Einschätzung fest, der Westen befinde sich in einer existentiellen und letztlich finalen Krise. In Ermangelung eines Besseren griff die Propaganda auf narrative Muster der dreißiger Jahre zurück. Vor dem Krieg hatten westliche Intellektuelle die affirmative Redeweise über das politische System der UdSSR mitgeprägt: Nach ihren Besuchen stellten sie besonders die soziale Gerechtigkeit, die moralische Grundierung der Politik und die enge Verbindung zwischen Bevölkerung und Regierung heraus. Sie lobten die neuen Institutionen und die weisen und fürsorglichen Führer.[161] In diesen Narrativen wie auch in

157 Wolfgang Leonhard, Was wird in der Sowjetschule gelehrt?, *Die Neue Gesellschaft* 1948, Nr. 8, S. 19–28.

158 Die Sowjetunion heute, *Die Neue Gesellschaft* 1951, Nr. 8, S. 627–629, Zitat S. 628.

159 Ojczyzna pracy, S. 5.

160 Vgl. J.P. Schaarschmidt, An fernen Küsten der Sowjetunion. Wladiwostok – Neapel des Fernen Ostens, *Die Neue Gesellschaft* 1950, Nr. 5. S. 375–381.

161 Vgl. Hollander, Political Pilgrims, S. 102–176 und umfassend Koenen, Die großen Gesänge. Zum sowjetischen Führerkult sowie Kapitel 4.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

der Literatur des sozialistischen Realismus wurde die sowjetische *Gesellschaft* als *Gemeinschaft*, genauer: als familiäre Gemeinschaft dargestellt.[162]

Da die Herrschenden davon ausgingen, daß weite Kreise der Bevölkerung in Polen und Deutschland keine konkreten oder grundfalsche Vorstellungen über den Aufbau des sowjetischen Staatswesen hätten, gaben viele Artikel schematische Überblicke und erläuterten die Aufgaben der verschiedenen Institutionen.[163] So erläuterte Włodzimierz Brus in *Urojenia i rzeczywistość* den Staatsaufbau in Sowjetrepubliken und autonomen Territorien. Er betonte die Rechte kleiner Völker auf die Pflege der eigenen Sprache und ihre Vertretung in eigenen Körperschaften. Er versuchte, den polnischen Leser davon zu überzeugen, daß es sich bei der UdSSR um eine Demokratie handele – Brus räumte zwar ein, daß nur eine Partei zugelassen sei, allerdings habe man auch als nichtgebundener Bürger die Möglichkeit, politischen Einfluß zu nehmen. Nicht als Diktatur des Proletariats, sondern als Räte*demokratie* wurde die Sowjetunion portraitiert.[164] Da in der sowjetischen Demokratie eine spezifische Nähe zwischen Herrschenden und Beherrschten existiere, so erklärte Michael Hell, sei die Bevölkerung gegen politische Enttäuschung gefeit. Hier liege die Überlegenheit zur bürgerlichen Demokratie, in der die häufig betrogenen Bürgerinnen und Bürger „für die Versprechungen und Versicherungen der Regierenden nur Mißtrauen" empfänden. Dagegen habe man „in der Sowjetunion das feste Vertrauen, daß Versprechungen der Regierung auf den Punkt und auf die Sekunde genau erfüllt werden."[165] Die Herrschaft der Bolschewiki erschien in dieser Lesart nicht nur als ideales *government by trust* im Sinne John Lockes. Hier schwang eine utopische Komponente mit: Die Sowjetunion mit ihrer widerspruchsfreien Gesellschaft habe es geschafft, eine symbiotische Vertrauensbeziehung zwischen Bevölkerung und Regierung aufzubauen.[166] Bernhard Kellermann brachte die gesellschaftlichen Verhältnisse in der UdSSR auf den Punkt: „Das russische Volk ist in Wahrheit das einzige Volk der Erde, das ohne jede Furcht leben kann!"[167]

Neben dem unbedingten Vertrauen zur politischen Führung betonte der Sowjetuniondiskurs, daß zwischen den einzelnen Völkern der Union das Mißtrauen ebenfalls verschwunden sei. Um den Verdacht zu entkräften, daß die UdSSR nur eine neue Variante des Russischen Reiches sei, wurde ihre Gleichberechtigung hervorgehoben. Sie sei kein „Völkergefängnis", sondern durch die *Große Freundschaft* der institutionalisierte Völkerfrühling.[168] Ähnlich wie bei der Bildung konnte hier darauf hingewiesen werden, daß die zarische Vergangenheit überwunden worden sei.[169] Diese Politik, so Fritz Lieb, könne als

162 Vgl. Clark, The Soviet Novel, S. 114–135.
163 Vgl. bereits Webb, Soviet Communism, vol. 1, S. 11–160.
164 Brus, Urojenia, S. 15–25. Siehe auch N. K. Ivanov, Der Sowjetstaat – ein Staat neuen Typus, Berlin 1947.
165 Hell, Rußland antwortet, S. 76.
166 Vgl. zur Konstruktion von Vertrauen in der kommunistischen Diktatur Behrends, Soll und Haben, S. 336–354.
167 Kellermann, Wir kommen, S. 33.
168 Wasowski, Podróż w ZSRR, S. 39; Świątkowski, Z mego pobytu, S. 15–17; Kurella, Ich lebe in Moskau, S. 121ff.
169 Brus, Urojenia, S. 42.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Vorbild für ganz Europa dienen.[170] Ähnlich wie bei der Verfassung oder den Fünfjahrplänen bezeichnete der Sowjetuniondiskurs Stalin persönlich als den Schöpfer dieses Idealzustandes; es handele sich um einen Erfolg „Stalinscher Nationalitätenpolitik".[171] Durch die Gleichberechtigung der Völker sei insbesondere den früher unterdrückten Ethnien die Möglichkeit zu kultureller Entwicklung gegeben worden. Ja, sie erlebten durch die kommunistische Herrschaft erst ihre „nationale Wiedergeburt".[172]

Die zentralasiatischen Völker bekamen in der Propaganda eine Vorbildfunktion für die Völker Asiens und Afrikas zugewiesen. Bei ihnen sei der Fortschritt, den der Kommunismus gebracht habe, noch größer als bei den europäischen Einwohnern der UdSSR.[173] Sie waren Beispiel für die geglückte Befreiung vom Kolonialismus und für die universelle Übertragbarkeit der Segnungen kommunistischer Modernisierung. Über die Usbeken schrieb Wolfgang Steinitz: „Usbekistan hatte somit im Laufe von 20 Jahren eine vielhundertjährige Entwicklung zurückgelegt und eine gesunde normale wirtschaftliche, soziale und nationale Struktur erhalten, mit einer qualifizierten Arbeiterklasse, lese- und schreibkundigen Kollektivbauern, mit freien Frauen und einer nationalen Intelligenz."[174] Wenn für Rußland die Überwindung der Rückständigkeit reklamiert wurde, so galt das für Zentralasien umso mehr. Außerdem dienten die Berichte über das Leben in den nicht-russischen Sowjetrepubliken dazu, das Thema der *Freundschaft der Völker* zu variieren und die Ergebnisse der „Stalinschen Nationalitätenpolitik" zu präsentieren. Dabei entbehrten die Darstellungen der zentralasiatischen und kaukasischen Gebiete der Sowjetunion keineswegs orientalistisch geprägte Bilder.[175] Vielmehr wäre der Orientalismus des Hochstalinismus eine eigene Studie wert.[176]

Reportagen über die einzelnen Sowjetrepubliken dienten dazu, die Vielfalt in der Einheit darzustellen. Mit dem Wappenspruch der Vereinigten Staaten gesprochen: Es handelte sich um das Beschwören eines sowjetischen *e pluribus unum*. Um die „Souveränität" der einzelnen Sowjetrepubliken zu betonen, wurde darauf verwiesen, daß die Weißrussische und die Ukrainische Sowjetrepublik durch eigene Botschafter bei den Vereinten Nationen vertreten waren. Die Annexion der baltischen Republiken stellte der Sowjetuniondiskurs als von den baltischen Völker gewollte Wiedervereinigung dar: „Am 21. Juli 1940 schlossen

170 Lieb, Rußland unterwegs, S. 249.

171 Dies wurde in der Regel damit begründet, daß Stalin bereits 1913 mit dem Werk „Marxismus und Nationale Frage" hervorgetreten war. Vgl. bspw. Erwin Bekier, Stalin. Vater der Völkerfreundschaft, *Die Neue Gesellschaft* 1953, Nr. 5, S. 338–342.

172 Alfred Kurella, Die Nationalitätenpolitik der Sowjetregierung, *Die Neue Gesellschaft* 1948, Nr. 12, S. 28–31, Zitat S. 29.

173 Vgl. als Fallstudie für die Gewaltherrschaft in Transkaukasien: Baberowski, Der Feind ist überall; ders., Verschleierte Feinde. Stalinismus im sowjetischen Orient, in: GG 30 (2004), S. 10–36.

174 Wolfgang Steinitz, Nationalitäten und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, *Die Neue Gesellschaft* 1948, Nr. 1, S. 32–43, S. 41. Siehe auch: Wacław Barcikowski, Narody, które poznały potęgę braterstwa, *Przyjaźń* 1948, Nr. 6–7, S. 6–8.

175 Vgl. bspw. die Darstellung einer usbekischen Familie auf dem Titelblatt von *Przyjaźń* 1955, Nr. 27.

176 Vgl. bspw. in orientalistischem Duktus und mit zahlreichen Abbildungen: Kurella, Die Nationalitätenpolitik; Günter Kemnitz, Die Usbekische SSR, *Die Neue Gesellschaft* 1950, Nr. 2, S. 104–116; Na polach i pastewiskach Turkmenii Radzieckiej, *Przyjaźń* 1946, Nr. 6, S. 15.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

sich Litauen, Estland und Lettland der UdSSR an. Damit hatten die Völker dieser Länder durchgesetzt, was seit den Tagen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution durch die eigenen und die ausländischen Imperialisten verhindert worden war." Die Sowjetisierung Litauens vollziehe sich als festlicher Wandel: „In wenigen Tagen wird dieses Volk im Westen der Sowjetunion vom Jubel seiner Menschen erfüllt sein, von Volksfesten und Tänzen, und die Straßen der Städte und Dörfer werden im Blumen- und Flaggenschmuck untergehen...Ein glückliches, freies Volk feiert den 10. Jahrestag seiner Befreiung, den 10. Jahrestag seiner Wiedergeburt."[177] Die Rede über die Nationalitätenpolitik verschleierte nicht nur die Repressionen und Konflikte im Vielvölkerreich; das Schicksal vieler Volksgruppen wurde verschwiegen. Der Sowjetuniondiskurs behandelte in der Regel nur die Titularnationen der Sowjetrepubliken und der kleineren autonomen Regionen. Den deportierten Völkern, wie etwa den Tschetschenen, Koreanern oder Wolgadeutschen, aber auch den sowjetischen Juden lieh er nicht seine Stimme. Sie waren kein Bestandteil des strahlenden Mosaiks der Völkerfreundschaft, das hier entworfen wurde.

Die phantastischsten Ausführungen über die politische Geographie der Sowjetunion stellten Berichte über die „Großbauten des Kommunismus" dar.[178] Darunter verstand man die verschiedenen Kanäle, Bewässerungssysteme und Wasserkraftwerke, die seit den dreißiger Jahren entlang der großen Ströme errichtet wurden. Die Propaganda betonte stets den außeralltäglichen Charakter dieser Bauprojekte. Das neue Kanalsystem würde Moskau nach sowjetischer Zählung zur „Hauptstadt von sieben Meeren" machen. Die Krönung dieser megalomanischen Verheißungen war der „Stalinsche Plan zur Umgestaltung der Natur", der vorsah, die Fließrichtung der großen sibirischen Flüsse zu ändern, um so in Mittelasien blühende Wüsten zu schaffen.[179] Mit diesen Zukunftsvisionen stand die Sowjetunion im 20. Jahrhundert sicher nicht allein da. Sie trugen jedoch erheblich zum utopisch grundierten Charisma des sowjetischen Experiments bei. In ihnen verschmolz zeittypische Fortschrittseuphorie mit bolschewistischem Größenwahn. Ein großes Projekt in einem großen Land forderte große Visionen und das Beschweigen der großen Opfer.

9. Land der Wunder – Sowjetischer Alltag – Staat der Zukunft

Das sowjetische Land der Wunder mußte schließlich auch die Lücke schließen, die sich durch die kommunistische Verdammung der Religion auftat. Das letzte Ziel der sowjetischen Utopie war nicht weniger als die Vervollkommnung des Menschen und die Überwindung seiner Vergänglichkeit. So berichtete man aus Abchasien, dort gäbe es bereits „eine ganze Kolonie von Hundertjährigen." Sowjetische Wissenschaftler hätten festgestellt, daß Männer zwischen 60 und 70 Jahren „noch jung" seien: „Das Alter kann genauso wie jede

177 Günter Kemnitz, Die Litauische SSR, *Die Neue Gesellschaft* 1950, Nr. 7, S. 506–520, Zitate S. 506.

178 Vgl. hierzu Dirk van Laak, Weiße Elefanten. Anspruch und Scheitern technischer Großprojekte im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999, besonders S. 174–177; Klaus Gestwa, Technik als Kultur der Zukunft. Der Kult um die „Stalinschen Großbauten des Kommunismus", in: GG 30 (2004), S. 37–73.

179 Siehe: Jutro, *Przyjaźń* 1955, Nr. 7, S. 8–9; eine Karte bei van Laak, Weiße Elefanten, S. 175.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

andere Krankheit besiegt werden, denn was wir als Alter bezeichnen, ist in Wirklichkeit ein anormales, durchaus zu behebendes Phänomen." Um die Sterblichkeit des Menschen herauszuzögern, habe die sowjetische Wissenschaft das „Bogomolez-Serum" entwickelt, das den Menschen nun „eine volle Entfaltung ihres Lebens" ermöglichen werde. Mit diesem Serum, so entläßt der Artikel den hoffnungsvollen Leser, habe die sowjetische Wissenschaft „sogar ein Mittel gegen die Krankheit des vorzeitigen Alters gefunden." Entscheidend sei aber – und hier wird das Thema Sterblichkeit wieder zum unsterblichen Klassenkampf zurückgeführt –, „daß die Grundseuche unseres Jahrhunderts beseitigt wird, die immer wieder Millionen von Menschen dahingerafft hat und das Leben künstlich verkürzt: der verfaulende Kapitalismus." Dagegen kannte die sowjetische Welt ebenfalls ein Mittel: „den gemeinsamen Kampf aller freiheitsliebenden Völker."[180] In der Vorstellung vom sowjetischen Wunderland war auch die Unsterblichkeit mit dem Klassenkampf verbunden.

Die analysierten Propagandatexte zeigen, daß sich in den vierziger und frühen fünfziger Jahren sowohl polnische als auch deutsche Schriftsteller, Politiker und Funktionäre an der Konstruktion der Sowjetunion als utopischem Ort beteiligten. Die Autoren stellten sich dabei in die Tradition der dreißiger Jahre und verwendeten etablierte Topoi, um die UdSSR zu erklären. Ein Zug zur Vereinfachung, Uniformität und Didaktisierung in der Erzählung über das Gesellschaftlich-Politische ist allen untersuchten Texten gemeinsam. Wie schon in den dreißiger Jahren bedienten sich die Autoren verschiedener Genre und Fachsprachen – etwa des Reiseberichts oder der populärwissenschaftlichen Broschüre – um ihre Propaganda zu verpacken. In einigen Texten wie etwa in den Reiseberichten von Anna Seghers und Stephan Hermlin zeigte sich noch deutlich der individuelle Schreibstil der Verfasser; in anderen wie etwa bei dem Ökonom Włodzimierz Brus manifestierte sich ihr wissenschaftliches Interesse. Trotzdem überwiegt der Eindruck, daß sich die Verfasser bemühten, ihre Darstellungen bruchlos in die große Meistererzählung über die Sowjetunion zu integrieren. Dabei zeigt sich eine Tendenz zur fortschreitenden Uniformität, die zur Auflösung spezifischer Textgattungen zugunsten einer kohärenten didaktischen Erzählung führte.

Welche Motive hatten polnische und deutsche Intellektuelle, sich an der Propaganda für die Sowjetunion zu beteiligen? Die Antwort auf diese spannende Frage fiele sicherlich individuell sehr unterschiedlich aus. Bereits 1953 demonstrierte Czesław Miłosz am Beispiel vier verschiedener Typen, die er Alpha, Beta, Gamma und Delta nannte, unterschiedliche Gründe für die Verstrickung polnischer Intellektueller in den Stalinismus.[181] Verschiedene Motive oder Motivbündel sind denkbar; mit den vorliegenden Quellen läßt sich diese Frage freilich kaum beantworten. Dennoch sollen einige Thesen formuliert werden. Unter den polnischen und deutschen Protagonisten des Sowjetuniondiskurses befanden sich einige Veteranen der kommunistischen Bewegung, die schon in der Zwischenkriegszeit im Umfeld der Partei oder der Komintern publiziert hatten. Durch die Verluste während der nationalsozialistischen Verfolgung, des Großen Terrors und des Krieges mußten neue Akteure

180 Eduard Schulz, Triumph der Sowjetwissenschaft. Der Mensch wird viel länger leben, *Friedenspost* 1950, Nr. 2, S. 2. Siehe auch: Olga Lepieszyńska, Człowiek może żyć 150 lat, *Przyjaźń* 1951, Nr. 43, S. 6; Wśród najstarszych obywateli Związku Radzieckiego, ebd.

181 Czesław Miłosz, Verführtes Denken, Frankfurt am Main 1974, S. 64–188.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

für die Propaganda gewonnen werden. Hier zeigte sich, daß nach dem Krieg die utopische Strahlkraft des kommunistischen Experiments zunächst fortbestand, die bereits in den zwanziger und dreißiger Jahren westliche Intellektuelle in ihren Bann gezogen hatte. Der Triumph im Kriege und das moralische Kapital des Antifaschismus verstärkten das Prestige der Sowjetunion. Trotz der Verwerfungen des Stalinismus, die sowohl die polnisch- als auch die deutsch-sowjetischen Beziehungen belasteten, entfaltete das revolutionäre Charisma und der parallele militärisch-moralische Sieg über den Nationalsozialismus ihre Wirkungsmächtigkeit. Allerdings unterschieden sich die Motive polnischer und deutscher Intellektueller von den westlichen Pilgern der dreißiger Jahre in mancher Hinsicht. Während in der Zwischenkriegszeit eine Alternative zur westlichen Moderne gesucht wurde, strebten Polen und Deutsche nach 1945 nach Wegen aus der nationalen Katastrophe. Hier bot die Orientierung am sowjetischen Kommunismus eine Option.

Der Kalte Krieg verlangte von den Intellektuellen, Position zu beziehen. Wenn man die moralische Überlegenheit der Sowjetunion und die historische Notwendigkeit ihres utopischen Experiments akzeptiert hatte, ergab sich daraus der Druck, diese Wahl auch öffentlich zu rechtfertigen. Intellektuelle, die sich in den Sowjetuniondiskurs einschrieben, erfüllten die Erwartungen des Parteistaates. Ferner verankerten sie den eigenen Standpunkt in einem machtnahen Bedeutungsgeflecht. Wer sich für den Kommunismus entschied, der hatte kaum eine Möglichkeit, sich dem Sowjetunionsdiskurs zu entziehen. In ihn einzustimmen wurde zur Verpflichtung für jeden *public intellectual*. Der moralische Druck, die Sowjetunion nicht zu kritisieren, um der westlichen Welt keine Argumente zu liefern, war in den dreißiger Jahren durch den Antikommunismus der Nationalsozialisten noch erhöht worden. Sowjetunionkritische Äußerungen konnten mit dem Stigma belegt werden, den „Kampf gegen den Faschismus" und damit die „Volksfront" zu schwächen. Dies galt in anderer Form auch im Ost-West Konflikt. Das Stigma „faschistisch" wurde mit Beginn des Kalten Krieges von sowjetischer Seite lediglich der neuen westlichen Hegemonialmacht USA zugeschrieben. Aus dieser Konstellation ergab sich für regimenahe Schriftsteller geradezu eine Selbstverständlichkeit des Lobes „sowjetischer Errungenschaften."

Während die Motive der Verfasser von Propagandaschriften weitgehend im ungewissen bleiben müssen, lassen sich der Ablauf der Verbreitung und die institutionelle Verankerung des Sowjetuniondiskurses präzise benennen. Chronologisch setzte sie in Polen bereits 1944 ein. Sie ging, wie im nächsten Kapitel gezeigt wird, mit der raschen Übernahme sowjetischer Mobilisierungsmethoden einher. Dagegen ist für die sowjetische Besatzungszone in Deutschland eine gewisse Verzögerung zu konstatieren. Zwar existierte mit der Zeitung *Tägliche Rundschau* bereits früh ein Massenmedium, das sowjetische Texte reproduzierte und verbreitete.[182] Deutsche Autoren beteiligten sich jedoch erst vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs seit 1947 am Sowjetuniondiskurs. Hier handelte es sich wahrscheinlich um eine Verzögerung aus deutschlandpolitischer Rücksichtnahme, auf die ich im dritten Kapitel eingehe. Auffällig ist ferner, daß Repräsentationen der Sowjetunion in Polen überwiegend in Form von Büchern und Broschüren publiziert wurden. Die seit 1946 erscheinende

182 Zur *Täglichen Rundschau*, siehe Peter Strunk, Zensur und Zensoren. Medienkontrolle und Propagandapolitik unter sowjetischer Besatzungsherrschaft, Berlin 1996, S. 40–62.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Zeitschrift *Przyjaźń* spielte eine geringere Rolle. Die Monographien erschienen in der Regel im Parteiverlag *Książka* [Buch] oder im Verlag der Freundschaftsgesellschaft *Współpraca* [Zusammenarbeit]. In der Sowjetischen Besatzungszone hingegen widmete sich die Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft* fast ausschließlich der Verbreitung des Sowjetuniondiskurses. Artikel über die Aktivitäten der Freundschaftsgesellschaft, die in *Przyjaźń* einen großen Raum einnahmen, traten in den Hintergrund. Ergänzend zur seit 1947 erscheinenden Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft* veröffentlichten sowohl der fürs Ausland zuständige Verlag *Volk und Welt* als auch *Kultur und Fortschritt*, der Verlag der DSF, Texte über die Sowjetunion.[183] Während *Współpraca* etwa die Reihe *Biblioteczka TPPR* [Kleine Bibliothek der TPPR] verlegte, erschien bei *Kultur und Fortschritt* die Serie „Deutsche sehen die Sowjetunion". In diesen Serien erschien der Grundstock der Sowjetunionliteratur in beiden Ländern. Mit der Gründung spezifischer Zeitschriften und Verlage, die sich primär der Propaganda für die UdSSR verschrieben, verfügten beide Regime mit dem Beginn des Kalten Krieges über Verbreitungskanäle für den Sowjetuniondiskurs. Das folgende Kapitel wird zeigen, wie dem Ausbau und der Verbreitung des Diskurses der Ausbau der Erziehungs- und Mobilisierungsinstanz Massenorganisation folgte.

Die Zensur als defensive Kontrollinstanz verhinderte seit Kriegsende die Publikation kritischer Schriften über die UdSSR. Sie sicherte die beherrschende Stellung des Sowjetuniondiskurses in der repräsentativen Öffentlichkeit. Dennoch war der Sowjetuniondiskurs nur scheinbar so unangefochten und hegemonial, wie seine Texte und die Strukturen der kontrollierten Öffentlichkeit es suggerierten. Tatsächlich – und darauf verweist einerseits die Wahl der Themen und insbesondere die zu Beginn dieses Kapitels zitierten Floskeln über die Notwendigkeit, die „Wahrheit" zu verbreiten, die eigenen Menschen aufzuklären – arbeitete sich der Sowjetuniondiskurs unablässig am kollektiven Gedächtnis und an den Mehrheitsmeinungen der polnischen wie der deutschen Gesellschaft ab. Die Meistererzählung vom vorbildlichen Zukunftsstaat, die Konstruktion der UdSSR als utopischer Ort läßt sich als Spiegelung negativer Urteile, kollektiver Ängste und geteilter Erfahrungen dechiffrieren.

Ein Beispiel für die umgekehrte Reproduktion gesellschaftlicher Urteile über das bolschewistische Rußland verbirgt sich hinter der ständigen Betonung der Sauberkeit des sowjetischen Lebens. In den Texten der Nationalsozialisten wurde der Topos der „dreckigen Russen" hervorgehoben.[184] Im Sowjetuniondiskurs hingegen ist der Mensch diszipliniert,

183 Die Namensgebung der Verlage der Freundschaftsgesellschaften erlaubt Rückschlüsse auf ihre Entstehung und Aufgabe. Mit „Kultur" und „Fortschritt" bildeten zwei zentrale Begriffe des Sowjetuniondiskurses den Namen des Verlages der DSF. In dem Begriff „Współpraca" [Zusammenarbeit] spiegelt sich hingegen die moderate Anfangsphase der Freundschaftspropaganda im Lubliner Polen. Zur Geschichte des Verlages *Volk und Welt* vgl. Simone Barck/Siegfried Lokatis (Hg.), Fenster zur Welt: Eine Geschichte des DDR-Verlages Volk und Welt, Berlin 2003.

184 Sven von Müller betonte in seinem Reisebericht beständig Dreck und Verfall; überall trifft er auf „Schmutz" und „Fliegen", die Gegend bei Moskau tauft er „Lausechampagne". Vgl. Müller, Die Sowjet-Union, S. 19; S. 21f., S. 246f. Mit diesen Klischees knüpfte die nationalsozialistische Propaganda an ältere Vorstellungen von Osteuropa als rückständiger Region an. Vgl. Larry Wolff, Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment, Stanford, Cal. 1994.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

ordentlich und sauber; er beeindruckt durch sein rücksichtsvolles Verhalten.[185] Bernhard und Ellen Kellermann loben die „Reinlichkeit" in der Moskauer Metro.[186] Besonders um die sowjetische Frau spann sich ein Diskurs der Sauberkeit und moralischen Reinheit. Eduard Claudius betonte bei der Betrachtung eines sowjetischen Mädchens, „die Zeit der ‚freien Liebe' ist doch eine längst vergessene Zeit der Verwirrung. Sie ist ein Mädchen mit einem hübschen, sauberen Gesicht". Bei der Vorstellung, ohne Trauschein mit einem Mann zusammenzuleben, errötet sie: „‚Aber das ist nicht sauber', sagt sie."[187] Die obsessive Betonung der Reinheit stand einerseits in Zusammenhang mit der Konstruktion der Sowjetunion als utopischem Ort: Das neue Jerusalem ist ein sauberer Platz. Andererseits ist aber auch als eine Reaktion auf die Ereignisse der Jahre 1944/45 denkbar. Der tiefe Schock, den die Massenvergewaltigungen durch die Rote Armee in Deutschland auslösten, mag dazu geführt haben, daß sich die deutschen Autoren des Sowjetuniondiskurses verpflichtet fühlten, die „Sauberkeit" sexueller Beziehung, den Anstand sowjetischer Bürger, die Reinheit des öffentlichen Raumes herauszustreichen, um so das Verhalten der sowjetischen Soldaten vergessen zu machen.

Auf den ersten Blick erscheint der Sowjetuniondiskurs als in sich geschlossene und widerspruchslose Meistererzählung. Hier folgte Erfolg auf Erfolg, Superlativ reihte sich an Superlativ. Bei genauerer Betrachtung offenbaren sich jedoch zahlreiche Aporien in der Darstellung. In seiner Argumentation ist der Sowjetuniondiskurs einerseits defensiv erklärend und anderseits apodiktisch-superlativisch. Dies erklärt sich aus einem Widerspruch, der diesen Diskurs schon seit den zwanziger Jahren prägte. Weil sie gegensätzliche Ziele verfolgte, steckte die kommunistische Propaganda in einem uneingestandenen Dilemma: Einerseits galt es, die Sowjetunion als charismatisches Land, als Verkörperung der sozialistischen Revolution und einer neuen Gesellschaft darzustellen. Andererseits sollten aber Ängste vor dem Kommunismus abgebaut und gerade die Normalität und Alltäglichkeit, die Berechenbarkeit und Sicherheit des Lebens in der UdSSR betont werden. Paradox formuliert sollte das kommunistische Rußland als *außerordentliche Ordnung* dargestellt werden.

Diesem Dilemma und der bedrückenden Realität des sowjetischen Lebens zu entkommen, hieß, sich in den nächsten Widerspruch zu flüchten und die UdSSR als *utopischen Ort* zu konstruieren. Dies führte, wie die kommenden Kapitel zeigen werden, bei vielen Rezipienten zu Verwirrung und Widerspruch. Während in den kommunistischen Parteien der Status der UdSSR als utopischer Ort bereits seit den zwanziger Jahren durchgesetzt wurde, brach sich diese Konstruktion in Polen und Deutschland an den kollektiven Erinnerungen und Erfahrungen der Bevölkerung. Dies galt insbesondere deshalb, weil die Sowjetunion keine freie Projektionsfläche war, sondern eine Zukunftsvision, deren Attribute man erlernen und reproduzieren, aber nicht hinterfragen sollte. So war es nicht möglich, einzelne Teile des sowjetischen Projektes überzeugend zu finden und andere abzulehnen – es galt vielmehr

185 Vgl. Rudolf Mießner, Moskauer Mosaik, *Die Neue Gesellschaft* 1951, Nr. 6, S. 457–459. Der Reinlichkeitstopos auch bei Kurella, Ich lebe in Moskau, S. 14, S. 124.

186 Kellermann, Wir kommen, S. 18.

187 Claudius, Notizen nebenbei, S. 35–37. Zur sauberen Sexualität im Kommunismus siehe auch Lieb, Rußland unterwegs, S. 207ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

das ganze Modell widerspruchslos zu akzeptieren. Die Rede über die Geschichte, Gegenwart und Zukunft der UdSSR war streng normiert. Und die Zukunft der Peripherien des kommunistischen Imperiums würde ein Abbild der Verhältnisse im Zentrum sein.

Dort, wo Probleme nicht verleugnet oder verschleiert werden konnten, wurden ihre Ursachen externalisiert. In der Nachkriegszeit gab es für Systemmängel aller Art eine unwiderlegbare Erklärung: Der Überfall des nationalsozialistischen Deutschland war der Grund. Später konnte diese Erklärung durch die vermeintlichen oder tatsächlichen Störmaßnahmen des Westens ergänzt werden. Im Stalinismus blieb eine Diskussion über Wege, Umwege und Irrwege des sowjetischen Modells ausgeschlossen. Verderbliche Einflüsse konnten nur durch das bedrohliche Außen in die sowjetische Welt kommen. Die UdSSR verkörperte den Kindertraum von der heilen Gesellschaft; insofern war es nur konsequent, daß Jürgen Kuczynski, zu dieser Zeit Präsident der DSF, ein Kinderbuch über die UdSSR schrieb, das sich in Duktus und Themenwahl nur wenig von den Schriften für Erwachsene unterschied.[188] Die Realität verschwand in diesen Texten hinter dem naiven Schein des Stalinismus. Die Meisterzählung in ihrer Doppelfunktion als Herrschaftsdiskurs und Diskurs der Herrschenden blieb unantastbar. Die Entdifferenzierung der Redeweisen über die Sowjetunion in der repräsentativen Öffentlichkeit gab nur Raum für die eine Deutung. Deshalb existierte der Sowjetuniondiskurs weitgehend unabhängig von den Erwartungs- und Erfahrungsstrukturen der polnischen und der deutschen Gesellschaft. Letztlich galt für die Zeitgenossen, die den Sowjetuniondiskurs mutmaßlich mit großem Befremden aufnahmen, der von Eduard Claudius formulierte Satz: „Vieles vom Leben in der Sowjetunion wird unverständlich bleiben, solange wir nicht selbst manches von dem erreicht haben, was in der Sowjetunion heute schon Wirklichkeit ist."[189] Die kommunistischen Parteien brauchten die Sowjetunion als utopischen Ort, weil sich hier ihre historische Mission manifestierte. Mit der Hilfe dieser Projektionsfläche sollte es gelingen, eine eschatologische Naherwartung zu generieren und Menschen zu mobilisieren.

Am Ende seines Buches über Moskau erläuterte ein Protagonist des Sowjetuniondiskurses, Alfred Kurella, was seiner Ansicht nach Sowjetpropaganda ausmacht. Es handele sich um „Unterrichtung, Erziehung und Organisierung der öffentlichen Meinung für das gemeinsame Aufbauwerk." Kurella fährt fort: „Ich rechne es mir zur Ehre an, wenn ich sagen darf: auch mich hat die Sowjetpresse erzogen, und ich möchte dieses Büchlein, das ich hier abschließe, obwohl ich das Thema bei weitem noch nicht erschöpft habe, als das verstanden haben, was es ist – als ein Stück Sowjetpropaganda in dem Sinn, den ich eben zu erläutern versucht habe."[190] Diese Aussage hat auch für die anderen Texte des Sowjetuniondiskurses Gültigkeit. Für die kommunistische Propaganda blieb die Verpflichtung auf die Sowjetunion als utopischen Ort zugleich Vision und Hypothek.

188 Kuczynski, Das Land der frohen Zuversicht.
189 Claudius, Notizen nebenbei, S. 49.
190 Kurella, Ich lebe in Moskau, S. 203.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

KAPITEL 3

Die Erfindung der Freundschaft 1944–1949

„Befehl von der Südwestfront erhalten, beim Einmarsch in Galizien – erstmals überschreiten sowjetische Truppen die Grenze – die Bevölkerung gut zu behandeln. Wir kommen nicht in ein erobertes Land, das Land gehört den Arbeitern und Bauern Galiziens und nur ihnen, wir kommen, um ihnen zu helfen, die Rätemacht zu errichten. Ein wichtiger und vernünftiger Befehl, werden die Marodeure ihn ausführen? Nein."

Isaac Babel, 1920[1]

„Wer noch Jungfrau wird zum Weibe,
und die Weiber – Leichen bald.
Schon vernebelt, Augen blutig,
bitte: „Töte mich, Soldat!"

Alexander Solschenizyn, 1950[2]

Die Erfindung der Freundschaft fand vor dem historischen Hintergrund von Vernichtungskrieg, Holocaust und Vertreibung statt. Wie im ersten Kapitel gezeigt, waren sich die sowjetische Führung und die polnischen und deutschen Kommunisten darüber bewußt, daß sie ein schwieriges Terrain beackern würden. Um sich nicht wieder in der Rolle radikaler Außenseiter oder sowjetischer „Agenten" wiederzufinden, verfolgten sie nun die Strategie, national zu argumentieren. Hier knüpften sie an die Volksfrontrhetorik und die Verlautbarungen der Kriegsjahre an: Die Kommunisten wollten sich als die eigentlichen Repräsentanten der Nation etablieren. Während die neuen Herrscher entscheidende Einschnitte in die gesellschaftlichen Strukturen vornahmen, behielten sie ihre pragmatische Propagandastrategie zunächst bei. Zwischen 1944 und 1949 führten in Polen und der SBZ zwei separate Wege zum gleichen Ziel: Die neuen Herrschenden schufen sich einen Propagandaapparat, der in der Lage war, den öffentlichen Raum zu dominieren. Eine seiner zentralen Aufgaben war die Vermittlung eines neuen Bildes der Sowjetunion. Dies konterkarierte die Rote Armee, die auf ihrem Befreiungszug durch Mitteleuropa eine Spur der Verwüstung hinterließ.

1 Isaak Babel, Tagebuch 1920, Eintrag vom 18.7.1920, Zürich 1998, S. 46.
2 Alexander Solschenizyn, Ostpreußische Nächte. Eine Dichtung in Versen aus dem Russischen übertragen von Nikolaus Ehlert, Darmstadt/Neuwied 1976, S. 35.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

1. Polen 1944–1947: Die Erfindung der Freundschaft aus dem Geiste des Panslawismus

Mit dem Überschreiten der Curzon-Linie kam die Rote Armee in ein Gebiet, das die sowjetische Regierung als polnisches Territorium definierte. Die Moskauer Führung war fest entschlossen, einer prosowjetischen Regierung in Polen den Weg zu ebnen. Mehr als ein Jahr nach dem Bruch mit der polnischen Exilregierung in London galt es, im Schatten des sowjetischen Vormarsches ein alternatives Machtzentrum zu etablieren. Ziel des sowjetischen Vorgehens war, durch schnelle Entscheidungen die polnische Öffentlichkeit und die westlichen Alliierten vor ein fait accompli zu stellen.[3] Die massive Präsenz von Roter Armee und NKVD sicherte die Macht der neuen Herrscher, eine nationalistische Propaganda sollte Vertrauen zu ihnen aufbauen.

1.1 Lubliner Polen: Das Manifest des PKWN

Der Rhetorik der Nationalen Front folgend, nannte sich die provisorische Lubliner Regierung *Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego* (PKWN) [Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung] und trat am 22. Juli 1944 mit einem Manifest an die Öffentlichkeit.[4] Dieses Datum und das Manifest erlangten eine immense Bedeutung, weil sie in den folgenden vier Jahrzehnten zum Gründungsakt und zur Gründungsurkunde der kommunistischen Herrschaft stilisiert wurden. Dies war nicht falsch; letztlich bildete das PKWN den Kern der kommunistischen Herrschaftsstrukturen, die das politische Leben Polens auf lange Zeit bestimmten. Innerhalb der neuen Regierung dominierte die PPR die Bereiche Sicherheit und Propaganda. Als Verbündete der Sowjetunion ruhte ihre Macht auf zwei Säulen: Gewalt und Kontrolle der Information.[5]

---

3 Vgl. hierzu Kersten, The Establishment of Communist Rule, S. 60–76. Zum Lubliner Polen aus der Perspektive des Londoner Exils: Tadeusz Zenczykowski, Polska Lubelska 1944, Warschau 1990. Siehe auch zur politischen Entwicklung in Polen nach 1944: Andrzej Kaluza, Der polnische Parteistaat und seine politischen Gegner, Frankfurt am Main 1998; Janusz Wrona, System partyjny w Polsce 1944–1950. Miejsce – funkcje – relacje partii politycznych w warunkach budowy i utrwalania systemu totalitarnego, Lublin 1995; Harald Moldenhauer, „Ihr werdet Euch dem Sozialismus ohne blutigen Kampf annähern." Kommunistische Blockpolitik und „Gleichschaltung" der Parteien in Polen, in: Stefan Creuzberger/Manfred Görtemaker (Hg.), Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949, Paderborn/München/Wien u.a. 2002, S. 85–122; zur Stellung Polens in den internationalen Beziehungen: Włodzimierz Borodziej, Od Poczdamu do Szklarskiej Poręby. Polska w stosunkach międzynarodowych 1945–1947, London 1990.

4 Offiziell wurde das sog. „Julimanifest" in der befreiten ostpolnischen Stadt Chełm verkündet; tatsächlich befanden sich die Mitglieder des PKWN zu diesem Zeitpunkt noch in Moskau und kamen erst am 28. Juli 1944 in Polen an. Zum PKWN vgl. Roszkowski, Historia Polski. 1914–1998, S. 133–144.

5 Dies zeigte sich in den Ansprüchen des PKWN an die sowjetische Führung: Gomułka forderte von Molotov im September 1944 für die weitere Arbeit der provisorischen Regierung Fahrzeuge, Waffen, Devisen, Schreibmaschinen, Propagandaliteratur und Papier an. Notatka kierownictwa Wydziału Informacji Międzynarodowej KC WKP (b) dla zastępcy przewodniczącego Rady Komisarzy Ludowych

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Als erste Erklärung kommunistischer Herrschaft verdient das Manifest des PKWN besondere Beachtung. Seine Sprache und Argumentation sind charakteristisch für die Propaganda der nationalen Front. Dem nationalen Pathos verpflichtet, spricht der Text die Adressaten immer wieder emphatisch mit „Landsleute!" [Rodacy!] an. Es folgt eine Beschwörung der Einheit der Nation und der Verweis auf ihre Symbole, der umgehend an die Präsenz sowjetischer Soldaten in Polen gekoppelt wird: Gemeinsam hätten die polnische und die sowjetische Armee den Bug überquert, und deshalb wehten in Polen nun wieder die rot-weißen Standarten. Das Manifest betont, die Rote Armee sei als Verbündeter und Befreier gekommen. Gemeinsam mit den sowjetischen Truppen würden die Polen Deutschland nun ein „neues Tannenberg" [nowy Grunwald] bereiten.[6] Der Feind ist nicht in erster Linie das nationalsozialistische Deutschland, sondern das „Deutschtum" schlechthin. Als Resultat des Kriegs versprach das PKWN die Rückkehr des „polnischen Pommern, des Oppelner Schlesien und Ostpreußens" zum Vaterland [Matka-Ojczyzna], einen „breiten Zugang zum Meer" und polnische Grenzpfähle an der Oder. Damit bereitete das Manifest die Westverschiebung Polens vor, vermied jedoch, konkrete Grenzen zu nennen. Neben das völkisch konstruierte Feindbild der „Deutschen" trat die Freundschaft der slawischen Nationen unter sowjetischer Führung: Die Erfahrungen der Geschichte und des Krieges lehrten, daß – und hier griff der Text auf die völkische Metapher fremder Nationen als bedrohliche Fluten zurück – dem „Andrang des germanischen Imperialismus" nur durch den Bau eines „großen slawischen Deiches [wielka słowiańska tama]" begegnet werden könne, dessen Fundament die „polnisch-sowjetische-tschechoslowakische Verständigung" sein werde.[7]

Der folgende Abschnitt des Manifests lenkt den Blick auf die Geschichte und beschreibt eine Tragödie der slawischen Völker, die es nun zu beenden gelte. Hier beschwor das PKWN den vermeintlichen Umschwung des Jahres 1944: „Zum Schaden beider Seiten dauert seit 400 Jahren eine Periode fortwährender Konflikte zwischen Polen und Ukrainern, Polen und Weißrussen, Polen und Russen. Jetzt findet in diesen Beziehungen eine historische Wende [historyczny zwrot] statt. Die Konflikte weichen der Freundschaft und der Zusammenarbeit, die von gemeinsamen realen Interessen bestimmt werden. Freundschaft und Zusammenarbeit im Kampf, begonnen durch die Waffenbrüderschaft der polnischen Streitkräfte mit der Roten Armee sollen sich in ein dauerhaftes Bündnis und in nachbar-

---

ZSRR Wiaczesława Mołotowa w sprawy pomocy materialnej dla PPR, 20.9.1944, in: Polska-ZSRR, S. 90.

6 Zu Grunwald/Tannenberg als Erinnerungsort, vgl.: Frithjof Benjamin Schenk: Tannenberg/Grunwald, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte I, München ^{4}2002, S. 438–454; Christoph Mick, „Den Vorvätern zum Ruhm – den Brüdern zur Ermutigung". Variationen zum Thema Grunwald/Tannenberg, in: zeitenblicke 3 (2004), Nr. 1 [09.06.2004], URL: <http://zeitenblicke.historicum.net/2004/01/mick/index.html>. Zur polnischen Vergangenheitspolitik gegenüber Deutschland, vgl.: Edmund Dmitrów, Vergangenheitspolitik in Polen 1945–1989, in: Włodzimierz Borodziej/Klaus Ziemer (Hg.), Deutsch-polnische Beziehungen 1939 – 1945 – 1949, Osnabrück 2000, S. 235–264.

7 Manifest Polskiego Komitetu Wyzwolenia Narodowego, in: Wizja programowa Polski Ludowej. Dokumenty i materiały 1942–1948, Warschau 1979, S. 182–191. Vgl. die Übersetzung des Manifests des polnischen Komitees der Nationalen Befreiung vom 22. Juli 1944, in: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Band I/3, Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neisse, Berlin 1960, S. 1–7.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

schaftliche Zusammenarbeit nach dem Kriege verwandeln."[8] Die im Text herausgestellte „historische Wende" in den russisch-polnischen Beziehungen sei im Kampf gegen den gemeinsamen Feind entstanden. Die Frage der polnischen Ostgrenze solle auf dem Wege „gegenseitigen Einvernehmens" geregelt werden. „Polnisches Land" werde an Polen fallen und litauisches, weißrussisches und ukrainisches Land an die entsprechenden Sowjetrepubliken – hier wiederholte sich die sowjetische Argumentation von 1939. Das feste Bündnis mit der UdSSR und der Tschechoslowakei werde in Zukunft die Grundlage polnischer Außenpolitik darstellen.[9]

Im folgenden Absatz betont das Manifest dann, daß der Krieg auch die Freundschaft zu Großbritannien und den Vereinigten Staaten gefestigt habe. Implizit wird jedoch deutlich, daß dieses Bündnis in den Augen der Verfasser eine geringere Qualität hatte, weil es nicht auf der Basis des Slawentums beruht wie die Allianz mit der UdSSR und der Tschechoslowakei. Das Manifest des PKWN lag demnach nicht nur auf der Linie der „Nationalen Front".[10] Es ergänzte die nationalkommunistische Rhetorik durch einen Panslawismus sowjetischer Prägung und appellierte an ältere polnische Vorstellungen wie Roman Dmowskis Idee eines polnisch-russischen Bollwerks gegen die Deutschen. In dieser geopolitischen Konzeption war Polen eben keine *antemuralis christianitatis* gegen die Bedrohung Europas aus dem Osten, sondern eine Grenzmark der slawischen Völker, die unter der Führung Rußlands der deutschen Gefahr trotzten.[11] Inhaltlich war das Manifest des PKWN eine Collage aus sowjetischen und polnischen Argumentationsmustern und scheute die diskursive Berührung mit dem rechtsnationalen Nationalismus Dmowskis nicht.

Ähnlich wie bei der „Nationalen Front" sprechen im Falle des Panslawismus Georgi Dimitrovs Aufzeichnungen dafür, daß dieses Propagandathema auf Stalins persönliche Überzeugungen zurückging.[12] So hatte der sowjetische Diktator den deutsch-sowjetischen Kon-

8 Manifest Polskiego Komitetu Wyzwolenia Narodowego, a.a.O., S. 185.

9 A.a.O., S. 184–185.

10 Vgl. zur parallelen nationalen Argumentation der ungarischen Kommunisten, die in ihrer Gesellschaft ebenfalls marginalisiert waren: Martin Mevius, Agents of Moscow. The Hungarian Communist Party and the Origins of Socialist Patriotism, Oxford 2005, besonders S. 51ff.

11 Vgl. Roman Dmowski, Niemcy, Rosja i kwestia polska, Lemberg 1908. Zur Polenkonzeption Roman Dmowskis siehe: Roland Gehrke, Der polnische Westgedanke und die Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges. Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche im Zeitalter des europäischen Nationalismus, Marburg 2001, S. 258–289. Zur Entstehung des radikalen Nationalismus der Endecja, vgl. Brian Porter, When Nationalism Began to Hate. Imagining Modern Politics in Nineteenth-Century Poland, Oxford/New York, NY 2002, S. 176–227. Die Gedanken Dmowskis wurden nach dem Zweiten Weltkrieg von der polnischen Westforschung wieder aufgenommen und zur historisch-wissenschaftlichen Begründung des neuen Territoriums instrumentalisiert. Vgl. Markus Krzoska, Für ein Polen an Oder und Ostsee. Zygmunt Wojciechowski (1900–1955) als Historiker und Publizist, Osnabrück 2003.

12 Vgl. zum Panslavismus des 19. Jahrhunderts Hans Kohn: Panslavism. Its History and Ideology, New York, NY ²1960; Geoffrey Hosking, Rußland. Nation und Imperium. 1552–1917, Berlin 2000, S. 400–406. Zur Rolle des Panslawismus in der politischen Kultur der Tschechoslowakei nach 1945, vgl. Bradley F. Abrams, The Struggle for the Soul of the Nation. Czech Culture and the Rise of Communism, Lanham, MD u.a. 2004, S. 42ff., 100ff., 156ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

flikt nicht nur als Weltanschauungskrieg, sondern als Kampf zweier ethnischer Gruppen interpretiert. Bereits im September 1941 hatte Stalin verkündet, daß man im Falle eines Sieges Ostpreußen dem Slawentum zurückgeben werde.[13] Das panslawische Thema spielte auch in der sowjetischen Kriegspropaganda eine Rolle. Während eines Treffens mit jugoslawischen und bulgarischen Kommunisten im Januar 1945 äußerte Stalin seine Hoffnung auf eine künftige Union slawischer Völker. Dabei bemühte er sich jedoch um symbolische Distanz zum Panslawismus des Zarenreiches. Stalin behauptete, der sowjetische Panslawismus sei etwas qualitativ anderes als die imperialen Ideen des 19. Jahrhunderts, da die Sowjetunion sich nicht in die inneren Angelegenheiten kleinerer Nationen einmischen wolle. Vielmehr sollten die slawischen Völker gleichberechtigt zur Verteidigung ihrer Interessen zusammenstehen – insbesondere in einem laut Stalin drohenden Konflikt mit den kapitalistischen Mächten des Westens.[14]

Beim Panslawismus des PKWN handelte es sich demnach nicht um eine Idee der polnischen Kommunisten. Vielmehr scheint die Wiederbelebung dieses Ideologems, das sich in Polen stets nur geringer gesellschaftlicher Unterstützung erfreut hatte, wie die Rhetorik der „Nationalen Front" eine Initiative der sowjetischen Führung gewesen zu sein, die von Stalin nicht nur sanktioniert, sondern auch inspiriert war. Die polnischen Kommunisten entwickelten keine eigene völkisch-nationalistische Rhetorik, sondern adaptierten sowjetische Vorgaben. Wie beim Sowjetuniondiskurs schrieben sich auch bei der Erfindung der Freundschaft zur UdSSR die polnischen Autoren in ein vom Zentrum bestimmtes Thema ein. Doch vor der weiteren Analyse der Propaganda gilt es, einen gerafften Blick auf die Jahre 1944 und 1945 zu werfen. Diese bildeten den Hintergrund, vor dem die polnischen Kommunisten agierten.

1.2 Die Zeit der polnisch-sowjetischen „Doppelherrschaft"

Mit dem Lubliner Manifest erklärten sich die polnischen Kommunisten zur einzig legitimen Regierung. Freilich gab sich das Londoner Exil und der polnische Untergrund mit der *Armia Krajowa* [AK, Heimatarmee] als bewaffnetem Arm noch nicht geschlagen.[15] Vielmehr bestand ihre Strategie im Sommer 1944 ebenfalls darin, öffentlich Zeichen zu setzen – allerdings auf militärischem Gebiet. Entscheidend für Erfolg oder Mißerfolg des Unternehmens, sich als alternatives Machtzentrum zum Lubliner Polen zu etablieren, war der Versuch, die Rote Armee als „Herren im eigenen Haus" zu empfangen. Durch gezielte militärische Schläge wollte die AK die deutschen Besatzer ohne sowjetische Hilfe vertreiben, was dem Untergrund dann die Möglichkeit geboten hätte, das entstehende Machtvaku-

13 Eintrag vom 8.9.1941, in: Banac, The Diary of Georgi Dimitrov, S. 193.
14 Eintrag vom 28.1.1945, a.a.O, S. 357–358.
15 Zur *Armia Krajowa* vgl. die Beiträge in: Bernhard Chiari (Hg.), Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem 2. Weltkrieg, München 2003 mit Verweisen auf die umfangreiche polnische Literatur zum Thema.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

um zu füllen.[16] Diese Strategie scheiterte jedoch beim Warschauer Aufstand im August und September 1944. Wegen unzureichender Ausrüstung konnten die polnischen Aufständischen gegen die äußerst brutal vorgehenden deutschen Truppen nicht bestehen. Die Niederschlagung des Aufstandes durch SS-Einheiten unter dem Oberbefehl von Erich von dem Bach-Zelewski stellte den blutigen Schlußakkord des nationalsozialistischen Besatzungsregimes in Polen dar. Der Opfergang einer ganzen Generation junger Warschauer war aber nicht zuletzt deshalb vergeblich, weil die auf der östlichen Weichselseite stehende Rote Armee einer alliierten Hilfeleistung erst zustimmte, als die Sache der AK bereits verloren war. Mit der verweigerten Unterstützung für den Aufstand verfinsterte sich das Bild vieler Polen von der Sowjetunion weiter. Nur wenige Wochen nach dem Manifest des PKWN folgte der panslawischen Rhetorik keine militärische Hilfe. Neben den 17. September 1939, die Katyń-Affäre und die Frage der polnischen Ostgrenze trat nun das Bild der mächtigen, aber im entscheidenden Augenblick untätigen Roten Armee, die zusah, wie die polnischen Aufständischen verbluteten, und die deutschen Besatzer anschließend die polnische Hauptstadt in einer Vergeltungsaktion dem Erdboden gleichmachten. Diese Entscheidung Stalins bedeutete eine zusätzliche Hypothek im polnisch-sowjetischen Verhältnis.

Der Warschauer Aufstand hatte vor Augen geführt, was die von der PKWN-Propaganda versprochene Waffenbrüderschaft realiter bedeutete. Trotz der nationalen Emphase war es um die polnische Souveränität nicht gut bestellt. Aufgrund der ausgeprägten sowjetischen Machtbefugnisse, die nicht nur im Bereich der Fronten von der Roten Armee wahrgenommen wurden, sondern auch im Hinterland des Lubliner Polen durch das NKVD, hat es sich eingebürgert, für die Jahre 1944/45 von einer polnisch-sowjetischen „Doppelherrschaft" zu sprechen.[17] Der Roten Armee folgten Truppen des sowjetischen Innenministeriums, deren Aufgabe in der Vernichtung der *Armia Krajowa* bestand – über diese Operationen ließ sich Stalin persönlich bis ins Jahr 1946 regelmäßig vom NKVD informieren.[18] Opfer der sowjetischen Repressionen waren nicht nur die Kombattanten der Heimatarmee, sondern auch andere potentiell „antisowjetische" Kreise.[19] Wie in den Jahren 1939/40 wurden Tausende ins Innere der Sowjetunion deportiert. Sukzessive übernahm der polnische Sicherheitsappa-

16 Vgl. zu den politischen und militärischen Aspekten des Warschauer Aufstandes umfassend: Włodzimierz Borodziej, Der Warschauer Aufstand 1944, Frankfurt am Main 2001 mit zahlreichen Verweisen auf die umfangreiche polnische Forschung.

17 Andrzej Paczkowski spricht für 1944/45 von „zwei Polen", vgl. ders., Pół wieku dziejów Polski, S. 115–144; vgl. zur Doppelherrschaft auch die Fallstudien von zum Weichselland von Mirosław Golon, Polityka radzieckich władz wojskowych na Pomorzu Nadwiślańskim w latach 1945–1947, Thorn 2001; und zu Breslau: Thum, Die fremde Stadt, S. 60–106.

18 Vgl. die zahlreichen Memos von Lavrentij Berija an Stalin in: Teczka Specjalna J. W. Stalina. Raporty NKWD z Polski 1944–1946, Warschau 1998.

19 Vgl. Gregorz Mazur, Agonia Armii Krajowej 1944–1945, in: Zeszyty Historyczne 114 (1995), S. 34–59; John Micgiel, „Bandits and Rectionaries": The Suppression of the Opposition in Poland, 1944–1946, in: Norman M. Naimark/Leonid Gibianskii (Hg.), The Establishment of Communist Rule in Eastern Europe, 1944–1949, Boulder, Col. 1997, S. 93–110; Harald Moldenhauer, Der sowjetische NKVD und die Heimatarmee im „Lubliner Polen" 1944/45, in: Bernhard Chiari (Hg.), Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem 2. Weltkrieg, München 2003, S. 275–299.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

rat die Bekämpfung des Untergrundes vom NKVD.[20] Bis Januar 1945 erstreckte sich die Doppelherrschaft auf den schmalen Streifen zwischen Bug und Weichsel und dehnte sich mit der sowjetischen Offensive bis zur zukünftigen deutsch-polnischen Grenze entlang der Oder und Lausitzer Neiße aus. Sie dauerte bis zum Sommer 1945, einem Zeitpunkt, zu dem sich die Strukturen des polnischen Parteistaates zu konsolidieren begannen und die Grenzen Polens in Potsdam fixiert wurden. Bereits am 24. April 1945 hatte die provisorische polnische Regierung durch einen Freundschafts- und Beistandsvertrag mit der UdSSR die enge Bindung an den östlichen Nachbarn völkerrechtlich besiegelt. Zu diesem Anlaß wiederholte Stalin die Behauptung des PKWN-Manifests: Nach fünf Jahrhunderten voller Konflikte stehe man an der Wende der gemeinsamen Beziehungen.[21]

Zur gleichen Zeit zeichneten interne Berichte ein zwiespältiges Bild von der Stimmungslage in Polen. So informierte die neugeschaffene Propagandaverwaltung der Wojewodschaft Krakau im Frühjahr 1945 darüber, daß am 1. Mai zahlreiche Versammlungen stattfanden, auf denen die Internationale gesungen wurde und das Publikum Hochrufe auf das polnisch-sowjetische Bündnis und Marschall Stalin ausbrachte.[22] In den Losungen zum Maifeiertag wurden die slawische Waffenbrüderschaft und das „siegreiche Bündnis" mit der UdSSR gefeiert.[23] Zugleich beobachteten die Krakauer Behörden aufmerksam die Beziehungen zwischen Bevölkerung und Roter Armee. Während des gesamten Jahres 1945 meldeten die Berichterstatter, das Verhältnis sei „mißtrauisch [nieufny]", „unfreundlich [nieprzyjazny]" oder „feindselig [nieprzychylny]".[24] Diese Einstellungen begründeten die Krakauer Stellen mit Gewalttaten, Eigentumsdelikten und Morden durch Rotarmisten. Der Wojewode meldete im August 1945, das Verhalten der sowjetischen Soldaten erleichtere die „antisowjetische Agitation" des Untergrundes.[25] Seine Berichte verdeutlichen, daß die Rote Armee 1945 nur kurze Zeit einen Bonus als Befreierin genoß. Da ihre Gewalttaten nicht abrissen, nahm die Bevölkerung die sowjetischen Streitkräfte als neue Besatzer wahr, denen man sich hilflos ausgeliefert fühlte.[26] Mit diesen Stimmungen und Einstellungen bildete die Wojewodschaft Krakau keine Ausnahme. Der Fall Krakau zeigt, wie schwer es die kommunistische Propaganda im Kampf mit der Wirklichkeit hatte.

---

20 Andrzej Friszke spricht von mindestens 50.000 Deportierten. Vgl. ders., Polska, S. 109.

21 Der Vertrag bildete den Anlaß zu einer Kampagne für polnisch-sowjetische Freundschaft, sein Text wurde allein in der Wojewodschaft Krakau in einer Auflage von 15.000 Exemplaren gedruckt und verteilt. Archiwum Państwowe w Krakowie (APK), Wojewódzki Urząd Propagandy i Informacji, Nr. 4, Bl. 701.

22 APK, Wojewódzki Urząd Propagandy i Informacji, Nr. 14, Bl. 27f.

23 APK, Wojewódzki Urząd Propagandy i Informacji, Nr. 42, Bl. 49.

24 APK, Wojewódzki Urząd Propagandy i Informacji, Nr. 5, Bl. 157, Bl. 158; Bl. 161, Bl. 765, Bl. 767, Bl. 769.

25 APK, Urzęd Wojewódzkiego. Sprawozdanie, Nr. 905, Bl. 68, Nr. 906, Bl. 14, Nr. 922, Bl. 117, Bl. 181.

26 Zu Gewalttaten und Deportationen durch die Rote Armee in Ungarn vgl. Mevius, Agents of Moscow, S. 58f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Eine besondere Ausprägung erfuhr die sowjetisch-polnische Doppelherrschaft in den preußischen Ostprovinzen, die 1945 an Polen fielen. Nach einer Vereinbarung zwischen dem PKWN und der Regierung der UdSSR sollten das südliche Ostpreußen, Danzig, Pommern und Schlesien bis zur Oder und Neiße unmittelbar unter polnische Verwaltung kommen. Doch zunächst behandelte die Sowjetunion dieses Land als ihre Kriegsbeute. In den „Westgebieten" lag die Macht zunächst bei den Kommandeuren der Roten Armee. Sowjetische Dienststellen veranlaßten umfangreiche Demontagen von Fabriken bis hin zur Infrastruktur.[27] Die einheimische Bevölkerung wurde oft zur Zwangsarbeit herangezogen, in Lagern interniert oder in die Sowjetunion deportiert. Allein aus Schlesien verschleppten die sowjetischen Behörden ungefähr 15.000 Bergarbeiter.[28]

Im eroberten Breslau kam es 1945 zu erheblichen Konflikten zwischen der neuen polnischen Zivilverwaltung und sowjetischen Kommandeuren. Raubüberfälle und Diebstähle durch sowjetische Soldaten waren hier an der Tagesordnung, immer wieder kam es zu Morden. Die Disziplinlosigkeit führte soweit, daß diejenigen Stadteile, in denen russische Garnisonen stationiert waren, als die gefährlichsten galten, und polnische Neusiedler sie mieden. Sowjetische Offiziere demonstrierten gegenüber den neuankommenden Polen, daß sie sich für die eigentlichen Herren hielten. Im Laufe des Jahres beobachteten die Polen mit Befremden, daß sich die Beziehungen zwischen der Roten Armee und den noch in Breslau verbliebenen Deutschen rasch verbesserten. Trotz des unermeßlichen Leides, das sich beide Seiten im Krieg zugefügt hatten, funktionierte alsbald die deutsch-russische Zusammenarbeit besser als die zwischen den offiziell Verbündeten. Erst 1946 ließen die sowjetischen Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung merklich nach.[29] In den ehemals deutschen Gebieten nahmen die Plünderungen und die Gewalt der Roten Armee gegenüber Zivilpersonen – insbesondere die sexuelle Gewalt gegen Frauen – die größten Ausmaße an.[30] Dabei differenzierten die Marodeure kaum zwischen Polen und Deutschen. Verschiedene Quellen zeigen jedoch, daß diese Problematik, die heute insbesondere in der deutschen Erinnerungskultur und in der Historiographie mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Ostdeutschland in Verbindung gebracht wird, in abgeschwächter Form in Gebieten bestand, die während des Krieges zum „Generalgouvernement" gehört hatten. So handeln die Berichte des polnischen Untergrundes und des PKWN aus dem Raum Białystok gleichermaßen vom rücksichtslosen Vorgehen sowjetischer Truppen, von Demontagen und Übergriffen. Vereinzelt kam es immer wieder zu Raubmorden. Die sowjetische Armee behandelte

27 Kenney, Rebuilding Poland, S. 149f.

28 Vgl. hierzu Mariusz Lesław Krogulski, Okupacja w imię sojuszu. Armia Radziecka w Polsce 1944–1956, Warschau 2000, S. 186–204; Friszke, Polska, S. 111–118, die Zahl dort, S. 115.

29 Vgl. Thum, Die fremde Stadt, S. 75–93; Kenney, Rebuilding Poland, S. 155ff.; Elżbieta Kaszuba, Między propagandą a rzeczywistością. Polska ludność Wrocławia w latach 1945–1947, Warschau/Breslau 1997, S. 110–200; zu den Breslauer Arbeitern: Padraic Kenney, Polish Workers and Stalinist Transformation, in: Norman M. Naimark/Leonid Gibianskii (Hg.), The Eastblishment of Communist Rule in Eastern Europe, 1944–1949, Boulder, Col. 1997, S. 139–166.

30 Siehe auch zum Oppelner Schlesien: Philipp Ther, Die einheimische Bevölkerung des Oppelner Schlesien nach dem Zweiten Weltkrieg: Die Entstehung einer deutschen Minderheit, in: GG 26 (2000), S. 407–438, S. 421ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

die Einheimischen oft wie Feinde. Schon früh machte die Parole von der „neuen Okkupation" in Polen die Runde.[31]

In der Selbstwahrnehmung geriet die kommunistische Herrschaft im Frühjahr 1945 in eine erste Krise. In den Wochen nach der deutschen Kapitulation breitete sich in der polnischen Führung kein Triumphgefühl aus. Im Gegenteil: Die Schwierigkeiten waren gravierend. Die Bilanz der Doppelherrschaft fiel negativ aus, und gleich auf mehreren Feldern spitzte die Lage sich weiter zu. Polen stand am Rande einer Hungersnot, der Kampf gegen die Reste der Heimatarmee ging mit unverminderter Härte weiter, und in den Fabriken streikten häufig die Arbeiter. Der latente Bürgerkrieg mit dem Untergrund brachte den Parteistaat in Verlegenheit, wenn er um das Vertrauen der Gesellschaft warb.[32]

Diese Herrschaftskrise war zugleich eine Krise der Propaganda. Bereits am 27. April hatte die *éminence grise* der PPR, Jakub Berman, auf einer ZK-Sitzung festgestellt: „Unsere Propaganda ist schwach."[33] Vom 20.–21. Mai 1945 fand dann in Warschau ein Plenum des Zentralkomitees statt, auf dem Generalsekretär Władysław Gomułka eine ernüchternde Bilanz zog.[34] Gomułka schrieb den sowjetischen Verbündeten ein hohes Maß an Verantwortung für die Schwierigkeiten zu. Er wies zunächst auf die historischen Hypotheken hin: „Viele sehen in Rußland eine Fortsetzung des alten Rußland – und das Erbe dieses alten Rußland, Kriege, jahrhundertelange Unterdrückung unterminieren die Psyche der Nation. Die Umgestaltung dieser psychischen Einstellungen wird eine langwierige Angelegenheit." Die Schuld für diesen Zustand externalisierte Gomułka jedoch. Er sah die Ursache weniger im Auftreten der Roten Armee als in der Hinterlassenschaft der Zwischenkriegszeit: Die *sanacja* habe das ganze Volk antisowjetisch geprägt. Anschließend kam er jedoch auf die aktuelle Krise zu sprechen. Zur „Vertiefung des Mißtrauens" hätten die Grenzverschiebungen beigetragen. Der gewöhnliche Pole sei zu dem Schluß gekommen, „daß Rußland von Polen ein beträchtliches Stück Land geraubt hat. Dieser Fakt hat eine wesentliche, tiefgreifende Bedeutung." Das Problem der Deportationen und der Gewalt sprach Gomułka nur gewunden an. Er verwies auf „Fehler der sowjetischen Organe" im Umgang mit Polen, die Einfluß auf die öffentliche Meinung genommen hätten. Deutlicher ging er mit der Antwort seiner Partei auf die Krise ins Gericht. Wie zu Zeiten der KPP neige man dazu, die Fakten zu beschönigen. Der Parteibasis warf er vor, ihre Berichte gäben nicht die wirklichen Stimmungen der Bevölkerung wieder. Gomułka behauptete zwar, die Arbeiterklasse stünde mehrheitlich zur Regierung, räumte aber ein, daß die „Agitation der Reaktion über die Sowjetisierung Polens die polnische Seele tief beunruhigt [...]. Die vorteilhaften, enthusias-

31 Vgl. Białostocczyzna 1944–1945 w dokumentach podziemia i oficialnych władz, Warschau 1998; APK, Wojewódzki Urząd Propagandy i Informacji, Nr. 6, Bl. 37.

32 Vgl. Kersten, The Establishment of Communist Rule, S. 142ff.

33 Protokół posiedzenia KC PPR z dnia 27 kwietnia 1945 r., in: Protokoły posiedzeń sekretariatu KC PPR 1945–1946, Warschau 2001, S. 22–31, Zitat S. 22.

34 Zum „Nationalkommunisten" Gomułka siehe Paweł Machcewicz, Władysław Gomułka, Warschau 1995; zu Gomułkas schwieriger Position in der PPR-Führung: Inessa Iazhborovskaia, The Gomułka Alternative: The Untravelled Road, in: Norman M. Naimark/Leonid Gibianskij, The Establishment of Communist Regimes in Eastern Europe 1944–1949, Boulder, Col. 1997, S. 123–138.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

tischen Einstellungen gegenüber der Roten Armee sind stark zurückgegangen." Schließlich kam der Redner zum entscheidenden Punkt: der Wahrnehmung des kommunistischen Regimes als Fremdherrschaft. Für die Zukunft wünschte Gomułka sich: „Die Massen sollten uns als polnische Partei betrachten, sie sollten uns als polnische Kommunisten attackieren und nicht als Agentur [der Sowjetunion, JB]."[35]

Andere Parteiführer stimmten auf dieser Sitzung in das kritische Lamento ein. Aleksander Zawadzki, der schlesische Wojewode, berichtete von starken antisowjetischen Stimmungen in der dortigen Bevölkerung, und Edward Ochab beklagte das Marodieren der sowjetischen Soldaten. Ochab forderte, die Propaganda solle die Souveränität Polens stärker betonen. PPR-Kaderleiter Zenon Kliszko ergänzte, es kursiere im Land das Gerücht, daß alle Verhafteten an den NKVD übergeben und anschließend nach Sibirien deportiert würden. Die Leiterin der ZK-Propagandaabteilung, Helena Kozłowska, konstatierte, daß ihre Arbeit am Boden liege. Sie forderte ein stärkeres Engagement der Partei und bemängelte die schlechte Qualifikation ihrer Mitarbeiter. Zur Freundschaftspropaganda bemerkte Kozłowska: „Die prosowjetische Propaganda ist von Stereotypen geprägt [jest stereotypowa]. Es fehlt sowohl an konkreten Beispielen als auch an der Beschreibung innerer Angelegenheiten und der Annäherung über die Kultur."[36]

Im Mai 1945 war sich die PPR-Führung bewußt, daß ihre Herrschaft von der Gesellschaft als Fremdherrschaft wahrgenommen wurde. Gomułka mahnte seine Mitstreiter, diese Problematik nicht zu verdrängen. Allerdings konnte auch er keine Lösung des Dilemmas anbieten. Trotz der Rhetorik der Nationalen Front wurde die PPR als Vertreterin sowjetischer Interessen, in den Worten Gomułkas als sowjetische „Agentur" auf polnischem Boden wahrgenommen. Dies drückte sich auch in einer alternativen Lesart des Akronyms PPR aus, die sich in dieser Zeit verbreitete. PPR bedeutete demnach nicht *Polska Partia Robotnicza*, sondern *Płatne Pachołki Rosji* – „bezahlte Knechte Rußlands". Helena Kozłowska kritisierte die prosowjetische Propaganda als schematisch und beschrieb damit die engen Grenzen des Sowjetuniondiskurses. Doch es war ihr eigener Apparat, der darüber wachte, wie über die UdSSR gesprochen wurde. Die Propaganda stieß an die selbsterrichteten Grenzen. Ihre schematischen Narrative verhinderten propagandistische Erfolge, doch sie blieben trotzdem sakrosankt. Das größere Problem stellte vermutlich die Rote Armee dar. Die Schutzmacht des Regimes verhielt sich wie eine Besatzungsarmee, die kaum Wert darauf legte, einvernehmliche Beziehungen mit der Bevölkerung herzustellen. All dies war dazu geeignet, bestehendes Mißtrauen zu verstärken. Diejenigen Polen, die während der nationalsozialistischen Besatzung in der Heimatarmee gekämpft hatten, lebten in ständiger Angst vor der Verschleppung nach Sibirien. Viele von ihnen entschlossen sich, „in den Wäldern" zu bleiben. Aber auch unter Arbeitern und Intellektuellen war Unzufriedenheit weit verbreitet. Der historische Ballast und die Realitäten im Lande erwiesen sich als zähe

35 Protokół obrad KC PPR w maju 1945 roku, Warschau 1992, die Analyse Gomułkas S. 7–16, Zitate S. 13–14.

36 A.a.O., Zitate von Zawadzki, Ochab, Kliszko und Kozłowska S. 19, S. 20, S. 25, S. 37.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Gegner des neuen Regimes.[37] Der in Lublin verkündete historische Umschwung in den Beziehungen fand nur in der Propaganda statt.

Im Sommer 1945 war es allerdings noch möglich, Distanz zum neuen Regime zu demonstrieren. Der Parteistaat kontrollierte den öffentlichen Raum noch nicht vollständig. Dies zeigte sich, als im August der Primas von Polen, Kardinal August Hlond, aus Rom zurückkehrte. Am 22. Juli, dem ersten Jahrestag des Julimanifestes, der zum Nationalfeiertag der Volksrepublik erhoben wurde, fanden in Posen gleichzeitig die offizielle Kundgebung zum 22. Juli und ein Festgottesdienst unter freiem Himmel für Hlond statt. Ein sowjetischer General, der die Szenerie beobachtete, berichtete an Georgi Dimitrov nach Moskau, daß nur 3.000 Menschen an der Kundgebung zum Jahrestag des PKWN teilnahmen, während über 30.000 Gläubige mit dem Kardinal die Messe feierten. In direkter Konkurrenz zur katholischen Kirche konnte die PPR nur einen Bruchteil der Bevölkerung mobilisieren. Zugleich manifestierte sich so die Spaltung der Gesellschaft zwischen den Unterstützern des Regimes und seinen mehr oder weniger offenen Gegnern.[38]

1.3 Die Gründung der TPPR

Neben der Repression war von Beginn an die Propaganda ein fester Bestandteil der kommunistischen Herrschaft. Im eroberten Gebiet wurden sämtliche Massenmedien in ihren Dienst gestellt: die Presse, Plakate, Straßentransparente, Broschüren und Flugblätter. Das Regime versuchte, Begriffe zu besetzen und Sprachregelungen festzulegen. So wurde durch einen Erlaß des Propagandaministeriums die offizielle Bezeichnung für die UdSSR von *Związek Sowiecki* [Sowjetunion] in *Związek Radziecki* [Räteunion] geändert. Vermutlich, geschah dies, weil das Wort „sowjetisch" für die polnische Mehrheitsgesellschaft pejorativ besetzt war und der neue Name „polnischer" klang.[39]

Schon im Sommer 1944 in Lublin schuf der Parteistaat sich Institutionen zur Durchherrschung des öffentlichen Raumes und zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. So bildeten die ostpolnische Stadt und das Gebiet zwischen Bug und Weichsel das Experimentierfeld für den Propagandastaat *in statu nascendi*.[40] Neben das defensive Instrument der Zensur trat dabei offensive Propaganda, welche die Legitimität des PKWN gegenüber dem polnischen Untergrundstaat und der Londoner Exilregierung begründen sollte. Die PPR

37 Zur Stimmunslage 1945/46 vgl. auch zusammenfassend: Wojciech Mazowiecki, Pierwsze starcie. Wydarzenia 3 Maja 1946, Warschau 1998, S. 19–48.

38 Ähnliche öffentliche Begeisterung löste auch die Rückkehr des früheren Exilpremiers Stanisław Mikołajczyk aus dem Londoner Exil aus. Zu den Posener Ereignissen siehe: Pismo generala-majora Michaiła Burcewa do kierownika Wydziału Informacji Międzynarodowej KC WKP (b) Georgi Dymitrowa o powrocie do kraju prymasa Polski kardynała Augusta Hlonda, 23.8.1945, in: Polska-ZSRR, S. 136–138.

39 Vgl. Kupiecki, Natchnienie milionów, S. 47.

40 Zur Situation in Lublin und ersten prosowjetischen Demonstrationen unmittelbar nach der Befreiung siehe Izabella Main, Trudne świętowanie. Konflikty wokół obchodów świąt państwowych i kościelnych w Lublinie (1944–1989), Warschau 2004, S. 33–43.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

versuchte einerseits, die Londoner Regierung und ihren bewaffneten Arm, die Heimatarmee, zu diskreditieren. Ihre Propaganda brandmarkte den politischen Gegner als „reaktionär" und rückte das westliche Exil in die Nähe des Kriegsgegners Deutschland. Londoner Politiker wurden nicht in die Gemeinschaft der „Nationalen Front" integriert. Andererseits galt es, die Politik des PKWN zu rechtfertigen. Dabei stellte die enge Verbundenheit zwischen PKWN und PPR mit der Sowjetunion wegen des verbreiteten Mißtrauens der Bevölkerung gegenüber dem sowjetischen Kommunismus ein immenses Problem dar. Die Propagandaabteilung der PPR führte deshalb bereits im ersten halben Jahr ihrer Tätigkeit Kundgebungen der „polnisch-sowjetischen Freundschaft" durch.[41] Am 27. August 1944, nur einen Monat nach dem Einmarsch sowjetischer und polnisch-kommunistischer Truppen in Lublin, setzte das Regime diesem Ereignis ein Denkmal. Auf einer Kundgebung übergaben Repräsentanten des PKWN das Monument der Öffentlichkeit und betonten die Dankbarkeit Polens gegenüber den sowjetischen Soldaten. Das Denkmal befand sich auf dem zentralen Platz der Stadt, *Plac Litewski*, und sollte die „Bruderschaft der Slawen" symbolisieren.[42] Es war das erste Symbol der neuen Herrschaft, und seine rasche Errichtung war Zeugnis der Monumentalisierung der eigenen Geschichte und der Besetzung zentraler Plätze durch das Regime.

Die Propagandaarbeit in Lublin setzte sich im Herbst 1944 fort. Der 7. November wurde in Anwesenheit des sowjetischen Generals Nikolaj Bulganin mit einem Festakt im Theater begangen. Ein Telegramm an Stalin wurde verlesen und abgeschickt – ein weiterer Akt symbolischer Kommunikation mit Moskau. Das Lubliner Amt für Propaganda und Information begründete die Oktoberfeiern damit, daß es sich um den Staatsfeiertag eines Verbündeten handele, und sah in ihnen den „Ausdruck unserer Einstellung zu diesem befreundeten Staat."[43] Die Losungen beschworen sowohl die „polnisch-sowjetische Waffenbrüderschaft" als auch die „Freundschaft der slawischen Völker".[44] In den Jahren 1944 und 1945 duldeten die kommunistischen Herrscher noch, daß die traditionellen polnischen Feiertage – wie etwa der 3. Mai als Tag der Verfassung von 1791, der 15. August als Tag der Streitkräfte und der Unabhängigkeitstag am 11. November – begangen wurden. Vertreter des PKWN beteiligten sich auch an diesen Festen. Die sowjetischen Feiertage stellten zunächst lediglich Ergänzungen des Feierjahres dar; schon im Jahre 1946 beendete die PPR jedoch diese Doppelgleisigkeit.

Am 22. November 1944 wurde in Lublin eine Gesellschaft für polnisch-sowjetische Freundschaft gegründet, die *Towarzystwo Przyjaźni Polsko-Radzieckiej* (TPPR). Offizielle

41 Sprawozdanie za okres lipiec 1944r. – luty 1945r. Archiwum Akt Nowych, Warschau (AAN), KC PPR, Wydział Propagandy, 295/X–3, Bl. 1–4.

42 Das Denkmal war in der Sowjetunion entworfen und hergestellt worden. Es hielt nur ein Jahr und wurde 1945 durch ein neues Monument ersetzt. Am *Plac Litewski* stand bis 1918 die 1873–1876 errichtete russisch-orthodoxe Kathedrale, die in der zweiten polnischen Republik abgerissen wurde. Der Ort hatte also eine Tradition in der Repräsentation der imperialen Macht Rußlands. Vgl. Main, National and Religious Holidays, S. 26f., S. 52f.

43 Obchody Rocznicy Rewolucji Październikowej 1944, Archiwum Państwowe w Lublinie (APL), WUliP 64, unpag.

44 Okólnik w sprawie dnia 7–go listopada, rocznicy Wielkiej Socjalistycznej Rewolucji Rosji, 25.10.1944, APL, KW PPR, 1/V/16, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Darstellungen aus volkspolnischer Zeit behaupten, daß im Herbst 1944 parallel in Lublin, Rzeszów und anderen ostpolnischen Städten Vereine und Gesellschaften zur Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion oder der Roten Armee gegründet worden seien. Die Initiative für die Zusammenschlüsse sei von der Bevölkerung ausgegangen.[45] Aus den vorliegenden Quellen läßt sich diese Behauptung nicht widerlegen. Es ist jedoch Skepsis geboten, weil es sich um einen Topos sowjetischer Propaganda handelt – Initiative der Basis, wo es sich tatsächlich um wohl orchestrierte Kampagnen der Herrschenden handelte – und weil sich belegen läßt, daß die Freundschaftsgesellschaft von Beginn an eng mit polnischen und sowjetischen Stellen kooperierte und trotz knapper Ressourcen unterstützt wurde.[46] Aus Breslau ist bekannt, daß die dortige Gründung der TPPR im April 1945, nur Tage nach der Eroberung der Stadt, auf die Initiative der Wojewodschaftsverwaltung für Propaganda zurückging.[47]

Während die Gründungsumstände unklar bleiben, läßt sich die anfängliche Stoßrichtung der TPPR genau beschreiben. So hieß es in einem Bericht der Agentur Polpress vom 22. November 1944, eine erste Versammlung der TPPR habe unter dem Vorsitz des Schriftstellers Jerzy Kornacki stattgefunden. Die TPPR verfolge das Ziel das „harmonische Zusammenleben Polens mit den Völkern der Sowjetunion zu vertiefen." Die Gesellschaft wolle Treffen zwischen Intellektuellen und Vertretern des politischen Lebens organisieren. Ferner werde sie Schriften zur Verständigung beider Nationen publizieren. Erster Vorsitzender der Organisation sei der Rektor der staatlichen Lubliner Universität, Józef Wasowski.[48] Das erste Statut der TPPR nannte „Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler, Vertreter der polnischen Streitkräfte, politisch-gesellschaftlich Tätige" als potentielle Mitglieder.[49] Die Organisation, die im Herbst 1944 geschaffen wurde, war eine Hülle, in der sich bürgerliche Kreise sammeln sollten. In ihrer Gründungsphase wandte sich die TPPR an intellektuelle Sympathisanten.

Die TPPR entfaltete rasch erste Aktivitäten und bewerkstelligte einen beachtlichen institutionellen Ausbau. In den befreiten Städten wurden regionale Sektionen gegründet. Die Freundschaftsgesellschaft folgte den sowjetischen Truppen auf dem Fuße. Nach der Befreiung Warschaus im Januar 1945 bezog man zunächst ein provisorisches Refugium im östlich der Weichsel gelegenen Stadtteil Praga. Mit Hilfe der Stadtverwaltung erhielt die Freundschaftsgesellschaft jedoch noch 1945 ein repräsentatives Haus an der *Aleja Marszałka Stalina*, der früheren *Aleje Ujazdowskie*, einer zentralen Magistrale. Wenn man die fast vollständige Zerstörung der polnischen Hauptstadt durch deutsche Truppen in Rechnung stellt, so zeigt dies die Bedeutung, die dieser Organisation beigemessen wurde.

45 Vgl. Polsko-radzieckie stosunki kulturalne 1944–1949. Dokumenty i materiały, Warschau 1984, S. 24.
46 Vgl. den Bericht über die Gründungsphase der TPPR in: Gosudarstvennij Archiv Rossiskoij Federacii., Moskau, (GA RF), fond 5283, op. 178, d. 227, unpag.
47 Kaszuba, Między propagandą i rzeczywistością, S. 148f.
48 Informacja Agencji „Polpress" o zebraniu organizacyjnym Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, in: Polsko-radzieckie stosunki kulturalne, S. 23–24.
49 Założenia statutu Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, in: Polsko-radzieckie stosunki kulturalne, S. 25–27, Zitat S. 26.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Der Ministerrat stattete die TPPR mit einem Startkapital von 300.000 Złoty aus.[50] Verschiedene Dienststellen der Roten Armee, die sowjetische Botschaft und die Konsulate in Krakau, Posen und Danzig unterstützten die TPPR.[51] Gegenüber der polnischen Öffentlichkeit stellte sich die Freundschaftsgesellschaft jedoch nicht als eine staatliche oder mit der Sowjetunion verbundene Organisation dar. Vielmehr betonte das neue Statut der TPPR vom August 1945 wiederum, daß es sich um eine in Warschau registrierte, unabhängige Vereinigung handele. In der Außenwirkung war man in dieser Startphase deutlich darauf erpicht, den Anschein zu wahren, daß es ich um eine private Initiative polnischer Bürger handele. Die gewählte Rechtsform des eingetragenen Vereines unterstrich dieses Bild – eine Form inszenierter Zivilgesellschaft.[52] Um die Jahreswende 1945/46 löste Henryk Świątkowski, ein Politiker des linken Flügels der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), der als Justizminister amtierte, den Journalisten und Professor Wasowski als Präsidenten der Freundschaftsgesellschaft ab. Über die Gründe dieser Ablösung kann nur spekuliert werden; sie könnten sowohl in der jüdischen Herkunft, im Status oder im Gesundheitszustand Wasowskis liegen, der 1947 verstarb. Vielleicht sollte dieses symbolträchtige Amt lediglich an einen Vertreter der PPS übertragen werden.

Der interne Aufbau der TPPR verdeutlicht, daß es sich trotz der öffentlichen Darstellung als Verein von Beginn an um eine Agentur des Propagandastaates handelte: Unter ihrem Dach agierte von Beginn an eine Abteilung für Propaganda, die systematisch auf die öffentliche Meinung einwirkte.[53] Die Professoren und Schriftsteller in den Führungsgremien der TPPR nahmen lediglich eine repräsentative Funktion wahr. Sie sollten ihr Anliegen der Gesellschaft verkörpern und Mitglieder ihres Milieus als Mitstreiter werben. Als Aushängeschilder stellten sie das soziale Kapital der TPPR dar. Das Funktionärskorps, das die eigentliche organisatorische und propagandistische Arbeit leistete, blieb dagegen im Hintergrund.

Was die Begründung des Verhältnisses zur Sowjetunion betraf, lag das Statut der TPPR von 1945 auf der Linie des Julimanifests. An den völkischen Duktus des Jahres 1944 anknüpfend, hieß es in seiner Einleitung, die TPPR entstehe im Moment des Sieges der „brüderlichen slawischen Nationen [bratnie narody słowiańskie]", die unter der Führung der heldenhaften Roten Armee das Joch des Hitlerismus abgeschüttelt hätten. Nun sei durch die „Waffenbrüderschaft" und das „gemeinsam vergossene Blut der Völker der Großen Sowjetunion und Polens [wspólna danina krwi narodów Wielkiego Związku Radzieckiego i Polski]" der polnische Staat wiedererstanden. In dieser historischen Situation habe sich die

50 Sprawozdanie z działności Tymczasowego Zarządu Głównego za okres od listopada 1944 r. do dnia 1 sierpnia 1945 r., ohne Datum [Sommer 1945] GA RF, fond 5283, op. 17., d. 228,. l. 4–6. Zwischen Januar und August 1945 erhielt die TPPR weitere 450.000 Złoty vom Ministerrat, ebd., l. 34.

51 GA RF f. 5283, op. 17. d. 229, l. 129–130, d. 234, l. 20–21, l. 96, l. 137, l. 217; d. 236, l. 29.

52 Seit dem 20. November 1945 war die TPPR kraft einer Entscheidung des Bürgermeisters von Warschau als Vereinigung registriert. Statut Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, Warschau 1945, S. 16.

53 Sprawozdanie z działalności Tymczasowego Zarządu Głównego za okres od listopada 1944 r. do dnia sierpnia 1945 r., ohne Datum [Sommer 1945], GA RF, fond 5283, op. 17., d. 228,. l. 18 , nennt als Untergliederungen der Propagandaabteilung die Bereiche Presse, Reisen in die UdSSR, Bibliothek, Radio, Sichtwerbung, Referenten und Kino.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

TPPR konstituiert, um folgende Ziele zu verfolgen: „a) Die Vertiefung des harmonischen Zusammenlebens Polens mit den Völkern der UdSSR; b) Annäherung und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern in politisch-gesellschaftlichen Fragen und auf wirtschaftlichem und kulturellen Gebiet; c) größtmögliche Realisierung der Idee der Demokratie in beiden Ländern; d) Beitragen zur Vertiefung des Grundsatzes des friedlichen Zusammenlebens aller demokratischen Nationen, insbesondere aber die Vereinigung der slawischen Völker."[54] Hier gab sich die TPPR betont moderate Ziele. Um skeptische Teile der polnischen Eliten zu gewinnen, waren die Propagandisten bereit, ihre Rhetorik zwar national aufzuladen und mit völkischen Untertönen zu versehen, jedoch auf kommunistische Ideologie zu verzichten. Mit den allgemein formulierten Zielen konnten sich diejenigen identifizieren, die einen Neuanfang in den polnisch-russischen Beziehungen für wünschenswert hielten. Der Grundsatz der Gleichheit und des Respekts schien gewahrt; Hinweise auf das kommunistische Herrschaftssystem in der UdSSR fehlten. Während der gemeinsame Kampf im Krieg beschworen wurde, verschwanden politische Ziele hinter der Floskel der „größtmöglichen Realisierung der Idee der Demokratie." In der sowjetischen Logik bedeutete dies die Übernahme des stalinistischen Systems.

Noch deutlicher als im Statut traten der Nationalismus und die völkische Rhetorik in den 1945/46 im Umfeld der TPPR erschienen Schriften hervor. Die prosowjetische Propaganda des Lubliner Polen folgte mit ihrem Appell an nationale Gefühle nicht nur den Vorgaben der Komintern, die für Polen die „Nationale Front" gefordert hatte, sie begründete auch eine Legitimationsstrategie, die die gesamte Epoche kommunistischer Herrschaft prägte.[55] Die TPPR ergänzte den nationalistischen Herrschaftsdiskurs um den wiederbelebten Panslawismus, der durch seine Herkunft aus dem Zarenreich historisch kontaminiert war.

Die Bindung Polens an die Sowjetunion, die sich in der engen Zusammenarbeit der provisorischen Regierung mit der UdSSR abzeichnete, bezeichnete die TPPR-Propaganda als historische Lehre, nationalen Auftrag und geopolitische Notwendigkeit. Die polnischen Autoren Wiktor Kornatowski und Henryk Batowski stellten in ihren Schriften den neuen Panslawismus in einen historischen Zusammenhang.[56] Sie konstruierten eine Analogie zwischen dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges und der Schlacht bei Tannenberg im Jahr 1410. Die in der polnischen Tradition als Sieg von Grunwald bekannte, vernichtende Niederlage des Deutschen Ordens gegen ein litauisch-polnisches Heer galt bei ihnen als Analogie zum Triumph von 1945. In der panslawischen Lesart ergab sich aus beiden Ereignissen eine historische Lehre, die das neue Polen zu beherzigen habe: Nur wenn die slawischen Völker zusammenstünden, könnten sie der deutschen Bedrohung trotzen. In den Jahrhunderten nach Tannenberg sei es den Deutschen immer wieder gelungen, Zwietracht und Mißtrauen unter den slawischen Nationen zu verbreiten; diese Entwicklung sei nun zu Ende, und ein Zeitalter der slawischen Hegemonie in Europa werde anbrechen. Die Wende in den polnisch-russischen Beziehungen werde ein goldenes Zeitalter für beide Völker

54 Statut Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, Warschau 1945, S. 3.

55 Vgl. Zaremba, Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm, S. 134–174.

56 Vgl. Wiktor Kornatowski: Podstawy polskiej polityki słowiańskiej. Rozwoj idea słowiańskiej a stosunki polsko-rosyjskie, Warschau 1946; Henryk Batowski, Współpraca Słowiańska. Zagadnienia polityczne, kulturalne i gospodarcze w przeszłości i teraźniejszości, Warschau 1946.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

einleiten. In ihrer Orientierung an der Fachsprache der Historiker zeigt sich, daß diese Schriften für die polnische Elite verfaßt waren. In einer volkstümlicheren Variante, die dem Leser lange Exkurse in die mittelalterliche Geschichte ersparte, fand sich dieses Argument jedoch bereits 1945 in einer Broschüre des ersten Sekretärs der TPPR, Jan Karol Wende.[57]

Der Panslawismus der Nachkriegszeit war nicht nur Diskurs, der Parteistaat schuf eine ganze „Bewegung", um ihn zu verbreiten. Im Sommer 1945 entstanden – in unerklärter Konkurrenz zur TPPR – „Slawische Komitees" in Städten wie Krakau, Łódź, Posen oder Breslau. Parallel zu den Bemühungen der TPPR wandten sich diese Komitees ebenfalls an regionale Eliten. Im Januar 1946 verabschiedeten sie in Warschau das Statut eines gesamtpolnischen Slawischen Komitees, das sogleich mit einer Resolution an die Öffentlichkeit trat.[58] Die Resolution betonte wiederum, daß es sich bei dieser slawischen Bewegung keineswegs um eine Neuauflage des imperialen Panslawismus der Zarenzeit handele: „Die polnische Nation hat verstanden, daß die zeitgenössische slawische Bewegung eine neue Strömung ist, ein natürlicher Ausdruck unserer nationalen Instinkte [naturalny ruch naszego instynktu narodowego], der Instinkte des Lebens und der Selbstverteidigung." Mit der Beschwörung „natürlicher nationaler Instinkte" bemühte die Propaganda erneut völkische Metaphorik. Der neue Panslawismus versuchte, die Fremdheit und das Mißtrauen gegenüber dem sowjetischen Rußland durch die Konstruktion enger Verwandtschaft zu überwinden. Neben dieser Verwandtschaft sollte die Interessengemeinschaft im Kampf gegen die Deutschen die polnisch-sowjetische Beziehung kitten.

Zu Beginn des Jahres 1946 hatte die PPR diese neuen Instrumente – die TPPR und die slawische Bewegung – geschaffen, mit deren Hilfe sie die Einstellung der Bevölkerung zu beeinflussen glaubte. Die Vertrauenskrise des Jahres 1945 sollte so überwunden werden. Im August 1945 hatte das Sekretariat des ZK sogar angeregt, einen Plan auszuarbeiten, wie die TPPR zur Massenorganisation weiterentwickelt werden könnte.[59] Diese Idee setzte die Staatspartei jedoch zunächst nicht um. Vermutlich zögerte die PPR, weil sie sich im Herbst 1945 und durch das ganze Jahr 1946 hindurch anderen dringenden Problemen widmen mußte. Dabei handelte es sich um die Auseinandersetzung mit der erstarkenden oppositionellen Bauernpartei *Polskie Stronnictwo Ludowe* (PSL) unter ihrem aus London zurückgekehrten Vorsitzenden Stanisław Mikołajczyk und um die ersten beiden großen Propagandakampagnen des kommunistischen Polen: das Referendum vom 30. Juni 1946 und die Wahlen vom Januar 1947.[60]

---

57 Jan Karol Wende, Polska a Związek Radziecki, Warschau 1945. Siehe auch in ähnlicher Argumentation: Henryk Świątkowski, Słowianie a idea pokoju, *Przyjaźń* 1946, Nr. 2, S. 12–13; ders., Zagadnienie współpracy słowiańskiej, *Przyjaźń* 1946, Nr. 10, S. 6–8.

58 Statut Komitetu Słowiańskiego w Polsce, in: Polsko-radzieckie stosunki kulturalne, S. 95–100; Rezolucja Komitetu Słowiańskiego w Polsce w sprawie programu działania, in: ebd., S. 100–103.

59 Protokół z posiedzenia Sekretariatu Komitetu Centralnego odbytego w dniu 16 sierpnia 1945 r, in: Protokoły posiedzeń sekretariatu KC PPR 1945–1946, Warschau 2001, S. 92–95, Beschluß S. 94.

60 Zu Stanisław Mikołajczyk und der Bauernpartei PSL siehe: Andrzej Paczkowski, Stanisław Mikołajczyk czyli klęska realisty, Warschau 1991.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

1.4 Das Referendum und der Ausbau der TPPR

Am 1. Januar erklärte die von der sowjetischen Armee in polnischer Sprache publizierte Tageszeitung *Wolność* [Freiheit] das Jahr 1946 zum „Neuen Jahr der Freundschaft", das eine „neue wichtige Ernte" bringen werde.[61] Dazu mußte der Garten der Freundschaft reich bestellt werden. Tatsächlich verstärkte der Parteistaat seine Propagandaanstrengungen erheblich. Erstmals griff das Regime zum Mittel landesweiter konzertierter Kampagnen. Dazu boten sich nun günstigere Voraussetzungen: Die unmittelbare Nachkriegszeit mit ihrem Chaos, den massenhaften Migrationen und dem schleppenden Prozeß des Aufbaus einer neuen Administration ging zu Ende. Obwohl die Stimmungslage weiterhin kritisch war – Unzufriedenheit mit und Distanz zum Regime blieben weit verbreitet – gab es Zeichen fragiler Stabilisierung. Jedoch war die legale Opposition um die PSL nicht bereit, den Kommunisten die politische Macht und den öffentlichen Raum widerstandslos zu überlassen. Sie hatte bis zu den versprochenen Wahlen noch die Möglichkeit, ihre alternativen Konzepte, unter anderem zum polnisch-russischen Verhältnis, vorzustellen – auch wenn die Freiheiten im Laufe des Jahres drastisch beschnitten wurden und die Repressionen gegen ihre Vertreter zunahmen.

Doch das Jahr 1946 begann mit der Beschwerde des PPR-Chefs an die Adresse der UdSSR. Im Januar entschloß sich Władisław Gomułka, die anhaltenden Übergriffe der Roten Armee bei den sowjetischen Verantwortlichen anzuzeigen. Da die Gewalttätigkeiten gegen Zivilisten unvermindert andauerten, formulierte Gomułka in seiner Funktion als Minister für die wiedergewonnenen Gebiete ein Schreiben an die Marschälle Georgij Žukov und Konstantin Rokossovski sowie den Botschafter der UdSSR in Warschau, Viktor Lebedev. Die Probleme konzentrierten sich in den Westgebieten, weil hier das Gros der sowjetischen Truppen stationiert war. Gomułka erklärte den Generälen, das „Zusammenleben beider Nationen" gestalte sich „nicht harmonisch": „Die Einstellung der Einheiten der Roten Armee gegenüber der polnischen Bevölkerung in den wiedergewonnenen Gebieten ist häufig feindselig, was bei der polnischen Bevölkerung eine Stimmung der Verbitterung und der Verdrossenheit hervorruft. Das Verhalten einiger Einheiten der Roten Armee, die Gewalt, Raub, Plünderung und Mord an der polnischen Bevölkerung zulassen, erschwert die polnische Aktion in den Wiedergewonnenen Gebieten, und die deutsch-freundliche Politik einiger Militärkommandanten verstärkt noch die Schwierigkeiten, die wir bei der Bewirtschaftung dieser Gebiete überwinden müssen."[62]

---

61 Nowy rok przyjaźni, *Wolność*, 1.1.1946.

62 Der Minister für die Wiedergewonnen Gebiete an die Marschälle der Sowjetunion Georgij Žukov und Konstantin Rokossovski und den Botschafter der UdSSR in Warschau Viktor Lebev über Konflikte der polnischen Administration mit der Roten Armee, 10.1.1946, in: Włodzimierz Borodziej/Hans Lemberg (Hg.), „Unsere Heimat ist ein fremdes Land geworden ..." Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven, Band 1, Marburg 2000, S. 204–206. Die Herausgeber weisen darauf hin, daß nicht sicher ist, ob der Brief tatsächlich abgeschickt wurde. In jedem Fall zeigt das Dokument die Dringlichkeit des Problems, die auch sowjetische Stellen durchaus erkannt hatten. So wies ein Bericht des sowjetischen Konsulats in Danzig vom Dezember 1945 darauf hin, daß die antisowjetische Stimmung auf „Exzesse" der Roten Armee zurückzuführen sei. Vgl. Iz informacii konsul'stva SSSR v Gdan'ske o političeskom i ėkonomičeskom položenii voevodstva,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Władisław Gomułka stellte „im Namen der Aufrichtigkeit der polnisch-sowjetischen Freundschaft" konkrete Forderungen an das sowjetische Militär. Er verlangte das Ende der Einquartierung in Privathäusern und ein striktes Vorgehen gegen die Verbrüderung zwischen Russen und Deutschen. Gomułka mahnte eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden und die „Anwendung strengster Strafen gegenüber Soldaten der Roten Armee an, die bei Plünderung, Raub oder Vergewaltigung von Frauen" ertappt werden. Schließlich forderte er ein Verbot übermäßigen Alkoholgenusses und die Übergabe sämtlicher Spiritusbrennereien der Westgebiete in polnischen Besitz. Seine Initiative zeigt, daß das Verhalten der Roten Armee weiterhin ein ernstes Problem darstellte. Nicht nur erinnerte die Präsenz russischer Truppen an die beschränkte Souveränität Polens, die sowjetischen Einheiten straften mit ihrem Verhalten die Freundschaftspropaganda Lügen. Der prominenteste polnische Kommunist beschwerte sich darüber, daß die sowjetische Armee nicht als Verbündeter, sondern als Besatzer auftrat. Gomułka brach – wenn auch nur intern – das Tabu, die Gewalttätigkeiten der sowjetischen Armee zu thematisieren. Mittlerweile hatten der antikommunistische Untergrund und die politische Opposition allerdings eigene Strategien entwickelt, um aus der sowjetischen Präsenz in Polen politisches Kapital zu schlagen.

Seit 1945 versuchten Teile der Opposition, die neue Herrschaft dadurch zu diskreditieren, daß sie die engen Verbindungen der PPR zur Sowjetunion herausstellten. Der polnische Untergrund verfolgte das Ziel, den Widerspruch zwischen der nationalen Rhetorik der PPR und ihrer Abhängigkeit von Rußland zu thematisieren. Dabei bediente die Opposition häufig antisemitische Klischees aus der Zwischenkriegszeit, wie Flugblätter und Aufrufe belegen, die in Berichten und Bulletins des Sicherheitsministeriums überliefert sind.[63] Das

---

15.12.1945, in: Sovetskij faktor v vostočnoj evrope 1944–1953 v dvuch tomach. Dokumenty, tom 1, 1944–1948, Moskau 1999, S. 252–258. Daß Kritik ausländischer Kommunisten an der Roten Armee zu erheblichen Verstimmungen auf sowjetischer Seite – insbesondere bei Stalin – führen konnte und die Kritiker rasch mit dem Verdikt „antisowjetisch" belegt werden konnten, erfuhr bereits 1945 der jugoslawische Kommunist Milovan Djilas, der das rücksichtslose Verhalten der Roten Armee beim Durchqueren Jugoslawiens im Kreml angeprangert hatte. Vgl. Milovan Djilas, Gespräche mit Stalin, Frankfurt am Main 1962, S. 113ff.

63 Zum Problem der polnisch-jüdischen Beziehung und des Antisemitismus in der Zwischenkriegszeit, während des Zweiten Weltkrieges Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit vgl. bspw. Dietrich Beyrau, Antisemitismus und Judentum in Polen 1918–1939, in GG 8 (1982), S. 205–223; Krystyna Kersten, Żydzi – władza komunistów, in: dies., Polacy. Żydzi. Komunizm. Anatomia półprawd 1939–68, Warschau 1992, S. 76–88; Jan Tomasz Groß, „Jeder lauscht ständig, ob die Deutschen schon kommen. Die zentralpolnische Gesellschaft und der Völkermord, in: Włodzimierz Borodziej/Klaus Ziemer (Hg.), Deutsch-polnische Beziehungen. 1939 – 1945 – 1949, Osnabrück 2000, S. 215–234; ders., A Tangled Web, S. 241–288; Klaus-Peter Friedrich, Der nationalsozialistische Judenmord in polnischen Augen. Einstellungen in der polnischen Presse 1942–1946/47, Phil. Diss. Köln 2002; ders., Die Legitimierung ‚Volkspolens' durch den polnischen Opferstatus. Zur kommunistischen Machtübernahme in Polen am Ende des Zweiten Weltkrieges, in: ZfO 52 (2003), S. 1–51. Die Frage, ob der kommunistische Sicherheitsapparat tatsächlich von Agenten jüdischer Abstammung dominiert wurde untersucht Andrzej Paczkowski, Zydzi w UB: próba weryfikacji stereotypu, in: Tomasz Szarota (Hg.), Komunizm. Ideologia, system, ludzie, Warschau 2001, S. 192–204. Während in Polen der Antisemitismus primär von Bevölkerung, Opposition und Kirche genährt wurde, traten in Rußland und der Ukraine nach dem Krieg ähnliche Stimmungen auf; gleichzeitig wurde der Antisemitismus jedoch in der UdSSR Teil des offiziellen Diskurses, die jüdischen Einrichtungen geschlossen und Juden wegen

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

kommunistische Regime wird in ihnen nicht nur als russisch-bolschewistische, sondern als „jüdisch-kommunistische" Fremdherrschaft bezeichnet. Dabei wurde entweder behauptet, der Bolschewismus sei eine jüdische Erfindung, die PPR sei von Juden beherrscht oder die Sowjetunion schicke Juden nach Polen, die nun als Stellvertreter Moskaus die Macht in Händen hielten. Im September 1945 kursierte in der Wojewodschaft Krakau ein Flugblatt, in dem erklärt wurde, über 60.000 Juden aus der Sowjetunion seien nach Polen zurückgekehrt und an die Macht gelangt.[64] In den Informationsbulletins der Staatssicherheit finden sich ebenfalls Belege für die Koppelung von Antisemitismus und Antikommunismus in oppositionellen Schriften. So vermerkte ein Bericht aus dem September 1946, Flugblätter des Untergrundes endeten „üblicherweise [sakramentalny]" mit der Formel „Nieder mit der Judenkommune! [Precz z żydokomuną!] Nieder mit der PPR!"[65] In den Dokumenten des Parteistaates klassifizierte man antisemitische Äußerungen in der Regel als „antisowjetische und antidemokratische/antistaatliche Propaganda". Dies verdeutlicht, daß im Selbstverständnis der Herrschenden die Begriffe „antisowjetisch" und „antistaatlich" bereits eine synonyme Bedeutung hatten; eine Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus fand nicht statt.

Im September 1946 berichtete ein sowjetischer Offizier an den Moskauer ZK-Sekretär Michail Suslov, daß in der Wojewodschaft Schlesien antisowjetische Stimmungen mit antisemitischen Untertönen herrschten.[66] In einem Flugblatt aus dem November forderten die Verfasser, die sich auf das Erbe des Nationalhelden Tadeusz Kościuszko beriefen, die Freilassung „unserer Brüder aus Sibirien" – gemeint waren die deportierten Polen. Sie riefen ihre Landsleute zu den Waffen gegen die Regierung und schlossen ebenfalls mit „Nieder mit der Judenkommune!"[67] Der Antisemitismus beschränkte sich jedoch nicht auf die Opposition „in den Wäldern". Auch Teile der Industriearbeiterschaft erkannten in „den Juden" die „neuen Herren".[68] Diese antisemitischen Stimmungen entluden sich im Sommer 1946 in Krakau und Kielce in gewalttätigen Pogromen.[69] Auch die PPR sowie weite Teile

---

ihrer Nationalität Opfer parteistaatlicher Repression. Vgl. Amir Weiner, When Memory Counts. War, Genocide and the Postwar Soviet Jewry, in: ders. (Hg.), Landscaping the Human Garden Twentieth Century Population Management in a Comparative Framework, Stanford, Cal. 2003, S. 167–188; ders., Nature and Nurture in a Socialist Utopia, S. 265ff.

64 APK, Urząd Wojewódzki. Sprawozdanie, 20.9.1945, Bl. 148. Tatsächlich siedelten im Rahmen der sog. Repatriierung polnischer Staatsbürger aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten der Sowjetunion 245.000 polnische Staatsbürger jüdischer Abstammung, die den Holocaust überlebt hatten, nach Polen um. Vgl. Kersten, The Establishment of Communist Rule, S. 215.

65 Biuletyn Informacyjny Nr. 9, 14.9.1946, in: Biuletyny informacyjne Ministerstwa Bezpieczeństwa Publicznego 1946, Warschau 1996, S. 31–34, Zitat S. 34.

66 Borys Sapoznikow do kierownika Wydziału Polityki Zagranicznej KC WKP (b) Michaila Suslowa, 21.9.1946, in: Polska-ZSRR, S. 150–161, S. 158f.

67 Biuletyn Informacyjny Nr. 4, 28.11.1946, in: Biuletyny informacyjne Ministerstwa Bezpieczeństwa Publicznego 1946, S. 81–88, Zitat S. 88.

68 Vgl. Padraic Kenney, Whose Nation, Whose State? Working-Class Nationalism and Antisemitism in Poland 1945–1947, in: Polin 13 (2000), S. 224–235; ders., Rebuilding Poland, S. 110ff.

69 Die genauen Umstände der Ausschreitungen in Kielce, bei dem ein Mob 42 jüdische Mitbürger ermordete, sind bis heute nicht geklärt. Vgl. Krystyna Kersten, Pogrom Żydów w Kielcach – znaki zapytania, in: dies., Polacy. Żydzi. Komunizm. Anatomia półprawd 1939–68, Warschau 1992, S. 89–142;

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

der staatlichen Verwaltung verhielten sich negativ gegenüber Juden, insbesondere gegenüber Überlebenden des Holocaust, die ihre Habe zurückforderten.[70] Die antisemitische Argumentation der Opposition war demnach keine gesellschaftliche Außenseiterposition. Die Auseinandersetzung um eine legitime Repräsentation der polnischen Nation wurde vom Regime und Teilen der Opposition mit völkisch grundierten Argumenten geführt. Dabei bedienten sich sowohl der Parteistaat als auch der Untergrund aus dem Ideenreservoir der Zwischenkriegszeit.

In der Öffentlichkeit setzte sich der Parteistaat nur indirekt mit den Argumenten der Opposition auseinander. Auf die antisowjetischen Stimmungen reagierte er mit einer Intensivierung der Freundschaftspropaganda. Dies führte im Frühjahr 1946 zur Herausgabe einer TPPR-Monatszeitschrift, die seit März unter dem Namen *Przyjaźń* [Freundschaft] erschien. Neben der Verbreitung des Sowjetuniondiskurses widmete sich das Blatt der Begründung des polnisch-sowjetischen Bündnisses und brachte Nachrichten über die Aktivitäten der TPPR. Für *Przyjaźń* schrieben prominente Funktionäre wie der Premierminister Edward Osóbka-Morawski und der Vertraute Gomułkas, General Marian Spychalski.[71] Sie wiederholten hier die panslawische Argumentationslinie. Andere Artikel in *Przyjaźń* lassen sich als Reaktion auf kritische Stimmen und Gerüchte lesen. So war in der Bevölkerung die Meinung weit verbreitet, Polen werde von der UdSSR ökonomisch ausgeplündert.[72] Die Reparationen aus den Westgebieten und die Kohlenlieferungen aus Schlesien untermauerten diesen Eindruck. Ein Artikel über die polnisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen nahm dieses Thema auf, indem er die „reaktionäre Propaganda" mit der „Wirklichkeit" verglich.[73] Die Zeitschrift nahm die Aufgabe wahr, kritische Auffassungen zu entkräften und die „Wahrheit" des Regimes zu verbreiten.

Die Ereignisse um den 1. Mai 1946 zeigen die Bemühungen der Regierung, ihre Kontrolle über den öffentlichen Raum und die politische Kultur auszuweiten. Während die Massenfeste zum 1. Mai sich dem sowjetischen Beispiel annäherten – auch wenn vielerorts noch zum Festtag heilige Messen gelesen wurden – versuchte der Parteistaat die Feiern des polnischen Verfassungstages am 3. Mai zu unterbinden, weil sie eine religiöse Komponente beinhalteten. Der 3. Mai verwies auf die Zwischenkriegszeit und die Epoche der Teilungen Polens; sein symbolischer Gehalt ließ sich nicht im kommunistischen Sinne umdeuten. Im kollektiven Gedächtnis besaß der 3. Mai zudem eine antirussische Bedeutung. Diese Kombination von nationaler und religiöser Symbolik und die Nähe zum neuen Staatsfeiertag am

---

Bożena Szajnok, Pogrom Żydów w Kielcach 4 lipca 1946, Warschau 1992; Joanna Michlic-Coren, Polish Jews during and after the Kielce Pogrom: Reports from the Communist Archives, in: Polin 13 (2000), S. 253–267.

70 Siehe Jan T. Gross, Stereotypes of Polish-Jewish Relations after the War. The Special Commission of the Central Committee of Polish Jews, in: Polin 13 (2000), S. 194–205.

71 Edward Osóbka-Morawski, Polska a ZSRR, *Przyjaźń* 1946, Nr. 1, S. 2; Marian Spychalski, Droga przyjaźni, *Przyjaźń* 1946, Nr. 1, S. 7–8.

72 Vgl. bspw. Sprawozdanie dekadowe za okres od 15.11. do 30.11.1946, AAN, Ministerstwo Informacji i Propagandy, Nr. 973, Bl. 39–42.

73 Polsko-radzieckie stosunki gospodarcze, *Przyjaźń* 1946, Nr. 1, S. 14–16.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

1. Mai drängten das Regime dazu, öffentliche Feiern des 3. Mai zu verhindern, die leicht in eine oppositionelle Manifestation umschlagen konnten.

Den Kulminationspunkt des Widerstandes gegen den parteistaatlichen Versuch, den öffentlichen Raum zu usurpieren, bildete Krakau. Diese Stadt stellte mit ihren bürgerlichen und katholischen Traditionen für die PPR ein schwieriges Pflaster dar. So vermerkte ein Bericht der Wojewodschaftsverwaltung aus dem Frühjahr 1946, die Aktivitäten der TPPR hätten keinen bestimmenden Einfluß auf die öffentliche Meinung.[74] Nach den offiziellen Feierlichkeiten am 3. Mai 1946 – einem Gottesdienst in der Marienkirche – kam es zu gewalttätigen Zusammenstößen auf den Straßen der Altstadt. Schon morgens verhaftete der Sicherheitsdienst zahlreiche Menschen in der Innenstadt. Nach der Heiligen Messe zogen Studenten, Schüler, Pfadfinder und andere Gottesdienstbesucher durch die Stadt. Sie skandierten „Es lebe Mikołajczyk, Mikołajczyk als Präsident, die Armee ist mit uns [wojsko z nami]". Die Demonstranten sangen religiöse und nationale Lieder, skandierten antikommunistische Parolen und ließen das „polnische Lemberg [polski Lwów]" hochleben oder forderten „Wir wollen Wilna und Lemberg". Auf dem Großen Markt fielen Schüsse in Richtung des Gebäudes der PPR; der Demonstrationszug löste sich daraufhin auf und die Menschen verteilten sich im Stadtgebiet. Vor dem Gebäude der Verwaltung für Information und Propaganda riefen die Demonstranten „Wir wollen keine Propaganda! Demokratie braucht keine Propaganda!" und „Lemberg und Wilna sind unser". Von der Miliz und der Staatssicherheit wurden mehrere Hundert von geschätzten 10.000 Teilnehmern verhaftet. Die offizielle Presse sprach von „Provokationen".[75]

Die Ereignisse vom 3. Mai 1946 beschränkten sich nicht auf Krakau. In anderen Landesteilen, vor allem in Schlesien, kam es an diesem Tag zu ähnlichen Zusammenstößen.[76] Auch hier waren vielfach Schüler und Studenten in die Auseinandersetzungen verwickelt. Aus Kattowitz berichtete die PPR, daß sich hier besonders Jugendliche aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten an den Feiern zum 3. Mai beteiligten. Aus anderen schlesischen Städten meldete der Sicherheitsdienst, daß antisowjetische und antisemitische Parolen skandiert worden seien. An vielen Stellen schritt die Polizei mit Gewalt gegen die Demonstranten ein. Wenige Tage später verkündete Jakub Berman auf einer Konferenz der PPR, es sei „unser eisernes Recht" der „Reaktion" die Straße nicht zu überlassen. Damit rechtfertigte er die Gewaltanwendung durch Polizei und Staatssicherheit. Die Parteispitze war nicht länger gewillt, öffentliche Manifestationen der Opposition hinzunehmen. Im Gegenteil: Der Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung ihrer öffentlichen Ordnung schien den Machthabern selbstverständlich.[77]

---

74 APK, Urząd Wojewódzki, 11.3.1946, Bl. 67.

75 Mazowiecki, Pierwsze starcie, S. 83–112, Zitate der von den Demonstrierenden skandierten Parolen S. 88, 91, 94, 95, 97, 99 und 102. Siehe auch Connelly, Captive University, S. 109f.

76 In Łódź kam es im Anschluß an die Auseinandersetzungen des 3.5.1946 zu Streiks, in denen sich Industriearbeiter mit Schülern und Studenten solidarisierten. Vgl. Kenney, Rebuilding Poland, S. 112ff.

77 Mazowiecki, Pierwsze starcie, S. 113–155, das Zitat Jakub Bermans auf S. 155.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Diese gewalttätige Konfrontation im öffentlichen Raum zeugt von der Bedeutung, die Staatsmacht und Opposition den Feiertagen zumaßen. Ferner macht das Beispiel des 3. Mai deutlich, wo die gesellschaftlichen Konfliktlinien verliefen. Dem Regime ging es um eine Säkularisierung der politischen Festkultur, um ihre Annäherung an das sowjetische Vorbild und um die exklusive Besetzung des öffentlichen Raumes mit denjenigen Symbolakten, die eindeutig seine Politik stützten. Die Opposition bestritt an diesem 3. Mai den Alleinvertretungsanspruch des Regimes und seine Versuche, die Öffentlichkeit nach eigenem Belieben zu nutzen, zu bewirtschaften und zu beherrschen. An diesem Tag gelang es den jungen Demonstranten, Tabus zu brechen und den politischen Anliegen und Themen der PSL und ihrer Sympathisanten Gehör zu verschaffen. Dazu gehörte neben der Unterstützung Stanisław Mikołajczyks insbesondere der Protest gegen die neue polnische Ostgrenze. Die Behauptung, Polen sei im Westen ausreichend für seine territorialen Verluste entschädigt worden, wurde vehement bestritten. Die Demonstranten fanden sich nicht mit der sowjetischen Annexion Ostpolens ab. Auch der offiziellen Erzählung vom panslawischen Bündnis und Freundschaft mit der Sowjetunion trat man offen entgegen. Die Proteste der Krakauer Schüler und Studenten gegen die Verwaltung für Propaganda und Information verdeutlichen, daß diese den Propagandastaat ablehnten und sich des Wertes einer freien Öffentlichkeit sehr wohl bewußt waren.

Wie der Parteistaat seine Herrschaft inszenierte, zeigte wenige Wochen später der erste gesamtpolnische Kongreß der TPPR, der vom 1.–3. Juni in Warschau tagte. In seinem Ablauf orientierte sich die Veranstaltung an einem bewährten Schema, das man aus dem Propagandarepertoire der Sowjetunion übernahm. Dort hielten die gesellschaftlichen Massenorganisationen regelmäßig Allunionstreffen ab, auf denen sie ihre Agenda für die nächsten Jahre beschlossen. Gesellschaftliche „Bewegungen" wie die Stachanovarbeiter oder privilegierte Berufsgruppen wie die Schriftsteller veranstalteten solche Treffen, deren Ablauf einem festen Drehbuch folgte und die nicht auf den Austausch unter den Delegierten, sondern auf Wirkung in der repräsentativen Öffentlichkeit abzielten. Letztlich imitierten diese Veranstaltungen die Parteitage der KPdSU, die seit Ende der zwanziger Jahre ebenfalls nach einem festgelegten Muster abliefen und aus verschiedenen Akten symbolischer Kommunikation bestanden.

Der erste Kongreß der TPPR war eine ununterbrochene Darstellung nationaler Einigkeit in der Frage polnisch-sowjetischer Freundschaft. Damit stellte er das Gegenprogramm zu den Unruhen des 3. Mai dar. Etwa 2.500 Delegierte aus allen Teilen Polens hatten sich in Warschau versammelt. Delegationen aus den Westgebieten in polnischen Trachten schmückten den Saal. Die Bühne zierten polnische und sowjetische Fahnen, und über dem Podium schwebte die Darstellung eines polnisch-sowjetischen Händedrucks.[78] Die Opposition war auf der Veranstaltung nicht repräsentiert; sie war bereits kein Bestandteil der hier inszenierten einigen polnischen Nation mehr. Henryk Świątkowski, seit Anfang 1946 neuer Vorsit-

78 Kongres Tow. Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, *Przyjaźń* 1946, Nr. 5, S. 1. Vgl. auch Serdecznie witamy Kongres Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radziekiej – wielka manifestacja przyjaźni, *Wolność*, 1.6.1946.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

zender der TPPR, begrüßte die Vertreter der Regierung, der sowjetischen Botschaft, der Roten Armee, der polnischen Armee sowie polnischer und sowjetischer Massenorganisationen. Mit Świątkowski stand nun ein Repräsentant der sozialistischen PPS an der Spitze der „Freundschaftsbewegung". Damit sollte ausgedrückt werden, daß das Bündnis mit der UdSSR ein überparteiliches, die gesamte Nation betreffendes Anliegen sei. Die Versammlung sollte eine doppelte Botschaft vermitteln: Sie stellte sowohl die Einheit der polnischen Nation als auch die Freundschaft zwischen Polen und der UdSSR dar. Mit ihrem ersten Kongreß etablierte sich die TPPR als Bestandteil der repräsentativen Öffentlichkeit.

Während des Kongresses traten polnische Repräsentanten sowie sowjetische Gäste vor das ausgesuchte Publikum. Beginnend mit der Begrüßungsansprache Świątkowskis variierten alle Redner das Leitthema polnisch-sowjetischer Freundschaft, wobei insbesondere der gemeinsam gewonnene Krieg und die panslawische Solidarität die Ausführungen dominierten. Neben die deutsche Gefahr, die man gemeinsam bezwungen hatte, trat nun im Sommer 1946 als neues Feindbild ein westlicher Politiker: Die Rolle als neuer „Feind Polens" bekam Winston Churchill zugewiesen.[79] Die „einstimmig" verabschiedete Resolution des Kongresses betonte das gemeinsame Eintreten beider Nationen für den Frieden, setzte der TPPR das Ziel, die „Wahrheit" über das „Neue Rußland" weiter zu verbreiten und forderte die Regierung auf, den kulturellen Austausch mit der Sowjetunion zu intensivieren.[80] Den symbolischen Höhepunkt markierte ein Telegramm an Stalin, in dem die Teilnehmenden versprachen, es sei der Wille der gesamten polnischen Nation die „Mauer der Lügen [mur fałszów]" einzureißen, die von den „Feinden der Freiheit" zwischen 1918 und 1939 errichtet worden sei. Diese öffentliche Verpflichtung gegenüber Stalin verdeutlichte die symbolische Bedeutung des Kongresses für das Umerziehungsprojekt des Regimes. Der Generalsekretär der polnischen Sozialisten, Józef Cyrankiewicz, erklärte in seiner Rede die polnisch-sowjetische Freundschaft zur „Staatsräson" des neuen Polen. Mit dem ersten Kongreß der TPPR, der in die Phase der offenen Auseinandersetzung mit der Opposition fiel, hoffte der Parteistaat vor dem Referendum Ende Juni wieder in die Offensive zu gelangen. Für die repräsentative Öffentlichkeit sollte dieser Kongreß wegweisend sein. Inszenierungen der Einheit und Manifestationen der Freundschaft prägten von nun an die offizielle Sphäre.

Am 30. Juni 1946 fand ein Referendum statt, dessen Zweck es war, den Termin für die in Jalta versprochenen freien Wahlen hinauszuzögern und zugleich die Unterstützung der Bevölkerung zu demonstrieren. In drei suggestiv formulierten Fragen sollte die Bevölkerung drei Kernpunkte der Regierungspolitik sanktionieren: die Abschaffung des Senats, die Wirtschafts- und Landreform und die neuen Grenzen an Oder und Neiße – und damit implizit den Verlust der Ostgebiete jenseits des Bug. In den Wochen vor der Stimmabgabe warf der Propagandaapparat sein ganzes Gewicht in die Waagschale.[81] Dennoch kam das

79 Rząd, wojsko i społeczeństwo witają kongres, *Przyjaźń* 1946, Nr. 5, S. 4–11.

80 Manifest kongresu Tow. Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, *Przyjaźń* 1946, Nr. 5, S. 12–14.; Historyczna manifestacja przyjaźni polsko-radzieckiej, *Wolność*, 3.6.1946.

81 Zur Stimmung unter der Industriearbeiterschaft vor dem Referendum siehe am Beispiel von Łódź und Breslau, Kenney, Rebuilding Poland, S. 44–46.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Regime nicht ohne die massive Fälschung der Ergebnisse aus. In einer Geheimoperation, an der auch Truppen des NKVD teilhatten, wurden die Abstimmungsergebnisse zugunsten der offiziellen Linie verändert. Nur so konnte die Regierung breite Zustimmung zu allen drei Fragen verkünden – tatsächlich hatte die Bevölkerung die ersten beiden Fragen verneint und lediglich die neue Westgrenze mit großer Mehrheit bestätigt. Mit dem Referendum hatte die PPR gezeigt, daß sie die Macht im Staatsapparat fest in der Hand hielt und willens war, die öffentliche Zustimmung zu ihrer Politik nach Belieben zu manipulieren. Die freie Meinungsäußerung wich endgültig der inszenierten Zustimmung.[82]

Die Verschärfung des Kalten Krieges im Herbst 1946 lieferte dem Propagandastaat ein neues Feindbild: die Vereinigten Staaten.[83] Der Antiamerikanismus setzte als Reaktion auf die Rede des amerikanischen Außenministers James Byrnes im September in Stuttgart ein.[84] Die von Byrnes geäußerten Zweifel an der Westgrenze Polens mußten die polnische Politik alarmieren. Das kommunistische Regime ergriff prompt die Gelegenheit, die enge Bindung an die Sowjetunion mit der vermeintlichen Bedrohung durch die USA zu legitimieren. Hatte die Propaganda bisher von der Notwendigkeit einer permanenten Allianz gegen die Deutschen gesprochen, so versuchte man nun, das Ansehen der westlichen Verbündeten zu mindern und die Rolle der Sowjetunion als Garantiemacht der territorialen Integrität des neuen Polen zu stärken. Die USA und Großbritannien stellte das Regime als Freunde der Deutschen dar, die Polen verraten hätten. Diese Kampagne hatte eine innenpolitische Zielrichtung: PPR und PPS versuchten, die starke Stellung der PSL zu unterminieren, indem sie die prowestlichen Positionen der Opposition als Verrat brandmarkten. Damit endete die seit 1944 anhaltende Phase, in der die Freundschaft zur Sowjetunion zwar vom Regime besonders hervorgehoben wurde, die PPR aber zugleich betont hatte, auch mit den westlichen Verbündeten ein gutes Verhältnis anzustreben. Im Frühjahr war mit Churchill noch ein westlicher Politiker als Feindbild aufgebaut worden, der keine Regierungsverantwortung trug. Das änderte sich nun. Weitere prominente westliche Staatschefs avancierten zu Feindbildern: Auf Byrnes folgten bald George C. Marshall und Harry S. Truman als personifizierte Bedrohungen für den Weltfrieden und Freunde der Revanchisten.

Das Verhältnis zur Sowjetunion wurde zur zentralen Frage der polnischen Politik stilisiert. Dem Oppositionsführer Mikołajczyk wurde vorgeworfen, seine Partei sei von „ausländischen Agenten" unterwandert. Die antiwestliche Kampagne in der ersten Septemberhälfte sollte die polnische Gesellschaft überzeugen, daß nur eine prosowjetische Regierung in der

82 Vgl. zur Volksabstimmung: Referendum z 30 czerwca 1946r. Przebieg i wyniki, Warschau 1993. Siehe auch zum nationalen und internationalen Hintergrund Kersten, The Establishment of Communist Rule, S. 232–284.

83 Zum offiziellen Antiamerikanismus siehe Jan C. Behrends, Erfundene Feindschaft und exportierte Erfindung. Der spätstalinistische Antiamerikanismus als sowjetische Leiterzählung und polnische Propaganda, in: Jan C. Behrends/Árpád von Klimo/Patrice G. Poutrus (Hg.), Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa, Bonn 2005, S. 159–186.

84 Zur deutschlandpolitischen Dimension der Byrnes-Rede, vgl. Wolfgang Benz, Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, München [5]1999, S. 52f; Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 100f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Lage sein würde, die Westgebiete für Polen zu sichern. In Warschau fand am 8. September eine Protestkundgebung vor der amerikanischen Botschaft statt. Anschließend demolierten Demonstranten die Zentrale der PSL an der *Aleje Jerozolimskie*. Die sowjetische Regierung schwieg mehr als eine Woche, bis Außenminister Molotov am 17. September die polnische Position in der Grenzfrage unterstützte. Der amerikanische Botschafter in Warschau berichtete nach Washington, die Rede des US-Außenministers und die folgende Propagandakampagne hätten einen großen Eindruck bei der polnischen Bevölkerung hinterlassen.[85] Mit der Grenzfrage konnte das Regime die Gefühle der Menschen erreichen.[86]

Zwischen Frühjahr und Herbst des Jahres 1946 versuchte Oppositionsführer Stanisław Mikołajczyk zu sondieren, ob ein gleichberechtigtes Bündnis Polens mit der Sowjetunion möglich sei. Der Parteichef der PSL bemühte sich dem sowjetischen Botschafter zu vermitteln, daß es für die Sowjetunion von Vorteil sei, wenn sie nicht nur mit der PPR verbunden wäre, da diese lediglich eine verschwindende Minderheit der Polen repräsentiere.[87] Im Oktober warb die Führung der PSL erneut für ihr alternatives Konzept, das einer Finnlandisierung Polens gleichgekommen wäre. Man wandte sich dazu direkt an Stalin. In diesem Schreiben beklagte die PSL, daß die PPR ein „Monopol" in der Frage der polnisch-sowjetischen Freundschaft errichtet habe. Durch ihre kurzsichtige Politik untergrabe sie jedoch das Vertrauen in eine polnisch-sowjetische Annäherung. Die PPR habe so den Interessen Polens und der Sowjetunion geschadet.[88] Offensichtlich hoffte die Opposition, daß die sowjetische Führung aufgrund der geringen Popularität der PPR bereit sein könnte, es mit der PSL als polnischem Partner zu versuchen. Aus heutiger Perspektive erscheint es naiv, mit der sowjetischen Führung hinter dem Rücken der PPR zu verhandeln. Für die polnische Opposition aber stellte dieser Brief kurz vor den Wahlen im Januar 1947 die letzte Möglichkeit dar, nach einem Kompromiß mit der Sowjetunion zu suchen. Im ungleichen Wahlkampf des Herbst und Winter 1946 konnte die PSL letztmals ihre Zukunftsvision eines Polen vertreten, das sowohl zur Sowjetunion als auch zum Westen freundschaftliche Beziehungen unterhielt.[89] Die Bevölkerung reagierte verunsichert auf die gespannte innere und internationale Lage. Viele begannen, sich auf einen Krieg mit dem Westen einzurichten.[90] Wie schon beim Referendum im Sommer überließen die Herrschenden auch beim Wahlergebnis im Januar 1947 nichts dem Zufall. Das vorher festgelegte Ergebnis von 80,1% der Stimmen für den „Demokratischen Block" bestätigte die kommunistische Herrschaft.[91]

---

85 Vgl. Kersten, The Establishment of Communist Rule, S. 300–305.

86 Zur Rolle der Persona Stalins in dieser Kampagne siehe Kapitel 4.1 dieser Arbeit.

87 Fragment diariusza Stanisława Mikołajczyka, 17.5.1946, in: Kampania wyborcza i wybory do Sejmu Ustawodawczego, 19 stycznia 1947, Warschau 1999, S. 95–99.

88 Vgl. die Zitate aus dem Schreiben der PSL Führung vom 3.10.1946, in: Kersten, The Establishment of Communist Rule, S. 320.

89 Vgl. Odezwa Polskiego Stronnictwa Ludowego, przedstawiąca program wyborczy, 8.12.1946, in: Kampania wyborcza i wybory do Sejmu Ustawodawczego, 19 stycznia 1947, Warschau 1999, S. 169–172.

90 Vgl. mit zahlreichen Beispielen, Kenney, Rebuilding Poland, S. 54ff.

91 Vgl. Kaluza, Der polnische Parteistaat, S. 79ff. Zur Stimmung in der Gesellschaft und Reaktionen der Bevölkerung auf den Druck des Parteistaates, vgl. Michał Skoczylas, Wybory do Sejmu Ustawodawc-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Mit dem Jahreswechsel 1946/47 änderte sich der Politikstil in Polen. Die demokratische Fassade der unmittelbaren Nachkriegszeit, die trotz politischer Repressionen bis zu den Wahlen aufrechterhalten worden war, begann mit dem offenen Ausbruch des Kalten Krieges zu bröckeln. Mit der Flucht Mikołajczyks im Sommer 1947 verlor die legale Opposition ihre Symbolfigur.[92] Politik als demokratischer Wettbewerb zwischen verschiedenen Parteien, so ungleich er auch gewesen sein mochte, fand nicht mehr statt. Dies bedeutete, daß die Parteien – mit Ausnahme der Staatspartei PPR – an Einfluß verloren, während die Massenorganisationen gestärkt wurden. Die Entwicklung hin zum Erziehungsstaat mit totalem Durchherrschungsanspruch spiegelte sich in der Freundschaftspropaganda wider. Die TPPR sollte nicht mehr nur ein loser Zusammenschluß regimenaher *fellow traveller* sein. Nun versuchte der Parteistaat mit Hilfe der Freundschaftsgesellschaft in der gesamten Gesellschaft zu wirken. Um die Erziehungs- und Agitationsarbeit auf eine breitere Basis zu stellen, sollten überall „Zirkel [koło]" der TPPR gegründet werden, in denen sich jeweils mindestens 20 Mitglieder zusammenschlossen. Diese Zirkel konnten nach Wohngebieten organisiert sein oder sich in Fabriken und Verwaltungen konstituieren. Mit ihrer Gründung verbanden sich drei Ziele. Erstens sollte die TPPR im ganzen Land präsent sein. Zweitens sollte sich die polnische Gesellschaft durch die Zirkel selbst gegen die antisowjetischen Stimmungen immunisieren. Und drittens wollte das Regime die TPPR als Mobilisierungsinstrument ausbauen. Die Mitglieder wollte man besser kontrollieren und dazu anhalten, den öffentlichen Raum um sie herum – Arbeitsplätze, Versammlungsräume, staatliche Geschäfte – mit Propagandamaterialien auszuschmücken. Dabei ging es um die Rekrutierung neuer Mitglieder, denn der bisher erreichte Stand war von sowjetischer Seite wiederholt kritisiert worden.[93] Hinter der Gründung der TPPR-Zirkel stand der Wille des Parteistaates, eine gesellschaftliche Dynamik der Selbstsowjetisierung zu initiieren; eine Vorstellung, die im nächsten Kapitel ausführlich untersucht wird.[94]

Seit dem Frühjahr 1947 bemühte sich die TPPR intensiv, neue Mitglieder zu rekrutieren. Sie befand sich damit auf dem Weg zur Massenorganisation. Kernthema der Freundschaftspropaganda blieb der Panslawismus, der nun allerdings eher geopolitisch als völkisch begründet wurde. Der Ökonom Włodzimierz Brus bot 1947 eine populäre Deutung der polnischen Zeitgeschichte an. Diese Erzählung war als eine Kette der verpaßten Chancen und der ausgeschlagenen Angebote des bolschewistischen Rußland an Polen strukturiert. Der Leser sollte selbst den Schluß ziehen, daß Polen nach der Katastrophe des Welt-

zego z 19 stycznia 1947 r. w świetle skarg ludności, Warschau 2003; zur Einbeziehung der Armee in die Wahlkampagne: Jarosław Wtorkiewicz, Wojsko Polskie w akcji propagandowej i wyborach do Sejmu Ustawodawczego w 1947 roku, Warschau 2002.

92 Nach seiner Flucht verfaßte Mikołajczyk ein Buch über seine Erlebnisse im kommunistischen Polen, das zu einer der ersten populären Kampfschriften des Kalten Krieges avancierte. Siehe Stanislaw Mikolajczyk, The Rape of Poland. Patterns of Soviet Aggression, New York, NY 1948.

93 Iz dnevnika V.G. Jakovleva. Zapis' besedy s Ju. Cirankevičem o rabote obščestva pol'sko-sovetskoj družby, 9.12.1946, in: Sovetskij faktor v vostočnoj evrope, tom 1, S. 383–385.

94 Vgl. Jak zorganizować koło Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, Warschau 1946. Die Presse berichtete ebenfalls über den Ausbau der TPPR, vgl. bspw.: Co nowego w pracy Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej po Kongresie, *Wolność*, 29.7.1946; Praca dla dobra obu państw. Towarzystwo Przyjaźni Polsko-Radzieckiej rozwija swą działalność, *Wolność*, 5.10.1946.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

krieges, die nach Brus durch eine frühere Annäherung an die UdSSR vermeidbar gewesen wäre, im Bündnis mit der Sowjetunion in eine freie und glückliche Zukunft gehen würde.[95] Mit seiner Betonung der polnischen Freiheit [wolność], Unabhängigkeit [niepodległość] und Souveranität versuchte Brus gezielt, in die Freundschaftspropaganda zentrale Begriffe und Werte des polnischen Nationalismus einzuflechten. Ferner wurde er nicht müde, die sowjetische Hilfe beim Neuaufbau der Streitkräfte – dem traditionellen Symbol eines souveränen Polen – herauszustreichen. Diese Hilfe und die sowjetische Unterstützung beim Wiederaufbau seien die besten Belege dafür, daß eine kritische Haltung gegenüber dem östlichen Nachbarn unpatriotisch sei.

Im Zuge des Kalten Krieges radikalisierte sich im Laufe des Jahres 1947 die antiwestliche Grundierung der Propaganda. Der Zugriff des Propagandastaates wurde umfassender: Neben die Darstellung der neuen Werte in der repräsentativen Öffentlichkeit trat zunehmend die Mobilisierung der Bevölkerung in Kampagnen. Letztlich veränderten sich die Inhalte zwischen Herbst 1946 und Ende 1947 nur wenig; noch galt, daß es einen polnischen Weg zum Sozialismus gebe und die Sowjetunion zwar ein leuchtendes, aber kein verpflichtendes Beispiel war. Mit dieser Botschaft versuchte die TPPR, die Bevölkerung zu erreichen.[96] In wenigstens einem Fall gelang dies: Die Tournee des Alexandrov-Musikensembles der Roten Armee war ein großer Publikumserfolg.[97]

Im Mai 1947 setzte das ZK der PPR den Ausbau der Freundschaftsgesellschaft zu einer Massenorganisation wieder auf die Agenda.[98] Die Umsetzung dieses Beschlusses verzögerte sich jedoch bis zum Oktober 1947. Der forcierte Ausbau der TPPR paßte in die Zeit: Mit der Gründung des Kominform hatte die Sowjetunion ihren unbedingten Führungsanspruch erneut institutionell verankert. In seinen Ausführungen bei dem Treffen der kommunistischen Parteien im schlesischen Scheiberhau hatte Andrej Ždanov keinen Zweifel daran gelassen, daß man sich im Kalten Krieg nur für oder gegen die Sowjetunion entscheiden könne.[99] Mit dieser dichotomischen Sicht der politischen Lage mußte nun auch die Bevölkerung im sowjetischen Machtbereich vertraut gemacht werden. Im Oktober 1947 verschickte das Zentralkomitee der PPR ein Rundschreiben, das die eigenen Mitglieder verpflichtete, bei der Verbreitung der Freundschaftspropaganda aktiv mitzuwirken. Der Brief rekapitulierte zunächst die eigenen Erfolge. Seine Verfasser gingen soweit, zu behaupten, selbst in den „rückständigsten Kreisen der polnischen Gesellschaft" habe ein Stimmungsumschwung eingesetzt. Diese Entwicklung führte man einerseits auf die Zerschlagung der

95 Vgl. Brus, Urojenia i rzeczywistość, S. 71–122; siehe auch ders., ZSRR a wojna polsko-niemiecka 1939 r., Warschau 1946.

96 Im September 1947 klagte der Präsident der TPPR in der Wojewodschaft Krakau darüber, daß immer noch „weiße Flecken" existierten, in denen es keine Ortsgruppen der Freundschaftsgesellschaft gäbe. Odezwa, 12.9.1947, APK, KW PPR, Nr. 208, Bl. 78.

97 Vgl. Sprawozdanie Wydziału Kulturalnego ZG TPPR z pobytu w Polsce Zespołu Pieśni i Tańca Armii Radzieckiej pod kierownictwem prof. gen. A. Aleksandrowa, in: Polsko-radzieckie stosunki kulturalne, S. 167–168. Zur Rezeption stalinistischer Folklore in Polen und der DDR siehe auch Kapitel 4 dieser Arbeit.

98 Sprawozdanie Wydziału Propagandy i Prasy za m-c maj 1947 r., AAN, KC PPR, 295/X–3, Bl. 35–42.

99 Vgl. Sobeščanija Kominforma. 1947, 1948, 1949. Dokumenty i materialy, Moskau 1998, S. 3–336.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

„bewaffneten Reaktion und ihrer legalen PSL-Abzweigung" und andererseits auf die „Umgestaltung der Arbeit" und die „Errungenschaft der Politik und Propaganda der Volksdemokratie" zurück. Insbesondere sei dieser Stimmungsumschwung in der Intelligenz und der Arbeiterklasse zu beobachten. Eine große Gefahr gehe jedoch vom „gesteigerten Eindringen anglo-amerikanischer Propaganda" aus. Zufrieden stellte man fest, die Mitgliederzahl der TPPR sei auf 250.000 Menschen in 1.000 Zirkeln angestiegen. Allerdings verwies das Papier auf große regionale und soziale Unterschiede. So sei bisher hauptsächlich die Intelligenz in den Wojewodschaftszentren erreicht worden. Große Defizite existierten in der Arbeit unter Frauen und der Jugend. Hier nannte das Papier zwei konkrete Zielgruppen, die sich offenbar – wenigstens in der Selbstwahrnehmung des Regimes – der Agitation widersetzten.[100]

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden 30. Jahrestag der Oktoberrevolution forderte das ZK die Partei und alle Massenorganisationen auf, energisch die Freundschaftspropaganda zu unterstützen. In Klubs und Kinos sollte es Vorträge und Filme zu sowjetischen Themen geben.[101] Damit war der Grundstein für die erste umfangreiche Freundschaftskampagne gelegt. Nachdem die PPR 1946 mit Gewalt ihre Dominanz im öffentlichen Raum durchgesetzt hatte, erklärte sie nun die Freundschaftspropaganda zu einer Priorität ihrer Politik. Ziel der Revolutionsfeiern im November war „die Vertiefung der Gefühle einer herzlichen Freundschaft mit der Sowjetunion, das Verständnis ihrer kulturellen Errungenschaften, die dauernde und entscheidende Bedeutung der Sowjetunion für ein unabhängiges Leben [...]".[102] Damit sollte nicht mehr nur für das Bündnis mit dem östlichen Nachbarn geworben werden. Neues Ziel war es, eine emotionale Bindung zur UdSSR zu stiften, um so den Weg für eine weitgehende Sowjetisierung zu ebnen. Mit dieser utopischen Zielsetzung und ihren kulturrevolutionären Implikationen begann ein neuer Abschnitt der Erfindung der Freundschaft.

2. Sowjetische Besatzungszone 1945–1947: Zwischen Gewalterfahrung und Kulturpropaganda

Im Herbst 1944 fiel der Vernichtungskrieg, den das Deutsche Reich bis tief nach Rußland getragen hatte, auf Deutschland zurück. In Ostpreußen erreichte die Rote Armee die Vorkriegsgrenzen. Um den Widerstandswillen im verlorenen Krieg zu stärken, schürte die nationalsozialistische Propaganda die berechtigte Angst vor russischer Vergeltung. Hinzu

100 Uchwała Sekretariatu KC PPR w sprawie propagandy Przyjaźni Polsko-Radzieckiej i działalności Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, [Oktober 1947], APK, KW PPR, Bl. 113–114. Siehe auch: Towarzystwo Przyjaźni Polsko-Radzieckiej rozgałęzioną organizacją masową, *Wolność*, 23.10.1947.

101 Załącznik do uchwały Sekretaratu KC o propagandzie przyjaźni polsko-radzieckiej, APK, KW PPR, Nr. 208, Bl. 115.

102 Instrukcja Nr. 48 w sprawie akcji przygotowawczej do 30 rocznicy Rewolucji Październikowej, 15.9.1947, APK, KW PPR, Nr. 208, Bl. 46.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

kamen die drakonischen Drohungen gegen „Defaitisten" und „Wehrkraftzersetzer"; auch der Nationalsozialismus kannte die Parallelität von Propaganda und Terror. Brutalität und Verrohung prägten auf beiden Seiten die Kriegführung. Die Soldaten der Roten Armee, die oft Hunderte Kilometer durch die von der Wehrmacht zerstörten Ortschaften marschiert waren, trieben Wut und das Bedürfnis nach Vergeltung an. Ihr Verhalten war jedoch auch Folge des Hasses, den die sowjetische Propaganda schürte.[103] Die Artikel des Schriftstellers Ilja Ehrenburg, der zur Vergeltung aufrief, wurden wegen seiner jüdischen Herkunft von deutscher Seite besonders herausgestellt.[104] Doch kurz vor dem deutschen Zusammenbruch wurde Ehrenburg im April 1945 offiziell von der *Pravda* gerügt und der Simplifizierung beschuldigt.[105] Angesichts des Sieges hielt es die sowjetische Führung für nützlicher zwischen Deutschen und Faschisten zu differenzieren. Stalins Diktum, „die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat hat Bestand" wurde die neue Leitlinie.[106]

Als die Rote Armee Ostpreußen und Oberschlesien erreichte, kam es zu Massakern an der Zivilbevölkerung, zu Massenvergewaltigungen und Plünderungen. Stalin und die militärische Führung waren darüber im Bilde, schritten aber nur dann ein, wenn Disziplinlosigkeit die Kampfkraft zu beeinträchtigen drohte.[107] In mancher Hinsicht unterschied sich das Verhalten der sowjetischen Soldaten in Polen und in den deutschen Ostgebieten kaum; es kam unterschiedslos zu gewalttätigen Übergriffen, Diebstählen und Plünderungen. Allerdings scheint es gezielte Massenvergewaltigungen vornehmlich in deutschen Gebieten gegeben zu haben. Nach vorsichtigen Schätzungen wurden etwa 1,4 Millionen Frauen im Osten Deutschlands vergewaltigt, die meisten in Ostpreußen.[108] Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung floh aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien oder wurde evakuiert. Ihre Fluchterfahrung war geprägt durch die panische Furcht, von „den Russen" doch noch

103 Vgl. als Selbstzeugnis des sowjetischen Vormarsches auf Berlin Wladimir Gelfand, Deutschland Tagebuch 1945–1946. Aufzeichnungen eines Rotarmisten, Berlin 2005, S. 28–85.

104 Vgl. Manfred Zeidler, Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße, München 1996, S. 113–126. Zu Ehrenburgs Rolle in der Kriegspropaganda siehe Peter Jahn (Hg.), Ilja Ehrenburg und die Deutschen, Berlin 1997, S. 67–76.

105 Genosse Ehrenburg vereinfacht!, *Tägliche Rundschau*, 16.5.1945. Seine umstrittene Rolle als Kriegskorrespondent hinderte Ehrenburg nicht, nach 1945 zu einer der Ikonen der „Völkerfreundschaft" aufzusteigen. Bereits Mitte der vierziger Jahre feierte er in eine Serie von Artikeln die Sowjetisierung der Staaten Osteuropas als „neuen Morgen Europas". Vgl. ders., Auf den Straßen Europas. Reportagen, Berlin 1947, Zitat S. 129. In den fünfziger Jahren avancierte er zum Aushängeschild der sowjetischen „Friedensbewegung". Vgl. zu Ehrenburg den Abschnitt über Antiamerikanismus in Kapitel 4 dieser Arbeit. Als Biographien vgl. empathisch: Lilly Marcou, Wir größten Akrobaten der Welt. Ilja Ehrenburg. Eine Biographie, Berlin 1996; ausgewogener: Joshua Rubenstein, Tangled Loyalities. The Life and Times of Ilya Ehrenburg, London/New York, NY 1996.

106 Wolfgang Leonhard erinnerte sich jedoch, daß die neue Linie der Verurteilung Ehrenburgs nach der jahrelangen Haßpropaganda kaum durchzusetzen war. Vgl. ders., Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1990, S. 424.

107 Vgl. Overy, Rußlands Krieg, S. 391–400. Siehe zur Eroberung Ostdeutschlands zusammenfassend: Ilko-Sascha Kowalczuk/Stefan Wolle, Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR, Berlin 2001, S. 19–44.

108 Barbara Johr, Die Ereignisse in Zahlen, in: Helke Sander/Barbara Johr (Hg.), Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder, München 1992, S. 46–72, bes. S. 47f., 58f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

„überrollt" zu werden.[109] Wie in Polen folgten der Roten Armee die Truppen des NKVD. Im Frühjahr 1945 verbrachten sie bei der „Säuberung" des Hinterlandes Tausende „feindliche Elemente" in die Sowjetunion. Die Anzahl der Deportierten überstieg eine Viertelmillion.[110] Das Verhalten der Roten Armee schien die Glaubwürdigkeit der antibolschewistischen Propaganda des Goebbelsministeriums zu bestätigen. Flucht und Vertreibung, gewaltsame Übergriffe und Massenvergewaltigung oder wenigstens die Angst vor den vorrückenden sowjetischen Truppen wurden zur geteilten Erfahrung der deutschen Bevölkerung von Ostpreußen bis nach Brandenburg und Sachsen. Diese Gewalterfahrungen stellten eine schwere Hypothek für das Ansehen der Sowjetunion in Ost- und Mitteldeutschland dar.

2.1 Auf der Suche nach Mitreisenden: Kultur und Antifaschismus

Nach der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 füllten die vier Alliierten das politische Vakuum, indem sie am 5. Juni 1945 per Dekret gemeinsam die höchste Regierungsgewalt in Deutschland übernahmen. Zum Zwecke der Verwaltung der sowjetischen Besatzungszone befahl der Rat der Volkskommissare der UdSSR die Bildung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), die ihren Sitz in Berlin-Karlshorst nahm.[111] Die ersten politischen Weichenstellungen für die sowjetische Besatzungszone traf die SMAD bereits im Sommer 1945. Befehl Nr. 2 ihres Obersten Chefs vom 10. Juni 1945 erlaubte die Gründung „antifaschistischer Parteien".[112] Am folgenden Tag trat das ZK der KPD mit einem Aufruf an das deutsche Volk, in dem die Kommunisten, der Strategie der nationalen Front folgend, gemäßigte politische Forderungen erhoben. Bevor die Forderungen überhaupt erläutert wurden, heißt es im einleitenden Abschnitt des Aufrufs: „Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion; denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!"[113] Die-

109 Vgl. die Beispiele in Kershaw, Hitler. 1936–1945, S. 986ff.

110 Vgl. Karner, Archipel GUPVI, S. 31f.

111 Zur SMAD vgl. Stefan Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Köln/Weimar/Wien 1996; Norman M. Naimark, Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997; Alexei Filitov, The Soviet Administrators and Their German „Friends", in: Norman M. Naimark/Leonid Gibianskii (Hg.), The Establishment of Communist Regimes in Eastern Europe 1944–1949, Boulder, Col. 1997, S. 111–122; Jan Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999; als Memoiren: Sergeij I. Tjul' panov, Deutschland nach dem Kriege. Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee, Berlin (Ost) 1987; M. I. Semirjaga: Kak my upravljali Germaniej. Politika i Žisn', Moskau 1995; D. N. Filippovych: Sovetskaja voennaja administracja v Germanii: Voenno-političeskij aspekt dejatel'nosti (1945–1949 gg.), Moskau 1995; zur Struktur der SMAD: V.V. Zacharov/D.N. Filippovych/M. Chajnemann (Hg.), Materialy po istorii sovetskoj voennoj adminstracii v Germanii 1945–1949 gg., Moskau 1999.

112 Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, 10. Juni 1945, in: Hermann Weber (Hg.), DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985, München 1986, S. 31–32, hier: S. 31.

113 Aufruf des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands, 11. Juni 1945, in: Hermann Weber (Hg.), DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, München 1986, S. 32–36,

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

ser Satz bedeutete, daß die antisowjetische Haßpropaganda mit ihrer rassistischen und antisemitischen Prägung, wie sie in den letzten Monaten vom Goebbelsministerium und der NSDAP verbreitet worden war, nun verboten war. Außerdem wurde hier früh ein Tabu geschaffen: Weder das politische System der Besatzungsmacht noch das Verhalten der Roten Armee bei der Eroberung Ostdeutschlands konnten öffentlich kritisiert werden. Die zurückgekehrten Moskauemigranten sorgten bereits in den ersten Tagen ihres Aufenthalts in Deutschland dafür, daß die KPD-Mitglieder dieses Tabu beachteten. Bereits vor der Veröffentlichung des Aufrufes hatte Walter Ulbricht eine Diskussion unter Berliner Kommunisten über die Massenvergewaltigungen mit der Begründung unterbunden, man dürfe nicht „vor solchen Stimmungen" zurückweichen.[114] Ulbricht verhängte ein Schweigegebot, das, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bis 1989 Bestand hatte.

In Übereinstimmung mit der Strategie der „Nationalen Front" erklärte die KPD im Sommer 1945, daß es falsch sei, Deutschland das „Sowjetsystem aufzuzwingen".[115] Vielmehr gelte es, zunächst eine „antifaschistisch-demokratische Republik" aufzubauen. Dies bedeutete einen „deutschen Weg" zum Sozialismus, der sich an den spezifischen Bedingungen in Deutschland orientieren sollte. Mit dieser Propagandastrategie folgte die KPD Moskauer Direktiven: Im Beisein von Georgi Dimitrov hatte Stalin im Juni 1945 Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobottka mit auf den Weg gegeben, daß das sowjetische Vorbild für Deutschland nicht bindend sei. Der richtige Weg sei vielmehr die Bildung einer antifaschistischen Republik. Stalin mahnte die deutschen Genossen, nicht so „glühend" über die Sowjetunion zu sprechen.[116] Offenbar wußte er um die Folgen des Krieges für das Bild der Sowjetunion in Deutschland. Vor dem Hintergrund dieser Mahnung ist es verständlich, warum trotz vorliegender Pläne keine Gesellschaft zur Propaganda für die Sowjetunion gegründet wurde. Vielmehr entschied man sich auf der sowjetischen Seite, politische Parteien zuzulassen und intellektuelle Sympathisanten mit dem Kulturbund zu werben, der im Sommer 1945 unter der Ägide von Johannes R. Becher gegründet wurde. Dieses offenere Propagandakonzept erlaubte es, auch in den westlichen Besatzungszonen zu operieren und unter dem Schlagwort der „kulturellen Erneuerung Deutschlands" ein breiteres politisches Spektrum anzusprechen, als dies mit einer Freundschaftsgesellschaft möglich gewesen wäre. Gerade im Anspruch der Überparteilichkeit und in der Gewährung begrenzter Pluralität lag die Attraktivität des Kulturbundes.[117] Unmittelbar nach Kriegsende

---

hier S. 33. Die DDR-Historiographie hob hervor, daß die Freundschaft zur Sowjetunion „integrierender Bestandteil" des Aufrufs vom 11. Juni 1945 gewesen sei. Siehe Günther Gorski u.a., Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Ein historischer Abriß von 1917 bis zur Gegenwart, Berlin (Ost) 1975, S. 179f.

114 Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, S. 461f.

115 Aufruf des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands, S. 34.

116 Eintrag vom 7.6.1945, in: Banac, The Diary of Georgi Dimitrov, S. 372. Vgl. auch die ähnliche Propagandastrategie der ungarischen Kommunisten im Jahr 1945: Mevius, Agents of Moscow, S. 87–135.

117 Vgl. zum Kulturbund und dem Versuch der KPD/SED, sich als Retter deutscher Kultur zur profilieren: Gerd Dietrich, Politik und Kultur in der SBZ 1945–1949. Mit einem Dokumentenanhang, Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a. 1993; Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft, S. 70–81; Mittenzwei, Die Intellektuellen, S. 21–28; David Pike, The Politics of Culture in Soviet Occupied Germany, Stanford, Cal. 1992; ders., Censorship in Soviet-Occupied Germany, in: Norman M. Naimark/Leonid Gibi-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

fand der Kulturbund mit seinem antifaschistischen Programm einigen Zuspruch. Er zielte auf die „Intelligenz", d.h. auf Akademiker, Künstler und das Bürgertum. Letztlich ist die Strategie, die von der SMAD mit dem Kulturbund verfolgt wurde, nicht DDR-spezifisch. Der Kulturbund sollte *fellow traveller* werben und dafür sorgen, daß führende Intellektuelle sich positiv über die Sowjetunion und ihre Politik äußerten.

Im Manifest des Kulturbundes vom Juni 1945, das von nationaler Rhetorik geprägt ist, hieß es: „Wir wollen das deutsche Volk mit den kulturellen Errungenschaften aller Nationen, vor allem auch mit denen der Sowjetunion bekannt machen."[118] Und im Gesuch an den Stadtkommandanten Berlins um die Zulassung des Kulturbundes vom 27. Juni 1945 wurde Becher noch deutlicher. Er nannte als Ziel des Kulturbundes „die Wiedergewinnung der Achtung anderer Völker, insbesondere der Völker der Sowjetunion [...], so daß aus Achtung wiederum dies Möglichkeit eines Kulturaustausches und im Laufe dieser Entwicklung eine Freundschaft der Völker entsteht."[119] Damit war der Begriff „Freundschaft" gefallen und die Stoßrichtung vorgegeben. Diese Formulierungen legen nahe, daß die Weiterentwicklung zur Freundschaftsgesellschaft eine Perspektive für den Kulturbund war. Bereits in seiner Konzeption für die Erneuerung Deutschlands hatte Johannes R. Becher formuliert, daß das Ziel seiner Arbeit die „Erziehung zur Freiheit" sei.[120] Als Kulturfunktionär verordnete Becher der deutschen Elite einen „radikalen Bruch mit der reaktionären Vergangenheit" und forderte ein „nationales Befreiungs- und Aufbauwerk größten Stils auf ideologisch-moralischem Gebiet."[121] Damit verdeutlichte er, daß der Kulturbund nicht für die Förderung einer demokratischen Kultur im westlichen Sinne stand – was schon aufgrund der Überzeugungen und der Sozialisation der sowjetischen und deutschen Akteure unmöglich war –, sondern Vehikel kommunistischer Umerziehungsarbeit war. Vor dem Hintergrund der Verstrickung der deutschen Eliten in den Nationalsozialismus erscheint dieser Ansatz verständlich. Er zeigt jedoch, daß die sowjetische Administration und ihre deutschen Verbündeten dem Programm einer oktroyierten Aufklärung verpflichtet waren, deren Werte und Ziele sie allein festsetzten.

Offenbar besaßen Propagandaaufgaben für die Rote Armee zunächst keine Priorität. Innerhalb der SMAD vom 6. Juni 1945 existierte zunächst keine Propagandaabteilung. Die Öffentlichkeitsarbeit lag bei den politischen Beratern der SMAD-Spitze. Erst im Oktober 1945 erfolgte auf Beschluß des Rates der Volkskommissare die Bildung der Propagandaverwaltung der SMAD.[122] Ihr Leiter wurde der charismatische Sergej I. Tjul'panov, der

---

anskii (Hg.), The Establishment of Communist Regimes in Eastern Europe 1944–1949, Boulder, Col./Oxford 1997, S. 217–242; Wolfgang Schivelbusch, Vor dem Vorhang. Das geistige Berlin 1945–1948, Frankfurt am Main 1997, S. 115–168.

118 Manifest des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Berlin o. J. [1945], S. 8.

119 Gesuch an den Militärkommandanten der Stadt Berlin, 27. Juni 1945, in: Dietrich, Politik und Kultur, S. 220.

120 Vgl. Dietrich, Kultur und Politik, S. 17ff.

121 Zitat bei Naimark, Die Russen in Deutschland, S. 501f.

122 Vgl. Bernd Bonwetsch, Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) unter Sergej Tjul'panov, in: Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov/Norman M. Naimark (Hg.), Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

neben seinem Rivalen Vladimir Semenov zum exponiertesten Vertreter der sowjetischen Besatzungspolitik in Deutschland aufstieg.[123] Doch die Bildung dieser Abteilung änderte zunächst wenig an der sowjetischen Konfliktvermeidungsstrategie. Alle politischen Fragen in Berlin und in der Besatzungszone sollten möglichst im Einvernehmen mit den Alliierten gelöst werden, offensive kommunistische Propagandaarbeit kam deshalb nicht in Betracht. Die sowjetische Zurückhaltung auf diesem zentralen Feld kommunistischen Politikverständnisses hatte einen deutschlandpolitischen Hintergrund. Die SMAD wollte der Zusammenarbeit mit dem Westen noch keine Steine in den Weg legen.

Neben dem Kulturbund schuf und reaktivierte die SMAD bereits im Sommer 1945 die Massenmedien, um so in der deutschen Öffentlichkeit wirken zu können. Sie gründete die *Tägliche Rundschau*, die als offizielle Tageszeitung der SMAD fungierte. Den politischen Parteien gestand die sowjetische Verwaltung ebenfalls eigene Blätter zu. Außerdem entstand eine sowjetisch lizenzierte überparteiliche Presse, zu der in Berlin etwa der *Nacht-Expreß* und die *Berliner Zeitung* zählten. Alle deutschen Zeitungen befanden sich, was unter einem Besatzungsregime nicht verwunderlich ist, unter dem Vorbehalt der Zensur.[124] Nach der Besetzung des Rundfunkhauses in der Berliner Masurenallee bemühten sich die sowjetischen Behörden ferner, auch den Hörfunk in ihrer Zone wieder in Betrieb zu bringen.[125] Diese Medien und Institutionen unterstanden ebenso wie die Antifaschule in Königswusterhausen, der SWA-Verlag und das Informationsbüro der SMAD ab dem Herbst 1945 der Propagandaverwaltung, die zu einer starken Abteilung der sowjetischen Administration ausgebaut wurde und beträchtlichen Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung nehmen konnte. Mit der KPD, dem Kulturbund und den Massenmedien standen also der Besatzungsmacht im Herbst 1945 verschiedene Instrumente zur Verfügung, die das sowjetische Konzept einer kulturellen Erneuerung Deutschlands verbreiten konnten.

Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov, Bonn 1997, S. XIX–LV, S. XXVIIf.

123 Zu Sergej Tjul'panov vgl. Naimark, Die Russen in Deutschland, S. 403–444 und Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov, Die Affäre Tjul'panov. Die Propagandaverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland im Kreuzfeuer der Kritik 1945–1949, in: DS 31 (1994), S. 247–272 sowie nostalgisierend: Jurij W. Bassistow, Oberst Tjulpanow und die Bildungs- und Kulturpolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland 1945–1949, in: JHK 1996, S. 305–317; zu Vladimir Semonov eher vom Stil als vom Inhalt her aufschlußreich seine während der Perestroika in stalinistischem Duktus verfaßten Memoiren: Wladimir S. Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission. 1939–1991, Berlin 1995.

124 Vgl. Peter Strunk, Zensur und Zensoren. Medienkontrolle und Propagandapolitik unter sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland, Berlin 1996. Die Zensur war im August 1945 institutionalisiert worden: Befehl Nr. 29 des Obersten Chefs der SMAD über die Arbeit des Sektors Propaganda und Zensur der Politischen Abteilung der SMAD, 18.8.1945, in: Horst Möller/Alexandr O. Tschurbajan (Hg.), Die Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD): Kultur, Wissenschaft, Bildung 1945–1949, München 2005, S. 85–86.

125 Vgl. Classen, Faschismus und Antifaschismus, S. 79–103.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

2.2 Eine Welt voller Gegner: Die deutsche Öffentlichkeit im sowjetischen Blick

Moskau beobachtete aufmerksam das Ansehen der Sowjetunion in der deutschen Öffentlichkeit und die Arbeit der Propagandaverwaltung. In einem Bericht aus dem Frühjahr 1946 stellte der Leiter der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee den Propagandisten der SMAD zwar insgesamt ein gutes Zeugnis aus; er kritisierte jedoch, daß nicht in breiteren sozialen Schichten offensiver für das sowjetische Gesellschaftsmodell geworben werde. Iosif V. Šikin bemerkte zu „ernsten Mängeln in der Arbeit der Propagandaverwaltung": Es werde den Mittelschichten der deutschen Bevölkerung – den Bauern, dem städtischen Kleinbürgertum und auch der Intelligenz – nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt", außerdem würden „die Jugend und die Frauen" nicht genug beeinflußt. Schließlich habe „die Propaganda über die Sowjetunion durch die Presse, den Rundfunk, Filme und andere Mittel kein breites Ausmaß erreicht und wird nicht geschickt und verständlich genug geführt. Die deutsche Veröffentlichung sowjetischer Literatur in Massenauflagen ist bis jetzt nicht in die Wege geleitet. In Berlin und anderen Großstädten werden keinerlei Vorlesungen und Vorträge über die Sowjetunion gehalten." Außerdem zeigte sich Šikin durch den steigenden westlichen Einfluß auf die Berliner Öffentlichkeit irritiert. Er monierte: „Die Propagandaverwaltung der SMA hat keine systematische Gegenpropaganda organisiert, während die Aktivität der englischen, amerikanischen und teilweise auch französischen Propaganda in der sowjetischen Zone beträchtlich angewachsen ist."[126]

Iosif Šikin zeigte sich enttäuscht, daß nach fast einem Jahr sowjetischer Verwaltung der Propagandastaat die Bevölkerung noch nicht erfaßt hatte. Wegen der westalliierten Präsenz hielt er es für notwendig, die Zurückhaltung aufzugeben und die Selbstdarstellung der Sowjetunion zu verstärken. Bereits im Frühjahr 1946 nahm er die westlichen Medien als Gegner wahr. Der Kampf um die öffentliche Meinung hatte begonnen und die sowjetische Seite fing an, sich auf ihre vermeintlichen Stärken zu besinnen. Dazu gehörten im Selbstverständnis der Bolschewiki die „sozialistischen Errungenschaften" des eigenen Landes, wie sie im Sowjetuniondiskurs gefeiert wurden. Für die nahe Zukunft forderte Šikin „zum Zwecke der allseitigen Verstärkung unseres Einflusses bzw. der Schwächung des angloamerikanischen politischen Einflusses auf die deutsche Bevölkerung" unter anderem die „Aufklärung" über Sowjetrußland. Eine „illustrierte Massenzeitschrift über die Sowjetunion" müsse herausgegeben werden und in Berlin „ein Haus der russischen Kultur" eröffnet werden. Aufgabe eines solchen Hauses sollte es sein, „die wirtschaftlichen und kulturpolitischen Errungenschaften der UdSSR zu popularisieren, die sowjetische Außenpolitik zu propagieren und das Studium der russischen Sprache seitens der Deutschen zu fördern." Dazu bedürfe es auch der „Entsendung von Künstlerkollektiven nach Deutschland."[127] Die Besiegten sollten die sowjetische Selbstbeschreibung kennenlernen. Iosif Šikins Bericht an

126 Bericht des Leiters der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR I. Šikin für den Leiter der Propaganda- und Agitationsverwaltung des ZK der KPdSU (B) G. Aleksandrov über die Ergebnisse der Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD, 30.3.1946, in: Sowjetische Politik in der SBZ, S. 221–225, Zitat S. 222.

127 Zitat a.a.O, S. 224f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Georgij Aleksandrov, den Leiter der ZK-Abteilung Agitprop, verdeutlicht, daß die sowjetischen Stellen in Berlin darauf drängten, die Zurückhaltung aufzugeben, weil man die westliche Darstellung von Demokratie nicht länger unwidersprochen lassen wollte. So gingen der Ausbau der Propagandaverwaltung und der nun entstehende Nukleus der Freundschaftspropaganda in der SBZ mit auf die Systemkonkurrenz in Berlin zurück. Es sollte jedoch noch bis zum Ende des Jahres 1946 dauern, bevor den Vorschlägen Sikins Taten folgten.

Im Herbst 1945 und Frühjahr 1946 konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der SMAD vornehmlich auf die politischen Parteien in ihrer Besatzungszone. Das sowjetische Projekt, die Vereinigung der Arbeiterparteien durchzusetzen, hatte Priorität. Dieses Ziel erreichte die SMAD zu Ostern 1946 mit der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die unter massivem Druck zustande kam.[128] Die Einheitspartei, die von Beginn an eine privilegierte Rolle unter den Parteien der SBZ spielte, war – obgleich es nach dem Krieg auch in der SPD Befürworter einer Vereinigung gegeben hatte – in dieser Form ein Produkt der Besatzungspolitik. Ihre besondere Nähe zur SMAD brachte die SED schnell in den Ruf, die „Russenpartei" zu sein. In der öffentlichen Wahrnehmung war sie damit von Beginn an weniger eine neue Kraft als vielmehr die Nachfolgepartei der KPD und der lange Arm der SMAD. Die Bezeichnung der SED als „Russenpartei" brachte in den Jahren 1945/46 die Geringschätzung der Bevölkerung für die Besatzungsmacht und ihre politischen Satrapen zum Ausdruck. Für das schlechte Ansehen der sowjetischen Armee und ihrer Administration gab es seit dem Herbst 1945 ein Bündel neuer Gründe, die zu den Erfahrungen des Kriegsendes hinzukamen.

Auch nach dem Ende der Kampfhandlungen und trotz deutscher Proteste blieb das Problem willkürlicher Gewaltanwendung durch sowjetische Besatzungstruppen akut. Bis in das Jahr 1947 änderte sich die Situation nicht grundlegend – mit verheerenden Folgen für das Ansehen der Sowjetunion, besonders, aber nicht nur bei Frauen.[129] Sowjetische Stellen hielten fest, „daß das Problem der Vergewaltigungen bei den deutschen Frauen zu einer zunehmenden Ablehnung des sowjetischen Systems führte, so daß sie das Gerede über Kommunismus und Sozialismus von sowjetischen Offizieren und SED-Propagandisten einfach nicht mehr hören konnten."[130] Ebenso verheerend wirkte sich die Verhaftungspraxis des NKVD/MVD aus, die in der SBZ insgesamt elf „Speziallager" betrieben; diese befanden sich oft an den Orten ehemaliger nationalsozialistischer Konzentrationslager und Haftanstalten. Direkt nach Kriegsende hatte der NKVD noch überwiegend aktive Nazis, SS-Angehörige oder Sympathisanten des NS-Regimes interniert, doch bereits 1946 dehnte man die Verfolgungspraxis auf politische Gegner der SMAD wie Sozialdemokraten, Liberale oder Konservative aus. Ein Teil der Verhafteten wurde zur Zwangsarbeit in die Sowjetuni-

128 Vgl. Malycha, Die SED, S. 52–135.

129 Vgl. Naimark, Die Russen in Deutschland, S. 108–125. Zu parallelen Problemen in Ungarn, Mevius, Agents of Moscow, S. 61ff.

130 Norman M. Naimark, Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und das Problem des Stalinismus, in: ZfG 43 (1995), S. 293–307, hier S. 296.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

on deportiert.[131] Die sowjetische Praxis, jegliche Auskunft über den Verbleib von Verhafteten zu verweigern, rief bei ihren Angehörigen Zorn und Unmut hervor. Die SED-Spitze und Teile der SMAD, die gegenüber den Einheiten vom NKVD/MVD nicht weisungsberechtigt war, waren sich des Problems durchaus bewußt. Die SED unterließ es zwar, öffentlich gegen die Verhaftungen zu protestieren, stellte jedoch intern fest, daß die Repressionen, die häufig im Westen publik gemacht wurden, zu einem erheblichen Prestigeverlust beigetragen hätten.[132] Auch der sowjetische Umgang mit den Kriegsfolgen schlug sich negativ nieder. Die Bevölkerung begann, auf die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen zu drängen, und weite Kreise waren über das Ausmaß der Demontagen entsetzt. Dieser unterschiedlichen deutsch-sowjetischen Konfliktfelder mußte sich eine offensive Propagandapolitik annehmen, wenn sie das Ansehen der Sowjetunion in Deutschland verbessern wollte.

Die Tagebücher des Romanisten Victor Klemperer, der den Holocaust im Dresdner Judenhaus überlebte, erzählen von den Problemen mit der Besatzungsmacht. Aufgrund seiner Erfahrungen unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft akzeptierte Klemperer nur die KPD als politische Zukunftsperspektive. Obwohl er selbst aus bürgerlichem Milieu stammte, galt seine Sympathie der KPD, der UdSSR und dem sowjetischen System. Klemperer formulierte im Oktober 1946: „Ich halte von ganzem Herzen u. mit Dankbarkeit zu Sowjetrußland".[133] Klemperer, der bald nach Kriegsende aktiv am politischen und akademischen Leben teilnahm und die SBZ bereiste, beobachtete akribisch die Stimmungslage. Auch wenn Victor Klemperer als in der NS-Diktatur verfolgter Jude und als Professor nicht repräsentativ für die Durchschnittsbevölkerung ist, erlauben seine Beobachtungen und Urteile doch einen Einblick in die ostdeutsche Gesellschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit.

In Klemperers Tagebüchern finden sich zahlreiche Einträge, in denen er die skeptische, ängstliche oder auch ablehnende Haltung der Bevölkerung zu „den Russen" festhielt. Bereits im Juni 1945 notierte er die Entrüstung über die Demontage von Fabriken und Schienenanlagen, ein Thema, das in den folgenden Monaten wiederkehrte.[134] Auch für die schlechte Versorgungslage machte die *vox populi* die Besatzungsmacht verantwortlich. Klemperer faßte zusammen: „Stimmung gegenüber den Russen sehr schlecht. [...] Die Essnot bei uns u. allen ist eine ungemeine [...] u. sie wird von der Bevölkerung den Russen zur Last gelegt."[135] Selbst Kommunisten seien „verzweifelt über die Russen", und bei Bürgerlichen beobachtet er „Angst u. Antipathie den Communisten u. Russen gegenüber"[136]. Mehrfach vermerkte der Chronist, wie sehr der kommunistischen Partei die enge Verbin-

131 Vgl. Sergej Mironenko/Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hg.), Sowjetische Speziallager in Deutschland, 2 Bände, Berlin 1998.

132 Naimark, Die Sowjetische Militäradministration, verweist auf Wilhelm Pieck der fürchtete, die Verhaftungen könnten dem Westen Munition bei der propagandistischen Auseinandersetzung liefern, S. 298.

133 Eintrag vom 9.10.1946, in: Victor Klemperer, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945–1940, Berlin 1999, S. 310.

134 Einträge vom 21.6.1945; 2.7.1945; 20.7.1945; 11.5.1946; 17.12.1946, a.a.O., S. 15f. 34f.; S. 51f.; S. 242; S. 328f.

135 Eintrag vom 24.7.1945, a.a.O., S. 55.

136 Einträge vom 16.8.1945, a.a.O., S. 75; 27.8.1945, S. 86.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

dung zur sowjetischen Administration schade: „Es steht schlecht um die KPD, an ihr gehen die Fehler der Russen aus", und später notiert er die SED gelte als „russenhörig."[137] Dass Klemperer die Stimmungslage der „Intelligenz" in Ostdeutschland richtig einschätzte, belegt ein SMAD-Bericht aus Sachsen-Anhalt, in dem ähnliche Äußerungen aufgezeichnet wurden. In der Wahrnehmung der Menschen verdichtete sich das negative Bild von der Besatzungsmacht. Durch die Demontagen sahen viele die Zukunft Deutschlands bedroht.[138]

Im Sommer 1947, zu Beginn des Kalten Krieges, verzweifelte Victor Klemperer an der Stimmungslage in der SBZ: „Wem in Deutschland soll man glauben? Überall Sumpf. Und überall hier die borniertesteFeindschaft gegen die Russen. Alles hofft auf die Amerikaner, gar auf Krieg gegen Rußland."[139] Vier Tage später lud man Victor Klemperer zur Gründung einer Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion ein. Die propagandistische Gegenoffensive hatte Dresden erreicht.

2.3 Der Wahlschock im Herbst 1946 und die sowjetische Propagandaoffensive

Bis zum Herbst 1946 hatte die politische Transformation in der SBZ aus sowjetischer Sicht einige Fortschritte gemacht. Zur Habenseite zählten die Bodenreform, die Nationalisierung der Wirtschaft und die Gründung der Einheitspartei SED. Nun gab man der Bevölkerung die Gelegenheit, die Politik in der SBZ bei Wahlen zu bewerten. Oberst Tjul'panov äußerte schon vor den Wahlen, nur ein Sieg der SED als „Partei der konsequenten Demokratisierung Deutschlands" sei ein akzeptabler Ausgang. Im gleichen Atemzuge erklärte er die Wahlen zum Test für die Arbeit der SMAD.[140] Die SMAD betrachtete die Wahlen als Kampagne, die nur ein richtiges Ergebnis haben durfte. Am 20. Oktober 1946 fanden diese ersten und zugleich letzten Landtagswahlen in der SBZ statt. Trotz klarer Bevorzugung im Wahlkampf gelang es der SED nicht, die absolute Mehrheit der Stimmen in einem der fünf Länder zu gewinnen. Die Einheitspartei erreichte zwischen 43,5 und 49,1% der Stimmen. In Groß-Berlin, wo wegen des alliierten Sonderstatus die SPD zur Wahl zugelassen war, erhielt die SED nur 19,8% der Stimmen, während die Sozialdemokraten 48,7% erreichten.[141] Das Wahlergebnis signalisierte, daß es der SED nicht gelungen war, die Bevölkerung hinter sich zu vereinigen und daß die Sympathien der Wählerinnen und Wähler, dort wo sie die Wahl hatten, eher bei der SPD lagen. Diese Ergebnisse verdeutlichen, daß zwar eine „sozialistische" Grundstimmung existierte, die SED davon allerdings nicht so stark profitieren konnte, weil die Nähe zur Besatzungsmacht ihr Ansehen stark beschädigte.

---

137 Eintrag vom 30.9.1945, a.a.O., S. 119; Zitate: 11.5.1946, S. 242; 29.6.1947, S. 401.

138 Bericht des Chefs der Propaganda-Abteilung der Verwaltung der SMA der Provinz Sachsen-Anhalt Major Demidow an den Chef der Propagandaverwaltung der SMAD Oberst Tjulpanow, 12.4.1946, in: Möller/Tschubarjan, Die Politik, S. 228–233.

139 Eintrag vom 8.6.1947, in: Klemperer, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, S. 390.

140 Zitat bei Creuzberger, Die sowjetische Besatzungsmacht, S. 49. Zum Wahlkampf 1946 und des Versuchs der massiven Einflußnahme durch die SMAD, siehe ebd. S. 44–105.

141 Das Ergebnis der Wahl bei Rolf Steininger, Deutsche Geschichte seit 1945. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Band 1, 1945–1947, Frankfurt am Main 1996, S. 379.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Für die sowjetische Besatzungsmacht bedeutete dieser Wahlausgang eine Enttäuschung. Das Ziel, die SED-Herrschaft zu legitimieren, hatten sie nicht erreicht. Die SMAD hatte auf größere Popularität der Einheitspartei gehofft. Einen Grund für ihr schlechtes Abschneiden sah man im Einfluß westlicher Medien. Bereits im Herbst 1945 hatte sich die sowjetische Seite enttäuscht über die westlichen Verbündeten gezeigt, denen man den Bruch der Solidarität vorwarf, weil sie in ihren Medien kritische Berichte über die UdSSR zuließen. Dabei unterstellte die SMAD den Westalliierten, sie betrieben gezielte Propaganda.[142] In ihrer Selbstwahrnehmung agierte die SMAD aus einer Position der Schwäche gegenüber einem Westen, der als gezielter Verleumder erscheint. Die Verurteilung westlicher Nachrichtenagenturen, Zeitungen oder Radiostationen als Propagandainstrumente zeugte von einem verkürzten Verständnis freier Öffentlichkeit. Die SMAD setzte kritische Berichterstattung und antisowjetische Kampagnen gleich. Eine Generation nach der Oktoberrevolution löste die Auseinandersetzung mit einer pluralen Medienlandschaft bei den sowjetischen Offizieren Befremden aus. Wann immer die Offenheit westlicher Medien sie verstörte, vermuteten die verschwörungstheoretisch geprägten Sowjets schnell Planung von langer Hand und Lenkung aus dem Hintergrund. Eine ungelenkte Öffentlichkeit mit eigenen Dynamiken, eine Öffentlichkeit, die nicht nur der Repräsentation von Herrschaft und der Artikulation der Herrschenden diente, befand sich für die sowjetischen Stellen außerhalb ihres Erfahrungshorizonts. Sie lebten in einer Welt von Kampagne und Gegenkampagne.

Bereits vor den Wahlen hatte Sergej Tjul'panov in einem Bericht an Michail Suslov die Fragen benannt, von denen der Erfolg sowjetischer Politik in Deutschland abhing. Dazu zählten nach Tjul'panov neben der engen Bindung der SED an die SMAD noch die Rückkehr der Kriegsgefangenen, die „Ausschreitungen einiger Militärangehöriger" – ein Euphemismus für gewaltsame Übergriffe und Vergewaltigungen durch die Rote Armee –, das Problem der deutschen Ostgrenzen und die Verhaftungen im sowjetischen Machtbereich.[143] Intern waren die Knackpunkte demnach durchaus bekannt. Fraglich war allerdings, ob die SMAD in der Lage war, sie auch nur partiell zu entschärfen. Sie beschuldigte ihre Propagandaverwaltung, daß sie es nicht verstanden habe, der deutschen Bevölkerung den Wert sowjetischer Kultur zu vermitteln.[144] Zugleich äußerte Tjul'panov seine Unzufriedenheit mit dem Kulturbund und seinem Vorsitzenden Johannes R. Becher. In einem Lagebericht vor dem ZK der KPdSU (B) lobte Tjul'panov zwar den gesamtdeutschen Einfluß des Kulturbundes mit seinen Zeitschriften *Aufbau* und *Sonntag* auf die „Intelligenz". Gleichzeitig kritisierte er jedoch Becher dafür, daß er sich sehr bürgerlich gäbe – was der Linie entsprach, die seit Sommer 1945 von Stalin vorgegeben war. Tjul'panov forderte nun mehr Radikalität und die Konzentration auf genuin sowjetische Propagandathemen ein. Er schlug

142 Vgl. Bericht des Informationsbüros der SMAD „Über die politische Lage in Deutschland", 3.11.1945, in: Sowjetische Politik in der SBZ, S. 20–30. Für den Bereich des Rundfunks mit der Klage über „offen antisowjetische" Sendungen aus London siehe: Bericht des Leiters des Informationsbüros G. Bespalov an V. Molotov über Maßnahmen zur Verbesserung sowjetischer Rundfunksendungen für die deutsche Bevölkerung, 6.4.1946, a.a.O., S. 38–39.

143 Memorandum S. Tjul'panovs für M. Suslov über die Tagung des Parteivorstandes der SED vom 19.–20 Juni 1946, in: Sowjetische Politik in der SBZ, S. 40–46.

144 Vgl. Naimark, Die Russen in Deutschland, S. 423f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

eine striktere Orientierung des Kulturbundes auf die Sowjetunion vor, die de facto die Umwandlung in eine Freundschaftsgesellschaft bedeutet hätte: Der Kulturbund, so Tjul'panov, muß „ein wirkliches Kulturorgan der demokratischen Erneuerung Deutschlands und eine Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit der Sowjetunion sein." Schließlich machte sich Tjul'panov für die Ablösung Bechers aus seiner Führungsposition stark, womit er sich nicht durchsetzen konnte.[145] Offenbar protegierte Vladimir Semenov Becher weiterhin und unterstützte dessen Versuche, das Bürgertum für eine Bindung Deutschlands an die Sowjetunion zu gewinnen.[146] Am Ende dieses Konfliktes zwischen Tjul'panov und Semenov stand kein eindeutiges Resultat. Tjul'panov war es gelungen, die Idee forcierter Propaganda für die Sowjetunion ins Spiel zu bringen, während Vladimir Semenov dafür gesorgt hatte, daß Bechers Strategie zur Gewinnung bürgerlicher Intellektueller und Politiker zunächst fortgeführt wurde.

In der internen Wahlanalyse waren sich führende Vertreter von SMAD und SED einig, daß der Ruf als „Russenpartei" und die Verbindung zur Besatzungsmacht der SED geschadet hatte.[147] Nach den Wahlen wurde der sowjetischen Administration deutlich, daß es nicht nur darum gehen konnte, das Ansehen der SED, sondern auch der Besatzungsmacht zu verbessern. Eine Moskauer Kommission hatte bereits unmittelbar vor der Wahl bemängelt, es existiere kein verbindlicher Plan für die Propagandaarbeit in der SBZ. Die Besucher führten die Erfolglosigkeit auf die Ziellosigkeit der Propaganda zurück. Sie wiederholten die Forderung Šikins vom März und verlangten, daß die Sowjetunion offensiver für das eigene System werben müsse: „Um die Propaganda über die Sowjetunion, ihren gesellschaftlichen und staatlichen Aufbau, die sowjetische Demokratie, das Leben des sowjetischen Volkes und die friedliche Außenpolitik der sowjetischen Regierung ist es in der Presse der SED schlecht bestellt. [...] Die SED hat eine falsche Angst davor, die Sowjetunion zu popularisieren."[148] Die Moskauer Kontrolleure waren von der zurückhaltenden Propagandastrategie irritiert. Die Kommission griff die Forderung Šikins aus dem Frühjahr auf, daß breiteste Schichten im Sinne des Sowjetuniondiskurses zu erziehen seien. Es erschien ihnen unverständlich, warum man nicht über die Sowjetunion reden sollte; sie vermißten die Zurschaustellung der eigenen „Errungenschaften". Die Moskauer forcierten die Sowjetisierung des Diskurses, weil sie bei ihren Reisen nach Deutschland die vertraute Welt des Sowjetuniondiskurses vermißten.

Wenige Wochen später reagierte der Ministerrat der UdSSR und beendete die Strategie der Zurückhaltung. Am 17. November 1946 beschloß die sowjetische Regierung, den Vor-

145 Stenogramm des Lageberichts von S. Tjul'panov vor der Kommission des ZK der KPdSU (B) zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD, 16./17.9.1946, in: Sowjetische Politik in der SBZ, S. 71–92, bes. S. 89f.

146 Mitteilung des Politischen Beraters beim Obersten Chef der SMAD V. Semenov über ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Kulturbundes J. Becher vom 13.11.1946, 16.11.1946, in: Sowjetische Politik in der SBZ, S. 93–95.

147 Vgl. Creuzberger, Das politische System, S. 96f., S. 103f.; Malycha, Die SED, S. 188ff.

148 Memorandum A. Panjuškins, K. Kuzakovs und M. Burcevs für A. Ždanov „Über den Zustand der Arbeit der Propagandaverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland", in: Sowjetische Politik in der SBZ, S. 243–251.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

schlag der SMAD „über die Eröffnung des Hauses der Kultur der Sowjetunion in Berlin anzunehmen, wobei dem Haus der Kultur obliegt, die deutsche Bevölkerung weitgehend mit den Errungenschaften des Sowjetvolkes [...] bekannt zu machen."[149] Der Ministerrat ordnete an, das Kulturhaus mit einer Bibliothek auszustatten. Es sollte unter der Ägide der SMAD arbeiten und nach Westberlin hinein wirken. Im sowjetischen Selbstverständnis war es ein Leuchtturm in einem finsteren antisowjetischen Meer. Es diente der Aufklärung der Bevölkerung und bildete einen Gegenpol zu den Erziehungsanstrengungen der Westalliierten.

Ein Bericht an Stalin vom Ende des Jahres 1946 zeichnete ein düsteres Bild der Stimmungslage in Berlin und kritisierte die SMAD. Weiterhin beklagte die sowjetische Seite die eigene Schwäche: „Unsere Propaganda in Deutschland trägt in der Regel einen passiven und defensiven Charakter." In deutlicher Verkennung der Machtverhältnisse im eigenen Apparat wurde die SMAD für ungeklärte Fragen in der sowjetischen Politik verantwortlich gemacht – vielleicht mit dem Hintergedanken, auf diesem Wege eine Entscheidung Stalins in diesen zentralen Fragen zu provozieren: „Die Propagandaverwaltung der SMAD konnte den antifaschistischen Parteien und Organisationen keine richtige Erklärung zu denjenigen Fragen liefern, die die deutsche Bevölkerung beunruhigen: die Rückkehr der Kriegsgefangenen, ein Termin für die Beendigung der Demontagen, die Ausfuhr industrieller Konsumgüter aus der laufenden Produktion."[150] Der Moskauer Apparat versuchte hier, die Verantwortung für die ungeklärten Dilemmata sowjetischer Politik auf die Vertreter vor Ort abzuwälzen. Es handelte sich um die uneingestandenen Aporien eines Systems, das einerseits nicht bereit war, auf Demontagen und Reparationen zu verzichten, aber andererseits von einer fremden Bevölkerung Vertrauen zur Besatzungsherrschaft verlangte. In einem zeitgleichen Beschluß tadelte das ZK der KPdSU die SMAD nochmals dafür, daß sie den „Kampagnen" der westlichen Presse nicht energisch entgegentrete. Als Ziel der eigenen Propaganda formulierte das ZK die „systematische Aufklärung der deutschen Bevölkerung über die Deutschlandpolitik der Sowjetunion" und „die Beleuchtung der Vorzüge und Errungenschaften des staatlichen und wirtschaftlichen Systems der Sowjetunion und des Kampfes der UdSSR für einen festen und dauerhaften Frieden".[151] Ende des Jahres 1946 waren damit die Weichen für eine forcierte Propaganda für die Sowjetunion gestellt. Anfang März 1947 lud die SMAD in Berlin zur Eröffnung ihres Kulturhauses.[152] Damit hatte man die ursprüngliche Linie Stalins verlassen. Die mittleren Kader, die Deutschland besucht hatten, und Sergej Tjul'panov hatten sich mit ihrer Vorstellung durchgesetzt, daß forcierte Propaganda für die Sowjetunion die richtige Reaktion auf die Konkurrenzsituation

149 Beschluß Nr. 2498 des Ministerrates der UdSSR, 17.11.1946, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949, Berlin (Ost) 1968, S. 336.

150 Entwurf des Berichts der Kommission des ZK der KPdSU (B) über die Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD für I. V. Stalin, undatiert [vor dem 25.12.1946], in: Sowjetische Politik in der SBZ, S. 256–260.

151 Entwurf des Beschlusses des ZK der KPdSU (B) „Über die Arbeit der Propagandaverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland", undatiert [vor dem 25.11.1946], in: Sowjetische Politik in der SBZ, S. 261–266, Zitate, S. 263.

152 Im Geiste kultureller Verständigung. Festliche Weihe des „Hauses der sowjetischen Kultur" in Berlin, *Tägliche Rundschau*, 1.3.1947.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

mit den westlichen Medien und die politischen Mißerfolge der SED war. Auf der konzeptionellen Ebene bedeutete dies, daß man sich nicht mehr allein am Leitmotiv der „kulturellen Erneuerung" orientieren würde und sich nicht länger mit den Intellektuellen als Zielgruppe begnügen wollte. Jetzt begann die Arbeit an dem utopischen Projekt, die deutsche Bevölkerung entlang des Sowjetuniondiskurses umzuerziehen.

3. Von der pragmatischen zur utopischen Sowjetisierung

Der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland führte in der Sowjetunion nicht zu der Liberalisierung, die von der sowjetischen Bevölkerung ersehnt worden war.[153] Die Ausdehnung des GULag-Systems erreichte vielmehr ihren Höhepunkt und das Regime nahm die Erleichterungen der Kriegsjahre sukzessive zurück. Fast unterschiedslos richtete sich die Repression nicht nur gegen die vermeintlichen Kollaborateure, sondern auch gegen die militärischen Sieger.[154] Vor dem Hintergrund einer äußerst prekären sozialen Lage brach im Sommer 1946 eine politisch-kulturelle „Eiszeit" an, die „erste allgemeine ideologische Säuberung nach dem Krieg".[155] Schon früh stellte sich die sowjetische Führung auf den Konflikt mit dem Westen ein. Ždanov entwickelte die These der „zwei Welten" und „zwei Kulturen", die sich nun diametral gegenüber ständen. Es begann im kulturellen Bereich die Kampagne gegen den „Formalismus" in Literatur, Kunst und Musik, der als „bürgerlich" gebrandmarkt wurde. Eine weitere Komponente der Säuberung bildete der Feldzug gegen die „Kosmopoliten".[156] Hinter diesem Schlagwort verbarg sich eine antisemitische Kampagne gegen die sowjetischen Juden. Wegen ihrer vermeintlichen Verbindung mit dem Westen galten sie als illoyal im Kalten Krieg. Der offiziell sanktionierte Antisemitismus war eine Konsequenz des radikalen Nationalismus der Stalinzeit.[157] Diese Entwicklungen in der UdSSR gilt es mit zu bedenken, wenn man die Propaganda für die Sowjetunion in Polen und der SBZ vergleicht.

Vor dem Hintergrund der Kriegserfahrung stellte die Propaganda für die Sowjetunion in Ostmitteleuropa ein problematisches Unterfangen dar. Der innere Zustand der stalinistischen Diktatur, das Verhalten der Roten Armee und die sowjetische Außen- und Besat-

153 Vgl. Elena Zubkova, Russia after the War. Hopes, Illusions and Disappointments, New York/London 1998, S. 101–109, dies., Poslevoennoe sovetskoe obščestvo: politika i povsednevnost' 1945–1953, Moskau 2000, S. 102–170. Zum sowjetischen Alltagsleben nach 1945 vgl. E. Ju. Zubkova/L. P. Koševeleva/G. A. Kuznecova u.a. (Hg.), Sovetskaja Žizn' 1945–1953, Moskau 2003.

154 Von der „Kehrseite des Sieges" berichtet zusammenfassend: Nicolas Werth, Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion, in: Stéphane Courtois u.a. (Hg.), Schwarzbuch des Kommunismus, S. 51–288, hier: S. 240–257.

155 Gerd Koenen, Utopie der Säuberung, Was war der Kommunismus?, Berlin 1998, S. 354. Vgl. zur sowjetischen Führung nach 1945: Yoram Gorlizki/Oleg Khlevniuk, Cold Peace, Stalin and the Soviet Ruling Circle, 1945–1953, Oxford/New York, NY 2004.

156 Vgl. D. G. Nadžafov (Hg.), Stalin i kosmopolitizm. Dokumenty Agitpropa CK KPSS 1945–1953, Moskau 2005.

157 Brent/Naumov, Stalin's Last Crime, S. 94ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

zungspolitik lasteten schwer auf dem Ansehen der Sowjetunion, doch vorerst war das Charisma des Sieges über Deutschland, der Befreiung von Besatzung und nationalsozialistischem Terror noch nicht verbraucht. Die neue Frontstellung gegen die westlichen Demokratien beeinflußte bereits seit Kriegsende die Propagandapolitik. Stalin hatte diesen Konflikt bereits im Januar 1945 als unabwendbar bezeichnet.[158] Nun war es die Aufgabe der Propaganda, dort anzuknüpfen, wo man in den dreißiger Jahren angefangen hatte, und das eigene System als überlegen und zukunftsweisend darzustellen. Durch den offenen Ausbruch des Kalten Krieges verschärfte sich zudem der Handlungsdruck. Partielle Zurückhaltung und flexiblere Propagandapolitik wurden vom Moskauer Apparat als Schwäche wahrgenommen und kritisiert. Aus dem sowjetischen Apparat heraus entstand der Druck, Kurs auf eine vollständige Kontrolle der Öffentlichkeit in den „Volksdemokratien" zu nehmen, sich im Zeichen des Konfliktes mit dem Westen an den selbstgeschaffenen Werten auszurichten.

In Moskau unternahm die sowjetische Führung seit 1945 Anstrengungen, die Auslandspropaganda zu verbessern. Sie hatte erkannt, daß Instanzen wie das *Sovinformburo*, die VOKS und das Außenministerium eher gegen- als miteinander arbeiteten. Einige Vertreter des Apparats erkannten zudem, daß für das Publikum im Westen die Sprache der sowjetischen Propaganda unverständlich war. Sie ahnten, daß es schwierig sein würde, den selbstreferentiellen Sowjetuniondiskurs in andere Länder zu transferieren. Ein strukturelles Problem für die sowjetische Auslandspropaganda stellte die Xenophobie des stalinistischen Regimes dar. Institutionen wie die VOKS lebten mit dem Paradox, im Ausland und unter Ausländern Werbung für ein Regime zu machen, daß seine Bürger für den Umgang mit Fremden bestrafte und in dem der unkontrollierte Kontakt zu Ausländern – auch zu Kommunisten – einen Makel darstellte. Diese xenophobe Politik stand im Widerspruch zu den Erfordernissen der Nachkriegswelt und des Kalten Krieges. Einerseits versuchten die Bolschewiki nach dem Kriege, die sowjetische Gesellschaft wieder gegen ausländische Einflüsse abzuschirmen. Andererseits waren sie bemüht, im gerade eroberten Imperium Werbung für das eigene System zu machen. Sie mußte eine geschlossene Gesellschaft als attraktive Option darstellen. Andrej Ždanov bediente die xenophobe Linie des Regimes, wenn er kritisierte, daß die VOKS dem Ausland schmeichle und sich zu stark mit den Zielgruppen sowjetischer Propaganda identifiziere.[159] Dennoch bemühten sich seine Mitarbeiter wie Georgij Aleksandrov um die Auslandspropaganda und auch die VOKS blieb unersetzlich, wenn die geschlossene Gesellschaft, in der das Mißtrauen gegenüber Ausländern zum Herrschaftsprinzip erhoben war, jenseits der Grenzen für sich werben wollte. Konsequente Abschottung war im Kalten Krieg und im erweiterten sowjetischen Imperium keine Alternative mehr. Für das Jahr 1947 sah das ZK der KPdSU (B) deshalb eine deutliche Intensivierung der Außenkontakte vor.[160] Neben diese Anstrengungen zur Repräsentation des Eigenen in der Welt trat dabei der Aufbau eines neuen Feindbildes. Auf höchster Ebene – Stalin, Mo-

158 Eintrag vom 28.1.1945, in: Banac, The Diary of Georgi Dimitrov, S. 357–358.

159 Vgl. V. O Pečatov, „Strel'ba cholostym": sovetskaja propaganda na zapad v načale cholodnoj vojny (1945–1947), in: Stalinskoe desjatiletie cholodnoj vojny: fakty i gipotezy, Moskau 1999, S. 108–133.

160 Informacionnaja spravka zamestitelja zavedujuščego OVP CK VKP (b) L.S. Baranova „O meždunarodnych svjazach VKP (b)", 2.9.1947, in: Sovetskij faktor v vostočnoj evrope, tom 1, S. 478–485.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

lotov, Ždanov und Malenkov waren involviert – beschäftigte man sich mit der Konstruktion des neuen Feindbildes Amerika.[161]

Was die Rahmenbedingungen für die Propaganda betrifft, so kann man von einer ähnlichen Problemlage in Polen und Ostdeutschland sprechen. Aus dem Auftreten der Roten Armee, den Repressionen des NKVD und der sowjetischen Wirtschaftspolitik ergaben sich schwere Hypotheken für das Ansehen der Sowjetunion, die auch PPR und SED belasteten. Beide Staatsparteien litten außerdem darunter, daß sie nicht als souveräne Akteure, sondern als ausführende Instanzen sowjetischer Macht wahrgenommen wurden.[162] Die Strategie Dimitrovs, durch die Rhetorik der nationalen Front die kommunistischen Parteien vom Eindruck der Abhängigkeit von Moskau zu befreien, scheiterte in Polen und Deutschland.[163] Dieses Makels waren sich die jungen Staatsparteien bewußt, doch die enge Bindung an die Bolschewiki blieb ebenso unpopulär wie alternativlos. PPR und SED, so läßt sich überspitzt formulieren, verdankten in dieser Zeit der Sowjetunion sowohl ihre Macht als auch ihr schlechtes Ansehen.

Zwischen Sommer 1944 und Mitte 1947 wurde die kommunistische Propagandapolitik in Polen und in der SBZ aus Moskau bestimmt. PPR und KPD/SED hatten hier kaum Spielräume für eigene Akzente. Für das besetzte Deutschland ist dieser Befund wenig überraschend; hier hatte die Sowjetunion alle Machtmittel in der Hand. Doch während der Zeit der Doppelherrschaft war die Propagandapolitik auch in Polen entscheidend. Neben diesen Kongruenzen stechen aber auch deutliche Unterschiede im Vorgehen und in der Rhetorik hervor. Zwar beriefen sich sowohl die PPR als auch die SED bei ihrem Versuch, die kommunistische Macht zu legitimieren auf ihre Rolle als Retter der Nation aus der Katastrophe von Weltkrieg bzw. Niederlage. Damit lagen beide auf der Linie der „Nationalen Front" und versuchten, die Bindung an die Sowjetunion in nationale Narrative einzubauen. In Deutschland sprach die SED von der „Läuterung der Nation", die PPR beschwor in Polen die „nationale Wiedergeburt". Jedoch operierte die Propaganda mit zwei unterschiedlichen Topoi, die beide aus dem Reservoir stalinistischer Narrative stammten: Während in Polen *Panslawismus und völkischer Nationalismus* das Leitmotiv für die Begründung des Bündnisses mit der Sowjetunion bildete, stand in der SBZ die Rede von der *Erneuerung der Kultur* im Mittelpunkt. Beiden Propagandathemen war gemeinsam, daß mit ihrer Hilfe politische Breitenwirkung erzielt werden sollte. Die Zielgruppe der Propaganda für die Sowjetunion blieb zunächst in beiden Ländern eingeschränkt: Sowohl die TPPR als auch der Kulturbund zielten auf die intellektuellen Eliten, die für die kommunistische Herrschaft gewonnen werden sollten.

---

161 Vgl. D. G. Nadžafov, Antiamerikanskie propagandistkie pristrastija stalinskogo rukovodstva, in: Stalinskoe desjatiletie cholodnoj vojny: fakty i gipotezy, Moskau 1999, S. 134–150. Zum Antiamerikanismus in Polen und der DDR vgl. Kapitel 4.3 in dieser Arbeit.

162 Das verbindet den polnischen und deutschen mit dem ungarischen Fall. Vgl. Mevius, Agents of Moscow.

163 Es wäre zu diskutieren, wie weit diese Strategie in anderen Ländern – etwa in der Tschechoslowakei oder Bulgarien bzw. in Frankreich oder Italien, wo es einen nennenswerten kommunistischen Widerstand gegen Faschismus und Nationalsozialismus gegeben hatte, erfolgreicher verlief.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Die Gründung der TPPR und des Kulturbundes bildet eine weitere Parallele zwischen Polen und der SBZ. Sie entstanden mit dem Ende der Kampfhandlungen als offiziell überparteiliche Organisationen, die den alleinigen Zweck verfolgten, die Bevölkerung „aufzuklären". Beide gaben sich den Anstrich einer Plattform jenseits der Interessen der kommunistischen Partei. Es handelte sich bei den Organisationen um Inszenierungen von Zivilgesellschaft. Beide betonten ihre vermeintliche Überparteilichkeit und Unabhängigkeit. Ein Blick hinter die Kulissen verdeutlicht jedoch, daß es sich um sowjetisch inspirierte Instrumente des Propagandastaates handelte. Der Vergleich zwischen dem Lubliner Polen und der SBZ verdeutlicht, daß die Sowjetunion dort, wo sie geringere Rücksichten nehmen mußte, ihre Propaganda offensiver gestaltete. So sprach die TPPR von Beginn an von der Freundschaft zur UdSSR. In Deutschland hingegen schien der sowjetischen Führung zunächst Abwarten und die Rücksichtnahme auf die Westalliierten die angemessene Strategie zu sein. Wenn man den Ausbau des Propagandastaates, die Etablierung seiner Institutionen und die Radikalität kommunistischer Herrschaftsdiskurse als Barometer für den Sowjetisierungsprozeß betrachtet, so zeigen sich die Unterschiede zwischen Polen und der SBZ. Während die gemeinsame alliierte Deutschlandpolitik die sowjetische Führung ursprünglich zur Zurückhaltung veranlaßte, ergibt sich in Polen ein anderes Bild. Hier folgte der Aufbau des Propagandastaates der Roten Armee auf dem Fuße. Die Gründung der TPPR im Herbst 1944 in Lublin mag hier als Beispiel dienen. Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die Herrschenden in Polen stärker agierten, während sie in der SBZ reagierten. Erst als Reaktion auf die Medienpräsenz der Westmächte, die verlorenen Landtagswahlen sowie den Druck Tjul'panovs und der Moskauer Besucher ging die sowjetische Führung zu einer offensiveren Politik über.

Auf politische Krisensituationen reagierten die lokalen Kommunisten und ihr sowjetischer Vormund in Polen 1945 und in der SBZ 1946 mit der Forderung nach einer Verstärkung der Propaganda. Dies lag einerseits darin begründet, daß sie überzogene Erwartungen in ihre Wirkungsmächtigkeit hatte. Andererseits läßt sich diese Reaktion jedoch auch als Ausweichen vor den strukturellen Problemen kommunistischer Herrschaft deuten. Da es sowohl für die sowjetischen Stellen als auch für die lokalen Kommunisten unmöglich war, Kardinalprobleme wie die gewaltsamen Übergriffe der Roten Armee zu unterbinden, hofften sie, den politischen Schaden durch ein Mehr an Propaganda auszugleichen. Parallel dazu verfolgten die Kommunisten die Strategie, Themen zu tabuisieren. Insbesondere waren die Gewaltanwendungen der sowjetischen Streitkräfte und des NKVD mit einem Redeverbot belegt. Das öffentliche Beschweigen der historischen und aktuellen Tabuthemen wurde schon vor dem Ausbruch des Kalten Krieges nur gelegentlich von den scharfen Dementis oppositioneller oder westlicher „Hetze", „Lügen" und „Verleumdungen" gebrochen. Mit dieser Mischung aus forcierter Propaganda, fortschreitender Tabuisierung und gezielter Verleumdung derjenigen, die mißliebige Themen öffentlich ansprachen, versuchten die Propagandaapparate, das Ansehen der Sowjetunion zu verbessern.

Die unterschiedlichen Leitmotive in Polen und Deutschland, die Konzentration auf die Eliten und der Verzicht auf die sofortige Einführung sowjetischer Symbole und Rituale unterscheiden die Form der Sowjetisierung deutlich vom Vorgehen der UdSSR bei der

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Annexion Ostpolens 1939. Während in den polnischen Ostgebieten, die unter brachialem Gewalteinsatz ökonomische Transformation und Kulturrevolution gleichzeitig erlebten, eine *radikale Sowjetisierung* vollzogen wurde, läßt sich das Vorgehen zwischen 1944–1947 in Polen und der SBZ als *pragmatische Sowjetisierung* begrifflich fassen. Das bedeutet, daß die Sowjetunion hier zunächst die Herrschaftssicherung ihrer kommunistischen Mündel betrieb und Kerne des Propagandastaates aufbaute, ohne die Gesellschaften unmittelbar in eine Kulturrevolution zu stürzen wie 1939 in Ostpolen. Pragmatische Elemente hatten Vorrang vor utopischen Zielen. Bereits während des Jahres 1946 geriet diese Strategie jedoch in Mißkredit. Die propagandistische Zurückhaltung, die mangelnde Mobilisierung der Bevölkerung wurde für die geringe Popularität der Regime mitverantwortlich gemacht. Da der Stalinismus der Vernichtung von Ambivalenzen und der Homogenisierung verpflichtet war, nimmt es sich nicht überraschend aus, daß diese Tendenz nun auch den Systemtransfer begleitete. In einer zweiten Phase der Sowjetisierung, die hier als *utopische Sowjetisierung* bezeichnet wird, verpflichteten sich die kommunistischen Regime auf die Umerziehung der gesamten Bevölkerung entlang der Linien des Sowjetuniondiskurses.

4. Polen 1948–1949: Stoßrichtung Kulturrevolution

Czesław Miłosz äußerte 1953 in seinem Essay „Verführtes Denken", daß es einen gewissen Punkt gegeben habe, in dem in Polen „von der gemäßigten Verehrung auf die offene Vergötzung Rußlands umgeschaltet wurde [...]."[164] Miłosz beschrieb den Punkt, an dem die pragmatische Sowjetisierung in die stalinistische Kulturrevolution überging. Nunmehr versuchte der Propagandaapparat, nicht nur Sympathie für die UdSSR aufzubauen, sondern den stalinistischen Wertehimmel in Polen verbindlich zu machen. Der Kult um die Sowjetunion dominierte nun die repräsentative Öffentlichkeit, und das Regime verstärkte seine Anstrengungen, mit der Freundschaftspropaganda die Gesellschaft zu erreichen.

4.1 30 Jahre „Oktober": Freundschaftskampagnen im Kalten Krieg

Ein Schlüsselereignis stellte der 30. Jahrestag der Oktoberrevolution dar: Es handelte sich um den ersten sowjetischen Feiertag, der in großem Stil begangen wurde.[165] In den Wochen um den Jahrestag veranstaltete der Parteistaat einen Monat des Kulturaustausches mit der Sowjetunion, einen Vorläufer der Freundschaftskampagnen, die in den kommenden Jahren durchgeführt wurden.[166] Ziel des Kulturaustausches und der Feiern sei, so legte sich das Sekretariat des ZK der PPR fest, das Verständnis für die kulturellen und wirtschaftlichen „Errungenschaften" des Sozialismus und die „entscheidende Bedeutung" der UdSSR für

164 Miłosz, Verführtes Denken, S. 186.

165 Die Stalinisierung Polens war nicht nur Kulturrevolution; parallel vollzog sich weiterhin eine rapide soziale Transformation zur Industriegesellschaft. Vgl. Kenney, Rebuilding Poland, S. 189–236.

166 Zu diesen „Freundschaftsmonaten" als Kampagnen in Polen und in der DDR vgl. Kapitel 4 dieser Arbeit.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

das „unabhängige Dasein, die Unantastbarkeit der wiedergewonnenen Gebiete, die industrielle Entwicklung Polens sowie die maßgebliche Rolle der Sowjetunion im Friedenskampf" zu vermitteln. Weiterhin gelte es, den „Kampf mit der Flüsterpropaganda" und den Argumenten der „ausländischen Reaktion" voranzutreiben.[167]

Der Sowjetuniondiskurs sollte in ganz Polen verbreitet werden. Dazu war der Verkauf sowjetischer Bücher und Broschüren ebenso geplant wie der Auftritt russischer Schriftsteller und Künstler oder das Vorführen sowjetischer Filmproduktionen. Am Jahrestag der Revolution sollten Vorlesungen über die Sowjetunion stattfinden. Um den gemeinsamen Sieg im Weltkrieg zu feiern und an die sowjetischen Opfer für Polen zu erinnern, forderte die TPPR die polnische Bevölkerung auf, zu den Feiertagen die Gräber sowjetischer Soldaten zu pflegen und zu schmücken.[168] Dabei sollte die TPPR unter Anleitung der PPR eng mit anderen Massenorganisationen zusammenarbeiten. Der TPPR-Vorsitzende Henryk Świątkowski betonte aus Anlaß der Feiern in *Przyjaźń*, daß die Polen sich zwar Wissen über das sowjetische Leben aneignen sollten, daß das Land aber seinen eigenen Weg zum Sozialismus gehen werde. Zugleich unterstrich Świątkowski jedoch die Bedeutung der Oktoberrevolution für Polen; erst sie habe das Land aus „jahrhundertelanger Sklaverei" befreit.[169] Im Zuge der Oktoberkampagne veranstaltete die TPPR in Warschau einen Kongreß, dessen Choreographie darauf abgestimmt war, in der Frage der polnisch-sowjetischen Freundschaft nationale Einigkeit darzustellen. Die Kongresshalle schmückten die Fahnen der PPR sowie anderer Parteien und Massenorganisationen, die die „Nationale Front" symbolisierten.[170] Als Symbol dieser Einigkeit wählte man den Staatspräsidenten Bolesław Bierut zum Ehrenpräsidenten der TPPR. Damit war für jedermann deutlich, daß die Freundschaft zur Sowjetunion nun Teil der Staatsräson war.

Ende 1947 faßten der Vorsitzende Henryk Świątkowski mit dem TPPR-Generalsekretär Stanisław Wroński die Ziele für das kommende Jahr zusammen. Dabei gingen sie davon aus, daß ein Großteil der Umerziehungsarbeit bereits geleistet sei. Außerdem stellte das Papier die Arbeit der TPPR in den Kontext des Kalten Krieges. Ihre Propaganda sollte sich fortan nicht mehr darauf beschränken, ein positives Bild von der Sowjetunion zu liefern. Ebenso wichtig war nun die Vermittlung des Feindbildes USA, das in dieser Rolle zunehmend Deutschland ablöste.[171] In der diskursiven Verschmelzung der antideutschen und der antiamerikanischen Rhetorik entstand ein neues, polymorphes Feindbild. Für 1948 stellte

---

167 APK, KW PPR, Nr. 208, Bl. 46–49, Zitate Bl. 46. Siehe auch: R. Ludomirski, Miesiąc polsko-radzieckiej wymiany kulturalnej, *Wolność*, 8.9.1947; L. Piotrowski, Zacieśniają się więzy przyjaźni i współpracy, *Wolność*, 15.9.1947.

168 T. Konar, Sprawa, o której trzeba zawsze pamiętać, *Przyjaźń* 1947, Nr. 9, S. 27.

169 Henryk Świątkowski, Cel i zadania miesiąca wymiany kulturalnej, *Przyjaźń* 1947, Nr. 9, S. 3–4, Zitate S. 3.

170 1-szy Zjazd Statutowy Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, *Przyjaźń* 1947, Nr. 10–11, S. 11, S. 43–46. Vgl. auch: Podstawy ideologiczne Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, *Wolność*, 25.10.1947.

171 Vgl. zum Antiamerikanismus ausführlich Kapitel 4 dieser Arbeit. Zum Bild der Deutschen in der polnischen Propaganda siehe am Beispiel der Filmchroniken: Johannes Etmanski, Deutschland in der polnischen Wochenschau. 1945–1956, Magisterarbeit Universität Münster, 2001.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Świątkowski in Aussicht, daß die Reste des Mißtrauens gegenüber Rußland überwunden werden würden, die noch aus der Zarenzeit stammten. Von den Nationaldemokraten und der Sanacja sei die UdSSR als schwacher Staat gezeichnet worden. Die Vorkriegsregierungen hätten behauptet, daß die sowjetischen „Errungenschaften" nur „Fiktionen" seien. Der Weltkrieg habe jedoch, so der TPPR-Chef, das Gegenteil bewiesen, und nun realisiere Rußland Projekte, die in anderen Gesellschaftsordnungen „Utopie" bleiben müßten. Damit verankerte sich die Rhetorik der TPPR fest in den Fundamenten des Sowjetuniondiskurses: Sie adaptierte die Vorstellung von der UdSSR als utopischen Ort. Dort waren Dinge möglich, die anderenorts unmöglich blieben. Zwar betonte die Propaganda weiterhin den panslawischen Charakter des polnisch-sowjetischen Bündnisses. Doch dieses Argument trat gegenüber der Rede über die sowjetischen „Errungenschaften" in den Hintergrund. Wiederholt betonte Świątkowski den überparteilichen, nationalen Charakter der TPPR, eine Aussage, die in immer deutlicheren Widerspruch mit der Verherrlichung der Sowjetunion geriet.[172]

Generalsekretär Stanisław Wroński unterstrich, daß die TPPR auf dem Weg zur Massenorganisation gut vorangekommen sei. Mittlerweile habe die Freundschaftsgesellschaft fast eine halbe Million Mitglieder. Dabei bezeichnete er Churchill und Byrnes als die „größten Helfer" dieses Wachstums; nach ihren Reden sei es zu einem „gewaltigen Anstieg" der Mitgliederzahlen gekommen. Tatsächlich hatte der Parteistaat auf die Byrnes-Rede mit einer gezielten Kampagne reagiert, so daß schwer zu ermessen ist, inwieweit sich in diesem Mitgliedergewinn gestiegene Sympathie für die UdSSR als Garantiemacht der polnischen Westgrenze ausdrückte. Es ist zu vermuten, daß zahlreiche neue Mitglieder in staatseigenen Betrieben und Behörden gewonnen wurden. Wroński selbst wies darauf hin, daß man der TPPR individuell und nicht kollektiv beitreten sollte. Bei einem kollektiven Eintritt komme der Charakter eines „persönlichen Bekenntnisses" zur polnisch-sowjetischen Freundschaft abhanden. Die TPPR lehnte den kollektiven Beitritt ganzer Belegschaften ab. Trotz der Massenmobilisierung in ihren Kampagnen blieb sie bemüht sicherzustellen, daß der Einzelne tatsächliche erreicht und beeinflußt wurde. Als Folge der utopischen Sowjetisierung sollten sich die Bürger öffentlich zu seiner prosowjetischen Überzeugung „bekennen".

Weiterhin zog Wroński Bilanz und nannte Problemfelder der Propaganda für die Sowjetunion. Dabei handelte es sich um soziale Gruppen oder regionale Milieus, die sich als besonders resistent gegen die Erziehungsversuche des Parteistaates gezeigt hatten. Konkret nannte der Generalsekretär die Lehrerschaft, die Jugend und die Landbevölkerung. Was die Lehrenden betraf, so sah man unter der Professorenschaft die größten Schwierigkeiten.[173] Das traditionell konservative Milieu der Hochschullehrer verstand sich in Polen als Teil der nationalen Elite. Für Jugendliche sollten spezielle Veranstaltungen durchgeführt werden, während man hoffte, Frauen über das Thema der sowjetischen „Friedenspolitik" erreichen zu können. Für das Landpublikum wollte die TPPR in Zukunft ebenfalls gesonderte Veran-

172 Podstawy działalności Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej. Materiały i wytyczne dla działaczy i kół terenowych, Warschau o. J. [Ende 1947], bes. S. 3–10.

173 Dies deckt sich mit den Ergebnissen der Studie von John Connelly über die Sowjetisierung der polnischen Hochschulen, der dem polnischen akademischen Milieu eine ausgeprägte Resistenz gegen die kommunistische Ideologie bescheinigt hat. Vgl. Connelly, Captive University, S. 162ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

staltungen durchführen zusammen mit der Vereinigung der bäuerlichen Selbsthilfe [Związek Samopomocy Chłopskiej, ZSCh], einer weiteren Massenorganisation. Unter Frauen, Jugendlichen und auf dem Land gab es besondere Probleme, weil dort die katholische Kirche einen stärkeren Einfluß hatte als in Großstädten oder unter Industriearbeitern.[174] Die Ausführungen Stanisław Wrońskis zeigen, wo die Freundschaftspropaganda auf Desinteresse oder deutlichen Widerspruch stieß. In Wrońskis Ausführungen scheinen soziale und regionale Grenzen der Durchherrschung auf. Diese Einschätzungen widerlegt die Behauptung Henryk Świątkowskis, daß die Mehrheit der Bevölkerung nun die Bindung an die Sowjetunion unterstütze. Świątkowskis Einschätzung bezeugt eher, daß Wunschdenken nun die interne Kommunikation dominierte und der Propagandaapparat begann, ständig seine „Errungenschaften" zu betonen.

4.2 Vorwurf Mißtrauen: Die Ablösung Gomułkas und die neue Rede über die Sowjetunion

Das Jahr 1948 brachte nicht nur die Radikalisierung der Propaganda, sondern auch den Umbau der kommunistischen Führung in Polen.[175] Die PPR drängte die formell unabhängige PPS zur Bildung einer Einheitspartei. Im Frühjahr kam es in der PPR-Spitze zu einer Kontroverse über den weiteren politischen Kurs. Władysław Gomułka und seine Gruppe, die für eine taktische Distanz zur Sowjetunion eintraten, verloren in dieser Auseinandersetzung ihre Stellungen und wurden als „nationale Abweichler" gebrandmarkt. Wie kein anderer PPR-Politiker stand Gomułka für einen „polnischen" Weg zum Sozialismus. Neben seinen nationalkommunistischen Überzeugungen manifestierte sich seine stärkere Distanz zur sowjetischen Führung darin, daß Gomułka die Kriegszeit in Polen verbracht hatte und nicht im sowjetischen Exil.

Der Konflikt zwischen der Gomułkagruppe und den „Moskauern" um Bierut stand in Zusammenhang mit den Versuchen Moskaus, nach dem Bruch mit Titos Jugoslawien die kommunistischen Parteien zu disziplinieren. Władysław Gomułka hatte 1947 die Gründung des Kominform nicht unterstützt und eine bedingungslose Orientierung an der UdSSR abgelehnt. Insbesondere widersetzte er sich der Kollektivierung der Landwirtschaft in Polen. Im Frühjahr 1948 stieß diese Haltung in Moskau auf scharfe Kritik.[176] Im Juni distanzierte sich Gomułka explizit von der „antipatriotischen" Haltung der KPP, die in der Zwischenkriegszeit eine polnische Sowjetrepublik gefordert hatte. Gomułkas Aussagen entsprachen der taktischen Linie von 1944; nun traten sie jedoch in Widerspruch zur Politik der Kominform und zum Homogenisierungsdruck, unter dem das gesamte Imperium stand.

174 Podstawy działalności, S. 11–32.

175 Vgl. Kersten, The Establishment of Communist Rule, S. 439ff; Kaluza, Der polnische Parteistaat, S. 131–136.

176 Memoriał kierownika Biura Informacji KC WKP (b) Leonida Baranowa oraz instruktorów KC WKP (b) Nikołaja Puchłowa i Władimira Owczarowa „O antymarksistowskiej orientacji w kierownictwie PPR", 5.4.1948, in: Polska-ZSRR, S. 204–217.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Im August kritisierte das Politbüro den Generalsekretär und formulierte den Vorwurf, der Gomułka sein Amt kosten sollte: „Mißtrauen gegenüber der Politik der UdSSR."[177]

Auf einer Sitzung des ZK der PPR vom 31. August bis zum 3. September warf der amtierende – offiziell parteilose – polnische Präsident Bolesław Bierut seinem Widersacher Gomułka dessen „Mißtrauen" gegenüber der Sowjetunion vor und beanspruchte das höchste Parteiamt für sich.[178] Das Ergebnis der ZK-Sitzung überraschte wenig: Bierut konnte sich durchsetzen, und Gomułka fiel in Ungnade. So endete im Sommer 1948 mit dem Bekenntnis Bieruts zur PPR die Phase des verschleierten Kommunismus, und die Periode der utopischen Sowjetisierung begann. Für die Staatspartei hieß dies, daß für die Führungsmitglieder ihr Verhältnis zur Sowjetunion zur Gretchenfrage wurde. In seiner Selbstkritik vor dem Politbüro drückte der Nationalkommunist Mieczysław Moczar das nunmehr obligatorische Bekenntnis eines Parteimitgliedes zur UdSSR aus: „Die Sowjetunion ist nicht nur unser Verbündeter, das ist eine Losung für das Volk. Für uns, Genossen, ist die Sowjetunion unser Vaterland [nasza Ojczyzna], und unsere Grenzen kann ich nicht bestimmen, heute liegen sie hinter Berlin, morgen bei Gibraltar."[179] Moczar hatte die neue Marschrichtung verstanden; es durfte keinen Zweifel an der gläubigen Bindung eines Führungsmitglieds an die UdSSR mehr geben. Zugleich entstand in der Bevölkerung der Mythos des standhaften Patrioten Gomułka. Schon im August besagten Gerüchte, einzig Gomułka sei gegen die Kollektivierung und Sowjetisierung Polens.[180] Im Sommer 1948 verlor er zwar die Macht, doch der Grundstock seines antisowjetischen Charismas wurde gelegt.

Wenige Wochen nach dem ZK-Plenum folgte ein TPPR-Kongreß. Der Parteistaat wählte Breslau als Bühne, auf der die Freundschaftsgesellschaft den Schwenk zum Sowjetisierungskurs öffentlich nachvollziehen sollte. Die Versammlung in der schlesischen Hauptstadt markierte den Beginn der Freundschaftskampagne 1948. Durch die Ortswahl setzte der Parteistaat ein Zeichen. Breslau erinnerte an den Status der Sowjetunion als Garantiemacht der polnischen Westgrenze. Zwei Stränge kommunistischer Propaganda trafen sich hier: die in der Tradition des polnischen Westgedankens stehende Rhetorik über die Polonität der „wiedergewonnen Gebiete" und die Propaganda für die Sowjetunion.[181] Der Kon-

177 W sprawie odchylenia prawicowego i nacjanalistycznego w kierownictwe partii, jego źródeł i sposobów jego przezwyciężenia, 15.8.1948, in: Protokoły posiedzeń Biura Politycznego KC PPR, 1947–1948, Warschau 2002, S. 245–253; siehe auch: Nieformalny zapis przebiegu posiedzenia Biura Politycznego, 23.8.1948, a.a.O., S. 264–275.

178 Vgl. Stalinowskim kursem. Posiedzenie Komitetu Centralnego Polskiej Partii Robotniczej. 31 sierpnia – 3 września 1948 r. Stenogram, Pułtusk/Warschau 1998, insbesondere die Eröffnungsrede Bieruts S. 22ff.

179 Oświadczenie Mieczysława Moczara skierowane do Biura Politycznego KC PPR, in: Stalinowskim kursem, S. 397–98, Zitat S. 398. Zu Mieczysław Moczar, siehe: Krzysztof Lesiakowski, Mieczysław Moczar. „Mietek". Biografia polityczna, Warschau 1998.

180 Vgl. die Stimmungen zu Gomulka in Biuletyn Informacyjny Nr. 16 (36), 17.8.1948; Biuletyn Informacyjny Nr. 20 (42), 15.10.1948, in: Biuletyny Informacyjne Ministerstwa Bezpieczeństwa Publicznego, 1948, tom 2, Warschau 1995, S. 142–153, S. 142f., S. 174–192.

181 Zur Propaganda über die Westgebiete Polens siehe Thum, Die fremde Stadt, S. 271–303. Breslau war im selben Jahr schon Veranstaltungsort verschiedener anderer nationaler und internationaler Tagungen

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

greß war ein Ausweis der Orientierung auf die Sowjetunion. Die Übernahme sowjetischer Rituale manifestierte sich in Hochrufen auf Stalin, die auf diesem TPPR-Kongreß erstmals von Rednern ausgebracht wurden. Den sowjetischen Diktator nannte sie nun den „großen Freund Polens." Seine Persona wurde in den Vordergrund gerückt: Es war Stalin persönlich, dem die Sicherheit der Grenzen zu verdanken sei.[182] Die Radikalisierung manifestgierte sich auch in konkreten Entscheidungen. So versprach die TPPR auf dem Kongreß, an der Werbung für die Kollektivierung der Landwirtschaft teilzunehmen.

Die Staatssicherheitsberichte des Jahres 1948 widersprechen der Erfolgsrhetorik des Propagandaapparates. Propagandaapparat und Sicherheitsdienste zeichneten ein entgegensetztes Bild der Stimmungslage. Das macht es unmöglich zu rekonstruieren, wo oder inwieweit die Propaganda wirkungsmächtig war. Einige Tendenzen lassen sich allerdings festhalten. In den Stellungnahmen der Staatssicherheit wird deutlich, daß in der Opposition die Verbindung von Antikommunismus und Antisemitismus virulent blieb. Auf die internationalen Spannungen und die „Friedenskampf"-Kampagnen reagierte die Bevölkerung mit Gerüchten über einen bevorstehenden Krieg. Viele äußerten die Befürchtung, daß Polen seine Westgebiete wieder verlieren würde.[183] Die Opposition interagierte mit der Propaganda; für die Flugblätter aus dem Widerstand waren ihre Narrative ein zentraler Bezugspunkt. In den Gerüchten und Stimmungen, die die Berichte wiedergaben, finden sich direkte Reaktionen auf parteistaatliche Kampagnen. Die Bauern reagierten verängstigt auf den Kominformbeschluß, daß in allen Ländern des sowjetischen Blocks die Kollektivierung der Landwirtschaft durchgeführt werde.[184] In der Arbeiterschaft gärte es wegen der Übernahme sowjetischer Mobilisierungsmethoden, wie etwa der Stachanovarbeit. [185]

Im Dezember 1948 vereinigten sich PPR und PPS zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei [Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, PZPR]. Diese Fusion verstärkte nochmals das Gewicht der Staatspartei in der Gesellschaft. Der beschleunigte Sowjetisierungsprozeß veränderte auch die Medienpolitik der TPPR. Ihre Zeitschrift *Przyjaźń* erschien seit der Jahreswende 1948/49 nicht mehr monatlich, sondern in einem größeren und populäreren Format als Wochenzeitschrift. Nach den vorangegangenen Weichenstellungen war dies wenig verwunderlich. Trotz des offenen Sowjetisierungskurses zeigten sich sowjetische

---

gewesen, so etwa beim Friedenskongreß im August, den zahlreiche westliche *fellow traveller* besuchten. Vgl. Caute, The Fellow Travellers, S. 315f. Die Propaganda für die Westgebiete bildete im Jahr 1948 einen Schwerpunkt der Aktivitäten des Regimes. Siehe hierzu Tyszkiewicz, Sto wielkie dni Wrocławia.

182 Zur Entwicklung des Stalinkultes in Polen siehe Kapitel 4 dieser Arbeit. Zum Breslauer Kongreß der TPPR vgl.: II-gi Krajowy Zjazd Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej. 2–3 październik 1948, o.O., o.J. [1948]; Stanisław Wroński: Zalecenia Zjazdu, *Przyjaźń* 1948, Nr. 11, S. 20–21.

183 Vgl. Biuletyn Informacyjny Nr. 6 (28), 12.3.1948, Biuletyn Informacyjny Nr. 9 (31), 26.4.1948, Biuletyn Informacyjny Nr. 14 (36), 17.7.1948, Biuletyn Informacyjny Nr. 16 (38), 17.8.1948, in: Biuletyny Informacyjne Ministerstwa Bezpieczeństwa Publicznego, 1948, S. 47–53; S. 72–83; S. 125–130.

184 Dariusz Jarosz, Polacy a stalinizm 1948–1956, Warschau 2000, S. 22ff.; Biuletyn Informacyjny Nr. 18 (40), 18.9.1948, in: Biuletyny Informacyjne Ministerstwa Bezpieczeństwa Publicznego, 1948, S. 161–173.

185 Vgl. Kenney, Rebuilding Poland, S. 237–286; Jarosz, Polacy a stalinizm, S. 61–115.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Beobachter nicht zufrieden. Sie leiteten Klagen der TPPR nach Moskau weiter, daß diese vom Propagandaapparat stiefmütterlich behandelt werde.[186] In einem Bericht an Suslov beschwerte sich ein sowjetischer Funktionär, die Polen gingen nicht offensiv genug gegen die Russophobie vor. Sowjetische Feiertage würden übergangen, am 1. Mai habe es nur ein Stalinplakat gegeben, und generell würde die Hilfe der UdSSR für den polnischen Aufbau in der Presse zu wenig gewürdigt. Die Engländer und Amerikaner genössen hingegen weitgehende Freiheiten für ihre Propaganda. Ferner rügte der Bericht die ungebrochene Präsenz der katholischen Kirche im öffentlichen Raum.[187] Wenn sowjetische Beobachter nicht ihre Ordnung der Öffentlichkeit erkannten, kritisierten sie freimütig diese Abweichungen.

Im Frühjahr 1949 holte das Sovinformbüro zu einer Generalkritik der Propagandapolitik in Polen aus. Die sowjetischen „Errungenschaften" würden nicht offensiv genug herausgestellt und eigens gelieferte Artikel über die Sowjetunion nicht gedruckt. Den negativen Gerüchten über Kolchosen werde nicht entgegengetreten. Der zentrale Vorwurf lautete, die Polen seien nicht offensiv genug gegenüber dem Westen und wichen vor der Auseinandersetzung mit nationalistischen Stimmungen in der eigenen Bevölkerung zurück. Ein weiterer Bericht aus dem Sommer 1949 forderte eine Intensivierung der Freundschaftspropaganda, die besonders unter Frauen und der Jugend verstärkt werden müsse.[188] Damit stimmte jedenfalls die Analyse der Problemgruppen zwischen Polen und sowjetischen Beobachtern überein. Im August forderte das Kominform in Warschau einen umfassenden Bericht über die „angloamerikanische Propaganda" im Lande und einen Maßnahmenkatalog zur Gegenpropaganda an.[189] Aus sowjetischer Perspektive verlief die Sowjetisierung Polens unzureichend. Die eigentliche Bewährungsprobe für den Propagandastaat sollte jedoch nicht die jährliche Freundschaftskampagne, sondern eine Personalentscheidung bilden. Dieser Paukenschlag im polnisch-sowjetischen Verhältnis erfolgte im Herbst 1949.

4.3 Ein sowjetischer Marschall wird Pole: Rokossowskis Homecoming

Am Ende des „Freundschaftsmonats" und Vorabend der Revolutionsfeiern, am 6. November 1949, wurde der sowjetische Heerführer und Befehlshaber der Roten Armee in Polen, Marschall der Sowjetunion Konstanty Rokossowski zum polnischen Verteidigungsminister

186 Borys Szapoźnikow do Borysa Ponomariowa o nieprzychylnym stosunku Wydziału Propagandy PPR do TPPR, 31.8.1948, in: Polska-ZSRR, S. 218.

187 Pismo Leonida Baranowa do Michaiła Susłowa o sytuacji w Polsce, 25.10.1948, in: Polska-ZSRR, S. 221–226.

188 Informacja Władysława Sokołowskiego o niewłaściwej polityce informacyjnej Wydziału Prasy KC PZPR w zakresie popularyzacji osiągnięć ZSRR, 21.4.1949, in: Polska-ZSRR, S. 241–250; Notatka członka WKP (b) Salomona Natansona dla I zastępa kierownika Wydziału Propagandy KC WKP (b) Borysa Ponomariowa o sytuacji w Polsce, 16.6.1949, a.a.O., S. 253–267.

189 Pis'mo sotrudnika kanceljarii sekretariata Informbjuro V. I. Ovčarova refrentu meždunarodnogo otdela CK POPR T. G. Feder s pros'boj predostavit' dopolnitel'nuju informaciju ob „anglo-amerikanskoj propagande" v Pol'še, 15.8.1949, in: Sovetskij faktor v vostočnoj evrope 1944–1953 v dvuch tomach, tom 2, Moskau 2002, S. 161–162.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

ernannt.[190] Gleichzeitig erhob ihn Präsident Bierut in den Rang eines polnischen Marschalls.[191] Rokossowkis Entsendung in die polnische Führung verdeutlicht, wie gering das Vertrauen Moskaus in die PZPR und die polnische Armee selbst nach der Entmachtung Gomułkas und seiner Gruppe war. Moskau benötigte einen Kontrolleur vor Ort.

Wegen seiner militärischen Meriten war Konstanty Rokossowski für die polnische Öffentlichkeit kein Unbekannter. Bereits vor seiner Ernennung zum Verteidigungsminister betrieb der Propagandaapparat um ihn als sowjetischen Repräsentanten in Polen einen Personenkult. In seiner Position als Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen im schlesischen Liegnitz war er eine bekannte Person. So berichtete *Przyjaźń* bereits im Sommer 1947, daß eine Delegation schlesischer Bergleute auf Veranlassung der TPPR Rokossowski besucht habe. Die Arbeiter brachten dem sowjetischen Marschall verschiedene Geschenke mit und er lud seine Gäste zu Tisch. Der Artikel hob hervor, der Vater des Marschalls sei Pole, die Mutter Russin, mit seinen Gästen habe er sich auf Polnisch unterhalten.[192] Delegationen der TPPR drückten auch 1948 mit Geschenken für den sowjetischen Marschall ihre Dankbarkeit für die Befreiung Polens aus.[193] Zu diesem Zeitpunkt stellte die Propaganda Rokossowski als eine Brücke zwischen der Roten Armee und der polnischen Bevölkerung dar.

Im Frühjahr 1949 stilisierte die Propaganda Rokossowski zunehmend zu einem Symbol des polnisch-sowjetischen Bündnisses, zu einer Persona der Freundschaft. So erhielt er zum Tag der Roten Armee im Februar die Ehrenbürgerschaft Stettins, und zum vierten Jahrestag ihrer Befreiung im April 1949 verliehen die drei Städte Danzig, Gdingen und Zoppot diese Auszeichnung an Rokossowski.[194] Der sowjetische Marschall war demnach vor seiner Ernennung zum Verteidigungsminister mehr als nur ein sowjetischer Funktionsträger in Polen. Die Presse versuchte ihn zu einem Zeichen der Verbundenheit zwischen Bevölkerung und Roter Armee zu stilisieren; insbesondere der Gestus des Schenkens und der Gastfreundschaft unterstrichen dieses Anliegen.[195] Seine Nationalität war im eigentlichen Sinne „sowjetisch"; weder bezeichnete man ihn als Russen noch als Polen, sondern als Verkörperung der sowjetischen Völkergemeinschaft.

---

190 Konstanty Rokossowski Marszałkiem Polski, Ministrem Obrony Narodowej R.P., *Przegląd Wydarzeń* 1949, Nr. 14, S. 3–13.

191 Rokossowskis während der Brežnev-Ära veröffentlichte Autobiographie behandelt lediglich seine Zeit als Offizier im Zweiten Weltkrieg; seine Inhaftierung während des Großen Terrors und seine Tätigkeit als polnischer Verteidigungsminister im Hochstalinismus werden komplett ausgeblendet. Vgl. K.K. Rokossowskij, Soldatskij dolg, Moskau 1997 [1968].

192 Robotnicy śląscy u Marszałka Rokossowskiego, *Przyjaźń* 1947, Nr. 8, S. 24. Vgl. zu einer Delegation aus Pommern, die ebenfalls Geschenke an Rokosswski überreichte: Pomorzanie u marszałka K. Rokossowskiego, *Wolność*, 9.5.1949; zu einer Delegation aus Gleiwitz: Z całego serca … Delgacja Gliwic w gościnie u marszałka K. Rokossowskiego, *Wolność*, 22.5.1949; zu einer Delegation aus Breslau: Delegacja mas pracujących Wrocławia u marszałka K. Rokossowskiego, *Wolność*, 30.7.1949.

193 Wyraz głębokiej wdzięczności. Dary robotników poznańskich dla Armii Radzieckiej, *Wolność*, 19.8.1948.

194 Marszałek K. Rokossowski honorowym obywatelem m. Szczecina, *Wolność*, 27.2.1949; Marszałek K. Rokossowski honorowym obywatelem Gdyni i Gdańska. Uroczysta akademia w czartą rocznicę wyzwolenia Wybrzeża, *Wolność*, 4.4.1949.

195 Vgl. zum Gestus und der Ökonomie des Schenkens im Stalinismus Kapitel 4.1 dieser Arbeit.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Die Ernennung Rokossowskis zum Verteidigungsminister begleitete der Propagandaapparat mit immensen Anstrengungen. Der Parteistaat versuchte, Zustimmung zu inszenieren und der Bevölkerung die Entscheidung zu vermitteln. Schließlich handelte es sich um einen brisanten Vorgang: Die Ernennung eines ausländischen Militärs zum Verteidigungsminister und höchsten Offizier der polnischen Streitkräfte. Da die Armee in Polen traditionell als Garant der nationalen Souveränität galt, mußte die neue Konstellation weitere Zweifel an der Behauptung des Regimes nähren, gerade das Bündnis mit der Sowjetunion garantiere die Unabhängigkeit Polens. Diesem Glaubwürdigkeitsproblem begegnete der Parteistaat mit der Neuerfindung der Vita Rokossowskis und der konsequenten Polonisierung seiner öffentlichen Persona. Zu diesem Zweck erschienen in den Wochen nach seiner Amtseinführung drei Kurzbiographien – eine im Verlag der Staatspartei, eine vom Jugendverband und eine vom Verteidigungsministerium herausgegeben – und zahllose kurze Abrisse und Artikel, die den polonisierten Lebenslauf Rokossowskis verbreiteten und seine nationale Identität als Pole behandelten. Die Polonisierung des sowjetischen Marschalls begann bei der im Parteiverlag *Książka i Wiedza* erschienenen Lebensbeschreibung schon auf dem Titelblatt: In Anlehnung an die polnische Orthographie schrieb man nicht Rokossowski, sondern Rokosowski.[196]

Das in allen drei Biographien gezeichnete Bild Rokossowskis war nicht nur das eines vorbildlichen Soldaten und Kriegshelden. Die Erzählung seines Lebenswegs stand *pars pro toto* für das Schicksal der polnischen Nation. Weil er am nationalen „Irrweg" der Zweiten Republik keinen Anteil hatte, wurde Rokossowski zum vorbildlichen Patrioten stilisiert. Bereits 1917 hatte er sich auf die Seite der russischen Revolution gestellt und seitdem die Sowjetunion verteidigt. So bekam seine Vita wegweisenden Charakter. Rokossowski sollte den Idealtypus des polnischen Patrioten verkörpern. Das Leitmotiv seiner Biographie bildete die Erzählung vom verlorenen Sohn, die in die Geschichte der polnisch-sowjetischen Beziehungen integriert wurde. Allerdings war hier nicht der Sohn, sondern seine Familie – die Nation – auf Abwege geraten. Es war dann Aufgabe des verlorenen Sohnes, seine Heimat nun auf den richtigen Weg, den Weg an der Seite der Sowjetunion zu führen.

Nach Lesart der Biographien kam Rokossowski in Warschau als Sohn eines Eisenbahners zur Welt.[197] Wegen des frühen Todes der Eltern mußte er, so die Erzählung, früh für sich selbst sorgen. Bereits in Warschau fand er den Weg in die Arbeiterbewegung. Im Jahre 1912 sei er erstmals wegen der Beteiligung an einem Streik verhaftet worden. Im Ersten Weltkrieg diente er in der russischen Armee und mußte auf ihrem Rückzug nach Osten seine Heimat verlassen. In Rußland habe er sich vom ersten Moment an der Revolution angeschlossen, im Bürgerkrieg gekämpft und sei durch Fleiß und Bildungseifer bis zum General aufgestiegen. Das Wirken Rokossowskis im Zweiten Weltkrieg wurde durch das Motiv der doppelten Nähe – sowohl zu Stalin als auch zu den einfachen Soldaten – und durch die Behauptung des großen Anteils Rokossowskis an allen entscheidenden Schlachten – vor Moskau, in Stalingrad und Kursk – überhöht. Die Biographien betonten den An-

196 Vgl. Żołnierz wolności ludu wolności Polski. O Marszałku Konstantym Rokosowskim, Warschau 1949; Marszałek Rokossowski na czele Wojska Polskiego, Warschau 1949; Konstanty Rokossowski. Marszałek Polski, Warschau 1949 und zusammengefaßt: Zyciorys Marszałka Rokosowskiego, *Przyglad Wydarzeń* 1949, Nr. 14, S. 19–23.

197 Rokossowskis Geburtsort war die Stadt Velikie Luki im russischen Gouvernement Pskov.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

teil des Marschalls an der Befreiung der eigenen Heimat und seinen vergeblichen Einsatz für die Aufständischen in Warschau im Sommer 1944, der durch die Führung der Heimatarmee sabotiert worden sei.

Neben die Erzählung dieser idealen Vita, die kaum variiert, treten in allen drei Biographien Anekdoten, in denen polnische Soldaten und Bürger Rokossowski unvermittelt begegnen und sofort seine Polonität bemerken. Er kann, so wird suggeriert, seine Zugehörigkeit zur polnischen Nation nicht verbergen. Trotz seiner sowjetischen Uniform bemerkt sie jeder Pole. So wird eine Begebenheit geschildert, in der Rokossowski eine Übersetzerin korrigiert, woraufhin eine Polin ausruft: „Wie gut er unsere Sprache spricht …[jak fajnie po naszemu gada]" und eine andere feststellt: „Mit Sicherheit, ja doch, das ist ein Pole, einer unserer Warschauer Arbeiter!"[198] Von den Bewohnern Ostpolens wird berichtet, sie seien stolz gewesen, daß ein Pole die Rote Armee nach Westen geführt habe. Auf dem Weg nach Berlin habe sich die Freundschaft zwischen den Polen und ihrem verlorenen Sohn gefestigt. Alle drei Biographien unternehmen ferner den Versuch, Rokossowski zu einem Helden in der Tradition des nationalen Freiheitskampfes zu stilisieren. Dies geschieht durch die Integration des Marschalls in die Ahnenreihe des polnischen Unabhängigkeitskampfes: Damit versuchte die Propaganda von der Wertschätzung zu profitieren, die nationale Freiheitskämpfer im kollektiven Gedächtnis der Polen seit dem Zeitalter der Teilungen besaßen. Der Marschall Rokossowski verkörpere die „heiligsten Traditionen des polnischen Freiheitskampfes" unter der Losung „für Eure und Unsere Freiheit [za naszą i waszą wolność]"; die polnische Nation begrüße in ihm den Erben der „stolzen Tradition Tadeusz Kościuszkos, Henryk Dąbrowskis […] Karol Świerczewski-Walters und vieler anderer großer Polen […]."[199] Diese um den Nationalhelden von 1920 – den Marschall Piłsudski – gesäuberte Ahnenreihe sollte der Ernennung Rokossowskis historische Legitimität verschaffen.

Implizit forderten alle Biographien dazu auf, dem neuen Verteidigungsminister einen warmen Einstand zu geben. So hieß es: „Mit Stolz, Glück und Vertrauen übergibt die polnische Nation die Führung der Streitkräfte unseres Landes dem Marschall Konstanty Rokossowski – dem großen Polen, dem heißen Patrioten und Revolutionär, dem treuen Sohn der Warschauer Arbeiterklasse, dem dienenden Bürger Volkspolens."[200] Das ZK der PZPR veröffentlichte eine Redeanleitung für Agitatoren, in der die offizielle Linie vorgegeben wurde: Die polnische Nation und die Arbeiterklasse begrüßten die Ernennung Rokossowskis als einen Beitrag zur Stärkung Polens und zur Sicherheit seiner Grenzen.[201] Seine Freistellung durch die Rote Armee zeuge von der Großzügigkeit der Sowjetunion, die den Nachbarn einen ihrer besten Heerführer überlasse und zeige die „tiefe Verbundenheit" beider Völker. Die Ernennung Rokossowskis sei keine Einschränkung, sondern eine Verstärkung der polnischen Souveränität, weil man jetzt den „deutschen Chauvinisten" wirkungsvoller entge-

198 Marszałek Rokossowski na czele Wojska Polskiego, S. 29.

199 Konstanty Rokossowski – Marszałek Polski, S. 29–30; vgl. auch Zyciorys Marszałka Rokosowskiego, S. 23 und Marszałek Rokossowski na czele Wojska Polskiego – to wzrost naszych sił obronnych – wzmocnienie bezpieczeństwa Polski, in: Przegląd Wydarzeń 1949, Nr. 15, S. 13–23, S. 15.

200 Marszałek Rokossowski na czele Wojska Polskiego, S. 19–20. Vgl. auch die offizielle Berichterstattung in *Trybuna Ludu*, 13.11.1949.

201 Naród Polski wita Marszałka Rokosowskiego, in: Przegląd Wydarzeń Nr. 14, 1949, S. 15–19.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

gentreten könne. Die deutsche Bedrohung, die Unterstützung Westdeutschlands durch die amerikanischen Imperialisten wurde als Rechtfertigung herangezogen. Nun gelte es der Lügenkampagne, die von den Sendern *Voice of America*, London, Madrid, Hamburg und Belgrad vorgetragen werde, energisch entgegenzutreten. Man versicherte der *Voice of America*, Rokossowski „trägt den polnischen Adler auf der Mütze – und wird ihn in Zukunft tragen, zur tief empfundenen Freude der polnischen Soldaten, die stolz auf so einen Heerführer sind [...]." Schließlich sei die Ernennung Rokossowskis eine Stärkung des Friedenslagers „von Peking bis Berlin."[202]

Der *Związek Młodzieży Polskiej* (ZMP), die parteistaatliche Jugendorganisation, verpflichtete bereits am 8. November die Wojewodschaftsleitungen, Sitzungen abzuhalten, auf der zunächst die Agitatoren instruiert wurden. Anschließend sollte in allen Basisgruppen der Entschluß der Regierung und die Biographie Rokossowskis studiert und „diskutiert" werden. Am Ende der „Diskussion", so die Anweisung des Zentralsekretariats, solle die Initiative entwickelt werden, eine Depesche an den Marschall zu schicken.[203] Das Vorgehen des ZMP zeigt, wie der Parteistaat mit Hilfe der Massenorganisationen versuchte, die Gesellschaft zu erreichen, Meinungen zu formen, Widerspruch zu verhindern und Zustimmung zu inszenieren.

Von sowjetischer Seite beobachtete man im November und Dezember 1949 die Stimmungslage in Polen und registrierte, daß die Ernennung Rokossowskis von Teilen der Bevölkerung als Indiz für eine Annexion Polens gedeutet wurde. Es grassierte das Gerücht, Polen werde in Kürze „17. Republik" der UdSSR.[204] In einem Bericht der Kominform an das ZK der KPdSU wurde bestätigt, in Warschau spreche man davon, daß Polen sowjetisch werde.[205] Der Bericht überlieferte freilich noch drastischere Gerüchte: So hieß es, mehrere Gemeindevorsteher seien zurückgetreten, weil in der Wojewodschaft Posen die Nachricht kursierte, die Ernennung Rokossowskis sei der Auftakt einer Massendeportation von Polen nach Sibirien. In Lublin verbreiteten zwei Studenten, die Nominierung des sowjetischen Marschalls sei erfolgt, weil man eine „Meuterei [bunt]" in der Armee niederschlagen mußte. In der ostpolnischen Stadt erzählte man sich, daß in Kürze „alle Macht in Polen die Sowjets" übernehmen würden. Auch Parteimitglieder sahen in dieser Entwicklung den endgültigen Verlust polnischer Souveränität. So äußerte ein Warschauer Genosse: „Das Ziel der Nominierung Rokossowskis ist die Russifizierung und Bolschewisierung der

202 Marszałek Rokossowski na czele Wojska Polskiego – to wzrost naszych sił obronnych, S. 16f., Zitate S. 22, S. 24.

203 Do Przewodniczącego Zarządu Wojewódzkiego ZMP, 8.11.1949, AAN, ZMP, 451/V–93, Bl. 72–73. Zur Propagandaarbeit des ZMP im polnischen Stalinismus siehe Joanna Kochanowicz, ZMP w terenie. Stalinowska próba modernizacji opornej rzeczywistości, Warschau 2000.

204 Iz dnevnika zavedujuščego otdelom stran narodnoj demokratii redakcii inostrannoj informacii TASS N. R. Pantjuchina. Zapis' besed na prieme v posol'stve Pol'ši v Mokskve o reakcii poljakov na naznačenie K.K. Rokossovskogo ministrom nacional'noj oborony Pol'ši, 31.1.–1.2.1950, in: Sovetskij faktor v vostočnoj evrope, tom 2, S. 255–256.

205 Alle folgenden Zitate und Beispiele in: Ze sprawozdania Wasylija Owczarowa dla przewodniczącego Komisji Polityki Zagranicznej KC WKP (b) Wagana Grigoriana o reakcjach na nominacje Konstantego Rokossowskiego na stanowisko Ministra Obrony Narodowej Polski, 29.12.1949, in: Polska w dokumentach z archiwów rosyjskich. 1949–1953, Warschau 2000, S. 65–66.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Streitkräfte Polens." Auch in anderen Institutionen fürchtete man die Unterwerfung unters sowjetische Diktat. So erzählten sich Postangestellte, daß ihre Behörde demnächst auch unter sowjetische Kontrolle genommen werde. In verschiedenen Kreisen rechnete die Bevölkerung mit dem baldigen Ausbruch eines Krieges. Am Ende seines Berichtes beeilte sich der sowjetische Beobachter, die PZPR für ihre große Aufklärungsarbeit zu loben und zu versichern, die Mehrheit der Arbeiterklasse begrüße die Entsendung des Marschalls nach Polen.

Die interne Überlieferung der PZPR widerspricht diesem Urteil. Tatsächlich löste die Berufung eines sowjetischen Offiziers auf einen so symbolbeladenen Posten wie den des Verteidigungsministers einen Schock aus. Die Berichte aus den ersten Tagen nach der Bestallung Rokossowskis legen diesen Schluß nahe. Zwar wird in ihnen eingangs immer die große Übereinstimmung der Bevölkerung mit der Entscheidung betont; hier handelte es sich jedoch um einen Topos stalinistischer Berichterstattung. Die Verunsicherung manifestierte sich in Vorbereitungen für eine bevorstehende Krise, etwa in Hamsterkäufen. So hieß es in Berichten aus der Wojewodschaft Warschau, daß Frauen wegen der Angst vor einer Annexion durch die UdSSR und dem Ausbruch eines Krieges in großem Umfang Grundnahrungsmittel aufkauften.[206] Berichte von der Ostseeküste betonten hingegen, hier sei die Nachricht positiv aufgenommen worden; Rokossowski sei seit der Kampagne, die ihn zum Danziger Ehrenbürger gemacht habe, dort sehr populär. Allerdings bezieht sich der Berichterstatter hier auf die Reaktionen bei einer offiziellen Festveranstaltung zum Jahrestag der Oktoberrevolution, auf der Hochrufe auf Rokossowski ausgebracht worden seien. Die Zustimmung fand demnach in der repräsentativen Öffentlichkeit statt und entsprach dem Ritual der kontrollierten Begeisterung eines sowjetischen Festes. Dies nährt Zweifel, ob die Berichterstatter nicht ihre eigenen Inszenierungen als genuine Zustimmungen zur Politik des Regimes umdeuteten. In Warschau wurden Fragen laut, ob Rokossowski nun polnischer oder sowjetischer Staatsbürger sei. In Lublin, das vor dem Ersten Weltkrieg zum russischen Teilungsgebiet gehörte, stellte die Bevölkerung die Nominierung in den Kontext der Geschichte des russischen Imperiums: „Väterchen Zar gab uns den Fürsten Konstantin, und Stalin schickte uns Konstantin Rokossowski [Car batiuszka dał nam księcia Konstantego, a Stalin przysłał Konstantego Rokossowskiego]." Offiziere aus der Zwischenkriegszeit fürchteten eine umfassende Säuberung der Armee. Aus Stettin meldete die Staatspartei, die Arbeiter hätten die Nachricht zwar positiv aufgenommen, es habe sich jedoch sogleich ein Streit entsponnen, ob Rokossowski ein Pole sei oder nicht. Auch dort verbreitete sich das Gerücht, Polen werde die „17. Republik" der UdSSR. Ein Landarbeiter in Pommern bemerkte, der Vorgang widerspreche internationalem Recht: ein fremder Staatsbürger als polnischer Minister – das sei eine „Parodie". In Allenstein resümierte der lokale Sekretär der Blockpartei SD knapp: „Nun haben sie uns einen Russen gegeben." Ein anderer Bürger spottete: „Es gibt wohl keinen Posten mehr, den nicht ein Russe einnehmen könnte. Ich

206 Po mianowaniu Marszałka Rokossowskiego Ministrem Obrony Narodowej, Meldunki z terenu Nr. 226, 7.11.1949, AAN, KC PZPR, Wyd. Org., 237/VII–119, Bl. 135.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

kann nicht verstehen, wie ein fremder Staatsbürger polnischer Marschall werden kann."[207] Die Geschichte vom „Sohn der Warschauer Arbeiterklasse" war nicht jedem plausibel.

Am 10. November meldete die Partei aus Rzeszów, dort kursierten Gerüchte über einen unmittelbar bevorstehenden Waffengang und die Bevölkerung kaufe Grundnahrungsmittel. Bestehende Versorgungsschwierigkeiten interpretierte die Bevölkerung als Indiz für Kriegsvorbereitungen. In Krakau erzählte man sich, der sowjetische Botschafter habe in Warschau die Regierungsgeschäfte übernommen und stellte Vergleiche mit Westeuropa an: „In Frankreich regieren die Amerikaner und bei uns die Sowjetunion." Die Meinung wurde geäußert, daß der vorherige Verteidigungsminister Żymierski abgelöst worden sei, weil er sich wie Gomułka der Kommunisierung Polens entgegengestellt habe.[208] Dieses Gerücht verdeutlicht, daß auch kommunistische Politiker in der Gerüchteöffentlichkeit als Helden des Widerstandes gegen die Sowjetisierung wahrgenommen werden konnten. Weiterhin registrierte man auch in Warschau, daß von verschiedenen Seiten die Polonität Rokossowskis und damit die zentrale Aussage der parteistaatlichen Propaganda in Frage gestellt wurden. So äußerte ein früheres PZPR-Mitglied: „Was ist das für ein Pole, der sein ganzes Leben in der Sowjetunion zugebracht hat?" An der Warschauer Universität und am Politechnikum der Hauptstadt fanden sich Parolen, die Rokossowski als Vertreter des sowjetischen Imperialismus brandmarkten. Dort hieß es an den Wänden: „Nieder mit dem Usurpator, nieder mit Rokossowski!"[209] Aus Breslau hieß es, die Genossen begrüßten einerseits die Entscheidung, alle Zweifel seien aber noch nicht ausgeräumt.[210] Ein Bericht vom Anfang Dezember faßte die Stimmung in Schlesien zusammen. Man sage „a/ Polen wird 17. Republik [der Sowjetunion, JB] b/ Polen wird verkauft".[211] Die Agitatoren versuchten, so versicherten die Berichte, diesen Behauptungen entgegenzuwirken. Aus einer Schule meldete man die wiederholte Zerstörung der Portraits von Bierut, Stalin und Rokossowski, der Sicherheitsdienst suche nach den Schuldigen. In Pszszyna sei man der Meinung, daß Rokossowski kein Pole sei. Und im schlesischen Ratibor erinnerte man das Trauma der Vertreibung: „Zur Zeit wird das Gerücht verbreitet, daß in kurzer Zeit die sowjetischen Streitkräfte die Gegend besetzen werden und die einheimische Bevölkerung ihre Wohnungen aufgeben muß."[212] Schließlich berichtete das Parteikomitee in Oppeln: „In Verbindung mit der Berufung Marschall Rokossowskis verbreiten Kreise, die gegen unser System und das Bündnis mit der Sowjetunion eingestellt sind, die Propaganda, daß die UdSSR uns einen

207 Po mianowaniu Marszałka Rokossowskiego Ministrem Obrony Narodowej, Meldunki z terenu Nr. 227, 8.11.1949, AAN, KC PZPR, Wyd. Org., 237/VII–119, Bl. 138–143, Zitate Bl. 141, Bl. 142.

208 Po mianowaniu Marszałka Rokossowskiego Ministrem Obrony Narodowej, Meldunki z terenu Nr. 229, 10.11.1949, AAN, KC PZPR, Wyd. Org., 237/VII–119, Bl. 148–151.

209 Po mianowaniu Marszałka Rokossowskiego Ministrem Obrony Narodowej, Meldunki z terenu Nr. 230, 11.11.1949, AAN, KC PZPR, Wyd. Org., 237/VII–119, Bl. 152–157, Zitate Bl. 153.

210 Po mianowaniu Marszałka Rokossowskiego Ministrem Obrony Narodowej, Meldunki z terenu Nr. 232, 14.11.1949, AAN, KC PZPR, Wyd. Org., 237/VII–119, Bl. 163–164.

211 Wydział Propagandy, Oświaty i Kultury Katowice. Z sprawozdań KP i KM dotyczące wrogiej działalności, 2.12.1949, AAN, KC PZPR, 237/VII–343, Bl. 23–28, Zitat Bl. 23

212 A.a.O., Bl. 26.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Marschall aufgedrängt habe, dessen Herkunft und Biographie sie selbstverständlich verschleiere ."[213] Dies kam den Tatsachen sehr nahe.

Die Berichterstattung aus der Hauptstadt und den Provinzen an das ZK der PZPR verdeutlicht die Problematik interner Berichte als Quellen für die öffentliche Meinung und die Wirkung der Propaganda. Die seit der Gründung der Einheitspartei gesammelt vorliegenden Meldungen aus der Provinz wurden nach einem stereotypen Muster abgefaßt: In der Regel wurde zunächst beteuert, daß die Parteimitglieder und die Arbeiter die Entscheidungen des Parteistaates begrüßten und geschlossen unterstützen. Anschließend berichtete man dann über „Stimmungen" und „Stimmen" negativer und feindlicher Gruppen oder Individuen, die man als Kontrast zur geschlossenen Zustimmung der Mehrheitsbevölkerung darstellte. Erschwerend kommt hinzu, daß die Berichterstatter wenig analytisch vorgingen; sie schrieben einzelne Stimmungen oder Verhaltensweisen kaum sozialen Milieus, Alterskohorten oder regionalen Besonderheiten zu. Von diesem allgemeinen Muster wichen auch die Berichte im Fall Rokossowski nicht ab. Dennoch lassen sich aus den vorliegenden Quellen Rückschlüsse über die Propagandapolitik des Parteistaates und die Stimmungslage in Polen ein Jahr nach dem Beginn der utopischen Sowjetisierung ziehen.

Die in hohen Auflagen verbreiteten Biographien antizipierten den neuralgischen Punkt der Berufung Rokossowskis als Verteidigungsminister. Für die Herrschenden bestand die Gefahr, daß der Marschall zum Symbol der Fremdherrschaft und des sowjetischen Imperialismus werden würde. Dem versuchte die Propaganda mit der Erzählung vom „Warschauer Eisenbahnerjungen" und „verlorenen Sohn" entgegenzuwirken. Außerdem stellten seine Biographen Rokossowski als polnischen Soldaten dar; er wurde mit allen Attributen eines polnischen Marschalls ausgestattet. Die Texte konstruierten eine Verbindung zur polnischen Freiheitstradition. Aufgrund der Erfahrungen mit der Roten Armee und vor dem Hintergrund der forcierten Sowjetisierung konnte diese Propaganda nicht glaubwürdig sein. Sie versuchte den Spagat, gleichzeitig einen idealen sowjetischen Soldaten und einen polnischen Patrioten zu konstruieren. Dabei bediente sie sich der biographischen Erzählung: Die Persona Rokossowskis sollte Vertrauen in sein Handeln stiften. Die Indigenisierung eines sowjetischen Marschalls als polnischen Freiheitshelden mußte jedoch an den Mauern des kommunikativen Gedächtnisses zerschellen. Mit der Neuerfindung des polnischen Marschalls mit sowjetischer Vergangenheit schritt Polen weiter auf dem Pfad der Sowjetisierung voran: faktisch durch die Ernennung Rokossowskis zum Verteidigungsminister und seiner Aufnahme in das Politbüro der PZPR, und kulturell durch die Integration eines sowjetischen Marschalls in das Pantheon der polnischen Freiheitshelden. Neben Präsident Bolesław Bierut und Stalin wurde Rokossowski zum dritten, zwischen der Sowjetunion und Polen stehenden Pfeiler des polnischen Stalinismus.[214] Die Troika Stalin, Bierut, Rokos-

213 A.a.O., Bl. 28.

214 Vgl. zum Kult Bieruts in der polnischen Propaganda, in dem die Biographie des Präsidenten ebenfalls eine tragende Rolle spielte: Izabella Main, President of Poland or „Stalin's most faithful pupil?" The Cult of Bolesław Bierut in Stalinist Poland, in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke 2004 [im Erscheinen]; Marcin Zaremba, Drugi stopień drabiny. Kult pierwszych sekretarzy w Polsce, in: Dariusz

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

sowski verkörperte den Parteistaat als polnisch-sowjetischen Hybrid.[215] Die erfundene Biographie Rokossowskis war die polnische Version des sozialistischen Helden, des stalinistischen Führers. Die inhärenten Widersprüche der Erzählung und die Friktionen zwischen gesellschaftlicher Wirklichkeit und propagandistischer Stilisierung erreichten im Herbst 1949 einen neuen Höhepunkt.

5. Die Erfindung der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft 1947–1949

Mehr als fünfzig Jahre nach seinem Einsatz zur *reeducation* in der Lünebürger Heide brachte ein britischer Historiker seine Erinnerungen an die öffentliche Meinung in Deutschland im Jahre 1947 zu Papier. Er hielt fest, daß das Land zwei Jahre nach Kriegsende noch immer von Hunger und Entbehrungen gekennzeichnet war. Eric Hobsbawm erinnerte sich, „der Hass und die Angst" vor „den Russen" sei die politische Einstellung gewesen, die im Sommer 1947 die Atmosphäre diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges bestimmte. Besonders die Vertriebenen, so Hobsbawm, machten die Sowjetunion für ihr Schicksal verantwortlich. Dabei mischte sich nach Ansicht des britischen Beobachters Angst und Überheblichkeit mit Respekt vor dem Sieger. Was das Verhältnis zur Besatzungsmacht anging, darf man davon ausgehen, daß die von Hobsbawm aufgezeichneten Stimmungen weit verbreitet waren.[216] Ein deutscher Chronist, der ebensowenig im Verdacht einer antisowjetischen Einstellung stand, unterscheidet sich in seinen Aufzeichnungen kaum vom Urteil Hobsbawms. Anfang 1947 notierte Victor Klemperer in Dresden: „Man ist antirussisch, anti-SED. Ich komme mir vor wie im feindlichen Ausland. Ich halte die hiesige Situation im allgemeinen, die meine im besonderen für durchaus kritisch, die Russen sind durchweg verhaßt, die regierenden SEDer sind es auch, u. an den paar Juden geht das einmal aus."[217] Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der offenen deutschen Frage standen SMAD und SED unter wachsendem Handlungsdruck. Nun spielte die öffentliche Meinung eine gewichtigere Rolle. Propagandistische Zurückhaltung und Konzentration auf Intellektuelle waren nicht mehr angebracht. Die Blockkonfrontation brachte die Massenpolitik zurück; jede Seite mußte sich um die Loyalität und das Vertrauen ihrer Bevölkerung bemühen. Eine Propagandaoffensive lag aber noch aus anderen Gründen in der Luft. Sie

---

Stola/Marcin Zaremba (Hg.), PRL. Trwanie i zmiania, Warschau 2003, S. 39–74, insbesondere S. 42–50.

215 Zum 25. Todestag von Feliks Dzierżyński 1951 erklärte die Propaganda den Gründer der sowjetischen Geheimpolizei zu einem Symbol polnisch-sowjetischer Freundschaft; wie Rokossowski wurde auch ihm eine hybride polnisch-sowjetische Identität zugeschrieben. Siehe Tadeusz Daniszewski, Feliks Dzierżyński. Nieugięty bojownik o zwycięstwo socjalizmu, Warschau 1951. Zu diesem Zeitpunkt wurde auf Initiative des Politbüros der Warschauer Platz Bankowy in Dzierżyński-Platz umbenannt und ein Denkmal dort aufgestellt. Siehe auch die Ausarbeitungen des Propagandaapparates in: AAN, KC PZPR, 237/VIII– 183.

216 Eric J. Hobsbawm, Interesting Times. A Twentieth Century Life, London 2003, S. 179f.

217 Eintrag vom 2.1.1947, in: Klemperer, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, S. 334.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

war eine Konsequenz des forcierten Sowjetisierungsprozesses und wurde von der Staatspartei SED massiv unterstützt.

Im Januar 1947 stattete die SED-Führung Stalin einen ihrer geheimen Besuche ab.[218] Für Moskauemigranten wie Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht oder Fred Oelßner handelte es sich um das Wiedersehen mit dem Exil. Trotzdem ließen es sich die Gastgeber nicht nehmen, ihren Gästen das Besichtigungs- und Besuchsprogramm vorzuschreiben, das für Moskau besuchende Ausländer vorgesehen war. Wenn man den sowjetischen Berichterstattern, die ihre Gäste genau beobachteten, glauben darf, zeigte sich Otto Grotewohl, der erstmals die sowjetische Hauptstadt besuchte, von den „sowjetischen Errungenschaften" begeistert. Im Gegensatz zu Max Fechner mochte er auch Stalin. Trotzdem mußte die SED-Spitze in Moskau nachsitzen. Die sowjetische Führung hatte ausgemacht, daß die Propaganda der Schwachpunkt der SED-Politik sei. Michail Suslov brachte den deutschen Besuchern die Methoden sowjetischer Propaganda näher.[219] Allerdings weigerte sich die KPdSU, Zugeständnisse in den Fragen der Reparationen, der Oder-Neiße-Grenze oder der Kriegsgefangenen zu machen. Dies bedeutete für die SED-Spitze, daß sie zwar in die Funktionsweisen des Propagandastaates eingeweiht wurde, aber auf den entscheidenden Feldern im Kampf um die öffentliche Meinung keine Trümpfe in die Hand bekam. Der Kampf um die propagandistische Lufthoheit im Kalten Krieg war eröffnet und auf kommunistischer Seite fand eine Rückbesinnung auf die eigenen Themen statt. Solch ein Kernthema war die Sowjetunion.

5.1 Das Studium der Kultur der Sowjetunion

Auf dem ersten Bundeskongreß des Kulturbundes, der am 20. und 21. Mai 1947 stattfand, gehörte die Verbesserung des Verhältnisses zur Sowjetunion zu den zentralen Forderungen. Doch der Kulturbund sollte nicht mehr den Rahmen für dieses Umerziehungsprojekt bilden. Für den 30. Juni 1947 lud Oberst Sergej I. Tjul'panov Personen des öffentlichen Lebens der SBZ zur Gründungsversammlung einer „Studiengesellschaft" ins Berliner „Haus der Kultur der Sowjetunion" ein. Sie bestimmten, wie von Tjul'panov vorgesehen, den Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski zum Präsidenten und die Schriftstellerin Anna Seghers zur Vizepräsidentin der Studiengesellschaft.[220] Diese Entscheidung war ein Zeichen für Kontinuität. Die Stoßrichtung des Kulturbundes wurde beibehalten, auch die Zielgruppe der Propaganda: Die SMAD wollte im Bürgertum, unter Akademikern, unter Studenten und in den

218 Zum Treffen der SED-Spitze mit Stalin, s. Naimark, Die Russen in Deutschland, S. 375–380.

219 Zu Michail Suslov vgl. Roy A. Medvedev, M.A. Suslov, ‚Ideologist in Chief', in: ders., All Stalin's Man. Six Who Carried Out the Bloody Policies, Garden City, NJ/New York, NY 1985, S. 61–81.

220 Jürgen Kuczynski spricht in seinen Memoiren von seiner „schönsten Funktion". Vgl. die Schilderung seiner Ernennung durch Tjul'panov, in: Jürgen Kuczynski, „Ein linientreuer Dissident." Memoiren 1945–1989, Berlin 1999, S. 33f. Seine Vorstellungen zur Erneuerung Deutschlands aus sowjetischem Geist formulierte er 1947: Jürgen Kuczynski, Über einen Weg des Aufbaus deutscher Kultur, Berlin, o.J. Zu Kuczynski als Historiker apologetisch: Mario Keßler, Dogma und Dialektik. Jürgen Kuczynski (1904–1997), in: ders., Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR, Köln/Weimar/Wien 2001, S. 90–145.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Funktionseliten Vertrauen aufbauen. Jürgen Kuczynski, der Wirtschaftsexperte – ein Schüler Eugen Vargas – und Westemigrant stand ebenso für diese Strategie wie Anna Seghers. Da er bis Anfang des Jahres als sowjetischer Spion in der OMGUS gearbeitet hatte, konnte an seiner Eignung kein Zweifel bestehen. Vom Habitus verkörperte er den Gelehrten alter Schule und hatte sich eine großbürgerliche Ausstrahlung bewahrt. Kuczynski war, wie sich bald zeigen sollte, gleichwohl dem Projekt einer oktroyierten Aufklärung über die Sowjetunion verpflichtet und zu diesem Zeitpunkt, wie er noch Jahrzehnte später schrieb, voller Vertrauen zu Stalin. Er bekannte 1983, er sei „voll und ganz ein Kind der ‚Stalinzeit' gewesen, mit ihren großen Leistungen und ihren negativen Erscheinungen, gefangen von der bedeutenden Gestalt Stalins [...]" und fügte hinzu: „In vielerlei Hinsicht glich ich mehr einem Gläubigen als einem Wissenschaftler, ohne mir das je eingestanden zu haben."[221] Damit war Kuczynski mit seinem Glaubensvertrauen in Stalin der richtige Mann für diese Aufgabe. Schließlich zeigte die Art und Weise, wie man Kuczynski und seine Mitstreiter in den Vorstand befahl, daß die SMAD in der Propagandapolitik die Zügel noch fest in der Hand hatte. Wie beim Kulturbund handelte es sich nur um die Fiktion einer freien Assoziation; tatsächlich war die „Studiengesellschaft" der Kern einer kommunistischen Massenorganisation.

Auf der Gründungsversammlung am 20. Juni 1947 manifestierte sich die Aufgabenstellung der „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion". Die SMAD wollte den Sowjetuniondiskurs verbreiten, die Menschen mobilisieren und ihre Anschauungen verändern. Oberst Tjul'panov umriß kurz und prägnant seine Vorstellungen: „Die einen werden Vorträge halten, die anderen werden etwas lernen [...]". Über die Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Besatzungsmacht machte sich Kuczynski keine Illusionen. Sein Ziel sei der Abbau des „barbarischen Hasses", und er gestand ein, daß auch „die Arbeiterschaft sich aktiv an der Kampagne gegen die Sowjetunion" beteilige: „die übergroße Mehrheit unseres Volkes – das muß klar ausgesprochen werden – ist heute noch gegen die Sowjetunion eingestellt [...] Es gibt auch in der östlichen Zone noch viele Menschen, die unter dem Einfluß der Reaktion stehen und ohne Ahnung von der großen Sowjetkultur schlecht von der Sowjetunion denken."[222] Oberst Tjul'panov verdeutlichte bereits auf dieser ersten Sitzung, welche Ziele die SMAD verfolgte. Den Deutschen sollten nicht nur sowjetische Filme oder russische Literatur nähergebracht werden. Für ein tieferes Verständnis der Sowjetunion sei es nötig zu wissen, was Kolchosen oder wer die Bolschewiki seien. Damit forderte Tjul'panov, die Zurückhaltung aufzugeben und die Deutschen über die Mitglieder der SED hinaus mit dem Sowjetuniondiskurs vertraut zu machen. Dabei dachte er offensichtlich bereits über den Tag hinaus und betrachtete die neu geschaffene Organisation als potentielles Mobilisierungsinstrument in einer Gesellschaft sowjetischen Typs. Intern galt von Beginn an das Prinzip des „demokratischen Zentralismus".[223]

---

221 Jürgen Kuczynski, Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch, Berlin (Ost)/Weimar 1988, S. 77.

222 Sitzungsprotokoll der Gründungsversammlung vom 30.6. 1947, SAPMO-BArch DY 32–1001, unpag.

223 Zum Organisationsaufbau siehe Kuhn, „Wer mit der Sowjetunion verbunden ist", S. 63–85.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Während die Berufung Kuczynskis und das Format der Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft* davon zeugen, daß zunächst die gesellschaftliche Elite Zielgruppe war, betonte der sowjetische Offizier, daß sich die „Studiengesellschaft" im Gegensatz zum Kulturbund zukünftig nicht nur an die „Intelligenz", sondern an die gesamte Bevölkerung der SBZ richte. Ferner verkündete er, die SMAD werde bis auf weiteres die Finanzierung des Unternehmens bestreiten.[224] Die folgenden Monate waren zunächst dem Aufbau der Organisation unter der Aufsicht der SMAD gewidmet, der sich auch aufgrund von Widerstand aus der Bevölkerung nur schleppend vollzog.[225] Inhaltlich sollte der 30. Jahrestag der Oktoberrevolution, der mit Vorträgen, Filmen, Versammlungen und Ausstellungen begangen wurde, in den Mittelpunkt gestellt werden. Im Gegensatz zu den Vorjahren sollte dieser Feiertag nun erstmals von den Deutschen in der SBZ begangen werden. Dies war ein bedeutender Schritt zu ihrer Integration in die sowjetische Symbol- und Diskursgemeinschaft. Im Sowjetisierungsprozeß wollte auch der Kulturbund nicht länger zurückstehen: Am 3. November 1947 hielt der Philologe Wolfgang Steinitz einen Festvortrag im Clubhaus des Kulturbundes, in dem er die Ansicht vertrat, der Kulturbund habe „allen Anlaß unser Volk mit den Errungenschaften und Leistungen der Sowjetunion bekannt zu machen." Steinitz, der selbst in der sowjetischen Emigration gelebt hatte, gab einen historischen Überblick, der sich eng an der sowjetischen Meistererzählung orientierte. Er endete mit dem Appell, „Aufklärung in breiten, prinzipiell antisowjetisch eingestellten Kreisen durchzuführen."[226] Damit verdeutlichte der Redner, wie umfassend das Umerziehungsprojekt nun angelegt war. Vertrauen in die Sowjetunion sollte da geschaffen werden, wo jetzt noch offene Ablehnung vorherrschte.

Parallel zur Propagandaoffensive lief die Disziplinierung der SED-Mitglieder ab. Nach der Zwangsvereinigung im Frühjahr 1946 und noch bis in das Jahr 1947 hinein hatte es insbesondere aus den Reihen ehemaliger Sozialdemokraten Kritik an der sowjetischen Besatzungsmacht und am sowjetischen System gegeben. Zunächst war wohlwollende Distanz zur Sowjetunion auch noch legitim, weil die 1946 von Anton Ackermann formulierte Doktrin eines deutschen Weges zum Sozialismus galt.[227] Die Angst vor den sowjetischen Sicherheitsorganen war auch in der Staatspartei weit verbreitet. Funktionäre und Mitglieder betonten die Hypotheken, die durch das enge Verhältnis zu den Besatzungsbehörden auf der Staatspartei lastete. Im Rahmen der „schleichenden Stalinisierung" der SED – also bereits bevor die „Partei neuen Typus" 1948 zur Leitidee erhoben wurde – wurden die Räume für Kritik an sowjetischen Stellen immer enger. Jede kritische Äußerung über „die Russen", das sowjetische System oder die Deutschlandpolitik der UdSSR wurde tabuisiert

224 Vgl. zur Gründungsversammlung und zur Rede Tjul'panovs: Dralle, Von der Sowjetunion lernen ..., S. 117–128.

225 Schreiben des stellvertretenden Politischen Beraters der SMAD Gribanow an den Obersten Chef der SMAD Marschall Sokolowski und den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD Generalleutnant Makarow über die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, 29.8.1947, in: Möller/Tschubarjan, Die Politik, S. 363–364.

226 Vortrag von Prof. Steinitz über: „Die Sowjetunion 1917–1947" am 3. November 1947, 18 Uhr, im Clubhaus, SAPMO-BArch DY 27–298, unpag.

227 Anton Ackermann, Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?, in: *Einheit* 1946, Nr. 1, S. 31ff. Siehe zu Ackermann: Gerd Dietrich, Ein Mitbürger der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Anton Ackermann, in: BzG 33 (1991), S. 107–115.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

und zum „parteifeindlichen" Akt erklärt. Wer sich nicht an die neuen Sprachregelungen hielt, wurde als „Hetzer" gebrandmarkt und mußte um seine persönliche Sicherheit fürchten. Im Juli 1947 erklärte Vorstandsmitglied Hermann Matern vor Funktionären: „Wir machen hier manchmal einen Fehler. Wir verwechseln die objektive Rolle der SU mit Fehlern, die einzelne Besatzungsorgane machen."[228] Für den führenden Kommunisten war die Trennung zwischen der gesellschaftlichen Realität und dem utopischen Ort Sowjetunion selbstverständlich. Dennoch riß die Kritik an der Sowjetunion auch in der SED nicht ab. So begründete 1947 ein Funktionär mit dem Verhalten der Roten Armee seine Weigerung, eine Feier zum Jahrestag der Oktoberrevolution zu veranstalten. Ironisierend auf die sowjetischen Propagandaerzählungen Bezug nehmend, erklärte er: „Kein Mensch kennt die so sehr herausgestellten Segnungen der russischen Oktoberrevolution, und was die Haltung und der Anschauungsunterricht angeht, den uns ein großer Teil der von dieser Revolution Beglückten erteilt, anbetrifft, so ist das wahrlich nicht dazu angetan, Propaganda für eine solche Feier zu machen. Ich erinnere nur an die täglichen Überfälle [...] Zugegeben, wir Sozialisten wissen, daß nichts vollkommen ist, noch dazu in einer Zeit der revolutionären Umwandlungen unserer Zeitgeschichte. Aber sollen wir etwas verherrlichen, was uns bis jetzt nur schlechten Anschauungsunterricht gegeben hat? Hätten wir nicht alle für unsere Ideale und unsere Partei begeistert, wenn uns die Abgesandten aus dem sozialistischen Staate der Welt, die ja 30 Jahre lang bereits durch die sozialistische Schule gegangen sind, auch nur einen Hauch ihres Glückes mitgebracht hätten?"[229] Das Zitat zeigt die Verzweifelung eines loyalen Parteimitgliedes, das nicht willens war, die Zumutung des Widerspruches zwischen den Behauptungen des Sowjetuniondiskurses und dem Besatzungsalltag still hinzunehmen. Erst nach den Parteiwahlen im Herbst 1947 verstummten in der SED die Diskussionen über die Besatzungsmacht.[230] Ein Jahr später ging die Staatspartei einen entscheidenden Schritt weiter und machte den kanonischen Text der Bolschewiki, den „Kurzen Lehrgang", zur Grundlage ihrer Parteischulung.[231] Gleichzeitig folgte als öffentlicher Signalakt die „Selbstkritik" Anton Ackermanns, in der er einem „deutschen Weg zum Sozialismus" abschwor, weil er „dem Antisowjetismus Raum läßt, statt ihn entschieden und mit aller Kraft zu bekämpfen."[232]

Im März 1948 fordert Sergej Tjul'panov die „Intensivierung" der Propagandaarbeit. Er betonte die Notwendigkeit, die „Errungenschaften der Sowjetunion, ihres gesellschaftlichen

228 Vgl. Malycha, Die SED, S. 199f.

229 A.a.O., S. 199.

230 Vgl. Malycha, Die SED, S. 163–262. Siehe auch Gennadij Bordjugow, Das ZK der KPdSU (B), die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die SED 1945–1951, in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn/München/Wien u.a. 2001, S. 283–311, bes. S. 291ff.

231 Sitzung des Zentralsekretariats der SED, 20.9.1948, SAPMO-BArch DY 30/IV/2/2.1/234. Die SED war mit dem Studium des *Kurzen Lehrgangs* durch ihre Mitglieder jedoch nicht zufrieden und mahnte bereits im Mai 1949 eine Verbesserung an. Zur Verbesserung des Studiums des Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B) [Mai 1949], in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralsekretariats und des Politischen Büros, Band 2, Berlin (Ost) 1952, S. 213ff.

232 Anton Ackermann, Über den einzig möglichen Weg zum Sozialismus, *Neues Deutschland*, 24.9.1948.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

und staatlichen Aufbaus und der sowjetischen Kultur unter besonderer Betonung der universellen, für alle Völker gültigen und humanistischen Bedeutung der Kultur des Sozialismus" herauszustellen.[233] Im Mai 1948 fand die erste zentrale Propagandaveranstaltung der „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion" im Kulturhaus Unter den Linden statt. In seiner programmatischen Rede umriß Oberst Tjul'panov ein Jahr nach ihrer Gründung nochmals das Anliegen, den Deutschen die „einzigartige" sowjetische Kultur näherzubringen. Zufrieden stellte er fest, die Gesellschaft habe sich in relativ kurzer Zeit zu einer anerkannten Organisation des öffentlichen Lebens entwickelt. Tjul'panov forderte, es müsse in Deutschland zukünftig „Millionen" Freunde der Sowjetunion geben.[234] In einem Bericht nach Moskau zog Sergej Tjul'panov eine positive Bilanz des Kongresses. Durch die neue Organisation sei es gelungen „wahrheitsgemäße Information" über die UdSSR zu verbreiten. Sie habe „in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung" sowjetische Kultur „popularisiert".[235] Wie schon bei der Gründung im Vorjahr war Tjul'panov die treibende Kraft. Aus Moskau forderte er weitere Materialien, um seine Propaganda voranzutreiben. Da ein zurückhaltender Kurs unter den tonangebenden Kommunisten in der SED nie besonders populär war, konnte er sich der Unterstützung der deutschen Kommunisten sicher sein. Es war dann auch die SED, die im Herbst 1948 eine große Kampagne mit dem Ziel veranstaltete, Kritik an der Besatzungsmacht und mißliebige Erinnerungen an die gewaltsamen Übergriffe der Roten Armee zu verdrängen.

Die Ereignisse des Jahres 1948, insbesondere die Berliner Blockade als Katalysator der deutsch-amerikanischen Annäherung, schmälerten das sowjetische Ansehen weiter. Als Reaktion auf die negativen Stimmungen leugnete die SMAD die Tatsachen und verstieg sich ab Oktober 1948 zu der Kampagne „Es gibt keine Berliner Blockade". Die SED wurde von der sowjetischen Administration angewiesen, weiter „einen entschlosseneren Kampf gegen die antisowjetischen Tendenzen" zu führen.[236] In einem Memorandum für das ZK der KPdSU äußerte sich der Chef der SMAD Thüringens, I. Kolesničenko, ungewohnt selbstkritisch und räumte sowjetische Mitverantwortung für das schlechte Ansehen der UdSSR ein. Kolesničenko bemerkte, daß die neue Ostgrenze als ein Resultat sowjetischen Imperialismus wahrgenommen werde. Außerdem kritisierte der Militär das Verhalten der Sicherheitsdienste. Insbesondere das „Verschwinden" von Menschen rufe bei den Deutschen „größte Unzufriedenheit hervor und liefert allen feindlichen Elementen Munition für antisowjetische Propaganda. [...] Ich wage es zu behaupten, daß dieses Vorgehen unserer Sicherheitsorgane auf Seiten der Deutschen die stärkste antisowjetische Propaganda und

233 Sergej S. Tjul'panov an alle Chefs der Informationsabteilungen der Landesverwaltungen der SMA, an den Chefredakteur der Zeitung „Tägliche Rundschau", an den Direktor des Hauses der Kultur der Sowjetunion in Berlin, 9.3.1948, in: Möller/Tschubarjan, Die Politik, S. 371–376, Zitat S. 375.

234 1. Jahreshauptversammlung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion vom 22.–23. Mai 1948, Öffentliche Tagung in der Staatsoper Berlin, SAPMO-BArch DY 32–10002, unpag.

235 Bericht des Chefs der Informationsabteilung der SMAD Oberst Tjul'panov an den Vorsitzenden der Voks Kemenev über den ersten Kongreß der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, 24.5.1948, in: Möller/Tschubarjan, Die Politik, S. 383–387, Zitat S. 386.

236 Memorandum des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD A. Russkich für den stellvertretenden Leiter der ZK-Abteilung für auswärtige Beziehungen B. Ponomarev, 27.10.1948, in: Sowjetische Politik in der SBZ, S. 179–182, Zitat S. 182.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Haß uns gegenüber hervorruft." Der Tenor dieses Berichtes war gegen den NKVD gerichtet. Im Gegensatz zu seinen Kollegen in der Propagandaabteilung erkannte Kolesničenko, daß er in einem anderen politischen und kulturellen Rahmen agieren mußte – insbesondere vor dem Hintergrund der Teilung Deutschlands und der Nähe des Westens: „Ich muß sagen, daß die Menschen in Rußland sich vielleicht an diese polizeilichen Methoden gewöhnt haben, aber die Menschen hier in Mittel- und Westeuropa sich damit nicht abfinden können." Er räumte ein, daß das NKVD in Deutschland auch verleumdet werde: „Das liegt daran, daß wir überall Feinde haben", doch er forderte mehr Zurückhaltung.[237] Für die SMAD kam eine Abkehr von stalinistischen Herrschaftspraktiken jedoch nicht in Frage. Die Propagandaabteilung setzte weiterhin auf die Wirkungsmächtigkeit ihrer Kampagnen.

5.2 „Über die Russen und über uns" – die neue Wahrheit

Am 19. November 1948 veröffentlichte das *Neue Deutschland* Rudolf Herrnstadts Artikel „Über die Russen und über uns", in dem der Verfasser einräumte, daß es 1945 zu Übergriffen durch sowjetische Soldaten gekommen sei.[238] Auch leugnete Herrnstadt nicht, daß die sowjetische Präsenz selbst in der SED als Belastung wahrgenommen werde. Er warf die Frage auf, warum die UdSSR von den eigenen Genossen noch mit den Augen des Gegners gesehen werde, und kam zu dem Schluß, daß die Partei den Klassenkampf nicht offensiv genug betreibe. Die antisowjetische Propaganda des Gegners sei jedoch, so Herrnstadt, ein Zeichen der akuten Schwäche des Imperialismus. In gedanklicher Anlehnung an die Stalinsche Lehre von der Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus konstatierte der Verfasser: Je schwächer der Imperialismus sei, desto mehr verschärfe er die Propaganda gegen die Sowjetunion. Es gebe jedoch kein antisowjetisches Argument, so Herrnstadt weiter, daß man nicht widerlegen könne. Die Übergriffe der Roten Armee – Herrnstadt ließ nur Eigentumsdelikte gelten, die Massenvergewaltigungen verbarg er hinter diesem Euphemismus – rechtfertigte er mit dem erbitterten Widerstand, den die deutschen Arbeiter bis zum Kriegsende geleistet hätten. Umso mehr gelte es nun, sich vollständig am

237 Memorandum des Chefs der SMA-Verwaltung des Landes Thüringen I. Kolosničenko für B. Ponomarev zu Fragen der politischen Praxis in Deutschland, in: Sowjetische Politik in der SBZ, S. 183–198, Zitate S. 194f., S. 197.

238 *Neues Deutschland*, 19.11.1948. Der Artikel „Über die Russen und über uns. Diskussion über ein brennendes Thema" und anschließenden Diskussionen erschienen 1949 in Berlin als gedruckte Broschüre. Alle folgenden Zitate nach dieser Fassung, die auch in SAPMO-BArch DY 32–10085 vorliegt. Aufschlußreich zu Aufstieg und Fall des Rudolf Herrnstadt ist seine Biographie von Helmut Müller-Enbergs, Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin 1991; siehe auch ders., Erst Chefredakteur, dann Unperson: Lex Ende und Rudolf Herrnstadt, in: JHK 1996, S. 297–304 und Andrea Görldt, Rudolf Herrnstadt und Wilhelm Zaisser. Ihre Konflikte in der SED-Führung im Kontext innerparteilicher Machtsicherung und sowjetischer Deutschlandpolitik, Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a. 2002. Zur Kampagne „Über die Russen und über uns" vgl. auch Hartmann/Eggeling, Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 45f.; Dralle, Von der Sowjetunion lernen ..., S. 213f.; sowie: Simone Barck, Die fremden Freunde. Historische Wahrnehmungsweisen deutsch-sowjetischer Kulturbeziehungen in der SBZ in den Jahren 1948 und 1949, in: Konrad H. Jarausch/Hannes Siegrist (Hg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt am Main/New York, NY 1997, S. 335–359.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

sowjetischen System zu orientieren: „Wer die Sowjetunion ‚mit Auswahl' bejaht, verneint sie."[239] Dieser Satz beinhaltete die Kernaussage des Artikels und das Anliegen einer Kampagne, die sich bald auf die gesamte SBZ erstreckte.[240] Ihr Ziel war es nicht, eine gesellschaftliche Diskussion zu führen, sondern diese zu beenden und für die Zukunft zu kriminalisieren. Rudolf Herrnstadt forderte von der Bevölkerung gläubiges Vertrauen und uneingeschränkte Loyalität zur UdSSR. Diese uneingeschränkte Loyalität, die seit den zwanziger Jahren ein Kennzeichen der KPD war, sollte nun zu einem Bestandteil der politischen Kultur der SBZ gemacht werden. Die inszenierten Diskussionen bedeuteten das Ende jedweder Diskussion. Aufgabe der „Gesellschaft zum Studium der Sowjetkultur" war es, diese Botschaft über den Kreis der SED-Mitglieder hinaus zu verbreiten.

Zu diesem Zweck wurden in Berlin und der SBZ öffentliche Veranstaltungen zum Thema „Über die Russen und über uns" in den „Häusern der Kultur der Sowjetunion" durchgeführt. Am 10. Dezember 1948 fand eine solche Diskussion unter prominenter Leitung im Berliner Kulturhaus statt. Hier wurde das Thema der Massenvergewaltigungen von den Anwesenden angesprochen. Die Veranstalter reagierten unbeholfen auf diese Offenheit. Während der Philologe Wolfgang Steinitz erklärte, das Geschlechterverhältnis in der Sowjetunion sei „in jeder Weise sauber", entschuldigte der Mitbegründer des BDO und frühere Frontbevollmächtigte des NKFD, Luitpolt Steidl, die Vergewaltigungen mit der „Leidenschaftlichkeit des slawischen Menschen."[241] Die große Resonanz auf diese und ähnliche Veranstaltungen zeigte, wie präsent die Erfahrungen des Kriegsendes im kollektiven Bewußtsein blieben.

Nach der vermeintlichen „Klärung" des Verhältnisses zur Sowjetunion während der Kampagne „Über die Russen und über uns" blieb die Gewalt der Roten Armee bis zum Ende der DDR ein Tabu. Weder gelang es, für die Verbrechen der Roten Armee eine befriedigende Erklärung noch eine akzeptable Sprachregelung zu finden. Gerade weil sie zum Ende der öffentlichen Diskussionen führte, wurde in der DDR-Historiographie die Kampagne „Über die Russen und über uns" als Erfolg gewertet. Sie habe geholfen, „die antisowjetischen Kräfte zunehmend in die Isolierung zu drängen und der deutschen Arbeiterklasse und allen Werktätigen ihre internationalistische Verantwortung erkennen zu lassen."[242] Es hieß, der Winter 1948/49 habe die „Klärung" des Verhältnisses zur Sowjetunion gebracht.[243] Die Rückkehr zur einseitigen propagandistischen Verherrlichung der Besatzungsmacht im Frühjahr 1949 legt jedoch den Schluß nahe, daß SMAD und SED sich einer Auseinander-

239 „Über die Russen und über uns", S. 10.

240 Im selben Jahr versuchte die SED noch ein weiteres gesellschaftliches Folgeproblem des Zweiten Weltkrieges mittels einer Kampagne zu lösen; d.h. de facto es für den weiteren öffentlichen Diskurs zu tabuisieren. Dabei handelte es sich um die Integration der Vertriebenen, die im Rahmen der „Umsiedlerwochen" abgeschlossen werden sollte. Vgl. Ther, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 231f.

241 Ebd., S. 25f.

242 Jutta Petersdorf, Die Rolle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft bei der Entwicklung und Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen DDR und UdSSR (1947–1955), phil. Diss. Berlin (Ost) 1973, S. 97; Günter Gorski (u.a.), Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Ein historischer Abriß von 1917 bis zur Gegenwart, Berlin (Ost) 1975, S. 207f.

243 Hartmann/Eggeling, Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 42f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

setzung mit dem Thema nicht gewachsen fühlten. Sie versuchten mit anderen Mitteln, die Bevölkerung zur Loyalität zur Sowjetunion zu erziehen.

Mit der Entwicklung der SED zur leninistischen Kaderpartei, der sogenannten „Partei neuen Typus", im Jahre 1948 verband sich ihr Anspruch, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu kontrollieren.[244] An die Stelle des Parteivorstandes, der formal weiter existierte, traten wie in der KPdSU (B) das Politbüro, das Sekretariat und das Zentralkomitee als Entscheidungsgremien. Im Zentralkomitee entstanden, den Ressorts einer Regierung ähnelnd, verschiedene Abteilungen, denen die Kontrolle des gesellschaftlichen Lebens oblag.[245] Die Abteilung Parteischulung, Kultur und Erziehung des ZK veranstaltete Ende 1948 eine Versammlung der Kulturobleute der Massenorganisationen, bei der auch ein Vertreter der DSF anwesend war, während der Abteilungsleiter der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, Stefan Heymann, die Partei vertrat. Heymann bekräftigte hier die Notwendigkeit „einer engeren Koordinierung aller demokratischen Massenorganisationen.[246] Gegen Vorschläge aus den Reihen der Anwesenden, die darauf zielten, einzelnen Massenorganisationen die autonome Verantwortung für einzelne gesellschaftliche Bereiche zu übertragen, setzte Heymann das uneingeschränkte Primat der Staatspartei durch. In dem einstimmig angenommenen Beschluß heißt es: „Die Koordinierung und Führung aller kulturellen Arbeiten in allen Massenorganisationen ist ausschließlich eine Angelegenheit der Partei."[247] Zur Abstimmung sollten regelmäßige Treffen einberufen werden. Mit diesem Beschluß wurden sämtliche Massenorganisationen, auch die „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion", zu ausführenden Organen der SED. Für die DSF bedeutete dieser Beschluß, daß sie sich aus der Obhut der SMAD zu lösen begann und an die SED gebunden wurde.

244 Zur Entwicklung der SED siehe Malycha, Die SED, S. 278–333. Mit Fokus auf die früheren SPD-Mitglieder in der Staatspartei: Beatrix Bouvier, Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR 1945–1953, Bonn 1996, S. 113ff.

245 Vgl. Monika Kaiser, Die Zentrale der Diktatur – organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952, in: Jürgen Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 57–86, insbes. S. 67–83. Zum Anspruch der SED, sämtliche Propagandaarbeit in der SBZ/DDR zu kontrollieren, vgl.: Monika Gibas, Ideologie und Propaganda, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.), Die SED. Geschichte. Organisation. Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 241–262.

246 Protokoll der Sitzung aller Kulturobleute in den Massenorganisationen mit den Abteilungsleitern der DVV am 13.12.1948 in der Abt. Parteischulung, Kultur und Erziehung. SAPMO-BArch, ZK Abt. Kultur, DY 30 IV 2/9.06/130, Bl. 1. Einen zusätzlichen Kontrollmechanismus schuf sich die SED durch den Beschluß des Politbüros vom 16.8.1949 über die „Schaffung von Parteiorganisationen im Apparat der Partei und Massenorganisationen. Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED vom 16.8.1949, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/2/38, Bl. 30–31.

247 Ebd.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

5.3 Mobilisierung durch Massenorganisation: Der Ausbau der DSF

Im Frühjahr 1949 beschloß die SED, die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion aufzuwerten. Das Politbüro entschied am 1. März 1949, ihre Arbeit stärker als bisher zu unterstützen. Selbstkritisch merkte die Partei an: „Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion ist seit ihrem Bestehen zu einer Organisation von über 60.000 Mitgliedern angewachsen, die aber bisher von der Partei nur ungenügend unterstützt wurde. Der Gesellschaft kommen aber beim Kampf gegen die antibolschewistische Hetze und für die Sicherung des Friedens bedeutende Aufgaben zu. Daher muss in der Stellung der Partei zur Gesellschaft eine völlige Wendung vollzogen werden."[248] In seinen Beschlüssen bekräftigte das Politbüro, die SED werde die Gesellschaft personell, organisatorisch und finanziell unterstützen. Dabei deutete sich an, daß von der DSF erwartet wurde, die ostdeutsche Bevölkerung *in toto* anzusprechen: „Bei der Behandlung aller Probleme der Sowjetunion ist auf die grosse Bedeutung der Arbeit der Gesellschaft hinzuweisen, weil mit Hilfe dieser Organisation weite Kreise des Volkes erfasst und zum Kampf gegen den Antibolschewismus aktiv eingesetzt werden können."[249] Das Politbüro entschied sich, die DSF unter seine Fittiche zu nehmen und ihre Entwicklung voranzutreiben. Der Politbürobeschluß stellte die Grundlage für den Ausbau zur Massenorganisation dar. Mit der Veränderung der institutionellen Basis sollte eine diskursive Radikalisierung einhergehen. Doch zunächst galt es, die Aufgaben der Organisation genau zu definieren. Auf einer Sitzung des ZK Sekretariats am 8. April 1949 präzisierte die SED die Aufgaben der DSF:

„1.) Organisierung des Kampfes gegen die antibolschewistische Hetze und gegen die imperialistischen Kriegshetzer.
2.) Verbesserung des Verhältnisses der deutschen Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone zur Besatzungsmacht.
3.) Ausbau der Massenpropaganda über die Erfolge der Sowjetunion auf dem Gebiete der Literatur und Kunst durch Vorträge, Filme und entsprechende kleine Schriften.
4.) Verstärkung der Arbeit in den Betrieben mit dem Ziel, neue und größere Kreise von Arbeitern für die Gesellschaft zu gewinnen. [...]
5.) Aktualisierung der Vortragstätigkeit der Gesellschaft. Die Vorträge müssen in viel größerem Maße als bisher zu den neu auftauchenden Tagesfragen, die im Zusammenhang mit der Sowjetunion stehen, Stellung nehmen."[250]

248 Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 7 vom 1. März 1949, Politbüro der SED, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/2/7, Bl. 3. Die sowjetische Seite unterstützte diesen Beschluß durch die Zusage finanzieller Mittel in Höhe von fünf Millionen Mark. Schreiben des Leiters der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR Smirnow an den Vorsitzenden der WOKS Denissow über die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, in: Möller/Tschubarjan, Die Politik, S. 411–412.

249 Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 7 vom 1. März 1949, Politbüro der SED, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/2/7, Bl. 3.

250 Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 18 der Sitzung des Sekretariats der SED vom 8. April 1949, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/3/018, Anlage Bl. 1–2.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Das ZK benannte auch die Schwächen, die man nach eineinhalbjähriger Propagandaarbeit bei der DSF ausgemacht hatte. Die Geschichte der Sowjetunion und die führende Rolle der KPdSU (B) beim Aufbau des Sozialismus seien nicht hinreichend bekannt, in der Gesellschaft werde das Prinzip des „demokratischen Zentralismus" nur ungenügend berücksichtigt, es mangele an Anleitung von oben, und es sei noch nicht gelungen, eine Mitgliederkartei aufzubauen, was wiederum zu einer „völlig ungenügenden" Kassierung geführt habe. Ferner wurde angemahnt, „die demokratische Wachsamkeit gegenüber den Agenten des Imperialismus nicht zu vernachlässigen."[251] Entscheidend für die nächsten Monate war der Beschluß, die DSF zu einem Instrument der Massenpropaganda auszubauen. Damit löste sie sich von der am Kulturbund orientierten Struktur.

Im Frühsommer 1949 wandte sich Jürgen Kuczynski an das ZK der SED, um eine Genehmigung für den weiteren Ausbau der DSF zu erwirken. Sein Anliegen war es, mit seiner Organisation in einen Kernbereich der Herrschaft vorzustoßen: an den Arbeitsplatz. Jürgen Kuczynski beantragte, „unserer Gesellschaft zu erlauben, in Betrieben Gruppen zu bilden."[252] Ziel dieses Schrittes war es wiederum, größere Kreise der Bevölkerung der Propaganda zugänglich zu machen und eine möglichst „vollständige Erfassung der Betriebsmitglieder für öffentliche Veranstaltungen" zu erreichen. Die Betriebsöffentlichkeit sollte als Forum dienen. Kuczynski betonte, „die Notwendigkeit, gerade innerhalb der Arbeiterklasse eine wahre Freundschaft zur Sowjetunion in breitesten Kreisen entstehen und wachsen zu machen", erfordere „eine systematische Arbeit in den Betrieben." Er erklärte, die Arbeit der Betriebsgruppen werde nicht mit der Arbeit von SED und FDGB kollidieren, deren Primat er nicht in Frage stellen wolle. Vielmehr könnten auch Partei und Gewerkschaft durch die Arbeit der Gruppen „ideologisch nur gewinnen."[253] Am 8. August 1949, kurz nach dem 2. Kongreß der DSF, bewilligte das Sekretariat Kuczynkis Antrag: „Die bereits ergangene Anweisung, daß in den Betrieben Betriebsgruppen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu bilden sind, wird bestätigt."[254] Am 4. September wurden die Beschäftigten öffentlich aufgefordert, Betriebsgruppen zu gründen.[255] Mit den Aktivitäten in den Betrieben verlagerte sich die Arbeit der DSF in den traditionellen Schwerpunkt für kommunistische Propaganda. Außerdem versuchte die DSF, auf dem Lande Fuß zu fassen.[256]

---

251 Ebd.

252 Kuczynski an Sekretariat der SED, ohne Datum, SAPMO-BArch DY 32–10757, unpag.

253 Alle Zitate ebd.

254 Protokoll Nr. 45 der Sitzung des Sekretariats der SED am 8. August 1949, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/3/045, Bl. 3.

255 Deutsch-Sowjetische Freundschaft garantiert Frieden und Deutsche Einheit. Aufruf der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zur Gründung von Betriebsgruppen, *Tägliche Rundschau*, 4.9.1949, S. 1.

256 Die Agitation der DSF auf dem Lande, ihre Propagierung sowjetischer Agrarwissenschaft (Mičurin/Lyssenko) und der mobile Einsatz von sog. „Freundschaftswagen" werden in dieser Arbeit nicht behandelt. Vgl. zur Einführung: Arnd Bauerkämper, Amerikanisierung und Sowjetisierung in der Landwirtschaft. Zum Einfluß der Hegemonialmächte auf die deutsche Agrarpolitik von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren, in: Jarausch/Siegrist (Hg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung, S. 195–218; ders., Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur, S. 123–158.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Der Ausbau zur Massenorganisation machte es notwendig, die publizistischen Anstrengungen der DSF zu verstärken. Eine neue Organisationsform erforderte eine neue Medienstrategie. *Die Neue Gesellschaft*, die monatlich als populärwissenschaftliches Format erschien, war dazu ungeeignet. Die Zeitschrift war auf ein bürgerliches Publikum zugeschnitten, dem sie mit der Imitation wissenschaftlicher Fachsprache imponieren sollte. Deshalb beschloß die SED-Führung, ein neues Blatt für die gesamte Bevölkerung zu entwickeln. Geplant wurde stalinistischer Boulevard, im Gegensatz zum *Nacht-Expreß* jedoch ohne verdeckte Ausrichtung, sondern offen prosowjetisch. Chefredakteur sollte Lex Ende werden, der kurz zuvor diesen Posten beim *Neuen Deutschland* eingebüßt hatte.[257] In einem Brief vom 1. Juni 1949 an Alfred Kurella in Moskau, den er als Korrespondenten gewinnen wollte, formulierte Jürgen Kuczynski die Ziele der neuen Publikation: „Die neue Zeitung, deren Name im Augenblick noch nicht feststeht, soll ein Massenorgan mit (300–400.000) Auflage werden. Alle Probleme der Sowjetunion, das tägliche Leben, Kunst, Literatur usw. sollen in diesem Blatt auf lebendige Weise dargestellt werden." Mit Hilfe der neuen Zeitschrift sollte der Sowjetuniondiskurs die Massen erreichen.

Darüber hinaus erläuterte Kuczynski die inhaltlichen Schwerpunkte: „Die Popularisierung der Außenpolitik der Sowjetunion ist eine Hauptaufgabe. Der Kampf gegen den Antisowjetismus wird einen breiten Raum einnehmen [...]. Sie wird die in Deutschland wachsende Ostorientierung fördern und auf diesem Gebiete auch alle diejenigen Deutschen heranziehen, die aus ihren nationalen Erwägungen heraus mit uns zu den gleichen außenpolitischen Auffassungen gelangen."[258] Hier deutete sich die Rückkehr zur Rhetorik der „nationalen Front" an, eine Strategie, die es der DSF ermöglichen sollte, bis ins gegnerische politische Lager Anhänger zu rekrutieren und die Emotionen derjenigen anzusprechen, die von der westlichen Staatsgründung abgeschreckt waren. Dementsprechend legte die DSF fest, die Zeitung solle kein „Verbandsorgan" sein, „sondern eine Massenzeitung werden, die in der Lage ist, in die Schichten der Peripherie einzudringen."[259] Für ihre ersten Nummern forderte die DSF aus Moskau Materialien über die bevorstehenden Oktoberfeierlichkeiten und „anläßlich Stalins Geburtstags" an.[260] Außerdem schlug Lex Ende nun vor, die DSF mit Symbolen auszustatten: „Zu überlegen ist, ob sich die Gesellschaft jetzt nicht erstens ein Abzeichen, zweitens eine Fahne und drittens eine Hymne geben sollte."[261] Die deutsch-sowjetische Freundschaft sollte ihre eigene Ikonographie erhalten.[262]

In ihrem Arbeitsplan für die zweite Hälfte des Jahres 1949 versprach die VOKS eine stärkere Unterstützung der Propaganda in Deutschland. Die Verwendung der Moskauer Materialien sollte von einem Bevollmächtigten der VOKS in Berlin überwacht werden, eine

257 Zu Lex (Adolf) Ende vgl. Müller-Enbergs, Erst Chefredakteur, dann Unperson.

258 Jürgen Kuczynski an Alfred Kurella, 1.6.1949, GARF, f. 5283, op. 16, d. 143, Bl. 33.

259 Plan für die Wochenzeitung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, GARF, f. 5283, op. 16, d. 143, Bl. 35–37, hier: Bl. 35.

260 A.a.O., Bl. 36.

261 Vorschläge für die zukünftige Arbeit, Lex Ende, ohne Datum [1949], GARF f. 5283, op. 16, d. 161, unpag.

262 Vgl. die Beispiele für die Symbolik der Freundschaft in der Propagandakunst der DDR, in: Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag: Eine Neues Deutschland, S. 341–344.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Position, die bei der Botschaft der UdSSR geschaffen wurde. Gleich drei sowjetische Ausstellungen sollten nach Deutschland geliefert werden.[263] Für ihre Anstrengungen erwartete die sowjetische Seite allerdings eine Gegenleistung: Die sowjetische Öffentlichkeit sollte mit den Werken „der besten progressiven deutschen Schriftsteller" bekannt gemacht werden, und zu diesem Zwecke wurde die DSF aufgefordert, ihrerseits Material über das „demokratische Deutschland" in die Sowjetunion zu senden. Offensichtlich plante die VOKS, wenn auch in weit bescheidenerem Umfang als in der DDR, ebenfalls das Bild vom ehemaligen Kriegsgegner zu revidieren und den neuen politischen Gegebenheiten anzupassen.[264] Die Aufnahme des kommunistischen Deutschland in die sowjetische Symbol- und Diskursgemeinschaft stand bevor.

5.4 Gemischte Signale: Nationale Front und Sowjetuniondiskurs

Der zweite Kongreß der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion mußte von seinem ursprünglichen Termin, dem 26. bis 29. Mai 1949, auf den 1. Juli verschoben werden, weil er sonst mit dem dritten „Deutschen Volkskongreß" kollidiert wäre, einem anderen Produkt der kommunistischen Propagandaoffensive.[265] Am 28. Juni 1949 billigte das Politbüro den Kongreßablauf des Kongresses formell und ordnete an, daß der „Genosse Bredel als Vizepräsident in den Vorstand gewählt werden soll."[266] Hier zeigt sich, mit welcher Selbstverständlichkeit die SED bereits die Angelegenheiten der DSF bestimmte. Vom 30. Juni bis 3. Juli 1949 tagte die DSF in der Deutschen Staatsoper in Berlin.[267] Es war den Organisatoren gelungen, sowohl aus der Sowjetunion und den „Volksdemokratien" als auch aus Westeuropa Delegationen nach Berlin zu schaffen.[268] Dies hatte eine wichtige symbolische Bedeutung, da die Propaganda stets betonte, bei der Freundschaftsbewegung zur Sowjetunion handele es sich um eine internationale Angelegenheit, die keineswegs nur auf die Volksdemokratien beschränkt sei, sondern von „Werktätigen" aller Länder getragen werde. Außerdem zeugte die Anwesenheit der früheren Kriegsgegner von der Wiederauf-

263 Geliefert werden sollte: 1) Eine Ausstellung mit Exponaten der Volkskunst; 2) Die Ausstellung „Meister der sowjetischen Fotokunst" und 3) Fotomaterialien über die Stachanovbewegung. Arbeitsvorschläge der VOKS für das 2. Halbjahr 1949, GARF, f. 5283, op. 16, d. 143, Bl. 25–26.

264 Zitate Ebd., Bl. 25.

265 Den Beschluß zum Verschieben faßte das Sekretariat der SED am 20.5.1949. Vgl. Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED Nr. 28 vom 20.5.1949, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/3/028, Bl. 1. Diese kurzfristige Entscheidung zeigt, wie sehr sich die Ereignisse im Sommer 1949 überstürzten. Die SED mußte versuchen, gegenüber der Entwicklung in Westdeutschland, die zur Gründung der Bundesrepublik führte, nicht ins Hintertreffen zu geraten.

266 Protokoll Nr. 29 der Sitzung des Politbüros am 28. Juni 1949, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/2/29, S. 19. Vgl. auch das Programm des Kongresses in der Anlage zum Protokoll, Bl. 21–23.

267 Für die Verpflegung der 500 Delegierten sorgte wiederum die SMAD. Vgl. die Briefe von Generalsekretär Hans Mark an die Informationsabteilung der SMAD vom 18. Mai und 22. Juni 1949, SAPMO-BArch DY 32–11089, unpag.

268 Zur Aufgabe der sowjetischen Delegation beim Kongreß vgl. Direktive für die Delegation der WOKS zum zweiten Zonenkongreß der deutschen Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, in: Möller/Tschubarjan, Die Politik, S. 413–414.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

wertung Ostdeutschlands, also der symbolischen Reinigung der deutschen Kommunisten von der Schuld des Krieges gegen die Sowjetunion.

Bereits im Vorfeld des Kongresses beschloß die SED die Umbenennung der „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion" in „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft".[269] Die Verkündung des neuen Namens sollte den dramaturgischen Höhepunkt des Vormittags und die zentrale Botschaft der gesamten Inszenierung bilden. In seiner Begrüßungsrede an die Delegierten hatte der Oberbürgermeister von Ost-Berlin, Friedrich Ebert, bereits darauf verwiesen, die „einfachen Menschen" wollten mehr als nur das Studium der Kultur der Sowjetunion, sie wollten ihre Freundschaft.[270] Damit war das Leitmotiv vorgegeben. Zur Freundschaft mit der Sowjetunion gesellte sich bei Ebert die antiamerikanische Polemik, die sich insbesondere gegen den Marshallplan wandte: „Bei vielen Bewohnern unserer Stadt wiegen die amerikanischen Luxusartikel, die eine monatliche Verschuldung von 100 Millionen Mark für Westberlin bringen, mehr als die sowjetischen Traktoren, die uns helfen, aus eigener Scholle eine bessere Ernte und mehr Produkte zu bringen."[271] An diese inhaltliche Verbindung von Freundschaft zur Sowjetunion und Antiamerikanismus knüpfte Wilhelm Pieck als nachfolgender Redner an. Pieck erklärte, Besatzungsstatut und Marshallplan bedeuteten die „Kolonisierung Deutschlands."[272] Der Topos von der uneigennützigen Hilfe der Sowjets, die der Wiederherstellung der nationalen Unabhängigkeit Deutschlands diene, zog sich wie ein roter Faden durch seine Ausführungen. Piecks Appell an den deutschen Nationalismus, dessen traditionelle antigallische Stoßrichtung man durch einen vehementen Antiamerikanismus ersetzen wollte, ging auf Stalin zurück, der Anfang Mai 1949 zur Agitation für eine „nationale Front" in Deutschland aufgefordert hatte, um auf diese Weise die Staatsgründung im Westen zu torpedieren.[273] Stalin hoffte, durch nationale Rhetorik auch die Westzonen zu erreichen. Für die SED bestand bei dieser Strategie das Dilemma, daß die nationale Agitation im Widerspruch zur Sowjetisierungspolitik stand. Letztlich beendeten die deutschen Kommunisten im Sommer 1949 endgültig jene Strategie der taktischen Zurückhaltung, die Stalin ihnen 1945 auferlegt und noch im Dezember 1948 bestätigt hatte.[274] Wie in den anderen Kominform-Ländern und in den Zeiten des NKFD kehrte die kommunistische Propaganda zur Rhetorik der „Nationalen Front" zurück.

Das Privileg, den neuen Namen zu verkünden, kam Jürgen Kuczynski zu. Sein Referat trug den Titel „Freunde für immer". Den Wandel der eigenen Organisation sah Kuczynski

269 Ulbrichts Sekretariat beim ZV der SED hatte ursprünglich den Namen „Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion" befürwortet. Kuczynski hat jedoch seinen Vorschlag – wohl mit Unterstützung Tjul'panovs und der SMAD – durchgesetzt. Protokoll der Sitzung des Sekretariats Nr. 28 vom 20.5.1949, a.a.O., Bl. 1. Vgl. hierzu auch Dralle, Von der Sowjetunion lernen ..., S. 252f.

270 Rede Friedrich Eberts auf dem 2. Kongreß, in: Stenographisches Protokoll zum 2. Kongreß der DSF, 30.6.–3.7.1949 in Berlin, SAPMO-BArch DY 32–10021, Bl. 3ff.

271 A.a.O., Bl. 4.

272 A.a.O., Bl. 8.

273 Dietrich Staritz, Geschichte der DDR, Frankfurt am Main 1996, S. 32.

274 Zu Stalins Einfluß auf die Propagandapolitik der SED und seine Mahnung zur Zurückhaltung im Dezember 1948, siehe Elke Scherstjanoi/Rolf Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung im Dezember 1948 und im April 1952 (Teil 1), in: ZfG 52 (2004), S. 138–166.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

als Teil der gesellschaftlichen Entwicklung in der gesamten SBZ: „in einer Zeit, in der die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sich zu einer Partei neuen Typus entwickelt und die bürgerlichen Parteien sich kräftig von reaktionären Elementen säubern, ist es nur gemäß, daß unsere Gesellschaft beginnt, eine Massenorganisation zu werden."[275] Kuczynski beschrieb das Bild der Sowjetunion, das nun zu verbreiten sei:

> „Es ist die Gesellschaft, für die Deutschlands größte Söhne Marx und Engels gearbeitet, die Lenin und Stalin geschaffen haben.
> Es ist die Kultur des Marxismus und Leninismus und der Stalinschen Verfassung;
> Von Gorki und Fadejew, von Shdanow und Molotow, von Mitschurin und Lyssenko, von Pawlow und Wawelow;
> Der Sanatorien für Millionen Arbeiter und der Paläste für Pioniere;
> Des neuen Dorfes und der verwandelten Städte.
> Es ist die Kultur der fortschrittlichsten Gedanken und der edelsten Gefühle.
> Das alles und vieles, vieles mehr ist die Sowjetkultur."[276]

Es war der utopische Ort Sowjetunion, den der DSF-Präsident beschrieb. Jürgen Kuczynski schloß an Tjul'panovs Vorstellungen von 1947/48 an, der schon zu dieser Zeit für Massenagitation im sowjetischen Stil plädiert hatte. Nun erteilte Kuczynski außerdem der Vorstellung von einer Brückenfunktion Deutschlands zwischen den Lagern eine Absage, wie sie zeitgenössisch diskutiert wurde.[277] Damit wandte er sich gegen einen intellektuellen Widersacher in der Partei, den Germanisten Alfred Kantorowicz, der seit 1947 mit sowjetischer Billigung die Zeitschrift *Ost und West* herausgab – ein später Versuch, die Kulturbundstrategie einer Sympathiewerbung unter westlichen Intellektuellen fortzusetzen. Im Sommer 1949 siegte, was die Propaganda betraf, die Linie Tjul'panovs, Kurellas und Kuczynskis – mit der Rückendeckung Stalins und Ulbrichts. Diesen Triumph kostete Kuczynski in seiner Rede aus: Nicht Ost oder West sei die Frage, erklärte er, sondern Fortschritt oder Reaktion, und da dürfe es nur eine klare Antwort geben. In der Welt der zwei Lager konnte man nicht mehr zwischen den Fronten stehen.[278]

---

275 Jürgen Kuczynski „Freunde für immer". Zitiert nach: *Neue Gesellschaft*, 1949, Sonderband, S. 20–32, hier S. 20.

276 Ebd., S. 23.

277 Prominentester Vertreter dieses Standpunktes in der SBZ war der Literaturhistoriker Alfred Kantorowicz (1899–1979), der 1947–49 die von allen vier Besatzungsmächten lizensierte Zeitschrift *Ost und West* herausgab. Während Teile der SMAD dieses Unterfangen zwischen 1947 und 1949 unterstützen, fühlte sich Kantorowicz von Beginn an von seiten der SED und ihres Kulturestablishments (Johannes R. Becher, Anna Seghers) behindert. Vgl. Alfred Kantorowicz, Deutsches Tagebuch. Erster Teil, München 1959, S. 357ff.

278 Dies galt noch stärker innerhalb der SED, wo der Vorsitzende der ZPKK, Hermann Matern, im Juni 1949 apodiktisch drohend formulierte: „Wer sich in Widerspruch zur Sowjetunion begibt, landet unvermeidlich im Lager des Feindes." Das Zitat Materns bei Ulrich Mählert, „Die Partei hat immer recht!" Parteisäuberungen und Kaderpolitik in der SED (1948–1953), in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn/München/Wien u.a. 2001, S. 352–457, S. 379.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.938

Im abschließenden Teil seiner Ausführungen behauptete Jürgen Kuczynski, es sei nur in Freundschaft mit der Sowjetunion möglich, ein geeintes Deutschland zu schaffen. Damit verband er Freundschaftspropaganda und nationale Agitation und bediente die affektive Bindung des Publikums an die Nation. Mit einem Appell an die Geschlossenheit der Nation leitete Kuczynski den Höhepunkt des Kongresses ein: Er bejahte die rhetorische Frage, ob die Freundschaft zur Sowjetunion nun „für immer" währen solle und erklärte: „So spricht die Nationale Front, so spricht das nationale Deutschland!"[279] Anschließend schlug er vor, den Namen der Gesellschaft in „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft" zu ändern. Seine Rede war die Geburtsstunde der erfundenen Freundschaft in Deutschland. Von nun an war es nicht mehr ratsam, das Dogma der deutsch-sowjetischen Freundschaft in Frage zu stellen.[280]

Die gelenkten Medien berichteten ausführlich von der Veranstaltung. Ein Artikel in der *Neuen Gesellschaft* sprach von einem großen Kongreß, „einem der bedeutendsten, die Berlin je sah."[281] Die internationale Beteiligung unterstreiche die Beachtung, die dem Kongreß auch im Ausland beigemessen werde. Der Bericht betonte, wie breit das Interesse aller Schichten an der „Deutsch-Sowjetischen Freundschaft" sei. Sowohl ein mecklenburgischer Pfarrer als auch ein Berliner Student und ein „ehemaliger deutscher Major und Ritterkreuzträger, der aus Stuttgart gekommen war", bekundeten, so hieß es, ihre Unterstützung. Die zahlreichen Repräsentanten der SED, die auf dem Kongreß zu Wort kamen, traten nicht als Parteimitglieder auf, sondern wurden mit ihren staatlichen Funktionen oder akademischen Titeln vorgestellt, so daß der Eindruck der Überparteilichkeit in dieser „nationalen Sache" suggeriert wurde.[282] In ihrer „Nationalen Front" trat die SED ins Glied zurück.

Nicht nur in den Massenmedien, auch intern dominierte die Zufriedenheit mit der Freundschaftskampagne. In seiner Korrespondenz mit Moskau zeigte sich Tjul'panov zufrieden mit der Inszenierung der Freundschaft zur Sowjetunion. Er lobte den „offensiven Geist" des Treffens und betonte, die Versammlung bezeuge den „Anstieg und die Festigung der Sympathien gegenüber der Sowjetunion in weiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit."[283] Damit entsprach seine Berichterstattung einem Erfolgsnarrativ, der in den folgenden Jahren die Berichte des Propagandaapparates prägte. Gemeinsam mit dem Chef der SMAD dräng-

---

279 Kuczynski, „Freunde für immer", S. 30.

280 Die seit Frühjahr 1949 auf Druck Stalins forcierte nationale Rhetorik der SED und die Gründung einer „Nationalen Front" führte intern zu Sorgen. Wilhelm Pieck fand die nationale Agitation „bedenklich", sie erinnerte ihn an „Nazi-Parolen." Vgl. Wilhelm Pieck: Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik, Berlin 1994, S. 282.

281 Freunde für immer. Bericht von der 2. Jahreshauptversammlung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, dem ersten Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, *Die Neue Gesellschaft*, 1949, Nr. 8, S. 562–566.

282 Ebd., S. 565. Der Appell der DSF an ehemalige Nationalsozialisten, sich der „Freundschaftsbewegung" mit der SU anzuschließen, wurde noch expliziter von Lex Ende in seinem Artikel: Keiner soll abseits stehen, *Friedenspost* Nr. 7, 13.11.1949 formuliert.

283 Bericht des Chefs der Informationsabteilung der SMAD Tjulpanow an den Vorsitzenden der WOKS Denissow über den zweiten Kongreß der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, 13.7.1949, in: Möller/Tschubarjan, Die Politik, S. 415–423, Zitat S. 421.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

te Tjul'panov im August 1949 erneut auf eine Verschärfung der Propagandaoffensive entlang der Themen „Freundschaft" und „Nation".[284] Alle sowjetischen Stellen in Deutschland wurden verpflichtet, die DSF tatkräftig zu unterstützen. Nach den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag am 14. August erklärte Tjul'panov die Niederlage der KPD damit, daß sie es nicht verstanden habe, den „antinationalen Charakter" der amerikanischen Politik herauszustellen. Man müsse der Bevölkerung den „antidemokratischen Charakter" der Wahlen erläutern und „das Regime des Terrors und der Freiheitsbeschränkung, welches von den Okkupanten und ihrer deutschen Agentur während der Wahlen errichtet wurde, entlarven. [...] Von dieser Position", so Tjul'panov weiter, „muß in erster Linie Propaganda für die Sowjetunion gemacht werden. Die Bedeutung der Propaganda für die Sowjetunion, für ihre Außenpolitik und insbesondere für ihre Politik im Bezug auf Deutschland hat gewaltige, erstrangige Bedeutung. Diese Propaganda muß vielseitig, konkret und auf der Basis von Tatsachenmaterial überzeugend sein." Er räumte ein, viele beurteilten die Sowjetunion danach, „was in der Sowjetischen Besatzungszone geschieht."[285] In den Augen des Propagandaoffiziers ähnelte die westliche Welt immer stärker dem eigenen Erfahrungsraum Sowjetunion. Tjul'panov sah Kampagnen in den Medien, Terror der Herrschenden und eine unwissende Bevölkerung. Da er nur diese sowjetische Sicht auf die Dinge kannte, konnte er eine eingehende Analyse der politischen Situation nicht leisten. Statt dessen bestimmte die eigene Sicht auf eine als fremd und feindlich wahrgenommene Welt die Prämissen einer Propagandapolitik, die in ihren Mitteln immer stärker das sowjetische Vorbild nachahmte.

Im Oktober 1949 hatte die DSF ein weiteres Thema, das neben den Übergriffen bei Kriegsende das Verhältnis der Bevölkerung zur Sowjetunion belastete, öffentlich gemacht. Wiederum hoffte man, einen Konflikt durch eine Kampagne zu lösen. Es handelte sich um die Kriegsgefangenen, die sogenannten „Heimkehrer" aus der Sowjetunion.[286] Diese Problematik sollte auf zweierlei Weise behandelt werden. Einerseits sollte der Meinung begegnet werden, die Sowjetunion halte Gefangene zurück, die vor allem in Westdeutschland, aber auch in der SBZ verbreitet war. Andererseits sollten ausgewählte Heimkehrer, die in der Sowjetunion Antifaschulungen durchlaufen hatten, über die „selbst erlebte Wahrheit über

284 Direktive des Obersten Chefs der SMAD Armeegeneral Tschuikow und des Chefs der Informationsabteilung Generalmajor Tjulpanow Nr. 1/81 an die Chefs der Verwaltungen der SMA der Länder, den Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin und die Chefs der Verwaltungen der SMAD über die Aktivierung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, 13.8.1949, in: Möller/Tschubarjan, Die Politik, S. 424–425.

285 Vgl. Bericht der Informationsverwaltung der SMAD für das ZK der KPdSU (B) über die Erörterung der Wahlen zum Deutschen Bundestag auf einer privaten Zusammenkunft der Politbüro-Mitgleider der SED, 23.8.1949, in: Sowjetische Politik in der SBZ, S. 210–213, Zitate S. 211.

286 Vgl. Annette Kaminsky (Hg.), Heimkehr 1948. Geschichte und Schicksale deutscher Kriegsgefangener, München 1998. Zur Rolle der SED insbesondere den Beitrag von Beate Ihme-Tuchel, Zwischen Tabu und Propaganda. Hintergründe und Probleme der ostdeutsch-sowjetischen Heimkehrerverhandlungen, ebd., S. 38–54.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

das Vaterland des Sozialismus" berichten.[287] Ihre Rolle bestand darin, öffentlich ihre Konversionsgeschichte, ihre Wandlung zum „Freund der Sowjetunion" zu erzählen.[288]

Nach 150 regionalen Konferenzen gipfelte die Kampagne in einer „Zentralen Heimkehrerkonferenz", die am 29. Oktober vor 1.200 Delegierten in der Berliner Staatsoper stattfand.[289] Der Ablauf der Veranstaltung ähnelte den DSF-Kongressen. Der frisch gekürte DDR-Präsident, Wilhelm Pieck, begrüßte die Heimkehrer als Helden des Wiederaufbaus: „Sie haben mit ihrer Hände Arbeit in der Sowjetunion dazu beigetragen, die Mauer des Hasses, die Hitler aufgerichtet hatte, wieder abzutragen."[290] Klaus Willerding, der später ins Sekretariat der DSF aufstieg, hielt das Hauptreferat „Warum sind wir Heimkehrer Freunde der Sowjetunion und werden es immer bleiben?" Darin betonte er die „absolute Ehrlichkeit" sowjetischer Politik. Die Sowjetunion „blufft nicht mit schönen Versprechungen, sondern sie streckt uns ihre harte Arbeitshand zum Freundschaftsbunde entgegen."[291] Dabei führte er die Verknüpfung der deutschen Frage mit dem Verhältnis zur Sowjetunion weiter: „Sage mir, wie Du zur Sowjetunion stehst, und ich sage Dir, wie Du zu Frieden und Einheit unseres Vaterlandes stehst."[292] Einen weiteren Schwerpunkt bildete die „Entlarvung" westdeutscher „Lügen". Ein anonymer Redner aus dem Westen beschrieb die dortige Lage: „Es gibt heute Typen von Berufsheimkehrern, die sich an allen möglichen Straßenecken herumtreiben und Verleumdungserzählungen über die Sowjetunion in die Massen tragen. Es ist klar, daß diese Leute, die von Tausenden von Toten erzählen, einen großen Zuhörerkreis haben. Wenn wir aber die Tatsache zu verzeichnen haben, daß zwei Leute, wie es in letzter Zeit bei uns in Bayern der Fall war, als Hochstapler und Betrüger entlarvt wurden, die keine Stunde in der Sowjetunion waren, aber seitenlange Artikel mit Greuelmärchen verfaßt hatten, so ist das der Beweis, welcher Schmutz sich dort drüben unter dem Namen Heimkehrer herumtreibt."[293] Der Tenor dieser Äußerungen war deutlich: Kritik an der Sowjetunion wurde nicht nur als unpatriotisch bezeichnet, sondern kriminalisiert. Ebenso wurden Stimmen diffamiert, die behaupteten, in der UdSSR befänden sich noch deutsche Kriegsgefangene. Schließlich hatte Wilhelm Pieck allen Teilnehmern versichert, „daß bis zum 1.1.1950 alle deutschen Kriegsgefangenen in ihre Heimat zurückgekehrt sein werden."[294] Ähnlich wie bei der „Über die Russen und über uns"-Kampagne des Vorjahres, war hier ein „heißes

287 *Tägliche Rundschau*, 30.10.1949.

288 Vgl. als Konversionsgeschichte: Erwin Reimann, Ich war Gefangener in der Sowjetunion, *Die Neue Gesellschaft*, 1950, Nr. 2, S. 146–152.

289 Ist unser Freund stark, dann sind wir es auch. Unser Bericht von der Ersten Zentralen Heimkehrer-Konferenz in Berlin, *Friedenspost* 1949, Nr. 6, S. 6.

290 Stenographisches Protokoll der Zentralen Heimkehrerkonferenz am 29.10.1949 in Berlin, SAPMO-BArch DY 32–10057, Bl. 8. Wilhelm Pieck war auch in den Jahren zuvor von der Propaganda als der große „Organisator" der Heimkehrertransporte herausgestellt worden.

291 Klaus Willerding, Warum sind wir Heimkehrer Freunde der Sowjetunion und werden es immer bleiben?, SAPMO-BArch DY 32–10057, Bl. 5.

292 Ebd., S. 9.

293 Stenographisches Protokoll der zentralen Heimkehrerkonferenz am 29.10.1949 in Berlin, SAPMO-BArch DY 32–10057, Bl. 43.

294 Ebd. S. 10. Dieses Versprechen Piecks wurde von der Presse besonders hervorgehoben. Vgl. *Tägliche* Rundschau, 30.10.1949.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Eisen" von der DSF angepackt worden. Das Ziel war jedoch wiederum nicht der Beginn eines öffentlichen Dialogs über die „Heimkehrerfrage," sondern der Versuch, diese Diskussion zu beenden.

Die Situation, in der sich die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft im Herbst 1949 befand, hatte sich gegenüber dem Frühjahr grundlegend geändert. Von einem Instrument der SMAD war sie zu einer Massenorganisation unter Anleitung der SED geworden. Außerdem stellte sich seit der Gründung der DDR am 7. Oktober eine veränderte Aufgabe. Es galt nicht mehr nur, für das sowjetische System zu werben und das Verhältnis zur Besatzungsmacht zu verbessern, sondern alle Kräfte dafür zu mobilisieren, die Deutsche Demokratische Republik zu legitimieren. Mit dem Ausbau der DSF zur Massenorganisation und der Herausgabe einer „Massenzeitung", die den Namen *Friedenspost* erhielt, standen neue Instrumente zur Durchführung der „nationalen Offensive" bereit.[295] Nach der Gründung der DDR galt es nun, propagandistisch in die Offensive zu gehen, um den eigenen Staat zu rechtfertigen und die Bundesrepublik zu delegitimieren. Zu diesem Zweck beschloß die SED, im Herbst und Winter 1949 ein propagandistisches Feuerwerk abzubrennen, in dem der Umwandlung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft eine zentrale Rolle zukam: „Das Ziel steht klar vor uns und heißt: Massenorganisation."[296]

6. Die Erfindung der Freundschaft im Vergleich

Ende des Jahres 1949 hatte sich die Propaganda für die Sowjetunion in Polen und der neu gegründeten DDR stark angenähert: Beide Staaten waren in die Symbol- und Diskursgemeinschaft der *Großen Freundschaft* integriert. Und in beiden Ländern galt nun: Zur vorgestellten Gemeinschaft der neuen kommunistischen Nation gehörte nur noch, wer sich zur Sowjetunion „bekannte". Doch während in Polen von 1944 an die Bindung zur Sowjetunion propagiert wurde, begann dies in der SBZ erst 1947/48. Die Zurückhaltung in Deutschland entstand offenbar aus außenpolitischer Rücksichtnahme. Wo solche Zwänge weit weniger existierten, wie in Polen, trat der kommunistische Propagandastaat früher hervor. Seit Ende 1948 beschleunigte sich die Entwicklung zur Mobilisierungsdiktatur in der SBZ; die Sowjetisierung der Öffentlichkeit war ein Prozeß mit unterschiedlichem Tempo in beiden Staaten, aber mit demselben Ziel. Letztlich beschleunigte sich der Sowjetisierungspro-

295 Am 9. September 1949 entschied sich das Kleine Sekretariat der SED, das am 5.9. noch den Titel „Berlin-Moskau" favorisiert hatte, für den Titelvorschlag „Friedenspost" des neuen Chefredakteurs Lex Ende. Protokoll Nr. 51 des Kleinen Sekretariats der SED vom 9.9.1949, SAPMO BArch DY 30 J IV 2/3/51, Nr. 1. Lex Ende begründete die Wahl des Titels folgendermaßen: „Manche haben uns gefragt, warum habt Ihr gerade diesen Titel gewählt? Für uns war es verständlich, daß der Titel ‚Friedenspost' breite Massen unserer Bevölkerung ansprechen wird." Um Käufer nicht abzuschrecken, sollte im Titel kein Hinweis auf die Sowjetunion enthalten sein. Zitat nach: Protokoll über die zentrale Arbeitstagung am 19.9.1949, vorm. 10 Uhr im Haus der Kultur, ZK der SED Abt. Kultur, SAPMO-BArch DY 30 IV 2/906/148, Bl. 6.

296 Fritz Hamacher, stellvertretender Generalsekretär der DSF, ebd., Bl. 14.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

zeß in Ostdeutschland zunehmend, und der Rückstand gegenüber Polen war bis zum Jahresende 1949 aufgeholt. Dem entsprach die symbolische Integration der DDR in die Diskursgemeinschaft der Großen Freundschaft. Insgesamt zeigt sich, daß die Propaganda als Barometer des Sowjetisierungsprozesses dienen kann.

Neben den Unterschieden in den Inhalten der Propaganda und in der Chronologie der Sowjetisierung fallen Gemeinsamkeiten ins Auge. In beiden Staaten dauerte es etwa zwei Jahre bis die Herrschenden in der Lage waren, die Öffentlichkeit für große Kampagnen zu mobilisieren. Zuvor versuchte sie sowohl in Polen als auch in Ostdeutschland, vornehmlich Intellektuelle für die Sowjetunion zu gewinnen. Auch die Tabus in der öffentlichen Rede, die von den Parteistaaten durchgesetzt worden waren, ähnelten sich. Das zentrale Tabu in Deutschland wie in Polen war das verordnete Schweigen über die Erfahrung von Gewalt, Überwältigung und Fremdheit. Zu keinem Zeitpunkt konnte diese Problematik öffentlich thematisiert werden, und zunehmend wurde sie aus dem internen Diskurs der Apparate verdrängt. Selbst in den Staatsparteien war eine offene Rede über die Gründe der Stimmungslage seit 1947 kaum noch möglich. Sie übernahmen zwar von Moskau, das eine Art Richtlinienkompetenz behielt, zunehmend mehr Verantwortung für die Propagandapolitik, für das große Projekt der Umerziehung und oktroyierten Aufklärung, doch ihre inhaltlichen Spielräume waren minimal.

Dies hängt damit zusammen, daß seit 1948 der Sowjetuniondiskurs das zentrale Element der Propaganda wurde. Die Sonderwege Polens und Deutschlands – mit der Unterfütterung der Freundschaftspropaganda durch die Konstrukte des „Panslawismus" und der „Erneuerung Deutschlands durch das Studium sowjetischer Kultur" – wurden in den Hintergrund gedrängt. Auch die historischen Hypotheken des Verhältnisses zu Rußland wurden verdrängt. Im Prozeß der Stalinisierung gingen die Propagandaapparate immer stärker von der *Fiktion der Voraussetzungslosigkeit* ihrer Tätigkeit aus. Als Gegner wurde nur noch der Westen akzeptiert, der zugleich die Verantwortung für jegliche Mißerfolge trug. Kollektive Erinnerungen und Einstellungen der Bevölkerung wurden kaum noch als Faktor angesehen, mit dem man sich auseinandersetzen mußte.

Das sowjetische Beispiel wurde absolut gesetzt, und damit jede weitere Diskussion über Inhalte und Methoden der Propaganda sowie über Gründe für die Stimmungen und Verstimmungen der Bevölkerung unmöglich gemacht. Die Thematisierung von Defiziten konnte unter Umständen für die Akteure selbst gefährlich werden. Dementsprechend zurückhaltend gestalteten sie ihre schriftlichen Berichte. Erfolg bemaß sich zunehmend an der präzisen Umsetzung zentraler Vorgaben und an der Mobilisierung der Bevölkerung in der Öffentlichkeit. Die Verbreitung der großen Erzählung von den „Errungenschaften" der Sowjetunion war zum Pflichtprogramm geworden. Die UdSSR durfte nur noch als utopischer Ort besprochen werden. Damit trat neben das zu Anfang stark betonte Umerziehungsziel zunehmend der Inszenierungscharakter der Propaganda in den Vordergrund. Der öffentliche Raum in der kommunistischen Diktatur glich deshalb zu diesem Zeitpunkt sowohl einem Klassenzimmer als auch einem Theatersaal.

Weder in Polen noch in Deutschland gelang es dem Regime, den öffentlichen Raum zu kontrollieren – geschweige denn die öffentliche Meinung. In Polen artikulierte sich der Untergrund, außerdem nutzte die Bevölkerung kontinuierlich ausländische Sender zur Information. In der SBZ trat die Informations- und Umerziehungspolitik schon früh in Kon-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

kurrenz zu den Anstrengungen der Westalliierten; erst die Herausforderung der westlichen Öffentlichkeit zwang die sowjetische Seite zu einer offensiveren Propagandapolitik in Deutschland. Da sie keinen anderen Weg kannte als den eigenen, führte dieser Druck mit einer gewissen Zwangsläufigkeit in die forcierte Sowjetisierung der SBZ.

Die Freundschaft zur Sowjetunion war Teil eines neu erfundenen Nationalismus, der in der kommunistischen Propaganda eine zentrale Rolle spielte. Patriot zu sein hieß, so wiederholte die Bewusstseinsindustrie, für die Sowjetunion zu sein. Nur in enger Anlehnung an die UdSSR könnten die nationalen Projekte der Unabhängigkeit Polens in sicheren Grenzen oder der deutschen Einheit verwirklicht werden. Die Zeichen der Freundschaftsgesellschaften mit den Nationalflaggen und der sowjetischen Fahne waren Symbole, die die Machtverhältnisse und die enge Bindung an den Hegemon darstellten. Letztlich blieb dieses Zeichen polyvalent: Für die Staatsparteien und ihre Unterstützer repräsentierte es den Weg in eine bessere Zukunft, für den Teil der Gesellschaft, der das Regime ablehnte, war es ein Sinnbild sowjetischer Fremdbestimmung und Dominanz.

Was die schwierige Frage der Wirkungsmächtigkeit der Freundschaftspropaganda in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg betrifft, so ist sicherlich große Skepsis angebracht. Selbst innerhalb der Staatsparteien gab es schließlich, wie oben gezeigt, große Vorbehalte und teilweise Ablehnung und Hass des sowjetischen Systems. Andererseits ist festzuhalten, daß der Aufbau des Propagandastaates reibungslos verlief; was jedoch wenig über dessen Effektivität aussagt. Sowohl aus Polen als auch aus der SBZ ist von Zeitgenossen die Beobachtung überliefert, daß in ihren Augen die Propagandamethoden und die Sprache der Bolschewiki fatale Ähnlichkeiten mit dem Nationalsozialismus aufwiesen. Auf dieses Phänomen einer Art *Totalitarismustheorie von unten* wird noch zurückzukommen sein. Während Gefühle des Mißtrauens, der Angst und des Hasses auf die Sowjetunion in mannigfaltigen Formen aus beiden Ländern überliefert sind, zeigt sich eine polnische Besonderheit. Die Überwältigung durch die Rote Armee wurde hier von großen Teilen der Opposition nicht nur als russische, sondern als „jüdische" Fremdherrschaft wahrgenommen und auch als solche in Flugblättern und Pamphleten bekämpft. Diese Verzahnung von Antikommunismus und Antisemitismus läßt sich für die SBZ kaum belegen. Offenbar hatte der Holocaust hier zu einer weitgehenden Tabuisierung dieses Argumentes geführt, das in Polen präsent blieb.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

KAPITEL 4

Die Große Freundschaft 1949–1955

Jemu dzisiaj śpiewa flaga,
Jemu pieśń jak wichr się wzmaga,
Jemu Moskwa, czeska Praga
i Warszawa.
Konstanty Ildefons Gałczyński, 1949[1]

Stalin führte uns zu Glück und Frieden,
Unbeirrbar wie der Sonne Flug.
Langes Leben sei Dir noch beschieden –
Stalin, Freund, Genosse treu und klug.
Alexander Ott, 1949[2]

Die Epoche des Hochstalinismus war die Hochzeit der Großen Freundschaft. Das utopische Projekt der Bolschewiki dehnte sich in diesen Jahren nach Mitteleuropa aus. Was seit 1948 in Polen und der DDR geschah, war zwar nicht von der Dimension der Gewalt, aber von der utopischen Aufladung her mit den Ereignissen vergleichbar, die sich in den dreißiger Jahren in der UdSSR abgespielt hatten.[3] Die bolschewistische Kulturrevolution sollte nach Westen transferiert werden. Der utopischen Sowjetisierung folgend, wollten die Herrschenden ihre eigene Gesellschaft an eine vorgestellte sowjetische Idealordnung angleichen. Dazu gehörte, die eigene Gesellschaft von denjenigen zu „säubern", die man als „Feinde" definierte. Das Verhältnis zur Sowjetunion gewann eine zentrale Bedeutung. Anhänger der neuen Ordnung zu sein, bedeutete, sich als „Freund der Sowjetunion" zu bekennen. Die Große Freundschaft war omnipräsent und stand für die Beziehung zu einer Hegemonialmacht, die den Anspruch erhob, das gesellschaftliche Leben in anderen Staaten nach eigenem Beispiel umzugestalten und von deren Bürgern dafür geliebt zu werden.

Der Führerkult um Stalin prägte während der Kampagne zu seinem 70. Geburtstag im Jahr 1949 die repräsentative Öffentlichkeit des sowjetischen Blocks. Die Persona Stalins, die

1 Strofy o Stalinie. wiersze poetów polskich. Józefowi Stalinowi w siedemdziesiątą rocznicę urodzin poeci polscy, Krakau 1949.
2 DDR-Agitationslied nach einer sowjetischen Vorlage von M.I. Blanter und A. Surkov.
3 Vgl. zur Kulturrevolution in der UdSSR Baberowski, Der rote Terror, S. 94–134.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

vor dem Zweiten Weltkrieg als Symbol für die UdSSR stand, verkörperte im Hochstalinismus die Freundschaft der Völker und die Einheit des sowjetischen Imperiums.[4] Schon 1948 in Polen und im Jahr darauf in der DDR institutionalisierten die Staatsparteien den „Monat der Freundschaft" als jährliche Sowjetisierungskampagne. Während dieser Kampagne sollte die gesamte Gesellschaft für das stalinistische Erziehungsprojekt mobilisiert werden. Alle gesellschaftlichen Bereiche sollten den Sowjetuniondiskurs kennenlernen und reproduzieren. Der Propagandastaat versuchte, die Emotionen der Bevölkerung und ihr kollektives Gedächtnis durch die gezielte Aufwertung sowjetischer Feiertage und Rituale zu erreichen.

In diesem Kapitel wird die Propaganda für die Sowjetunion zwischen 1949 und 1955 untersucht. Dabei stehen der Stalin-Kult, die jährlichen Freundschaftsmonate und verschiedene Ausprägungen des Kultes der Großen Freundschaft im Zentrum der Analyse. An diesen Beispielen untersuche ich die Routine des Propagandastaates, die Grenzen seiner Mobilisierungsmacht und die Aporien der Agitation.

1. Führerkult: Der Stalin-Kult in Polen und der DDR

Im Dezember 1949 waren alle Augen im sowjetischen Imperium auf Moskau gerichtet. Dort fanden die Feierlichkeiten zu Stalins 70. Geburtstag statt. Im Gegensatz zu den Feiern zu Stalins 50. und 60. Geburtstag handelte es sich um ein internationales Spektakel. Kommunistische Würdenträger reisten von weither in die sowjetische Metropole. Seit Wochen hatten die Propagandaapparate der Parteistaaten versucht, ihre Bevölkerung auf das Ereignis einzustimmen. Der runde Geburtstag des Diktators bot die Gelegenheit, im Kalten Krieg nach innen und außen ein Bild der Einheit und Geschlossenheit zu zeigen.

Der folgende Abschnitt analysiert, wie der Stalin-Kult nach Polen und in die DDR transferiert wurde, welche Rolle er für die Freundschaftspropaganda spielte und welche Formen die Geburtstagskampagne annahm. Dabei wird der Begriff *Führerkult* verwendet, um den Euphemismus „Personenkult" zu vermeiden, der 1956 von Chruščev auf dem 20. Parteitag der KPdSU verwendet wurde und später in der UdSSR und den „Volksdemokratien" für die gesamte stalinistische Epoche stand.[5]

Die Verwendung des Begriffes Führerkult bedeutet nicht, daß es sich beim Stalinismus um „charismatische Herrschaft" handelte, wie sie von Max Weber definiert wurde.[6] Wie

4 Zu Stalin als Symbol für die UdSSR, siehe: Jan Plamper, Georgian Koba or Soviet „Father of Peoples"? The Stalin Cult and Ethnicity, in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 123–140.

5 Zu Führerkulten im Kontext des 20. Jahrhunderts, siehe E.A. Rees, Leader Cults: Varieties, Preconditions and Functions, in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 3–26.

6 Siehe Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie [1921], Tübingen [5]1990, S. 140–142, S. 654–687. Zu Formen charismatischer Führerschaft im 20. Jahrhundert siehe

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

jede moderne Herrschaft war auch die kommunistische Diktatur eine Mischform aus den Weberschen Idealtypen. Die Persona Stalins entsprach keinem der „reinsten Typen" charismatischer Führer, zu denen Max Weber Propheten, Kriegshelden und Demagogen zählt. Die Propaganda schrieb ihm jedoch Eigenschaften dieser Typen zu. Stalins Persona wurde überhöht und stand außerhalb der Routine bürokratischer Herrschaft. Der Führerkult sollte die kommunistische Herrschaft durch den Verweis auf Stalins charismatische Wesenszüge legitimieren. In seiner Persona zeigte sich das „Außeralltägliche" der kommunistischen Utopien, in seinen Repräsentationen war Stalin immer mehr als „nur" ein Politiker. Der Führerkult selbst unterlag strenger Überwachung und Reglementierung. Aufgabe des Propagandaapparats war es, die Fabrikation von Außeralltäglichkeit, die Zuschreibung charismatischer Wesenszüge zu betreiben und diese Bilder und Narrative zu verbreiten. Schließlich verlangte der Stalinismus ganz im Sinne Max Webers „eine aus Begeisterung geborene gläubige, ganz persönliche Hingabe" an den Führer.[7]

1.1 Der Stalin-Kult im historischen Kontext

Seit Napoleon Bonaparte läßt sich von der Existenz moderner, massenmedial vermittelter Führerkulte sprechen, die auf die gesamte Gesellschaft zielten.[8] Die Darstellung Napoleons als Feldherr und politischer Führer sollte für das 19. und 20. Jahrhundert international und in allen politischen Lagern stilbildend sein. Dies läßt sich auch für Polen und Deutschland belegen. Bereits vor dem Stalin-Kult existierten dort moderne Führerkulte. Die ältere Generation war noch unter dem Eindruck der paternalistischen und im Falle von Wilhelm II. neoabsolutistischen Kulte um die Monarchen Rußlands, Preußen-Deutschlands und Österreichs aufgewachsen.[9] Die Kaiser bildeten bis zum Ende des Ersten Weltkrieges das Bild legitimer Herrschaft; in Polen waren sie allerdings besonders im preußischen und russischen Teilungsgebiet auch ein Symbol der Fremdherrschaft. Mit dem vielschichtigen Bismarck-Mythos entwickelte sich Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland ein von den gesellschaftlichen Eliten getragener Kult eines charismatischen Führers.[10] Doch die eigentliche Epoche der Charismatisierung der Politik begann erst im 20. Jahrhundert.

In Polen und in Deutschland verehrte man nach dem Ersten Weltkrieg militärische Helden, deren Charisma sich insbesondere aus Siegen gegen Rußland speiste. In der Weimarer Republik füllte Feldmarschall Paul von Hindenburg, der „Sieger von Tannenberg", die

---

Hans-Peter Schwarz, Charismatische (Ver-)Führer, in: Totalitarismus und Demokratie 1 (2004), S. 15–33.

7 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 140.

8 Vgl. zu Napoleon bspw. Jean Tulard, Napoleon: The Myth of the Saviour, London 1985.

9 Vgl. Michael Cherniavski, Tsar and People: Studies in Russian Myth, New Haven/Conn. 1961; zu Wilhelm II. und der Inszenierung seines neoabsolutistischen „persönlichen Regiments" siehe John C. G. Röhl, Wilhelm II. Der Aufbau der persönlichen Monarchie 1888–1900, München 2001.

10 Vgl. Lothar Machtan, Bismarck-Kult und deutscher Nationalmythos, in: ders. (Hg.), Bismarck und der deutsche Nationalmythos, Bremen 1994, S. 14–67.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Lücke, die der Kaiser nach seiner Flucht ins Exil hinterlassen hatte.[11] In der zweiten polnischen Republik verkörperte der Marschall Józef Piłsudski wie kein anderer die wiedergewonnene nationale Unabhängigkeit; wie Bismarck und Hindenburg war er bereits zu Lebzeiten Gegenstand staatlich geförderter Verehrung.[12] Wegen seines antikommunistischen und insbesondere auch antirussischen Charismas war Piłsudski bei den Bolschewiki und den polnischen Kommunisten verhaßt. Gerade deshalb bildete seine Persona ein starkes Symbol für die polnische Souveränität in den Grenzen der Versailler Ordnung.

Von großer Bedeutung für die Perzeption des Stalin-Kultes in Polen und Deutschland war der Führerkult um Adolf Hitler. Im Gegensatz zum Kommunismus, der seine Führerkulte erst entwickelte, nachdem er an die Macht gekommen war, gehörte die Vorstellung von „Führer" und „Gefolgschaft" zu den Grundpfeilern faschistischer und nationalsozialistischer Gesellschaftsvorstellungen.[13] Seit der „Machtergreifung" bildete Adolf Hitlers Stilisierung vom Parteichef zum „Führer" eine der Grundlagen nationalsozialistischer Herrschaft.[14] Nach den außenpolitischen Erfolgen der dreißiger Jahre und den Siegen gegen Polen und Frankreich genoß Hitler ein hohes Ansehen in der deutschen Bevölkerung, das zum Teil etwa den schlechten Ruf der NSDAP auszugleichen half und Vertrauen in das Herrschaftssystem stiftete. Wie kein anderes Symbol verkörperte der „Führer" in der NS-Propaganda die nationale Gemeinschaft. Auf dem Weg zur totalen Niederlage stabilisierte das Vertrauen in den „Führer" wesentlich das nationalsozialistische Regime.[15] Im Gegensatz zum Stalin-Kult war der Hitler-Kult national und rassisch eingegrenzt. Dem „Führer" huldigen durften nur deutsche „Volksgenossen" und in eingeschränktem Umfang die Bürger verbündeter Staaten. Für die Polen hingegen blieb Hitler stets Eroberer, Peiniger und Völkermörder. Sie konnten und sollten keinen Anteil an seinem Kult nehmen, der „Ariern" vorbehalten blieb. Die Niederlage des nationalsozialistischen Deutschland diskreditierte

11 Vgl. Noel D. Cary, The Making of the Reich President, 1925: German Conservatism and the Nomination of Paul von Hindenburg, in: CEH 23 (1990), S. 179–204. Zu den Debatten um den Führerbegriff im Adel und der deutschen Rechten nach dem Ende der Monarchie siehe: Stephan Malinowski, Vom König zum Führer. Deutscher Adel und Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2004, S. 293–320.

12 Vgl. Heidi Hein, Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926–1939, Marburg 2002.

13 Zu Benito Mussolini siehe Simonetta Falasca-Zamponi, Fascist Spectacle. The Aesthetics of Power in Mussolini's Italy, Berkeley/Cal./Los Angeles, Cal./London 2000; Peter Neville, Mussolini, London/New York, NY 2004; zu Adolf Hitler vgl.: Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München [10]1983, S. 33–48; Reichel, Der schöne Schein, S. 138–156; Kershaw, Der Hitler-Mythos; zur Entstehung des Führerkultes auch ders., Hitler. 1889–1936, München 2002, S. 277–330 sowie Burleigh, Die Zeit des Nationalsozialismus, S. 127–150, S. 308–311 und mit einem Ausblick auf die Nachkriegszeit: Hans Mommsen, Zum Erscheinungsbild Adolf Hitlers in der deutschen Öffentlichkeit vor und nach dem 9. Mai 1945, in: Christoph Cornelißen/Lutz Klinkhammer/Wolfgang Schwendtker, Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 95–107.

14 Vgl. die Interpretation des Nationalsozialismus als charismatische Herrschaft im Sinne Max Webers: Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Band. Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, S. 600–940.

15 Vgl. Kershaw, Der Hitler-Mythos, S. 207ff.; Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 866ff., S. 902ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

auch die Idee charismatischer Herrschaft. Polen und Deutschland hatten – auf jeweils unterschiedliche Weise – die Erfahrung eines totalitären Führerstaates bereits hinter sich. Und auch Stalin war in beiden Gesellschaften kein Unbekannter.

In der Sowjetunion begann der kommunistische Führerkult mit der Verehrung Lenins. Seit Lenins Tod 1924 und mit der Errichtung des Mausoleums auf dem Roten Platz wurde dieser Kult von Stalin selbst forciert.[16] Der Führerkult um Stalin nahm seit dessen 50. Geburtstag im Dezember 1929 einen prominenten Platz in der sowjetischen Öffentlichkeit ein.[17] Die Entwicklung des Stalin-Kultes war eng mit dem Ausbau seiner persönlichen Diktatur verbunden. Schon in den dreißiger Jahren erreichte der Führerkult nicht nur die Peripherien der Sowjetunion, sondern selbst das Zentrum der Macht, die Umgebung des *vožd'* [Führer].[18] Innerhalb der UdSSR erreichte der Stalin-Kult 1939 zum 60. Geburtstag des Generalsekretärs der KPdSU einen weiteren Höhepunkt. Der Stalin-Kult war auch für die Parteien der Komintern verbindlich und prägte insbesondere diejenigen Kommunisten, die im Moskauer Exil lebten. Von vielen Intellektuellen wurde der Kult mit Skepsis registriert. Sie nahmen, wie etwa Leon Feuchtwanger, mit Erleichterung zur Kenntnis, daß Stalin sich gegenüber Ausländern von seinem Kult stets distanzierte. Andererseits gab es im Kreis der kommunistischen Schriftsteller bereits vor dem Krieg Autoren, die wie Erich Weinert oder Johannes R. Becher Stalingedichte verfaßten. So wirkten bereits in den dreißiger Jahren Schriftsteller, die nicht aus der UdSSR stammten, an der Kultproduktion mit.

In den dreißiger Jahren hatten sich vier Motive des Stalin-Kultes herauskristallisiert: Sein enges Verhältnis zu Lenin, seine Rolle als Initiator der Fünfjahrespläne, seine Rolle als

16 Vgl. Tumarkin, Lenin Lives!; Ennker, Die Anfänge des Leninkults.

17 Vgl. aus der umfangreichen Literatur zum Stalin-Kult: Robert C. Tucker, Stalin in Power. The Revolution from Above, 1928–1941, New York, NY/London 1990; Reinhard Löhmann, Der Stalinmythos. Studien zur Sozialgeschichte des Personenkultes in der Sowjetunion (1929–1935), Münster 1990; Hoffmann, Stalinist Values, S. 152ff. und die Beiträge in Klaus Heller/Jan Plamper (Hg.), Personenkulte im Stalinismus/Personality Cults in Stalinism, Göttingen 2004 und in Apor/Behrends/Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Zum Stalin-Kult in Polen siehe Kupiecki, Natchnienie milionów; als Fallstudie zu Pommern: Marcin Czyżniewski, Stalin w polskiej propagandzie politycznej na przykładzie dzienników pomorskich z lat 1945–1953, in: Ryszard Sudziński (Hg.), Oblicza polskiego stalinizmu, Włocławek 2000, S. 169–180. Zum Stalin-Kult in der DDR: Katharina Klotz, Führerfiguren und Vorbilder. Personenkult in der Ära Ulbricht, in: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin/München 1996, S. 322–336; zum Stalin-Kult in Polen und der DDR auch Jan C. Behrends, Exporting the Leader. The Stalin Cult in Poland and East Germany (1944/45–1956), in: Balazs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York, NY, S. 161–178; Jan Plamper, ‚The Hitlers Come and Go…', the Führer Stays: The Stalin Cult in East Germany", in: Heller u.a. (Hg,), Personality Cults in Stalinism, Göttingen 2004, S. 301–329.

18 Vgl. E. A. Rees, Stalin as Leader 1934–1937: From Oligarch to Dictator, in: ders. (Hg.), The Nature of Stalin's Dictatorship. The Politburo 1924–1953, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 19–58; Benno Ennker, The Stalin Cult, Bolshevik Rule, and Kremlin Interaction in the 1930s, in: Balazs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships, S. 83–101.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Theoretiker und seine paternalistischen Bindungen zum sowjetischen Volk.[19] Zum Ende der dreißiger Jahre hin wandelte sich der Kult nochmals. Immer stärker trat das Moment der Dankbarkeit in den Vordergrund. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als sich Stalin und seine Entourage auch in den Inszenierungen ihrer Herrschaft kontinuierlich von der Bevölkerung entfernten.[20] Dieser Rückzug der Führung in das Arkanum ihrer Herrschaft verstärkte sich nochmals während des Zweiten Weltkrieges. Gleichzeitig verengte sich im Krieg das Bild Stalins auf seine Rolle als Oberbefehlshaber der Roten Armee. Seit 1943 schrieb die Propaganda alle wichtigen Siege seinem strategischen Genius zu. Sie stilisierte ihn zum Feldherren und Kriegshelden. Stalin wurde in eine Reihe mit den militärischen Helden der russischen Vergangenheit gestellt.[21] Das Ansehen und die Autorität des Diktators erfuhren durch den Sieg über Deutschland eine große Steigerung.[22] Mit der Roten Armee, mit ihren Soldaten und Propagandisten kam der Stalin-Kult nach Ostmitteleuropa. Seine Persona hatte zu diesem Zeitpunkt bereits die Metamorphosen vom Parteiführer zum „Führer" und „Vater" der Völker und schließlich zum Kriegsherren vollzogen. Zunächst wurde weder von Polen noch von Deutschen verlangt, an diesem Kult teilzuhaben. Beide Nationen waren noch kein Bestandteil der sowjetischen Symbol- und Diskursgemeinschaft. Erst im Prozeß der forcierten Sowjetisierung begann Stalins Persona den öffentlichen Raum zu dominieren. Auch hier lag vor den Propagandaapparaten eine große Aufgabe: Es ging um die Verwandlung von Stigma in Charisma.

1.2 „Der Verteidiger Polens"

Wie oben ausgeführt, dominierten in den ersten Jahren des polnischen Kommunismus nationalistische und panslawische Themen die parteistaatliche Propaganda. Die Persona Stalins paßte schlecht in diesen Themenkanon und spielte in der Repräsentation der neuen Herrschaft eine untergeordnete Rolle. Die Propaganda feierte den „Generalissimus" der UdSSR und den „Befreier Europas". Während des Vorrückens der Roten Armee schickten zahlreiche polnische Städte und Gemeinden nach ihrer Befreiung Danktelegramme an Stalin. Im Dezember 1944 feierte die Presse des Lubliner Polen seinen 65. Geburtstag in einer Serie von Artikeln.[23] Vermutlich führten sowjetische Stellen und die PPR im Hintergrund die Federn. Auch die Toponymie der polnischen Hauptstadt blieb von dieser Verehrung des Befreiers nicht unberührt. Bereits 1945 wurde eine der großen Arterien der polnischen Kapitale, die *Aleje Ujazdowskie*, die von der Krakauer Vorstadt nach Süden Richtung Wilanów führt, in *Aleja Marszałka Stalina* umbenannt. Die Nennung des militärischen Titels

19 Vgl. Davies, Popular Opinion in Stalin's Russia, S. 148f.

20 Siehe hierzu ausführlich Brooks, Thank You Comrade Stalin, S. 83–158; Malte Rolf, Working towards the Centre: Leader Cults and Spatial Politics in Pre-War Stalinism, in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 141–157.

21 Vgl. Brandenberger, National Bolshevism, S. 144–159.

22 Vgl. Zubkova, Poslevoennoe sovetskoe obščestvo, S. 35f.; dies., Stalin i obščestvennoe mnenie v SSSR 1945–1953, in: Stalinskoe desjatiletie cholodnoj vojny: fakty i gipotezy, Moskau 1999, S. 151–170.

23 Vgl. Kupiecki, Natchnienie milionów, S. 41.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

im Straßennamen verdeutlicht, daß es sich hier wiederum um eine Verneigung vor dem militärischen Befreier handelte.

Nach der Befreiung Polens zitierte die parteistaatliche Presse häufig ein Interview Stalins mit der *New York Times* und der Londoner *Times* aus dem Jahre 1943. Dort war der sowjetische Diktator wegen der diplomatischen Krise dieses Jahres zu den polnisch-sowjetischen Beziehungen befragt worden. Stalin beteuerte im Interview, er unterstütze „bedingungslos" ein unabhängiges Polen, das „nachbarschaftliche Beziehungen auf der Grundlage gegenseitiger Achtung" zur UdSSR haben werde.[24] Große Bedeutung wurde der Rede Stalins anläßlich der Unterzeichnung des polnisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages vom 21. April 1945 zugeschrieben. Hier hatte er die Zeit des „Mißtrauens und der Feindseligkeit" für beendet erklärt und eine neue Epoche des „Bündnisses und der Freundschaft" beschworen.[25] Mit Hilfe dieser Aussagen sollten Gerüchte über eine sowjetische Annexion Polens zerstreut werden. Poster und Plakate der Jahre 1944/45 stellten Stalin in seiner weißen Marschallsuniform dar: Für die Polen wurde das Bild eines „Marschalls-Befreiers" komponiert. Ähnlich wie in der Propaganda für die Sowjetunion der unmittelbaren Nachkriegszeit trat auch hier die Ideologie zunächst vollständig in den Hintergrund. Überspitzt könnte man formulieren, daß es ein wohlgehütetes Geheimnis blieb, daß Stalin Kommunist war. Mit dem Charisma des Siegers ausgestattet und in der klassischen Pose mit der Hand in der Uniform verkörperte er einen sowjetischen Bonaparte. Ironischerweise ähnelte die Persona Stalins 1945 der seines Erzrivalen Trotzki, der im russischen Bürgerkrieg und als Verteidigungskommissar in den frühen zwanziger Jahren ähnlich dargestellt wurde.

Bereits 1945 erschien die erste kurze Stalinbiographie für den polnischen Leser.[26] Der anonyme Autor stellte Stalins Anteil am Sieg im Zweiten Weltkrieg in den Mittelpunkt seiner Erzählung. Das Frontispiz zeigte ihn in Uniform mit ordensbedeckter Brust. Der Text betonte, Stalin habe auch in schwierigen Situationen „ruhige Hände" und „kaltes Blut" bewahrt. Verschiedene besondere Fähigkeiten wurden dem sowjetischen Diktator zugeschrieben. Dazu zählte der Verfasser insbesondere die Weitsicht Stalins, der hier als „Seher" in einer schwierigen Zeit dargestellt wird. So lobte er den sowjetischen Diktator für die Säuberung des Jahres 1937, da sie verhindert habe, daß nach dem deutschen Überfall ein sowjetischer Quisling auf den Plan treten konnte.[27] Auch habe Stalin bereits unmittelbar nach dem deutschen Überfall 1941 den Sieg der Sowjetunion vorausgesehen. Durch seine pro-

24 Die Antworten Stalins erschienen erstmals in der *Pravda* am 6.5.1943. Vgl. für den Wortlaut: J. W. Stalin. Wybór dokumentów w sprawie polskiej, Warschau 1949, S. 10–11.

25 Przemówienie J. W. Stalina przy podpisaniu układu o przyjaźni, pomocy wzajemnej i współpracy powojennej między Związkiem Radzieckim i Rzeczpospolitą Polską, in: J. W. Stalin. Wybór dokumentów w sprawie Polskiej, Warschau 1949, S. 20–22; erstmals in *Pravda*, 22.4.1945.

26 Alle Beispiele in: Józef Stalin Marszałek Związku Radzieckiego. Zur Entwicklung sowjetischer Stalinbiographien, vgl. David Brandenberger, Stalin as a Symbol: a Case Study of the Personality Cult and Its Construction, in: Sarah Davies/James Harris (Hg.), Stalin: A New History, Cambridge, 2005, S. 249–270.

27 A.a.O., S. 5f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

phetischen Worte sei der Glaube an den Sieg gefestigt worden. Hier schrieb der Autor Stalin gezielt die charismatischen Fähigkeiten eines „Sehers" und „Propheten" zu.

Ein ganzes Kapitel dieser Kurzbiographie ist der „Humanität" Stalins gewidmet.[28] Hier sollte gegen die Erinnerung an sowjetische Gewaltherrschaft angeschrieben werden. Um die menschlichen Qualitäten Stalins plastisch zu machen, erzählte der Verfasser die Geschichte eines sowjetischen Testpiloten, der die Rettung seines Flugzeuges für wichtiger erachtete als sein eigenes Leben. Stalin belehrt ihn daraufhin, daß sein „Leben teurer ist als jede Maschine", und der Autor erklärte: „Über allem in der Welt schätzt Stalin den Menschen." Diese Sorge Stalins um die Menschen manifestiere sich auch in seinem Einsatz für den Sanitätsdienst der Roten Armee; seine väterliche Fürsorge erstrecke sich auf alle Teile der Gesellschaft. Hier findet sich wieder das Motiv der Sowjetunion als einer großen Familie – mit Stalin als *pater familias*.

In der Kurzbiographie fehlen noch einige Charakteristika des polnischen Stalin-Kultes, wie er sich ab 1946 entwickelte. Der unbekannte Autor konstruiert noch keine besondere Verbindung zwischen Stalin und Polen. Der polnische Leser lernte den sowjetischen Diktator als ausländischen Staatsmann kennen. Auch über den Lebenslauf Stalins, der in den folgenden Jahren zur zentralen Erzählung des Führerkultes erhoben wird, schwieg sich der Text weitgehend aus. 1945 ging die Persona Stalins ganz in der Rolle als „Befreier Europas" auf. In einem Nebensatz verwies die Biographie jedoch bereits auf die mystische Komponente des Stalin-Kultes und erklärte die außeralltägliche Dimension seiner Herrschaft: „Es handelt sich hier um einen Menschen, über den man Lieder singt und Legenden schafft. Der treue Sohn der Nation – das ist Stalin im Bewußtsein des sowjetischen Volkes [Jest to człowiek, o którym tworzy się pieśni i legendy. Wierny syn narodu – tym jest Stalin w świadomości ludzi radzieckich.]."[29]

Daß Stalin trotz der zurückhaltenden Propaganda von Teilen der Bevölkerung als der Schattenmann hinter der Regierung Bierut gesehen wurde, zeigt dieses Spottgedicht, das zur Zeit des Referendums im Juni 1946 in der Provinz Białystok kursierte:

> „Herrlich unsere Geschlossenheit, die vereinigte Front.
> Weil wir selbst nicht wissen, woher die Regierung kommt,
> Jeder redet davon, daß er dies so wollte,
> Und doch wissen alle, daß Stalin sie uns gab.
> Und den Genossen Stalin, den großmütigen Herrn,
> Den kann man an jede Wunde anlegen.
> Er nahm uns Wilna, er nahm uns Lemberg,
> Doch er gab uns Bierut, den Weisen, schade um die Worte.
> [...]

28 A.a.O., S. 9ff.
29 A.a.O., S. 11.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

[Świetna u nas zwartość, jednolity front,
Bo sami nie wiemy skąd się wziął rząd.
Każdy sobie gada, jakby sam to chciał,
Ale wszyscy wiemy, Stalin nam go dał.
A towarzysz Stalin, wielkoduszny pan,
Można go przyłożyć do wszyściutkich ran.
Odebrał nam Wilno, odebrał nam Lwów,
Lecz dał nam Bieruta, mędrca, szkoda słów.
[...]"[30]

In ihrer Darstellung der politischen Lage bedienen die unbekannten Verfasser des Spottgedichtes sich des karnevalesken Stilmittels der verkehrten Welt: Die offizielle Darstellung wird persifliert und auf den Kopf gestellt. Der oder die unbekannten Verfasser machten sich genau über den Stalin lustig, den die Propaganda ihnen zu diesem Zeitpunkt präsentierte: Den Außenpolitiker Stalin. Sie akzeptierten die Zuschreibung als Befreier nicht, sondern artikulierten ihre Verbitterung über den Verlust der Ostprovinzen. Außerdem beschrieben sie die repräsentative Öffentlichkeit, in der man offiziellen Verlautbarungen zustimmen mußte, obwohl man davon überzeugt war, daß sie erlogen waren.

In der Zeitschrift *Przyjaźń* spielte Stalin zunächst keine hervorgehobene Rolle. Am Tag der Roten Armee betonte man seine Meriten als Feldherr.[31] Auf dem ersten Kongreß der TPPR gab es im Bühnenschmuck keine Stalinportraits.[32] Die frühe Freundschaftspropaganda kam ohne den Führerkult aus. Es handelte sich noch nicht um die Übernahme des gesamten stalinistischen Wertehimmels. Die stärkere Prominenz der Persona Stalins fiel mit seiner Reaktion auf die Reden Winston Churchills in Fulton und James Byrnes' in Stuttgart zusammen. Bereits im März 1946 attackierte Stalin Churchill und warf ihm vor, sich in die Angelegenheiten des souveränen Polen einzumischen und dessen Westgrenzen in Frage zu stellen, denen er in Potsdam zugestimmt habe.[33] Diese Rede Stalins bildete den Auftakt für eine Neuausrichtung seiner Persona in Polen: Das Leitmotiv des Befreiers wurde durch die Rolle des Beschützers gegenüber Aggressoren aus dem Westen ersetzt, das in der Kampagne des Herbst 1946 große Verbreitung fand.

Wie bereits in Kapitel 3 ausgeführt, nutzte die PPR die Rede des amerikanischen Außenministers vor einem deutschen Publikum in Stuttgart dazu, antiwestliche Stimmungen zu schüren und den Kalten Krieg in die polnische Öffentlichkeit zu tragen. Byrnes' Aussage, die endgültige polnische Westgrenze werde von einer Friedenskonferenz festgelegt werden, widersprach Stalin im Oktober 1946. Charakteristischerweise geschah dies in einem Interview, das nur aus einer einzigen Frage bestand – nämlich, ob er die polnische Westgrenze

30 Kupiecki, Natchnienie milionów, S. 72.
31 W 28-mą rocznicę Armii Czerwonej, *Przyjaźń* 1946, Nr. 1, S. 3–6.
32 Kongres Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, *Przyjaźń* 1946, Nr. 5, S. 1–14.
33 Józef Stalin odpowiada Churchillowi, in: J. W. Stalin. Wybór dokumentów w sprawie polskiej, Warschau 1949, S. 23–25, ursprünglich abgedruckt in: *Pravda*, 14.3.1946.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

für endgültig halte. Stalins bündige Antwort lautete: „Ja, so ist es."[34] Wenige Tage nach Stalins Aussage zur polnischen Westgrenze, am Jahrestag der russischen Oktoberrevolution, veranstaltete die TPPR in ganz Polen Feierstunden, auf denen seine Worte in den Mittelpunkt gestellt wurden. Über dem Podium der zentralen Warschauer Feierstunde, die am Vorabend des Jahrestages stattfand, prangten in großen Lettern Frage und Antwort. Es war das erste Mal, daß eine Aussage Stalins so deutlich herausgestellt wurde.[35] Ein sowjetisches Kultelement, die besondere Bedeutung der Worte Stalins, die es immer wieder zu studieren und rezitieren galt, war damit eingeführt. Zur Eröffnung der Warschaer Feiern wurden die sowjetische und die polnische Nationalhymne gespielt. In einem Akt symbolischer Kommunikation sandte die Versammlung ein Telegramm nach Moskau, in dem sie Stalin für die Wahrnehmung der polnischen Interessen dankte.[36] Auf internationalen Druck reagierte der Propagandastaat mit forcierter Sowjetisierung. Der Widerspruch, der in der kontinuierlichen Thematisierung der Westgrenze bei gleichzeitigem Beschweigen des Verlustes der Ostprovinzen lag, vergrößerte sich durch diese Propagandapolitik beträchtlich. Auch vertrug sich die Rolle Stalins als Repräsentant polnischer Interessen schlecht mit der nationalistischen Rhetorik der PPR. Schließlich ließen sich diese Repräsentationen leicht als Zurücksetzung der polnischen Regierung interpretieren. Bis Ende 1947 handelte es sich trotz der Aufwertung der Persona Stalins noch nicht um einen Führerkult sowjetischer Dimensionen. Dies änderte sich 1948, dem Jahr, in dem die utopische Sowjetisierung in Polen begann. Anläßlich des jährlichen Kongresses der TPPR im Oktober zierte das Titelblatt der *Wolność* ein Bild von Stalin neben einem Portrait Bieruts.[37]

In der Herrschaftsrepräsentation bedeutete 1948 eine Zäsur. Mit der Omnipräsenz seiner Portraits und seiner Worte wurde Stalin zu einem Symbol, das nicht mehr wegzudenken war. Es wurde für Redner obligatorisch, ihre Ausführungen mit Hochrufen auf Stalin abzuschließen. Wenn bei Demonstrationen und Paraden Stalinportraits fehlten, wurde dies von sowjetischer Seite bemängelt. So kritisierte ein sowjetischer Beobachter in einem Schreiben an Michail Suslov die Warschauer Maidemonstration 1948, weil es dort nur ein Portrait des Genossen Stalin gegeben habe und dies „bescheidene Ausmaße" gehabt habe. Im selben Schreiben beklagte sich der sowjetische Beobachter über die Undankbarkeit der Polen am 22. Juli, dem Nationalfeiertag. Obwohl die Rote Armee die polnische Nation vom Joch des Faschismus befreit habe, werde dies kaum erwähnt. Dabei müßten gerade die Polen sich

34 Granica zachodnia Polski jest ostateczna, in: J. W. Stalin. Wybór dokumentów w sprawie polskiej, Warschau 1949, S. 26. Ursprünglich abgedruckt in *Pravda*, 30.10.1946.

35 Auch die Werkausgabe Stalins wurde kurz darauf in Polen vorgestellt. Vgl. Józef Hurwic, Sprawa polska i polski ruch robotniczy przed pierwszą wojną światową w dziełach J. Stalina, *Przyjaźń* 1947, Nr. 9, S. 9–11.

36 29 rocznica rewolucji październikowej w Polsce i ZSRR, *Przyjaźń* 1946, Nr. 10, S. 10–12.

37 Niech żyje wieczna przyjaźń między narodami ZSRR i Polski! Serdecznie witamy Zjazd Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, *Wolność*, 2.10.1948. Auch der Kult um Präsident Bierut verstärkte sich zu dieser Zeit, vgl. Main, President of Poland. Außerdem erhielt Polen mit dem Tod des Spanienkämpfers General Świerczewski im Kampf gegen ukrainische Partisanen seinen nationalkommunistisch-militärischen Märtyrer, vgl. Jerzy Kochanowski: „... doch diesen Namen werden sie preisen." Der General Karol Świerczewski, in: Silke Satjukow/Rainer Gries (Hg.), Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in der DDR und Osteuropa, Berlin 2002, S. 193–202.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

erinnern, wer sie aus den Fängen der „faschistischen Bestie" und aus den „Todesfabriken" von Auschwitz und Majdanek befreit habe. Auch sei der Name des „großen Stalin", der die Polen vor „Sklaverei und Tod" gerettet habe, nur selten genannt worden. In seinem Bericht nach Moskau warf der Autor den Polen „Russophobie" vor.[38] Bei der Repräsentation des sowjetischen Diktators war Bescheidenheit nicht mehr erwünscht.

Im Herbst 1948 meldete die TPPR „spontane" Stalin-Huldigungen am fünften Jahrestag der Schlacht von Lenino, wo erstmals kommunistische polnische Truppen an der Seite der Roten Armee gekämpft hatten. In der Warschauer Stalinallee hätten Gruppen von Studenten das Ereignis gefeiert – es sei zu einer „spontanen Manifestation der polnisch-sowjetischen Freundschaft" gekommen. Für etwa zehn Minuten hätten die Studenten die Parolen „Lang lebe Stalin!", „Lang lebe der Komsomol" und „Bierut – Stalin" skandiert. Ob es sich hier tatsächlich um eine ungeplante Kundgebung gehandelt hat, sei an dieser Stelle dahingestellt. In jedem Fall war die Persona Stalins zu einem zentralen Symbol der neuen Herrschaft aufgestiegen.[39]

Obwohl die Darstellung Stalins aus sowjetischer Perspektive noch zu wünschen übrig ließ, war sie deutlich genug, um zu Reaktionen im Untergrund zu führen. In den Berichten des Sicherheitsministeriums aus dem Jahre 1946 war Stalin noch kein Thema, doch 1948 finden sich zahlreiche Reaktionen auf den Stalin-Kult. So berichtete der Sicherheitsdienst im Juli 1948, in einem Vorort Warschaus habe sich die Aufschrift „Tod den Knechten Stalins" befunden.[40] Stalin wurde hier bereits als *das* Symbol des Regimes wahrgenommen. Auch den pseudoreligiösen Charakter des Stalin-Kultes thematisierte die Opposition. So hieß es in einem Flugblatt, das im Juli 1948 in Masuren kursierte, man müßte fürchten, daß Söhne, die zur Armee eingezogen werden, dort ihren römisch-katholischen Glauben verlieren und ihnen „der Glaube Stalins" eingepflanzt werde.[41] Und in einer Flugschrift aus Radom hieß es: „Wir haben in unseren Herzen keinen Raum für Stalin", denn dort sei nur Platz für Christus, der die Polen aus der Unfreiheit dieser Zeiten erlösen werde.[42] In der Wojewodschaft Posen rief eine *Union Polnischer Patrioten* dazu auf, der Regierung die öffentliche Unterstützung zu entziehen, da jedes Wort des Lobes „ein Schritt zur Beschleunigung der Erlasse Stalins" sei.[43] Ende 1948 erreichte das ZK aus Rzeszów das Gerücht, Stalin werde

38 Pismo kierownika Biura Informacji KC WKP (b) Leonida Baranowa do sekretarza KC WKP (b) Michaiła Susłowa, in: Polska-ZSRR, S. 221–226, Zitate S. 222.

39 Sprawozdanie ZG TPPR z działalności Towarzystwa za IV kwartał 1948 r., in: Polsko-radzieckie stosunki kulturalne, S. 410–442, Zitate S. 436.

40 Biuletyn Informancyjny Nr. 13 (35), 2.7.1948, in: Biuletyny Informacyjne 1948, S. 116–124, Zitat S. 116. In einem ebenfalls überlieferten Flugblatt aus dem Herbst 1948 wurden die Vertreter des Regimes direkt als „Knechte Stalins" angesprochen. Vgl. Biuletyn Informacyjny Nr. 20 (42), 15.10.1949, in: Biuletyny Informacyjne 1948, S. 174–192, S. 182.

41 Biuletyn Informacyjny Nr. 15 (37), 29.7.1948, in: Biuletyny Informacyjne 1948, S. 131–141, Zitat S. 137.

42 Biuletyn Informacyjny Nr. 16 (38), 17.8.1948, in: Biuletyny Informacyjne 1948, S. 142–153, Zitat S. 146.

43 Biuletyn Informacyjny Nr. 18 (40), 18.9.1948, in: Biuletyny Informacyjne 1948, S. 161–173, Zitate S. 163.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

unmittelbar nach dem Vereinigungsparteitag von PPR und PPS den USA den Krieg erklären.[44] Die verstärkte Präsenz Stalins in der Öffentlichkeit führte noch im selben Jahr dazu, daß der sowjetische Diktator in oppositionellen Äußerungen häufiger vorkam. Wer zum Symbol des Regimes stilisiert wurde, wurde zum Feindbild der Opposition.[45]

Im Jahre 1949 schmückte das Portrait Stalins bereits zu allen Feiertagen des Parteistaates – Tag der Roten Armee, 1. Mai, 22. Juli und 7. November – neben Bierut die Titelseiten der Zeitungen. Zum Tag der Roten Armee sandten Betriebe aus allen Wojewodschaften Grußtelegramme an Stalin.[46] Im Sommer des Jahres 1949 läßt sich eine spezifisch polnische Reaktion auf diesen Stalinisierungsdruck verzeichnen: Die Flucht in den Wunderglauben. In den ersten Jahren ihrer Herrschaft hatten die Kommunisten einen relativ vorsichtigen Kurs gegenüber der starken katholischen Kirche gefahren. Diese Rücksichtnahme wurde – auch auf sowjetischen Druck – seit 1948 zunehmend aufgegeben.[47] Am 3. Juli 1949 berichtete eine Nonne, daß ein Marienbild in der Lubliner Kathedrale geweint habe. Obwohl die Kirchenobrigkeit sich zurückhaltend verhielt und skeptisch äußerte, verbreite sich die Nachricht innerhalb weniger Tage in ganz Polen, und Tausende von Gläubigen kamen in Lublin zusammen.[48] Das Geschehen entzog sich weitgehend der Kontrolle durch die Institutionen von Parteistaat und Kirche. Die Pilger verstopften die Verkehrsverbindungen in die ostpolnische Stadt und die Prozessionen füllten die Straßen und Plätze Lublins. Mitte Juli kam es zur Konfrontation zwischen den Pilgern und Gegendemonstranten, die das Regime mobilisiert hatte, um die eigene Autorität im öffentlichen Raum wiederherzustellen und die Gläubigen zu diskreditieren. Erst im Laufe des August entspannte sich die Lage allmählich.

Die Ereignisse von Lublin zeigen, daß die forcierte Stalinisierung zu gesellschaftlichen Spannungen geführt hatte.[49] Sie entluden sich in der Zuflucht im Marienglauben, der in Polen traditionell tief verwurzelt war. In Zeiten der Verunsicherung bot die katholische Religion eine Zufluchtsstätte und der Marienglauben einen charismatischen Gegenpol zum

44 Biuletyn Informacyjny Referatu Sprawodawczego, 29.12.1948, AAN, KC PZPR, 237/VII–112, Bl. 4–13, Bl. 12.

45 Das galt nicht nur in Polen. Im Jahre 1949 veröffentlichte die polnische Exilregierung in London – Premierminister war der AK-Kommandant des Warschauer Aufstandes General Tadeusz Bór-Komorowski – eine Anklageschrift gegen Stalin aus der Feder ihres Justizministers Bronisław Kuśnierz. Vgl. ders.: Stalin and the Poles. An Indictment of the Soviet Leaders, London 1949.

46 Meldunki z terenu, Nr. 25, 25.2.1949, AAN, KC PZPR, 237/VII–116, Bl. 161–169.

47 Vgl. Antoni Dudek, Państwo i Kościół w Polsce 1945–1970, Krakau 1995, S. 8–16.

48 Vgl. Izabella Main, The Weeping Virgin Mary and the Smiling Comrade Stalin. Polish Catholics and Communists in 1949, in: Gábor T. Rittersporn/Malte Rolf/Jan C. Behrends (Hg.), Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs/The Public Sphere in Soviet Type Societies, Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a., S. 255–278 und dies., National and Religious Holidays, S. 56–69; Kenney, Rebuilding Poland, S. 331.

49 Auch in anderen Staaten läßt sich eine Zunahme des Wunderglaubens in Kriegszeiten, bei staatlicher Kirchenverfolgung oder gesellschaftlicher Krise beobachten, so beispielsweise in Deutschland während der Befreiungskriege, im Kulturkampf und wieder in der Nachkriegszeit. Vgl. David Blackbourn, Marpingen: Apparitions of the Virgin Mary in Bismarckian Germany, New York, NY 1994.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

„Neuen Glauben". Die Bevölkerung deutete das Wunder auch politisch. Man erzählte sich von Kommunisten, die durch das Wunder wieder zu ihrem alten Glauben zurückgefunden hätten. Viele Menschen hätten ihre Parteibücher zurückgegeben. Selbst sowjetische Soldaten seien aufgrund des Wunders bei der Beichte erschienen. In Radom sah man in den Tränen der Jungfrau das Zeichen für einen bevorstehenden Krieg.[50] Spontan nutzten die Pilger in Lublin ihre Versammlungen auf dem Platz vor der Kathedrale, um patriotische Lieder anzustimmen, wie die nationalreligiöse Hymne *Rota* mit ihren antirussischen Untertönen. Auf dem Platz riefen einzelne „Nieder mit der kommunistischen Regierung" und „Nieder mit Moskau und den Kommunisten".[51] Die spontane Wallfahrt wurde zur politischen Demonstration.

Doch die Zuflucht zum Katholizismus war nur eine Reaktion auf die Sowjetisierung. Aus Schlesien berichtete man von einem Ereignis, das auf einen satirischen Umgang mit der Situation des Jahres 1949 verweist. Auf einem Marktplatz in Paczków, nahe der Stadt Neiße, wurde ein Ziegenbock angetroffen, dem ein Schild mit folgendem Reim um den Hals gebunden war:

„Fleisch und Speck hat Stalin gestohlen,
Knochen und Darm essen die Polen,
und ich arme Ziege
muß in die Kolchose.

[Mięso i słonina
idą do Stalina,
kości i flaki
jedzą Polaki
i ja biedna koza
idę do kołchoza.]"[52]

Der Bericht vermerkte, die Ziege sei durch die Polizei „beseitigt" worden; die Initiatoren der Aktion hätten nicht ermittelt werden können.

1.3 Führer und Geführte in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1948

Der Stalin-Kult kam mit der Roten Armee auch nach Deutschland. Zunächst waren die besiegten Deutschen jedoch von der Teilhabe ausgeschlossen: Der Führerkult war eine geschlossene Veranstaltung der sowjetischen Siegermacht. Zwar verbreitete die Besatzungsmacht schon unmittelbar nach Kriegsende die kanonischen Stalinworte von 1943, daß

50 Meldunki z terenu Nr 135, 16.7.1949, AAN, KC PZPR, 237/VII–118, Bl. 77–89, Bl 77f.
51 Meldunki z terenu Nr. 137, 19.7.1949, AAN, KC PZPR, 237/VII–118, Bl. 90–99, Zitate Bl. 90.
52 Wydział Propagandy, Oświaty i Kultury Katowice. Z sprawozdań KP i KM dotyczące wrogiej działalności, 2.12.1949, AAN, KC PZPR, 237/VII–343, Bl. 23–28, Bl. 23.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

die „Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt".[53] Dieses Diktum wurde bei zahlreichen Anlässen wiederholt.[54] Ein prominentes Beispiel für den Stalin-Kult auf deutschem Boden stellt das Kriegerdenkmal in Berlin-Treptow von 1945/46 dar, das *seinen* Sieg monumentalisiert. Das Gräberfeld umrahmen hier Stalinzitate aus den Kriegsjahren. Als Feldzeichen sowjetischer Herrschaft wurden 1945/46 an zentralen Orten – etwa in Berlin Unter den Linden – großformatige Stalin-Portraits aufgestellt. Doch die deutsche Bevölkerung blieb Zuschauerin des Stalin-Kultes.

Daß auf sowjetischer Seite ein Führerkult betrieben wurde, der Übereinstimmungen mit dem nationalsozialistischen Hitlerkult aufwies, fiel dem aufmerksamen Beobachter und sensiblen Chronisten Victor Klemperer bereits im Sommer 1945 auf. Als Philologe konsternierten Klemperer insbesondere die sprachlichen Verwandtschaften. Am 25. Juni 1945 notierte er zur sowjetischen Sprache und zum Führerkult um Stalin: „Ich muß allmählich anfangen, systematisch auf die Sprache des *vierten Reiches* zu achten. Sie scheint mir manchmal weniger von der des *dritten* unterschieden als etwa das Dresdener Sächsische vom Leipziger. Wenn etwa Marschall Stalin der Grösste der derzeit Lebenden ist, der genialste Stratege usw. Oder wenn Stalin in einer Rede aus dem Anfang des Krieges, natürlich mit allergrößtem Recht, als von dem ‚Kannibalen Hitler' spricht. Jedenfalls will ich unser Nachrichtenblatt und die *Deutsche Volkszeitung*, die mir jetzt zugestellt wird, genau sub specie *LQI* studieren."[55] Wenige Tage später am 4. Juli ergänzte Klemperer: „Analogien der nazistischen und bolschewistischen Sprache: In Stalins Reden, aus denen jetzt regelmäßig Stücke erscheinen, sind Hitler und Ribbentrop: Ungeheuer und Kannibalen. In den Artikeln über Stalin ist er der Generalissimus der Sowjetunion, der genialste Feldherr aller Zeiten und genialste aller lebenden Menschen."[56]

Trotz seiner Sympathien für die Sowjetunion irritierte Klemperer der Stalin-Kult. Seine Zweifel spiegelten sich in der schon im Juli nach Kriegsende aufgeworfenen Frage wider: „Und ist der Wahrheitsgehalt Stalinice ein so sehr viel anderer als Hitlerice?"[57] Er beobachtete die Veränderungen des öffentlichen Raumes und beanstandete „Stalins Bild in Uniform mit Orden, wie es riesengroß am Albertplatz paradiert". Klemperer fragte sich, ob damit der „Umerziehung" der Deutschen und der Entmilitarisierung gedient sei.[58] Daß sich die Dresdner der hohen Bedeutung der Stalinportraits bewußt waren, zeigt folgende von Klem-

53 Vgl. Joseph Stalin, Über den großen vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Berlin (Ost) 1951, S. 49f.

54 Vgl. bspw. Otto Grotewohl, Ein gutes und großes Ziel. Zum 29. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, in: ders., Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1945–1953, Band 1, 1945–1949, Berlin (Ost) 1954, S. 77–81, das kanonische Stalinzitat S. 78.

55 Eintrag vom 25.6.1945, in: Klemperer, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, S. 25–26, Zitat S. 26. [Hervorhebungen im Original.] Victor Klemperers berühmte Analyse der nationalsozialistischen Sprache, der *Lingua Tertii Imperii*, erschien erstmals 1947.

56 Eintrag vom 4.7.1945, a.a.O., S. 38–40, Zitat S. 38.

57 Eintrag vom 11.7.1945, a.a.O., S. 40–43, Zitat S. 42.

58 Eintrag vom 18.9.1945, a.a.O., S. 108–111, Zitat S. 108. Im Oktober 1945 kommt Klemperer auf dieses Thema zurück und schreibt: „Die Russen! Das Stalinbild auf dem Albertplatz könnte auch ‚Hermann' darstellen. Uniform mit Orden." Eintrag vom 1.10.1945, a.a.O., S. 121. Kurz darauf vergleicht er wiederum die Erfahrung nationalsozialistischer und sowjetischer Herrschaftsrepräsentation: „Und auf dem Albertplatz das Bild des ‚Marschalls' Stalin – es könnte auch Hermann Göring sein." Eintrag vom 22.10.1945, a.a.O., S. 131–132.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

perer aufgezeichnete Anekdote: „Ganz zuletzt noch Wolffs hier. Sie erzählten – Gerücht? Wahrheit? das Stalinbild auf dem Albertplatz [...] sei besudelt worden, u. zur Strafe habe ‚der Russe' die Kartenbelieferung für ganz Dresden gesperrt."[59] Wenn nicht bekannt wäre, daß Klemperer sich zunächst für SED und Kulturbund und ab 1947 auch für die DSF engagierte, könnte man ihn aufgrund seines Tagebuches für einen Anhänger der Totalitarismustheorie halten. Obwohl Klemperers Aufzeichnungen sicher nicht beanspruchen können, die *vox populi* in der SBZ wiederzugeben, so zeigen sie doch, daß ein Gelehrter, der aufgrund seiner Erfahrungen als NS-Verfolgter mit der Sowjetunion sympathisierte, deren politische Kultur problematisch fand. Victor Klemperer befand sich in der paradoxen Situation, gleichzeitig vom kommunistischen Führerkult befremdet zu sein und doch auf ein vertrautes Phänomen totalitärer Kultur zu stoßen.

Für die deutschen Kommunisten war der Begriff „Führer" und die Idee charismatischer Führerschaft durch den Nationalsozialismus keineswegs kontaminiert. In der eigenen Presse gab man sich überzeugt, in der Person Wilhelm Piecks den eigentlichen „Führer" Deutschlands zu besitzen. Der Februar 1946 war von einer Pressekampagne zum 70. Geburtstag Piecks bestimmt. In einer Festschrift zu diesem Anlaß wurde Pieck nicht nur als „großer Deutscher", sondern von Fred Oelßner als „wahrer Führer des deutschen Volkes" bezeichnet.[60] Schon vor dem Märtyrerkult um Ernst Thälmann, dem später eine wichtige Rolle zukam, gab es demnach Versuche, kommunistischen Politikern besonderes Charisma zuzuschreiben.[61] Die deutschen Kommunisten waren nicht bereit, auf den Führerkult zu verzichten.

Doch zurück zu Stalin: Aus den vorliegenden Quellen läßt sich nicht eindeutig klären, warum der Stalin-Kult erst zur Staatsgründung der DDR 1949 eingeführt wurde. Der Sowjetuniondiskurs wurde früher, aber mit dieser signifikanten Leerstelle in der SBZ verbreitet. Die Persona Stalins spielte in der Propaganda des Kulturbundes und der Gesellschaft für DSF eine untergeordnete Rolle. Die DSF-Zeitschrift *Die neue Gesellschaft* druckte zwar verschiedenste Artikel über die Sowjetunion, aber bis Mitte 1949 erwähnte sie Stalin nur am Rande. In von der SMAD kontrollierten Zeitungen wie der *Täglichen Rundschau* wurden zwar sowjetische Artikel über Stalin wiedergegeben, die deutlich die kultische Verehrung spiegelten, die Stalin in der UdSSR zuteil wurde. Wo Stalin in Erscheinung trat, da geschah dies in der Pose des militärischen Siegers, in seiner Nachkriegsrolle als sowjetischer Bonaparte. Es gab jedoch keinen Versuch, den Stalin-Kult *in toto* in der SBZ einzuführen, so wie das in Polen seit Beginn des Jahres 1948 bereits geschah. Die deutsche Be-

59 Eintrag vom 17.6.1946, a.a.O., S. 255–256, Zitat S. 256.

60 Fred Oelßner, Wilhelm Pieck: Freund und Führer des Volkes, in: Wilhelm Pieck, dem Vorkämpfer für ein neues Deutschland, Berlin 1946, S. 86ff. Für ein Beispiel des kommunstischen Führerkultes um Wilhelm Pieck, dem in der DDR die Attribute eines „Vaters der Nation" zugeschrieben wurden, siehe Fritz Erpenbeck, Wilhelm Pieck. Ein Lebensbild, Berlin (Ost) 1951. Als Moskauemigranten waren Oelßner und Erpenbeck mit dem Führerkult sowjetischer Prägung vertraut.

61 Zum Thälmannkult vgl. Annette Leo, „Deutschlands unsterblicher Sohn ..." Der Held des Widerstandes Ernst Thälmann, in: Silke Satjukow/Rainer Gries (Hg.), Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002, S. 101–114.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

völkerung blieb in der Rolle des Beobachters. Dies bestätigen die Tagebucheinträge Victor Klemperers.

Lediglich in der SED spielte der Stalin-Kult eine Rolle. Mit der Einführung des *Kurzen Lehrgangs* in der Parteischulung war ein zentraler Kulttext zum verbindlichen Schulungsmaterial erklärt worden.[62] Auch wurde die Stalinbiographie, die *Kurze Lebensbeschreibung*, sowohl im Moskauer Verlag für fremdsprachige Literatur als auch im Verlag der SMAD in deutscher Sprache veröffentlicht. Doch weder die SED noch die Sowjetisierungsfraktion der SMAD um Oberst Tjul'panov drängte auf eine stärkere Herausstellung Stalins. Woher rührte diese Zurückhaltung? Inwieweit der lange Schatten des Hitler-Kultes, die Angst vor den offenkundigen Parallelen den Grund bildete, kann hier nicht beantwortet werden. Wahrscheinlicher ist, daß der weitgehende Verzicht auf den Stalin-Kult Teil der Rücksichtnahme auf die Deutschlandpolitik war, die sich auch sonst in der sowjetischen Propagandastrategie beobachten läßt. Hinzu kommt, daß der Stalin-Kult sich nur schwer mit den Themen der sowjetischen Propaganda in der SBZ, wie etwa der „kulturellen Erneuerung", in Einklang bringen ließ.

Erst im Spätsommer 1949, im Vorfeld der Kampagne zum 70. Geburtstag des „Vaters der Völker", übernahm Alexander Abusch die Aufgabe, die Persona Stalins mit Deutschland in Beziehung zu setzen. Der kommunistische Intellektuelle Abusch war bereits 1946 mit einer Deutung der deutschen Geschichte als nationale Katastrophe hervorgetreten.[63] Sein neues Werk verband Stalin mit den „Schicksalsfragen der deutschen Nation". In populärem Stil versuchte Abusch, seinem deutschen Publikum den Stalin-Kult näherzubringen: „Mit dem Namen Stalins verknüpft sich ein Programm über die deutschen Schicksalsfragen, das jeden Deutschen zur geschichtlichen Entscheidung ruft."[64] Alexander Abusch, Schöpfer der Miserekonzeption der deutschen Geschichte, präsentierte der Nation ihren Erlöser. Durch seine Erfindung einer deutschen Persona Stalins konnte die deutsche Geschichte nicht mehr als schicksalhafte Katastrophe, sondern als eine Reihung verpaßter Chancen begriffen werden.

In dieser stalinistischen Meistererzählung trat Stalin als der treue Sachwalter deutscher Interessen auf. Um seine Rolle im deutschen Drama begreiflich zu machen, unternahm Abusch den Versuch, Stalins Status als „wahren Führer" zu belegen. So konstruiert er die Figur des überlegenen Führer-Lehrers, der, wie er betont, „für hunderte Millionen Men-

62 Vgl. Kapitel 3 dieser Arbeit.

63 Alexander Abusch, Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Geschichte, Berlin 1946. Zu Abusch' „Misere-Konzeption" deutscher Geschichte vgl. Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft, S. 65f.

64 Alexander Abusch, Stalin und die Schicksalsfragen der deutschen Nation, Berlin (Ost) 1949, Zitat S. 4. Vgl. stärker an der biographischen Meistererzählung orientiert für Österreich: Franz Marek, Stalin. Der Mensch und das Werk, Wien 1949. Die strikte Kontrolle des Diskurses über Stalin mußte Abusch beim Abfassen seiner Monographie erfahren; Klemperer, der zu dieser Zeit einen Aufsatz über Stalin und Barbusse in Arbeit hatte, berichtet in seinen Aufzeichnungen, daß sein Aufsatz nicht erscheinen konnte und Alexander Abusch alle Verweise auf Barbusse aus seiner Stalinmonographie streichen mußte, weil der französische Schriftsteller und Verfasser einer der ersten Stalinbiographien mittlerweile in der UdSSR auf dem Index stand. Eintrag vom 15.11.1949, in: Klemperer, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, S. 700–702.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 https://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

schen auch außerhalb der Sowjetunion zu dem unverrückbaren Begriff, ja zu dem Inbegriff der Größe" geworden sei. So verschwamm bei Abusch' Stalin der Gegensatz von Führer und Geführten: „In Stalin wurde sichtbar, wie der wahre Führer für das eigene Volk und zugleich für alle friedliebenden Völker zu handeln versteht, weil er in echtester Weise und mit tiefster Verwurzelung der Mann des Volkes ist, der Führer seiner fortschrittlichsten Klasse: der große marxistische Erzieher, der seine Politik auf weitblickende wissenschaftliche Voraussetzungen gründet. [...]" Ganz im Sinne der sowjetischen Propaganda, ist bei Abusch Stalin zugleich „Vater der Völker" und Verkörperung des Volkes: „In diesem realen Zusammenhang zwischen der Partei und ihren Führern ist Stalin das gewählte Haupt der Arbeiterklasse, der beste, autoritarivste, einflußreichste, erfahrenste Leiter ihres führenden Kollektivs. Ein solcher Führer ist im vollendetstem Sinne – um Goethes Wort zu variieren – ein Kollektivwesen, das den Namen Stalin trägt: die genialste Verkörperung des Wollens und der hohen Ziele der geschichtlich aufsteigenden Arbeiterklasse."[65]

Im weiteren beschwor Alexander Abusch Stalins Stärken wie „Wahrheit" und „Schlichtheit" und rühmte „die Einheit von Gedanke und Tat". Abusch betonte, Stalin sei „der Lehrmeister für alle Nationen" und unterahm eine historische Beweisführung durch die Untiefen der deutschen Geschichte seit der Reichseinigung. Für die Weimarer Zeit erzählte Abusch eine Geschichte der verpaßten Chancen und der sabotierten Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland. Stalin habe stets die schon von Lenin betriebene Politik der Annäherung fortgesetzt. Die Sozialdemokraten hätten jedoch in ihrem Antibolschewismus die „nationalen Erfordernisse" nicht begreifen wollen. Während die bürgerlichen Regierungen ein „tückisches Doppelspiel" betrieben, versprach „einzig und allein die Kommunistische Partei Deutschlands [...] ein Programm der nationalen und sozialen Befreiung" und wandte sich gegen den Vertrag von Versailles.[66] Da Deutschlands bürgerliche und sozialdemokratische Politiker nicht erkannten, daß seine Zukunft in der „freundschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion" lag und den Weg von Rapallo nicht fortsetzten, ebnete diese „Verräterei [...] dem Faschismus den Weg."[67] Nachdem Stalin sich mit dem Nichtangriffspakt einen „Zeitgewinn" verschafft hatte, war die Sowjetunion für den deutschen Überfall gewappnet. Trotz des „Versagens der deutschen Arbeiterklasse" und der Verbrechen der Wehrmacht habe Stalin den Völkern der Sowjetunion „mit der Diktion des großen Lehrers [...] gesagt, warum die Sowjetmenschen die Deutschen nicht als Deutsche hassen konnten [...]" und damit den „realen Humanismus" der sowjetischen Deutschlandpolitik bewiesen. Abusch faßte zusammen: „Stalins Reden im Kriege wurden zu einem Lehrbuch der Achtung vor anderen Völkern [...]." Als er den Einmarsch der sowjetischen Befreier nach Deutschland schildert, umschrieb der Autor die tabuisierte Gewalterfahrung und erklärt, die erste Begegnung zwischen der Roten Armee und den Deutschen „konnte nur in der Atmosphäre der noch nachwirkenden, schärfsten Erbitterung des Kampfes erfolgen."[68]

65 Abusch, Stalin und die Schicksalsfragen, S. 12f.

66 A.a.O., S. 46ff., Zitate S. 55.

67 A.a.O., S. 59ff., Zitat S. 61. Zur Bedeutung der deutsch-russischen Verständigung und dem Stichwort Rapallo s. Martin Schulze Wessel, Rapallo, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte I, München ^{4}2002, S. 537–551.

68 A.a.O., S. 83ff., Zitate S. 91, S. 92, S. 103.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Schließlich begründete Alexander Abusch die Überlegenheit der Sowjetunion im Kalten Krieg. Im Gegensatz zu den Westmächten ziele die sowjetische Politik auf die Einheit Deutschlands. Die sowjetische Militärverwaltung habe von Beginn an für die deutsche Bevölkerung gesorgt. In ihrer Zone habe sie eine beispielhaft demokratische Ordnung geschaffen. Während Stalin sich für ein friedliches Nebeneinander der Systeme einsetze, würden die demokratischen Errungenschaften nun vom „Lager des Krieges" durch die „Politik der Atombombe" gefährdet.[69] Am Ende seines Traktates griff Abusch die deutsche Frage auf. Dabei behauptete er, Stalin sei seit der Potsdamer Konferenz der einzig konsequente Verfechter der deutschen Einheit gewesen: „Es konnte – und kann bis zum heutigen Tag – für keinen wahrhaft national denkenden Deutschen ein Zweifel darüber bestehen, daß diese Stalinsche Konzeption eines neuen demokratischen Deutschlands identisch mit den echten nationalen Interessen des deutschen Volkes ist."[70] Dem stünde die westliche Politik einer Kolonisierung Deutschlands gegenüber. Hier trafen sich bei Abusch die diskursiven Konstruktionen des Stalin-Kultes und eines stalinisierten deutschen Nationalismus.[71]

Über Deutschland hinaus betonte Abusch die universelle Bedeutung des Stalin-Kultes, ein Thema, das im Dezember 1949 die Feierlichkeiten bestimmen sollte. In der Bewegung der „Kämpfer für den Frieden" manifestiere sich die enge Verbindung Stalins mit der Bevölkerung des Westens. Ihre „Welttagung" in Paris habe dies bewiesen, weil sich dort „die hervorragendsten Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler, die mutigsten freien Geister der ganzen Erde zu Stalin [...] bekannten [...] zu seiner Politik als der hehren Sache des Friedens."[72] Um die sowjetisch inspirierte Friedensbewegung vorzustellen, mischte Abusch Klischees der deutschen Rechten mit dem Jargon marxistischer Dialektik. Das „Friedenslager" stehe im Gegensatz zur westlichen Politik mit ihrem „Spiel gegen den Bestand der deutschen Nation [...]". Zur Gründung der Bundesrepublik bemerkte er: „Mit diesem Gewaltakt schlug die Quantität der tückischen Dolchstöße gegen die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands um in eine neue historische Qualität."[73] Wie Jürgen Kuczynski die deutsch-sowjetische Freundschaft in die Nationale Front integrierte, so vermählte Abusch hier den Stalin-Kult mit deutsch-nationaler Rhetorik.

Alexander Abusch bediente sich des Genres historischer Essay. Aus Stalins Sorge um die deutsche Nation legitimierte der Verfasser die Verehrung, die ihm nun in Deutschland zuteil werden sollte und verlangte, sich dankbar zu zeigen. Vor dem Leser entstand die Figur eines großen Treuhänders. In dieser Rolle Stalins als Sachverwalter deutscher Interessen verschwanden alle politischen Gegensätze. Als Führer und Lehrer stand seine Persona über der Politik; ihre Stärke bestand in der Entrücktheit, durch die man sein Eingreifen stets zur historischen Tat stilisieren konnte. Der von Abusch konstruierte Stalin vermochte in Übereinstimmung mit der Geschichte zu handeln, weil er über das Charisma des Sehers verfügte – Stalin handelte, wo deutsche Politik versagte, bereits seit Jahren als Sachwalter deutscher Interessen.

69 A.a.O., S. 111ff., Zitat S. 116.
70 A.a.O., S. 128.
71 Vgl. für den österreichischen Fall Marek, Stalin, S. 49f.
72 Abusch, Stalin und die Schicksalsfragen, S. 142.
73 A.a.O., S. 144. Zur Dolchstoßlegende vgl.: Gerd Krumreich, Die Dolchstoß-Legende, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte I, München [4]2002, S. 585–599.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Die Kampagne zu Stalins 70. Geburtstag war die erste große Propagandaaktion, die synchron im sowjetischen Block und der UdSSR ablief. Das gesamte Imperium wurde zum Schaufenster des Stalin-Kultes umgestaltet. Das Jubiläum bot die Gelegenheit, die Verbundenheit der „Volksdemokratien" mit dem sowjetischen Zentrum darzustellen. Neben dieser repräsentativen Dimension des Ereignisses stand die erzieherische Intention. In der Bevölkerung sollte eine emotionale Bindung zu Stalin aufgebaut werden, die den Kitt der *Großen Freundschaft* bilden sollte. Denn die Große Freundschaft war nicht mehr länger auf die slawischen Nationen beschränkt, sondern umfaßte nun auch die früheren Kriegsgegner wie Ungarn oder Deutschland.[74] Deshalb konnte die Freundschaft zur Sowjetunion nicht mehr völkisch begründet werden, wie das in der Nachkriegszeit im polnischen oder tschechischen Fall geschehen war. Die *Völkerfamilie* der Großen Freundschaft versammelte sich vielmehr um das symbolische Zentrum Moskau und um den *Vater der Völker*, der zum Symbol des Imperiums stilisiert wurde. Der Stalin-Kult, der schon in der multiethnischen Sowjetunion in verschiedenen lokalen Varianten existierte, mußte nun an die regionalen Gegebenheiten eines vergrößerten Reiches angepaßt werden.[75]

Den didaktischen Kern der Kampagne bildete Stalins Biographie. Sowohl die sowjetischen als auch die polnischen und deutschen Instruktionen des Propagandaapparates legten den Schwerpunkt auf die Vermittlung seiner Lebensgeschichte. Die Biographie des *vožd'* entsprach einer simplifizierten und personalisierten Geschichte der Sowjetunion.[76] Sie war zugleich Erlösergeschichte und Verheißung auf kommende Erlösung. Wie weit die Integration der „Volksdemokratien" in den kulturellen Kosmos der Sowjetunion fortgeschritten war, verdeutlichte ihre Teilnahme an der Praxis des Schenkens, in der Bindungen und Dankbarkeit dargestellt wurden.[77] Mit der Teilnahme an den Stalinfeiern wurden Polen und die DDR vollständig in die performative Kultur des Hochstalinismus integriert.

---

74 Zur Erfindung der ungarisch-sowjetischen Freundschaft, vgl. Árpád von Klimo, Vom Mars bis an die Donau. Der Rittmeister Alexej Gussew, in: Silke Satjukow/Rainer Gries (Hg.), Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002, S. 220–234; ders., „A very modest man". Béla Illés or how to make a career through the leader cult, in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 47–62. Siehe auch ders., Nation, Konfession, Geschichte. Zur nationalen Geschichtskultur Ungarns im europäischen Kontext (1860–1948), München 2003, S. 395f.

75 Vgl. Plamper, Georgian Koba or Soviet „Father of Peoples".

76 Biographische Darstellungen spielten in der Konstruktion kommunistischer Führerkulte eine wichtige Rolle. In der Darstellung idealer Lebenswege unterschieden sich die stilisierten Viten von Arbeiterhelden oder Parteiführern nur marginal von den Bildungsromanen des sozialistischen Realismus. Vgl. Balázs Apor, Leader in the Making. The Role of Biographies in Constructing the Cult of Mátyás Rákosi, in: ders./Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 63–80 und Clark, The Soviet Novel, S. 136–155. Vgl. auch am Beispiel Mussolinis: Luisa Passerini, Mussolini immaginario. Storia di una biografia 1915–1939, Rom/Bari 1991. Im Nationalsozialismus hingegen war die Biographie Adolf Hitlers schon vor 1933 der Kern der Selbststilisierung, aus der Hitler seine „Berufung" zum „Führer" ableitete. Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band, München 213/2171936, S. 1–235.

77 Der Begriff nach Brooks, Thank You, Comrade Stalin, S. 83–105. Diese Kultur des Schenkens, mit der Einheit demonstriert und geschaffen werden sollte, kennzeichnete auch auf betrieblicher und lokaler Ebene die kommunistische Herrschaft. Vgl. am Beispiel der DDR-Betriebe: Sandrine Kott, Le communisme au quotidien les entreprises d'état dans la societé est-allemande, Paris 2001, S. 271–295;

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

1.4 Die Stalinfeiern 1949 in Polen

Am 20. Oktober 1949 beschloß das Politbüro der PZPR, Stalins Geburtstag in großem Stil zu feiern. Die Durchführung der Festivitäten delegierte die Parteiführung an das Orgbüro.[78] Ende Oktober druckte die Presse diesen Politbürobeschluß, in dem die Staatspartei auf die große Schuld verwies, in der Polen gegenüber Stalin stehe: Stalin habe Polen aus der Unterdrückung durch Zar und Kaiser und dann wieder vom Joch Hitlers befreit. Auf einer Sitzung des Orgbüros am 18. Oktober legte die PZPR die genauen Feiermodalitäten fest. Man beschloß, die Staatspartei zu mobilisieren und der gesamten Gesellschaft den „großen Beitrag" Stalins zur internationalen und polnischen Arbeiterbewegung zu erklären. Die Partei legte fest, daß in jeder Grundorganisation Referate über das Leben Stalins gehalten werden sollten und bestimmte den Druck von vier offiziellen Portraits. Einen besonderen Schwerpunkt aller Parteizellen bildete das „Massenstudium der Stalinbiographie".[79] Ausdrücklich legte die polnische Führung fest, daß es Ziel der gesamten Partei sei, die Arbeiterklasse mit dem „Leben und Kampf des großen Führers und Lehrers" vertraut zu machen. Sie verlautbarte, daß unter dem Vorsitz von Präsident Bierut ein Komitee zur Vorbereitung der Feiern zusammengetreten sei.[80] Wie weit die Annäherung an die sowjetische Inszenierungskultur fortgeschritten war, verdeutlichte wenige Tage später der dritte Kongreß der TPPR – der erste, der unter rhythmischem „Bie-rut – Sta-lin – Sta-lin – Bie-rut"-Rufen eröffnet wurde.[81] Der Stalin-Kult war Bestandteil der Freundschaftspropaganda geworden.

Im Vorfeld des 21. Dezember bemühte sich der Parteistaat, die Gesellschaft auf das Ereignis einzustimmen und eine breite Mobilisierung zu erreichen. Dazu gehörte insbesondere die ökonomische Mobilisierung im Rahmen der *Praca Stalinowska*, der Arbeit für Stalin.[82] Auch die TPPR sollte vom Elan der Kampagne profitieren und durch Masseneintritte zur „Organisation der ganzen Nation" werden. Nun müsse „allen arbeitenden Menschen" das Wissen über die Sowjetunion nähergebracht werden.[83] Die Sammlung und Vereinigung der

---

siehe auch Rainer Gries/Cordula Günther, „Jeden Tag ein neues Geschenk". Gedanken zum Geschenkgestus in der DDR, in: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag. Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin/München 1996, S. 241–253.

78 Protokoll der Sitzung Nr. 42 des Politbüros der PZPR, 20.10.1949, AAN, KC PZPR, VII/3, Bl. 11. Vgl. auch die Überblicke bei Kupiecki, Natchnienie milionów, S. 74–115; Main, National and Religious Holidays, S. 70–75.

79 Protokoll der Sitzung Nr. 3 des Organisationsbüros der PZPR, 18.10.1949, AAN, KC PZPR,VII/2, Bl. 11.

80 W hołdzie wielkiemu przyjacielowi Polski. Uchwała Biura Politycznego KC PZPR w sprawie 70-lecia urodzin Józefa Stalina, *Przyjaźń* 1949, Nr. 43, S. 3.

81 III Zjazd Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, *Przyjaźń* 1949, Nr. 46, S. 3. Die Planung des dritten Kongresses der TPPR geschah unter enger Anleitung des Politbüros der PZPR. Protokół Nr. 24 posiedzenia Biura Politycznego KC PZPR, 10.11.1949, in: Centrum władzy. Protokoły posiedzeń kierownictwa PZPR wybór z lat 1949–1970, Warschau 2000, S. 32–33.

82 Die Kampagne war Teil des parteistaatlichen Versuches, die sowjetische Stachanovarbeit in der polnischen Industrie als Methode zur Erhöhung der Disziplin und Steigerung der Produktion einzuführen. Vgl. Kenney, Rebuilding Poland, S. 272ff.; Jarosz, Polacy a stalinizm, S. 69f.

83 Idea wieczystej przyjaźni z narodami ZSRR fundamentem moralno-politycznej jedności Narodu Polskiego, *Przyjaźń* 1949, Nr. 47, S. 8–9.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

polnischen Nation sollte durch die Freundschaft zur Sowjetunion symbolisiert werden. Dazu wurde die Losung verkündet, nun müsse in jedem Dorf ein Zirkel der TPPR gegründet werden. Im Winter 1949 erreichte somit die Freundschaftspropaganda einen neuen Höhepunkt: Der Parteistaat schwelgte in der Vorstellung der totalen Erfassung, Umerziehung und Mobilisierung der Gesellschaft.[84] Rhetorisch verschmolz die Freundschaftspropaganda mit dem Körper der Nation: „Das ist eine Freundschaft, die uns ins Blut, in unsere Haut, in unsere Seelen und Herzen übergegangen ist …".[85] Die Anleihen bei religiöser Sprache und Metaphorik sind unverkennbar. Die „Freundschaft zur Sowjetunion" bedeutete nun mehr als nur einen Bestandteil des stalinisierten Nationalismus, sie wurde zu einem quasireligiösen Bekenntnis für loyale Staatsbürger erhoben.

In der Stalinkampagne wurde ein Bild vollständiger Mobilisierung der polnischen Gesellschaft gezeichnet. So hob die Presse zwar hervor, daß die Stachanovaktivisten, die *racjonalizatory*, sich besonders hohe Selbstverpflichtungen auferlegten. Doch der Tenor der Kampagne war der einer Mobilisierung aller Generationen, Schichten, Regionen im Zeichen Stalins.[86] Eine besondere Rolle kam der Berichterstattung über die Sowjetunion zu. Detailliert beschrieb die Presse, wie der Feiertag in der UdSSR vorbereitet wurde. Insbesondere die ökonomische Mobilisierung stellte man heraus. Der unbedingte Vorbildcharakter der sowjetischen Kampagne wurde hier deutlich.[87] Außerdem betonten die Zeitungen den universalen Charakter der Stalinfeiern. In gebührender Breite druckten sie Berichte aus Sofia, Schanghai, Paris, Tirana, Rom, Helsinki und aus vielen anderen Städten, die unterstrichen, daß es sich nicht nur um ein sowjetisches oder blockinternes, sondern um ein globales Ereignis handelte, an dem Polen an besonders prominenter Stelle teilhabe.[88] Nachdem das „allpolnische Komitee zur Feier des 70. Geburtstags von Josef Stalin" am 17. Dezember bekanntgegeben hatte, daß im Sächsischen Garten in Warschau der Grundstein für ein Denkmal der polnisch-sowjetischen Freundschaft gelegt, eine Delegation zu den Feiern nach Moskau entsandt und mehrere Betriebe den Namen des sowjetischen Führers erhalten würden, meldete *Wolność* am Tag darauf, Polen befinde sich im Zustand „nie da gewesenen Enthusiasmus' und Glücks".[89]

Intern bemühte sich die Staatspartei den ganzen Herbst um eine Steuerung und Koordinierung des „Enthusiasmus". Mit einem Rundschreiben an die Wojewodschaftskomitees der PZPR erhielten die lokalen Instanzen minutiöse Handlungsanweisungen. In ihnen wurde nochmals daran erinnert, daß die Vermittlung des „Lebens und Kampfes des Großen

84 W każdej gromadzie koło TPP-R – oto nasze najbliższe zadania, *Przyjaźń* 1949, Nr. 47, S. 13.

85 To jest przyjaźń, która weszła nam w krew, która weszła w naszej kości, weszła w nasze dusze i serce …", *Przyjaźń* 1949, Nr. 47, S. 15.

86 Vgl. bspw. Robotnicy – chłopi – młodzież – uczczeni przygotowują się do uczenia 70-lecia Józefa Stalina, *Przyjaźń* 1949, Nr. 48, S. 3; Przed 70-leciem urodzin Józefa Stalina, *Przyjaźń* 1949, Nr. 49, S. 3. Masy pracujące Polski przygotowują się do uczczenia 70 rocznicy urodzin wielkiego Stalina, *Wolność*, 3.12.1949.

87 Naród radziecki wita 70-lecie urodzin J. Stalin wspaniałymi sukcesami na polu pracy, *Wolność*, 8.12.1949; Naród radziecki przygotowuje się do uczenia 70-lecia Józefa Stalina nowymi osiągnięcami na polu pracy, *Wolność*, 11.12.1949.

88 70-lecie urodzin Józefa Stalina – świętem ludzi pracy całego świata, *Wolność*, 15.12.1949.

89 Na cześć 70-lecia urodzin J. Stalina, Niebywały entuzjazm i radość, *Wolność*, 18.12.1949.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Führers" an die „gesamte Gesellschaft" Ziel der Feiern sei. Dazu sollten zwischen dem 7. und 20. Dezember in ganz Polen Parteimitglieder zu Multiplikatoren ausbildet werden.[90] Der Jugendverband ZMP war angehalten, in eigenen Veranstaltungen Jugendliche und Analphabeten über das Leben Stalins aufzuklären. Die Wirtschaftsabteilung des ZK befahl den Betrieben, ihre „Verpflichtungen" nach Warschau zu melden. Zwischen dem 20. Dezember und dem 20. Januar sollten lokale Konferenzen über Stalins Beitrag zum Marxismus-Leninismus abgehalten werden. Für die Universitäten, Kunsthochschulen, Akademieinstitute und „Klubs der demokratischen Professoren" ordnete die Staatspartei Vorlesungen über den Einfluß Stalins auf die Wissenschaften und Künste an. Zwischen dem 15. und 20. Dezember sollten in den Behörden und Betrieben kleinere Feiern zu Stalins Geburtstag veranstaltet werden; das Jubiläum am 21. Dezember zu begehen, war ein Privileg der Wojewodschaftszentren und der Hauptstadt Warschau. Die TPPR sorgte für die Ausschmückung des öffentlichen Raumes. Ihr oblag die Aktualisierung der Wandzeitungen, der Aufbau von Fotoausstellungen und die Ausstellung der Stalin-Werke.[91] Aus der Sowjetunion trafen zur Unterstützung unter anderem 1.455 Stalinportraits und 9.000 Bücher über Stalin aus den Beständen der VOKS ein.[92]

Die Staatspartei beaufsichtigte die symbolische Kommunikation und die Ökonomie des Schenkens. Dankbarkeit war der Topos, mit dem die Praxis des Schenkens begründet wurde.[93] Ihre Mitglieder sollten „die Basisinitiative der Betriebe lenken" und den „Arbeitern, Bauern, Frauen, der Schuljugend und auch den Kindern" beim „massenhaften Absenden von Briefen mit Wünschen für den Gen. Stalin" und schließlich bei der „Vorbereitung" von Geschenken in den größeren Betrieben helfen. Briefe an Stalin sollten kollektiv verfaßt und vom „Präsidium" der jeweiligen Versammlung unterzeichnet werden. Schließlich ordnete das Rundschreiben an, daß am 21. Dezember die Parteibüros und öffentliche Gebäude mit Stalinportraits und Losungen und in den „polnischen und sowjetischen Farben" zu schmücken seien. In dieser Gestaltung des öffentlichen Raumes zeigte sich das Janusgesicht der Sowjetisierung: die widersprüchliche Kombination aus sowjetischen und nationalen Symbolen.[94]

In den Geburtstagsgrüßen an Stalin manifestierte sich, wie eng sich die Verfasser an die vom Parteistaat gesetzten diskursiven Grenzen hielten. Da der Lebenslauf Stalins im Zentrum der Kampagne stand, reproduzierten die Schreiben in kondensierter Form diese Erzählung. Ähnlich wie Schüler im Unterricht angehalten werden, Wissen zu reproduzieren, so taten es hier die Belegschaften ganzer Behörden oder Industriebetriebe. Diese Textgattung verdeutlicht den didaktischen Impetus der Stalin-Feiern. Es genügte nicht, zu gratulieren und Ehrerbietung auszudrücken: Die Bevölkerung sollte reproduzieren, was sie gelernt

90 Vom 16.–18.12.1949 brachte die Tageszeitung *Wolność* in einer kurzen Serie eine Stalinbiographie, die als Vorlage für Referenten dienen sollte.

91 Instrukcja w sprawie obchodu 70-lecia urodzin tow. Stalina, AAN, KC PZPR, 237/XXI–25, Bl. 70–73, hier Bl. 70–72.

92 Ze sprawozdania Sekretariatu CZ WOKS o współpracy z ZG TPPR w roku 1949, in: Polsko-radzieckie stosunki kulturalne, S. 624–630; Zahlenangaben S. 627.

93 Wyrazy głębokiej wdzięczności. Robotnicy podejmują zobowiązania dla uczenia 70 rocznicy urodzin wielkiego przyjaciela Polski – Józefa Stalina, *Wolność*, 4.12.1949.

94 A.a.O., Bl. 73.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

hatte.[95] Beim Transport der Geschenke aus allen Teilen Polens nach Warschau sollte der ZMP eine besondere Rolle spielen. Die Jugendorganisation wurde beauftragt, eine Motorradstafette zu organisieren, mit der alle Präsente zunächst in die Wojewodschaftszentren und von dort in die Hauptstadt transportiert werden sollten. Dies sollte ab dem 13. Dezember unter feierlicher Teilnahme der Bevölkerung geschehen. Bei der Verabschiedung der lokalen Motorradstaffeln hielten Funktionäre Referate über Stalins Leben und Schüler bildeten Spaliere für die Motorradfahrer.[96] Ob eine Motorradstaffel im Dezember eine glückliche Idee darstellt, sei hier dahingestellt. Vielleicht lag in der Kälte eine weitere Herausforderung für die Aktivisten. In jedem Fall verfolgte der Parteistaat das Ziel, die Jugend zu mobilisieren. Mit der Stafette konnten die geographischen Hierarchien der neuen Ordnung dargestellt werden: Aus der Peripherie bewegten sich die Geschenke in die Subzentren und von dort weiter in die Hauptstadt, die ihrerseits allerdings in der Ordnung der Großen Freundschaft nur die Rolle eines Subzentrums einnahm. Schließlich würden wenige auserwählte „Aktivisten" die Präsente mit einem Sonderzug in das Zentrum der kommunistischen Welt nach Moskau begleiten dürfen.[97]

Anläßlich der Stalin-Feiern veröffentlichte der Propagandastaat unterschiedliche Materialien. Dazu zählten Anleitungen für die Provinz, wie etwa Musterreferate oder Szenarien für Feierstunden. Im Parteiverlag erschien eine gekürzte Version der Biographie des sowjetischen Diktators, die man eigens übersetzt hatte.[98] Dieser vom ZK der KPdSU erstellte Text belegt, daß auch in der UdSSR die Stalinbiographie im Zentrum der Kampagne stand. Zur Gestaltung der Feiern erschien eine repräsentative Auswahl sowjetischer Stalinlyrik in polnischer Übersetzung.[99] Gleichzeitig hielt die PZPR polnische Lyriker dazu an, eigene Gedichte zu Ehren Stalins zu verfassen. Zu diesem Zweck veranstaltete das Kulturministerium einen Wettbewerb und lobte Preise zwischen 75.000 und 150.000 Złoty aus.[100] Tatsächlich erschien rechtzeitig eine Anthologie polnischer Stalinlyrik.[101] Die PZPR forderte außerdem den Lyriker Leon Pasternak auf, bis zum 25. November ein eingängiges „Massenlied" zu komponieren.[102] Der polnische Stalin-Kult beschränkte sich nicht auf die Übernahme sowjetischer Texte und Rituale. Die PZPR war vielmehr darauf bedacht, einerseits

95 Vgl. die Briefe an Stalin aus der ersten Dezemberhälfte in: AAN, KC PZPR, 237/VIII–190, Bl. 6–155. Im Januar 1950 wurde die Briefaktion intern als großer Erfolg bewertet: 70-lecie urodzin tow. Stalina. Biuletyn informacyjny referatu sprawozdawczego, Nr. 1, 17.1.1950, AAN, KC PZPR, 237/VII–113, Bl. 22–25. Insgesamt wurden vom Parteistaat 563.340 Briefe an Stalin gezählt. Notatka sprawozdawcza z akcji listów do tow. Stalina z okazji 70-lecia urodzin [ohne Datum, Anfang 1950], AAN, 237/VII–343, Bl. 38–39.

96 Vgl. die Planung des Sekretariats des ZMP: Instrukcja w sprawie organizowanie sztafety, celem uczczenia urodzin tow. Józefa Stalina, 5.12.1949, AAN, ZMP, 451/V–92, Bl. 75.

97 Notatka. Niektore dane z akcji obchodu 70-lecia urodzin tow. Stalina [ohne Datum, Dezember 1949] AAN, KC PZPR, 237/VII–343, Bl. 29–31.

98 Wielki Wódz i Nauczyciel Komunistycznej Partii i Narodu Radzieckiego. Na siedemdziesięciolecie urodzin J. W. Stalina, Warschau 1949.

99 Wierze o Stalinie. Wybór Poetów Radzieckich, Warschau 1949.

100 Regulamin na konkurs zamknięty z okazji „Dni Stalinowskich", AAN, KC PZPR, 237/XVIII–93, Bl. 2–3.

101 Vgl. Strofy o Stalinie.

102 PZPR, Komitet Łódzki, Telefonogram, 18.11.1949, AAN, KC PZPR, 237/XVIII–93, Bl. 51.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

den sowjetischen Kult einzuführen, ihn aber zugleich um eine eigene Komponente zu erweitern.

Für die Schulen existierten ebenfalls genaue Anweisungen. Das Bildungsministerium veröffentlichte eine Broschüre, die sowohl Referate für Schulkinder verschiedener Altersgruppen als auch Gestaltungshinweise enthielt.[103] Während sich durch das Referat für Kinder unter zwölf Jahren als Leitmotiv die Vertrauenswürdigkeit von Stalins Gesicht und seine „lächelnden Augen" ziehen, wurden ältere Schüler mit einer prosaischeren Darstellung von Stalins Werdegang konfrontiert.[104] Das Referat für Erwachsene unterschied sich unwesentlich; es war lediglich ausführlicher.[105] Die Anweisungen für die Festabende zeigten eine deutliche Nähe zur christlichen Liturgie. Sie bestanden aus einer Mischung von Referat, Gesang und Rezitativ. Nach einführenden Worten sollte der gemeinsame Gesang der *Internationale* folgen. Anschließend war vorgesehen, daß drei Sprecher Zitate Stalins zur polnischen Frage vortragen. Nach weiteren Liedern sollte ein Gedicht über die Befreiung Krakaus vorgetragen werden – das Thema Warschau hielt die Staatspartei offensichtlich für zu brisant. Schließlich sollte die uniformierte Jugend ein Versepos über die „Freundschaft der Völker" vortragen, das in das „Lied des Friedens" mündete. Nach einem Lied über Stalin und einem Majakowskigedicht sollte die Veranstaltung durch das gemeinsame Absingen der sowjetischen Nationalhymne in polnischer Sprache abgeschlossen werden.[106] Das Regime bediente sich Formen der Ehrerbietung, die von der mehrheitlich katholischen Bevölkerung für ein weltliches, atheistisches und fremdes Staatsoberhaupt nicht als angemessen angesehen werden konnten. Der Parteistaat erwartete die Teilnahme an diesen Feiern bis hin zum Absingen der Hymne eines Staates, der von vielen als Besatzungsmacht wahrgenommen wurde. Die Propaganda, wie sie sich in der Broschüre des Bildungsministeriums widerspiegelte, war nicht dazu geeignet, die Gerüchte über die bevorstehende Einverleibung Polens in die UdSSR verstummen zu lassen. Welche Reaktionen der Bevölkerung vermeldeten die Parteiberichte?

Der Tenor der Berichterstattung war positiv. Aus der Provinz wurde gemeldet, daß die Stimmung auf den Versammlungen gut sei. Vielerorts seien neue TPPR-Zirkel entstanden. Die *praca Stalinowska* zeitige gute Ergebnisse. Aus Kielce berichtete die Partei von guter Beteiligung an der Motorradstafette, die Stimmung sei gut [nastrój dobry], es habe allerdings bei den Feiern an Ausrufen und Applaus zu Ehren Stalins gemangelt. Viele Dörfer hätten die Fahrer enthusiastisch begrüßt. Eine hohe Mobilisierung der Jugend und Begeiste-

103 Ministerstwo Oświaty: Józef Stalin, Materiały do obchodów siedemdziesiątej rocznicy urodzin, Warschau 1949.

104 Pogadanka o Józefie Stalinie dla dzieci do lat 12, a.a.O., S. 9–16, Zitat S. 9, S. 16; Józef Stalin, Pogadanka dla młodzieży starszej, a.a.O., S. 17–26. Zu sowjetischen Führerkulten für Kinder vgl.: Catriona Kelly, Grandpa Lenin and Uncle Stalin: Soviet Leader Cults for Little Children, in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u. a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 102–122. Zum Versuch der PZPR, durch Propaganda früh das kindliche Weltbild zu prägen: Marta Brodala, Propaganda dla najmodłodszych w latach 1948–1956. Instrument stalinowskiego wychowania, in: Marcin Kula (Hg.), Przebudować człowieka. Komunistyczne wysiłki zmiany mentalności, Warschau 2001, S. 15–202.

105 O Józefie Stalinie, *Przegląd Wydarzeń* 1949, Nr. 16, S. 7–36.

106 Wieczornica ku czi Józefa Stalina w siedemdziesiątą rocznicę urodzin, in: Ministerstwo Oświaty: Józef Stalin, S. 27–39.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

rung meldeten auch die Wojewodschaften Danzig und Lublin.[107] Aus der Hauptstadt berichtete der Parteiapparat über eine Welle von „Selbstverpflichtungen". In vielen Betrieben seien die Pläne übererfüllt oder Produktionsrekorde gebrochen worden.[108] Allein in Łódź hätten bereits vor Stalins Geburtstag 426 Versammlungen mit 20.000 Teilnehmern stattgefunden, auf denen sich über 1.000 Genossen zu Wort gemeldet hätten, darunter 270 Frauen. Der Wert der Verpflichtungen in Łódź übersteige 1.000.000 Złoty. Schlesien meldete die Übererfüllung der Pläne in den volkswirtschaftlich wichtigen Gruben des Kohlereviers.[109]

Die Zeitungen bemühten sich, zur positiven Atmosphäre beizutragen. In den Tagen unmittelbar vor dem 21. Dezember konzentrierte sich die Presse auf die partizipatorischen Elemente der Kampagne. Berichte über die verschiedenen Geschenke, die Motorradstafette und den Sonderzug, der eine polnische Delegation nach Moskau transportieren würde, traten in den Vordergrund.[110] Schließlich verkündeten die Schlagzeilen des 21. Dezember das Offensichtliche: „Es lebe noch viele Jahre *unser* geliebter Stalin!"[111] Im Laufe des Herbstes 1949 war Stalin zum Übervater der polnischen Nation stilisiert worden; als *pater familias* des sozialistischen Lagers thronte er auch über Polen. Die offizielle Berichterstattung suggerierte, daß sich die Aneignung des Führerkultes durch die polnische Bevölkerung in einer Atmosphäre der Freude und Begeisterung vollzog.[112] Doch wie beurteilte die parteistaatliche Berichterstattung die Ergebnisse der Kampagne?

Die zusammenfassende Analyse der „Stalin-Tage" [dni Stalinowskie] berauscht sich an hohen Teilnehmerzahlen und der Ausstaffierung der Produktionsstätten. Aus Łódź meldete das lokale Wojewodschaftskomitee der PZPR:

> „Ungefähr 10.000 Stalin-Wachen [warta Stalinowska] wurden organisiert, an denen 25.000 Personen teilnahmen. Am Tag des 20. und 21. Dezember brachen 6.000 Arbeiter Produktionsrekorde.
>
> Die Fabrikgebäude und die Fabrikhallen waren dekoriert. Frauen brachten Blumentöpfe von zu Hause mit. An den Maschinen sah man Portraits des Gen. Stalin, rote Fahnen mit der Aufschrift ‚Warta Stalinowska'.
>
> Am 21. Dezember kamen die Arbeiter in Festtagskleidung zur Arbeit. Die Frauen trugen weiße Blusen mit roten Halstüchern."[113]

Ob die Kampagne tatsächlich diese Ergebnisse zeitigte, läßt sich aus den vorliegenden Quellen nicht erschließen. Viele Berichte bildeten wahrscheinlich eher die Ideale der Funk-

107 70-ta rocznica urodzin tow. Stalina, Meldunki z terenu, Nr. 254, 15.12.1949, AAN, KC PZPR, 237/VII–119, Bl. 262–268.

108 Zobowiązania w związku z 70-tą rocznicą urodzin tow. Stalina, Meldunki z terenu, Nr. 259, 21.12.1949, AAN, KC PZPR, 237/VII–119, Bl. 292–300.

109 Zobowiązania w związku z 70-tą rocznicą urodzin tow. Stalina, Meldunki z terenu, Nr. 260, 22.12.1949, AAN, KC PZPR, 237/VII–119, Bl. 301–305.

110 Vgl. bspw. Symbol czci i miłości. Pociąg z darami narodu Polskiego, *Wolność*, 19.12.1949.

111 Niech nam żyje długie lata nasz ukochany Stalin!, *Wolność*, 21. 12. 1949. [Meine Hervorhebung, JB]

112 Entuzjastyczną pracą naród Polski uczcił 70-lecie urodzin J. Stalina. Masowe manifestacje w całym kraju, *Wolność*, 22.12.1949; Cały naród Polski ucził 70 rocznicę urodzin Józefa Stalina, *Wolność*, 25.12.1949. Nach einigen Tagen berichte man auch über die Feiern in anderen Staaten: Narody świata uroczyście i radośnie obchodziły 70-lecie urodzin J. Stalina, *Wolność*, 25.12.1949.

113 70-lecie urodzin tow. Stalina. Biuletyn informacyjny referatu sprawozdawczego, Nr. 1, 17.1.1950, AAN, KC PZPR, 237/VII–113, Bl. 4–38, Zitat Bl. 5.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

tionäre und die Erwartungen der Parteispitze ab. Ihr Ideal einer gelungenen Kampagne bestand in der totalen Mobilisierung der Belegschaften und in der Ausschmückung der Arbeitsplätze. Sie wollten ein außeralltägliches Ereignis inszenieren, das der Arbeit und dem Aufbau einen neuen Sinn geben sollte. Die besondere Bedeutung des Tages wurde durch die Kombination aus festlicher Garderobe und Produktionsrekorden unterstrichen. Es handelte sich hier um eine Imitation von *kulturnost'*, Kultiviertheit, im sowjetischen Sinne. Ein anderer Betrieb, so der Bericht weiter, sei besonders stolz, da eine Arbeiterin für die Reise nach Moskau ausgewählt worden war und so die Fabrik „vor Stalin" vertreten werde.

Auch aus den Wojewodschaften Warschau, Posen und Schlesien liegen positive Berichte über die ökonomische Mobilisierung vor. Man betonte vielsagend, an diesem Tag habe es keinerlei Verspätungen gegeben. Die Wojewodschaften Rzeszów und Kielce meldeten eine hohe Anzahl parteiloser Normbrecher. Ein positives Bild zeichneten auch die Berichte vom Lande; dort wurde die Schaffung neuer Produktionsgenossenschaften gefeiert, von denen einige den Namen „21. Dezember" erhalten hätten. Bauern verpflichteten sich, Zirkel der TPPR zu organisieren oder Stalins Werke zu kaufen. Die Vereinigung der Bauernhilfe meldete eine breite Mobilisierung der Landbevölkerung durch die eigene Organisation.[114] Ausführlich wurde über die Beteiligung der Jugend berichtetet. Viele der Geschenke für Stalin seien Beispiele vorbildlicher Produktion. So fertigten die Kumpel des schlesischen Reviers Skulpturen aus Kohle, u.a. eine Büste von Karl Marx. Zahlreiche Geschenke bedienten den folkloristischen Zug der stalinistischen Leitkultur. Andere variierten sowjetische Themen: So fertigten Arbeiter in der Wojewodschaft Łódź einen Teppich nach einem Gemälde von Gerassimov. Mit Stolz hätten die Arbeiter die Nachricht aufgenommen, daß ihr Werk auf den Weg nach Moskau geschickt worden war.

Detailliert widmeten sich die Berichte der Ausschmückung des öffentlichen Raumes. Der Omnipräsenz von Losungen, Fahnen, Plakaten und Wandzeitungen maß der Parteistaat hohe Bedeutung zu. Die kommunistische Herrschaft sollte besonders am Festtag für jeden sichtbar werden und vom Erfolg des Regimes künden. Ein umfangreicher Statistikteil präsentierte die berauschenden Zahlen als Beleg für die umfassende Mobilisierung. Hier war von den Teilnehmerzahlen an Versammlungen bis zur Auflagenstärke der Stalinbroschüren alles zusammengefaßt.[115] Die resümierenden Bewertungen der Wojewodschaftskomitees waren strikt dem Erfolgsduktus und dem emotionalisierten Diskurs der Propaganda verpflichtet. Aus Schlesien hieß es, die „arbeitenden Massen begingen sehr feierlich den 70. Geburtstag des Großen Stalin", und die Wojewodschaft Breslau meldete: „Der 70. Geburtstag Stalins wurde in der gesamten Wojewodschaft in einem bisher nicht erlebten Enthusiasmus begangen. Es handelte sich um einen gewaltigen Beweis der Liebe und Verbundenheit der arbeitenden Massen aus Stadt und Land zum großen Führer des internationalen Proletariats." Und aus Posen hieß es:

> „Vor dem 21. Dezember und an diesem Tage selbst waren alle Städte, Institutionen, Verwaltungen und Büros mit Portraits des Genossen Stalin und den polnischen und

114 Sprawozdanie z obchodu 70-lecie urodzin Generalissimusa J. Stalina, AAN, ZSCh, 1758, Bl. 20–21.

115 70-lecie urodzin tow. Stalina. Biuletyn informacyjny referatu sprawozdawczego, Nr. 1, 17.1.1950, AAN, KC PZPR, 237/VII–113, Bl. 4–38, Bl. 31–38.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

sowjetischen Farben dekoriert. Posen war noch nie so geschmückt und erleuchtet wie am 21. Dezember.

Die Feierlichkeiten bewiesen, daß der Gen. Stalin unserer Gesellschaft nah und teuer ist [jest bliski i drogi naszemu społeczeństwu]. Der Name ‚Stalin' ist der angesehenste und verehrteste. Die Kraft dieser Gefühle wurde am besten in den konkreten Verpflichtungen, in der Sorge um die beste Gestaltung der Geschenke und in der Absendung der schmuckvollsten Briefe ausgedrückt."[116]

In seinen Schilderungen erlag der Apparat dem naiven Schein der Inszenierung. Der Zauber dieser kommunistischen Weihnacht betörte die Funktionäre selbst. Diese Bulletins bildeten den stalinistischen Kommunikationsmodus ab: Der Superlativ war stilprägend. Die Ökonomie des Schenkens, die Verpflichtung zur Dankbarkeit, die Fixierung auf das Zentrum Moskau prägten den Berichtsmodus. Der vom Parteistaat selbst erzeugte Erfolgsdruck schlug sich in der Berichterstattung nieder. In der internen Kommunikation schrieben Funktionäre die Erfolgsgeschichte aus den Medien fort. Obwohl es aufgrund der aus den Vorjahren gut dokumentierten antisowjetischen Grundstimmung unwahrscheinlich erscheint, daß ausgerechnet zu Stalins Geburtstag – wenige Wochen nach der Ernennung Rokossowskis zum Verteidigungsminister – die Stimmung zu Gunsten des radikalen Sowjetisierungskurses gekippt sein sollte, finden sich kaum Hinweise auf Opposition und Verweigerung.

Ferner zeugen die Berichte vom zunehmenden Differenzverlust. In der stalinisierten polnischen Gesellschaft verschwammen die Grenzen zwischen Innen und Außen. Dieser Entdifferenzierungsprozeß schritt sowohl in der externen als auch in der internen Darstellung gesellschaftlicher Wirklichkeit voran. Daß der polnische Parteistaat hier keine Ausnahme bildete, zeigt ein Brief des sowjetischen Botschafters vom Februar 1950 an Stalin. Dort berichtete der Diplomat über die Geburtstagskampagne und erklärte, die PZPR habe „angesichts der riesigen Welle wahrhaftigen Enthusiasmus der Arbeiter" zurückweichen müssen. Bierut habe ihm versichert, daß man vom Ausmaß der Begeisterung „von unten" überrascht worden sei. Sein Fazit der Feiern für Stalin: „Es stellt sich heraus, daß die arbeitenden Massen aktiver sind als ihre Führung, die die wahren Stimmungen der Nation nicht kennt."[117] Damit bediente der Botschafter gleich zwei Topoi: Die Vorstellung von den zögerlichen polnischen Kommunisten, die nicht offensiv genug „sowjetische Errungenschaften" ins Licht ihrer Öffentlichkeit stellten und die authentische Begeisterung für Stalin und die Sowjetunion unter den „arbeitenden Massen", die von einer entfremdeten Führung nicht wahrgenommen werde.

Anfang 1950 kehrte in die Berichte der PZPR der Alltag zurück. Am 17. Januar 1950 meldete die Wojewodschaft Breslau, daß in einer Schule starke „antisowjetische Stimmungen" beobachtet wurden. Dort seien Wandzeitungen der TPPR „zerrissen und zerstört" worden.[118] Die großen Feiern waren vorbei; nun mußte sich das Charisma Stalins unter unfreundlicheren Umständen bewähren.

116 A.a.O., Zitate Bl. 27, Bl. 29.

117 Pismo ambasadora ZSSR w Warszawie Wiktora Lebediewa do Józefa Stalina, 26.2.1950, in: Polska w dokumentach z archiwów rosyjskich, S. 70–77, Zitat S. 73.

118 Propaganda reakcyjna wśród młodzieży Dolnego Śląska. Meldunki z terenu Nr. 12/278, 17.1.1950, AAN, 237/VII–120, Bl. 57–73, Zitat Bl. 63.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

1.5 Von der SBZ zur DDR: Staatsgründung und Stalinkampagne

In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands erlebte der kommunistische Propagandastaat in der zweiten Jahreshälfte 1949 seine eigentliche Feuertaufe. Aufeinander folgten eine improvisierte Staatsgründung Anfang Oktober, der erste „Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft" und die Stalinkampagne im Dezember.[119] Die „Volkskongreßbewegung" hielt das auf Weisung Stalins verfolgte Thema der deutschen Einheit im Bewußtsein – auch wenn der Sowjetisierungskurs die Glaubwürdigkeit der nationalistischen Rhetorik permanent unterminierte. Ziel blieb es, die Westmächte als Spalter der deutschen Nation zu präsentieren und dieses negative Bild mit der Moskauer Deutschlandpolitik zu kontrastieren. Die nationale Agitation sollte nicht nur in der SBZ wirken. Sie war für eine gesamtdeutsche Öffentlichkeit bestimmt. Im Westen wollte die SED breite Schichten gegen die Bundesrepublik mobilisieren und die „antinationale" Politik der Westintegration verhindern. Um die Emotionen zu erreichen, verschärfte die SED nach der Verabschiedung des Grundgesetzes ihre Rhetorik und ließ den Volkskongreß den „nationalen Notstand" verkünden. Doch ihre Propagandapolitik blieb im Sommer 1949 widersprüchlich: Sie versuchte gleichzeitig, die absolute Vorbildfunktion der Sowjetunion zu etablieren und mit radikalen Tönen für die nationale Einheit einzutreten. Sie folgte der doppelgleisigen sowjetischen Politik, die zwar beständig an die Nation appellierte, deren faktische Weichenstellungen jedoch auf die Integration in das kommunistische Lager hinausliefen.[120] Im Laufe des Herbstes zeigte sich, daß es die Persona Stalins war, mit deren Hilfe die SED versuchte, eine Verbindung zwischen der sowjetischen und der nationalen Argumentation zu konstruieren. Im sowjetischen Kern und der nationalen Aufladung liegt ein Schlüssel zum Verständnis des deutschen Stalin-Kultes.

Im September 1949 verhandelte die SED-Führung mit Stalin in Moskau über die Modalitäten der Staatsgründung. Dabei sprachen die deutschen Besucher auch Probleme wie die sowjetischen Speziallager oder die Kriegsgefangenenfrage an, die das sowjetische Ansehen belasteten. Der eigenen Schwäche bewußt, empfahl Pieck in Moskau, daß in der gegenwärtigen Situation von Wahlen – turnusgemäß hätten die Landtage neu gewählt werden müssen, seit 1948 wurden die Kommunalwahlen aufgeschoben – abzusehen sei. Offenbar hoffte die SED, durch eine Staatsgründung mit propagandistischer Begleitmusik an Popularität zu gewinnen.

Die Konstituierung der Deutschen Demokratischen Republik vollzog sich zwischen dem 7. und dem 12. Oktober. Bereits in seiner ersten Rede als Ministerpräsident erklärte Otto Grotewohl, die Grundlage seiner Außenpolitik sei die „Freundschaft mit der Sowjetunion,

119 Zur widersprüchlichen Politik und Rhetorik der SED 1949 vgl. Malycha, Die SED, S. 341–345; Dietrich Staritz, Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungszone zum sozialistischen Staat, München [3]1996, S. 162–201; aus ideologiegeschichtlicher Sicht: Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft, S. 101–115; und, die „asymmetrische Verschränkung" zwischen Ost- und Westdeutschland betonend, Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 177–222.

120 Vgl. Gunter Holzweißig, SED-Agitation im Widerspruch zwischen Einheitspropaganda und „sozialistischer Landesverteidigung", in: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin/München 1996, S. 412–419.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

den Volksdemokratien und allen anderen friedliebenden Völkern". Diese Weichenstellung werde der neuen Regierung „die Kraft zur Erfüllung der großen nationalen Aufgabe" geben.[121] Am 10. Oktober wurde die SMAD in eine Sowjetische Kontrollkommission (SKK) umgewandelt.[122] Den propagandistischen Höhepunkt bildete ein Fackelzug der Freien Deutschen Jugend (FDJ) im Anschluß an die Wahl Wilhelm Piecks am Abend des 11. Oktober. Der FDJ-Vorsitzende Erich Honecker gelobte dabei im Namen der Jugend dem neuen Staat die „Treue".[123] Während das Gros der Bevölkerung die Staatsgründung distanziert aufnahm und in der deutschen Öffentlichkeit zunächst der Eindruck des provisorischen Charakters beider Staaten dominierte, war es eben die propagandistische Inszenierung der DDR-Gründung, die dem Herausgeber von *Ost und West*, dem kommunistischen Intellektuellen Alfred Kantorowicz, sauer aufstieß.[124] Er unterstützte sie zwar, verurteilte jedoch das totalitäre Theater, das die Antwort auf Bonn begleitete. In seinem Tagebuch notierte Kantorowicz über das Spektakel: „Jedenfalls werden wir nun haste-was-kannste auch eine Regierung bilden. Einverstanden. [...] Aber wie so etwas bei uns in Szene gesetzt wird! Plötzlich ertönt die ‚Stimme der Massen'. Die ‚Massen' sind abgerichtete Funktionäre. Das Niveau ist nicht zu unterbieten." Auch sah Kantorowicz Parallelen zur Propaganda der Nationalsozialisten: „Es erinnert grausigerweise bis in schäbige Einzelheiten hinein an die Nazitechnik. Nur machten es die Nazis besser, wirksamer; sie brachten mit ihrem Gejaul tatsächlich die Massen hinter sich. Wir sind darin bloß Epigonen, saft- und kraftloser Abklatsch eines Vorbildes, das unser Vorbild nie und nimmer sein dürfte [...]."[125]

Drei Tage später erkannte Kantorowicz verbittert, die neue Regierung sei wie „Mars aus dem Haupte des Zeus zur Welt gekommen. [...] Die Erheiterung ist mäßig."[126] Auch Victor Klemperer zeigte sich wenig begeistert und erklärte bereits am 4. Oktober, daß es sich hier um „eine Fiktion" handele: „aber sie bedeutet Tat [...] – Sprachlich und politisch ist hier ein Einschnitt, ein Neues." Die Inszenierung vermochte den Dresdner Philologen freilich nicht zu überzeugen: „Die Mittel der Propaganda sind natürlich bekannt: seit gestern hagelt es ‚Entschließungen' der Betriebe, Organisationen etc., die ‚einstimmig' den Volksrat auffordern, das Nötige zu tun."[127] Hier manifestiert sich die Ernüchterung bei zwei SED-Mitgliedern. Als Intellektuelle lehnten sie die Orientierung an der politischen Kultur der Sowjetunion ab. Die wichtigste Stellungnahme zur Staatsgründung kam jedoch von Stalin selbst, dessen Telegramm an die neue Regierung am 14. Oktober im *Neuen Deutschland* erschien. Dort erklärte er:

---

121 *Neues Deutschland*, 13.10.1949.

122 Zur SKK vgl. Elke Scherstjanoi, Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953. Eine Dokumentation, München 1998.

123 Vgl. die Planungen des Sekretariats der FDJ: Pläne Gründung der DDR/Gelöbnis der Jugend, Protokoll Nr. 24 der Sitzung des Sekretariats der FDJ, 6.10.1949, SAPMO-BArch DY 24–2391, unpag.

124 Zur Stimmung im Umfeld der Staatsgründung vgl. Siegfried Suckut, Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung. Konzeptionelle Differenzen, Legitimations- und Akzeptanzprobleme, in: DA 25 (1992), S. 370–384. Mit der Gründung der DDR begann die Verankerung einer neuen Herrschaftssymbolik im öffentlichen Raum. Vgl. Maoz Azaryahu, Vom Wilhelmplatz zum Thälmannplatz. Politische Symbole im öffentlichen Leben der DDR, Tel Aviv 1988.

125 Eintrag vom 4.10.1949, in: Kantorowicz, Deutsches Tagebuch, Erster Teil, S. 646–647.

126 Eintrag vom 10.10.1949, a.a.O., S. 647–648.

127 Eintrag vom 4.10.1949, in: Klemperer, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, Band 1, S. 689–690, Zitat S. 689.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

„Die Gründung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende setzt und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.

Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Krieg die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten. [...]"[128]

Diese Äußerung Stalins verdient aus zweierlei Gründen Aufmerksamkeit: Wegen ihres erstaunlichen Inhaltes und wegen des alsbald verliehenen Status eines kanonischen Textes. Durch Stalins Telegramm versuchte die Propaganda, die DDR-Gründung aufzuwerten. Er verband die Staatsgründung mit einem Friedensversprechen, einer der zentralen sowjetischen Propagandabotschaften. Der zweite Teil des Telegramms enthielt seine entscheidende Aussage: Es handelte sich um das Angebot, die Deutschen in die *Große Freundschaft der Völker* zu integrieren. Um der Integration Nachdruck zu verleihen, ging Stalin soweit, die deutschen Kriegsanstrengungen indirekt zu loben und auf eine Stufe mit den militärischen Leistungen der Sowjetunion zu stellen. Da von Verantwortung oder gar von Schuld keine Rede mehr war, liest sich der Text als Absolution – wenn die Deutschen sich zum neuen Staat bekennen und fortan an der Seite der Sowjetunion stehen würden. Auch wenn diese Entlassung der Deutschen aus ihrer Schuld, die Exkulpierung der großen und kleinen Nazis und die Übertragung der Verantwortung für Weltkrieg und Teilung auf die Westmächte vollständig konstruiert war, so zeigt sich hier dennoch, daß die SED bereit war, die nationalrevolutionäre Rhetorik aus dem Frühjahr und Sommer 1949 weiter zu radikalisieren.[129]

Stalins Telegramm war ein Schlüsseltext dieser Strategie. Im März 1950 veröffentlichte DSF-Präsident Jürgen Kuczynski, der in seinen Propagandatexten den charakteristischen Duktus Stalins mit seinen einfachen Leitsätzen imitierte, eine eingehende Exegese des Stalintelegramms.[130] In seiner Interpretation lobte er „die Einfachheit seiner Worte und

128 Telegramm des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, J. W. Stalin, *Neues Deutschland*, 14.10.1949. Vgl. auch erläuternd: Das deutsche und das sowjetische Volk die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung. Stalins historisches Telegramm, *Friedenspost* 1949, Nr. 4, S. 3.

129 Zur neuen Qualität der „chauvinistischen Rhetorik" der SED im Sommer 1949 vgl. auch Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft, S. 109f., die allerdings den Führerkult um Stalin aus ihrer Analyse ausklammert.

130 Jürgen Kuczynski drückte auch intern die Meinung aus, mit dem Telegramm Stalins habe die Entwicklung der Freundschaftspropaganda eine neue Phase erreicht. Er sprach von der zukünftigen Arbeit mit „ganz anderem Material" und wertete die Ereignisse als „historischen Wendepunkt". Gesamtvorstandssitzung der DSF, 18.10.1949, SAPMO-BArch DY 32–10016, unpag. Vgl. im Stalinschen Duk-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Darstellung, die es jedem möglich macht, Stalins Ausführungen zu folgen und in Stalin seinen Lehrer zu sehen." Für den Historiker Kuczynski hatten diese Worte ihre Richtigkeit; der „Lehrer" Stalin hatte stilbildend gewirkt. Er mahnte seine Mitbürger, das Studium nicht zu vernachlässigen: „Aber noch viel zu wenige lesen Stalins Äußerungen zum zweiten, dritten und zum vierten Male." Schließlich gelte es „auch die einfachsten und kürzesten Äußerungen Stalins ganz gründlich zu studieren [...]." Es folgt eine akribische Satz-für-Satz-Auslegung des Telegramms („Was steht nicht alles in diesen zwei Sätzen!"), in der Kuczynski die Verpflichtungen herausarbeitete, die sich für das deutsche Volk ergeben. In die Zukunft blickend erklärte er, daß sich „zum ersten Mal unser Volk in seiner neueren Geschichte auf einen glorreichen Weg, den glorreichsten, den schönsten Weg, den es je gegangen ist", begeben wird.[131]

Jürgen Kuczynski stand mit seinem Enthusiasmus nicht allein. Alexander Abusch bezeichnete das Telegramm in religiösem Duktus als die „große Botschaft" und betonte, jedes Wort des „bewährtesten Freundes [...] wiegt schwer, weil es bis in die letzte Nuance durchdacht ist, weil es für alle Völker bestimmt ist." Abusch betrieb die sofortige Kanonisierung der Stalinschen Äußerungen. Er wollte zeigen, daß sich in der Persona Stalins der Widerspruch zwischen nationalen Interessen und enger Bindung an die Sowjetunion auflöse: „Durch diese Zusammenarbeit wird das deutsche Volk befreit [...] gerettet aus der Unterjochung durch Marshallisierung und Kolonisierung. Die Zusammenarbeit ist ureigenstes deutsches Interesse." Die Annäherung an die Sowjetunion wurde nun wie in Polen in Metaphern der Verwandtschaft ausgedrückt: „In der brüderlichen Verbindung mit der fortschrittlichen Kultur dieser Völker [der Völker der UdSSR, JB] wird auch die nationale Kultur Deutschlands in demokratischem Geiste verteidigt, geschützt und weiterentwickelt." Schließlich betonte Abusch, daß Deutschland in Stalins Schuld stehe, denn seine Botschaft sei „an das ganze deutsche Volk gerichtet. Sie legt ihm die höchste Verpflichtung auf, durch die Anspannung all seiner Kräfte für den Frieden [...] zu beweisen, daß es den neuen Weg wirklich beschritten hat." Mit diesen Worten, so schloß Abusch, setze sich Stalin, „der Siebzigjährige, der große sozialistische Humanist in den Herzen und Hirnen aller Deutschen guten Willens ein Denkmal, dauerhafter über die Zeiten als aus Stein und Erz."[132] Nach Alexander Abuschs prophetischen Worten dauerte es nicht mehr lange, bis tatsächlich ein Denkmal Stalins in der deutschen Hauptstadt errichtet wurde. Damit das Telegramm präsent blieb, erging die Weisung, daß es fortan die Lokale der Freundschaftsgesellschaft schmücken sollte.[133]

---

tus Jürgen Kuczynski, Über den Leninismus, *Die Neue Gesellschaft* 1949, Nr. 1, S. 1, und ausführlicher ders., Stalin als Historiker, *Die Neue Gesellschaft* 1950, Nr. 5, S. 322–330.

131 Jürgen Kuczynski, Wendepunkt in der Geschichte Europas, *Die Neue Gesellschaft* 1950, Nr. 3, S. 161–166, Zitate S. 161, S. 162, S. 166.

132 Abusch, Stalin und die Schicksalsfragen, S. 157–159 [Meine Hervorhebung, JB]. Vgl. die quasisakrale Überhöhung des Stalin-Telegramms variierend: Jürgen Kuczynski, Die froheste Botschaft, *Friedenspost*, 1949, Nr. 4, S. 3, und im November 1950 Friedrich Ebert, Stalin: Lehrer der Werktätigen. Führer im Friedenskampf, *Die Neue Gesellschaft* 1950, Nr. 11, S. 882–886.

133 „In allen Clubhäusern der Gesellschaft soll das Stalin-Telegramm als das bedeutendste politische Dokument unserer Zeit in einer guten künstlerischen und pädagogischen Ausfertigung an sichtbarer Stelle angebracht werden." Beschluß-Protokoll der Sitzung des erweiterten Sekretariats der DSF, 21.12.1949, SAPMO-BArch DY 32–10016, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Daß Alexander Abusch mit seiner Verknüpfung von Stalin-Kult und Nationalismus in der SED-Spitze nicht allein stand, zeigt ein Aufsatz von Otto Grotewohl, der ähnlich argumentierte.[134] Der ehemalige Sozialdemokrat Grotewohl stimmte mit seiner Behauptung, die „herrschenden Kreise Amerikas und Englands" betrieben die „völlige Ausschaltung Deutschlands als weltpolitischen Faktor", in das nationale Klagelied ein.[135] Bei Grotewohl bekam die nationale Argumentation zusätzlich einen antisemitischen Unterton, wenn er ausführte, diese „herrschenden Kreise" hätten sich „auf der Grundlage des Morgenthauplans, der die Aufteilung Deutschlands in mehrere selbständige Staaten und die Vernichtung der Leistungskraft der deutschen Industrie herbeiführen sollte", verständigt.[136] Während Abusch sich argumentativ aus dem Reservoir der deutschen Rechten bediente, stand Grotewohl mit dieser Behauptung in einer Linie mit der nationalsozialistischen Propaganda, die seit 1944 die Fortführung des Krieges unter anderem mit diesem „Plan zur Versklavung Deutschlands" begründet hatte. Charakteristisch für Grotewohls Lamento war die diskursive Verbindung der antiwestlichen Rhetorik vom nationalen Notstand mit der Verpflichtung zur Dankbarkeit. Wegen der sowjetischen Außenpolitik sei „das ganze deutsche Volk dem großen Führer der Sozialistischen Sowjetunion [...] für immer zu Dank verpflichtet." Grotewohl forderte die Deutschen auf, in „unserem Kampf an das Beispiel, das Stalin gab", zu denken.[137] Während sich die Repräsentanten der SED aufgrund ihrer nationalrevolutionären Rhetorik in die Tradition der radikalen Rechten stellten, beschuldigten sie ihre politischen Gegner, Faschisten zu sein.[138] Die Texte von Abusch, Grotewohl und Kuczynski sind Beispiele für die diskursive Etablierung des ostdeutschen Stalin-Kultes zur Jahreswende 1949/ 1950. In der Verbindung von Stalin-Kult und nationalrevolutionärer Rhetorik eröffneten sie eine neue Spielart kommunistischer Propaganda. Mit der Zeichnung eines westlichen Feindbildes wiesen sie in das Jahr 1939 zurück, in die Zeit zwischen dem Hitler-Stalin-Pakt und dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion. Wiederum lag der gemeinsame Gegner Deutschlands und der UdSSR im „imperialistischen Westen."

Der von Ministerpräsident Grotewohl unterzeichnete Aufruf zu den Stalinfeiern beschwor die Bevölkerung, „ein großes, mächtiges und friedliches Deutschland zu erbauen."[139] Wie in Polen so erschienen in der DDR 1949 Veröffentlichungen, die in den folgenden Jahren den Kernbestand der Staliniana bildeten, auf die man bei Jahrestagen, Feiern und Festen

134 Vgl. zu Grotewohl unkritisch: Markus Jodl, Amboß oder Hammer? Otto Grotewohl. Eine politische Biographie, Berlin 1997.

135 Otto Grotewohl, Stalin – Freund und Helfer des deutschen Volkes. 21 Dezember 1949, in: ders., Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1945–1953, Band 1, Berlin (Ost) 1954, S. 556–561, Zitate S. 557.

136 Zum Morgenthauplan vgl.: Bernd Greiner, Morgenthau-Plan, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzungsherrschaft 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 358–360. Vgl. zum Antisemitismus des offiziellen Diskurses in der DDR auch Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft, S. 111f., S. 114f.

137 Grotewohl, Stalin – Freund und Helfer, S. 556, S. 561.

138 Vgl. bspw. Lex Ende, Trumans Barbarossaplan, *Friedenspost* 1949, Nr. 1, S. 11; Hitler war der Mann der Westmächte, *Friedenspost* 1949, Nr. 1, S. 11.

139 Freundschaft für immer mit Stalin. Aufruf der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1949, S. 7.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

zurückgreifen konnte. An erster Stelle ist eine Festschrift zu nennen, in der sich die Parteispitze in den Stalin-Kult einschrieb.[140] Während Wilhelm Pieck die Bedeutung Stalins für die deutsche Arbeiterbewegung erläuterte, schrieb Otto Grotewohl über „den Friedenskämpfer", Walter Ulbricht über „den Theoretiker", Anton Ackermann über „den Internationalisten", Heinrich Rau über „den Ökonomen".[141] Friedrich Ebert stimmte in den Lobgesang ein, indem er Stalins Rolle als Erfinder der *Großen Freundschaft* lobte, und Paul Merker pries Stalins Lösung der „Bauernfrage".[142] So wurden verschiedene Aspekte der Persona Stalins vor dem deutschen Publikum ausgebreitet. Die Festschrift diente nicht nur der symbolischen Würdigung des sowjetischen Überfreundes Stalin, sondern sollte die Kernaussagen des Führerkultes verbreiten. Im selben Herbst erschien außerdem eine von Viktor Stern verfaßte Monographie, die dem Philosophen Stalin huldigte.[143] Schließlich brachte die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft im Dezember ein Sonderheft der *Neuen Gesellschaft* heraus, in dem ihr Funktionär Harald Hauser in der bald kanonischen Diktion „Deutschlands bestem Freund" dankte, viel sowjetisches Kultmaterial abgedruckt wurde und der Nationalbolschewist Ernst Niekisch Stalins „Grundlagen des Leninismus" interpretierte.[144]

Alfred Kantorowicz als Herausgeber des im intellektuellen Kalten Krieg vermittelnden Journals *Ost und West* wurde verpflichtet, sich in den Kreis der Gratulanten einzureihen. Da mit der DDR-Gründung die Protektion der SMAD für seine Zeitschrift endete, hatte die SED beschlossen, *Ost und West* einzustellen. Wie sich im Herbst in der Publizistik die Prioritäten verschoben hatten und welche Kapriolen die Propagandasprache schlug, beschrieb er anschaulich: „An erster Stelle ist des 70. Geburtstags Stalins zu gedenken. Materialien aus den Parteibüros und dem Kulturbund überschwemmen schon jetzt, drei Wochen vor dem Ereignis, alle Schreibtische. Zahlreiche Festartikel sind uns angeboten worden. Sie sind unbrauchbar in ihrer Überschwenglichkeit und mit den Epitheta, die übrigens die beabsichtigte Lobpreisung nur schmälern, die Wert-Währung des Gepriesenen herabsetzen. Man redet nicht vom ‚genialen' Goethe, dem ‚erhabenen' Marx, dem ‚großen' Beethoven, dem ‚universalen' Michelangelo. Der Name genügt. Aber mache das einer den Höflingen und Postenjägern klar. Sie überschreien einander; ihre Sprache ist außer Rand und Band,

140 Unserem Freund und Lehrer J. W. Stalin zum Siebzigsten Geburtstag, Berlin (Ost) 1949.

141 Wilhelm Pieck, Stalin und die deutsche Arbeiterbewegung, in: Unserem Freund und Lehrer J. W. Stalin zum Siebzigsten Geburtstag, Berlin (Ost) 1949, S. 5–32; Otto Grotewohl, Stalin, der siegreiche Kämpfer für den Frieden, a.a.O., S. 33–64; Walter Ulbricht, Stalin – Theoretiker des Sozialismus, a.a.O., S. 65–92; Anton Ackermann, Stalin, der Führer des Weltproletariats, a.a.O., S. 93–146; Heinrich Rau, Stalin – Meister der sozialistischen Planung, a.a.O., S. 147–194.

142 Friedrich Ebert, Stalin und die nationale Frage, a.a.O., S. 221–249; Paul Merker, Stalin und die Bauernfrage, a.a.O., S. 251–270.

143 Viktor Stern, Stalin als Philosoph, Berlin (Ost) 1949.

144 Harald Hauser, Deutschlands bester Freund, *Die Neue Gesellschaft* 1949, Stalin Sonderheft, S. 881–886; Ernst Niekisch, Revolutionärer Realismus. Anmerkungen zu Stalins Schrift „Über die Grundlagen des Leninismus", a.a.O., S. 907–926. Die Stalin-Sonderausgaben der *Neuen Gesellschaft* und der *Friedenspost* lobte die VOKS besonders. Brief von Ludomirskij (VOKS) an Harald Hauser (DSF), 18.2.1950, GA RF f. 5283, op. 16, d. 162, Bl. 58.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

sie kreischt nur noch, jappelt und jault und überschlägt sich."[145] Alfred Kantorowicz beschloß, sich aus der Affäre zu ziehen, indem er selbst einen Stalinartikel für Ost und West verfaßte.

> Ende November 1949 notierte Victor Klemperer seine Gefühle anläßlich der Stalinkampagne. Er bekannte seine Sympathien für eine Studentin, die der Meinung war, der Stalin-Kult fordere nur weitere Opposition heraus. Das ständige Beklatschen Stalins sei eine Provokation. Klemperer selbst sah, ähnlich wie Kantorowicz, die Parallele zum Hitler-Kult. Er notierte: „Ganz ähnlich erging es ja auch mir selber bei der Oktoberfeier neulich. Veliki Stalin kommt manchmal dem Heil Heil Hitler in der Form allzunahe."[146] Inwieweit die Zweifel und die Kritik von Kantorowicz und Klemperer von anderen Intellektuellen oder von der Bevölkerung geteilt wurden, muß hier offen bleiben. Trotzdem sind die Äußerungen von Kantorowicz und Klemperer aufschlußreich, weil beide trotz unterschiedlicher Vita und Position ähnlich urteilten. Zugleich entzogen sich die deutschen Intellektuellen keineswegs dem Stalin-Kult. Viele Prominente stimmten in die „großen Gesänge" auf den neuen Führer ein. Zumindest die öffentlichen Äußerungen der kommunistischen Intelligenz waren affirmativ.

Die Schriftsteller durften in den Chorälen der Huldigung nicht fehlen.[147] Kurt Barthel (Kuba) schrieb eine 15-seitige Stalinkantate und Stephan Hermlin ein siebenseitiges Poem mit dem schlichten Namen „Stalin".[148] Anna Seghers verfaßte einen Stalin gewidmeten Band mit Kurzgeschichten, in denen gläubige Kommunisten dem sowjetischen Führer auch dann die Treue hielten, wenn sie seine Entscheidungen nicht verstanden – wie etwa 1939 beim Pakt mit dem nationalsozialistischen Deutschland.[149] Wie in Polen wurden auch in der DDR Anthologien von Stalinlyrik veröffentlicht. So erschien sowjetische Kultlyrik in deutscher Übersetzung aus der Feder des kommunistischen Dichters Erich Weinert.[150] Wohl um die Distanz zum omnipräsenten, aber unerreichbaren Führer zu verringern, entstand ein Band unter dem Titel *Begegnungen mit Stalin*, der neben Lyrik auch Schilderungen von Kremlaudienzen enthielt.[151] Damit war auch in Deutschland ein Kanon für die Feiern veröffentlicht. Der Parteistaat hatte die Intellektuellen gerufen, und zu großen Teilen hatten sie

145 Eintrag vom 30.11.1949, in: Kantorowicz, Deutsches Tagebuch, Band 1, S. 664–665, Zitat S. 664.

146 Eintrag vom 23.–27.11.1949, in: Klemperer, So sitze sich denn zwischen allen Stühlen, S. 702–705, Zitat S. 702. Bereits anläßlich der Feiern zum Jahrestag der Revolution hatte sich Klemperer über die russische Variante des Führerkultes in seinem Tagebuch geäußert. Während der Rede eines Besatzungsoffiziers störte er sich daran, daß man nun zur Ehre Stalins aufstehen und klatschen mußte: „Und immer wieder Stalin. Dreimal bei besonders feierlicher Nennung seines Namens stand alles auf u. die Musik spielte. *Primitive Vergottung weit über den Hitlerismus hinaus!!* Dies u. die Primitivität mein entscheidender Eindruck. Primitiv ist das viele u. lange Klatschen, *der Redner selber klatscht mit.*" Eintrag vom 6.11.1949, a.a.O., S. 696–699, Zitat S. 699.

147 Vgl. als Überblick: Koenen, Die großen Gesänge, S. 214–226.

148 Stephan Hermlin, Stalin, *Aufbau* 1949, Nr. 12, S. 1063–1069.

149 Anna Seghers, Die Linie. Joseph Wissarionowitsch Stalin zum 70. Geburtstag, Berlin (Ost) 1950.

150 Erich Weinert, Lieder um Stalin. Nachdichtungen aus den Dichtungen der Völker der Sowjetunion, Potsdam 1949.

151 Begegnungen mit Stalin, Berlin (Ost) 1949.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

sich in den Führerkult eingeschrieben. Gleichwohl bleibt der Befund des Historikers zwiespältig: Diejenigen, die wie Kantorowicz und Klemperer Tagebücher hinterließen, bekundeten dort ihr Unbehagen. Doch öffentlich standen auch sie hinter der großen Lobpreisungswelle, die im Dezember 1949 über die junge Republik rollte.

Intern liefen die Vorbereitungen für die Stalinkampagne bereits seit dem Sommer. Ende Juni 1949 beschloß das Kleine Sekretariat beim Parteivorstand die Gründung einer „Kommission zur Vorbereitung des 70. Geburtstags des Genossen Stalin", der Fred Oelßner, Anton Ackermann, Joseph Winternitz und Kurt Hager angehörten.[152] Oelßner, der zu diesem Zeitpunkt für Agitprop verantwortlich war, wurde von November an auch der Kontaktmann zwischen dem ZK und der DSF.[153] Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft legte im September fest: „In Verbindung mit der Werbearbeit in den Betrieben und dem Monat November, als Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft, wird der Dezember im Zeichen [von] Stalins Geburtstag stehen. Den Höhepunkt der Veranstaltungen im Dezember werden die Feierlichkeiten am 21. Dezember selbst bilden."[154]

Die SED erließ detaillierte Anweisungen, in denen den Massenorganisationen ihr Einsatz im Konzert der Feierlichkeiten zugewiesen wurde. Der FDGB sollte Stachanovmethoden propagieren, wobei auf die Verbindung der Stoßarbeit zu Stalin verwiesen wurde.[155] Außerdem beauftragte die Staatspartei die Gewerkschaften, der DSF beim Aufbau von Betriebsgruppen und bei der Mitgliederwerbung zu assistieren.[156] Bei dieser Kooperation sollte die DSF vom höheren Organisationsgrad des FDGB profitieren und mit seiner Unterstützung in den Betrieben stärker Fuß fassen. Die DSF sollte möglichst viele neue Betriebsgruppen gründen. Für die SED stellte Stalins Geburtstag einen Stichtag dar, auf den sie das Umerziehungs- und Feierprogramm ausrichtete. Ziel war es, im Herbst 1949 permanent die Menschen zu mobilisieren, um im Sog nationaler Begeisterung, den Sowjetuniondiskurs und den Stalin-Kult zu vermitteln. Ferner sollte die Freundschaftsgesellschaft in großen Betrieben fest etabliert werden. Die Einführung des Stalin-Kultes in der DDR sollte eben nicht nur ein diskursives Phänomen sein. Mit zahlreichen Feiern und Veranstaltungen, der ökonomischen Mobilisierung und der Verpflichtung zu schenken wollte der Propagandastaat die Bevölkerung erreichen.

Für den Herbst war geplant, „Vortragsabende über die Bedeutung Stalins im Kampf um einen gerechten Frieden, die Einheit Deutschlands" durchzuführen. Stalinbilder gewannen in parteistaatlichen Einrichtungen, in den Betrieben und im öffentlichen Raum an Prominenz. Dies bedeutete „die Aufstellung von Stalin-Büsten in allen Häusern der Gesellschaft sowie die Überreichung solcher Büsten für die Clubräume der größeren Betriebe", „die Herausgabe eines Stalinportraits in einer Auflage von 10.000 Exemplaren" und „die Vor-

152 Protokoll Nr. 35 der Sitzung des (Kleinen) Sekretariats der SED, 24.6.1949, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/3/35, Nr. 17, unpag.

153 Vgl. den Brief von DSF-Generalsekretär Hans Mark an das SED-Sekretariatsmitglied Fred Oelßner vom 14. November 1949, SAPMO-BArch DY 32–10126, in dem Mark selbstkritisch über den Zustand der DSF berichtet.

154 Protokoll über die zentrale Arbeitstagung am 19.9.1949, vorm. 10 Uhr im Haus der Kultur, ZK der SED, Abt. Kultur, SAPMO-BArch DY 30 IV 2/906/48, Bl. 5.

155 Vgl. Karl Fugger, Was lehrt Stalin die deutschen Aktivisten, Berlin (Ost) 1949.

156 Schaffung von Betriebsgruppen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in den VEB. Rundschreiben Nr. 30/49, 29.8.1949, SAPMO-BArch DY 34.–15/–/-870, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

führung von sowjetischen Filmen, in denen die Rolle und Persönlichkeit Stalins in den Vordergrund gestellt ist." Verehrung und Dankbarkeit sollte dort sichtbar gemacht werden, wo sich viele Menschen aufhielten.

Ferner gab die DSF Materialien heraus, nach denen ihre Ortsgruppen die „Feier-Veranstaltungen" durchführen sollten. Auch hier stand die Biographie Stalins im Vordergrund. Sie sollte einerseits von Rednern in Vorträgen („Stalin als Wissenschaftler" oder „Stalin und die nationale Frage") vermittelt werden und andererseits durch die Ausstellung von Bildtafeln in den Betrieben präsent sein. Am 5. Dezember, zum Jahrestag der „Stalinverfassung", sollten die Vorzüge der sowjetischen Staatsordnung erläutert werden.[157] Mit ihren Planungen stand die DSF nicht allein. Das FDJ-Sekretariat unter dem Vorsitz Erich Honeckers hatte bereits im Juli und August erste Details der Feiern besprochen.[158] Die FDJ-Führung erstellte Ende September einen umfangreichen Plan zur Mobilisierung der Jugendlichen.[159] Hier verpflichtete sich die Jugendorganisation zur Unterstützung der DSF. Darüber hinaus konzipierte sie „eine große Aufklärungskampagne innerhalb ihrer Grundeinheiten und unter der Jugend." Die FDJ forderte das Studium „der Tätigkeit und der Lehren J. W. Stalins [...] vor allem der Jugendzeit des großen Revolutionärs." Ferner wurden die Grundeinheiten angewiesen, Geschenke anzufertigen, die „von ihrem Können und Lernen Zeugnis ablegen." Ähnlich wie in Polen war vorgesehen, daß die Jugend die Geschenke aus dem ganzen Land nach Berlin bringt. Zum Transport plante man ebenfalls Sternfahrten „oder in gebirgigen Gegenden Skistafetten durch die Dörfer [...]", unterwegs sollten die Präsente „der Bevölkerung mit aufklärenden Worten gezeigt werden." Für den Dezember setzte die FDJ Aufführungen sowjetischer Tänze und Lieder an. Ihre Gruppen sollten besonders auf dem Lande, während der Feiern auf den MAS, VEG und in den Dörfern auftreten. Offenbar befürchtete der Parteistaat hier eine Lücke, die man mit Hilfe jugendlicher „Aktivisten" zu füllen hoffte. Die *Junge Welt* wies man an, regelmäßig Artikel über Stalin zu veröffentlichen, die als Grundlage für Studiengruppen dienen konnten. Wie in den Tagen der DDR-Gründung waren Fackelzüge vorgesehen. Schließlich wurde Erich Honecker beauftragt, eine Grußadresse an Stalin auszuarbeiten.[160] Die deutsche Jugend sollte nicht nur Zeugnisse der Dankbarkeit produzieren, sondern gleichzeitig die Avantgarde – die SED sprach lieber von „Vorhut" – der Mobililisierungsdiktatur bilden.[161]

---

157 Richtlinien zur Durchführung der Stalin-Kampagne in den Massenorganisationen, [ohne Datum, Herbst 1949], SAPMO-BArch DY 32–10126, unpag.

158 Protokoll Nr. 9 der Sitzung des Sekretariats der FDJ, 12.7.1949; Protokoll Nr. 15 der Sitzung des Sekretariats der FDJ, 24.8.1949, SAPMO-BArch, DY 24–2390, unpag.

159 Zur FDJ als Massenorganisation vgl. Mählert, Die Freie Deutsche Jugend; ders./Stephan, Blaue Hemden – Rote Fahnen.

160 Plan zur Vorbereitung und Durchführung des 70. Geburtstages J. W. Stalins am 21. Dezember 1949, 19.9.1949, SAPMO-BArch DY 24-2391, unpag.

161 Auch die Kinder waren im Fokus des Propagandastaates. So wies die FDJ die Leiter der Pioniergruppen im Oktober 1949 an, sie „in tiefer Liebe zur Heimat und zu wahren Patrioten ihres deutschen Vaterlandes zu erziehen" und „in allen Pionierfreundschaften [...] den Geburtstag des besten Freundes und Lehrmeisters aller Kinder der Welt, J. W. Stalin zu feiern und allen Pionieren vieles aus seinem Leben zu erzählen." Arbeitsplan für die jungen Pioniere für die Zeit vom Oktober bis 31. Dezember 1949, Protokoll Nr. 27 der Sitzung des Sekretariats der FDJ, 18.10.1949, SAPMO-BArch DY 242391, unpag. Zur DDR-Pionierorganisation vgl. Ansorg, Kinder im Klassenkampf.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Der FDJ-Aufruf zu Stalins Geburtstag trug die Unterschriften von Erich Honecker und Jürgen Kuczynski. In völkischem Duktus wandten sie sich an die „Deutschen Jungen und Mädel" und forderten: „Es genügt nicht, sich nur mit Worten zur Freundschaft mit der Sowjetunion zu bekennen. Erst die Tat hilft dem gemeinsamen Werk der Aufklärung unseres Volkes über die Sowjetunion weiter." Sie riefen dazu auf, DSF-Mitglied zu werden, und mahnten die Adressaten: „Nehmt den 70. Geburtstag Stalins, des großen und weisen Führers der mächtigen Weltfriedensfront zum Anlaß, um sein Leben [...] zu studieren."[162]

Die Presse betonte in ihrer Berichterstattung, daß Deutschland durch seine Teilnahme symbolisch in den Kreis der „fortschrittlichen Nationen" zurückkehre. Die *Friedenspost* betonte am 7. November die Einbettung der DDR in eine internationale Gratulantengemeinschaft: „In der ganzen Welt sind große Veranstaltungen für den 21. Dezember vorgesehen."[163] Derweil waren die Vorbereitungen der Apparate in Berlin und Moskau schon weit fortgeschritten. Eine Liste von der VOKS an die DSF versandter Literatur bezeugt die sowjetische Unterstützung für die „Stalinkampagne".[164] Im Oktober präzisierte das Kleine Sekretariat der SED unter Vorsitz Walter Ulbrichts die Intentionen der Kampagne. Anläßlich des 32. Jahrestages der Oktoberrevolution sollten in allen Grundorganisationen der SED Feiern durchgeführt werden, während in „allen Großbetrieben und Städten öffentliche Feiern stattfinden, die von Partei und Gewerkschaft organisiert werden."[165] Der DSF wurde aufgegeben, diejenigen Bevölkerungsteile zu erreichen, die nicht in der SED oder im FDGB organisiert waren. Ulbrichts Sekretariat legte fest: „Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft organisiert in allen Städten Empfänge, an denen Angehörige der Intelligenz, der demokratischen Behörden und Vertreter von Massenorganisationen und Betrieben teilnehmen. Außerdem organisiert die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in allen Betrieben und Orten künstlerische Veranstaltungen für breitere Kreise der Bevölkerung." Gleichzeitig sollte der „32. Jahrestag [der Oktoberrevolution, JB] zum Anlaß einer großen Werbekampagne für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft genommen werden." Dabei sollte „die Bedeutung der Oktoberrevolution besonders in Hinblick auf die Botschaft Stalins und die diplomatische Anerkennung durch die Sowjetunion dargelegt werden."[166] Die Verknüpfung von Geschichte und Gegenwart, von deutscher Nation und sowjetischem Führerkult prägte die Feiern.

Den offiziellen Auftakt des ersten „Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft" bildete der 31. Jahrestag des Komsomol am 29. Oktober 1949. Mit der Einführung dieses sowjetischen Feiertages sollten die FDJ-Mitglieder erreicht werden. Zu diesem Anlaß sollten „in allen Kreisen [...] gemeinsam von der Gesellschaft und der Freien Deutschen Jugend öf-

162 Aufruf der FDJ und der Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft an die deutsche Jugend, [ohne Datum, Oktober 1949], SAPMO-BArch DY 24–2391, unpag.

163 *Friedenspost* 1949, Nr. 6, S. 3.

164 Die umfangreichen Lieferungen der VOKS im Herbst 1949 beinhalteten u.a. Bücher, Broschüren, Plakate und Ausstellungen über Stalin. GARF, f. 5283, op. 16, d. 142, Bl. 1–5.

165 Protokoll Nr. 57 der Sitzung des (Kleinen) Sekretariats der SED, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/3/57, Bl. 1.

166 Ebd., Bl. 2.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

fentliche Kundgebungen durchgeführt werden, bei denen möglichst viele Komsomolzen anwesend sind, wo möglichst ein Vertreter der FDJ und ein Vertreter des Komsomol sprechen sollen." Auf die Jugendtreffen folgte am 3. November die Verabschiedung einer DSF-Delegation, die in Moskau den Revolutionsfeierlichkeiten beiwohnen durfte und auch „die Gelegenheit haben [sollte], nach eigenem Wunsche eine Anschauung vom Leben in der Sowjetunion zu gewinnen."[167]

Am 6. und 8. November 1949 zeigte sich im *Neuen Deutschland*, in welcher Weise die Parteiführung die „Oktoberfeiern" öffentlich instrumentalisierte. Walter Ulbricht formulierte dort ein „Gelöbnis" jedes Deutschen, „der einen langen Frieden will."[168] Ulbricht forderte, das deutsche Volk solle „Generalissimus Stalin" versprechen: „Die Deutsch-Sowjetische Freundschaft muß zur Sache aller friedliebenden Deutschen werden!" In dieser Eidesformel manifestierte sich der Versuch, feste Bindungen zwischen der Bevölkerung und Stalin zu konstruieren. Das Ziel, die gesamte Bevölkerung in die Kampagne einzubeziehen, wurde also auch öffentlich explizit formuliert. Einige Tage später erschien Fred Oelßners Rede auf der „Oktoberfeier" der SED als Leitartikel des *Neuen Deutschland*. Hier spannte Oelßner den Bogen vom Oktober 1917 bis zum Herbst 1949 und stellt die DDR-Gründung in eine historische Kontinuität revolutionärer Praxis.[169]

FDGB und DSF koordinierten gemeinsam die Ökonomie des Schenkens. Wiederum griff man auf den Topos der Basisinitiative zurück. In einem Rundschreiben vom November 1949 behauptete der FDGB-Bundesvorstand, mit der Organisation eines „besonderen Geschenkes" an den „Generalissimus Stalin" einer Anregung aus den Betrieben nachzukommen. Es sei „zu berücksichtigen, daß ein Geschenk an einen so grossen Menschen von einer solchen Qualität und einer solchen Würde sein muss, dass es der Würde und Bedeutung Stalins entspricht", gab der FDGB zu bedenken und zog die Organisation an sich.[170] Die Zentrale beauftragte die Betriebsgewerkschaftsleitungen, den Ertrag einer zusätzlichen Arbeitsstunde auf ein Sonderkonto zu überweisen. Diese Summe, von den Beschäftigten durch „freiwillige" Zusatzarbeit erwirtschaftet, sollte für das Geschenk an Stalin verwandt werden. In einer Pressemitteilung des FDGB vom 17. November hieß es: „Der Appell des Bundesvorstandes des FDGB zu Ehren des 70. Geburtstags Stalins [...] ein gemeinsames Geschenk aller Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik zu überreichen, findet [...] stärksten Widerhall."[171] Der FDGB-Bundesvorstand beschloß schließlich, daß die „deutschen Werktätigen" dem „Führer des Weltfriedenslagers" ein Jenaer Zeiss-Planetarium schenken. Symbolträchtig sollte es in Stalingrad errichtet werden, an einem Ort deutscher Schuld, der zudem den Wendepunkt des Krieges darstellte. Es handelte sich

167 *Neues Deutschland*, 3.11.1949.

168 Walter Ulbricht, Unsere Verpflichtung als Deutsche. Zum 32. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, *Neues Deutschland*, 6.11.1949.

169 Fred Oelßner, Die Deutsch-Sowjetische Freundschaft sichert unsere Zukunft, *Neues Deutschland*, 8.11.1949.

170 Rundschreiben Nr. 43/49 des Bundesvorstands des FDGB. Betr. Stalinspende, [ohne Datum, Herbst 1949], SAPMO-BArch DY 34–2/–/431, unpag.

171 Pressemitteilung des Bundesvorstandes des FDGB vom 17.11.1949, SAPMO-BArch DY 34–2/–/431, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

um ein Geschenk und um eine „freiwillige" Reparationsleistung, um eine symbolische Beteiligung am Wiederaufbau des zerstörten Stalingrad. Mit dem Zeiss-Planetarium wählte die DDR-Führung ein wertvolles Geschenk, das nicht nur wirtschaftliche Leistungskraft ausdrückte, sondern auch in der Tradition deutscher Qualitätsarbeit in der optischen Industrie stand. Damit läßt sich das Planetarium als Ausdruck gewachsenen Selbstbewußtseins der deutschen Kommunisten interpretieren. Schließlich stellte es implizit das Dogma der sowjetischen Überlegenheit in allen technischen Belangen in Frage. Die zahllosen anderen Geschenke für den sowjetischen Führer waren weniger extravagant. SED-, DSF- und FDJ-Funktionäre wählten die Exponate aus, die man in die UdSSR schickte. Sie wurden mit einem Sonderzug, der unter Verantwortung der DSF beladen wurde, nach Moskau gebracht.[172]

Bei der Gestaltung wurden in der DDR ähnliche Akzente gesetzt wie im kommunistischen Polen. Die Aufgabe, für die landesweite Durchführung der Stalinfeiern zu sorgen, hatte die SED der DSF übertragen. Unausgesprochenes Vorbild war die Feiergestaltung in der Sowjetunion. Ihr Inhalt setzte sich aus lyrischer Rezitation, politischem Referat und klassischer Musik zusammen. Die Stalin-Feiern sollten in öffentlichen Gebäuden stattfinden, die festlich mit den Symbolen und Losungen geschmückt wurden. Zum Schluß- und Höhepunkt der Veranstaltung wurde ein Lied aus der Arbeiterbewegung bzw. die Nationalhymne der Sowjetunion oder später die DDR-Hymne gesungen. Die Zentrale der Freundschaftsgesellschaft versandte im Dezember Musterprogramme, die als Leitfaden dienten. Sie bestanden aus Liedern und Gedichten, die teils aus dem Russischen übersetzt waren, teils von deutschen Autoren stammten – eine Kombination eigener und sowjetischer Staliniana. Die DSF hoffte, republikweit gleiche Veranstaltungen durchzuführen, deren Inhalt lediglich graduell variieren durfte: Es gab einen Vorschlag für Betriebsfeiern (Referat: „Sein Leben ist Kampf für die Menschheit"), einen für ländliche Ortsgruppen und MAS (Referat: „Stalin, der große Bauernfreund") und schließlich eine Anleitung für größere Ortsgruppenfeiern, die hier analysiert wird. Der Aufbau war jedoch weitgehend identisch. Die Anweisungen enthielten die künstlerisch-folkloristische und die pseudoreligiöse Komponente des Stalin-Kultes. Dem Publikum sollten armenische Volkslieder, Erzählungen über Begegnungen, Kosakenlieder und deutsche Stalinlyrik von Erich Weinert („Im Kreml brennt noch Licht") oder Johannes R. Becher („Dein Name ist im Weltraum eingetragen/ Wie der Gestirne Schein und Widerschein") präsentiert werden.[173] Die DSF mahnte ihre

172 Eine Liste der „Zentralsammelstelle für Stalingeschenke" nennt allein 120 Geschenke aus der ostdeutschen Provinz. Sie wurden vor dem Transport von einer eigens gebildeten Kommission überprüft. Plan zur Abnahme, Überprüfung und Verladung der Geschenke für Stalins Geburtstag, SAPMO-BArch DY 32–10872, unpag.

173 Eine Liste mit Hinweisen auf literarisches Material umfaßte sechs eng beschriebene Seiten, SAPMO-BArch DY 32–10072, unpag. Dabei handelte es sich überwiegend um Übersetzungen aus dem Russischen. Noch im Frühjahr 1950 beklagte die SED intern, den Mangel („zum Vortrag kamen nur Gedichte aus der Zeit vor 1933") und die Qualität („Zweckdichtung") an eigenen Staliniana und forderte die Schriftsteller zu höherer Produktivität auf: „Langsam bekamen wir neue Lieder, Chöre und auch Gedichte [...] Unser Bemühen geht dahin, sowohl neue Lieder und Chöre als auch neue Dichtung zu schaffen, die unmittelbar aus dem Erleben der arbeitenden Menschen kommt und sie anspricht." Kurze Übersicht über die Entwicklung seit dem 1. Parteitag in den Referaten Feiergestaltung und Literatur, 29.4.1950, ZK der SED Abt. Kultur, SAPMO-BArch DY 30 IV 2/906/69, Bl. 1.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

lokalen Gruppen zum restriktiven Umgang mit dem Kultmaterial: „Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass sämtliches Material nur für Vortragszwecke verwendet werden darf, nicht aber für Veröffentlichungen."[174] Der Stalin-Kult sollte nicht unkontrolliert reproduziert werden und das Material nicht in falsche Hände gelangen.

Der Vorschlag für größere Ortsgruppenfeiern trug den Titel „Du bist im Volk":

> „Programm für größere Ortsgruppenfeiern
> Mitwirkende:
> Chor oder Solist
> Pianist
> 3 Rezitatoren
> Referent
> Dauer: 1 ½ Stunden
>
> Du bist im Volk
>
> 1. Stalin Kantate Worte: M. Injuschkiun A.W. Alexandrow
> 2. Stalin Heinrich Greif (1. Sprecher)
> 3. Mit Stalin auf der Schulbank (Ein Mitschüler Stalins berichtet) (2. Sprecher)
> 4. Im Kreml brennt noch Licht Erich Weinert (3. Sprecher)
> Stalin: 70 Jahre (Referent)
> 5. Hymne der Sowjetunion (Chor oder Solo mit Klavierbegleitung)
> 6. In Moskau Lew Nikitin, Erinnerungen eines sowjetischen Schriftstellers (2. Sprecher)
> [...]
> 11. Brüder, zur Sonne, zur Freiheit (gemeinsamer Gesang)"[175]

Die Vorgaben ließen kaum Raum für eigene Gestaltung. Die politischen Inhalte befanden sich in einem vorgegebenen Rahmen mit musikalischer Untermalung. Sie waren von einem Amalgam nationaler und sowjetischer Symbolik umgeben. Im Mittelpunkt der Wissensvermittlung stand wie in der UdSSR und in Polen Stalins Biographie. Die künstlerischen Elemente zielten darauf ab, die Veranstaltung zu einem emotionalen und ästhetischen Erlebnis zu machen. Durch mehrere Sprecher sollte das Programm abwechslungsreich gestaltet werden; außerdem konnte so eine größere Gruppe direkt an der Feier beteiligt werden. Doch neben dieses partizipatorische Element trat hier das Moment der Überhöhung des Ereignisses durch liturgische Stilelemente. Der abschließende gemeinsame Gesang unter-

174 Rundschreiben des Vorstandes der DSF, [ohne Datum, Herbst 1949], SAPMO-BArch DY 32–10072, unpag.

175 „Du bist im Volk". Programm für größere Ortsgruppenfeiern, SAPMO-BArch DY 32–10072, unpag. Der Programmvorschlag für Betriebsfeiern stand unter dem Motto „Stalin, ein Leben für den Sozialismus", während das Programm für ländliche Ortsgruppen und MAS den Titel „Stalin, der große Bauernfreund" trug.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

strich dieses pseudoreligiöse Element der Feier und sollte helfen, das Publikum in die Fei zu integrieren.

In Berichten aus der Provinz an die DSF in Berlin bemühten sich Funktionäre, die quantit tive Dimension ihrer Arbeit nachzuweisen. In langen Zahlenkolonnen wurden die Anza der Veranstaltungen und die Teilnehmerzahlen aufgeführt.[176] Nur wenige aussagekräfti Berichte über die Stalinfeiern sind überliefert. Diese Texte geben primär die Erwartung haltung des Propagandaapparates wieder. Im folgenden soll dennoch ein solcher Beric aus Hirschberg/Saale analysiert werden, da sich hier examplarisch die Zielsetzungen au zeigen lassen. Hirschberg lag an der innerdeutschen Grenze. Allein die Tatsache, daß St lins Geburtstag hier begangen wurde, zeigt, daß es gelungen war, in der Provinz funktioni rende Strukturen zu schaffen und gesellschaftlichen Einfluß zu erlangen.[177]

Am Vorabend des „großen Tages" wurde eine Vorfeier „zur Würdigung des groß Friedensfreundes Stalin" im Stadttheater durchgeführt. Das entsprach der sowjetisch Praxis, den Vorabend eines Festes bereits feierlich zu gestalten. Den Raum hatten die Au richter den Berliner Anweisungen folgend dekoriert: „Der Theatersaal war durch die Rep blikfahnen beider Nationen, mit dem Bild Stalins und mit einer Stalin-Wanderausstellu geschmückt worden." Den Vorgaben entsprechend bestand die Feier aus politischem Re rat, das von der „Kulturbearbeiterin" des Betriebes gehalten wurde, Rezitation und feier cher Musik. Zum Abschluß wurde das sowjetische „Lied vom Vaterland", bereits seit d dreißiger Jahren eine der Hymnen der Stalinzeit, gesungen. Anschließend wurde ein sow tischer Spielfilm vorgeführt.

Die eigentliche Feier fand am nächsten Tag, dem 21. Dezember 1949, abends im neu richteten Kulturhaus von Hirschberg statt. Dort hatten sich um 20 Uhr ca. 800 Mensch eingefunden: „Es war eine Feiertagsstimmung bei den heranströmenden Menschen zu sp ren. [...] Die erwartungsvollen Menschen und der Lichterglanz des herrlichen Saales gab dem Ganzen ein wunderbares Gepräge. [...] Langsam teilte sich der Vorhang und enthül das überlebensgroße Bild des großen Stalin und ein allgemeines Erstaunen hörte man großen Saale bei dem unvergeßlichen Anblick der feierlichen Bühnengestaltung." Die B richterstatterin orientierte sich der Jahreszeit entsprechend am Weihnachtsvokabular. M dem Portrait auf der Bühne war die Persona Stalins der zentrale Bezugspunkt. Bei Begi der Feier begrüßten der Betriebsleiter und der Vorsitzende der DSF-Ortsgruppe die V sammelten. Die gesellschaftliche Position der Redner verdeutlichte, daß es hier gelung war, Teile der örtlichen Elite einzubinden. Der DSF-Vertreter referierte den Anwesend die biographische Meistererzählung. Anschließend brachten das städtische Orchester u der Volkschor „Auszüge aus der Stalinkantate gut zum Vortrag, die mit starkem Beif

176 Dies gilt auch für einen großen Teil der sowjetischen und polnischen Berichte. Vgl. als sowjetisch Beispiel, in dem Stimmungen oder Inhalte fast vollständig ausgeblendet werden, den Bericht des so jetischen Didaktikers Episov über seine Vortragsreise in die DDR (1950), GARF f. 5283, op. 16, 152, Bl. 7–8.

177 Bericht über die Stalinfeiern in Hirschberg/Saale, SAPMO-BArch DY 32–10072, unpag. Alle folg den Zitate a.a.O. In der Akte finden sich komplementäre Berichte über Veranstaltungen in Gub Großbeeren, aus dem Kreis Wanzleben, dem Kreis Schweinitz und dem Kreis Weimar. Die Streu zeigt, daß eine Mobilisierung in der Provinz jedenfalls partiell geglückt war.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

aufgenommen wurden." Nach einem weiteren Referat, das wiederum das biogra Thema variierte, musizierte noch die „Jugendgruppe der FDJ." Ein Sprecher rezitiert Weinerts „Im Kreml brennt noch Licht." Zufrieden hält der Bericht fest: „Als w Abschluß erklang gemeinsam gesungen die Nationalhymne."

Der Ablauf der Stalinfeier in Hirschberg wurde vielleicht deshalb überliefert, v Veranstaltung dem vorgegebenen Ideal nahe kam. Sowohl die örtliche Lederware mit ihrer Kulturgruppe als auch die „Massenorganisationen" und die „Demokra Parteien" wurden im Bericht als Mitveranstalter genannt. Es gelang der DSF, ü SED-Mitglieder hinaus breitere Kreise anzusprechen. Die „Nationale Front" s Hirschberg und feierte gemeinsam Stalin. Ihnen wurde in einem feierlichen Rahr Integrationsangebot unterbreitet, und gleichzeitig lernten sie die Ikonographie des Regimes kennen. Diese Gestaltung visualisierte die Verschränkung des Stalin-Ku der nationalrevolutionären Propaganda. Was die diskursive Avantgarde – Abusch zynski, Grotewohl und andere – im Herbst formuliert hatten, fand seinen Ausdruck ser Stalin-Weihnacht.

Die Verhältnisse in anderen Teilen der DDR lassen sich nur eingeschränkt rekonst Die Presse vermittelte das Bild einer enthusiastisch-mobilisierten nationalen Gemei Das *Neue Deutschland* verkündete, daß sich „Hunderttausende" zur Umbenennu Frankfurter Allee in Stalinallee eingefunden hätten.[178] Der zentrale toponymische der Hauptstadt fand demnach vor der erwünschten Kulisse statt.[179] Die *Tägliche Run* berichtete: „Am Vorabend des Geburtstages sowie am 21. Dezember wurden von sellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, von den Parteien und Massenorga nen 650 Feiern im ganzen Lande veranstaltet, die zu einem Bekenntnis der Massen lin und zur Freundschaft mit der Sowjetunion wurden. Darüber hinaus fanden Betrieben des Landes Feierstunden statt, die mit der Auszeichnung der Aktivisten linaufgebots verbunden waren. In kleineren Dörfern hatte die Gesellschaft für D Sowjetische Freundschaft Hörergemeinschaften organisiert, denen die Übertragu zentralen Feierlichkeiten aus Berlin zum gemeinsamen Erlebnis wurde."[180] Die öff Bilanz fiel ungebrochen positiv aus. Es wurden die Moskauer und die Berliner Fei gestellt und die Einbeziehung des „ganzen Landes" hervorgehoben.

Der Parteistaat hatte einen großen Teil der Bevölkerung erreicht, und die symb Kommunikation mit dem sowjetischen Zentrum einen prominenten Platz in der pol Kultur erhalten. Davon zeugten die zahllosen an Stalin versandten Telegramme. Regel handelte es sich dabei um stereotype Huldigungsschreiben, doch gelegentlich sich eigene Motive bei den Verfassern rekonstruieren. Private Betriebe, die sich prekären Position befanden, konnten mit einem Glückwunschtelegramm ihren Ko onswillen bezeugen. In der Überlieferung zeigt sich, daß der Stalin-Kult eine eigene

178 Hunderttausende in der Stalinallee. Gewaltige Massendemonstrationen zu Stalins Geburtstag steinlegung eines neuen Wohnblocks, *Neues Deutschland*, 22.12.1949.
179 Zum späteren Ausbau der Stalinallee zu einem „Ort der Freundschaft" siehe Kapitel 4.3 dieser
180 *Tägliche Rundschau*, 22.12.1949.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Dynamik entwickelte.[181] So finden sich liebevoll gestaltete handgemalte Urkunden oder. Reaktion auf die offizielle Stalinlyrik, eigene Verse und Gedichte, die an die DSF adress wurden.[182] Das Machtzentrum war sich der hohen symbolischen Bedeutung der Fe bewußt. Walter Ulbricht persönlich vertrat Deutschland bei den Moskauer Festivitä Wenn die *Tägliche Rundschau* erklärte, an den dortigen Feiern hätten die „hervorragen ten Vertreter der fortschrittlichen Menschheit" teilgenommen, dann reflektiert diese hauptung nicht nur die Maßlosigkeit der stalinistischen Propaganda, sondern drückte Wertesystem der kommunistischen Machtelite aus.[183]

Insbesondere die Moskauer Emigranten wußten um die hohe symbolische Bedeut von sowjetischen Feiern und Festen. Die Teilnahme an einer solch außerordentlichen anstaltung wie dem 70. Geburtstag Stalins in Moskau stellte eines der größten Privile dar. Dementsprechend beschwerte sich Johannes R. Becher als Vertreter der kommun schen Intellektuellen bei dem „lieben Genossen Walter", daß „kein einziger literaris oder künstlerischer Repräsentant anläßlich der Stalin-Feiern eingeladen wurde." In mochte Becher dem Parteichef „nicht verschweigen, daß man in unseren Kreisen verstir ist [...]." Die Verfasser deutscher Staliniana, für die Becher hier sprach, waren sich Funktionsweise der Ökonomie des Schenkens bewußt. Sie gaben ihren Namen und pro zierten Texte für den Stalin-Kult. Als Gegenleistung erwarteten sie, an den großen Mani tationen des Führerkultes teilzuhaben. Johannes R. Becher machte deutlich, daß er nicht sich allein sprach, wenn er hinzufügte: „Der Kulturbund ist nicht vertreten, im Gegen zu allen anderen demokratischen Organisationen", und sich herausnahm, bei Ulbricht zumahnen: „Vielleicht bietet sich in nicht allzu langer Zeit eine Gelegenheit, dieses säumnis wiedergutzumachen."[184] Die Sänger des Kultes verlangten für ihre Arbeit L und Anerkennung.[185]

Wie gespalten regimeloyale Intellektuelle in dieser Frage sein konnten, zeigt ein Blic die Aufzeichnungen Victor Klemperers. Der Dresdner Philologe nahm selbst als Refe an der Stalinkampagne teil. Während er sich öffentlich im *speaking Bolshevik* übte, hat schon im November notiert, das alles hänge ihm „allmählich zum Halse heraus." K zynskis Rede auf Stalin mit ihren „Katechismussätzen" befremdete ihn.[186] Die Praxis, triebe geschlossen in die DSF aufzunehmen, erinnerte ihn an „Nazi-Methoden." Weite registrierte er sensibel die Abneigung seiner Zuhörer gegen sowjetische Themen; einem seiner Vorträge schrieb er, ihm sei der „eiskalte Hauch der Ablehnung" aus Publikum entgegengeschlagen – jedoch habe sich niemand oppositionell geäußert.

181 Ein weiteres Beispiel für die Breitenwirkung waren die Aufsatzwettbewerbe zu Stalins Geburtstag an Schulen durchgeführt und deren Ergebnisse teilweise überliefert sind. SAPMO-BArch DY 10072, unpag.

182 Beispiele in SAPMO-BArch DY 32–10872, unpag.

183 *Tägliche Rundschau*, 22.12.1949.

184 Johannes R. Becher an Walter Ulbricht, 24.12.1949, in: Carsten Gansel (Hg.), Der gespaltene Dic Johannes R. Becher. Gedichte, Briefe, Dokumente, 1945–1958, Berlin 1991, S. 48.

185 Vgl. auch das Beispiel des Dichters Béla Illés, der in Ungarn eine mit Becher vergleichbare spielte. S. Klimó, A very modest man.

186 Eintrag vom 23.–27.11.1949, in: Klemperer, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, Bar S. 702–704, Zitat S. 703.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Mechanismen der Diktatur, die strikte Trennung zwischen privater und öffentlicher funktionierten nicht nur im Fall Klemperer, der tagsüber für die Sowjetunion war abends seine Zweifel den Tagebüchern anvertraute. Trotz seines Unbehagens reiste Klemperer zur zentralen Stalinfeier nach Berlin und bekannte, er verspüre „Neid" über denjenigen, die für die Delegation nach Moskau ausgewählt wurden. Es war so sich den Verlockungen des Systems zu entziehen. Sein Urteil weist Klemperer jedo unbestechlichen Chronisten aus: „*Stalin*. Die Geschenke aus aller Welt: ein bisschen Gaben für das Christuskindlein erinnernd, ein bisschen zu orientalisch." Was die Wir keit dieses Schauspiels auf die deutsche Öffentlichkeit anging, war er äußerst skep Das Ganze müsse „auf den ‚deutschen Menschen'" abstoßend wirken.[187]

Intern fiel die Bilanz – wie in Polen – positiv aus. Es war die Rede von einer „mäc Aufwärtsentwicklung, [...] die sich in den dem 70. Geburtstage von Generalissimus vorangegangenen Wochen in einem immer stärkeren Maße beschleunigte."[188] Stolz v die DSF auf die vielen Arbeiter unter ihren neuen Mitgliedern. Die Tage einer Organi mit intellektuellem Anstrich seien vorüber, und das Ziel Massenorganisation erreic dieser Entwicklung sah die SED die Basis für zukünftige Kampagnen unter der Ar schaft. Der Bericht, den die DSF nach Moskau versandte, schloß mit dem Urteil, „d Gesellschaft eine wirkliche Massenorganisation" geworden sei.[189] Allerdings äußert gen Kuczynski sich am 3. Januar 1950 auf einer DSF-Sitzung skeptisch über die ange ten Methoden der Mitgliederrekrutierung.[190] Er fragte, ob eine Mobilisierung wie i vember und Dezember 1949 nicht eher zu Kräfteverschleiß als zu Bewußtseinsv führe. In seiner Funktion als Organisator hatte sich Kuczynski noch ein Minimu Selbstreflexion erhalten. Auch wenn er sich vorbehaltlos in den Dienst der Sache erlaubte er es sich, intern die eigenen Methoden zu hinterfragen. Jürgen Kuczynski vor, in Zukunft schrittweise vorzugehen, das Erreichte zunächst zu konsolidieren, bev DSF und dem Erziehungsapparat weitere Aufgaben aufgebürdet würden. Die SED- hatte jedoch gerade Gefallen an ihrer Inszenierungsmacht gefunden. Sie wollte kein schnaufpause. Bereits Anfang Dezember 1949 hatte sie die permanente Mobilisieru schlossen: „Die Genossen im Generalsekretariat der Gesellschaft [für DSF, JB] w beauftragt, die bisherige Kampagne weiterzuentwickeln und in eine neue Kampagn

187 Eintrag vom 22.–23.12.1949, in: Klemperer, So sitze sich denn zwischen allen Stühlen, E S. 708–711, Zitat S. 711.

188 Abschlußbericht zum Monat für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, 27.12.1949, GA RF, f. 52 16, d. 141, unpag. Noch optimistischer gab sich die Pressemitteilung zum Abschluß des Mon DSF: „In dem Wachstum der Gesellschaft zeigt sich, dass die Freundschaft zur Sowjetunion mehr als eine natürliche Notwendigkeit empfunden wird und die Worte Stalins in seinem Begrü telegramm an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verstanden worden sind schluß des „Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft", SAPMO-BArch DY 32–10432, Bl

189 Abschlußbericht zum Monat für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, 27.12.49, GARF, f. 5283, d. 141, unpag.

190 Jürgen Kuczynski, Die neue Etappe unserer Gesellschaft und ihre Perspektiven. Referat auf gung des Gesamtvorstandes am 3.1.1950, in: Dokumente der DSF 1950, o.O., o.J., S. 5–19, hie Vgl. auch: Kritische Einschätzung zum Abschlußbericht des Monats der Freundschaft, SAPMO DY 32–10432, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

münden zu lassen, die vorläufig bis zum 80. Geburtstag Lenins geht."[191] Bis dahin war noch ein „Stalingradtag" am 2. Februar zu feiern, der vom Politbüro beschlossen worden war.[192] Mit dem Jahr 1950 war die permanente Kampagne von einem sowjetischen Feiertag zum nächsten zur Aufgabe der DSF geworden.

Gegen Ende des ersten DDR-Feierjahres bemerkte Alfred Kantorowicz verstimmt: „Jubel, Trubel, Heiterkeit reißen nicht ab. Festtag folgt auf Festtag, und man läßt die Fahnen gleich zweckmäßig einige Monate aus dem Fenster wehen als Zeichen der Anteilnahme und Festfreude [...]." Er notierte die aufkommende Verstimmung bei den Statisten: „Die da, wie eine Hammelherde zusammengetrieben, begeistertes Volk darstellen müssen, murren immer erbitterter ob solchen Zwanges." Die zunehmende Isolation der SED-Spitze von der Gesellschaft, die Gefahr, die eigene Inszenierung mit der Realität zu verwechseln, karikierte er in einem Spottvers („à la Becher mit veränderten Vorzeichen"):

„Sie sehen die Welt im rosigen Licht,
Die führenden Funktionäre.
Sie kennen die Stimmung im Lande nicht,
Sie hören nur ihre Claqueure.

Sie kommen in Autos angesaust
Aus ihren Regierungspalästen
Und denken, wenn rhythmischer Beifall braust,
Es stünde alles zum Besten."[193]

Mit seiner internen Kritik an der Stalinkampagne stand Jürgen Kuczynski weitgehend allein. Wie wir gesehen haben, fiel die interne Bilanz in Polen und in der DDR positiv aus. Die Unfähigkeit zur Selbstreflexion war ein Charakteristikum der parteistaatlichen Propagandaapparate in beiden Ländern. Im Fall der Stalinkampagne lohnt es sich, zusammenfassend verschiedene Ebenen der Kampagne zu betrachten. Schließlich gab es unterschiedliche Adressaten. Da war zunächst die internationale Öffentlichkeit des Kalten Krieges. Vor dieser globalen Instanz gelang es, Bilder der Einheit des sowjetischen Blocks zu erzeugen. Von der DDR bis zur Volksrepublik China reichte die Feier- und Diskursgemeinschaft. Sowjetische Stellen hatten erfolgreich die einheitliche Durchführung der Feiern unterstützt und überwacht.[194] Es war diese Einheitlichkeit des Stalinschen Imperiums, die Viktor

191 Lenins Geburtstag war der 24. April 1870. Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 70 der Sitzung des Politbüros der SED, 5.12.1949, Betr. Maßnahmen zur Weiterentwicklung und Verstärkung der Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/3/70, Bl. 13f.

192 Protokoll Nr. 38 der Sitzung des Politbüros der SED vom 16.8.1949, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/2/38, Bl. 2; Protokoll Nr. 80 der Sitzung des Sekretariats der SED vom 23.1.1950, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/3/80, Bl. 38–39.

193 Eintrag vom 15.11.1950, in: Kantorowicz, Deutsches Tagebuch, Band 2, S. 136–138.

194 Vgl. am Beispiel der Tschechoslovakei: Iz dnevnika M.A. Silina. Zapis' besedy s členami pravitel'stvennoj komissii Čechoslovakii po podgotovke prazdnovanija 70-letija so dnja roždenija I.V. Stalina, 18.11.1949, in: Sovetskij faktor v vostočnoj evrope, tom 2, S. 214–216; am Beispiel Rumäniens: Plan meroprijatij Nacional'nogo komiteta Rumynii v svjazi s 70-letijem so dnja roždenija I.V. Stalina, 13.12.1949, a.a.O., S. 225–230.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Klemperer anläßlich seiner Polenreise 1952 von der *„uniformitas sovietica postbellica"* sprechen ließ.[195] Dieses Schauspiel der Einheit war jedoch mehr als nur eine Demonstration der Stärke des sowjetischen Blocks; es sollte auch als Manifestation seiner totalitären Ambition gesehen werden.

Inwieweit die totale Mobilmachung der Bevölkerung in der Stalinkampagne erreicht wurde, läßt sich aus den Erfolgsmeldungen der parteistaatlichen Überlieferung nicht rekonstruieren. Das Ziel, die gesamte Bevölkerung mit der biographischen Meistererzählung über das Leben Stalins vertraut zu machen, zeugt vom utopischen Anspruch des Unterfangens selbst. Auch wenn diese Vorgabe verfehlt wurde, so läßt sich festhalten, daß es der Bevölkerung in Polen und Ostdeutschland im Herbst 1949 kaum möglich war, dem Stalin-Kult auszuweichen. Die erzwungene Partizipation war umfassend; der Parteistaat hatte die Medienöffentlichkeit, die Betriebe und die Erziehungsinstitutionen fest im Griff.

Von großer Bedeutung war auch eine unausgesprochene Konsequenz der Kampagne. Mit ihrer Ausrichtung auf den Schluß- und Höhepunkt am 21. Dezember liefen die Feiern parallel zum christlichen Festkalender. In Polen und Ostdeutschland verschwanden im Herbst 1949 Hinweise auf die Adventszeit und das Weihnachtsfest weitgehend aus der Öffentlichkeit. Allein der Termin bedeutete eine Verschärfung des Kulturkonflikts. Besonders in einem katholischen Land wie Polen, aber auch in Ostdeutschland war er eine Provokation. Mit der Übernahme des Geschenkgestus, der traditionell einen Kernbestand des Weihnachtsritus bildete, traten die Parteistaaten in Konkurrenz zum christlichen Ritual. Die liturgischen Elemente in den Feiern und die pseudoreligiöse Überhöhung von Stalins Persona ließen den Schluß zu, daß der christliche Glauben ersetzt werden sollte.

Trotz aller Einheitlichkeit lohnt es sich, auf die Unterschiede zwischen dem deutschen und dem polnischen Stalin-Kult hinzuweisen. Da ist zunächst die deutliche Differenz bei der Etablierung des Kultes. Während er in Polen sukzessive an Gewicht gewann und schon im Herbst 1948 sowjetische Dimensionen annahm, wurde der Stalin-Kult in Ostdeutschland in kurzer Zeit im Rahmen der DDR-Staatsgründung eingeführt. Der Kult hatte in Polen 1949 schon eine gewisse Routine. In der DDR hingegen war er an den Versuch gekoppelt, mit der Staatsgründung ein Erweckungserlebnis aus dem Geist nationaler Mobilisierung zu schaffen. Außerdem wies die Darstellung der Persona Stalins signifikante Unterschiede auf; sie war jedoch in beiden Staaten Teil einer neuen, stalinisierten nationalen Meistererzählung. Im polnischen Narrativ kam Stalin die Rolle des Kämpfers für die nationale *Unabhängigkeit* zu. Außerdem stilisierte man ihn zum Garanten der Westgrenze. In der deutschen Erzählung spielte Stalin die Rolle des Verfechters nationaler *Einheit.* Stalins Telegramm befreite die Deutschen von historischer Schuld, indem es Anerkennung deutscher Kriegsleistungen und Absolution versprach. Das Bekenntnis zur Sowjetunion ebnete den Weg in die *Große Freundschaft der Völker.* Durch die Aufnahme in die sowjetische Feier- und Diskursgemeinschaft wurde die DDR symbolisch aufgewertet, und die Präsenz deutscher Kommunisten bei den Feierlichkeiten in Moskau versinnbildlichte das Ende des deutschen Pariastatus.

195 Eintrag vom 29.4.1952, in: Klemperer, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, Band 2, S. 271–274, Zitat S. 272 [Hervorhebung im Original, JB].

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Andere Ergebnisse der Feierlichkeiten waren weit profaner. Ende Januar besuchte das polnische Politbüromitglied Jakub Berman den sowjetischen Botschafter in Warschau. Der Diplomat teilte Berman mit, daß die Botschaft mehr als 600.000 Gratulationskarten erhalten habe. Mit Hilfe des polnischen ZK habe man mittlerweile die Aufgabe bewältigt, alle Karten zu lesen und sie dann gemeinsam mit den Geschenken nach Moskau zu senden. Der sowjetische Vertreter lobte, daß nur 19 Karten „unfreundschaftlichen Charakters" gewesen seien. Außerdem gab es 50 Karten, auf denen interne polnische Probleme angesprochen wurden, und „einige Dutzend", auf denen sich Angehörige um die Freilassung oder Übersiedlung von Verwandten aus der UdSSR bemühten. Diese Verfasser hatten die Gelegenheit eigen-sinnig genutzt, um ein Gesuch an den Kremlherrn zu schicken. Der sowjetische Botschafter übergab Berman ein Paket mit den beanstandeten Geburtstagskarten und trug ihm auf, sie an die zuständigen Stellen weiterzuleiten. Jakub Berman bedankte sich für die Information und übernahm die Karten.[196]

1.6 „Bannerträger des Weltfriedens": Der Stalin-Kult 1950–1953

In der Hochzeit des Kalten Krieges veränderte sich die Konstruktion des Stalin-Kults ein letztes Mal. Der sowjetische Bonaparte, der Generalissimus in der weißen Marschallsuniform, der den Triumph des Sieges ausgestrahlt hatte, verließ die Bühne. Eine neue politische Situation und ein neues Feinbild verlangten nach einem neuen Stalin. So betrat der weise „Beschützer des Friedens" die internationale Arena.

Mit dem Beginn des Koreakrieges wurde „Frieden" 1950 zum zentralen Begriff der kommunistischen Propaganda. Die Parteistaaten organisierten „Komitees der Friedenskämpfer", und ganz im Stile der dreißiger Jahre, in denen Willi Münzenberg die „Verteidigung der Kultur" organisiert hatte, fanden nun internationale Kongresse zur „Verteidigung des Friedens" statt.[197] Sie boten eine Bühne für die Intellektuellen des sowjetischen Blocks und westliche *fellow-traveller*, die sich im Kalten Krieg für die Sowjetunion entschieden hatten.[198] Über der Friedenspropaganda thronte Stalin als Symbol des „Friedenslagers". Neue Rituale begleiteten das neue Propagandathema: Ab 1950 vergab die UdSSR die hoch dotierten „Stalin-Friedenspreise", eine Art sowjetischer Nobelpreise im parallelen Universum des Hochstalinismus.

In der Rolle des Friedensstifters wurde der Persona Stalins globale Bedeutung zugeschrieben. Eine Stalinbiographie für Agitatoren begann mit der Feststellung: „Es gibt keinen Winkel auf der ganzen Welt, wo man heute nicht den Namen Josef Stalin kennt und im Munde führt." Weit über die Sowjetunion hinaus spende er Zuversicht für eine bessere Zukunft: „Den Namen Stalins sprechen der französische Proletarier, der um Brot und Frei-

196 Iz dnevnika V.Z. Lebedeva. Zapis' besedy s Ja. Bermanom ob itogach kampanii po otpravke pozdravitel'nych okrytok v posol'stvo SSSR v svjazi s 70-letijem I.V. Stalina, 25.1.1949, in: Sovetskij faktor v vostočnoj evrope, tom 2, S. 252–253.

197 Vgl. zu Münzenberg Sean McMeekin, The Red Millionaire. A Political Biography of Willi Münzenberg, Moscow's Secret Propaganda Tsar in the West, New Haven, Conn./London 2003.

198 Caute, The Fellow-Travellers, S. 285–328. Zur Geschichte des „Polnischen Komitees zur Verteidigung des Friedens" in der Volksrepublik, vgl.: Jacek Ślusarczyk, Ruch obrońców pokoju w latach 1948–1989, Warschau 1996.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

heit seines Landes kämpft, der chinesische Kuli als Soldat der siegreichen Volksarmee, der italienische Arbeitslose, der Partisan im fernen Indonesien, der amerikanische Maurer und der griechische Bauer, dessen Land von den Faschisten verbrannt wurde, mit Liebe und Vertrauen aus."[199] Die Völker der Erde führten den Namen des Erlösers im Munde. In Analogie zur Bibel hieß es weiter: „Die Bücher Stalins liest man auf der ganzen Erde in allen Sprachen der Welt."[200] Die Persona Stalin stand nicht nur für Frieden, sondern für *Welt*frieden.[201] Anläßlich des „Weltfriedenskongresses" in Warschau 1950 hieß es: „Die Friedensbewegung ist stark, [...] unlösbar mit ihr verbunden ist [...] auf der ganzen Welt der Große Name – STALIN." Auf dem Kongreß würden Vertreter von 80 Nationen dem „Symbol des Friedens – STALIN" huldigen, denn: „Die Menschen auf der ganzen Welt, die um den Frieden kämpfen, wissen: Wir siegen, weil der GROSSE STALIN mit uns ist."[202]

Die weiteren Höhepunkte des kommunistischen Festjahres 1950 standen im Zeichen des Propagandathemas „Frieden". Dies galt beispielsweise für den 1. Mai.[203] Aus Kattowitz meldete die PZPR, daß die Stimmung fröhlich gewesen sei, die Demonstration fünf Stunden gedauert habe und die Jugend während der ganzen Veranstaltung „Frieden, Stalin, Bierut" skandiert habe. Auf der Demonstration seien 1.438 Transparente gezeigt worden, davon 583 mit Losungen zur „Verteidigung des Friedens" und 107, die das Bündnis und die Freundschaft zur Sowjetunion ausdrückten. Insgesamt seien 73 Portraits Stalins gezeigt worden, 328 Abbildungen anderer „Anführer der Arbeiterklasse [przywódcy klasy robotniczej]" und 144 Karikaturen der „Kriegsbrandstifter".[204] Die Kultur des stalinistischen Massenfestes hatte sich in Polen etabliert.

Im Mai 1950 lief außerdem die Kampagne des sowjetisch inspirierten „Stockholmer Appells" an, in dem die Ächtung der Atombombe gefordert wurde.[205] Sowohl in der DDR als auch in Polen sollte die gesamte Bevölkerung zur Unterzeichnung bewegt werden. Die Führung wollte „unter diesen einfachsten Parolen Hunderte Millionen Menschen mobilisie-

199 O Józefie Stalinie, S. 7.

200 Ebd. Ein Jahr darauf kommentierte Victor Klemperer die Konkurrenz zwischen christlichen und sowjetischen Festen, die offensichtlich in den westlichen Medien thematisiert wurde, in seinen Tagebüchern: „Vielerlei Feiern zu Stalins Geburtstag am 21. XII. Im RIAS hieß es neulich: „*UNSER* Erlöser ist am *24.* Dezember geboren." Eintrag vom 23.12.1950, in: Klemperer, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, Band 2, S. 114 [Hervorhebung im Original]. Zum Kult um Stalins Werke in der DDR, siehe Frida Rubiner, Die Werke Stalins, *Die Neue Gesellschaft* 1950, Nr. 10, S. 721–726.

201 Eindringlich beschreibt Ilja Ehrenburg als reisender Repräsentant der UdSSR den globalen Führerkult um Stalin. In deutlicher Analogie zu Jesus erzählt er, wie Menschen in verschiedenen Ländern in aussichtslosen Situationen oder im Martyrium auf Stalin vertrauen. Vgl. Ilja Ehrenburg, Große Gefühle [1949], in: ders.: Dem Frieden! Aufsätze und Reden, Berlin (Ost) 1952, S. 200–210.

202 Józef Stalin – Wódz Swiatowego Obozu Pokoju, *Notatnik Agitatora* 1950, Nr. 14, S. 3–14, Zitate S. 3, S. 14. Vgl. als Beispiel aus der DDR: Friedrich Ebert, Stalin. Lehrer der Werktätigen – Führer im Friedenskampf, *Die Neue Gesellschaft* 1950, Nr. 11, S. 882–886.

203 Vgl. zum „Kampf um den Frieden" als Thema der polnischen Maifeiern Sowiński, Komunistyczne święto, S. 70–78; zum 1. Mai in der DDR: Katja Protte, Zum Beispiel ... der 1. Mai 1951 in Ost-Berlin – Agitation, staatliche Selbstdarstellung und Utopie, in: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin/München 1996, S. 118–135.

204 Meldunki z terenu Nr. 90/356, 2.5.1950, AAN, KC PZPR, 237/VII–121, Bl. 90–106, Zitat Bl. 90.

205 Vgl. zum „Stockholmer Appell" und dem „Friedenskampf" aus sowjetischer Sicht: Ilja Ehrenburg, Vom Warschauer Friedenskongreß [1950], in: ders., Dem Frieden! Aufsätze und Reden, Berlin (Ost) 1952, S. 218–242.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

ren [...] unabhängig von ihrer Nationalität, ihrer Religion oder ihrer politischen Ansichten." Wiederum war nicht nur die eigene Bevölkerung, sondern die Weltöffentlichkeit Adressat. Es ging schließlich um die „Demaskierung der amerikanischen Imperialisten und ihrer Satelliten gegenüber der Meinung der Welt, gegenüber der Meinung ihrer eigenen Völker [...]."[206] Es handelte sich beim „Stockholmer Appell" um die erste Massenmobilisierung im Zeichen der Friedenskampagne.[207] Die Massenorganisationen TPPR und DSF waren fest in die Maschinerie des Propagandastaates eingebunden.

Die Vereinnahmung des Begriffes „Frieden" rief in Polen den Protest der katholischen Kirche hervor. Seit Anfang Mai 1950 weigerte sich der Klerus, die Friedenskampagne zu unterstützen. Die Auseinandersetzung zwischen Kirche und kommunistischer Diktatur trat damit in eine neue Phase. Seit der Enzyklika Papst Pius XII., in der die Unvereinbarkeit der katholischen Konfession mit der Mitgliedschaft in einer kommunistischen Partei erklärt wurde, hatten sich die Konflikte zugespitzt.[208] Nun war die Kirche nicht bereit, die kommunistische Friedenskampagne zu unterstützen. Sie scherte damit aus der „Nationalen Front" aus. Aus dieser Ablehnung folgte, daß die Kirche aus der Gemeinschaft der „Patrioten" ausgeschlossen wurde.[209] In der Wojewodschaft Posen predigte ein katholischer Geistlicher: „Wenn der Herr Jesus uns keinen Frieden gibt, dann helfen auch alle Unterschriften nichts." Der Bischof von Posen weigerte sich ebenfalls, den Stockholmer Appell zu unterzeichnen.[210] Diese Resistenz gegen die Zwangsvereinnahmung durch den Propagandastaat verärgerte das polnische Regime. Schließlich betonte die Propaganda stets den umfassenden Charakter der „Friedensbewegung": Im September 1950 verkündeten die Organisatoren des 1. Polnischen Friedenkongreß in Warschau, daß weltweit 400 Millionen Menschen den „Stockholmer Appell" unterschrieben hätten.[211]

206 Instrukcja w sprawie ogólnonarodowej akcji zbierania podpisów pod apelem Światowego Komitetu Obrońców Pokoju, 4.5.1950, AAN, KC PZPR, 237/VIII–111, Bl. 26.

207 In der DDR kam der DSF eine tragende Rolle bei der Sammlung der Unterschriften und der Verbreitung der Friedenspropaganda zu. Vgl. Lex Ende, Für den Frieden kämpfen, das heißt: *Friedenspost* 1950, Nr. 18, S. 11. Jürgen Kuczynski war vom Politbüro der SED in das Friedenkomitee der DDR berufen worden. Anlage Nr. 12 zum Protokoll Nr. 84 des Politbüros der SED, 18.4.1950, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/2–89, Bl. 80.

208 Excommunication of Communists, formulated by Pope Pius XII, July 1, 1949, in: Sidney Z. Ehler/John B. Morrall (Hg.), Church and State through the Centuries. A Collection of Historic Documents with Commentaries, New York, NY 1954, S. 611. Nach der Enzyklika Papst Pius XII. hatten zahlreiche bekennende Katholiken ihren Austritt aus der PZPR erklärt. Vgl. Kenney, Rebuilding Poland, S. 330f. Ilko-Sascha Kowalczuk berichtet von Unterschriftenverweigerung als Resistenzverhalten an DDR-Universitäten: Ilko-Sascha Kowalczuk, Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 448f.

209 Vgl. zur Konkurrenz zwischen Kirche und kommunistischer Diktatur die Fallstudie von Damien Thiriet zu Tschenstochau und Jasna Góra. Damien Thiriet, Marks czy Maryja? Komuniści i Jasna Góra w apogeum stalinizmu (1950–1956), Warschau 2002, S. 175–255.

210 Meldunki z terenu Nr 100/366, 16.5.1950, AAN, KC PZPR, 237/VII–121, Bl. 154–159, Zitat Bl. 155.

211 400 Millionen Unterschriften, *Friedenspost* 1950, Nr. 37, S. 3.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Mit dem Koreakrieg, der in den Medien als Verteidigungskrieg gegen eine amerikanische Aggression dargestellt wurde, gewann das Friedensthema weiter an Schärfe.[212] Die Angst vor einem neuen Krieg, die seit dem Beginn internationaler Spannungen 1946 latent vorhanden war, steigerte sich. Die aus den Erfahrungen von zwei Weltkriegen gespeiste, tief verankerte Furcht vor einem neuen Konflikt bildete das Fundament der Friedenspropaganda. Dabei spielte die Spannungssituation des Kalten Krieges in die Hände der Propagandisten. Schließlich mußte der Frieden ständig bedroht sein, damit man um ihn „kämpfen" und die Sowjetunion ihn „retten" konnte. Mit „Frieden" hatte die kommunistische Propaganda einen Begriff besetzt, der über eine große Mobilisierungswirkung verfügte und die Emotionen der Bevölkerung erreichte.

Das Thema „Frieden" wiederholte sich im Jahr 1951.[213] Im Februar verbreiteten die Propagandaapparate im sowjetischen Block den Text eines *Pravda*-Interviews mit Stalin. Dort erklärte er, der Frieden könne nur dann gefestigt werden, wenn „die Völker die Sache der Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und den Frieden bis zum äußersten verteidigen."[214] Die FDJ erhielt die Aufgabe, „entscheidend mitzuhelfen, den Inhalt des Stalininterviews zum Allgemeingut aller Deutschen zu machen."[215] Der FDGB sorgte für die Verbreitung in den Betrieben. Die Gewerkschaftsleitung mußte jedoch in einem Bericht an die Sowjetische Kontrollkommission vom April 1951 einräumen, daß „in mehreren Betrieben falsche opportunistische Auffassungen [...] pazifistischen Charakters" zutage getreten seien. Im Stalinismus bedeutete „Friedenskampf" nicht Pazifismus, sondern die Bereitschaft den sowjetischen Block zu verteidigen. Daß einige Arbeiter die „führende Rolle der Sowjetunion im Friedenslager" nicht akzeptieren wollten, wertete der Berichterstatter als Anzeichen von „Sozialdemokratismus". Viele Arbeiter wüßten nicht genug über die UdSSR: „Hier zeigt sich eine Schwäche der Gewerkschaften und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die darin besteht, daß es noch nicht gelungen ist, alle Arbeiter über die große Umgestaltung [...] und die Bauten des Kommunismus zu informieren." Man räumte der SKK gegenüber ein, daß sich nicht alle Arbeiter mobilisieren ließen:

212 Die FDJ-Führung stellte in einem Telegramm nach Korea die Parallelen zwischen der deutschen und der koreanischen Lage heraus. In beiden Ländern befänden sich „USA-Imperialisten". Daher forderte die FDJ „Raus mit den amerikanischen Räubern aus Korea und Deutschland". Die diskursive Klammer zwischen der koreanischen und der deutschen Jugend bildete ihre Integration in die Diskursgemeinschaft des Stalin-Kultes. So schloß das Telegramm mit den Worten: „Es lebe der Führer aller Menschen, der große Stalin!". Telegramm an das Zentralkomitee der demokratischen Jugend Koreas, 13.7.1950, SAPMO-BArch DY 24–2399, unpag.

213 Siehe Manifest Polskiego Komitetu Obrońców Pokoju do narodu polskiego, in: *Nowe Drogi* 1951, Nr. 2, S. 3–5. Zur Verbindung von nationalistischer Rhetorik und „Friedenskampf": J. Guranowski, W imię niepodległości Polski, w imię pokoju między narodami, Warschau 1951. Für eine Einschätzung des Friedenskampfes und der Interviewkampagne aus der polnischen Führung vgl. das geheime Referat von Jakub Berman vom 28.2.1951, AAN, KC PZPR, 237/VIII–205.

214 Zu diesem Zeitpunkt arbeitete die DSF unter dem Motto: „Jede Einheit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft eine Festung für den Frieden". Die Verbreitung von Stalins Aussagen war eines der zentralen Anliegen des Frühjahrs 1951. Rahmenarbeitsplan für das 2. Quartal 1951, SAPMO-BArch, DY–10631, unpag.

215 Mit Stalin für die Erhaltung und Sicherung des Friedens! Appell des Sekretariats des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend an alle Mitglieder der Freien Deutschen Jugend, Anlage zum Protokoll 133/III/51, 21.2.1951, SAPMO-BArch DY 24–2406, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

„Die BGLen verstanden es oftmals nicht, jetzt jedem einzelnen Arbeiter konkret seine Spezialaufgaben im Kampf um den Frieden an seinem Arbeitplatz klarzustellen."[216] Auch umfassende Mobilisierungskampagnen kannten die Mühen der Ebene.

Im Sommer 1951 ging die Mobilisierung für den „Friedenskampf" weiter: In Polen veranstaltete der Parteistaat ein „Friedensplebiszit" und in der DDR wurde eine „Volksbefragung" durchgeführt. Wie beim Stockholmer Appell des Vorjahres war die Teilnahme verpflichtend. Wiederum versuchten einige, sich dem Druck, für den „Frieden" zu stimmen, zu entziehen. In der DDR distanzierten sie sich, indem sie angaben, sie seien für den „Frieden", aber gegen den „Kommunismus". Andere Agitatoren berichteten, als Reaktion auf die Kampagne träten „in diesen Tagen immer wieder die alten Punkte der Oder-Neiße-Grenze auf."[217] Die Berichterstattung in der PZPR belegt, wie ambivalent die Polen auf die Friedenspropaganda reagierten. Ständig beschworen die Medien die Gefahr eines neuen Krieges und beschuldigten die westlichen „Kriegsbrandstifter", einen Feldzug gegen die Sowjetunion zu planen. Daraufhin kursierten in Łódź Gerüchte, daß der Ausbruch eines Weltkrieges unmittelbar bevorstünde. Die parteistaatlichen Quellen sprachen in diesen Fällen von „Kriegspropaganda [propaganda wojenna]", und das Regime zeigte sich über solche Ängste ausgesprochen beunruhigt. Die von der Propaganda erzeugte Spannung sollte in Verteidigungsbereitschaft, Entschlossenheit zum Aufbau und Unterstützung sowjetischer Politik münden. In Łódź hielten sich die Menschen jedoch nicht an das Drehbuch der stalinistischen Bewußtseinsindustrie. Vielfach verbreiteten sich Gerüchte über einen bevorstehenden Waffengang in der Öffentlichkeit („besonders in den Straßenbahnen und bei der Arbeit"). In Posen und Łódź riefen Mütter ihre Kinder aus den Sommerferienlagern zurück.[218] Die latente Kriegsangst verstärkte sich im Verlaufe des Koreakrieges noch weiter; wiederholt kam es zu Hamsterkäufen. Durch „Einfluß feindlicher Propaganda" hätten sich in Lublin und Warschau Dinge des täglichen Bedarfes wie Seife, Fett, Salz und Zucker verknappt oder seien ausverkauft. Um sich über die internationale Lage zu informieren, hörte die Bevölkerung in der Wojewodschaft Warschau demonstrativ *BBC*, *Voice of America* und *Radio Madrid* ab.[219]

Die Resultate der Friedenspropaganda waren widersprüchlich. Die geschürte Kriegsangst verhinderte ein stärkeres Engagement bei der Arbeit, das heißt die Propaganda hatte einen destabilisierenden und demoralisierenden Effekt. Viele Polen verstanden, daß sie keineswegs in einem pazifistischen Staat lebten und der „Kampf um den Frieden" schnell zum Ernstfall werden konnte. Während die implizite Drohung mit einem bevorstehenden Krieg den Eindruck auf eine leidgeprüfte Bevölkerung nicht verfehlte, zogen die Menschen in

216 An die SKK. Betr. Auswertung des Stalin-Interviews, 30.4.1951, SAPMO-BArch DY 34/45g/1165, unpag.

217 Instrukteursbericht über den Einsatz zur Volksbefragung, 2.6.1951, SAPMO-BArch DY 32–10329, unpag.

218 Meldunki z terenu Nr. 121/387, 16.6.1950, AAN, KC PZPR, 237/VII–121, Bl. 260-263, Zitat Bl. 262.

219 Meldunki z terenu Nr. 130/396, 3.7.1950, AAN, KC PZPR, 237/VII–122, Bl. 1–4. Vgl. zu Kriegsgerüchten im polnischen Stalinismus auch die Beispiele in: Dariusz Jarosz/Maria Pasztor, W krzywym zwierciadle. Polityka władz komunistycznych w Polsce w świetle plotek i pogłosek z lat 1949–1956, Warschau 1995, S. 51–71.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

vielen Fällen eigene Schlüsse. Anstatt ihre Anstrengungen in den „Friedenskampf", d.h. in die bedingungslose Unterstützung der sowjetischen Politik zu stellen, zogen sie es vor, für sich selbst vorzusorgen.[220] Ähnliche Ängste sind auch aus der DDR überliefert. So hieß es, in einem Privatbetrieb in Rostock seien alle „der Meinung, daß es zu einem Krieg kommen wird [...] obwohl mit diesen Kollegen ausführlich diskutiert wurde, waren sie nicht davon zu überzeugen, daß wir mit unserer ganzen Kraft den Frieden erhalten können." Bei einer Rede Otto Grotewohls über den „Friedenskampf" „stellte eine Kollegin selbständig die Sendung ab und schaltete auf Musik vom RIAS Sender." Andere äußerten: „Fleisch wird knapp, weil es für den Krieg konserviert wird. [...] Unsere letzte Stunde ist gekommen, der Russe muß raus, dann wird Frieden."[221] Arbeiter der Wismut AG erklärten, „es wäre ja klar, daß man in Westdeutschland aufrüsten müsse, wenn wir in der DDR so viel Geschrei für den Frieden erheben [...] hinter der ganzen Sache steckt ja doch die Sowjetunion."[222] Aus dem Kreis Plauen berichtete der FDGB: „Vor den Sparkassen stehen Schlangen von Menschen, die Geld abheben wollen. Die Einkäufe in der HO nehmen derart überhand, daß in verschiedenen Geschäften die Waren knapp werden."[223] Als „oft wiederkehrende Argumente" nannte ein Bericht: „Der Amerikaner will gar keinen Krieg. Er schützt sich nur vor einem geplanten Angriff der Sowjetunion."[224] Deutlich manifestiert sich in diesen Berichten das Mißtrauen gegenüber der sowjetischen Armee. Ihr Auftreten erzeugte Existenzängste: „In Sondershausen wird hartnäckig das Gerücht verbreitet, daß sowjetische Besatzungstruppen in die Stadt einziehen und Häuser beschlagnahmen würden, dabei ist besonders darauf hinzuweisen, daß man von mongolischen Truppen spricht." Eine Lehrerin verkündete, daß „die Russen" kämen, und Familien begannen daraufhin, ihre Habseligkeiten zu packen. Es kam zu „Unruhe in der Bevölkerung"; in der Stadt Greußen „verbauten einige Familien nachts ihre Türen mit Gegenständen."[225] An verschiedenen Universitäten nutzten die Studierenden 1950 Studentenratswahlen, um gegen die SED-Propaganda zu protestieren. Sie versahen ihre Stimmzettel mit „provokatorischen Bemerkungen", die unter anderem auf die Friedenspropaganda und den Stalin-Kult Bezug nahmen: „Ich bin für Frieden in Freiheit", „Niemals Bolschewismus", „Stalin verrecke" oder „Hängt ihn auf, den Stalin, den größten Verbrecher an der Menschlichkeit."[226]

Die vorliegenden Stimmungsberichte lassen zwei Schlüsse über die Anstrengungen des Propagandastaates zu. Erstens zeigen sie, wie wenig es für die Bevölkerung möglich war, die Propaganda zu ignorieren. Die Friedenspropaganda hatte direkten Einfluß auf ihre Befindlichkeit. Und zweitens wird deutlich, wie wenig der Propagandastaat die Rezeption seiner Anstrengungen einschätzen konnte. Wo für Unterstützung geworben wurde, war oft Verunsicherung das Resultat.

---

220 Victor Klemperers Probleme mit der Friedenspropaganda waren eher semantischer Art. Er fragte sich im Juni 1950: „Was heißt überhaupt ‚den Frieden erkämpfen'? Ich frage mich das immer wieder [...]." Eintrag vom 1.6.1950, in: Klemperer, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, Band 2, S. 40.

221 FDGB Bundesvorstand, Information Nr. 1, 24.9.1951, DY 34–22666 Bl. 197–207, Zitat Bl. 204, Bl. 205.

222 FDGB Bundesvorstand, Information Nr. 4, 10.10.1951, DY 34–22666, Bl. 186–196, Zitat Bl. 195.

223 FDGB Bundesvorstand, Information Nr. 2, 28.9.1951, DY 34–22666, unpag.

224 FDGB Bundesvorstand, Information Nr. 5, 16.101951, DY 34–22666, Bl. 179–185, Zitat Bl. 184.

225 FDGB Bundesvorstand, Information Nr. 6, 19.19.1951, DY 34–22666, unpag.

226 Zitate bei Kowalczuk, Geist im Dienste der Macht, S. 509f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 https://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Auch 1952 spielte die Verbindung des Begriffs „Frieden" mit der Persona Stalins eine wichtige Rolle. Die Verschmelzung der beiden Themen versinnbildlichte ein Propagandaplakat, auf dem zwei Mädchen und ein Junge in Pionieruniform abgebildet sind, die ein Stalinportrait mit Blumen schmücken. Die Aufschrift des Plakates lautete: „STALIN – das ist der Frieden."[227] In der Kampagne gegen die Pariser Verträge, den Generalvertrag und die Westbindung der Bundesrepublik überschnitten sich die Propagandathemen Frieden, Einheit und Stalin. Mit der sowjetischen Note vom 10. März 1952, der sog. Stalin-Note, erreichte diese Mischung aus nationaler Propaganda und Stalin-Kult einen weiteren Höhepunkt.

Im folgenden soll es nicht um den diplomatischen Wert der sowjetischen Initiative gehen, sondern um ihre propagandistischen Implikationen.[228] Unabhängig von den Zielen der UdSSR zeigt sich, daß die Stalin-Note ein Versuch war, die gesamtdeutsche Öffentlichkeit für die sowjetische Politik einzunehmen. Insofern stellten die Note und der anschließende diplomatische Schlagabtausch aus propagandageschichtlicher Sicht zunächst nur eine Variation bekannter Themen aus dem Kanon stalinistischer Propaganda dar. Die Reaktion fiel auch hier widersprüchlich aus. Das Gros der DDR-Bevölkerung wurde am Arbeitsplatz über die sowjetische Initiative informiert. In ritualisierter Manier gaben viele Betriebe und einzelne „Aktivisten" nun „Selbstverpflichtungen" zur Produktionssteigerung ab. Sicher war der Vorschlag populär, mit Deutschland einen Friedensvertrag abzuschließen. Doch die Bedingungen stießen zum Teil auf scharfe Kritik. Viele Arbeiterinnen und Arbeiter lehnten die in der Stalin-Note vorgesehene Aufstellung deutscher Streitkräfte rundweg ab.[229] So verlautete in Thüringen: „Keine Wehrmacht [...] ohne uns [...]." Ähnlich fragte man im mecklenburgischen Ludwigslust: „Was sollen wir mit einer Wehrmacht [...] wir brauchen eine Polizei, aber keine Wehrmacht." Aus mehreren Regionen meldete man „Unklarheiten [...] betreffs Oder-Neiße-Grenze."[230] Aus Sondershausen hieß es, „die Kolleginnen [...] beschäftigten sich noch am Tage des Bekanntwerdens der Note der SU mit Plänen, wie und wohin man nach Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland in die Gebiete Schlesiens, Ostpreußens usw. kommen könnte."[231] In Weimar kam die Forderung einer Volksbefragung über die Ostgrenze auf. Dort hieß es, daß „das deutsche Volk immer ein Mißtrauen gegen die SU haben würde und daß erst einmal die Konzentrationslager in der DDR aufgemacht werden müßten, um das Volk zu beruhigen."[232] Aus Groß-Berlin berichtete der

227 Holger Stoecker, „Stalin, das ist der Frieden!" – Die Stalin-Note vom 10. März 1953 und die friedenspolitische Propaganda der DDR, in: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin/München 1996, S. 395–405, Abbildung S. 395.

228 Vgl. zur Diskussion um die Stalin-Note die Beiträge in: Jürgen Zarusky (Hg.), Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen, München 2002; Jochen Laufer, Der Friedensvertrag mit Deutschland als Problem der sowjetischen Außenpolitik. Die Stalinnote vom 10. März 1952 im Lichte neuer Quellen, in: VfZ 52 (2004), S. 99–118.

229 Zur Begründung für die Aufrüstung in der DSF-Propaganda siehe bspw.: Karl Böhm, Warum nationale Streitkräfte?, *Die Neue Gesellschaft* 1952, Nr. 8., S. 574–578.

230 Aus Situationsberichten der Länder über die Note der Sowjetregierung an die Westmächte, 14.3.1952, SAPMO-BArch DY 34–22667, unpag.

231 FDGB Bundesvorstand, Anlage Nr. 2 zur Information Nr. 9, 25.3.1952, DY 34–22667, unpag.

232 FDGB Bundesvorstand, Information Nr. 9, 25.3.1952, SAPMO-BArch DY 34–22667, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

FDGB über eine ausgeprägt pazifistische Stimmung unter Frauen, die sich wegen der Wiederaufrüstung sorgten: „Unsere Männer und Söhne sollen keine Uniform mehr anziehen, das ist bestimmt erst der Anfang." Das Mißtrauen gegenüber der sowjetischen Außenpolitik manifestierte sich in Aussagen, wie der eines Arbeiters aus Bad Frankenhausen: „Ja, die Russen sind schlau, sie sagen Abzug der Besatzungsmächte. Sie ziehen ab bis zu ihrer Grenze und die Amerikaner müssen übers Wasser in ihr Land. Kommt nun aber ein Krieg, sind die Russen schneller wieder da als die Amerikaner."[233] Im Herbst 1952 erhielt die DSF von Ulbrichts Sekretariat die Aufgabe zugewiesen, gegen die Westintegration der Bundesrepublik zu agitieren.[234] Das Versprechen der Einheit blieb in der SED-Rhetorik mit dem beständigen Schüren von Kriegsangst verbunden. Die Verbindung von Friedenspropaganda und Führerkult bestand bis zu Stalins Tod im März 1953.

Nach 1949 liefen die Feiern zu Stalins Geburtstag in bescheidenem Rahmen ab.[235] Für die Intellektuellen wurden seine letzten Schriften – zur Sprachwissenschaft und zu den ökonomischen Problemen des Sozialismus in der UdSSR – zur Pflichtlektüre.[236] Der Stalin-Kult war Bestandteil der politischen Kultur Polens und der DDR geworden. Wenn *sein* Name erwähnt wurde, stand man wohl oder übel auf und beteiligte sich am rituellen rhythmischen Klatschen. Im Sinne Max Webers läßt sich eine Veralltäglichung des Führer-Charismas beobachten, die mit der Zeit die Wirkungsmächtigkeit des Kultes unterminierte.[237] Auf dem 3. Parteitag der SED 1950 beobachtete Victor Klemperer die Rituale des Führerkultes, seinen paternalistischen Duktus: „Jeder Redner schließt mit der Huldigung für Stalin. Die Formel lautet unweigerlich: „Unser Führer und Lehrer (Rabbi!)".[238] Und als Volkskammerabgeordneter mußte er feststellen, daß er sich in der Öffentlichkeit diesen Ritualen nicht mehr entziehen konnte: „Und ich habe mich von meinem Sitz erhoben u. dem großen Führer der SU zugeklatscht. Oedeste Sache [...]."[239]

Zu Lebzeiten Stalins erreichte der Kult einen letzten Höhepunkt während des 19. Parteitages der KPdSU im Oktober 1952. Es handelte sich um den ersten Konvent nach dem Krieg. Die Propaganda schrieb ihm globale Bedeutung im „Friedenskampf" zu.[240] Stalin selbst trat auf dem Parteitag nur zweimal kurz in Erscheinung.[241] In Polen und der DDR veranstalteten die Parteistaaten pflichtgemäß Kampagnen zur „Popularisierung der Materialien des XIX. Parteitages." Die SED ordnete die „Durchführung von öffentlichen Versammlungen der Partei und der Massenorganisationen zur Auswertung des XIX. Parteitages" an. Anhand der Rede Stalins sollte die „Erhaltung des Friedens – Grundlage

233 FDGB Bundesvorstand, Anlage Nr. 2 zur Information Nr. 9, 25.3.1952, SAPMO-BArch DY 32–22667, unpag.

234 Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 198 des Sekretariats des ZK der SED, 25.9.1952, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/3–327, unpag.

235 So beschloß etwa der Zentralrat der FDJ 1950, nur kleine Gruppenfeiern mit den Mitgliedern vor Ort durchzuführen. Protokoll Nr. 119 der Sitzung des Sekretariats des Zentralrates der FDJ, 6.12.1950, DY 24–2403, unpag.

236 Vgl. am Beispiel der polnischen Intellektuellen: Jarosz, Polacy a stalinizm, S. 145–170.

237 Vgl. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 142f.

238 Eintrag vom 24.7.1950, in: Klemperer, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, S. 65–66, Zitat S. 66.

239 Eintrag vom 8.11.1950, a.a.O., S. 100–101, Zitat S. 100.

240 Roman Werfel, Zjazd, na który spogląda świat, *Nowe Drogi* 1952, Nr. 9, S. 80–87.

241 5 października w Moskwie rozpoczął obrady XIX zjazd WKP (b), *Wolność*, 7.10.1952.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

1 Denkmal der polnisch-sowjetischen Waffenbrüderschaft, Warschau-Praga, 1945. *Photographie des Verfassers*

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

2 Zentrale Feier zum 70. Geburtstag Stalins, Berlin, 21. Dezember 1949.
Sammlung des Deutschen Historischen Museums, Berlin

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

3 Plakat zum Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, 1950.
Sammlung des Deutschen Historischen Museums, Berlin

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

4 Einweihung des Stalin-Denkmals durch Walter Ulbricht, Berlin, Stalinallee, 4. August 1951.
Sammlung des Deutschen Historischen Museums, Berlin

5 „Die polnisch-sowjetische Freundschaft ist der Frieden, die Unabhängigkeit und das glückliche Morgen unseres Vaterlandes". Propagandaplakat, Polen 1951.
Nowe Drogi

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

6 Plakat zum Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, 1952.
Sammlung des Deutschen Historischen Museums, Berlin

7 Plakat zum Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, 1952.
Sammlung des Deutschen Historischen Museums, Berlin

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

8 Stalin-Kult und Friedenskampagne. Propagandaplakat, DDR 1952. *Sammlung des Deutschen Historischen Museums, Berlin*

9 „Für Frieden, Demokratie und Sozialismus". Die große Freundschaft der Führer. *Wolność*, 1. Januar 1953

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

10 Propagandaplakat zur Völkerfreundschaft, DDR 1955.
Sammlung des Deutschen Historischen Museums, Berlin

11 Kulturpalast in Warschau, errichtet 1952–1955.
Photographie des Verfassers

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

12 Propagandaplakat zum Jahrestag der Oktoberrevolution, DDR 1957.
Sammlung des Deutschen Historischen Museums, Berlin

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

sowjetischer Außenpolitik" herausgearbeitet werden. Bei den Bürgern sollte die Erkenntnis reifen: „Freund der Sowjetunion sein heißt, dem eigenen Volke dienen."[242] In Polen meldete die Staatspartei schwachen Besuch der Veranstaltungen, auf denen die Arbeiter mit den Ergebnissen des Parteitages bekannt gemacht wurden. Darunter habe auch die Stimmung gelitten.[243] In Warschau zeigte man sich besorgt, weil manche Ausführungen zur Friedenspolitik mißverstanden worden seien.[244] Aus Krakau hieß es, es gäbe Interesse an Stalins Ausführungen zur Ökonomie des Sozialismus, diese seien jedoch für die Parteimitglieder schwer verständlich. In Łódź hatte ein Genosse die Bedeutung eines sowjetischen Parteitages gründlich mißverstanden. Auf die Frage, welchen Stellenwert dieses Ereignis für Volkspolen habe, erklärte er, daß der „XIX. Parteitag nur für die UdSSR Bedeutung habe, dort werden die Angelegenheiten dieses Landes besprochen, daher hat es für uns keine Bedeutung, denn wir leben unter ganz anderen Bedingungen."[245]

Wie sehr sich der Stalin-Kult in seiner Endphase an religiöse Symbolik angenähert hatte, verdeutlicht das Titelbild der populären Frauenzeitschrift *Przyjaciółka* [Freundin] vom Dezember 1952. Es zeigte eine polnische Bäuerin, die in stiller Andacht, die Hände wie im Gebet gefaltet, zu einer Stalinbüste aufsieht. Die Schlagzeile lautete: „Der Name Josef Stalins ist der teuerste für Millionen arbeitender Menschen weltweit."[246] In diesem Bild verdichten sich die Grundzüge des späten Stalin-Kultes: die gottgleiche Statur und die religiöse Aura, die seinen Portraits, Denkmälern und Büsten zugeschrieben wurden. Das Zusammenspiel von Entrücktheit und Omnipräsenz kennzeichnete diese Phase des Führerkults. Es fand seinen Ausdruck in dem Ritual, Stalin bei lokalen Versammlungen oder Festen in ein „Ehrenpräsidium" zu wählen. Nachdem dies per Akklamation geschehen war, ließ man einen Stuhl frei, auf dem Stalin nun in einem spirituellen Sinne präsent blieb und über der Veranstaltung wachte und präsidierte.

Als Stalin Anfang 1953 ein polnisches Gastspiel im Bolschoitheater mit seiner persönlichen Anwesenheit beehrte, waren sich die polnischen Diplomaten der hohen Ehre bewußt. Es war Stalins Erscheinen, das dem Abend seine besondere Bedeutung verlieh. Ein polnischer Diplomat meldete nach Warschau: „Die Vorstellung polnischer Künstler im Bolschoitheater, die Anwesenheit der Mitglieder des Politbüros mit dem Genossen Stalin an der Spitze [...] muß man nicht nur als einen Akt der besonderen Anerkennung für die Kunst Volkspolens betrachten, sondern vor allem als einen politischen Akt. Wir sehen hierin gleichzeitig einen Ausdruck der Anerkennung für die Anstrengungen der Volksmassen Polens und ihre Parteiführung und eine Hilfe für uns im Kampf um die weitere Festi-

242 Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 206 der Sitzung des Sekretariats der SED, 27.10.1952, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/3–335, unpag.

243 Meldunki z terenu Nr. 240/1054, 18.11.1952, AAN, KC PZPR, 237/VII–131, Bl. 228–235.

244 Meldunki z terenu Nr. 242/1056, 20.11.1952, AAN, KC PZPR, 237/VII–131, Bl. 244–249.

245 Meldunki z terenu Nr. 244/1058, 22.11.1952, AAN, KC PZPR, 237/VII–131, Bl. 259–269, Zitat Bl. 265.

246 *Przyjaciółka*, 21.12.1952. In der sowjetischen Malerei der Nachkriegszeit läßt sich ein ähnlicher Trend beobachten. Während Stalin in den 30er Jahren zunächst im Kontakt mit der Bevölkerung dargestellt wurde, war der Nachkriegs-Stalin überhöht, monumental und isoliert. Vgl. Caute, The Dancer Defects, S. 512f. Siehe auch die Darstellungen in der Propagandakunst bei Gaßner/Schleier/Stengel, Agitation zum Glück, S. 93, Boris Groys/Max Hollein (Hg.), Traumfabrik Kommunismus. Die visuelle Kultur der Stalinzeit, Ostfildern-Ruit 2003, S. 150, S. 177.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

gung der Nation und die Vertiefung der Polnisch-Sowjetischen Freundschaft."[247] Die Polen hatten gelernt, den Kommunikationskode des Führerkultes zu entschlüsseln.

In der Persona Stalins verfügte das sowjetische Imperium über ein Symbol der Einheit und der Geschlossenheit. Die Persona des Herrschers war nicht mehr nur das Symbol für die Sowjetunion, wie in den dreißiger Jahren, sondern für den gesamten sowjetischen Block. Stalin stand zugleich für den utopischen Anspruch des Kommunismus und für die Stabilität sowjetischer Herrschaft. Er eignete sich als positiver wie als negativer Bezugspunkt und verlieh durch sein Charisma der grauen Mangelwirtschaft des Staatssozialismus paternalistischen Glanz oder gab dem System wenigstens ein unverkennbares Gesicht.

2. Gesellschaft als Klassenzimmer: Die Monate der Freundschaft 1948–1955

Das Feierjahr des sowjetischen Kalenders war seit der Aufnahme Polens und der DDR in die Gemeinschaft der Großen Freundschaft 1949 auch dort verbindlich.[248] Jeder Monat hatte seine großen oder kleinen Feier- und Gedenktage. Es begann im Januar mit dem Todestag Lenins, am 23. Februar wurde der „Tag der Roten Armee" begangen, dann folgten der „internationale Frauentag" im März und am 22. April Lenins Geburtstag. Das Feierjahr erreichte seinen ersten Höhepunkt am 1. Mai, dem eine wochenlange Mobilisierung voranging. Bereits wenige Tage später beging man den Jahrestag des Kriegsendes am 8./9. Mai entweder als Tag des „Sieges" oder der „Befreiung".[249] Als eigene Feiertage beging das kommunistische Polen den Tag des Lubliner Manifestes am 22. Juli und die DDR den 7. Oktober als „Tag der Republik".[250] Den Herbst dominierte schließlich der Jahrestag der Oktoberrevolution, der am 7. November gefeiert wurde. Die Freundschaftskampagnen waren wiederholt auf den 5. Dezember, den „Tag der Stalin-Verfassung" oder auf Stalins Geburtstag am 21. Dezember ausgerichtet. Die im folgenden untersuchten „Monate der Freundschaft" sollten diesen sowjetischen Feiertagen zu größerer Bedeutung verhelfen. Alljährlich im Herbst dominierten diese „Monate" die repräsentative Öffentlichkeit.

247 Wyciąg z raportu Ambasady PRL w Moskwie, 23.2.1953, AAN, KWKzZ, 128, Bl. 27–31, Zitat Bl. 30. S. auch den Bericht über die Reise: Sprawozdanie z pobytu Zespołu „Mazowsze" w Moskwie w czasie od 2.1. do 13.1.53 r., AAN, KWKzZ, 133, Bl. 13–17.

248 Zur Entstehung des sowjetischen Feierjahres in der Kulturrevolution siehe: Malte Rolf, Feste des „roten Kalenders": der Große Umbruch und die sowjetische Ordnung der Zeit, in: ZfG 49 (2001), S. 101–118.

249 Zum Leninkult in Deutschland siehe bspw.: Lex Ende, Im Geiste Lenins. Rede anläßlich des 80. Geburtstages von W. I. Lenin, 22.4.1950, SAPMO-BArch DY 32–4926, unpag.; zum Kult um die Rote Armee in Polen am 23. Februar die Materialien in AAN, KC PZPR, 237/VIII–200, Bl. 1–16; Wytyczne w sprawie obchodów 38-rocznicy Armii Radzieckiej, AAN, ZSCh, 1744, Bl. 92–96.

250 Vgl. zum 22. Juli als kommunistischem Staatsfeiertag Polens Main, National and Religious Holidays, S. 87–109; zu den Jahrestagen der DDR am 7. Oktober die Beiträge in: Monika Gibas/Rainer Gries/Barbara Jakoby u.a. (Hg.), Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR, Leipzig 1999.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

2.1 Die Ordnung der Kampagne

Keine andere Propagandakampagne im polnischen oder deutschen Stalinismus erreichte die gleiche Mobilisierungstiefe wie die alljährlichen „Monate der Freundschaft" zur Sowjetunion. Während der Kampagne reisten sowjetische Gäste durch Polen und die DDR. Dabei handelte es sich um Wissenschaftler, Theater- oder Opernensembles oder um Stachanovarbeiter, die ihre „fortschrittlichen Arbeitsmethoden" vorführten. Gleichzeitig besuchten handverlesene polnische und deutsche Delegationen die Sowjetunion. Neben diesen eng kontrollierten Kontakten entspann sich in den „Monaten der Freundschaft" ein dichtes Netz der *symbolischen Kommunikation* mit der Sowjetunion. Aus zahllosen Betrieben, Behörden und Institutionen versandte man kollektiv verfaßte Telegramme und Briefe an sowjetische Einrichtungen, in denen die gegenseitige „Freundschaft" sowie der „Kampf für den Frieden" beschworen wurden.

Hinter den Kulissen bestimmten die Parteispitzen den Ablauf und die Schwerpunkte der Kampagne. Bereits im Sommer beschlossen das Sekretariat oder das Organisationsbüro den Start- und den Schlußpunkt des „Monats der Freundschaft". Etwa zur gleichen Zeit wandten sich die Freundschaftsgesellschaften mit der Bitte um die Entsendung sowjetischer Künstler oder anderer Prominenter an die Vertreter der VOKS, an die sowjetischen Botschaften oder direkt an die VOKS in Moskau. Da der Moskauer Apparat schwerfällig arbeitete, nahmen die Freundschaftsgesellschaften schon früh Kontakt auf, um sich einige Höhepunkte zu sichern. Offiziell leiteten die TPPR und die DSF die „Monate der Freundschaft". Sie sollten ihre Mitglieder mobilisieren, und zugleich die Zusammenarbeit mit der Staatspartei und den anderen Massenorganisation – Gewerkschaften, Bauernhilfe, Jugend- und Frauenorganisation – oder der Staatssicherheit, die für den Schutz sowjetischer Besucher zuständig war, koordinieren.[251]

In Polen fand 1947 der erste Freundschaftsmonat statt; in der DDR im Herbst 1949.[252] Für die Mitarbeiter der Freundschaftsgesellschaften bedeutete der Herbst die Hochsaison, auf die seit dem Sommer hingearbeitet wurde. Im November wurde das Thema „Freundschaft zur Sowjetunion" in den Medien noch präsenter, und die TPPR und die DSF traten aus ihrer zunehmenden Bedeutungslosigkeit hervor, um für eine kurze Zeit die erste Geige im Orchester der Bewußtseinsindustrie zu spielen. Ein Vergleich der Kampagnenplanung aus Polen und der DDR zeigt, wie stark die kommunistischen Gesellschaften im Hochstalinismus synchronisiert waren. Im Jahr 1951 hieß die Zielsetzung der TPPR:

251 Vgl. die Ausführungen über den Anteil 24 verschiedener Institutionen und Organisationen am Freundschaftsmonat 1948: Program Miesiąca Pogłębienia Przyjaźni Polsko-Radzieckiej 7 października – 7 listopada 1948 r., 15.9.1948, in: Polsko-radzieckie stosunki kulturalne, S. 368–381, insbesondere S. 369–376.

252 Im Jahr 1947 war das Programm noch nicht so umfangreich; auch sprach man noch nicht von einem „Freundschaftsmonat", sondern vom „Monat des kulturellen Austausches". Die TPPR räumte zu diesem Zeitpunkt ein, noch nicht im ganzen Land vertreten zu sein. Im Mittelpunkt standen die Feiern zum 30. Jahrestag der Oktoberrevolution. Die großen Themen des Sowjetuniondiskurses dominierten die Feiern. Program Miesiąca Wymiany Kulturalnej Polsko-Radzieckiej i przygotowań do obchodów 30 rocznicy Rewolucji Październikowej przygotowany przez ZG TPPR, 15.9.1947, in: Polsko-radzieckie stosunki kulturalne, S. 256–275.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

„Wie in jedem Jahr feiert die polnische Nation den Monat zur Festigung der Polnisch-Sowjetischen Freundschaft. [...] Er wird der Ausdruck der Gefühle der Freundschaft und der Dankbarkeit für die Große Sowjetunion sein. Die Aufgabe des Monats ist es, die breiten Massen der polnischen Gesellschaft mit der Friedenspolitik der Sowjetunion vertraut zu machen, mit ihrem Kampf zur Verteidigung der Völkerfreiheit gegen die Entfesselung der imperialistischen Aggression, sowie die breiteste Popularisierung der Hilfe der UdSSR für Polen im Bereich der Wirtschaft, Technik und Kultur."[253]

Die entsprechende Sentenz aus dem gleichen Jahr in der Planung der DSF lautete:

„Bei allen deutschen Menschen [sind] die Kenntnisse über die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion und die führende Rolle der Sowjetunion und des Generalissimus Stalin in der Weltfriedensbewegung zu vertiefen und zu festigen, insbesondere alle deutschen Friedenskämpfer fest davon zu überzeugen, daß die Sowjetunion das stärkste Bollwerk des Friedens ist [...]. In jedem deutschen Haus, in jeder deutschen Familie muß die Überzeugung gefestigt werden, daß oberster Grundsatz der Politik der sozialistischen Sowjetunion die Erhaltung des Friedens ist und immer bleiben wird."[254]

Die Kampagnen unterlagen einem impliziten Steigerungszwang – jedes Jahr sollte die Gesellschaft vollständiger erfaßt werden. So hieß es 1952 mit Kritik an den Vorjahren im Arbeitsprogramm der DSF: Der „bereits traditionell gewordene Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft [...] soll im Gegensatz zu den bisher stattgefundenen Freundschaftsmonaten auf einer breiten Basis durchgeführt werden." Ziel sei „die weitere Vertiefung der Freundschaft unseres Volkes zur Sowjetunion – Entfaltung einer Massenbewegung der deutsch-sowjetischen Freundschaft [...]".[255] In Polen strebte die Staatspartei ebenfalls „wie in den Vorjahren" Feiern „im ganzen Land" an.[256] Und 1953 hieß es: Im „Monat der Freundschaft geben die breiten Massen den heißen Gefühlen der Dankbarkeit und Liebe zum großen Land der Räte Ausdruck [...] er wird eine große Mobilisierung der Massen für die weiteren Anstrengungen zum Aufblühen Volkspolens unter Rückgriff auf die Hilfe und die Erfahrungen unserer sowjetischen Brüder sein."[257] Um die alljährliche Heerschau der Freundschaft zu begründen, wurden immer größere Ziele formuliert. Inwieweit diese überhaupt zu erreichen waren bzw. mit der Stimmungslage der Bevölkerung

253 Program miesiąca pogłębienia przyjaźni Polsko-Radzieckiej 14.X.–15.XI.1951 r., [ohne Datum, Herbst 1951], ATPPR, 5/17, unpag.

254 Plan für den Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft 1951, 21.9.1951, SAPMO-BArch, DY 32–10436, unpag.

255 Arbeitsprogramm für die Vorbereitung und Durchführung des Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft 1952, 27.9.1952, SAPMO-BArch DY 32–10433, unpag.

256 Program Miesiąca Pogłębienia Przyjaźni Polsko-Radzieckiej 7. XI.–7.XII. 1952 r., [ohne Datum, November 1952], AAN, ZSCh, 1745, Bl. 122–140, Zitat Bl. 122.

257 Ramowy Plan Pracy Miesiąca Pogłębienia Przyjaźni Polsko-Radzieckiej. Październik 1953 [ohne Datum, Herbst 1953], AAN, ZSCh, Nr. 1745, Bl. 62f. Siehe auch: Dlaczego obchodzimy Miesiąc Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, *Pogadanki Propagandysty* 1953, Nr. 15, S. 1–8.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 https://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

korrespondierten, spielte keine Rolle. Der interne Diskurs hatte sich vollständig von den Zielgruppen der Propaganda gelöst. Die Zielsetzung der Kampagne folgte den inhärenten Zwängen des Propagandastaates. Die erfundene Tradition der Freundschaftsmonate hatte ihre eigene Ordnung hervorgebracht.

In Polen und in der DDR legten die Staatsparteien Wert darauf, in der Freundschaftskampagne spezielle Akzente zu setzen, die ihren Verlauf strukturierten. Dabei handelte es sich um sowjetische Feiertage, die durch Versammlungen und Feiern gewürdigt wurden. Einen Höhepunkt bildete stets der Jahrestag der Oktoberrevolution.[258] So plante man 1951 in der DDR am 7. November den Freundschaftsmonat „abends mit einem Festakt in der Deutschen Staatsoper" zu beginnen. Parallel fanden „Festveranstaltungen [...] in allen Ländern, Kreisen, Orten und Betrieben" statt.[259] Die Inauguration der Kampagne folgte stets einem einheitlichen Muster: Sie fand unter Beteiligung hoher in- und ausländischer Würdenträger bei einem Festakt in den Hauptstädten statt. Während an dieser zentralen Plenarveranstaltung nur Auserwählte teilnahmen, strebte der Propagandastaat an, eben diesen Auftakt in den nächsten Tagen hundert- und tausendfach in der Provinz „nachzuspielen". Jede Kleinstadt, jeder Betrieb, jedes Dorf oder jede landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft sollte dieses Ereignis aus dem Zentrum reproduzieren. So wurde die Eröffnung der alljährlichen Sowjetisierungssaison „vor Ort" erlebbar. Die vom Apparat erdachte Dramaturgie eines solchen Agitations- und Festabends verband didaktische Elemente, ästhetisches Erleben und gemeinschaftliche Unterhaltung.[260] Ein Agitationsabend begann mit einem thematischen Vortrag. Als Redner fungierte dabei ein lokaler Repräsentant des Parteistaates. Durch die Rezitation russischer Gedichte oder das Singen sowjetischer Lieder konnten Einzelne oder Gruppen partizipieren und auf lokaler Ebene Loyalität demonstrieren. Durch ihre Teilnahme vollzogen sie einen Rollenwechsel vom Zuschauer zum Akteur, vom Lernenden zum Lehrenden. Den Abschluß bildete gemeinsame Musik mit Tanz. Das unterhaltende Element war der Köder, mit dem die Bevölkerung zur Teilnahme am Agitationsabend motiviert wurde. Mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten – sowjetische Kunst oder Wissenschaft, Literatur oder Architektur – wiederholten sich solche Agitationsabende in den Wochen des Freundschaftsmonats.

Der Revolutionsfeiertag war keineswegs der einzige Höhepunkt eines Freundschaftsmonats. Vielmehr präsentierte der Propagandastaat seinem Publikum eine Myriade von Feiertagen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Am 29. November führte die DSF in Verbindung mit der FDJ am „10. Jahrestag der Ermordung der jungen Heldin der Sowjetunion, Soja Kosmodemjanskaja, durch die faschistischen Hitlertruppen einen ‚Tag der jungen Garde' durch." Schließlich fand der Freundschaftsmonat seinen „Abschluß am 5. Dezember

258 Vgl. zur Bedeutung des Revolutionsfeiertages im Sowjetuniondiskurs: W 33 Rocznicę Wielkiej Rewolucji Socjalistycznej, *Notatnik Agitatora* 1950, Nr. 12, S. 3–25; Rudolf Mießner, 7. November 1917. Schönster Gedenktag – auch für Deutschland!, *Die Neue Gesellschaft* 1950, Nr. 11, S. 801–810.

259 Plan für den Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft 1951, 21.9.1951, SAPMO-BArch, DY 32–10436, unpag.

260 Vgl. als Beispiel für eine solche Feierchoreographie: Historyczne Tradycje Przyjaźni Polsko-Radzieckiej. Wieczornica świetlicowa, Warschau o. J. [1953].

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

1951, dem 15. Jahrestag der Stalinschen Verfassung der UdSSR [...]."[261] Auch randständige Ereignisse konnten aufgewertet werden. So sollte 1952 im Rahmen des polnischen Freundschaftsmonats der „Jahrestag der Stalingrader Offensive" am 19. November ein „Hauptpunkt der Feierlichkeiten für die Bevölkerung" sein.[262] Im folgenden Jahr standen der „Jahrestag des Beschlusses des Ministerrates der UdSSR und des ZK der KPdSU über den Stalinschen Plan zum Umbau der Natur" am 20. Oktober und am 29. Oktober der Jahrestag des Komsomol auf dem Feierprogramm.[263] Mit Hilfe des Kalenders sollten die Inhalte des Sowjetuniondiskurses vermittelt werden. Die Aufwertung sowjetischer Fest- und Jahrestage hatte einen festen Platz in der Didaktik des Propagandastaates. Jedes Ereignis wurde für Reden und Referate genutzt, welche die Inhalte des Sowjetuniondiskurses im kollektiven Bewußtsein verankern sollten. Gleichzeitig strukturierte diese neue Zeitordnung die repräsentative Öffentlichkeit. Implizit bedeutete schließlich die demonstrative Aufwertung sowjetischer Ereignisse einen Beweis für die geschlossene Ausrichtung des Blocks auf die UdSSR sowie die Verdrängung nationaler und religiöser Feiertage.

Ein weiteres Element der Kampagne bildete das Schmücken des öffentlichen Raumes. Die Sowjetisierungssaison war nicht nur eine Zeit des Lernens und der emotionalen Mobilisierung. Idealiter sollten die „Massen" ihre Begeisterung durch die freiwillige Dekoration des öffentlichen Raumes ausdrücken. So veröffentlichte der Arbeitsausschuß zur Vorbereitung des Freundschaftsmonats 1952 einen Aufruf an „alle friedliebenden deutschen Patrioten", der dazu aufforderte, „durch die Ausschmückung ihrer Häuser, Betriebe, Verwaltungen, Schulen, ihrer Städte und Dörfer das einmütige Bekenntnis des deutschen Volkes zur Freundschaft mit der Sowjetunion zum Ausdruck zu bringen." Die Herrschenden versuchten Druck auszuüben, indem auch hier ein „Wettbewerb" veranstaltet wurde: „Schmückt noch heute und morgen Eure Häuserfassaden, Fenster, Balkone, Treppenaufgänge, Eure Betriebe und Dörfer festlich! [...] Organisiert Wettbewerbe für die beste Ausgestaltung von Haus zu Haus, von Stadt zu Stadt [...]." Die angeordnete Partizipation sollte streng in den Bahnen des herrschenden Diskurses verlaufen. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, es gelte die Losungen zu verwenden, die „in der demokratischen Presse bekanntgegeben wurden." Die Bevölkerung wurde angehalten, persönliche „Bekenntnisse" in die Fenster zu hängen, die ihnen von der DSF vorformuliert waren.[264] Der Versuch der Mobilisierung, die Anleitung zur Zwangspartizipation ging mit der demonstrativen Entmündigung einher.

261 Plan für den Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft 1951, 21.9.1951, SAPMO-BArch, DY 32–10436, unpag.

262 Program Miesiąca Pogłębienia Przyjaźni Polsko-Radzieckiej 7. XI.–7.XII. 1952 r., [ohne Datum, November 1952], AAN, ZSCh, 1745, Bl. 122–140, Zitat Bl. 122.

263 Program Miesiąca Pogłębienia Przyjaźni Polsko-Radzieckiej 9.X.–8.XI.1953, [ohne Datum, Herbst 1953], AAN, ZSCh, 1745, Bl. 170–192, Bl. 173.

264 Solche „Bekenntnisse" lauteten: „Als Freund der Sowjetunion höre ich den amerikanischen RIAS nicht, weil er zum Kriege hetzt", oder: „Ich will keine Ruinen, sondern wünsche schöne Wohnhäuser wie die Stalinallee in Berlin. Deshalb bin ich ein Freund der Sowjetunion." Aufruf an die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zur Ausschmückung der Wohnhäuser und der Betriebe anläßlich des Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft 1952, November 1952, SAPMO-BArch DY 32–10433, unpag. In einem eigenen Bericht vergewisserte sich die DSF über „Erfolge" und „Schwächen" der „Sichtagitation" im Monat der DSF 1952. Siehe: Abschlußbericht über die Arbeit der Kommission Sichtwerbung und Agitation im Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft, Mitte Dezember 1952, SAPMO-BArch DY 32–10433.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Die Ausschmückung des öffentlichen Raumes, insbesondere der Schulen, Betriebe und Arbeiterklubs, konnte die Form kleiner Ausstellungen oder Plakate zu Themen des Sowjetuniondiskurses wie etwa den „Großbaustellen des Kommunismus", „Moskau" oder „Steigerung des Wohlstands der arbeitenden Massen in der UdSSR" annehmen. 1948 wurden in Polen die Wanderausstellungen „Tretjakow Galerie", „Frau und Kind in der UdSSR", „Die sowjetische Industrie", „Waffenbrüderschaft", „Maxim Gorki", „30 Jahre UdSSR" und „800 Jahre Moskau" gezeigt. Hinzu kamen noch mobile Präsentationen für die Landbevölkerung. Typische Themen für Vorträge und Vorlesungen der Agitatoren lauteten „Die polnisch-sowjetische Freundschaft ist Ausdruck des Willens der Nation", „Die UdSSR in Zahlen", „Bildung und Schule in der Sowjetunion", „Das Leben der sowjetischen Jugend" oder „Meere und Ozeane in der Wirtschaft der UdSSR".[265] Die Kampagne orientierte sich an den Themen des Sowjetuniondiskurses.

Neben dem Ausschmücken des öffentlichen Raumes bildete das Lernen der russischen Sprache einen wichtigen Teil der Kampagne. In Polen und der DDR hatte das Russische nach dem Krieg an den Schulen und bald auch an Hochschulen und Universitäten den Status eines Pflichtfaches erhalten.[266] Doch die große Didaktik des Hochstalinismus umfaßte auch die Erwachsenenbildung. Während diese Sprachvermittlung in der DDR zurückhaltend betrieben wurde, gab es in Polen gezielte Versuche, die russische Sprache zu verbreiten. Hier versuchte der Parteistaat auch, polnischen Lesern die sowjetische Presse zu vermitteln. So startete die TPPR-Zeitschrift *Przyjaźń* im Oktober 1949 einen Wettbewerb unter dem Motto „Popularisieren wir die sowjetische Presse!" Das Ziel war es, einen direkten Zugriff des sowjetischen Propagandastaates auf Teile der polnischen Leserschaft herzustellen. Es sollte das Interesse „breitester Kreise der polnischen Gesellschaft" für die sowjetische Presse geweckt und eine „beständige Leserschaft" geworben werden.[267] Auch in den folgenden Jahren spielte die Werbung für die sowjetische Presse und die Organisation von Russischkursen in den polnischen Freundschaftsmonaten eine wichtige Rolle.[268] Auf einer Sitzung Ende 1952 stellten die Funktionäre fest, daß das Studium der russischen Sprache immer noch vernachlässigt werde. Insbesondere wurde beklagt, daß selbst die Funktionäre der TPPR der russischen Sprache nicht mächtig seien.[269] Daraufhin bildete im Herbst 1953

265 Program Miesiąca Pogłębienia Przyjaźni Polsko-Radzieckiej 7 października – 7 listopada 1948 r., 15.9.1948, in: Polsko-radzieckie stosunki kulturalne, S. 368–381, Zitate S. 377–378.

266 Dabei gab es in der DDR wiederholt Proteste gegen das obligatorische Erlernen der russischen Sprache an den Hochschulen. Siehe Kowalczuk, Geist im Dienste der Macht, S. 174, S. 527.

267 Informacja tygodnika „Przyjaźń" o ogólnopolskim konkursie pod hasłem „Popularyzujmy prasę radziecką", 16.10.1949, in: Polsko-radzieckie stosunki kulturalne, S. 549–550, Zitat S. 549. Siehe auch Program Ramowy Miesiąca Pogłębienia Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, 7.X.–7.XI. 1949 r. [ohne Datum, Herbst 1949], AAN, ZSCh, 1741, Bl. 1–16, Bl. 11f. Vgl. auch den Artikel: Jestem czytelnikem „Prawdy", *Przyjaźń* 1951, Nr. 18, S. 4–5, in dem verschiedene polnische Intellektuelle, darunter bspw. der Ökonom Włodzimierz Brus, erklärten, sie läsen regelmäßig die *Pravda*.

268 Program Ramowy Miesiąca Pogłębienia Przyjaźni Polsko-Radzieckiej w 1950 r. [ohne Datum, Herbst 1950], AAN, ZSCh, 1741, Bl. 18–23, Bl. 21; Program Ramowy Miesiąca Pogłębienia Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, 7.XI.–7.XII.1952 r [ohne Datum, Herbst 1952]., AAN, ZSCh, 1745, Bl. 122–140, Bl. 137f.; Program Miesiąca Pogłębienia Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, 8.X.–8.XI.1953 r. [ohne Datum, Herbst 1953], AAN, ZSCh, 1745, Bl. 170–192, Bl. 186f.

269 Protokół z posiedzenia C.K.M. w dniu 30 grudnia 1952 r., AAN, ZSCh, 1743, Bl. 2–5.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

eine „Woche des sowjetischen Buches und der sowjetischen Presse" einen eigenen Schwerpunkt im Freundschaftsmonat.[270]

Die Verwandtschaft der slawischen Sprachen ermöglichte diesen stärkeren Sowjetisierungsdruck in Polen. Besonders problematisch waren diese Russifizierungsversuche jedoch, weil sich der kommunistische Parteistaat damit wiederum in die imperialen Traditionen des Zarenreiches stellte, das ebenfalls versucht hatte, die polnische Sprache zurückzudrängen.[271] In der DDR beschränkte man sich während der Freundschaftskampagne darauf, für die eigenen Zeitschriften *Friedenspost* und *Die Neue Gesellschaft*, die sowjetische *Tägliche Rundschau* sowie Übersetzungen sowjetischer Schriften zu werben.

Schon 1950 hieß es in Polen und in der DDR, daß der „Monat der Freundschaft" zu den eigenen „Traditionen" gehöre. Für weibliches Publikum organisierte man Vorlesungen über das Leben und die „Errungenschaften" sowjetischer Frauen, und die Kulturgruppen der Gewerkschaften, der Bauernhilfe oder der Ministerien führten sowjetische Theaterstücke auf. Im „Monat der Freundschaft" 1949 ermutigte die Presse die Polen, ihre Erfolge bei der Aneignung sowjetischer Kultur zu nutzen, um kleine Prämien zu gewinnen: „Aus Anlaß des ‚Monats' hat die TPPR eine Reihe von Preisen gestiftet, unter anderem für das beste poetische Werk zum Thema polnisch-sowjetische Freundschaft, für die beste Übersetzung eines sowjetischen Werkes, für den besten Artikel über die Sowjetunion [...]".[272] Hier handelte es sich um eine der charakteristischen Mach-mit-Aufforderungen des Propagandastaates.

Lernen hieß, sich den *Soviet way of life* anzueignen. Das galt insbesondere für die Betriebe, wo bereits in den vierziger Jahren das sowjetische System der Produktionssteigerung eingeführt wurde. Zu den Vorbildern, die auf Anfrage der SED in die DDR kamen, gehörten Stachanovarbeiter, die im Freundschaftsmonat ausgewählte Betriebe besuchten, um dort ihre Methoden vorzuführen. Ein Beispiel aus dem Freundschaftsmonat 1950 zeigt, daß die traditionsbewußte deutsche Arbeiterschaft für dieses Unterfangen ein schwieriges Publikum bildete.[273] In Betrieben wie Carl-Zeiss-Jena, die von den „Neuen Menschen" besucht wurden, war das Bewußtsein „deutsche Qualitätsarbeit" zu leisten identitätsstiftend. Diese Werte und die aus der Arbeiterbewegung überlieferte Aversion gegen „Normbrecher" standen einer positiven Rezeption der Stachanovkampagne entgegen.[274] Als ein sowjetischer

270 Ramowy Plan Pracy Miesiąca Pogłębienia Przyjaźni Polsko-Radzieckiej 1953 r. [ohne Datum, Herbst 1953], AAN, ZSCh, 1745, Bl. 62–87.

271 Zu Versuchen der Russifizierung Polens im Zarenreich nach dem Aufstand von 1863 siehe Chwalba, Historia Polski, S. 400f; Kappeler, Rußland als Vielvölkerreich, S. 207ff; Hosking, Rußland, S. 409f.

272 Vgl. Program Miesiąca Pogłębienia Przyjaźni Polsko-Radziekiej, *Przyjaźń* 1949, Nr. 41, S. 5.

273 Zur Arbeiterschaft in der SBZ/DDR vgl.: Christoph Kleßmann, Die stilisierte Klasse – Arbeiter und Arbeiterbewegung in der frühen DDR, in: AfS 39 (1999), S. 19–71; Peter Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970, Berlin 1995. Ähnliche Konflikte existierten auch in Polen. Siehe Jędrzej Chumiński, Gewerkschaften und Arbeiterinteressen in Polen 1944–1956, Potsdam 2000. Siehe auch am Beispiel der Warschauer Arbeiter: Błażej Brzostek, Robotnicy Warszawy. Konflikty codzienne (1950–1954), Warschau 2002.

274 Zum Selbstverständnis der Arbeiter in der DDR, siehe: Alf Lüdtke, „Helden der Arbeit" – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 188–213. Zur Produkti-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Stachanovarbeiter auf die Zweifel eines deutschen Ingenieurs antwortete, was zähle, seien nicht die technischen Details, sondern die revolutionäre Tat des einzelnen Arbeiters an der Werkbank, dürfte er sein Publikum kaum beeindruckt haben. Von anderen Treffen in deutschen Betrieben wurde berichtet, die Arbeiter hätten während der Veranstaltung eine „negierende Stellung gegenüber der Sowjet-Union eingenommen" und charakterisierte widerständiges Verhalten gegenüber den sowjetischen Gästen als „Sozialdemokratismus in höchster Potenz."[275] Diese sorgfältig inszenierten und choreographierten „Freundschaftstreffen" waren für den Parteistaat schwer zu kontrollieren. Leichter fiel es, das Echo in den Medien zu lenken. Hier wurden die Auftritte sowjetischer Gäste, die internen Berichten zufolge holprig verliefen, als Triumphzug beschrieben.[276] Vielsagend ist die Tatsache, daß die sowjetischen Aktivisten stets ein bewaffneter Personenschutz der Volkspolizei begleitete.

2.2 Siegeszüge der Musik

Neben die Parallelen auf der Planungs- und Inszenierungsebene der Freundschaftsmonate tritt eine interessante Übereinstimmung in der Rezeption sowjetischer Kultur. Die größten Erfolge feierten die Propagandastaaten mit Auftritten sowjetischer Folkloregruppen: Es waren Chöre, Orchester und Tanzensembles, die großen Zuspruch fanden. Bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten Auftritte sowjetischer Chöre und Orchester Anklang gefunden. Dies lag nicht nur daran, daß Musik einen höheren Unterhaltungswert hat als politische Agitation. Meine These ist, daß die positive Aufnahme, die diese Spielart sowjetischer Kultur erfuhr, daraus resultierte, daß sie im Verständnis des Publikums weniger als sowjetisch, denn als russisch wahrgenommen wurde. Auch wenn ein großer Teil des Repertoires solcher Gruppen wie des Alexandrov-Ensembles der Roten Armee aus sowjetischen Liedern – etwa dem „Lied vom Vaterland" oder „Katjuša" – bestand, so kamen diese in der musikalischen Verpackung russischer Folklore daher. An der Oberfläche hatten die Konzerte einen unpolitischen Charakter. Die gesamte Choreographie und das Repertoire sowjetischer Volksliedensembles entsprachen dem, was sich Polen und Deutsche unter russischer

onspropaganda in der DDR, siehe: Jörg Roesler, Planwirtschaft und Produktionspropaganda, in: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag. Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin/München 1996, S. 345–363.

275 Bericht über den Besuch des Deputierten des Obersten Sowjet und Stalinpreisträgers Nikolaj Rossijskij, 2.1.1951, SAPMO-BArch DY-32-5373, unpag. Zur Reise Rossijskijs und seines Kollegen Pavel Bykov im Freundschaftsmonat 1950 durch die DDR siehe: Jan C. Behrends, Besuch aus der Zukunft. Sowjetische Stachanov-Arbeiter in der DDR, in: JGO 50 (2002), S. 194–204.

276 Pawel Bykow sprach zu Studenten der TH Dresden, *Tägliche Rundschau*, 7.12.1950; Freundschaft! Pawel Bykow!, *Tägliche Rundschau*, 10.12.1950; H.U. Behm, Mit Rossiski von Betrieb zu Betrieb. Aus dem Tagebuch eines Delegationsmitgliedes, *Die Neue Gesellschaft* 1951, Nr. 2, S. 111–115. Die Kampagne folgte dem Dogma der Überlegenheit sowjetischer Technik. Vgl. hierzu: Anne Hartmann/Wolfram Eggeling, „Das zweitrangige Deutschland" – Folgen des sowjetischen Technik- und Wirtschaftsmonopols für die SBZ und die frühe DDR, in: Wolfgang Emmerich/Carl Wege (Hg.), Der Technikdiskurs in der Hitler-Stalin-Ära, Stuttgart/Weimar 1995, S. 189–202.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Volkskultur vorstellten.[277] Das Wechselspiel zwischen melancholischem Solo und schmetternden Chören, die Balalaika, die akrobatischen Tanzeinlagen bedienten ein Klischee, das älter war als die sowjetische Kultur. Diese Auftritte wurden vom Publikum in Berlin oder Warschau, in Breslau oder Halle deshalb geschätzt, weil sie etwas Vertrautes in einer fremd gewordenen Welt darstellten: Während der Kosmos des Sowjetuniondiskurses – mit Stachanovarbeitern, „Großbauten des Kommunismus" und Leninkult – etwas Fremdes verkörperte, zu dem die Bevölkerung kaum eine Beziehung aufbauen konnte, fiel dies bei der sowjetischen Musik wesentlich leichter. Hier kam etwas Vertrautes aus der UdSSR: Russen als leidenschaftliche und melancholische Wesen, Kosakenlieder und Kasatschok, Männerchöre und weibliche Kopfstimmen – diese Kombination vermochte das Publikum zu begeistern, weil mit ihr ein Hauch der alten Welt, der Welt vor der Oktoberrevolution in die Hallen und Stadien, auf die Plätze und in die Kulturhäuser kam.

Die enthusiastische Publikumsreaktion bei Konzerten sowjetischer Ensembles läßt sich aus zwei unterschiedlichen Quellen rekonstruieren. Einerseits liegen zahlreiche Berichte über einzelne Auftritte und Konzertreisen, die trotz des Jargons der Begeisterung, der diesen Quellentyp prägt, auf außerordentlich erfolgreiche Veranstaltungen hindeuten. Andererseits läßt sich nachweisen, daß sich TPPR und DSF schon frühzeitig um die Auftritte beliebter sowjetischer Gruppen bemühten sich solche Publikumsmagneten für ihre Freundschaftsmonate zu sichern. Dabei konkurrierten sie miteinandert und mit verschiedenen Instanzen des Parteistaates.[278] Schon 1946 hatten sowjetische „Volkskünstler" in Polen und der SBZ Publikumserfolge gefeiert.[279] Während einer Tournee durch Polen spielte das Alexandrov-Ensemble der Roten Armee sowohl in kleinen Theatern vor einem exklusiven Publikum als auch in großen Sportstadien vor Tausenden von Zuschauern. Bereits bei seiner ersten Konzertreise durch Polen erreichte dieses Aushängeschild der sowjetischen Streitkräfte rund 87.000 Zuschauer, und im Sommer 1948 spielten die Musikanten der

277 Die Unterhaltungsmusik stand in der UdSSR im Dienste des Propagandastaates. Vgl. mit zahlreichen weiterführenden Hinweisen: Matthias Stadelmann, „O, wie gut ist es, im sowjetischen Land zu leben" – Unterhaltungskultur als gesellschaftliches Integrationsmoment im stalinistischen Regime, in: GG 30 (2004), S. 74–93. Siehe auch: Detlef Gojowy, Musik in und seit der Stalinzeit, in: Gabriele Gorzka (Hg.), Kultur im Stalinismus. Sowjetische Kunst und Kultur der 1930er bis 50er Jahre, Bremen 1994, S. 117–130.

278 Dies geschah über Kontakte zu den sowjetischen Botschaften, an denen auch Vertreter der VOKS Dienst taten. Seit 1950 war in Polen das Komitee zur kulturellen Zusammenarbeit mit dem Ausland (Komitet Współpracy Kulturalnej z Zagranicą, KWKzZ) auch mit der Anbahnung kulturellen Austausches mit der Sowjetunion befaßt. Es handelte sich um eine der zahlreichen Parallelstrukturen im Propagandastaat, die genaue Abgrenzung der Aufgaben von ZK-Abteilungen, TPPR und KWKzZ blieb unklar. Im Konfliktfall galt auch hier der Primat der Partei. Zur Vorbereitung des Freundschaftsmonates 1950 durch das KWKzZ, das sich im Sommer bemühte, sowjetische Volkskünstler durch die VOKS zu verpflichten, siehe: Sprawozdanie Szczególne [ohne Datum, Sommer 1950], AAN, KWKzZ, 8, Bl. 6–21. Zum KWKzZ, vgl. Anna Lisiecka, Działalność Komitetu Współpracy Kulturalnej z Zagranicą w latach 1950–1960, in: Marcin Kula (Hg.), Przebudować człowieka. Komunistyczne wysiłki zmiany mentalności, Warschau 2001, S. 203–260. Ziel des KWKzZ wie der sowjetischen Vorbildorganisation VOKS war die möglichst vollständige Kontrolle von Kontakten zu Ausländern und ihre Instrumentalisierung für die Zwecke des Propagandastaates.

279 Gorski u.a., Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 198f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 https://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Roten Armee vor großem Publikum in der sowjetischen Besatzungszone.[280] Ähnlich erfolgreich verlief eine Tournee des russischen Volksmusikchores im gleichen Jahr in Polen. Zu 18 Konzerten kamen 90.000 Zuschauer. Die TPPR hielt fest, das öffentliche Interesse sei groß gewesen.[281] Bei einer Reise des Volkstanzensembles der UdSSR 1950 war die Begeisterung in Dresden so groß, daß „die Ordnungsmaßnahmen [...] nicht eingehalten" wurden und die Funktionäre im restlos gefüllten Stadion „ihre Sitzgelegenheit auf dem Rasen fanden." Während dieser Tournee zählte die DSF in 20 Konzerten 917.700 Zuschauer.[282] Der Zuspruch eines Massenpublikums verdeutlicht, daß die Soldaten das Äquivalent zu sowjetischen Popstars waren – vor dem Hintergrund des schlechten Rufs der Roten Armee ein erstaunlicher Befund.

Daß sich die Vertreter des Propagandastaates gezielt bemühten, diese Musikveranstaltungen zu politisieren, verdeutlicht eine Reise des „Pjatniztkij-Chores", die im Vorfeld der „Volkswahlen" und des Freundschaftsmonats im Herbst 1950 in der DDR stattfand. Die Initiative für die Tournee kam vom SED-Politbüro, das sich durch die Konzerte eine Verbesserung des politischen Klimas erhoffte.[283] Während der Konzerte wurde die Bühne mit der Losung „Für ewige Freundschaft mit der Sowjetunion" geschmückt. Nach jedem Auftritt sollte nach einer vorbereiteten „Rededisposition" ein Schlußwort gehalten werden.[284] Da die genaue Reiseroute geheim war, mußte wegen der überraschenden und kurzfristigen Konzerte vor Ort improvisiert werden. So hieß es aus Meißen, bei der „Ausgestaltung des Veranstaltungsraumes" habe es eine „Panne" gegeben, weil „keine Bilder von Stalin und Pieck im Bühnenbild zu sehen waren, nicht einmal eine Fahne der Sowjetunion wurde aufgetrieben, so daß man als Aushilfe eine Fahne der ČSR anbrachte."[285]

---

280 Sprawozdanie Wydziału Kulturalnego ZG TPPR z pobytu w Polsce Zespołu Pieśni i Tańca Armii Radzieckiej pod kierownictwem prof. gen. A. Aleksandrowa, 15.7.1946, in: Polsko-radzieckie stosunki kulturalne, S. 167–168. Die DDR-Historiographie versuchte die zweifellos erfolgreichen Darbietungen von 1948 politisch aufzuladen und als kollektives Erweckungserlebnis darzustellen. In stalinistischer Diktion hieß es noch 1975: „Die großartigen Darbietungen dieser singenden und tanzenden Sowjetsoldaten, ihre tief im Volk verwurzelte Kunst waren eine begeisternde Demonstration des sowjetischen Volkskunstschaffens. [...] Die Auftritte des Ensembles wurden für viele zu einem Erlebnis, das einer Entdeckung der Sowjetunion gleichkam, und so gestalteten sie sich allenthalben zu großartigen Kundgebungen für die deutsch-sowjetische Freundschaft." Gorski u.a., Deutsch-sowjetische Freundschaft, S. 209.

281 Sprawozdanie Wydziału Imprez ZG TPPR z pobytu Państwowego Rosyjskiego Choru Ludowego im. M. Piatnickiego w Polsce, 14.6.1948, in: Polsko-radzieckie stosunki kulturalne, S. 354–356.

282 Dieser Bericht zeigt auch, mit welchen Versorgungsschwierigkeiten die lokalen Organisatoren zu kämpfen hatten. So gelang es ihnen etwa in Dresden nicht, ausreichend Fleisch zur Versorgung der sowjetischen Gäste bereitzustellen. Da die sowjetischen Künstler in privaten Omnibussen transportiert wurden, fürchtete die Begleitung ständig um ihre Sicherheit. Siehe: Bericht von der Reise des Staatlichen Volkstanzensembles der UdSSR unter der Leitung des Stalinpreisträgers Igor Moissejew, in der Zeit vom 2.6. bis 30.6.1950, 8.7.1950, SAPMO-BArch DY 32–10401, unpag.

283 Protokoll Nr. 5. zur Sitzung des Politbüros der SED, 22.8.1950, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/2–105, Bl. 10.

284 Org. Sekretariat an Landesleitung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Mecklenburg, 12.9.1950, SAPMO-BArch DY 32–10390, unpag.

285 Kulturabteilung – Presse. Gesamtbericht über das Auftreten des staatlichen russischen Pjatnitzkijchores, [ohne Datum, Oktober 1950], SAPMO-BArch DY 32–10390, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Das sowjetische Volkstanzensemble hatte sich 1950 gut auf das DDR-Gastspiel vorbereitet. Zu Beginn des Auftritts sangen die Gäste die DDR-Hymne, was, wie der Bericht vermerkt, bei den Zuschauern einen „tiefen Eindruck" hinterließ. Von einem Konzert in Potsdam berichtete die DSF, die „zum Abschluß einsetzenden Freundschaftskundgebungen müssen als eindrucksvoller und stärker bezeichnet werden als die [...] anläßlich des Besuches des Moissejew-Ensembles. Hochrufe von Pieck und Stalin [sic] wechselten mit den Rufen ‚Freundschaft' ab."[286] Auch aus Wittenberge bestätigte die DSF die völkerverbindenden Potenzen der Musik und sprach davon, „daß die Brücke von nun an geschlagen war von den sowjetischen Freunden." Der musikalische Publikumserfolg wurde sogleich politisch gedeutet: In Wittenberge sei es gelungen, „den Menschen anzusprechen und für die deutsch-sowjetische Freundschaft zu gewinnen." Der Berichterstatter versicherte der DSF-Zentrale in Berlin, es sei ihm „trotz ehrlichen Bemühens nicht gelungen, negative Stimmen zu erfassen [...] Allgemein kann gesagt werden, daß selbst der Verstockteste von diesem Freundschaftsbeweis stark beeindruckt war, besonders durch das Absingen der deutschen Nationalhymne in deutscher Sprache."[287] Auch Auftritte eines georgischen Ensembles im Oktober 1950 in Sachsen stießen auf positive Resonanz.[288] Selbst im katholisch-konservativen Eichsfeld lösten sowjetische Musiker eine emotionale Reaktion aus. Die „schwer zu überzeugende Eichsfelder Bevölkerung" habe sich zu „wahren Stürmen der Begeisterung" hinreißen lassen.[289]

Auf dem Höhepunkt des Spätstalinismus tourte das Alexandrov-Ensemble 1952 triumphal durch Polen. Nach internen Schätzungen sahen 500.000 Zuschauer die 22 Konzerte und vier Auftritte in Betrieben.[290] Besonders in den schlesischen Städten Zabrze und Kattowitz sei das Ensemble begeistert gefeiert worden. Der Berichterstatter erklärte, bisher hätten nur internationale Fußballspiele oder Boxkämpfer es geschafft, so große Massen in Begeisterung zu bringen.[291] Allerdings war die Begeisterung offenbar nicht überall in Polen

286 Bericht über die Veranstaltung des Pjatnitzkij Chores am Montag, dem 18.9.1950 um 17,00 Uhr im Ernst-Thälmann-Stadion, [ohne Datum, Oktober 1950], SAPMO-BArch DY 32–10390, unpag. Auch aus Thüringen liegt ein positiver Bericht vor: Erfahrungsbericht über den Aufenthalt des Staatl. Volkstanzensembles der SU und die Durchführung von 4 Veranstaltungen in Thüringen vom 13.–16. Juni 1950, 18.6.1950, SAPMO-BArch DY 32–10391, unpag.

287 An die Zentralleitung der Gesellschaft für Deutsch-Sowj. Freundschaft, 22.9.1950, SAPMO-BArch DY 32–10390, unpag. Auch aus Brandenburg vermeldete die DSF, die Stimmung auf den Konzerten sei „sehr gut" gewesen. Allerdings wies der Bericht auf starke Organisationsmängel hin; in Frankfurt/Oder mußten sowjetische Gäste wegen schlechten Essens im Krankenhaus behandelt werden und in Mecklenburg sei die Koordination mangelhaft gewesen, weil der lokale Sekretär der DSF meistens betrunken war. Bericht über die bisherige Tätigkeit des Pjatnitzkij-Chores, 30.9.1950, SAPMO-BArch DY 32–10390, unpag.

288 Die sowjetischen Gäste wurden mit „Blumen überschüttet". Der Bericht vermeldet Rufe „Lang lebe Stalin!" und „Freundschaft für immer!" Betr. Einsatz eines grusinischen Ensembles, 5.10.1950, SAPMO-BArch DY 32–10391, unpag.

289 Betr. Bericht und Auswertung über das Auftreten des gemischten sowjetischen Ensembles am 6. Oktober in Heiligenstadt, 10.10.1950, SAPMO-BArch DY 32–10391, unpag.

290 Trotz dieser hohen Zuschauerzahl schloß die Tournee mit einem Defizit von 2,5 Millionen Złoty ab. Dies zeigt, wie hoch die Kosten solcher Prestigeveranstaltungen für den Propagandastaat waren. Sprawozdanie z pobytu w Polsce Zespołu Pieśni i Tańca Armii Radzieckiej im. Aleksandrowa, [ohne Datum, Herbst 1952], AAN, KWKzZ, 129, Bl. 125–129.

291 A.a.O., Bl. 129.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

gleich intensiv. Aus dem ostpolnischen Białystok, einer Stadt, die 1939–41 zur UdSSR gehörte, meldeten Funktionäre, daß zwar 25.000 Zuschauer erschienen seien. Den Empfang, den sie dem Ensemble bereiteten, beschrieb der Bericht jedoch als „sehr kalt." Hieran zeigten sich die „großen Schwierigkeiten der Propagandaarbeit in diesem Gebiet." Von „Seiten der Macht [z strony władz]" bedürfe es „großer Anstrengungen, um die Öffentlichkeit zu mobilisieren [większych wysiłków w kierunku aktywizacji publiczności]."[292] Ob in diesem konkreten Fall die Erinnerung an die sowjetische Herrschaft eine Rolle spielte, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Er verdeutlicht jedoch, daß die Integrationskraft der Musik an Grenzen stoßen konnte.

Zu Beginn der fünfziger Jahre verliefen diese sowjetischen Konzertreisen stark ritualisiert. Der „große Bahnhof" für die Gäste bei der Ankunft, der Austausch von Geschenken und die festen Grußformeln gehörten dazu. Selbstverständlich war ebenfalls die Ausschmückung des öffentlichen Raumes. Wo sie unterblieb oder von den Vertretern des Propagandastaates als unzureichend empfunden wurde, bemängelten die Berichte dies. Im Rahmen der Auftritte bestand die Möglichkeit, in die Massenorganisationen wie TPPR oder DSF einzutreten. Propaganda für die Sowjetunion hieß immer Mitgliederwerbung für die Freundschaftsgesellschaft. Außerdem durften Referenzen an den Führerkult nicht fehlen. Stalinportraits schmückten die Bühnen. An prominenter Stelle zeigten sich die lokalen Repräsentanten des Parteistaates, wie etwa die Wojewodschaftsvorsitzenden der PZPR oder die Bezirkschefs der SED. Bei den Konzerten überreichten diese Honoratioren den sowjetischen Gästen Geschenke. Während des Konzertes und am Ende der Vorstellung organisierte man die Übergabe von Blumen, die in der Regel durch Frauen oder Kinder vorgenommen wurde. So entstanden vor den Augen der Zuschauer sorgfältig choreographierte Schauspiele der Freundschaft.

Ein zusammenfassender Bericht hielt 1950 fest, daß in Berlin noch Karten für drei weitere Konzerte des Pjatnizkij-Chores hätten verkauft werden können.[293] Zufrieden zeigten sich die DSF-Propagandisten über die Presseresonanz. Sie hofften, daß solche Auftritte und die positive Berichterstattung die Einstellungen der Bevölkerung beeinflussen: „Dem Auftreten des Pjatnitzkij-Chores widmeten die örtlichen Zeitungen längere Artikel. Sie hoben den hohen Stand der Kultur des Sowjetvolkes hervor und wiesen darauf hin, wie wirkungsvoll das Auftreten des Chores das Märchen von der angeblichen Unkultur ‚der Russen' widerlegt wurde [sic]."[294] Tatsächlich bestätigte die Präsentation stalinistischer Folklore eher tradierte Rußlandbilder. Gerade hier liegt der Schlüssel zum Verständnis ihres Erfolges. Viele Menschen besuchten freiwillig die Konzerte sowjetischer Ensembles. Dabei stand die musikalische Unterhaltung und nicht die politische Erziehung im Vordergrund.

292 Sprawozdanie z przebiegu występów w Polsce Zespołu Pieśni i Tańca Armii Radzieckiej im. Aleksandrowa [ohne Datum, Herbst 1952], AAN, KWKzZ, 129, Bl. 122–124.

293 Kurzbericht Pjatnizkij-Volkschor, [ohne Datum, Oktober 1950], SAPMO-BArch DY 32–10394, unpag.

294 Kulturabteilung – Presse. Gesamtbericht über das Auftreten des staatlichen russischen Pjatnitzkijchores, [ohne Datum, Oktober 1950], SAPMO-BArch DY 32–10390, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

2.3 Innen gleich außen: Probleme des Berichtswesens im Propagandastaat

In internen Abschlußberichten zum „Monat der Freundschaft" dominierte das *newspeak* der Propaganda. Die unter permanentem Erfolgsdruck arbeitenden Funktionäre reproduzierten hier die Erfolgsmeldungen der eigenen Medien und illustrierten sie mit Statistiken, die eine große Teilnahme der Bevölkerung suggerierten. So berichteten sie beispielsweise 1950 am Ende des Freundschaftsmonats über das Stahlwerk in Riesa, das als positives Beispiel herausgestellt wurde: „Im Stahl- und Walzwerk [...] wurden in allen Abteilungen Feierstunden durchgeführt. Schon vor Wochen hatten die Kollegen den Räumen ein würdiges Aussehen verliehen. So z.B. durch Stalin-Ecken, Transparente, Bilder von Stalin [...]." Der Berichterstatter zog das Fazit: „Der Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft [...] hat die Freundschaftsbande zwischen den beiden Völkern noch fester und inniger geknüpft. Die Mehrzahl der Bevölkerung in der DDR erkennt heute in der Freundschaft zur SU die Garantie [...] für die Festigung des Friedens." Hier reproduzierte der Verfasser intern die Anthropomorphisierung des Politischen, den emotional aufgeladenen Diskurs der Massenmedien. Die Propagandasprache fand sich unverändert im Berichtswesen wieder. Im nächsten Satz behauptete er, die Bevölkerungsmehrheit stünde hinter der Sowjetisierungspolitik der SED. Direkt darunter beklagte sich der Verfasser jedoch, die Zahl von 75.000 Teilnehmern bei den Feiern zu Stalins Geburtstag sei zu gering, sie sei „im Verhältnis zur Mitgliederzahl der Gesellschaft, ganz zu schweigen von der Bevölkerungszahl überhaupt, sehr mäßig."[295] Solche widersprüchlichen Aussagen standen in den Berichten unvermittelt nebeneinander.

Ein weiteres charakteristisches Element der Berichterstattung war das Schwelgen in Zahlen, das eine geglückte Mobilisierung ausdrückte. So hieß es über den Freundschaftsmonat 1950 in der schlesischen Wojewodschaft Kattowitz: „Im Rahmen des Monats der Festigung der Polnisch-Sowjetischen Freundschaft wurden planmäßig auf dem Gebiet der Wojewodschaft 2.053 Festabende [akademia], 4.573 Vorlesungen [odczyt], 31 Sportveranstaltungen, 1.455 künstlerische Veranstaltungen [impreza artystyczna], 337 Basare organisiert, es wurden 114 Ausstellungen und 1.057 Schaukästen aufgestellt, 2.353 Wandzeitungen herausgegeben, 220 Russischkurse begonnen und 3.557 Vorträge [pogadanka] gehalten."[296] Das Wojewodschaftskomitee der PZPR meldete vermutlich der Presse dieselben Zahlen, die es zur Absicherung der eigenen Arbeit nach Warschau sandte. Bei diesem Beispiel fehlte jeder Bezug auf die beobachtete Resonanz. Die Zahlen allein bestätigten den Erfolg. Die häufig als „geheim" klassifizierte interne Berichterstattung stimmte in ihren Aussagen mit der parteistaatlichen Presse überein. Das Außen der repräsentativen Öffentlichkeit beeinflußte auch das Innere des Apparates.

Im Hochstalinismus gingen dem Propagandastaat die sprachlichen Möglichkeiten zur Beschreibung der Wirklichkeit verloren. In ihren Berichten reproduzierte die Funktionärs-

295 FDGB, Abt. Organisation. Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft – 71. Geburtstag des Generalissimus Stalin, 3.1.1951, SAPMO-BArch DY 34–15/–/870, unpag.

296 Meldunki z terenu Nr. 228/493. Miesiąc Pogłębienia Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, 15.11.1950, AAN, KC PZPR, 237/VII–123, Bl. 298–300, Zitat Bl. 298. Vgl. als Zahlenschau bereits die Tätigkeitsberichte der Freundschaftsgesellschaften von 1948/49: Tätigkeitsbericht der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 1. April 1948–21. März 1949, Berlin (Ost) 1949; Sprawozdanie ZG TPPR z działalności Towarzystwa za IV kwartał 1948 r., in: Polsko-radzieckie stosunki kulturalne, S. 410–442.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

ebene das bolschewistische Freund-Feind-Schema. Wer sich der Mobilisierung der Gesellschaft verweigerte, war ein „Feind", wer sich der Teilnahme unterwarf, war „begeistert". Nur ausnahmsweise setzten sich die Funktionäre der mittleren Ebene, die solche Berichte verfaßten, mit gesellschaftlichen Strukturen auseinander. In der Regel teilten sie die Menschen in gesellschaftliche Großgruppen („Frauen", „Jugend", „Arbeiter") ein, die man für eine differenzierte Analyse hätte aufsplittern müssen, um Probleme zu isolieren und neue Zielgruppen und Taktiken zu entwickeln. Dies war in den Strukturen des Propagandastaates nicht möglich.

Bei der Quellenanalyse entsteht der Eindruck, daß der Wegfall von Marktmechanismen auch die Propagandaapparate in vieler Hinsicht lähmte. Wie jeder andere Teil des stalinistischen Leviathans handelten die ZK-Abteilungen für Propaganda und die ausführenden Massenorganisationen strikt „nach Plan". Im „demokratischen Zentralismus" arbeiteten sie auf die Leitungsebene der Staatspartei zu, nicht auf die Bevölkerung. Dieses „dem Politbüro entgegenarbeiten" verhinderte eine Orientierung auf die Bevölkerung, die schließlich auch im Kommunismus den Markt darstellte, in dem die Propaganda sich bewähren mußte. So war die Propaganda von den Defiziten der Kommandowirtschaft gekennzeichnet. Die „Bewirtschaftung" der Öffentlichkeit verlief planwirtschaftlich und damit an den Konsumenten des politischen Massenmarktes vorbei.

Zusätzlich erstickte die strikte Hierarchisierung jegliche mögliche Basisinitiative. Der Apparat verstrickte sich in dem Widerspruch zwischen den Zielen der Kontrolle und der Mobilisierung. Diese paradoxe Gleichzeitigkeit sich ausschließender Ziele wurde von den Akteuren nicht thematisiert. Vor dem Hintergrund permanenten Kader- und Ressourcenmangels führte sie bei utopischen Erziehungszielen zu einem internen *imperial overstretch*, der chronisch war. Da in der Mißtrauensgesellschaft keine Diskussion über die Defizite dieses Systems möglich war, blieben Aporien unausgesprochen und permanent. Wenn intern Kritik geübt wurde, dann beschränkte sie sich auf organisatorische Mängel. Da die Propagandainhalte – wie etwa der Stalin-Kult und die „Friedenspolitik der UdSSR" – sakrosankt waren, konnten sie selbst intern nicht diskutiert werden. Diese weitgehende Angleichung des internen und des öffentlichen Diskurses machen Aussagen über die genauen Wirkungen und die Alltagsdimensionen der Propagandaarbeit schwierig. Festzuhalten bleibt, daß die Differenz zwischen dem Innen des ‚Apparates' und dem Außen der ‚Nachrichten' in der mittleren Funktionärsebene weitgehend aufgehoben war.

Die Probleme, an denen das kommunistische Berichtswesen krankte, blieben den zeitgenössischen Beobachtern des Ostbüros der SPD nicht verborgen.[297] Dort war man sich sicher, daß die Resultate von Kampagnen verfälscht wurden und Funktionäre aus Angst vor ihren Vorgesetzten in die Floskeln des *newspeak* verfielen, um ihre Probleme zu kaschieren. Dabei betonte der westliche Beobachter allerdings, der Realitätsverlust im Propagandaapparat erfasse sowohl die Führungsebenen als auch die ausführenden Funktionäre. So hieß es in einer Analyse des Ostbüros zum Berichtswesen in der DSF:

297 Zum Ostbüro der SPD und seiner Arbeit siehe Wolfgang Buschfort, Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

„Die Angst vor dem politischen Rüffel ist meistens größer als die Wahrheitsliebe, und so kamen und kommen all die Phantasieberichte zustande, die für das Leben der Organisationen in der SBZ so charakteristisch sind.

Die sogenannten Anleitungen schreiben den Sekretären im wesentlichen vor, Funktionärskonferenzen in den Stadtbezirken durchzuführen und auf diesen die vorbereiteten Arbeitspläne mit politischer Begründung zur Annahme durch Abstimmung zu bringen.

Diese Arbeitspläne drücken die gesamte Illusion der Organisation aus. Ihre Aufgabenstellung entspricht nie den realen Möglichkeiten. Die Voraussetzung zur Erfüllung laufender Aufgaben bildet die Lösung vorangegangener Aufgabenstellungen. Da seit dem Bestehen der Organisation eine ideologische Aufgabenlösung in breitestem Umfang nicht zu verzeichnen ist, stehen alle ideologischen Aufgaben weit abseits des realen Denkens der Mitglieder."[298]

Die Sprache des Ostbüros der SPD hatte sich hier zwar stark an das Kauderwelsch der SED angelehnt, die Analyse ist gleichwohl zutreffend: Unter dem Druck der Diktatur konnte es keine internen Diskussionen über Erfolge und Mißerfolge der eigenen Propaganda geben. Da die Vermittlung eines utopischen Weltbildes die Kernaufgabe der DSF darstellte, monierte der Berichterstatter des Ostbüros mit Recht die „Losgelöstheit vom wirklichen Leben."[299]

3. Organisierte Agitation: Der Kult der Großen Freundschaft in seinen Ausprägungen

Im Folgenden werden einige Phänomene beleuchtet, die neben dem Führerkult um Stalin und den „Monaten der Freundschaft" den hochstalinistischen Propagandastaat in Polen und der DDR prägten. Dazu zählt die Entwicklung der Freundschaftsgesellschaften, die seit 1949 als Massenorganisationen sowjetischen Typs eine bedeutende Rolle in der repräsentativen Öffentlichkeit spielten. Zum Kult um die Freundschaft zur Sowjetunion gehörte auch die Herausstellung spezieller Orte wie des Kulturpalastes in Warschau und der Stalinallee in Berlin, an denen die Sowjetisierung das Stadtbild prägte. Ohne zwei weitere Mosaiksteine wäre das Monumentalbild der Großen Freundschaft nicht komplett: Erstens die Erfindung der deutsch-polnischen Freundschaft im Jahre 1950, die auch dieses historisch kontaminierte Verhältnis dem Freundschaftsdogma unterwarf, und zweitens der offizielle Antiamerikanismus, der sich seit dem Verlust des Feindbildes Deutschland zunehmend radikalisierte. Doch zu der Zeit, als die Öffentlichkeit den Triumph des Stalinschen Systems abbilden sollte, verstärkte sich das Störfeuer der westlichen Gegenpropaganda massiv.

298 Betr. Bericht über die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (Unter besonderer Berücksichtigung der Situation im Bezirk Leipzig), 9.7.1954, Archiv der Sozialen Demokratie (AdS), Ostbüro der SPD, 0378 A I, unpag.

299 Zitat a.a.O.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Im Zuge der *liberation policy* der Eisenhower-Administration begannen 1952 westliche Organisationen, noch offensiver hinter dem Eisernen Vorhang zu wirken.

3.1 Die Freundschaftsgesellschaften als Massenorganisationen 1949–1955

Nach Abschluß der Stalinkampagne waren die TPPR und die DSF Massenorganisationen sowjetischen Typs. Damit war das organisatorische Ziel erreicht, das die sowjetischen Berater und die Staatsparteien sich gesetzt hatten. Millionen von Mitgliedern hatten sich offiziell im Zeichen der Freundschaft zur Sowjetunion organisiert. In der repräsentativen Öffentlichkeit manifestierten sie die Gemeinschaft derjenigen, die als *Non-party-Bolsheviks* am Aufbau eines Sozialismus sowjetischen Typs mitwirken wollten und die sowjetische Sache im Kalten Krieg vertraten.

Nachdem das Ziel Massenorganisation erreicht war, erwarteten die Parteiführungen, daß die Freundschaftsgesellschaften sich selbst tragen würden: Finanziell durch die Beiträge der Mitglieder und organisatorisch durch ihr Engagement. Aus Lernenden sollten Lehrende werden, um so die Gesellschaft zunehmend mit den Inhalten der Propaganda zu durchdringen. Da ständig behauptet wurde, es entfalte sich eine wachsende Freundschaftsbewegung, wartete man nun darauf, die Früchte der eigenen Erziehungsarbeit ernten zu können. Allerdings waren die Staatsparteien nicht bereit, diesen Massenorganisationen Eigenständigkeit oder Handlungsspielraum zu gewähren. Vielmehr blieben sie durch Parteikader, die sämtliche leitende Posten bekleideten und durch die ZK-Kontrolle an einer kurzen Leine.[300] Neben dem Ziel, die Agitation zu einem gesellschaftlichen Selbstläufer zu machen, blieb unklar, welche Rolle die Freundschaftsgesellschaften genau spielen sollten. Ihre Existenz als Massenorganisation allein war schon Ausweis für den gelungenen, vermeintlich gesellschaftlich getragenen Sowjetisierungsprozeß. Ihre symbolische Bedeutung bemaß sich aus der Masse ihrer Mitglieder und ihrer permanenten Präsenz auf der Bühne der Inszenierungsdiktatur.

Daß die SED-Führung der Propaganda für die Sowjetunion große Bedeutung zumaß, zeigte ein Treffen von Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Otto Grotewohl mit Stalin und seiner Entourage im Mai 1950 in Moskau. Es handelte sich um einen Zeitpunkt, an dem die SED-Spitze mit Stalin Bilanz über die Propagandastrategie der offenen Anlehnung an die Sowjetunion ziehen konnte. Außerdem sollte Stalin über die Stimmungslage informiert werden, der aufgrund der im Herbst bevorstehenden Wahlen große Bedeutung zukam. Während Walter Ulbricht vor Stalin das Bild einer wachsenden Wirtschaft ausbreitete und im gleichen Atemzug um sowjetische Hilfe bat, war es Otto Grotewohl vorbehalten, über die „Nationale Front" und den „Friedenskampf" zu referieren. Dabei erklärte Grotewohl, daß die „Friedensbewegung" mehr Erfolg habe als die nationale Rhetorik. Hier sah er das Potential für weitere propagandistische Erfolge: „Das Anwachsen der Friedensbewegung gibt der SED die Möglichkeit, dem deutschen Volk die Sowjetunion als stärkste Macht und

300 Vgl. zur Kontrolle der Massenorganisationen durch die SED die Analyse des zentralen Parteiapparates bei: Heike Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Münster/Hamburg/London 2003, insbesondere S. 129–143.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Bollwerk des Friedens darzustellen und zugleich die Freundschaft mit der Sowjetunion auszuweiten." Otto Grotewohl beteuerte gegenüber Stalin den Erfolg der eigenen Erziehungsarbeit: „In der DDR wächst die freundschaftliche Haltung gegenüber der Sowjetunion." Der wichtigste Indikator dafür sei das Wachstum der DSF: „Das ist am Beispiel der beträchtlichen Vergrößerung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu erkennen." Für Stalin besaß die Freundschaftspropaganda jedoch nicht mehr die Priorität. Er lenkte das Augenmerk der SED-Spitze auf das Thema „Frieden" und das Feindbild Amerika. Der sowjetische Diktator erklärte seinen deutschen Besuchern: „die Hauptsache bleibt [...] eine breit angelegte Friedenskampagne durchzuführen. Deutschland erinnert sich an den Krieg und hat viel unter ihm gelitten. Die Deutschen wollen keinen Krieg." Insbesondere glaubte Stalin, hier über einen Hebel zu verfügen, um die westdeutsche Annäherung an die USA zu hintertreiben. Dazu hoffte Stalin, auch die Westdeutschen hinter sowjetischen Losungen sammeln zu können: „Wenn die gesamte deutsche Bevölkerung in die Kampagne für den Kampf um den Frieden einbezogen wird, dann werden alle Pläne der USA, Deutschland in einen Krieg zu verwickeln, zunichte gemacht werden."[301] Auch Stalin verwendete in der internen Rede die Bilder der eigenen Propaganda. Ihre suggestive Wirkung schien selbst unter führenden Kommunisten beträchtlich zu sein. Auf der höchsten politischen Ebene vermochten sich SED und KPdSU nicht von den eigenen Propagandafloskeln zu trennen. Selbst hier war die Differenz zwischen innen und außen weitgehend aufgehoben.

Daß Propaganda 1950 weit oben auf der sowjetischen Agenda stand, belegt der Rest des Gesprächs. Stalin erkundigte sich über die Lage in der Bundesrepublik und die Entwicklungen auf kulturellem Gebiet. Trotz aller Ratschläge blieb die KPdSU-Führung jedoch in den Fragen hart, die für die öffentliche Meinung in Deutschland von Bedeutung waren und machte der SED keine Zugeständnisse. So verzichtete die UdSSR weder auf weitere Reparationen, noch erklärte sie sich bereit, die verbliebenen deutschen Kriegsgefangenen freizulassen. Diese Hypotheken im deutsch-sowjetischen Verhältnis blieben weiter bestehen und belasteten weiter die Stimmung in der DDR.

Die Veränderungen in der Führung der Freundschaftsgesellschaften, die im Sommer 1950 stattfanden, zeugen von ihren Verstrickungen in die „Säuberung", die in der Tschechoslowakei, Ungarn oder Bulgarien in Schauprozessen inszeniert wurde, aber auch vor der TPPR und der DSF nicht haltmachte. Vor dem Verlust der eigenen Stellung und vor Gewalt war niemand sicher; jeder konnte zum Feind der kommunistischen Ordnung gestempelt werden. In dieser Willkür und in seinen Ritualen glich der Terror in den „Volksdemokratien" dem sowjetischen Vorbild.[302] Gleichwohl läßt sich in der Nachkriegszeit eine spezielle Stoßrichtung ausmachen: Die Säuberungswelle im Parteiapparat wandte sich gegen die Verbündeten aus der Phase der pragmatischen Sowjetisierung, gegen Westemigranten und

301 Aufzeichnung des Gesprächs des Genossen I.V. Stalin mit den Führern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht, 4.5.1950, in: VfZ 52 (2004), S. 583–607, Zitate S. 594–595. Zum Kontext der Begegnung siehe Bernd Bonwetsch: Stalin und die Vorbereitung des 3. Parteitages der SED. Ein Treffen mit der SED-Führung am 4. Mai 1950, in: VfZ 52 (2004), S. 575–582.

302 Zu den Säuberungen in der Sowjetunion siehe Baberowski, Der rote Terror, S. 135–203; J. Arch Getty/Oleg V. Naumov, The Road to Terror. Stalin and the Self-Destruction of the Bolsheviks, 1932–1939, New Haven, Conn./London 1999.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 https://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

gegen Kommunisten jüdischer Abstammung.[303] Die „Moskauer", die in der UdSSR im Exil gewesen waren oder wenigstens über enge Beziehungen zum Kreml verfügten, dominierten nun die Staatsparteien. Jedes Parteimitglied mit einer Vergangenheit im Westen oder familiären Verbindungen außerhalb des Blocks stand hingegen unter Generalverdacht. Diese Beobachtung bestätigt sich in den Freundschaftsgesellschaften. Zugleich veranschaulichen die Säuberungen, wie eng die Staatsparteien ihre Massenorganisationen kontrollierten.

Am 4. Juli 1950 bestimmte das Politbüro der PZPR den Moskauemigranten und Vize-Verteidigungsminister Edward Ochab zum neuen Vorsitzenden der TPPR.[304] Ochab löste Henryk Świątkowski ab, der den Ausbau zur Massenorganisation geleitet hatte. Mangels stichhaltiger Quellen kann man über die Hintergründe dieser Personalrochade nur spekulieren. Dennoch lohnt sich ein genauer Blick: Die Ernennung folgte zunächst der Logik des Aufstiegs Edward Ochabs, der im Mai 1950 Leiter der ZK-Abteilung für Propaganda, Presse, Massenagitation, Bildung und Wissenschaft geworden war.[305] Mit dieser Position war die Aufsicht über die Massenorganisationen verbunden.[306] Henryk Świątkowski hingegen verkörperte die bis 1948 verfolgte Politik der pragmatischen Sowjetisierung. Er stammte aus dem linken PPS-Flügel, wo er bereits in der Zwischenkriegszeit wegen seiner prosowjetischen Einstellungen als *fellow traveller* galt. In der Nachkriegsregierung übernahm Świątkowski das Justizressort und verband so ein Regierungsamt mit der Propagandaaufgabe als TPPR-Präsident. Wegen seiner politischen Herkunft aus der PPS verkörperte Świątkowski die Idee der „Nationalen Front". Als Politiker mit bürgerlichem Habitus stand er für den Versuch, gesellschaftliche Eliten für eine Annäherung an die Sowjetunion zu gewinnen. Zu Beginn des Jahres 1950 holte ihn jedoch seine Vergangenheit ein. Die Partei warf ihm die Mitarbeit an der Zeitschrift *Sumienie Społeczne* [Gewissen der Gesellschaft] in den Jahren 1936–1939 vor. Diese Publikation wurde nun als „antisowjetisch, weißgardistisch und konterrevolutionär" eingestuft. Die Parteiführung klagte ihn an, in der Zeitschrift kritische Artikel über die Sowjetunion veröffentlicht zu haben. Gegen diesen Makel in der eigenen Vergangenheit gab es keine Verteidigungsmöglichkeit. Dementsprechend schied Świątkowski im Februar 1950 aus dem Politbüro der PZPR aus.[307] Er blieb jedoch zunächst Mitglied des Zentralkomitees. Seine Ablösung wurde intern beschlossen und ohne große

303 Vgl. zu den Nachkriegssäuberungen als Überblick Joseph Rothschild, Return to Diversity. A Political History of East Central Europe Since World War II, New York, NY/Oxford 1993, S. 125–147; George Hermann Hodos, Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–1954, Berlin 2001; zur Säuberung in der SED: Ulrich Mählert, „Die Partei hat immer recht!". Parteisäuberungen als Kaderpolitik in der SED (1948–1953), in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn/München/Wien 2001, S. 351–458; Malycha, Die SED, S. 405–447. Zur Auswirkung der „Field-Affäre" auf die DDR, siehe Wolfgang Kießling, Partner im „Narrenparadies". Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994.

304 Protokół Nr. 39 posiedzenia Biura Politycznego PZPR, 4.7.1950, in: Centrum władzy, S. 54–55.

305 Zu Edward Ochab siehe das Interview mit ihm in: Teresa Toranska, „Them." Stalin's Polish Puppets, New York, NY/Cambridge/Philadelphia u.a. 1987, S. 31–84.

306 Pismo Bolesława Bieruta do Józefa Stalina, 15.5.1950, in: Polska w dokumentach z archiwów rosyjskich, S. 78–83.

307 Vgl. hierzu die Gerüchte über Świątkowski, die der sowjetische Konsul in Stettin nach Moskau berichtete. Z notatki z rozmowy konsula ZSSR w Szczecinie Iwana Borisowa z I sekretarzem KW PZPR w Szczecinie Jerzym Prima o sytuacji w kierownictwie PZPR, in: Polska w dokumentach z archiwów rosyjskich, S. 84–87.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Aufmerksamkeit verkündet. Schließlich war der TPPR-Vorsitz weniger eine Stellung, in der administrative oder kreative Qualitäten gefragt waren als vielmehr ein symbolischer Posten. Der Präsident der Freundschaftsgesellschaft hatte zugleich der erste und ideale „Freund der Sowjetunion" im Lande zu sein. Dazu war der „Moskauer" Ochab besser geeignet.

Daß die Arbeit in der Freundschaftsgesellschaft eine sensible Aufgabe war, zeigen auch die Fälle der TPPR-Generalsekretäre Stanisław Wroński und Mieczysław Tureniec. Wroński, der zusammen mit Świątkowski Anteil am Ausbau der TPPR zur Massenorganisation hatte, wurde ebenfalls von seiner Vergangenheit eingeholt. Weil ihm nachgesagt wurde, während der nationalsozialistischen Besatzung Kontakte zur *Armia Krajowa* und den deutschen Besatzungsbehörden gehabt zu haben, mußte er auf ZK-Beschluß vom 19. September 1949 seinen Posten aufgeben. Sein Fall wurde der Parteikontrollkommission übergeben.[308] Nachfolger als TPPR-Generalsekretär wurde Mieczysław Tureniec, der dieses Amt vom September 1949 bis zum November 1950 bekleidete. Das Orgbüro der PZPR verfügte am 13. November 1950 seine Ablösung, weil er angeblich den sowjetischen Botschafter während eines Empfanges beleidigt hatte. Die Stellung an einer Schnittstelle zwischen den Vertretern Moskaus und den lokalen Repräsentanten kommunistischer Macht erwies sich als eine prekäre Position, in der einzelne Funktionäre im Spannungsfeld zwischen der unlösbaren Umerziehungsaufgabe und den sich verengenden ideologischen Spielräumen in einer Periode neuer Säuberungen leicht ins Straucheln geraten konnten.

Eine parallele Entwicklung vollzog sich in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Obwohl sie 1949 auf die Rhetorik der Nationalen Front eingeschwenkt war, wurde sie immer noch von dem Intellektuellen Jürgen Kuczynski geleitet. Dieser Zustand stieß dem sowjetischen Akademiemitglied L. N. Ivanov auf, der vom 20. April bis zum 11. Mai 1950 die DDR zu einer Vortragsreise besuchte. Professor Ivanov war ein Reisender in Sachen Sowjetuniondiskurs. Er hielt in Betrieben, Universitäten und Akademien die Referate „Der Kampf um den Frieden – die Basis der Außenpolitik der Sowjetunion" und „Die deutsche Frage in den internationalen Beziehungen."[309] In den anschließenden Diskussionen mit dem deutschen Publikum, so bemerkte Ivanov in seinem Bericht an die VOKS, fragte das Publikum ihn insbesondere nach dem Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen und erkundigte sich nach der sowjetischen Position zur Grenze an Oder und Neiße.[310] Gleichzeitig, so Ivanov weiter, habe er jedoch bemerkt, mit welch großem Interesse die Deutschen die Friedenspolitik, die Kultur und die Wissenschaften in der Sowjetunion verfolgten.

Insgesamt erkannte der sowjetische Gast die schwierige Stimmungslage in der DDR. Nach seiner Analyse sei die „Hauptaufgabe unserer propagandistischen Arbeit in der DDR" momentan „der Kampf um die deutsche Intelligenz." Dies sei auch die Ansicht des Minis-

308 Vgl. die Darstellung in GA RF, f. 5283, op. 22, d. 183, Bl. 58.

309 Kurzer Bericht über die Reise des Akademiemitglieds L. N. Ivanov in die Deutsche Demokratische Republik/20. April–11. Mai 1950, GA RF, f. 5283, op. 16., d. 152, Bl. 1–5. Alle Zitate aus dem Bericht von Ivanov a.a.O. Zur Ablösung Kuczynskis siehe auch Hartmann/Eggeling, Sowjetische Präsenz, S. 234ff.

310 Auf die offene Ablehnung der von der DDR-Führung zur „Friedensgrenze" proklamierten Oder-Neiße-Linie durch die Bevölkerung verweist auch Suckut, Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung, S. 370f. Siehe auch den Abschnitt zur „deutsch-polnischen Freundschaft" in diesem Kapitel.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

ters für Volksbildung, Paul Wandel, und der Sowjetischen Kontroll-Kommission. Besser stehe es um die Propaganda unter den Arbeitern, da hier die SED zuständig sei, die von sowjetischer Erfahrung profitiere. Im Vergleich dazu sei die Arbeit mit der „Intelligenz" ungenügend. Diesen Mißstand erklärte Ivanov damit, daß die deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten diese Gruppe vernachlässigten – eine Tradition, die sich nun in der SED fortsetze. Die Sowjetunion müsse ihre propagandistischen Anstrengungen schnell verstärken, denn es sei davon auszugehen, daß 1950 die „Schlacht um Deutschland" entschieden werde. Daher forderte Professor Ivanov häufigere Reisen von Spezialisten in die DDR und sowjetische Hilfe für die Universitäten, an denen er insbesondere den schlechten Zustand der geisteswissenschaftlichen Fakultäten bemängelte.

Um die Propaganda für die Sowjetunion zu verbessern, schlug Ivanov eine bolschewistische Lösung vor: Den Austausch leitender Kader. Er begründete diesen Vorschlag mit dem schlechten Ansehen der DSF-Führung. Ihre mangelnde Popularität führte Ivanov auf die jüdische Abstammung Kuczynskis zurück: „Die jetzige zentrale Führung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft verlangt eine Verstärkung. In ihrer momentanen Zusammensetzung besitzt sie bei den Massen keine Popularität und Autorität. Dies bezieht sich unter anderem auf den jetzigen Vorsitzenden der Gesellschaft Kuczynski. Der Vorsitzende einer solchen Gesellschaft sollte der Nationalität nach Deutscher sein, was Kuczynski nicht ist."[311] Außerdem warf er Kuczynski vor, in der Vergangenheit politische Fehler begangen und Kontakte zu „früheren Trotzkisten" unterhalten zu haben. Die Anschuldigungen gegen Jürgen Kuczynski bezogen sich demnach sowohl auf seine jüdische Abstammung als auch auf die Tatsache, daß er in der westlichen Emigration war. Ivanovs Äußerungen reflektierten die sowjetische Nationalitätenpolitik, die jedem Bürger neben der sowjetischen Staatsbürgerschaft eine im Paß verzeichnete Nationalität zuordnete. Hinzu kam der sowjetische Antisemitismus, der sich seit Kriegsende radikalisierte. Ivanovs Schlußfolgerung lautete: „Darum ist es absolut wünschenswert, ihn durch eine andere Person zu ersetzen." Diese Beschuldigungen aus dem Munde eines sowjetischen Delegationsmitgliedes waren für Kuczynski gefährlich. Der Vorwurf politischer Unzuverlässigkeit und Sympathie mit dem Trotzkismus kombiniert mit der „falschen" ethnischen Herkunft stellten in der neuen Säuberungswelle eine brisante Mischung dar. Zur gleichen Zeit stand Kuczynskis wissenschaftliches Werk „Die Theorie der Lage der Arbeiter" in der Sowjetunion im Kreuzfeuer der Kritik.[312] In dieser Situation lag ein Rückzug Kuczynskis von seinen öffentlichen Ämtern nahe.

Ob die Ablösung Kuczynskis und des DSF-Generalsekretärs Hans Mark eine direkte Konsequenz des Berichtes von Ivanov war, läßt sich nicht bestimmen. Marks Degradierung schien seit längerem von der SED-Führung geplant gewesen zu sein: Bereits im Sommer 1949 hatte das Kleine Sekretariat der SED festgestellt: „Dem Gen. Kuczynski ist in einer persönlichen Rücksprache mitzuteilen, daß in Aussicht zu nehmen ist, sowohl den General-

311 Kurzer Bericht über die Reise des Akademiemitglieds L. N. Ivanov in die Deutsche Demokratische Republik/20. April–11. Mai 1950, GA RF, f. 5283, op. 16., d. 152, Bl. 5. Zum Antisemitismus in der DDR am Beispiel des Falles Paul Merker vgl.: Jeffrey Herf, Antisemitismus in der SED, in: VfZ 42 (1994), S. 635–667; ders., Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998, S. 130–193.

312 Vgl. O. Pfefferkorn, Jürgen Kuczynski: Ein Polit-Ökonomist, *SBZ-Archiv* 1953, S. 105–106.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

sekretär, Gen. Mark, als auch die stellvertretende Generalsekretärin, Gen. Magda Stern, wegen ihrer ideologischen Schwächen von ihren Funktionen zurückzuziehen."[313] Bei Mark handelte es sich ebenfalls um einen Westemigranten jüdischer Abstammung. Unklar bleibt, warum seine Ablösung nicht schon 1949 erfolgte. Der notorische Kadermangel der SED wäre eine naheliegende Erklärung.

Jedenfalls entschloß sich die SED-Führung im Sommer 1950 zum Handeln. Nach Kuczynskis eigener Darstellung wurde er 1950 aufgefordert, sich von Mark zu trennen. Da er sich weigerte, diesen Schritt zu vollziehen, habe er selbst den Posten als Präsident räumen müssen.[314] Diese Darstellung ist wenig plausibel, da Kuczynski selbst längst ins Visier der Säuberung geraten war. Letztlich läßt sich ein Bündel von Gründen für die Ablösung Kuczynskis und Marks nennen. Neben ihrem jüdischen Hintergrund war es ihre Biographie, die sie als Westemigranten zu potentiellen Opfern der Säuberung werden ließ. Kuczynski disqualifizierte sich für eine Führungsposition durch seinen bürgerlichen Habitus, der ihn vom proletarischen Mainstream der Parteielite unterschied. Dies stand einer Karriere in einer Organisation entgegen, die seit ihrem Ausbau zur Massenorganisation die gesamte Bevölkerung ansprechen sollte. Kuczynski wäre sicherlich eher – im Gegensatz zur Auffassung Ivanovs – der richtige Mann für den „Kampf um die Intelligenz" gewesen.

Die DDR-Presse verbreitete, Jürgen Kuczynski habe um Demission gebeten, da er mit seinen Aufgaben vor allem als Hochschullehrer an der Berliner Humboldt-Universität überlastet gewesen sei.[315] Sein Nachfolger als DSF-Präsident wurde Friedrich Ebert, der Sohn des früheren Reichspräsidenten und ein ehemaliger Sozialdemokrat, der bereits (Ost-)Berliner Oberbürgermeister und Mitglied des Politbüros war.[316] Daß man sich von dem Namen Eberts mit seiner sozialdemokratischen Tradition eine integrierende Wirkung versprach und ihn deshalb als Aushängeschild der DSF wählte, kann nur vermutet werden. Wegen seiner Verpflichtungen als Bürgermeister und als Politbüromitglied blieb Ebert kaum Zeit, sich um die Geschäfte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu kümmern.[317] Neben Wilhelm Pieck, der auf ihrem 2. Kongreß zum Ehrenpräsidenten der DSF gewählt worden war, erhielt die Gesellschaft also *de facto* einen zweiten Ehrenpräsidenten.

313 Protokoll Nr. 35 der Sitzung des Kleinen Sekretariats vom 24.6.1949, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/3/35, Nr. 15.

314 Kuczynski zitiert bei Hartmann/Eggeling, Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, S. 21. Bereits in seiner in der DDR veröffentlichten autobiographischen Schrift „Dialog mit meinem Urenkel" hatte Kuczynski sowjetischen Antisemitismus für seine Ablösung mitverantwortlich gemacht. Diese Version behielt er in seiner Autobiographie „Ein linientreuer Dissident" von 1992 bei. Vgl. Kuczynski, Dialog mit meinem Urenkel, S. 51f.; ders. Ein linientreuer Dissident, S. 47f.

315 Paradoxerweise wurde diese Version auch gegenüber der VOKS behauptet: „Der Wechsel in der Leitung unserer Gesellschaft wurde hervorgerufen durch den Wunsch, den außerordentlich überlasteten Herrn Prof. Kuczynski zu entlasten und die segensreiche für unser Volk so notwendige Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zu verstärken." Brief von Friedrich Ebert an Prof. Denisov (VOKS), 22.6.1950, GA RF f. 5283, op. 16, d. 161, Bl. 56.

316 Zum Werdegang von Friedrich Ebert vgl. zeitgenössisch: O. Pfefferkorn, Fritz Ebert. „Der Oper-Bürgermeister" in Ostberlin, in: *SBZ-Archiv* 1953, S. 137–138. Vgl. als offizielle Biographie aus der DDR: Heinz Voßke, Friedrich Ebert. Ein Lebensbild, Berlin (Ost) 1987.

317 Trotz seines eher symbolischen Einsatzes für die DSF erhielt Ebert zum Jahreswechsel 1951/52 von der VOKS als Zeichen der „freundschaftlichen Gefühle" einen sowjetischen Wagen (*Pobeda*) geschenkt. Prof. Denisov (VOKS) an Ebert, 19.12.1951, GA RF f. 5283, op. 16, d. 173, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 https://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Zum neuen DSF-Generalsekretär ernannte das Politbüro den mecklenburgischen Volksbildungsminister Gottfried Grünberg.[318] Damit wurde diese Position beträchtlich aufgewertet. Während sich Ebert auf eine repräsentative Rolle beschränkte, stieg Grünberg zum Manager der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft auf. Er war nach einem Einsatz im Spanischen Bürgerkrieg seit 1941 im sowjetischen Exil gewesen, wo er als Kominternkader arbeitete. Während des Krieges hatte Grünberg an der zentralen Antifaschule in Krasnogorsk als Lektor gearbeitet. Er war in der Sowjetunion als Propagandist ausgebildet worden und hatte an der Umerziehung der deutschen Kriegsgefangenen mitgewirkt. Im April 1945 war Grünberg mit der „Gruppe Sobottka" nach Deutschland zurückgekehrt. In Mecklenburg wurde Grünberg 1945 als Volksbildungsminister eingesetzt, eine Position, die er bis zu seiner Abberufung auf den Posten des DSF-Generalsekretärs innehatte. Außerdem war er seit 1947 Vorsitzender des mecklenburgischen Landesvorstandes und Mitglied des Zentralvorstandes der DSF. Gottfried Grünberg kannte also die Organisation, ihre Probleme und ihre Ziele.

Der neue Generalsekretär änderte die Führungsstruktur der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, indem er ein zentrales Sekretariat einrichtete. Jedes der fünf bis sechs Sekretariatsmitglieder bekam einen Verantwortungsbereich zugeordnet. Auf diese Weise setzte er ein Führungsprinzip leninistischer Kaderorganisationen in der DSF durch. In seiner Autobiographie lobte Grünberg sich selbst für die Bekämpfung des „Bürokratismus" und die Einführung sowjetischer Arbeitsmethoden an der Spitze der DSF.[319] Das Prinzip von „Kritik und Selbstkritik" sollte fortan auch die DSF voranbringen.[320] Mit dem DSF-Präsidenten Ebert korrespondierte Grünberg vornehmlich durch Berichte, die er zur Information Eberts anfertigte.[321]

Im Oktober 1950 fand der letzte Akt der Säuberung in der DSF statt. *Friedenspost*-Chefredakteur Lex Ende wurde entlassen und anschließend in seiner eigenen Zeitung als „imperialistischer Spion" bezeichnet.[322] Gleichzeitig wurde zu verstärkter „Wachsamkeit" aufgerufen, um noch mehr Agenten in der DSF zu entlarven. Die „omnipräsente Verschwörung" des Stalinismus hatte die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft er-

318 „Genosse Grünberg soll seine Tätigkeit in der Gesellschaft am 15. Juni aufnehmen und zum nächstmöglichen Termin die Wahl des Genossen Ebert zum Präsidenten organisieren." Protokoll Nr. 94 der Sitzung des Politbüros der SED, 13.6.1950, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/2/94, Bl. 48. Aufschluß über Grünbergs Selbstverständnis als deutscher Bolschewist gibt seine Autobiographie: Kumpel, Kämpfer, Kommunist, Berlin (Ost) 1977.

319 Grünberg, Kumpel, Kämpfer, Kommunist, S. 318f.

320 Zur Rolle von „Kritik und Selbstkritik" im stalinistischen System, vgl.: Berthold Unfried, Rituale von Konfession und Selbstkritik: Bilder vom stalinistischen Kader, in: JHK 1994, S. 148–164; Lorenz Erren, Zum Ursprung einiger Besonderheiten der sowjetischen Parteiöffentlichkeit. Der stalinistische Untertan und die Selbstkritik in den dreißiger Jahren, in: Gábor T. Rittersporn/Malte Rolf/Jan C. Behrends (Hg.), Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs/The Public Sphere in Soviet Type Societies, Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a., S. 131–163.

321 Vgl. Schriftwechsel Präsident Ebert mit Generalsekretär Grünberg, SAPMO-BArch DY 32–10805, unpag.

322 *Friedenspost* 1950, Nr. 37, S. 3. Den sowjetischen Genossen von der VOKS wurde hingegen nur mitgeteilt, daß Ende „aus der Partei und demzufolge auch aus der Redaktion ausgeschieden" sei. Brief der Redaktion der *Friedenspost* an die VOKS vom 28.10.1950, GARF f. 5283, op. 16, d. 161, Bl. 23.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

reicht.[323] Auch Lex Ende war, wie Kuczynski und Mark, jüdischer Abstammung, kein „Proletarier" und zudem noch Westemigrant. Er wurde in den sächsischen Bergbau verbannt, wo er schon im Januar 1951 verstarb.[324]

Mit diesen Wechseln in leitenden Positionen stand die DSF nicht allein. Vielmehr geriet sie in die Mühlen einer Säuberung, die im gesamten sowjetischen Machtbereich stattfand. Festzuhalten bleibt, daß nicht nur Personen ausgetauscht wurden, sondern daß man sich beim Umbau der Führungsstruktur der DSF an das Vorbild SED weiter annäherte. Der neue Generalsekretär, Gottfried Grünberg, entsprach dem Idealtyp des bolschewistischen Funktionärs: Er stammte aus der Arbeiterklasse, war „Deutscher", und dank seiner politischen Sozialisation in der Stalinschen Sowjetunion stand seine Linientreue nicht in Frage.[325] Auch auf der Parteiebene gab es im Sommer 1950 einen Wechsel. An die Stelle Fred Oelßners, der seit 1949 für die „Anleitung" der DSF zuständig gewesen war, trat Paul Verner, ebenfalls ein KPD-Veteran, der die NS-Zeit in Schweden verbracht hatte.[326] Die DSF und die TPPR befanden sich seit Herbst 1950 fest – mit der Ausnahme Verners – in der Hand von „Moskauern". Die Säuberungswelle hatte gezeigt, daß der Kurs der utopischen Sowjetisierung fortgesetzt wurde.

Mit der Säuberung der SED von Westemigranten und von Kommunisten, die das „Dritte Reich" im Konzentrationslager überlebt hatten, ging eine Abwertung des Antifaschismus als Legitimationsideologie einher. Dieser Prozeß begann mit der Stigmatisierung der früheren Häftlinge durch die „Moskauer Fraktion" und kulminierte im März 1953 in der Auflösung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN).[327] Während die Freundschaft zur Sowjetunion im deutschen Hochstalinismus einen zentralen Stellenwert zugewiesen bekam, trat der Antifaschismus in den Hintergrund. Erst nach 1956 verschoben sich hier erneut die Gewichte. Mit der Einweihung der Nationalen Gedenkstätte in Buchenwald 1958 begann sich dieser Prozeß wieder umzukehren und die DSF trat stärker in den Hintergrund.

Bereits in seiner Antrittsrede im Juni 1950 betonte Friedrich Ebert, daß vor der DSF große Aufgaben lägen. Freilich konnte er sie nicht präzise benennen. Der utopischen Sowjetisierung verpflichtet, forderte er, man möge sich „ein Beispiel an der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nehmen." Dort beflügele der Patriotismus die Menschen zu großen Leistungen. Nun müsse das deutsche Volk „in seinem Kampf um den Frieden eine aus echtem Nationalbewußtsein, aus wahrem Patriotismus und nationalem Stolz" gewachsene

323 Der Begriff nach Gábor T. Rittersporn: The Omnipresent Conspiracy: On Soviet Imagery of Political and Social Relations in the 1930s, in: Chris Ward (Hg.), The Stalinist Dictatorship, London/New York/Sydney u.a. 1998, S. 261–277.

324 Vgl. Müller-Engbergs, Erst Chefredakteur, dann Unperson, S. 298ff.; den Fall Lex Ende behandelt auch Mario Keßler, Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995, S. 73ff.

325 In den „Volksdemokratien" konnte man beobachten, daß die „Moskauer" die Westemigranten, bzw. Untergrundaktivisten aus den führenden Ämtern der kommunistischen Parteien verdrängten. Vgl. Rothschild, Return to Diversity, S. 127ff.

326 Fred Oelßner blieb allgemein für Propaganda zuständig. Vgl. die Verteilung der Aufgabenbereiche im Sekretariat, Protokoll Nr. 1 der Sitzung des Sekretariats der SED vom 26.7.1950, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/3/127, Bl. 9.

327 Siehe Jörn Schütrumpf, „Besprechungen zwischen ehemaligen VVN-Kameraden ... dürfen nicht mehr stattfinden." Antifaschismus in der DDR, in: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin/München 1996, S. 142–152.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Kraft entfalten, um „den Kampf um die von den imperialistischen Kriegshetzern bedrohte Nation siegreich zu beenden."[328] Seine Ausführungen verdeutlichen, daß sich inhaltlich nichts geändert hatte: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sollte weiterhin gleichzeitig die Ein- und Unterordnung der DDR im System der Großen Freundschaft und einen bolschewisierten Nationalismus vertreten. Nicht die Rhetorik, sondern ihr Repräsentant war gewechselt worden.

Nach der Säuberung unterwarf sich die DSF dem Ritual der Selbstkritik. Nach einer „Aussprache", an der Vertreter aus der Provinz und Funktionäre des zentralen Sekretariats teilnahmen, hielt man fest, daß die DSF trotz des Mitgliederwachstums nicht zufrieden sein könne. Es sei nicht gelungen, die DSF als „kämpferischen Teil der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die sie ihrer Natur nach hätte werden müssen", zu positionieren. Den Grund sah der Vorstand darin, daß die Massenorganisation bei der Selbstsowjetisierung dem Rest der Gesellschaft hinterherhinke: „Die gesamte ideologisch-politische Arbeit entspricht noch nicht den Notwendigkeiten des gesellschaftlich-politischen Lebens unseres Volkes und den Möglichkeiten, die der Gesellschaft gegeben sind." Der Beschluß beklagte den „Formalismus in der Arbeit", mangelhafte Schulung und Organisation sowie das Fehlen eines stringenten Finanzplanes. Ein Jahr nach dem rasanten Ausbau hatten die endemischen Probleme des sowjetischen Systems nicht vor den Türen der DSF haltgemacht. Doch die Leitung gab sich im Sommer 1950 optimistisch: In naher Zukunft seien „große Aufgaben zu lösen" und die DSF besitze alle Voraussetzungen, „um die Aufgaben erfüllen zu können, wenn die Leitungen sie systematischer, zielbewußter und kämpferischer in Angriff nehmen."[329] Bereits im Frühjahr 1951 meldete die neue DSF-Führung wieder „große Erfolge." In Verkennung der Lage erklärte sie, die Umerziehung der eigenen Bevölkerung sei bereits abgeschlossen. Es sei eine „Tatsache, daß die Arbeit der Gesellschaft einen wesentlichen Teil dazu beigetragen hat, daß im Bewußtsein unseres Volkes und in seiner Haltung zur Sowjetunion ein großer positiver Umschwung eingetreten ist."[330]

Erst im Angesicht der heraufziehenden Krise im Juni 1953 kam es wieder zu einer Bestandsaufnahme. Nun versuchte Friedrich Ebert, seine Schwierigkeiten bei der Propagandaarbeit gegenüber dem Politbüro zu begründen. Er kritisierte, daß die Sowjetische Kontrollkommission sich aus dem Alltag der Agitation weitgehend zurückgezogen habe. Ebert klagte über seinen Einsatz für die Freundschaftspropaganda: „Diese Arbeit ist für mich nicht sehr leicht. Bis zu dieser Stunde hat noch keiner unserer Freunde in Karlshorst mit mir über diese Arbeit gesprochen. Ich kann nicht annehmen, daß ich alles richtig mache, und daß solche Besprechungen nicht notwendig sind."[331] Ebert hatte das Dogma sowjeti-

328 Friedrich Ebert, Antrittsrede als Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, 19.6.1950, in: ders.: Reden und Aufsätze zur Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, Berlin (Ost) 1959, S. 14–17, Zitate S. 17.

329 Beschluß der Konferenz der Vorsitzenden und Sekretäre der Landesgesellschaften und des zentralen Sekretariats der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, 13.7.1950, SAPMO-BArch DY 32–4926, unpag.

330 Rundschreiben Nr. 1/51. Betr. Auswertung der Ergebnisse des 3. Kongreßes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, 12.2.1951, SAPMO-BArch DY 34–25/30/1384.

331 Diskussionsrede von Friedrich Ebert auf der außerordentlichen Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der SED am 6. Juni 1953, in: Wilfriede Otto (Hg.), Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente, Berlin 2003, S. 70–78, Zitat S. 73.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

scher Überlegenheit so stark internalisiert, daß er hoffte, eine stärkere „Anleitung" durch die „Freunde" werde seine Arbeit verbessern. Jedenfalls benutzte er diese rhetorische Figur, um die geringe Wirkungskraft der DSF zu erklären und der sowjetischen Seite eine Teilschuld für eigene Mißerfolge zu geben. Im weiteren Verlauf seiner Rede wälzte Ebert die Verantwortung auf seinen Generalsekretär Grünberg ab, dessen Abberufung er gefordert habe und der für diesen Posten ungeeignet sei. Ebert verwies auf die Trägheit des Apparates, die nur in Zeiten der Säuberung überwunden wurde: „Wie oft habe ich den Genossen Paul Verner schriftlich und mündlich darauf hingewiesen, daß das Verhältnis in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft schlecht ist. Der Genosse Grünberg als Generalsekretär sitzt auf einem ganz falschen Platz. Er kann diese Arbeit nicht leisten, weil er ohne (innere) Disziplin ist, weil er kein System in seiner Arbeit hat. [...] Inzwischen bleibt aber mir die Arbeit, die sehr hart und anstrengend ist und mich viel Zeit kostet."[332] Unabhängig davon, ob Ebert mit seiner Charakteristik der DSF, ihrer sowjetischen Berater und Gottfried Grünbergs recht hatte, zeugte seine Aussage von den Spannungen und dem Mißtrauen, das im Apparat herrschte. Die Verbreitung des Sowjetuniondiskurses, die Vermittlung der Großen Freundschaft war eine Aufgabe, an der SED-Funktionäre verzweifeln konnten.

Diese Schwierigkeiten blieben dem Westen nicht verborgen. Im Mai 1953 berichtete eine anonyme Quelle dem Ostbüro der SPD, daß in der Zentrale der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Mißtrauen herrsche, weil die Mitarbeiter vom Ministerium für Staatssicherheit überwacht würden. Diese Aussage konnte durch MfS-Akten nicht bestätigt werden; allerdings erscheint die Darstellung plausibel. Demnach sei sogar Grünberg, obwohl Moskauemigrant, beständig überwacht worden. Die Quelle behauptete, daß einige Mitarbeiter der DSF-Zentrale zugleich als Informanten für die sowjetische Staatssicherheit arbeiteten.[333] Dieser Darstellung folgend, kontrollierte der Berliner MVD-Vertreter die DSF. Dem MVD-Major Tolstikov unterstehe sowohl der sowjetische Kulturattaché als auch der VOKS-Beauftragte für Deutschland, Dmitrij Gussev. Über Gussev berichtete der westliche Informant, dieser sei sehr „deutschfreundlich", seine Gattin und er seien den Verlockungen eines westlichen Lebensstils erlegen, würden aber nicht abgelöst, weil sie sich unter Intellektuellen einer gewissen Popularität erfreuten. Dieses komplizierte Beziehungsgeflecht ergänzten von deutscher Seite Paul Verner und Fred Oelßner, die mit direktem Draht zu Walter Ulbricht den Kontakt zur SED-Spitze sicherten.[334] Ob ein Netzwerk des Mißtrauens in dieser Form existierte, muß hier dahingestellt bleiben. In jedem Fall wird deutlich, wie kompliziert Propaganda für die Sowjetunion im Hochstalinismus war. Die Funktionäre befanden sich im Spannungsfeld zwischen sowjetischen und deutschen Interessen, zwischen verschiedenen Apparaten. Hinzu kam der Erfolgsdruck und eine Zielsetzung, die nicht annähernd erreichbar war. Dies galt insbesondere für das geteilte Berlin,

332 A.a.O., S. 76.

333 Betr. Verbindungen des Zentralvorstandes der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft" zum Ministerium für Staatssicherheit in der Ostberliner Normannenstr., 29.5.1953, AdS, Ostbüro der SPD, 0378A I, unpag.; Betr. Verbindungen zwischen dem Zentralvorstand der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft" und dem Hauptstab des MWD in Deutschland, 29.5.1953, AdS, Ostbüro der SPD, 0378A I, unpag.

334 Betr. Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), AdS, Ostbüro der SPD, 0378A I, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

doch auch in Warschau gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen polnischen und sowjetischen Stellen kompliziert.

In Polen verstärkte sich Anfang der fünfziger Jahre die Wahrnehmung, daß sich die Freundschaftsgesellschaft in einer Krise befände. Der 1950 berufene neue TPPR-Generalsekretär Stefan Matuszewski beklagte sich im Frühling 1951 über die ausbleibenden Erfolge und die „verschlechterte Arbeit" der Gesellschaft seit 1949. Offenbar diente die Stalinkampagne von 1949 als positiver Bezugspunkt, an dem man weitere Erfolge maß. Matuszewski kritisierte außerdem die Konsequenzen der Säuberung für die TPPR. Sie habe zur weiteren Verschlechterung der Lage beigetragen. Scharfe Kritik übte er an Edward Ochab, dem er vorwarf, sich nicht um die Belange der polnisch-sowjetischen Freundschaft zu kümmern. Matuszewski beschuldigte das Politbüromitglied Ochab, den Erfolg der Propaganda durch seine Anordnungen zu sabotieren und rückte ihn in die Nähe des wegen seiner distanzierten Haltung zur Sowjetunion inhaftierten Gomułka. Ochab versuche, wie zuvor Gomułka, die Verbreitung der Zeitung *Wolność* zu behindern, die unter Mitwirkung der sowjetischen Streitkräfte entstand. Zugleich lobte der TPPR-Generalsekretär die Arbeit des geschaßten TPPR-Vorsitzenden Świątkowski, der zusammen mit Stanisław Wroński die Arbeit der Organisation offensiv vorangetrieben habe. Matuszewski versuchte, unter sowjetischen Diplomaten Mißtrauen gegen seinen Vorgesetzten Ochab zu schüren. Die TPPR-Funktionäre bewegten sich auf vermintem Gelände; die inhärenten Spannungen der polnisch-sowjetischen Beziehungen strahlten bis in die Freundschaftsgesellschaft hinein. Wo Erfolge ausblieben, galt es, sich abzusichern und gegenüber sowjetischen Stellen Schuldige zu präsentieren.

Die doppelte Säuberung in TPPR und DSF zeigt, daß die Freundschaftsgesellschaften zwar Teile der von den Staatsparteien kontrollierten Propagandaapparate waren, daß sie jedoch aufgrund ihrer Aufgabe weiterhin im Blickfeld der sowjetischen Vertreter lagen. Was allgemein für Polen und die DDR galt, hatte auch für die Massenorganisationen seine Richtigkeit: Die Souveränität gegenüber sowjetischen Entscheidungsträgern war eng begrenzt. Dies galt bei der Propaganda nicht nur in inhaltlichen, sondern auch in personellen Fragen. Mit dem Beginn der utopischen Sowjetisierung bedeutete dies, daß an öffentlich exponierter Stelle nur noch Personen stehen konnten, die über eine „saubere" Biographie verfügten und das Konzept der Nationalen Front verkörperten. Vor diesem Hintergrund erscheint der Wechsel zum Duo Ebert/ Grünberg und zu Edward Ochab einleuchtend und konsequent.

Verordnete Aufklärung, Erziehung und Moblisierung blieben die Ziele der Freundschaftsgesellschaften. Die drei „Hauptaufgaben" der DSF lauteten dementsprechend „unablässige Aufklärung über alle Probleme der Sowjetunion, ständige Zerschlagung der [...] antisowjetischen Lügenmärchen", die „verstärkte Arbeit in allen Kreisen unseres Volkes" und schließlich die „methodische Erziehung aller Mitglieder zu bewußten Freunden der Sowjetunion."[335] Das Ziel der totalen Erfassung war eine intern formulierte Utopie des Propagandastaates:

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

„Unsere Gesellschaft ist eine Organisation, die nicht einer besonderen politischen Situation entspricht, sondern ebenso wie die Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion ‚für immer' geschaffen ist. Sie ist eine Organisation, die immer bestehen wird, in die die große Masse des deutschen Volkes, in die alle fortschrittlichen Deutschen, in die, da alle Deutschen einmal fortschrittlich sein sollen, alle Deutschen heute und für immer hinein gehören. [...] Nur in engster Zusammenarbeit und im Rahmen der nationalen Front des demokratischen Deutschland, nur indem wir alles für die jetzt beginnende Organisierung dieser Front aller Deutschen geben, werden wir das große und weitgespannte Ziel unserer Gesellschaft, alle Deutschen in unseren Reihen zu vereinen, erreichen."[336]

Die hier gestellte Aufgabe barg das Scheitern in sich. Ihr lag die Vorstellung zugrunde, Gesellschaften, die dem Kommunismus ablehnend gegenüberstanden, durch Propaganda in eine geschlossene Glaubensgemeinschaft umzuformen. Dabei hofften die Herrschenden, daß die Agitation in der Bevölkerung eine Dynamik der Selbstsowjetisierung auslösen würde. Die DSF-Führung strebte an, daß „überall Aktivs ehrenamtlicher Funktionäre geschaffen werden, daß diese Aktivs die Hauptkraft der Leitungen darstellen."[337] Diese Zielsetzung korrespondierte weder mit der Wirklichkeit der Organisation noch mit der Stimmungslage in der Bevölkerung. Es zeugt von Realitätsverlust, daß von einer Bevölkerung, die einen beträchtlichen Teil ihrer arbeitsfreien Zeit mit der Suche nach Gütern des täglichen Bedarfs verbrachte, erwartet wurde, sie solle sich ehrenamtlich engagieren.

In einer Gesellschaft, die unter permanentem Ressourcen- und Arbeitermangel litt, waren schließlich auch die Mittel für Propaganda eng begrenzt. Die Entwicklung der Massenorganisation DSF verlief daher trotz nominell steigender Mitgliederzahlen unspektakulär.[338] Sie war eine unter vielen Massenorganisationen, und wegen ihrer wenig spezifischen Aufgabenstellung – letztlich konnte im Stalinismus jeder Teil des politischen, kulturellen und betrieblichen Lebens in einen Zusammenhang mit der Sowjetunion gestellt werden – kann man früh von einer strukturellen Zweitrangigkeit gegenüber anderen Organisationen wie dem FDGB, der FDJ oder der Nationalen Front sprechen. Der höhere Stellenwert anderer Massenorganisationen zeigte sich darin, daß diese über das Privileg verfügten, eine eigene Fraktion in die Volkskammer zu entsenden. Damit standen sie auf Augenhöhe mit den Blockparteien, die faktisch zu Massenorganisationen unter Kontrolle der Staatspartei herabgestuft waren.

Des weiteren läßt sich das für totalitäre Herrschaft charakteristische Phänomen ungeregelter Kompetenzen beobachten. Die DSF war keineswegs allein für die Propaganda für die Sowjetunion zuständig. Im Gegenteil: Das war zunächst die SED, die ihre Mitglieder zu „Freunden der Sowjetunion" erzog. Aber auch die FDJ, der FDGB, der Kulturbund, das Komitee für Verbindungen mit dem Ausland, die verschiedenen ZK-Abteilungen und das Ministerium für Volksbildung beschäftigten sich mit diesen Angelegenheiten und konkur-

335 [Ohne Titel], [1950], SAPMO-BArch DY 32–4269, unpag.

336 Rahmenarbeitsplan für das 2. Halbjahr 1950, 3.1.1950, SAPMO-BArch DY 32–4926, unpag.

337 Perspektivplan der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft für das Jahr 1953, SAPMO-BArch DY 32–4941, unpag.

338 Kuhn, „Wer mit der Sowjetunion verbunden ist", S. 93–105.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

rierten um die Mittel und die Aufmerksamkeit der anleitenden Staatspartei. Eine Koordinierung dieser Aktivitäten überforderte den Apparat und fand nur sporadisch statt.

Die Stellung der TPPR unterschied sich nur unwesentlich von der Position, die die DSF einnahm. Auch in Polen setzte es interne Kritik an der Propagandaarbeit. Die sowjetische Seite zeigte sich schon früh nicht nur mit den Leistungen der TPPR, sondern mit der allgemeinen Stimmungslage in der polnischen Öffentlichkeit unzufrieden. Ausländische Beobachter hatten 1950 festgestellt, daß „negativer Nationalismus" noch weit verbreitet sei, die Freundschaft zur Sowjetunion hingegen nicht. Dies drückte sich nach sowjetischer Ansicht darin aus, daß im öffentlichen Raum viele Portraits von Bierut, jedoch kaum Stalinbilder zu finden seien.[339] In einer Besprechung mit dem sowjetischen Botschafter in Warschau, A.A. Sobolev, versprach Edward Ochab die Aufklärungsarbeit zu verstärken. Dazu sollte ein polnisch-sowjetisches Institut eröffnet werden, dessen Aufgabe es sein würde, spezielle Kader für die TPPR auszubilden.[340] Außerdem sagte Ochab zu, Abstimmungsschwierigkeiten mit dem Komitee für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland zu überwinden, das den Austausch mit der UdSSR organisierte. Ochabs Stellvertreter Matuszewski mußte im April 1951 der sowjetischen Seite gegenüber einräumen, daß die Agitation an der Basis zum Erliegen gekommen sei. Nur selten komme es zu Versammlungen oder anderen Aktivitäten der TPPR. Außerdem gestand Matuszewski ein, daß in der Vergangenheit Mitglieder in die Freundschaftsgesellschaft gepreßt worden seien. Er versicherte, man werde in der Zukunft wieder zum „Prinzip der Freiwilligkeit" und zum „individuellen Eintritt" zurückkehren. Zuvor waren Belegschaften zum kollektiven Eintritt in die TPPR gedrängt worden, um so die Mitgliederzahlen – als Ausweis des Erfolges – zu erhöhen.[341] Daß sich in den folgenden Monaten an der Lage der TPPR nichts Entscheidendes änderte, verdeutlicht ein Beschluß des ZK über die weitere Arbeit der Freundschaftsgesellschaft. In diesem Text wird eingangs nochmals betont, daß es sich bei der TPPR um eine „freiwillige gesellschaftliche Organisation" handele.[342]

Mit der DSF teilte die TPPR das vom Parteistaat gestellte Ziel, die gesamte Bevölkerung in ihren Reihen zu erfassen. In ihr vereinten sich „die arbeitenden Massen Polens, die Arbeiter, Bauern, die arbeitende Intelligenz, die Jugend und die Hausfrauen, alle die, denen an der Vertiefung der polnisch-sowjetischen Freundschaft als Bürgschaft der Unabhängigkeit des Friedens, der wirtschaftlichen und kulturellen Blüte der Volksrepublik liegt." Als Nahziel wurden sieben bis neun Millionen Mitglieder angestrebt; handschriftlich findet sich jedoch von einem anonymen Verfasser auf dem Dokument die Anmerkung, man solle für

339 Pis'mo A.I. Lavrent'eva V.Z. Lebedevu o projavlenijach „polskogo nacionalizma", 30.1.1951, in: Sovetskij faktor v vostočnoj evrope, tom 2, S. 441; siehe auch V.Z. Lebedeva A.I. Lavrent'evu ob antisovetskich vzgljadach O. Dluskogo, 9.2.1951, in: Sovetskij faktor v vostočnoj evrope, tom 2, S. 444–445.

340 Instytut Polsko-Radziecki, *Przyjaźń* 1953, Nr. 3, S. 3; Leszek Goliński, W instytucie Polsko-Radzieckim, *Przyjaźń* 1952, Nr. 49, S. 10–11.

341 Iz dnevnika posla SSSR v Pol'še A.A. Soboleva, in: Sovetskij faktor v vostočnoj evrope, 20.4.1951, tom 2, S. 474–475.

342 Wytyczne Sekretariatu KC PZPR w sprawie dalszej pracy TPPR, 1.12.1952, AAN, KC PZPR, 237/VIII–67, Bl. 1–5.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

die Mitgliederzahlen nach oben keine Obergrenze angeben [„nie należy ustalać limitów"]. Auch hier stand im Hintergrund das Ziel einer Nation von „Freunden der Sowjetunion." Um neue Mitglieder zu gewinnen, versuchte die TPPR andere Massenorganisationen zu mobilisieren. Die Gewerkschaften und der Bauernverband ZSCh gaben die Weisung aus, daß jedes ihrer Mitglieder der TPPR beitreten sollte. Das gleiche Verfahren praktizierten der ZMP und die Pfadfinder unter Jugendlichen. Der Frauenliga übertrug man die Aufgabe, die Hausfrauen zu erreichen, die sich bisher als besonders abweisend erwiesen hatten. Der TPPR wurde das Ziel gesetzt, unter den Parteilosen Freiwillige zu gewinnen, die sich um weiteres Wachstum verdient machen sollten.[343] In der Rekrutierung neuer Mitglieder schien die *raison d'être* der Freundschaftsgesellschaften zu bestehen.

3.2 Orte der Freundschaft: Hütten und Paläste

Der Kult um die Sowjetunion beschränkte sich nicht auf die Freundschaftsgesellschaften. Er sollte Polen und die DDR auch in Form neuer Architektur prägen. Die kommunistische Ordnung sollte im Stadtbild verankert und erfahrbar werden. Rund um industrielle Großprojekte entstanden dem sowjetischen Beispiel entsprechend „sozialistische Städte."[344] Die sowjetisierte Architektur und die Abbildung der kommunistischen Herrschaft im Stadtbild gingen ebenfalls auf die Sattelzeit des Stalinismus in der Mitte der dreißiger Jahre zurück.[345] Vladimir Paperny und David Caute vertreten die These, daß Architektur das eigentliche Medium sei, in dem das sowjetische System sich ausgedrückt habe.[346] Das architektonische Projekt des Stalinismus war auch in der Nachkriegszeit noch *work in progress*. Wie in Kapitel 2 gezeigt, gehörten die Baustellen Moskaus und die Kanalprojekte zu den Schaufenstern des Regimes und nahmen als „Großbaustellen des Kommunismus" einen festen Platz im Kanon des Sowjetuniondiskurses ein.

In Polen und in der sowjetischen Besatzungszone lagen die städtebaulichen Prioritäten zunächst im Wiederaufbau. Nach Kriegsende ging es um die Wiederherstellung der Infrastruktur und die Trümmerbeseitigung. Von Beginn der kommunistischen Herrschaft an spielte das Thema „Aufbau" in der Propaganda eine große Rolle. Das Bild vom „Wiederaufbau" diente während der pragmatischen Sowjetisierung dazu, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu thematisieren und ein positives Bild von manueller Arbeit zu transportieren. Außerdem bedeutete „Aufbau" immer „sozialistischen Aufbau". Erst mit der Wende zur

343 Zitate a.a.O.

344 Vgl. am Beispiel von Magnitogorsk: Stephen Kotkin, Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilisation, Berkeley, Cal./Los Angeles, Cal./London 1995; siehe hierzu auch: Karl Schlögel, Landschaft nach der Schlacht, in: ders.: Promenade in Jalta und andere Städtebilder, Darmstadt 2001, S. 297–310.

345 Vgl. am Beispiel von Moskau, Voronež und Novosibirsk: Malte Rolf, Das sowjetische Massenfest; ders., Working Towards the Centre: Leader Cults and Spatial Politics in Pre-War Stalinism, in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 141–157.

346 Paperny entwickelt seine Interpretation der zwei russischen Kulturen am Beispiel der Architektur. Vgl. Vladimir Paperny, Architecture in the Age of Stalin. Culture Two, Cambridge 2002; siehe auch Caute, The Dancer Defects, S. 534–538.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

utopischen Sowjetisierung änderte sich die Architektur: Auch auf diesem Gebiet wurde das sowjetische Vorbild nun verpflichtend. Den neuen Bauten wurde nun eine propagandistische Bedeutung zugeschrieben: Sie dienten als steinerner Beleg der Sowjetisierung.

Ab 1949 verfolgten Polen und die DDR Prestigeprojekte, die als Ausweis ihrer Leistungsfähigkeit fungierten. Es handelte sich um polnische und deutsche „Großbaustellen des Kommunismus", die wie ihre sowjetischen Vorbilder eine Leuchtturmfunktion erfüllten, indem sie als kommunistische Inseln eine strahlende Zukunft vorwegnahmen. In ihren Hauptstädten eiferten die Regime dem Moskauer Vorbild nach und in der Provinz schufen sie sich ihr eigenes Magnitogorsk in Form von Nowa Huta und Stalinstadt. Den größten Projekten der PZPR und der SED wurde die Bedeutung zugeschrieben, Ausdruck der Freundschaft zur Sowjetunion zu sein. Dies galt für den Warschauer Kulturpalast und Nowa Huta und für die Stalinallee und das Eisenhüttenkombinat an der Oder. Während der Kulturpalast und die Stalinallee neue Zentren in den alten Kapitalen Polens und Preußens etablierten und somit die alte Ordnung des Raumes zu überwinden versuchten, waren Nowa Huta und Stalinstadt der Beweis dafür, daß die Sowjetisierung überall stattfinden könnte – sei es am Rande der bürgerlichen Metropole Krakau oder an der Peripherie der DDR, direkt an der polnischen Grenze. Hier entstanden nicht nur Wohnungen oder Industriebetriebe, sondern zugleich *Orte der Freundschaft*.[347]

Derartige Großprojekte stellten gewaltige ökonomische Anstrengungen für die *economics of shortage* des Staatssozialismus dar.[348] Doch hier geht es nicht um die wirtschaftliche, sondern um die symbolische Dimension dieser Projekte.[349] Die Zerstörung Warschaus 1944 durch die deutsche Wehrmacht beraubte die polnische Hauptstadt wertvoller historischer Substanz. Nachdem das Regime sich entschieden hatte, den Regierungssitz in Warschau zu belassen, versuchte es, durch den Wiederaufbau an Legitimität zu gewinnen. Diese Anstrengungen korrespondierten mit der nationalistischen Propaganda und wurden mit dem Namen des Staatspräsidenten Bierut verbunden.[350] Nachdem man sich zur historischen Rekonstruktion der Altstadt entschieden hatte, standen die Herrschenden vor dem Problem, wie Bauwerke aus der Vergangenheit die neue, sozialistische Zukunft symbolisieren konn-

347 Ältere Wahrzeichen ließen sich nur schwierig im Sinne der Großen Freundschaft umwidmen. Prominente Ausnahmen bilden hier die Warschauer Zitadelle, die im Zarenreich die russische Garnison beherbergte und das Leipziger Völkerschlachtdenkmal. Hier versuchte die PZPR ein „Pantheon der Revolution" zu schaffen, das auf den gemeinsamen Kampf russischer und polnischer Revolutionäre gegen das Zarenreich hinweisen sollte. Das Leipziger Völkerschlachtdenkmal versuchte die SED als Ort deutsch-russischer Waffenbrüderschaft zu instrumentalisieren. So inszenierte die DDR den 140. Jahrestag der Völkerschlacht 1953 als Manifestation der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Vgl. Harald Bluhm, Zu Ikonographie und Bedeutung von Darstellungen der Befreiungskriege 1813/14 in der Staatsrepräsentation der DDR, in: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin/München 1996, S. 162–174.

348 Der Begriff nach János Kornai, Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Sozialismus, Baden-Baden 1995.

349 Vgl. aus wirtschaftsgeschichtlicher Sicht vergleichend: Dagmara Jajeśniak-Quast, Stahlgiganten in der sozialistischen Transformation. Nowa Huta in Krakau, EKO in Eisenhüttenstadt und Kunčice-Ostrava, Berlin 2006.

350 Vgl. Bolesław Bierut, Sześcioletni plan odbudowy Warszawy, Warschau 1951. Zur „sowjetischen Hilfe" für den polnischen Aufbau, siehe Budujemy Nową Stolicę korzystając z radzieckiej pomocy i radzieckich doświadczeń, *Przyjaźń* 1951, Nr. 2, S. 3.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

ten. Der Aufbau historischer Ensembles wie der Altstadt oder der *Mariensztat* ließ sich im Rahmen des kommunistischen Verständnisses von Volkskultur leichter erklären als der schon bald ins Auge gefaßte Wiederaufbau des Warschauer Königsschlosses.[351] Doch gefährlicher für die Popularität der Herrschenden war die Rückkehr russischer Dominanz in das Weichbild Warschaus.

In den Jahren 1894–1912 hatte das Zarenreich im Zentrum Warschaus die Alexander-Nevskij-Kathedrale als Zeichen der Zugehörigkeit Polens zum russischen Imperium errichtet. Sie war nach der Unabhängigkeit Polens vollständig abgetragen worden. Offenbar schreckte dieses historische Beispiel, das älteren Warschauern noch in Erinnerung war, die polnischen Kommunisten nicht. Die Imperative der utopischen Sowjetisierung waren stärker, und sie sollten sich in der Architektur widerspiegeln. Ihre Entscheidung zum Bau des Warschauer Kulturpalastes ignorierte diese historischen Parallelen. Wie die Kathedrale stand der Palast für die Verbindung Polens mit Moskau. Nur die Orthodoxie hatte gewechselt: An die Stelle der rechtgläubigen Kirche war die Freundschaft zur Sowjetunion getreten.

Teil der Prestigeprojekte war stets die Behauptung, daß sie nur dank uneigennütziger Hilfe der UdSSR und in Zusammenarbeit mit sowjetischen Spezialisten durchgeführt werden könnten. Tatsächlich handelte es sich beim Warschauer Kulturpalast um ein polnisch-sowjetisches Gemeinschaftsunternehmen, das von komplizierten gegenseitigen Abhängigkeiten gekennzeichnet war und in dem keine Seite ihre Interessen frei artikulieren konnte.[352] Für die sowjetischen Arbeiter, die auf der Baustelle eingesetzt waren, wurde eine eigene kleine Siedlung vor den Toren der Stadt errichtet, die den Namen *Przyjaźń* trug. In dem mit zahlreichen Annehmlichkeiten ausgestatteten Städtchen konnten sie komfortabel leben. Der Name der Siedlung betonte zwar die Verbindung zwischen Polen und Sowjetmenschen, doch die Siedlungsanlage war darauf ausgerichtet, unkontrollierte Kontakte zu minimieren. Diese Praxis des Umgangs mit Fremden entsprach dem sowjetischen Vorbild: Bei Großprojekten wurden dort Einheimische und Ausländer strikt voneinander abgeschirmt.[353] Die Freundschaftspropaganda bedeutete nicht, daß sich im Alltag unkontrollierter Kontakt zwischen Polen und Russen entfalten konnte.

Polens Regierung verkündete den Bau des *Pałac Kultury i Nauki* (PKiN) im Mai 1952.[354] Die Grundsteinlegung fiel auf den achten Jahrestag des PKWN-Manifestes am 22.

351 Vgl. zum Königsschloß: Piotr Majewski: Jak zbudować „zamek socjalistyczny"? Polityczne konteksty odbudowy zamku królewskiego w Warszawie w latach 1944–1956, in: Jerzy Kochanowski (Hg.), Zbudować Warszawę piękną...O nowy krajobraz stolicy (1944–1956), Warschau 2003, S. 25–96.

352 Zum polnischen Anteil siehe Konrad Rokicki, Kłotpotliwy dar: Pałac Kultury i Nauki, in: Jerzy Kochanowski (Hg.), Zbudować Warszawę piękną...O nowy krajobraz stolicy (1944–1956), Warschau 2003, S. 97–212, S. 138–174.

353 Kotkin, Magnetic Mountain, S. 123ff. Eine scharfe Segregation der ausländischen von der deutschen Bevölkerung blieb über 40 Jahre charakteristisch für die DDR. Vgl. die Beiträge in: Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hg.), Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003.

354 Pałac Kultury i Nauki, *Przyjaźń* 1952, Nr. 18, S. 7; Siehe auch: Rozmawiamy o Pałacu Kultury i Nauki, in: *Przyjaźń* 1952, Nr. 18, S. 11. Von Beginn an wurde betont, der PKiN sei kein „Wolkenkratzer" amerikanischen Typs – und damit kein Symbol der architektonischen Moderne – sondern ein

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Juli.[355] Damit schuf der Parteistaat eine symbolische Verbindung zwischen dem Palastbau und dieser *Magna Charta* der polnisch-sowjetischen Freundschaft. Der Ort, an dem sich dieses steinerne Symbol der Freundschaft erheben sollte, konnte nicht in der historischen Altstadt liegen. Bereits kurz nach Kriegsende hatte man beschlossen, das barocke Ensemble und den Königsweg entlang der Straßen *Krakowskie Przedmieście* und *Nowy Świat* zu rekonstruieren. Dieses Aufbauwerk stand unter dem Motto „Die ganze Nation baut ihre Hauptstadt [Cały naród buduje swoją stolicę]". Sowohl der nationale Charakter dieses Projektes als auch der Wert des Kulturpalastes wären in Frage gestellt worden, wenn man beide Vorhaben miteinander in Verbindung gebracht hätte. Rund um den Kulturpalast sollte das neue Zentrum des sozialistischen Polen entstehen. Dazu mußte der Palast allein stehen, um als Solitär und kraft seiner Monumentalität Wirkung entfalten zu können. Außerdem sollte der Raum um das Gebäude Platz für Massenfeste und Paraden bieten. Die engen Gassen und die verwinkelte Struktur der historischen Altstadt blieben für Massenaufmärsche ungeeignet.

Der Versuch, der Hauptstadt eine neue Raumordnung zu geben, spiegelte sich auch in der Namensgebung. Man nannte den Platz um den Kulturpalast „Centrum", und noch heute trägt der dortige U-Bahnhof diesen Namen. Das urbane Leben sollte sich von der Altstadt weg in Richtung Kulturpalast verlagern. Diese Entscheidung hatte historische und beziehungsgeschichtliche Dimensionen. Schließlich war der Boden des *Stare Miasto* aus kommunistischer Sicht doppelt kontaminiert. Zum einen stand die Altstadt für die feudalen und bürgerlichen Traditionen Warschaus und zum anderen hatte in ihr der Aufstand des Jahres 1944 stattgefunden, der zu den Tabuthemen der neuen Ära gehörte. Die Staatspartei wies der Altstadt und den sie umgebenden Vierteln den Rang eines *open-air* Museums polnischer Volkskultur zu. Die zentralen politischen Symbolakte aber sollten zukünftig auf dem Terrain des „Zentrums" rund um den Kulturpalast stattfinden. Damit löste der Paradeplatz am PKiN den *Plac Saski* als Ort nationaler Feiern ab, der durch das Grab des unbekannten Soldaten mit dem Gedenken an den polnisch-sowjetischen Krieg verbunden war. Der neue Paradeplatz mit seinen ausladenden Dimensionen bedeutete einen Bruch mit der traditionellen Topographie Warschaus, der aus der Übernahme sowjetischer Ästhetik resultierte. Dem Raum um den Palast als Kathedrale der Freundschaft kam die Aufgabe zu, das *sacrum* der neuen Epoche zu bilden. An diesem Ort konnte die Staatspartei zukünftig ihre Heerschauen abhalten – mit Paraden und Demonstrationen auf den Straßen und mit Parteitagen im integrierten Kongreßsaal.[356] Durch die Schaffung der breiten Alleen und Freiflächen um den Palast unterzog das Regime diesen Teil Warschaus einer Umgestaltung von Hausmanschen Ausmaßen.

Vor dem Palast war ein Stalin-Denkmal vorgesehen, das jedoch nie errichtet wurde. Die Parteiführung hatte einen polnischen Künstler mit der Ausführung beauftragt, was zu Verwicklungen mit sowjetischen Stellen und letztlich zu so langen Verzögerungen führte, daß

Hochhaus, das denen ähnele, die Moskau „schmücken". Siehe: Moskiewskie wysokościowce i amerykańskie „drapacze nieba", *Przyjaźń* 1952, Nr. 19, S. 9.

355 Der Bau ist dokumentiert in: Budowa PKiN. Stacja Naukowo-Badawcza PAN na terenie Pałacu Kultury i Nauki, Warschau 1957.

356 Wie anderen Objekten der Verehrung, so huldigte man auch dem PKiN mit Gedichten. Vgl. bspw. Jan Brzechwa, Pałac Kultury, *Wolność*, 5.4.1953.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

das Projekt vor Beginn der Entstalinisierung nicht vollendet wurde.[357] Doch der Kulturpalast selbst war in mancher Hinsicht das größtmögliche Stalindenkmal; jede Statue mußte vor seiner massiven Gestalt verloren erscheinen. Zwei Tage nach Stalins Tod, am 7. März 1953, erhielt der Palast auf Beschluß der PZPR offiziell den Namen des sowjetischen Diktators: Er hieß nun *Pałac Kultury i Nauki im. J. Stalina*. Und die Propaganda fand hymnische Rechtfertigungen für diese Namensgebung: „Der große Stalin wollte, daß Warschau [...] ebenfalls einen schönen Kulturpalast besitzt, so wie sein heimatliches Moskau."[358] Das neue Zentrum trug damit den Namen des Schöpfers des neuen Polen.

Der Bau des Palastes war nicht nur eine architektonische Herausforderung – ein ähnliches Gebäude war bislang in Polen nicht errichtet worden –, sondern auch eine große Propagandaaktion. Der Nutzen, den das kommunistische Regime aus seinem Bau zu ziehen gedachte, war symbolischer Natur, und seine Bedeutung mußte der Bevölkerung außerhalb Warschaus vermittelt werden. Im Rahmen des Baus fanden daher inszenierte „Freundschaftstreffen" zwischen Polen und Russen statt, und aus der Provinz wurden Bürger nach Warschau transportiert, um sich über die Resultate der polnisch-sowjetischen Freundschaft zu informieren. Weil sowjetische Arbeitsmethoden zum Einsatz kamen, bezeichnete die Propaganda den Palast als „Schule des sozialistischen Bauens."[359]

Nach Stalins Tod legte die PZPR den 22. Juli 1955 als Stichtag für die Fertigstellung fest. An diesem Tag fand dann tatsächlich die Einweihung des neuen Warschauer Wahrzeichens statt. Eine sowjetische Delegation unter der Führung M. A. Suslovs reiste zu dem Spektakel an. Bei dieser Veranstaltung wurde betont, der Kulturpalast sei aus Mitteln und mit Hilfe der UdSSR erbaut worden – im Sinne der Ökonomie des Schenkens fanden sich die Polen demnach in der Rolle des Beschenkten wieder und waren verpflichtet, Dankbarkeit zu demonstrieren.[360] Es blieb Premierminister Józef Cyrankiewicz überlassen, den sowjetischen Vertretern den herzlichen Dank des polnischen Volkes zu übermitteln. Die Fertigstellung des *PKiN im. Stalina* feierte Polen ein halbes Jahr vor dem 20. Parteitag der KPdSU. Zu diesem Zeitpunkt waren die Planungen für die Umgebung des Palastes noch kaum realisiert, der anvisierte Metrobau sollte erst Jahrzehnte später beginnen. Die polnisch-sowjetische Neuerfindung Warschaus stieß an ökonomische Grenzen. Der Kulturpalast wurde in Rekordzeit erbaut, doch bei seiner Übergabe 1955 haftete ihm bereits der Makel an, aus einer vergangenen Epoche zu stammen. Zwar wurde zur Eröffnung nochmals die Erzählung über den neuen Giganten, das Geschenk der Sowjetunion, den Sitz der Kultur und der Jugend abgespult – allerdings erwähnte die Propaganda seinen Namenspatron nur noch beiläufig.[361] Bereits bei seiner Einweihung war dieses Symbol der Großen Freund-

357 Siehe Rokicki, Kłotpotliwy dar, S. 185f.

358 O Nowej Hucie i o warszawskim Pałacu Kultury i Nauki im. J. Stalina dwóch wielkich pomnikach wielkiej Przyjaźni, *Pogadanki Propagandysty* 1953, Nr. 12, S. 1–8, Zitat S. 8.

359 PKiN szkoła budownictwa, *Przyjaźń* 1955, Nr. 6, S. 7.

360 Die tatsächliche Verteilung der Baukosten wurde nicht veröffentlicht. Allerdings übernahm die Sowjetunion den Großteil der Kosten, siehe Rokicki, Kłopotliwy dar, S. 153f., zur Rede Cyrankiewicz', a.a.O., S. 133f.

361 Pałac Kultury i Nauki – otwarty, in: *Notatnik Agitatora. Wydanie dla wsi* 1955, Nr. 13, S. 11–17.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 https://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

schaft unzeitgemäß: 1955 war der PKiN ein Symbol der vergangenen Zukunft des polnischen Stalinismus.

Die Umgestaltung Berlins unter dem Patronat der SED begann mit einem Paukenschlag: Mit der Sprengung des Berliner Stadtschlosses der Hohenzollern, einem beschädigten, aber nicht zerstörten Kulturdenkmal, schuf die Staatspartei im Zentrum ihrer Hauptstadt *tabula rasa*.[362] Die Zerstörung des Schlosses war die symbolische Auslöschung Preußen-Deutschlands und sollte ein Zeichen dafür sein, daß es kein Zurück zur alten Ordnung geben würde. Im Gegensatz zu Polen, wo die eigene Geschichte in Form der Warschauer Altstadt musealisiert wurde, gab sich die SED unter der Führung Walter Ulbrichts radikaler und entschied sich gegen ein Museumsschloß und für eine Freifläche, die für die Massenfeste und Aufmärsche genutzt werden sollte. So löschte die SED nicht nur Altes aus, sondern schuf zugleich zeremoniellen Raum für die Darstellung der neuen Ordnung. Außerdem existierten bald Pläne für einen Kulturpalast im Zentrum Berlins, der jedoch wie der Moskauer Palast der Sowjets Utopie blieb.

Neben die Zerstörung der Mitte Berlins trat an anderer Stelle ein Aufbau, der eigentlich eine radikale Umgestaltung war. Aus der Frankfurter Allee, einer unscheinbaren, teilweise im Krieg zerstörten Ausfallstraße im Arbeiterbezirk Friedrichshain, wurde die Stalinallee, *das* architektonische Prestigeobjekt der Hauptstadt.[363] Sie wurde als „Symbol der Einheit und des Friedens" bezeichnet. Hier sollte eine Symbiose zwischen deutscher und sowjetischer Kultur in Stein erstehen. Wie in Polen verknüpfte die SED in ihrem größten hauptstädtischen Bauprojekt die Themen nationaler Aufbau und Hilfe der Sowjetunion.[364] Schließlich galt es, nach der Zerstörung des Schlosses einen neuen Akzent zu setzen. Die Teilung der Stadt führte außerdem dazu, daß das traditionelle politische Zentrum, die Wilhelmstraße, nun an der Grenze zum Westen lag. Dies sprach dafür, im Osten Berlins Orte zu schaffen, die die SED-Herrschaft symbolisierten.

In seiner Rede zur Grundsteinlegung am 3. Februar 1952 bezeichnete Otto Grotewohl die Stalinallee als „Straße der unverbrüchlichen Freundschaft." Schließlich führe die Allee „zum Osten, in Richtung auf das neue junge Herz der Welt des Sozialismus, auf Moskau." Während er die „höllische und barbarische Luftkriegführung der amerikanischen Bombengeschwader" für die Zerstörung Berlins verantwortlich machte, forderte er die ganze Hauptstadt auf, am Wiederaufbau teilzunehmen. Die SED sah sich an der Spitze einer Bewegung des nationalen Aufbaus. Die Stalinallee sollte nicht nur neue Wohnungen schaffen, sondern ein Ort der „Bewußtseinsbildung" sein. So begründete Grotewohl den Straßennamen und die Anbindung des Aufbauprojektes an Führerkult und Freundschaftspropaganda. Die Stalinallee müsse ein „weithin sichtbares Symbol sein. Diese Allee trägt den Namen Stalins, dem wir auch heute aus Anlaß dieser Grundsteinlegung unsere Verehrung und

362 Zum Berliner Schloß siehe Wolfgang Neugebauer, Residenz – Verwaltung – Repräsentation. Das Berliner Schloß und seine historischen Funktionen vom 15. bis zum 20. Jahrhundert, Potsdam 1999.

363 Die Umbenennung war bereits zu Stalins 70. Geburtstag 1949 erfolgt. Vgl. zur Stalinallee aus architekturhistorischer Sicht: Herbert Nicolaus/Alexander Obeth, Die Stalinallee. Geschichte einer deutschen Straße, Berlin 1997.

364 Vgl. der diskursiven Symbiose von nationalem Pathos und Freundschaftsdiskurs verpflichtet: Die Stalinallee. Nationales Aufbauprogramm 1952, Berlin (Ost) 1953.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Liebe bezeugen, nicht nur, weil wir in ihm den großen Führer des Weltfriedenslagers, sondern auch den großen und besten Freund des deutschen Volkes sehen."[365]

Schon der Beginn der „Enttrümmerung" im Januar 1952 war ein propagandistisches Schauspiel, an dem hohe SED-Funktionäre teilnahmen. Der Ostberliner Oberbürgermeister und DSF-Präsident Friedrich Ebert zeigte sich an einem Abschnitt, der von der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft betreut wurde.[366] Daß die Stalinallee nicht nur ein Aufbau-, sondern ein Erziehungsprojekt war, veranschaulichte die Beteiligung polnischer Bauarbeiter, von denen die deutschen Maurer das „Warschauer Tempo" lernen sollten. Zudem versuchte die SED, Berliner aus Ost und West zu mobilisieren, in ihrer Freizeit Sonderschichten abzuleisten. In einem eigenen Beschluß bekräftigte die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ihre Beteiligung am „nationalen Aufbauprogramm". Die DSF unterstrich die Notwendigkeit, hier ein Schaufenster der Sowjetisierung zu schaffen und verwies auf die besondere Bedeutung der Straße:

> „Das Zentrum des nationalen Aufbaus ist die Allee des Friedens, die den Namen des besten Freundes der deutschen Nation, J. W. Stalin trägt und in ihrer Richtung direkt zum Hort des Friedens, der Sowjetunion weist. Daher ist es eine besondere Verpflichtung für die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, an dem Aufbau und der Entwicklung dieser Straße entscheidend mitzuwirken. [...]
> Die Anwendung sowjetischer Aufbaumethoden wird ein wesentlicher Faktor bei der Beschleunigung des Aufbautempos sein. [...]
> Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft beschließt:
> 1. Die Übernahme der Patenschaft für den Block C Süd. [...]
> 2. Zur Förderung des deutsch-sowjetischen Erfahrungsaustausches wird im Block C Süd die aus beurlaubten hauptamtlichen Funktionären bestehende Brigade ein Haus an der Ecke Koppenstraße erbauen [...]
> 4. In der Nähe des Stalindenkmals wird ein Pavillon der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft [...] errichtet."[367]

Der Multifunktionär Friedrich Ebert leistete eine symbolische Aufbauschicht und demonstrierte damit Engagement und Volksnähe. Besucher aus der DDR und aus West-Berlin wurden über die Baustelle geführt. Einen bedeutenden Anteil der Kosten verschlang nicht der

365 Otto Grotewohl, Stalinallee – Straße der unverbrüchlichen Freundschaft, in: ders., Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze, Band 3, Berlin (Ost) 1954, S. 31–40, Zitate S. 31, S. 35, S. 40.

366 Vgl. Doris Müller, „Wir bauen die erste sozialistische Straße Berlins". Die Stalinallee in der politischen Propaganda im ersten Jahr des „Nationalen Aufbauprogramms Berlin 1952", in: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin/München 1996, S. 369–388.

367 Beschluß Nr. 42/274 des Sekretariats der DSF, [ohne Datum, Frühjahr 1952], SAPMO-BArch DY 32–20601, unpag. In einem internen Bericht lobte die DSF sich, die eigene Baukolonne an der Stalinallee sei „zum Bahnbrecher des Neuererwesens im Nationalen Aufbauprogramm" geworden. Bericht über die Arbeit der DSF im ersten Halbjahr 1952, [ohne Datum, Sommer 1952], SAPMO-BArch DY 32 4471.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

eigentliche Bau, sondern die Propagandaanstrengungen des „Nationalen Aufbauprogramms".

Das sowjetische *ex oriente lux* galt nicht mehr nur für Stachanovarbeiter aus der UdSSR, sondern auch für die polnischen Aktivisten. Von ihnen sollten die deutschen Bauarbeiter „fortschrittliche Arbeitsmethoden" erlernen. Die Verbindung zum kommunistischen Polen markierte zusätzlich die Namensgebung „Marchlewskistraße" für den U-Bahnhof an der Weberwiese. Im Jahr 1953 eröffnete in der Stalinallee das Café Warschau. Der Name einer Nebenstraße ehrte den ersten sowjetischen Stadtkommandanten Berlins Nikolai Bersarin. Nach sowjetischem Vorbild entstanden ein „Haus des Kindes" und ein „Haus des Sports". Der Diskurs der Großen Freundschaft dominierte die Stadtlandschaft Stalinallee: Das Konterfei des Generalissimus Stalin zierte die Gerüste am Hochhaus Weberwiese, und vor der „Deutschen Sportallee", an zentraler Stelle im Bauensemble, weihte Walter Ulbricht im August 1951 während der „Weltfestspiele der Jugend und Studenten" ein Denkmal ein, das Stalin in klassischer Pose als sowjetischen Bonaparte abbildete. Neben den Führerportraits waren es Bilder der Aktivisten, die das Bild der Baustelle prägten. Die Stalinallee mit ihren Führer- und Aktivistenportraits blieb über Jahre ein propagandistisches Gesamtkunstwerk. Ihre Architektur bildete eine Fassade, die der Propagandastaat je nach Kampagne neu dekorierte.

Neben den neuen Zentren Berlins und Warschaus fand der Ehrgeiz der kommunistischen Machthaber in schwerindustriellen Projekten seinen Ausdruck. Beide Regime errichteten ein Stahlwerk mit angeschlossener „sozialistischer Stadt": Polen Nowa Huta bei Krakau und die DDR das Eisenhüttenkombinat Ost an der Oder.[368] Auch hier handelte es sich um Leuchttürme der Sowjetisierung, deren symbolische Dimension der wirtschaftlichen Bedeutung fast den Rang ablief.[369] Dementsprechend integrierten die Parteistaaten sie in ihre repräsentative Öffentlichkeit. Die Presse berichtete über „Pilgerfahrten" zur Baustelle, und an Ort und Stelle versuchten die Herrschenden, Musterbelegschaften zu schaffen, die frei von den Überbleibseln „alten Denkens" und ohne „sozialdemokratische" Einstellungen am „sozialistischen Aufbau" teilnehmen sollten. Die sozialistischen Städte orientierten sich architektonisch am sowjetischen Beispiel. PZPR und die SED ließen keine Kirchen in den neuen Städten zu – was jeweils zu Konflikten mit ihren Bewohnern führte. Die Standortwahl sollte einen Bruch mit der alten Ordnung bei gleichzeitiger Hinwendung zur kommunistischen Herrschaft darstellen: Nowa Huta wurde als Gegengewicht zum bürgerlich-katholischen Krakau konzipiert, einer Stadt, die mit ihrer alten Universität und ihren Traditionen an ein anderes Polen erinnerte, und das Eisenhüttenkombinat Ost an der Oder-Neiße-Grenze stand für die Zugehörigkeit der DDR zum sowjetischen Imperium. Beide Projekte galten als Beispiele der Zusammenarbeit mit der UdSSR und verpflichteten zur Dankbar-

368 Vgl. Einblicke: 50 Jahre EKO-Stahl, Eisenhüttenstadt 2000, S. 42–157; Jenny Richter/Heike Förster/Ulrich Lakemann, Stalinstadt – Eisenhüttenstadt. Von der Utopie zur Gegenwart. Wandel industrieller, regionaler und sozialer Strukturen, Marburg 1997, S. 14–66; zu Nowa Huta die Beiträge in: Instytut Pamięci Narodowej (Hg.), Nowa Huta – miasto walki i pracy, Krakau 2002; sowie Lebow, Nowa Huta, 1949–1957.

369 Vgl. zu Nowa Huta als Symbol der kommunistischen Modernisierung Polens: Kiejstut Žemajtis, Nowa Huta, *Nowe Drogi* 1953, Nr. 7, S. 30–41.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

keit gegenüber der Sowjetunion.[370] Die Propaganda pries die Vorbilder Magnitogorsk und Kuznesk, und dem sowjetischen Vorbild entsprechend wiederholte sie, daß es sich um den Bau von „Giganten" handele, die eine neue Ära einleiteten. In der Toponymie des öffentlichen Raumes in Nowa Huta und Stalinstadt spielte die Große Freundschaft eine zentrale Rolle. Inszenierte Begegnungen mit sowjetischen Delegationen gehörten zur Unternehmenskultur.[371] Ein hoher Anteil der Arbeiter sollte in den Freundschaftsgesellschaften organisiert sein. Die Regime wiesen den Prestigeprojekten eine Vorbildfunktion zu.[372]

Auch die Arbeiter von Nowa Huta und EKO sollten als Vorbilder dienen: Ein EKO-Stahlkocher erklärte: „Unser Eisenhüttenkombinat und unsere sozialistische Stadt sind ein lebendiges unzerstörbares Denkmal der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, das von der Hilfe kündet, die uns die Sowjetunion zuteil werden läßt [...]. Unsere Menschen in Stalinstadt sind begeisterte Freunde der Sowjetunion."[373] Häufig besuchten sowjetische Berater die neuen Werke und ihre Belegschaften waren durch symbolische Kommunikation mit den Arbeitern sowjetischer Großprojekte verbunden.[374] Allerdings brachten die chaotischen Zustände und die unzureichenden Wohnquartiere auf diesen Großbaustellen große soziale Probleme mit sich, so daß die Gefahr bestand, mitten in der sowjetisierten Landschaft „Überresten" der alten Gesellschaft zu begegnen.[375] Dies hing auch damit zusammen, daß große Teile der Belegschaften ehemalige Bauern und Vertriebene waren, die der kommunistischen Politik besonders fernstanden. Das „neue Leben" stand auch in den Musterbetrieben an den Orten der Freundschaft vor großen Hürden.[376] Hinter der Fassade der Vorbildlichkeit verbarg sich oft das elende Arbeiterleben in der kommunistischen Diktatur.

Insgesamt blieb die Propaganda der polnischen und deutschen Kommunisten auf architektonischem und städtebaulichem Gebiet widersprüchlich. So entwertete die PZPR den Wiederaufbau der Warschauer Altstadt implizit durch die Errichtung des Kulturpalastes.

---

370 Vgl. bspw. O Nowej Hucie i o Warszawskim Pałacu Kultury i Nauki im J. Stalina, S. 2ff.

371 Sowjetische Freunde aus Swerdlowsk in unserem Werk, *Unser Friedenswerk* 1953, Nr. 47, S. 1–2.

372 Vgl. Karl-Heinz Zieger, Das Eisenhüttenkombinat J. W. Stalin ein Werk der deutsch-sowjetischen Freundschaft, *Unser Friedenswerk* 1953, Nr. 63, S. 2; Sekretariats-Vorlage. Plan zur Durchführung des Deutsch-Sowj.-Freundschaftsmonats, 29.10.1952, EKO UA Nr. 1697, Bl. 90–94; Abschlußbericht zum Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft im Eisenhüttenkombinat „J. W. Stalin" 1954, 2.12.1954, EKO UA Nr. 655, Bl. 93–98; siehe auch einen polnischen Bericht über EKO: Symbol braterstwa i przyjaźni, *Przyjaźń* 1952, Nr. 20, S. 4. Zu Nowa Huta bspw. Zbigniew Kwiatkowski: Nowa Huta. Symbol planu 6-letniego – symbol radzieckiej pomocy, *Przyjaźń* 1950, Nr. 33, S. 6; Z działalności Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej. Robotnicy Nowej Huty aktywnie pracują w Kolach, *Wolność*, 8.2.1951.

373 4. Kongreß der DSF. Stenographisches Protokoll, 15.–17.5.1953, SAPMO-BArch DY 32–10046, unpag.

374 List budowniczych Nowej Huty do budowniczych Kanału Wolga-Don, *Wolność*, 18.10.1951.

375 Helmut Dahinten, Macht Schluß mit den Resten kapitalistischer, faschistischer Moral in unseren Wohnungen und Gaststätten, *Unser Friedenswerk*, 1953, Nr. 43, S. 2. Die Zustände in den Gaststätten beklagte der Artikel: Schluß mit der amerikanischen Lebensweise in unserer HO-Gaststätte, *Unser Friedenswerk* 1952, Nr. 43, S. 3, wo beschrieben wurde, daß Kumpel wie die „Barbaren auf gedeckten Tischen tanzen", mutwillige Zerstörungen durchführten und „Lieder aus der nazistischen Zeit" sängen.

376 Zu Nowa Huta, vgl: Katherine Lebow, Socialist Leisure in Time and Space: Hooliganism and *Bikinarstwo* in Nowa Huta, 1949–1956, in: Christiane Brenner/Peter Heumos (Hg.), Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, DDR, 1945–1968, München 2005, S. 527–540.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Die SED versuchte aus der Tatsache Kapital zu schlagen, daß die historische Mitte der deutschen Hauptstadt auf ihrem Territorium lag. Doch auch hier war das Vorgehen nicht geeignet, die eigene Legitimität mit Hilfe dieses symbolischen Kapitals zu steigern. Die Sprengung des Berliner Schlosses war ein Fanal der Zerstörung und diskreditierte die Rede vom „nationalen Wiederaufbau" nachhaltig. Die Konzentration auf einzelne Prestigeprojekte bedeutete in der Mangelwirtschaft die Vernachlässigung anderer Stadtteile und Städte. Diese Ungleichgewichte durften jedoch nicht thematisiert werden; die Orte der Freundschaft standen außerhalb öffentlicher Kritik. Schließlich entstanden Großprojekte wie der Kulturpalast oder die Stalinallee im Herbst des Stalinismus. Als sie fertiggestellt waren, machte der 20. Parteitag der KPdSU und der Moskauer Schwenk in der Architektur sie zu Anachronismen. Als steinerne Zeugen überdauerten sie das Siechtum und den Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft.

3.3 Freundschaft in der Freundschaft: Polen und die DDR

Das Jahr 1949 bedeutete die Aufnahme der DDR in die Diskurs- und Festgemeinschaft des sowjetischen Imperiums. Auch wenn sich die DDR nicht offiziell als „Volksdemokratie" bezeichnete, so war sie doch in die vorgestellte Gemeinschaft befreundeter Völker aufgenommen worden. Diese Integration eines deutschen Staates erschütterte den Herrschaftsdiskurs des kommunistischen Polen. Wie in Kapitel 3 dargestellt, begründete der polnische Parteistaat das Bündnis mit der Sowjetunion durch die Konstruktion einer panslawischen Allianz gegen die deutsche Gefahr. Diese völkisch-nationale Begründung wurde zuerst im Manifest des PKWN und dann in der TPPR-Propaganda herausgestellt. Es handelte sich um eine Kernaussage der Kommunisten in ihrem Bemühen, dem neuen Polen Legitimität zu verschaffen und das Vertrauen der Bürger zu gewinnen.[377]

Von der „Wacht an der Oder" war in den vierziger Jahren häufig die Rede. Dabei handelte es sich schon 1945 um eine Fiktion, da die SBZ von der Roten Armee besetzt war und deutsche Streitkräfte nicht mehr existierten. Was die Kommunisten benötigten, war die ständige Bedrohung durch das deutsche *Volk* mit seinem „Drang nach Osten". So ließ sich die polnisch-sowjetische Freundschaft begründen. Eine Verständigung mit den Deutschen – auch mit den deutschen Kommunisten – war nach nationalistischer Lesart unmöglich, weil die Deutschen zur „ewigen" Bedrohung der slawischen Völker stilisiert worden waren. Durch die historische Argumentation, die bis zu den polnischen Piasten und der Schlacht von Tannenberg zurückreichte, war eine Jahrhunderte dauernde Kontinuität deutscher Aggression behauptet worden. Der völkisch-nationalen Propaganda zufolge konnte es keine „guten" Deutschen geben; selbst deutsche Kommunisten waren zuallererst Deutsche.[378]

377 Zaremba, Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm, S. 157ff.

378 Ein stark belastetes bis feindseliges Verhältnis unter Kommunisten war kein polnisch-deutsches Spezifikum. So waren beispielsweise die Beziehungen zwischen den tschechoslowakischen und den ungarischen Kommunisten ähnlich schlecht. Vgl. Marvius, Agents of Moscow, S. 118–126.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Dementsprechend problematisch gestalteten sich in den Nachkriegsjahren die Beziehungen zwischen KPD/SED und PPR/PZPR.[379] Noch bei der Gründung der Kominform im schlesischen Schreiberhau war die SED vor der Tür geblieben – ein Zustand, den in der polnischen Partei niemand bedauert haben dürfte. Schließlich hatte die PPR die antideutschen Ressentiments in der Innenpolitik instrumentalisiert. Der legalen Opposition der PSL wie auch dem bewaffneten Untergrund war unterstellt worden, sie hätten im Krieg mit den Deutschen kollaboriert und seien bereit, Polen erneut zu verraten. Es gab neben der Beziehung zur Sowjetunion kein emotionaler besetztes Politikfeld als „die Deutschen". Um so schwieriger gestaltete sich die Lage für die polnische Propaganda, als sie im Herbst 1949 anerkennen mußte, daß es nun „Freunde" jenseits der Oder gab. Die Große Freundschaft unterminierte die Propagandaarbeit dadurch, daß sie ihr ein zugkräftiges Argument nahm.

Auf der anderen Seite der Oder gestalteten sich die Dinge für die SED kaum weniger kompliziert. In der Bevölkerung war der negative Stereotyp über Polen durch Flucht und Vertreibung und die neue Ostgrenze noch verstärkt worden. Sowohl die KPD als auch die SPD und 1946 die SED hatten die Oder-Neiße-Grenze abgelehnt. Eine andere Position wäre in den Nachkriegsjahren auch gar nicht vermittelbar gewesen. Außerdem entsprach diese Ablehnung in vielen Fällen den persönlichen Anschauungen der Funktionäre. Den polnischen Kommunisten hingegen bereitete das Gespenst einer deutsch-russischen Einigung auf Kosten Polens in den Nachkriegsjahren Sorgen. Erst im Frühjahr 1947 legten Stalin und Molotov die SED verbindlich auf die neue Grenze fest und verboten ihr, in der Bevölkerung weiter Hoffnung auf eine territoriale Revision zu schüren.[380] Seit 1948 ging die SED dann zu einer „negativen Vertriebenenpolitik" über: Sie erlaubte es nicht mehr, die Frage der deutschen Ostgrenze oder auch nur die Vertreibung öffentlich zu thematisieren.[381] Zusätzlich nahm sie den Vertriebenen ihren sozialen Sonderstatus. Seit 1948 argumentierte die SED, daß es in der SBZ keine Vertriebenenfrage mehr gäbe und das Problem durch Integration gelöst sei. So versuchte sie in charakteristischer Weise, die Problematik durch einen neuen Begriff und eine Organisation zu lösen: Die Grenzfrage wurde mit der Friedenspropaganda gekoppelt, und Ulbricht übernahm den ursprünglich polnischen Begriff der „Friedensgrenze". Nach dem Vorbild der DSF gründete der Parteistaat eine „Helmut von Gerlach-Gesellschaft für kulturelle, wirtschaftliche und politische Beziehungen mit dem neuen Polen."[382] Doch die Frage der Beziehungen zu Polen war damit auch innerhalb der SED keineswegs gelöst. Noch im Mai 1949 forderte Ulbrichts Sekretariat, man müsse die eigenen Mitglieder stärker erziehen und „die Kampagne gegen die Antisowjethetze und

379 Vgl. Sheldon Anderson, A Cold War in the Soviet Bloc. Polish-East German Relations 1945–1962, Boulder, Col./Oxford 2001, S. 10–31. Vgl. zur Beziehungsgeschichte zwischen Polen und der DDR auch die Beiträge in: Basil Kerski/Andrzej Kotula/Kazimierz Wóycicki (Hg.), Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen Polen und der DDR, Osnabrück 2003.

380 Naimark, Die Russen in Deutschland, S. 379. Vgl. auf der Basis amerikanischer Quellen zur Oder-Neiße-Grenze Buckow, Zwischen Propaganda und Realpolitik, S. 117–139.

381 Der Begriff bei Ther, Deutsche und polnische Vertriebene, S. 229ff.

382 Vgl. Jürgen Danyel, Vergangenheitspolitik in der SBZ/DDR 1945–1989, in: Włodzimierz Borodziej/Klaus Ziemer (Hg.), Deutsch-polnische Beziehungen. 1929–1945–1949, Osnabrück 2000, S. 265–296, S. 275f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

über die Ostgrenze verbessern."[383] Die Parteiführung sah, daß die eigenen Mitglieder diese Linie nicht akzeptierten. In Polen förderte die PZPR die „antifaschistische Umerziehung" der noch im Lande verbliebenen deutschen Kriegsgefangenen und leistete einen Beitrag zur Veränderung des Bewußtseins ehemaliger Soldaten im kommunistischen Sinne.[384] Damit waren trotz des immensen Mißtrauens die ideologischen und institutionellen Fundamente einer Annäherung geschaffen.

Die negative Vertriebenenpolitik korrespondierte mit einem wachsenden Mißtrauen gegenüber den „Umsiedlern", wie die SED Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten nannte. Sie wurden zunehmend als Unruhestifter angesehen. Kurz nach der DDR-Gründung erklärte die Volkspolizei in einem Rundschreiben, daß jegliche „Angriffe" auf die „Friedensgrenze in Wort, Schrift und Bild" Verbrechen seien.[385] Damit waren Diskussionen über das deutsch-polnische Verhältnis kriminalisiert worden, und die SED hatte verdeutlicht, daß sie ihre Deutungshoheit mittels der Repressionsorgane durchzusetzen bereit war. Vor diesem Hintergrund kam es zu einer verhaltenen Annäherung zwischen SED und PPR.[386]

Erst mit einigen Tagen Verspätung meldete die polnische Presse am 10. Oktober 1949 die Gründung der DDR.[387] Zögerlich erfolgte eine narrative Wende der polnischen Propaganda, doch 1950 verkündete die Agitationsabteilung, die DDR sei Resultat der „weisen Führung Stalins." Mit seiner Hilfe „entstand die Deutsche Demokratische Republik, die zusammen mit den Kräften der Demokratie, des Fortschritts und des Friedens aus ganz Deutschland zur Vereinigung Deutschlands auf den Grundlagen der Beschlüsse von Potsdam strebt – der Entmilitarisierung, Entnazifizierung und vollständigen Demokratisierung."[388] Die direkte Ankoppelung der DDR an Stalin verdeutlichte, daß die Zeiten eines antideutschen Affekts vorüber waren. Am 6. Juli 1950 besiegelten Otto Grotewohl und der polnische Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz die neue „Freundschaft" mit der Unterzeichnung eines Grenzabkommens im geteilten Görlitz. Der Vertrag erklärte die Oder-Neiße-Linie zur „Friedensgrenze".[389] Wenige Tage später, in einem Grußwort zum polnischen Nationalfeiertag am 22. Juli, sprach Otto Grotewohl dem östlichen Nachbarn seine Bewunderung aus. Er lobte das polnische Volk für seinen Widerstand gegen „Hitlerschergen" und „Gestapoagenten" und gratulierte zu den Erfolgen des „wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aufbaus." Dabei vergaß er nicht, die enge Beziehung des neuen Polen zur Sowjetunion zu betonen: „Besonders entwickelte sich die Freundschaft und Liebe zu dem Lande, dem auch Polen seine Befreiung zu verdanken hat, zu der großen sozialistischen Sowjetunion und ihrem genialen Führer Josef Stalin." Damit betonte Grotewohl die

383 Konzentrationspunkte der Arbeit Juni–Juli 1949, Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 28, 20.5.1949, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/3–028, unpag.

384 Vgl. Jerzy Kochanowski, W polskiej niewoli. Niemieccy jeńcy wojenni w Polsce 1945–1950, Warschau 2001, S. 346–388.

385 A.a.O., S. 238.

386 Anderson, A Cold War in the Soviet Bloc, S. 41ff.

387 Manifest Frontu Narodowego Demokratycznych Niemiec, *Wolność*, 10.10.1949.

388 Józef Stalin Wódz Światowego Obozu Pokoju, *Notatnik Agitatora* 1950, Nr. 14, S. 3–14, Zitat S. 11.

389 Anderson, A Cold War in the Soviet Bloc, S. 54ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Vorbildhaftigkeit Polens für die DDR. In der hierarchischen Ordnung der Völkerfreundschaft galt das Prinzip der Seniorität. Da Polen schon eine längere Strecke auf dem Weg der Sowjetisierung zurückgelegt hatte, fand sich die DDR in der Schülerrolle wieder. In den folgenden Jahren wurde die SED nicht müde, polnische „Errungenschaften" zu loben.

Da in der repräsentativen Öffentlichkeit der Großen Freundschaft stets die lineare historische Entwicklung betont wurde, behauptete Otto Grotewohl: „Die polnischen Menschen suchten und riefen nicht nach Rache, sie suchten nach Verständigung mit den demokratischen und friedliebenden Kräften jenes Landes, das so viel Leid über sie gebracht hatte. Für sie waren es nicht in erster Linie die Deutschen, sondern die Faschisten, die diese grauenvollen Verbrechen verübt hatten." So deckte er den Mantel des Schweigens über die antideutsche und panslawische Periode polnischer Propaganda. Doch auch die Versuche der SED, bei Stalin eine Revision der deutschen Ostgrenze zu erreichen, an denen Otto Grotewohl beteiligt war, wurden verdrängt. Statt dessen erklärte der Ministerpräsident: „Wir haben immer erklärt, daß die Oder-Neiße-Grenze für uns die Friedensgrenze ist." Und drohend fügte er hinzu: „Wir werden allen, die diese Grenze zum Ausgangspunkt ihrer imperialistischen Kriegsabsichten machen, den Stempel der Kriegsbrandstiftung aufdrücken." Daß die deutsch-polnische Freundschaft des Jahres 1950 einem höheren Ziel diente, verschwieg er nicht: „Unsere Freundschaft zum volksdemokratischen Polen wird zur Festigung und Stärkung des Weltfriedenslagers beitragen."[390]

Mit einer Propagandaoffensive versuchte die SED, der deutschen Bevölkerung die Freundschaft zu Polen zu vermitteln.[391] Ähnlich wie dies 1948 bei der „Über die Russen und über uns"-Kampagne geschehen war, zielten ihre Aktivitäten darauf, ein Problem durch Aufbietung ihrer Mobilisierungsmaschinerie zu lösen. Bereits 1950 veranstaltete der Parteistaat eine Freundschaftskampagne zur Unterzeichnung des Görlitzer Vertrages. Im Frühjahr 1951 folgte ein „Monat der deutsch-polnischen Freundschaft."[392] Ziel war die „Aufklärung über die Oder-Neiße-Grenze". Doch aus einzelnen Betrieben kam erwartungsgemäß die Rückmeldung, „daß es immer noch Kollegen gibt, die der Oder-Neiße-Grenze ablehnend gegenüberstehen. Es erwächst hieraus die Aufgabe, die Aufklärungsarbeit noch stärker durchzuführen."[393]

Im zweiten deutsch-polnischen Freundschaftsmonat nahm die DDR im April 1952 am polnischen Führerkult teil. Am 18. April beging Bolesław Bierut seinen 60. Geburtstag, und aus diesem Anlaß beschloß die SED-Spitze, „auch das deutsche Volk ehrt den großen polnischen Staatsmann, den Führer der polnischen Arbeiterklasse." Die Kampagne stand unter der Losung „Unter der Führung der Sowjetunion – Schulter an Schulter mit dem polnischen

390 Otto Grotewohl, Gruß an Polen, in: ders.: Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1945–1953, Band 2, 1950 und 1951, Berlin (Ost) 1954, S. 89–92, Zitate S. 91f.

391 Siehe: Deutsch-polnische Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft (Hg.), Die deutsch-polnische Freundschaft und die Oder-Neiße-Friedensgrenze, Berlin (Ost) 1950.

392 Siehe: FDJ – ZMP zum Monat der deutsch-polnischen Freundschaft, Erfurt o. J. [1951].

393 An den Bundesvorstand. Betr. Monat der deutsch-polnischen Freundschaft, 10.4.1951, SAPMO-BArch DY 34 – 15 – 870, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Volk für die Sicherung des Friedens!"[394] Die SED erklärte nun auch Rosa Luxemburg, die in Polen geborene Sozialistin, zu einer „Vorkämpferin der deutsch-polnischen Freundschaft."[395] Parteiführer aus Gegenwart und Geschichte wurden zu Vorkämpfern der Verständigung stilisiert. Neben diesen diskursiven Anstrengungen gründete die SED eine Massenorganisation, deren Ziel die Agitation für die deutsch-polnische Freundschaft war. Seit 1950 existierte unter dem Vorsitz von Karl Wloch, der bereits die Propagandaarbeit unter den deutschen Kriegsgefangenen organisiert hatte, die „Deutsch-Polnische Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft", die jedoch 1952 in der „Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland" aufging. Eine weitere Massenorganisation zu unterhalten, die nur der Freundschaftspropaganda diente, überforderte den Apparat; auch der Bevölkerung war sie kaum zu vermitteln.

In der DDR-Presse priesen die Medien Polen als Vorbild im sozialistischen Aufbau und im „Kampf gegen die Marshallisierung Europas." Außerdem wurde der Bevölkerung – insbesondere den Vertriebenen – mitgeteilt, daß die ehemaligen Ostgebiete in vorbildlicher Weise in den sozialistischen Aufbau in Polen einbezogen worden seien. Unsicherheiten in der Frage der Oder-Neiße-Grenze wurden externalisiert. Revisionsforderungen gingen nicht auf die deutschen Vertriebenen, sondern auf die Reden von Byrnes und Churchill zurück. Statt gegen die „Friedensgrenze" zu polemisieren, müsse der Kampf gegen das Ruhr- und Besatzungsstatut und „die Verschacherung des Saargebietes" aufgenommen werden.[396] Die Berichterstattung über Polen betonte, daß die Entwicklung dort eng an die Freundschaft zur Sowjetunion gekoppelt sei.[397] Die SED-Propaganda zog eine direkte Parallele zwischen dem Verhältnis zur Sowjetunion und zu Polen: „Wie wir den Antisowjetismus durch eine breite Volksbewegung für deutsch-sowjetische Freundschaft in unserem Volk für immer überwinden wollen, so müssen wir auch den Antipolonismus, der in weiten Schichten unseres Volkes immer noch tief eingegraben ist, durch die Entfaltung einer weitgefaßten Bewegung zur Freundschaft zwischen dem deutschen und dem polnischen Volke zum Verschwinden bringen." Dazu forderte sie von loyalen DDR-Bürgern aktiven Einsatz: „Doch nicht nur auf öffentliche Bekenntnisse zur deutsch-polnischen Freundschaft, so wichtig sie sein mögen, kommt es an. Entscheidend für die gute Nachbarschaft des deutschen mit dem polnischen Volke wird es sein, daß wir jeder neuen Hetze gegen Volkspolen und gegen die Oder-Neiße-Grenze mit aller Energie entgegentreten."[398] Neben der deutsch-sowjetischen war auch die deutsch-polnische Freundschaft im Sommer 1950 zur Staatsräson geworden.

Die Behauptungen des Parteistaates blieben freilich nicht unwidersprochen. Auf Widerstand stieß die SED-Agitation in grenznahen Regionen und Gebieten, in denen sich viele Vertriebene angesiedelt hatten. Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung und an die natio-

394 Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 142 des Sekretariats des ZK der SED, 25.2.1952, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/3–271, unpag. In Polen selbst wurde der 60. Geburtstag Bieruts mit großem Pomp begangen. Vgl. Main, President of Poland; Zaremba, Drugi stopień drabiny, S. 44f.

395 Klotz, Personenkult, S. 332.

396 Alfred Fritzsche, Frieden und gute Nachbarschaft. Unser Verhältnis zum volksdemokratischen Polen, *Friedenspost* 1950, Nr. 24, S. 5.

397 Das neue Polen und die Sowjetkultur, *Friedenspost* 1950, Nr. 29, S. 6.

398 Martin Schulz, Unser guter Nachbar im Osten, *Friedenspost* 1950, Nr. 30, S. 11.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

nalsozialistische Propaganda war unter ihnen lebendig. So wurde in Schwerin die Frage gestellt: „Was war am 1. September in Bromberg los?" An anderer Stelle wurden die Agitatoren an die hermetisch geschlossene „Friedensgrenze" erinnert: „Warum sind noch immer Familienangehörige in Polen?" wurde dort gefragt.[399] Auch meldet ein Bericht 1952, „daß jetzt im Monat der Deutsch-Polnischen Freundschaft erreicht werden müsse, daß Besuche zwischen Verwandten, die in Polen und der DDR wohnen, zugelassen werden." Annäherung ohne Reiseverkehr war nicht zu vermitteln. Doch die Abschottung der Grenzen blieb trotz aller Freundschaftsrhetorik im Stalinismus oberstes Gebot. Auch hier stand die Sowjetunion Pate – als Musterbeispiel einer abgeschlossenen Gesellschaft.

Aus Schwedt an der Oder meldete der FDGB 1951, dort hätten „folgende Fragen nicht zur vollsten Zufriedenheit geklärt werden können: [...] Warum werden Deutsche, die heute noch in Polen leben und gern nach Deutschland wollen, aus Polen nicht herausgelassen, vielmehr als Gefangene behandelt bzw. als Menschen, die sich in ihrem jetzigen Wohngebiet nicht frei bewegen dürfen?"[400] Im folgenden Jahr berichteten die Instrukteure, daß der „Monat der deutsch-polnischen Freundschaft" auf Interesse gestoßen sei. Allerdings waren die freigesetzten Emotionen kaum mit der Freundschaftspropaganda kompatibel: „Fast alle Leitungen und Betriebe berichten über eine rege Diskussion während des Monats der Deutsch-Polnischen Freundschaft. Einen großen Raum nimmt [...] immer wieder die Frage der Oder-Neiße ein. Im Gebiet Bautzen fanden Diskussionen statt, daß es der Freundschaft mit Polen widerspreche, wenn an der Neiße Häuser abgebrochen werden, Wälder gefällt und Stacheldraht gezogen werde. Die Grenzziehung widerspreche dem von der Sowjetunion vertretenen Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Der tiefere Grund für die neue Grenzziehung wäre darin zu sehen, daß die Sowjetunion ihre Gebiete habe erweitern wollen (Ostpreußen, Gebiete um Lemberg) und als Ausgleich Polen habe Zugeständnisse machen müssen."[401]

Im Zusammenhang mit der Stalin-Note von 1952, die ein Deutschland in den Potsdamer Grenzen forderte, wurde ebenfalls von Diskussionen über die Grenzfrage berichtet. In Weimar äußerte ein Arbeiter, „daß die Oder-Neiße-Grenze festgelegt wurde, ohne das Volk zu befragen, daß das deutsche Volk immer ein Mißtrauen gegen die SU haben würde, und daß erst einmal die Konzentrationslager in der DDR aufgemacht werden müßten, um das Volk zu beruhigen."[402] In einem Bericht aus Berlin hieß es zusammengefaßt: „Hauptargument bei der Diskussion in den Betrieben: Oder-Neiße-Friedensgrenze berichtigen, da im Potsdamer Abkommen als vorläufige Grenze festgelegt."[403]

399 Betr. Monat der deutsch-polnischen Freundschaft. An den Bundesvorstand. Org.-Instr. Abt., 10.4.1951, SAPMO-BArch DY 34 15/–/870, unpag.

400 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteur Abteilung. Sektor Information. Information Nr. 14, 19.4.1952, SAPMO-BArch DY 34–22667, unpag.

401 Vertraulich! FDGB-Bundesvorstand, Org.-Instrukteur Abteilung. Sektor Information. Information Nr. 20, 23.5.1952, SAPMO-BArch DY 34–22667, unpag.

402 FDGB-Bundesvorstand, Org.-Instrukteur-Abteilung. Sektor Information. Information Nr. 9. Thema: Note der Sowjetregierung an die Westmächte über den Friedensvertrag mit Deutschland, 25.3.1952, SAPMO-BArch DY 34–22667, unpag.

403 Anlage Nr. 2 zur Information Nr. 9. Thema: Note der Sowjetregierung und Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland, 25.3.1952, SAPMO-BArch DY 34–22667, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Die Anerkennung der neuen Ostgrenze empfanden viele DDR-Bürger als Widerspruch zu der Behauptung, die Sowjetunion handele stets im deutschen Interesse. So berichtete der FDGB 1954, daß unter Bauarbeitern diskutiert werde: „Wenn die SU unser Freund ist, warum nimmt sie uns dann unser bestes Land weg und siedelt die Menschen um, daß sie alle auf einem Haufen leben müssen, wo es doch so wenig Wohnungen gibt."[404] Noch 1959 berichtete die Einheitsgewerkschaft aus den Betrieben von „unklaren und negativen Meinungen [...] über die Grenzregelungen [...] vereinzelte Diskussionen über die Grenzziehung bei Stettin." Ein Arbeiter äußerte, daß „die Sowjetunion als sozialistischer Staat mit Hilfe der Alliierten den Krieg gewonnen habe, aber aufgrund der Abtrennung ehemaliger deutscher Gebiete imperialistische Allüren angewandt hat."[405] Offenkundig konnte die SED nicht verhindern, daß die Belegschaften sich eigene Gedanken über die deutsche Ostgrenze und zu den geopolitischen Ursachen der territorialen Neuordnung in Ostmitteleuropa machten.

In Polen waren die Probleme, die dem Parteistaat durch die deutsch-polnische Freundschaft erwuchsen, noch gravierender. Hier forderte die Propaganda allen Ernstes, die Polen sollten sich für die deutsche Einheit engagieren. In einer Ausarbeitung für Agitatoren hieß es, die Oder-Neiße-Grenze trenne beide Völker nicht mehr, sondern verbinde sie. Es handele sich „um eine ewige Grenze des Friedens und der Freundschaft." Die DDR sei eine Verstärkung des „Friedenslagers" und damit auch „eine Stärkung der Position Polens gegen die Gelüste der Feinde unserer Unabhängigkeit." Um die Aufmerksamkeit auf die Revision der antideutschen Propaganda zu lenken, arbeitete der Text unter der Überschrift „Es gibt keine verbrecherischen Nationen – Verbrecher sind nur die ausbeutenden Klassen" mit einer Reihe rhetorischer Fragen:

> „Gelegentlich hört man hier und da die Frage: ‚Kann man den Deutschen trauen?' Einige zitieren das alte Sprichwort: ‚Solange die Welt besteht, wird der Pole dem Deutschen kein Bruder.' [Jak świat światem – Niemiec nie będzie Polakowi bratem.]
> Aber: Hatten die wildgewordenen SS-Männer, die Hitler-Verbrechen, verübt gegen das polnische Volk und Millionen Menschen anderer Völker, ihre Quelle darin, daß das deutsche Volk eine angeborene Zuneigung zur Grausamkeit besitzt? Hatten der berühmte *Drang nach Osten* und der Kampf um *Lebensraum*, der Raub unseres Landes, die Unterdrückung und Unfreiheit, in der uns in der Vergangenheit der deutsche Staat gehalten hat, seine Quelle darin, daß das deutsche Volk von Natur aus stiehlt und begierig auf Fremdes ist?"[406]

404 FDGB Bundesvorstand, Org.-Instrukteur Abteilung, Sektor Information, Information Nr. 63, 14.7.1954, SAPMO-BArch DY 34–22670, unpag.

405 FDGB Bundesvorstand, Abteilung Organisation, Information Nr. 3/59, [ohne Datum, Frühjahr 1959], SAPMO-BArch DY 34–22675, unpag.

406 Przyjaźn narodu polskiego i niemieckiego krzyżuje plany podżegaczy wojennych, in: *Notatnik Agitatora* 1951, Nr. 9, S. 30–44; Zitat S. 32 [Ausgezeichnete Wörter im Originaltext in deutscher Sprache, JB]. Siehe auch: Jerzy Kowalewski, NRD – nasz sojusznik, *Przyjaźń* 1951, Nr. 19, S. 4; Marian Podkowiński, Sąsiedzi za Odrą i Nysą„ *Przyjaźń* 1952, Nr. 50, S. 4–5. 1955 feierte die Presse den 5.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Seit 1944 hatte der polnische Parteistaat den Deutschen kollektiv jene Attribute zugeschrieben, die nun bestritten wurden. Die Feststellung, es gäbe keine verbrecherischen Völker – die Ersetzung des völkischen Arguments durch das marxistische – bedeutete eine entschiedene Kehrtwende. Nun lautete der Merksatz: „Unsere Feinde waren und sind diejenigen dunklen Kräfte, die in Deutschland und Amerika die Quelle des Raubes, Krieges und Faschismus sind. Diese dunklen Kräfte – das sind die großen Kapitalisten und Großgrundbesitzer, solche, wie die Krupps in Deutschland und gleichfalls Morgan und DuPont in Amerika sowie ihresgleichen auf der ganzen Welt." Der Text betonte, daß die einfachen Menschen niemals böse Absichten hätten, noch nicht einmal in den USA: „Der amerikanische Arbeiter, Bauer oder Gelehrte [inteligent] wünscht sich, ruhig zu arbeiten und wie ein Mensch zu leben [żyć po ludzku], wie auch der deutsche Arbeiter, Bauer und Gelehrte und wie die arbeitenden Menschen in jedem anderen Land."[407] Bei der DDR handele es sich um ein „gesäubertes Deutschland [Niemcy oczyszczone]", in dem eine antifaschistische Revolution stattgefunden habe, die sämtliche Aggressionsherde beseitigt habe. Als Beleg für diese Umkehr führte die polnische Propaganda den toponymischen Wandel in der DDR an: „Jetzt kann man in der Deutschen Demokratischen Republik keinen Bismarck- oder Hitlerplatz mehr finden, keine Stettiner, Danziger oder Breslauer Straße, an ihrer Stelle gibt es die Stalinallee, den Bierutplatz und die Thälmannstraße. Und in Berlin gibt es keinen schlesischen Bahnhof mehr, sondern einen Ostbahnhof."[408] Die Säuberung der Stadtlandschaften symbolisierte die Tilgung der historischen Schuld Deutschlands.

Daß die Bevölkerung den Richtungswechsel hin zur Freundschaft mit der DDR nicht ohne Widerspruch hinnahm, ist nicht verwunderlich. Aus der Wojewodschaft Warschau berichteten Agitatoren 1951, die am häufigsten gestellten Fragen seien, wann es Krieg gäbe, wann der Kapitalismus zusammenbreche und warum Polen mit der DDR verbündet sei.[409] Eine Studentengruppe, die aufs Land entsandt wurde, um den Bauern die internationale Lage zu erklären, berichtete ähnliche Äußerungen. Hier kam die Frage auf, ob Polen über Kernwaffen verfüge und warum man mit den Deutschen in der DDR zusammenarbeiten müsse. In einer Abwandlung des populären Sprichwortes erklärte ein Bauer den Warschauer Studenten, weder Deutsche noch „Moskauer" könnten Brüder der Polen werden [„Jak świat światem Niemiec i Moskal nie będzie Polakowi bratem."]. Er fragte die angereisten Agitatoren, warum ständig über die Polonität der neuen Westgebiete gesprochen werde und nicht mehr über die Regionen, die nach dem Krieg an die Sowjetunion gefallen sind. In einem anderen Dorf, so vermerkt der Bericht, seien die Bauern nicht von den freundschaftlichen und friedliebenden Intentionen der DDR überzeugt.[410]

In einigen Gemeinden wurden die Agitatoren mit Aussagen konfrontiert, die noch bis vor kurzem der Parteilinie entsprochen hatten. Einige Bauern behaupteten, daß Deutsche

---

Jahrestag des Görlitzer Grenzabkommens: Granica, która łączy, *Przyjaźń* 1955, Nr. 26, S. 3; Mamy przyjaciół za Odrą, *Notatnik Agitatora. Wydanie dla wsi* 1955, Oktober, S. 27–37.

407 A.a.O., S. 35.

408 A.a.O., S. 38.

409 Notatka, 21.10.1951, AAN, KC PZPR, 237/VIII/144, Bl. 49–56.

410 „Dlaczego mówi się o polskości ziem zachodnich, a nie wspomina się o ziemach włączonych do ZSRR." Sprawozdanie z przebiegu akcji odczytów wygłoszonych przez studentów wyższych uczelni w dniu 18.XI.1951 w wojew. warsz., [September 1951], AAN, KC PZPR, 237/VIII/144, Bl. 73–90, Zitate Bl. 74, Bl. 77.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

immer Deutsche blieben und sie deshalb nicht an eine „Bruderschaft" mit der DDR glaubten. Andere unterstrichen, daß ein Ausgleich mit den Deutschen nicht möglich sei, weil sie „ewiger Feind der polnischen Nation" seien. Auf die Agitation der Studenten reagierte ein Zuhörer mit der Aussage: „Von dieser Propaganda haben wir schon genug."[411] Andere Landbewohner konfrontierten die Agitatoren mit der Aussage, „daß die Amerikaner keine Feinde der Polen seien, während jeder Deutsche unser Feind war und sein wird [był i będzie wrogiem naszym]. Polen ist von der Sowjetunion abhängig. Die Sowjetunion raubt Polen nur aus." In derselben Versammlung wurde die Frage gestellt, warum die UdSSR Polen Gebiete abgenommen habe.[412] Die internationalen Beziehungen ließen sich in den Augen der polnischen Landbevölkerung nicht in das Schema der Großen Freundschaft pressen. Die stalinistische Sicht des Kalten Krieges widersprach ihrem kommunikativen Gedächtnis.

Generell begegnete die Bevölkerung Agitatoren, die über den Kalten Krieg sprechen wollten, häufig mit Fragen zu lokalen Problemen, etwa zur mangelhaften Versorgung mit Kohle und Lebensmitteln: „Warum redet man so viel über die internationale Lage und nicht über die Situation im Lande?"[413] Kombiniert mit dem „Friedenskampf" konnte die Freundschaftspropaganda zu kuriosen Resultaten führen. So schlugen Bauern aus der Nähe von Grodzisk bei Warschau nach dem Ende eines Referates vor, man solle doch Atombomben auf New York und das Weiße Haus in Washington abwerfen. Dies würde die Probleme lösen.[414]

Daß die jahrelange Beschallung mit der Freundschaftspropaganda nicht die erwarteten Resultate zeitigte, verdeutlicht ein Bericht von 1953. In der Wojewodschaft Krakau entsandte die PZPR Agitatoren aufs Land. Sie meldeten, es herrsche „Mißtrauen gegenüber den Deutschen und Unverständnis der Rolle der DDR." Insbesondere die Aufforderung des Propagandastaates, sich im Rahmen des „Friedenskampfes" für die deutsche Einheit einzusetzen, stieß auf deutliche Ablehnung.[415] Es war nicht zu erklären, warum der *status quo* für Polen nicht günstiger war. So hieß es: „Warum strebt man die Vereinigung Deutschlands an, alle Deutschen sind doch gleich, sowohl die aus den Westzonen als auch die aus dem Osten haben unschuldige Menschen umgebracht." Doch auf Ablehnung stieß nicht nur die „Freundschaft" mit der DDR. Von einem „mittleren Bauern" aus der Wojewodschaft Krakau heißt es, er habe geäußert: „Die Deutschen sind und waren unsere Feinde, aber die schlimmsten Feinde sind die Russen, die uns die Ostgebiete genommen haben, für die ich mein Blut vergossen habe und verwundet wurde. Warum spricht man bei uns nur über die Westgebiete und erinnert nicht an den Kampf um die Gebiete, die uns im Osten genommen wurden." In der Wojewodschaft Allenstein hatten diese Stimmen eine regionale Kompo-

411 A.a.O., Bl. 79, Bl. 87.

412 Sprawozdanie z przebiegu akcji odczytowej w dniu 18.XI.1951 r., Temat odczytu: Sytuacja międzynarodowa i sprawy Polski, [September 1951], AAN, KC PZPR, 237/VIII–144, Bl. 109–112, Zitat Bl. 111. Siehe auch die Berichte in AAN, KC PZPR, 237/VIII–145.

413 Sprawozdanie z przebiegu akcji odczytowej w dniu 18.XI.1951 r., Temat odczytu: Sytuacja międzynarodowa i sprawy Polski, [September 1951], AAN, KC PZPR, 237/VIII–144, Bl. 109–112, Zitat Bl. 110.

414 A.a.O., Bl. 111.

415 Vgl. die offizielle Position: Jaki jest nasz stosunek do zjednoczenia Niemiec? Jaką drogą moze się ono dokonać?, *Notatnik Agitatora. Wydanie dla wsi* 1955, Nr. 23, S. 23–29.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

nente: „Warum hat sich die Sowjetunion Königsberg genommen und die nördlichen Teile Ostpreußens?" Andere stellten die Nachkriegsordnung in Frage: „Warum hat die Sowjetunion auf der Grenze an Oder und Neiße bestanden? Wenn es die nicht gäbe, hätten wir keine Sorgen."[416]

Viele Polen lehnten das Ende der deutschen Reparationen ab, das im Sommer 1953 verkündet worden war. Aus der Wojewodschaft Lublin berichtete der Parteistaat ebenfalls starkes „Mißtrauen" gegenüber den Deutschen. Der Behandlung der deutschen Frage durch die eigene Regierung stehe man mit Unverständnis gegenüber. So stellten einige Bauern die Frage, warum Polen keine Besatzungszone in Deutschland habe, so wie Frankreich. Auch die Vergangenheit der DDR-Politiker und ihre Ziele wurden thematisiert: „Was haben die Führer der DDR vor und während des Krieges gemacht? Welche Garantie haben wir, daß Deutschland uns nicht angreift?"[417] Ähnliche Stimmungen gab es auch in Rzeszów: „In der Bevölkerung herrschen Mißtrauen und Feindschaft gegenüber der ganzen deutschen Nation. [...] Viele Stimmen forderten, daß die Teilung Deutschlands bleiben solle und andere forderten sogar, daß Polen einen Teil Deutschlands besetzen solle."[418] Schließlich wunderte sich die Bevölkerung über den hohen Wahlsieg Adenauers 1953 („Warum haben die Kommunisten kein einziges Mandat gewonnen?") und stellte die Freundschaft zur DDR in Frage: „Warum sind die Deutschen plötzlich unsere Freunde geworden, wo sie doch für Jahrhunderte unsere Feinde waren?"[419] Unter der deutschen Minderheit in Schlesien thematisierte man den Charakter der deutsch-polnischen Freundschaft. So bemerkte ein Arbeiter in Breslau, von der Existenz dieser Freundschaft sei er erst dann überzeugt, wenn es ihm erlaubt werde, seine nahen Verwandten in der DDR zu besuchen.[420]

Seit 1950 war die Große Freundschaft zur Reichsidee des Stalinschen Imperiums geworden.[421] Noch stärker als im Verhältnis zur Hegemonialmacht Sowjetunion zeigte die Repräsentation des bilateralen Verhältnisses zwischen der DDR und Polen die utopische Dimension der Großen Freundschaft. Das sowjetische *fiat* genügte, um die DDR in die Gemeinschaft sozialistischer Völker aufzunehmen. Als Konsequenz mußten die polnischen Kommunisten das Feindbild Deutschland aufgeben. An diesem Beispiel wird plastisch, daß die stalinistische Propaganda nicht nur bereit war, das kollektive Gedächtnis der Bevölkerung zu ignorieren. Die Fiktion der Voraussetzungslosigkeit erstreckte sich auch auf das eigene Handeln. Eine jahrelang vertretene Position – und bei der antideutschen Propaganda in Polen keine erfolglose – wurde aufgrund der neuen politischen Lage umstandslos aufgegeben.

---

416 Meldunki z terenu, Nr. 166/1253, Zebrania gromadzkie. Woj. krakowskie, 15.9.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–134, Bl. 296–304, Zitate Bl. 297, Bl. 300.

417 Meldunki z terenu, Nr. 166/1253, Zebrania gromadzkie. Woj. lubelskie, 15.9.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–134, Bl. 296–304, Zitat Bl. 303.

418 Meldunki z terenu, Nr. 167/1254, Zebrania gromadzkie w sprawie Niemiec, 16.9.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–134, Bl. 305–308, Zitat Bl. 305.

419 Meldunki z terenu, Nr. 168/1255, Zebrania gromadzkie w sprawie Niemiec, 18.9.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–134, Bl. 309–314, Zitat Bl. 309.

420 Informacja Nr. 154/2595, 22.3.1954, AAN, KC PZPR, 237/VIII–3831, Bl. 221.

421 Dies manifestierte sich 1950 in der DDR darin, daß man selbst eine Kampagne zur Deutsch-Chinesischen Freundschaft eröffnete. SAPMO-BArch DY 34 15/– /870, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

3.4 Die westlichen Medien als Gegenöffentlichkeit

Im Gegensatz zur Sowjetunion der dreißiger Jahre, die dem Idealtyp einer geschlossenen, gegen äußere Einflüsse abgeriegelten Gesellschaft nahe kam, mußten sich die kommunistischen Regime der Nachkriegszeit damit abfinden, daß sie die Nachrichtenlage nicht kontrollieren konnten.[422] Dies galt für die SBZ/DDR, aber auch für Polen und zunehmend für die Sowjetunion. Sowjetische, polnische und deutsche Kommunisten nahmen westliche Medien als Teil einer antisowjetischen Verschwörung wahr. Interne SMAD-Berichte zeigen, daß dieses Wahrnehmungsschema bereits lange vor der ersten westlichen Medienoffensive dominierte.[423] Westliche Zeitungen und Radiostationen wurden von den parteistaatlichen Apparaten als ausführende Organe feindlicher Geheimdienste charakterisiert. Die kommunistische Seite bestritt die Möglichkeit, daß es im Kapitalismus eine differenzierte Öffentlichkeit geben konnte. Vielmehr behaupteten die Staatsparteien, die westliche Welt führe eine permanente Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten. Unterschiedslos wurden die westlichen Medien als Bestandteile eines koordinierten Diversionskonzertes wahrgenommen. Dabei blieben die kommunistischen Machthaber nicht nur nach außen, sondern auch intern der Vorstellung einer medialen Verschwörung des Westens verhaftet.

Verschärfend kam hinzu, daß die Erwartungshaltung im kommunistischen Apparat stark von ihrem Erfahrungshorizont in den dreißiger Jahren geprägt wurde. Das gilt nicht nur für Stil und Ästhetik dieser stalinistischen Sattelzeit, die weiterhin verpflichtend blieben, sondern ebenfalls für das Bild des Westens. Seit dem Kriegsende erwartete die Sowjetunion in den kapitalistischen Ländern eine Verschlechterung der Wirtschaftslage und spekulierte auf ein Krisenszenario, das dem Schwarzen Freitag von 1929 ähnelte. Daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sich im Westen verbesserten, entsprach nicht der Erwartungshaltung und wurde weitgehend ausgeblendet. Die kommunistische Seite war nicht darauf eingestellt, ihren Propagandakrieg im *Golden Age of Capitalism* zu führen.

Seit Ende der vierziger Jahre begann die US-Regierung, die sowjetische Herausforderung um die globale Meinungsführerschaft anzunehmen. Beim Versuch, hinter dem Eisernen Vorhang Einfluß zu nehmen, bediente sich die amerikanische Politik der Exilanten, der amerikanischen Botschaften, der Geheimdienste und zuvorderst ihrer Radiostationen *Voice of America*, *Radio Free Europe (RFE)/Radio Liberty* sowie dem RIAS für Berlin und Ostdeutschland.[424] Bereits während der Blockade Berlins 1948 gelang es dem RIAS, die Me-

422 Zur Abschottung der UdSSR von ausländischen Einflüssen, siehe Gábor T. Rittersporn, Fremde in einer Gesellschaft der Fremden: Das sowjetische Beispiel, in: Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hg.), Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003, S. 43–56, insbes. S. 46ff.

423 Vgl. Kapitel 3 dieser Arbeit.

424 Zur Entstehung der amerikanischen Sender siehe Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische *Liberation Policy* im Kalten Krieg, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 413–443; zum RIAS als Konkurrent des Berliner Rundfunks in der SBZ: Petra Galle, RIAS Berlin und Berliner Rundfunk 1945–1949, Berlin 2000.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

dienkonkurrenz aus dem Osten in der Hörergunst zu überflügeln.[425] Obwohl Berlin das am meisten umkämpfte Schlachtfeld in diesem Medienkrieg darstellte, zeigte sich, daß den westlichen Medien in Polen schon bald ein ähnlich hohes Gewicht zukam. Der Geheimbericht einer sowjetischen Expertenkommission, die im Sommer 1951 nach Polen geschickt wurde, um über den Einfluß von *Voice of America* und *RFE* auf die polnische Öffentlichkeit zu berichten, kam zu dem Schluß, daß diese Sender auf dem gesamten Territorium Polens gut zu empfangen seien. Resigniert stellten die sowjetischen Techniker fest, daß eine vollständige „Verteidigung" des polnischen Luftraumes gegen westliche Sender kaum möglich sei.[426] Trotz der geringen Empfängerdichte in ländlichen Gebieten funktionierte die Nachrichtenübermittlung durch Mund-zu-Mund-Propaganda.

Die amerikanische Seite ging schon 1950 davon aus, daß die Hälfte der polnischen Bevölkerung regelmäßig westliche Nachrichten hörte.[427] Die Praxis der amerikanischen Hörfunkpropaganda radikalisierte sich zu Beginn der Fünfziger Jahre und erreichte 1952 einen ersten Höhepunkt, als die Eisenhower-Administration die Befreiungspolitik zur offiziellen Doktrin erklärte.[428] Amerika bemühte sich nun seinerseits um intellektuelle *fellow traveller*.[429] Seit 1952 versuchte die US-Regierung, in Ostmitteleuropa den Glauben an die Befreiung durch die Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten. Im Vergleich war die sowjetische Auslandspropaganda – mit Ausnahme der Friedensbewegung, die nicht vollständig als ihr Produkt betrachtet werden kann – wenig erfolgreich. Der Versuch, mit Hilfe von Massenorganisationen wie der DSF oder der FDJ in der Bundesrepublik ein kommunistisches Sympathisantenmilieu zu schaffen, brachte keine nennenswerten Erfolge und endete mit dem Verbot der KPD und ihrer Vorfeldorganisationen durch das Bundesverfassungsgericht 1956.[430] Die kommunistischen Massenmedien wie *Radio Moskau* erreichten keine nennenswerte Hörerschaft. Auf diesem zentralen Feld der Auseinandersetzung konnte das sowjetische System nicht mit den westlichen Angeboten konkurrieren.

Für die Propagandaapparate in Polen und Ostdeutschland hatte die Dominanz westlicher Massenmedien weitreichende Folgen. Die westliche Medienpräsenz stellte das stalinistische Wertesystem permanent in Frage. Die Politik des Beschweigens unliebsamer Tatsachen, der Tabuisierung historischer Tatbestände ließ sich nur um den Preis weiterer Glaubwürdigkeitsverluste fortführen. Anstelle erzieherisch und „aufklärerisch" zu agieren – wie etwa in der Stalinkampagne des Jahres 1949, als man versuchte, eine systemumfassende repräsentative Öffentlichkeit herzustellen –, mußten die parteistaatlichen Medien sich anstrengen, westlichen Behauptungen entgegenzutreten. In der Regel dementierten sie westli-

425 Vgl. Classen, Faschismus und Antifaschismus, S. 275ff; Stöver, Befreiung vom Kommunismus, S. 600ff.

426 Raport szefa Głównego Zarządu Łączności Radiowej A. Żarowa o audycjach Głosu Ameryki i Radia Wolna Europa, 15.9.1951, in: Polska w dokumentach z archiwów rosyjskich, S. 122–125.

427 Stöver, Befreiung vom Kommunismus, S. 605.

428 A.a.O., S. 72–101.

429 Berghahn, America and the Intellectual Cold Wars in Europe, S. 108–142.

430 Zur KPD siehe: Patrick Major, The Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West Germany, 1945–1956, Oxford 1997.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

che Nachrichten und diffamierten sie als „Hetze" oder „Geschrei" – eine leicht durchschaubare und auf Dauer wenig erfolgreiche Strategie, an der gleichwohl festgehalten wurde.

Der Verlust der politischen Deutungshoheit, der verlorene Kampf um das Vertrauen der eigenen Bevölkerungen, wurde auch an höchster Stelle thematisiert. So beklagte sich Wilhelm Pieck im April 1952 bei Stalin über die komplizierte Stimmungslage in der DDR, die er auf den amerikanischen Einfluß zurückführte. Ganz im Jargon der eigenen Propaganda bemerkte Pieck: „Die Amerikaner versuchen, gestützt auf West-Berlin, eine Politik der Zersetzung in der DDR zu betreiben. In West-Berlin konzentriert sich die Reaktion. Es erscheinen zahlreiche reaktionäre Zeitungen, es gibt drei leistungsstarke Rundfunkstationen, die auf die DDR einwirken und massive Hetze gegen die demokratische Ordnung betreiben."[431] In Piecks Äußerungen zeigen sich erneut der Distanzverlust zur eigenen Propaganda, die Unfähigkeit zur internen Analyse und das Verschwinden der Differenz zwischen innen und außen. Pieck sprach zu Stalin wie ein Agitator. Und für den Umgang mit den westlichen Medien hatte Stalin selbst nur den Rat eines alten Propagandisten übrig: „Aller möglichen Agitation gegenüber muß man nicht schweigen, sondern mit Gegenpropaganda auftreten."[432] Dies war der unzulängliche Versuch, eine Strategie gegen die westliche Dominanz im Äther zu formulieren. Gegen eine moderne Medienpolitik fand das kommunistische Herrschaftssystem kein probates Gegenmittel.

Insbesondere in Krisenzeiten, wie etwa nach dem Tod Stalins im Juni 1953 oder während des Jahres 1956, machte sich der Vertrauensvorsprung der westlichen Medien bemerkbar. In diesen Zeiten verließen sich selbst die Parteiapparate bevorzugt auf Informationen aus dem Westen. Ein weiteres Problem waren westliche Erfolge: Der kommunistische Propagandastaat hätte sie gern beschwiegen; er war primär auf die Repräsentation eigener Erfolge ausgerichtet. Spätestens mit dem 17. Juni befand sich die SED-Propaganda in der Defensive. Doch die folgenden Jahre brachten für sie keine Entlastung: 1954 folgte im Sommer der überraschende Gewinn der Fußballweltmeisterschaft durch die (west-) deutsche Nationalmannschaft – ausgerechnet gegen das „volksdemokratische" Ungarn. Neben der einsetzenden wirtschaftlichen Magnetwirkung der Bundesrepublik war dies ein symbolischer Erfolg, dessen Auswirkungen über den Fußball hinaus Bedeutung hatten. Ganz im Sinne der Großen Freundschaft übertrug der DDR-Rundfunk die Spiele der Ungarn. Im Endspiel hatte der DDR-Reporter die Anweisung, bei Toren der deutschen Mannschaft nicht zu jubeln und nicht von „Deutschland", sondern von „Westdeutschland" zu reden.[433] Damit koppelten sich die parteistaatlichen Medien im Sport von der Gefühlswelt der Bevölkerung ab.

Im Jahre 1955 folgte das nächste internationale Ereignis, das für die DDR hochproblematisch war. Mit der Sowjetunionreise Konrad Adenauers, die in der Anerkennung der Bun-

431 Vgl. Elke Scherstjanoi/Rolf Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung im Dezember 1948 und im April 1952 (Teil 2), in: ZfG 52 (2004), S. 238–269.

432 Zitat Stalins a.a.O., S. 264.

433 Vgl. Peter Kasza, 1954 – Fußball spielt Geschichte. Das Wunder von Bern, Bonn 2004, S. 191–204. Zur Entwicklung der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren siehe die Beiträge in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

desrepublik durch Moskau resultierte, erlitt die Propagandaarbeit der SED einen weiteren Rückschlag. Die sowjetischen Verhandlungen mit Adenauer stellten das stets beschworene exklusive Verhältnis zwischen dem SED-Staat und Moskau in Frage.[434] Dementsprechend interpretierten viele DDR-Bürger die Reise des Bundeskanzlers als Abrücken der KPdSU von Ost-Berlin. Vielfach artikulierten sie die Hoffnung, der Besuch Adenauers werde das Ende der SED-Herrschaft bringen. Auch die Oder-Neiße-Linie wurde wieder diskutiert. FDGB-Berichte meldeten nach Berlin, es gäbe „besonders starke gegnerische Diskussionen aus Anlaß des Adenauerbesuches in Moskau." Dabei wurde eine direkte Verbindung zur westlichen Propaganda gezogen: „Diese Diskussionen werden z.T. durch die Feindpropaganda hereingetragen. In verschiedenen Orten des Bezirks Leipzig und Rostock wurden verstärkt Flugblattabwürfe festgestellt." Abschließend resümierte der Berichterstatter: „Im Zusammenhang mit dem Adenauerbesuch ist zu erkennen, daß ein Teil der Bevölkerung sich noch nicht mit der Oder-Neiße-Friedensgrenze abgefunden hat und der Kriegsgefangenenlüge Adenauers glaubt."[435] Der Dissens, der zwischen Herrschenden und Gesellschaft in der Grenzfrage bestand, reichte bis in die Eliten: „In Verbindung mit diesen Feindargumenten wird auch wieder Hetze gegen die Oder-Neiße-Linie betrieben. Die Unklarheiten in den angeführten Fragen gehen bis in die Kreise der Funktionäre."[436]

Die Erschütterungen des Jahres 1955 beschäftigten die Bevölkerung: „Die Verhandlungen werden von den Werktätigen in den Betrieben und auf dem Lande mit großer Anteilnahme verfolgt." Sie knüpfte eigene Hoffnungen an die Reise des Bundeskanzler und seine Verhandlungen: „Ein großer Teil der Arbeiter verurteilte das provokatorische Auftreten Adenauers, trotzdem ist es den Klassengegnern gelungen, auch in die Reihen der Werktätigen eine Reihe von Unklarheiten hineinzutragen. Besonders tritt das Problem mit den Kriegsverurteilten und der Oder-Neiße-Grenze zutage. Vielfach herrscht unter den Werktätigen die Meinung, daß Adenauer ein wirklicher guter Staatsmann wäre und er die Interessen aller Deutschen, vor allem auch der Kriegsgefangenen wahrnehme, was sich die Regierung der DDR nicht traue. Diese Diskussionen tauchen vor allem im Bezirk Leipzig, Neubrandenburg, Karl-Marx-Stadt auf. Unter den Großbauern zeigt sich vielfach eine abwartende Haltung."[437] In anderen Berichten findet sich die Beschwerde, die DDR-Medien informierten nur unzureichend und verzerrt über die Kanzlervisite.[438] In der Gefangenenfrage war die SED in einer selbstgeschaffenen Zwickmühle gefangen. Sowjetischen Weisungen folgend hatte sie bereits 1949 behauptet, alle deutschen Kriegsgefangenen seien aus der UdSSR zurückgekehrt. In der Heimkehrerkampagne war herausgestellt worden, daß man ihre Frei-

434 Zum Besuch Adenauers in Moskau siehe Gregor Schöllgen, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1999, S. 43ff.

435 FDGB-Bundesvorstand, Sektor Information, Information Nr. 41, 14.9.1955, SAPMO-BArch DY 34–22671, unpag.

436 FDGB-Bundesvorstand, Sektor Information, Information Nr. 46, Wochenbericht für die Woche 21.–27.9.1955, 29.9.1955, SAPMO-BArch DY 34–22671, unpag.

437 FDGB-Bundesvorstand, Sektor Information, Information Nr. 42, 15.9.1955, SAPMO-BArch DY 34–22671, unpag.

438 FDGB-Bundesvorstand, Sektor Information, Information Nr. 43, 16.9.1955, SAPMO-BArch DY 34–22671, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

lassung den Interventionen Wilhelm Piecks zu verdanken habe.[439] Nach der Rückkehr des Bundeskanzlers aus Moskau verschärfte sich für die SED die Lage: „Unbedingt zu berücksichtigen ist, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung den westlichen Propagandalügen aus Anlaß des Adenauerbesuches Glauben schenkt. Die Verhandlungen führten zum verstärkten Abhören westlicher Sender. Das wird von den Arbeitern damit erklärt, daß diese Sender immer aktuellere Nachrichten bringen als unser demokratischer Rundfunk." Doch nicht nur die Unterlegenheit der eigenen Medien, sondern vor allem das Charisma des Gegners bereitete den Beobachtern Sorge: „Dabei ist festzustellen, daß häufig solche Argumente auftreten, die die Person Adenauers glorifizieren, um ihn aufgrund der Moskauer Verhandlungen zum Volkshelden zu stempeln."[440]

Die DDR-Bevölkerung war besonders davon beeindruckt, daß Adenauer der sowjetischen Führung auf gleicher Augenhöhe begegnete und sich damit vom Schüler-Lehrer-Verhältnis absetzte, das in der Diskursgemeinschaft der Großen Freundschaft verpflichtend war: „In der Baumwollweberei Ulbersdorf, Bezirk Dresden, diskutierte man im Betrieb: ‚Endlich mal einer in Moskau, der nicht nur mit dem Kopf nickte.' [...] Weiter bemerkte man, daß Adenauer der erste Deutsche war, der in Moskau nicht als Speichellecker auftrat, sondern offen über die Kriegsgefangenenfrage sprach."[441] Die jahrelang wiederholte Behauptung, deutsche Gefangene in der Sowjetunion seien eine westliche Fiktion, und der parallele Aufbau des Feindbildes Adenauer führten dazu, daß der Frühherbst 1955 zu einer heiklen Zeit für die SED-Propagandisten wurde: Die bundesdeutsche Delegation erreichte die Freilassung der letzten Internierten und dieser diplomatische Erfolg mehrte das Prestige des Bundeskanzlers. Es erscheint plausibel, daß der Berichterstatter eine verbreitete Stimmung wiedergab, als er Ende September 1955 zusammenfaßte: „In allen Bezirken ist die Tatsache zu verzeichnen, daß der Klassengegner seine Hetzarbeit verstärkt und besonders versucht, die Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen zu verfälschen. Dabei konzentrieren sich die Diskussionen zumeist auf die Kriegsverbrecherfrage und auf das angebliche Verdienst Adenauers, diese Kriegsverbrecher freizubekommen."[442] Nachdem die Rückkehr der Gefangenen aus Moskau begonnen hatte, hörte die Bevölkerung, im NWDR die Namen der „Heimkehrer" ab.[443] Davon ließen sich die Bürger durch die pauschale Verurteilung der Freigelassenen als „Kriegsverbrecher" nicht abhalten; die Hoffnung auf das Wiedersehen mit Angehörigen erwies sich als stärker.

Wie weit der Einfluß der westlichen Medien reichte und wie wenig die kommunistischen Feindbilder griffen, zeigt sich an der Adenauerrezeption in Polen. Die parteistaatliche Propaganda erklärte Adenauer dort zum „Ordensritter" und „Ostlandreiter", was aufgrund des bundesdeutschen Festhaltens an den Grenzen von 1937 eine gewisse Plausibilität hatte, und verteufelte ihn als Wiedergänger Hitlers.[444] Nach Beginn der westdeutschen Wiederbewaff-

439 Vgl. Kapitel 3 dieser Arbeit.

440 FDGB-Bundesvorstand, Sektor Information, Information Nr. 44, 19.9.1955, SAPMO-BArch DY 34–22671, unpag.

441 Ebd.

442 FDGB-Bundesvorstand, Sektor Information, Information Nr. 45, 21.9.1955, SAPMO-BArch DY 34–22671, unpag.

443 FDGB-Bundesvorstand, Sektor Information, Information Nr. 50, 26.10.1955, SAPMO-BArch DY 34–22671, unpag.

444 Siehe auch die zahlreichen Beispiele in Żądło propagandy PRL-u 1945–1956.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

nung stilisierte man ihn zum Schöpfer einer „neuen Wehrmacht". Bereits beim Wahlsieg Adenauers 1953 hatte die PZPR allerdings registriert, daß der Bundeskanzler unter den sogenannten „Autochthonen" in Schlesien über eine gewisse Popularität verfügte.[445] Diese Berichte wiederholten sich 1955 nach dem Moskaubesuch; gleichzeitig wurde nach Warschau gemeldet, daß die neuen Siedler in den polnischen Westgebieten Befürchtungen hegten, daß sie ihre neue Heimat räumen müßten.[446]

In Polen zeigte sich zu Beginn der fünfziger Jahre, daß die amerikanischen Medien in der Lage waren, dem polnischen Propagandastaat Themen aufzuzwingen. Die Thematisierung des Massakers von Katyń durch amerikanische Sender war der erste erfolgreiche Versuch, der auf eine Unterminierung des polnisch-sowjetischen Verhältnisses zielte.[447] Den Kalten Krieg im Äther setzten die Amerikaner mit den Enthüllungen des polnischen Überläufers Józef Światło fort, einem Offizier des polnischen Sicherheitsdienstes, der im Dezember 1953 nach West-Berlin geflohen war. Die Erzählungen Światłos erlaubten polnischen Hörern den Blick hinter die Kulissen der Macht. Die enthüllten persönlichen Verfehlungen, Manipulationen, Fälschungen und brutalen Repressionen trugen zur moralischen Diskreditierung des Sicherheits- und Propagandaapparats bei. Deutlich beschrieb Światło den sowjetischen Einfluß auf die Nachkriegsordnung und strafte die nationale Rhetorik über polnische Souveränität Lügen.[448] Anstatt selbst Themen zu setzen und die Bevölkerung für die Ziele der Herrschenden zu mobilisieren, mußte der Apparat einen gewichtigen Teil seiner Ressourcen darauf verwenden, auf westliche Propaganda zu reagieren. Neben diese politische Propagandaoffensive trat in den fünfziger Jahren das steigende Interesse an amerikanischer Kultur in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang. Dieser Siegeszug der amerikanischen (Populär-)Kultur erwies sich als unaufhaltsam. Die Jugend in den kommunistischen Diktaturen erhielt durch die amerikanischen Medien Zugriff auf eine unwiderstehliche Kombination aus Mode, populärer Musik (Jazz und dann Rock 'n' Roll) sowie moderner Literatur und Kunst, der ihre Regime kein attraktives Angebot entgegenzusetzen hatten.[449]

Die westlichen Medien hatten aus verschiedenen Gründen relativ leichtes Spiel. Bereits 1949 faßte ein amerikanischer Beobachter die größten Belastungen des deutsch-sowjetischen Verhältnisses zusammen: Zu ihnen zählte er die „Konzentrationslager", die Gefangenenfrage, die Reparationen und sowjetischen Aktiengesellschaften in der DDR, die Oder-Neiße-Grenze, den Polizeistaat, die versteckte Aufrüstung, den geringen Lebensstan-

445 Meldunki z terenu Nr. 174/1261, 1.10.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–135, Bl. 1–12, Bl. 9f.

446 Meldunki z terenu Nr. 28/129, 23.9.–5.10.1955, AAN, KC PZPR, 237/VII–3865, Bl. 654–681.

447 Vgl. The Katyn Forest Massacre. Final Report of the Select Committee to Conduct an Investigation and Study of the Facts, Evidence and Circumstances on the Katyn Forest Massacre, 82nd Congress, Washington, DC 1952.

448 Vgl. Zbigniew Błażyński, Mówi Józef Światło. Za kulisami bezpieki i partii 1940–1955, Warschau 2003.

449 Vgl. am Beispiel der DDR: Uta G. Poiger, Rock 'n' Roll, Female Sexuality, and the Cold War Battle over German Identities, in: JMH 68 (1996), S. 577–616; dies., Jazz, Rock and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany, Berkeley, Cal./Los Angeles, Cal./London 2000, S. 31–70; zur polizeilichenDimension dieses Konfliktes ab Mitte der fünfziger Jahre siehe Thomas Lindenberger, Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952–1968, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 367–440.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

dard und das Demokratiedefizit.[450] Diese Themen konnte der Westen im RIAS endlos variieren, während *Radio Free Europe* und *Voice of America* die eklatanten Widersprüche in den polnisch-sowjetischen Beziehungen aufzeigten. Doch neben diesen Vorteilen, die sich aus der repressiven Natur des kommunistischen Systems ergaben, hatten die westlichen Medien noch einen weiteren entscheidenden Vorsprung gegenüber den parteistaatlichen Agenturen: die unterschiedliche Aufgabenstellung. Die Kombination Informieren und Unterhalten erwies sich als erfolgreicher als Belehren und Agitieren.[451] Obwohl es sich bei den westlichen Radiosendern ebenfalls um staatlich finanzierte Institutionen handelte, kämpften sie doch um einen Hörermarkt und bemühten sich weitgehend unabhängig von ihren Geldgebern um Aktualität. Dagegen hatte ein Modell, das auf Anweisungen aus der Zentrale wartete und keinen Markt bedienen, sondern einen Plan erfüllen wollte, ein strukturelles Defizit. Während der Westen in seiner Informationsoffensive zwangsläufig auf das Radio vertrauen mußte, bevorzugten die kommunistischen Propagandastaaten weit stärker Kampagnen, Massenfeste und Massenorganisationen. Der unterhaltende Aspekt moderner Massenmedien wurde zurückgedrängt; Radio in Polen und der DDR des Hochstalinismus war stark durch Wortbeiträge geprägt. Die Medienpolitik der kommunistischen Regime reflektierte ihre gesellschaftliche Rückständigkeit auf anderen Gebieten. Aus heutiger Sicht zeigt sich, daß der Propagandastaat sowjetischen Typs trotz seiner strukturell bedingten Übermacht in der eigenen Öffentlichkeit im Äther nicht konkurrenzfähig war.

Eine Reaktion auf die Versuchungen des Westens war die Erfindung eines entgrenzten Antiamerikanismus im Stalinismus.[452] Die zentralen Texte, in denen dieses neue Feindbild konstruiert wurde, stammten von sowjetischen Schriftstellern wie Ilja Ėrenburg oder Konstantin Simonov.[453] Analog zur Ausweitung des Kultes um die Sowjetunion radikalisierte sich gegen Ende der vierziger Jahre der Antiamerikanismus. Nicht nur die amerikanische Politik und Gesellschaft wurde abgelehnt, sondern insbesondere auch die Jugend- und Populärkultur. Anhänger von Jazz, Jeans oder Rock'n'Roll wurden zunächst kriminalisiert

450 Zitat bei Aniana Buckow, Zwischen Propaganda und Realpolitik. Die USA und der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands 1945–1955, Stuttgart 2003, S. 157.

451 Auch im nationalsozialistischen Radio hatte Unterhaltung einen deutlich höhreren Stellenwert als im Stalinismus. Siehe bspw. Hans-Jörg Koch, Das Wunschkonzert im NS-Rundfunk, Köln/Weimar/Wien 2003.

452 Zu verschiedenen Spielarten des europäischen Antiamerikanismus, vgl. Jan C. Behrends/Árpád von Klimó/Patrice G. Poutrus, Antiamerikanismus und die europäische Moderne. Zur Einleitung, in: dies., (Hg.), Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa, Bonn 2005, S. 10–33, insbesondere S. 21ff.

453 Vgl. Ilja Ehrenburg, In Amerika, Berlin (Ost) 1948. [Russische Originalausgabe: Il'ja Ėrenburg: V Amerike, Moskau 1947; polnische Ausgabe: Ilja Erenburg, Wróciłem z USA, Warschau 1948]; Ilja Ehrenburg, Dem Frieden! Aufsätze und Reden, Berlin (Ost) 1952; Konstantin Simonow, Die russische Frage. Ein Schauspiel in drei Aufzügen und sieben Bildern, Berlin (Ost) 1947. Zum sowjetischen Antiamerikanismus siehe Vladimir Shlapentokh, The Changeable Soviet Image of America, in: Thomas Perry Thornton (Hg.), Anti-Americanism. The Annals of the American Academy of Political and Social Science 497, Newbury Park, Cal./Beverly Hills, Cal./New Dehli u.a. 1988, S. 157–171; Eric Shiraev/Vladislav Zubok, Anti-Americanism in Russia. From Stalin to Putin, New York, NY/Basingstoke 2000, S. 7–24.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

und zum inneren Feind stilisiert.[454] Wie im Sowjetuniondiskurs wurde darauf geachtet, die Authentizität der eigenen Behauptungen zu untermauern: Wiederum verwandte die Propaganda Reiseberichte wie Ehrenburgs *In Amerika* oder imitierte die Fachsprache der Historiker.[455] Anders als in Polen, wo der stalinistische Antiamerikanismus an keine intellektuellen Traditionen anknüpfen konnte und importiertes Artefakt blieb, stand die Amerikafeindschaft in der DDR in einer deutschen Kontinuität antiwestlichen Denkens.[456] Vermutlich war der Antiamerikanismus deshalb in der DDR anschlußfähiger als in Polen. Neben der generellen Denunziation des *American way of life* stand in beiden Staaten der Vorwurf an die USA, „Kriegstreiber" zu sein: Die kommunistische Strategie bestand darin, den Kalten Krieg als moralischen Konflikt darzustellen und für sich selbst die Oberhand zu reklamieren. Dazu wurden die USA als Verkörperung des absoluten Bösen benötigt. Doch auch dieser Zug stalinistischer Propaganda vermochte es nicht, die magnetische Anziehungskraft des Westens zu brechen, die vom Radio tagtäglich nach Osten transportiert wurde.

4. Die Große Freundschaft: Vergleichende Betrachtungen

Die Zeit zwischen dem Sommer 1949 und dem Frühjahr 1956 läßt sich als Epoche der Synchronisierung der repräsentativen Öffentlichkeit im sowjetischen Imperium beschreiben. Vor der Weltöffentlichkeit entstand ein uniformes Bild des Ostblocks. Die Politik der utopischen Sowjetisierung bedeutete, daß die Imitation einer vorgestellten sowjetischen Vorbildgesellschaft verpflichtend war. Bei Versammlungen, auf Feiern und bei Massenfesten sollten die Einzelnen in den großen Diskurs über die Sowjetunion einstimmen, ihn einzeln oder im Chor reproduzieren, seine Texte rezitieren oder in eigenen Varianten nacherzählen. Die Zumutungen des Propagandastaates wurden zu einem Bestandteil der Lebenswelt in der kommunistischen Diktatur. In Polen und der DDR war die erfundene Freundschaft auch erzwungene Freundschaft geworden. In der Phase der utopischen Sowjetisierung zeigen sich deutliche Parallelen zur Kulturrevolution in der Sowjetunion. Auch die PZPR und die SED versuchten, das kollektive Gedächtnis zu löschen und neue gesellschaftliche Werte zu etablieren.

454 Vgl. am Beispiel Polens: Jan C. Behrends, Erfundene Feindschaft, in: Jan C. Behrends/Árpád von Klimó/Patrice G. Poutrus (Hg.), Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert, S. 159–186; Zbigniew Romek, Walka z „amerykańskim zagrożeniem" w okresie stalinowskim, in: Polska 1944/1945–1989, Band 5, Życie codzienne w Polsce 1945–1955, Warschau 2001, S. 173–208.

455 Vgl. Imperializm amerikański – wróg ludzkości – wróg Polski. Materiały dla kursów partyjnych tematu trzeciego, Warschau 1952; Dokumenty wrogiej działalności rządu Stanów Zjednoczonych wobec Polski Ludowej, Warschau 1953; Karl Bittel (Hg.), Die Feinde der deutschen Nation. Eine historische Dokumentation über die Deutschlandpolitik der imperialistischen Westmächte, Berlin (Ost) 1952.

456 Patrice G. Poutrus, Bomben auf Elbflorenz. Die Zerstörung Dresdens als Thema in der antiamerikanischen Propaganda in der DDR, in: Jan C. Behrends/Árpád von Klimó/Patrice G. Poutrus (Hg.), Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa, Bonn 2005, S. 143–158.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Die Analyse des Stalin-Kults und der Freundschaftskampagnen zeigen, wie sich die Bewirtschaftung der Öffentlichkeit in Polen und der DDR ähnelten. Sowohl der PZPR als auch der SED stand seit 1949 ein ausgebauter Propagandaapparat zur Verfügung. Auch auf der narrativen Ebene gab es Übereinstimmungen. Beide Regime versuchten, mit einer Kombination aus nationalistischer Rhetorik und Sowjetuniondiskurs ihre Legitimität zu untermauern. Sowohl in Polen als auch in der DDR entstand eine stalinisierte nationale Meistererzählung, die den Weg der eigenen Nation an die Seite der Sowjetunion begründete. Die inhärenten Aporien dieser Narrative blieben uneingestanden und unaufgelöst. Trotz aller Gleichförmigkeit zwischen 1949 und 1956 begann die Sowjetisierung in Polen früher und war – insbesondere was die Verwendung der russischen Sprache anging – weitgehender. In der DDR blieben aufgrund der sowjetischen Deutschlandpolitik Rücksichten bestehen, die in Polen nicht existierten.

Die utopische Sowjetisierung manifestierte sich in den überspannten Zielen, die der Propaganda gesetzt wurden. Die Umformung der Gesellschaft zu einer *geschlossenen Gesinnungsgemeinschaft* konnte nicht realisiert werden. Vielmehr zeichneten die Pathologien der Herrschaftsordnung deutlich die Propagandaarbeit. Die Staatsparteien waren seit 1949 immer weniger in der Lage, über die Stärken und Schwächen ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu reflektieren. Diese Problemlage ging auf zwei Charakteristika des stalinistischen Systems zurück. Einerseits die *Fiktion der Voraussetzungslosigkeit* und andererseits den *Verlust der Differenz zwischen Innen und Außen.* Die Fiktion der Voraussetzungslosigkeit markierte den Übergang von pragmatischer zu utopisch motivierter Politik. In den Apparaten fand kein Verständigungsprozeß über die Vermittelbarkeit parteistaatlicher Narrative mehr statt. Die kollektive Erinnerung, die Einstellungen der Bevölkerung spielten keine Rolle mehr. Nicht die Rezipienten, sondern das sowjetische Vorbild selbst bestimmte die Inhalte der Propaganda. Dies führte dazu, daß die Propaganda nur noch bei den „Gläubigen" in den Staatsparteien Erfolgschancen hatte. Wegen der Einebnung des Unterschiedes zwischen Innen und Außen konnten diese Probleme nicht thematisiert werden. Vielmehr zeigen die Quellen, daß sich die interne Berichterstattung immer stärker an den Erfolgsduktus der Massenmedien anlehnte. Dieser Differenzverlust, der sich auch in der Verwendung der Propagandasprache in der internen Kommunikation abzeichnete, läßt sich bis in die höchsten Ränge der Macht nachweisen.

In der Propagandapolitik konnte die kommunistische Diktatur ihre Herkunft aus dem Bürgerkrieg nicht verleugnen. Dies galt insbesondere für die militarisierte Sprache. Der Begriff „Kampagne" findet sich in den Quellen und ist mit seinen militärischen Konnotationen durchaus ernst zu nehmen. Schließlich dienten Kampagnen als mobilisierendes Element im Kalten (Bürger-)Krieg. Es existierte die Vorstellung, daß sich der ‚von oben' angestoßene Erziehungsprozeß selbst reproduzieren würde, weil immer mehr Menschen als Multiplikatoren fungieren würden. Die Mobilisierungsversuche litten jedoch unter systemimmanenten Widersprüchen. Zu nennen wäre hier neben der inhaltlichen und organisatorischen Unbeweglichkeit das permanente Dilemma, einerseits mobilisieren und anderseits kontrollieren zu wollen. Dieser Widerspruch blieb nicht nur unaufgelöst, es ist auch zweifelhaft, ob er den Akteuren überhaupt bewußt war. Der ritualisierte Charakter der Kampagnenkultur wies bereits in der Bewegungsphase auf die kommende Stagnation des kommunistischen Herr-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

schaftssystems und auf die zunehmende Rückständigkeit seiner politischen Kultur. Mitte der fünfziger Jahre – als im Westen eine neue Unterhaltungskultur reüssierte – waren die kommunistischen Diktaturen in der Ästhetik der dreißiger Jahre gefangen. Ihre performative Kultur wurde zunehmend unzeitgemäß.

Es lassen sich drei unterschiedliche Typen von Propagandakampagnen bilden:

Die singuläre Festkampagne. Singuläre Festkampagnen waren auf ein Zieldatum hin festgelegt, begannen aber in der Regel bereits Wochen oder Monate vor dem magischen Datum. Die größte Anstrengung dieser Art im Untersuchungszeitraum stellten die wochenlangen, sich steigernden Feierlichkeiten zu Stalins 70. Geburtstag dar, der am 21. Dezember 1949 begangen wurde. Nach diesem Modell verliefen auch die Feiern zu Bolesław Bieruts 60. Geburtstag 1952 und die Vorbereitungen zur Feier von Ulbrichts 60. Geburtstag 1953, die aufgrund der Junikrise abgesagt wurden.

Die reagierende Kampagne. Wiederum läßt sich als Beispiel der Kult um die Persona Stalins heranziehen. Auf den Tod des sowjetischen Diktators reagierten sowohl die PZPR als auch die SED mit einer Trauer- und Mobilisierungskampagne. Als Reaktion auf die Spannungen des Kalten Krieges organisierte die Sowjetunion „Friedenskampagnen", die ihren Höhepunkt 1950 in der Inszenierung des „Stockholmer Appell" hatten. Zunehmend mußte der Propagandastaat auch auf Herausforderungen durch die westlichen Massenmedien reagieren. Das Beispiel Katyń macht deutlich, daß die USA Anfang der fünfziger Jahre in der Lage waren, die polnische Staatspartei zu einer reagierenden Kampagne zu zwingen. Allen reagierenden Kampagnen war gemeinsam, daß nur ein verkürzter Planungs- und Mobilisierungskorridor zur Verfügung stand und sich die Kampagne auch nicht an den Stichtagen des kommunistischen Festjahres orientieren konnte.

Die ritualisierte Kampagne. Einige Kampagnen bildeten einen so festen und verläßlichen Bestandteil der repräsentativen Öffentlichkeit, daß sie bereits Anfang der fünfziger Jahre als Rituale der Mobilisierungsdiktatur beschrieben werden können. Dazu gehörten die Feierlichkeiten zu den offiziellen Gründungsdaten Volkspolens (Lubliner Manifest am 22. Juli) und der DDR (7. Oktober als „Tag der Republik"). Im Frühjahr organisierte man eine Kampagne auf den Stichtag 1. Mai hin und im Herbst dominierten die „Monate der Freundschaft".

In die Rezeption der Propaganda geben die vorliegenden Quellen nur einen begrenzten Einblick. Es läßt sich festhalten, daß ein Leben jenseits der Zumutungen des Propagandastaates im Hochstalinismus nicht möglich war. Propaganda prägte den Arbeitsplatz, die parteistaatlichen Institutionen und den öffentlichen Raum. Die Reaktionen auf die Freundschaftspropaganda fielen unterschiedlich aus. Wie hoch die Wirkungsmächtigkeit der Propaganda anzusetzen ist, verdeutlicht die Verbreitung ihrer Narrative, die auch in oppositionellen Schriften stets präsent waren. Die Selbstdarstellung des Regimes blieb für die Bevölkerung und selbst für die Opposition ein zentraler Bezugspunkt. Über den Erfolg der

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Propaganda in einzelnen Regionen, sozialen Gruppen oder Generationen lassen die Quellen kein differenziertes Urteil zu. In der Wahrnehmung des Apparates galten Frauen und Jugendliche als Problemgruppen, während über die Stimmung unter den Arbeitern und in den Betrieben positiver berichtet wurde. Die Stilisierung der Arbeiter zur „herrschenden Klasse" mag den Blick getrübt haben. Die Krisen von 1953 und 1956 zeigen deutlich, daß der Enthusiasmus sich unter den Arbeitern in engen Grenzen hielt und ihr Protestpotential erheblich war. Ähnlich widersprüchlich war das Stimmungsbild der Intellektuellen. Einerseits liehen sie dem Regime wie keine andere Gruppe ihre Stimme. Andererseits zeigen Egodokumente oder Übertritte in den Westen ihre Verunsicherung und Entfremdung gegenüber der Staatspartei und ihrer Repräsentationskultur.

In Polen und der DDR stiftete die Propaganda in manchen Fällen Unruhe, wenn sie stabilisierend wirken sollte. Diese nicht intendierten Wirkungen bekamen die Herrschenden nicht in den Griff. Ein charakteristisches Beispiel für die unbeabsichtigten Wirkungen der Freundschaftspropaganda war die Angst vor sowjetischer Annexion. Besonders in Polen manifestierte sie sich in Gerüchten über einen Souveränitätsverlust als „17. Republik" der UdSSR. In der DDR scheint man aufgrund des verlorenen Krieges die sowjetische Besatzung eher akzeptiert zu haben. Es gab dort jedoch auch kein so zentrales Symbol sowjetischen Einflusses wie in Polen den Marschall Rokossowski. Ein weiteres polnisches Spezifikum war die Verbindung von Antikommunismus und Antisemitismus, die sich in vielen oppositionellen Schriften und Gerüchten manifestierte. Letztlich bedeutete die Bezeichnung der Regierung als „Judenkommune" einen Rückgriff auf die politische Rhetorik der Zwischenkriegszeit. Der Völkermord des Zweiten Weltkrieges hatte nicht dazu geführt, den Antisemitismus aus der politischen Auseinandersetzung zu verdammen. Die Opposition sah in diesem Argument eine starke Waffe gegen die kommunistische Herrschaft. In der Auseinandersetzung zwischen polnischer Opposition und Parteistaat ging es um die gegenseitige Exklusion aus der Nation: So wie die kommunistische Regierung ihre Gegner aus der nationalen Gemeinschaft ausschloß, so versuchten Teile der Opposition, die Herrschenden als „fremd" zu brandmarken. In Deutschland hingegen verlagerte sich diese Auseinandersetzung um die legitime Repräsentation der Nation auf die zwischenstaatliche Ebene.

Für die polnische und ostdeutsche Gesellschaft im Stalinismus war die Fragmentierung zwischen repräsentativer Öffentlichkeit und den Gegenwelten des Gerüchtes, der Opposition und des Widerstandes charakteristisch. Zwischen diesen verschiedenen Sphären, die in Zeiten des totalitären Herrschaftsanspruchs nebeneinander existierten, stand die Lebenswelt der Bevölkerung. Wo die großen Narrative sich glichen und wiederholten, entfalteten sich auf der Mikroebene, in den Betrieben und der verbleibenden fragilen Privatsphäre Gegenerzählungen. So bleibt das Bild ambivalent, das sich dem Historiker bietet. Die Quellen belegen sowohl die Macht der Herrschaftsdiskurse als auch das Scheitern eines total(litär)en Zugriffs auf die Lebenswelten der Subjekte. Diese prekären Spannungsverhältnisse, die fragmentierten Räume und vielfältigen Reaktionen auf den Herrschaftsdiskurs lassen sich *en détail* nur in Mikrostudien rekonstruieren, die dann die Aufgabe hätten, den genauen Bezugsrahmen und die lokalen Verhältnisse zu explizieren. Die Tiefenwirkung

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

kommunistischer Propaganda läßt sich nur im Blick auf die gesamte Epoche beantworten.[457] Der hier vorgestellte Zeitraum bietet nur einen Einblick in eine kurze, aber besonders intensive Phase. Eine Herausforderung für die historische Forschung liegt in der Frage, welche Folgen die kommunistische Herrschaft in einer längeren Perspektive auf die Mentalitäten der Subjekte, die kollektive Erinnerung und die Struktur der Öffentlichkeit hatte.

Die Äußerungen von Zeitgenossen zeigen, daß die Inszenierung der Großen Freundschaft unterschiedlich wahrgenommen und bewertet wurde. Nach seiner Flucht in den Westen hat Czesław Miłosz 1953 sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß Polen eine „Provinz des großen Imperiums" geworden sei. Insbesondere die russische Dominanz widersprach Miłosz' Patriotismus. Seine pessimistische Prognose lautete: „Es ist nicht angenehm, sich der Hegemonie eines Volkes zu unterwerfen, das immer noch unzivilisiert und primitiv ist, und die unbedingte Überlegenheit seiner Sitten und Einrichtungen, seiner Wissenschaft und Technik, seiner Literatur und Kunst anerkennen zu müssen; nicht angenehm, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß schon der Enkel die russische Sprache der eigenen vorziehen und in Kamtschatka Brücken bauen wird."[458] Miłosz hatte die Politik der utopischen Sowjetisierung konsequent zu Ende gedacht. Bevor der Stalinismus seine ersten Krisen erlebte, erschien ihm ein sowjetisiertes Polen als plausible Zukunft. Er sah zwischen Elbe und Pazifik eine gleichförmige *cité universelle* entstehen, in der kommende Generationen unter einem sowjetischen Wertehimmel leben würden.

Victor Klemperer, der in den fünfziger Jahren am Wanderzirkus der Friedenskongresse und Freundschaftstreffen teilnahm, beobachtete auf diesen Reisen die Reaktionen auf die Sowjetisierung und registrierte die kleinen Unterschiede, die im Imperium verblieben waren. Auf seiner Polenreise im April 1952 nahm er an den Maifeiern teil („16,30 die mit Recht gefürchtete Monotonie u. Anstrengung des 1. Mai ist vorbei") und hatte in Warschau die Gelegenheit, mit dem Literaturwissenschaftler Jan Kott zu sprechen. Beide stimmten in ihrer Ablehnung der „Uniformität der gegenwärtigen Ostsituation" überein. Sie teilten außerdem ihr skeptisches Urteil über die Methoden sowjetischer Propaganda, die Kott als Resultat der russischen Orthodoxie begriff: „Von Kot [sic!] [...] hörte ich, man werde hier schon zurückhaltender mit den Kindlichkeiten der sowjetischen Sichtpropaganda. Kott gab mir eine Erleuchtung. Er sagte: die Bilder an den Häusern u. bei den Umzügen, die beleuchteten Bilder insbesondere: Transposition der orthodoxen Heiligenbilder!!"[459] Die Passage zeigt, wie zwei dem Kommunismus nahestehende Intellektuelle versuchen, sich die fremde Welt der sowjetischen Propaganda zu erklären. Klemperer ist dankbar, daß Jan Kott

457 Harald Welzer hat anhand von Interviews die These aufgestellt, daß die SED-Propaganda eine vergleichsweise untergeordnete Rolle im deutschen Familiengedächtnis einnimmt. Sein pauschaler Befund wäre jedoch noch weiter zu untersuchen. Siehe Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschugnall, „Opa war kein Nazi". Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt am Main 2002, S. 162–194.

458 Miłosz, Verführtes Denken, S. 31f.

459 Eintrag vom 1.5.1952, in: Klemperer, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, Band 2, S. 274–275.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

ihm durch den Verweis auf die Orthodoxie seine Umwelt ein Stück plausibler, verständlicher gemacht hat.

Im Dezember 1952 erlebte Victor Klemperer in Bukarest, wo er sich zu einem weiteren „Friedenkongreß" aufhielt, eine noch fremdere Welt. Zunächst war der Dresdner Philologe nur gelangweilt vom *semper idem* der Pioniere, Reden, Museen des Aufbaus und der Friedensrhetorik. Schließlich entdeckt er jedoch, daß die Dinge in Bukarest doch eine andere Qualität hatten als in Berlin oder Warschau: „Der Stalinkult. Der unsrige schon kommt uns orientalisch vor. Hier aber! Buchstäblich das mindestens Fünffache! Alle fünf Minuten (spätestens) Aufstehen, taktmäßig klatschend ein ganzer Spruch: Slava lui Stalin! u. dann Geprassel. Auch ungleich orientalischer als in Warschau."[460] Bei seinen Beobachtungen zog Klemperer den Schluß, daß der Kult um die Sowjetunion, der Führerkult um Stalin als Barometer der Unterdrückung dienen konnte. Zu Rumänien hielt er fest: „Offenbar herrscht hier strengste u. angstvollste Diktatur" und „Angst u. Enge scheinen hier das Allgemeine."[461]

460 Eintrag vom 7.12.1952, a.a.O., S. 337–340, Zitat S. 339.
461 Einträge vom 9. und 10.12.1952, a.a.O., S. 341–343.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

KAPITEL 5

Krisen der Freundschaft: Stalins Tod, der 17. Juni 1953 und das Jahr 1956

In einem gewissen Sinne ist das, was wir uns eingebrockt haben, schlimmer als manche Niederlage, die die Arbeiterklasse in der Vergangenheit von ihren Gegnern erlitten hat."
Anton Ackermann, 21.6.1953[1]

„Das System des Personenkultes und alles Schlechte, das daraus resultierte, gehört unwiederbringlich der Vergangenheit an. Die polnisch-sowjetischen Beziehungen, auf den Prinzipien der Gleichheit und Selbständigkeit begründet, erzeugen in der polnischen Nation so tiefe Gefühle der Freundschaft mit der Sowjetunion, daß jeder Versuch, Mißtrauen zur UdSSR zu sähen, im polnischen Volk auf keine Resonanz stößt."
Władysław Gomułka, 20.10.1956[2]

Die *Große Freundschaft*, so wie sie im vorigen Kapitel beschrieben ist, war eine sowjetische Erfindung, die von Stalins Persona verkörpert wurde. Der sowjetische Diktator hatte die *Freundschaft der Völker* in den dreißiger Jahren verkündet und im Kalten Krieg zur verbindlichen Repräsentation des sowjetischen Imperiums erhoben. Die moralische Ökonomie der Großen Freundschaft war vielfach mit dem Stalinkult verwoben, der seit 1949 ihr internationaler Fixpunkt war. Darstellungen des „Lehrers" und „Führers" prägten den öffentlichen Raum der *terra sovietica*. Neben seiner Funktion als Symbolfigur des Imperiums blieb Stalins persönliche Macht bis zu seinem Tod unangefochten.[3]

Aus dieser Fixierung des Imperiums auf die Person und Persona Stalin folgte, daß jede Veränderung dieses Status weitreichende Folgen haben mußte. Dieses Kapitel untersucht die Konsequenzen von *Stalins doppeltem Tod*. Denn der sowjetische Diktator starb zweimal: Anfang März 1953 auf seiner Datscha bei Moskau fand seine natürliche Person den Tod.[4] Und drei Jahre später auf dem 20. Parteitag der KPdSU versetzte sein Nachfolger, Generalsekretär Nikita Chruščev, der Persona Stalins in seiner „Geheimrede" den Todesstoß. Beide Ereignisse hatten weitreichende Folgen für die kommunistischen Parteistaaten wie für die Gesellschaften Polens und der DDR. Durch den doppelten Tod Stalins entstand

1 Zitat von der 14. Tagung des ZK der SED, 21.6.1953, in: Otto, Die SED im Juni 1953, S. 175.
2 Zitat vom 8. Plenum des ZK der PZPR, 20.10.1956, *Nowe Drogi* 1956, Nr. 8, S. 42–43.
3 Vgl. Gorlizki/Khlevniuk, Cold Peace, S. 123–163.
4 Siehe Norman M. Naimark, Stalins Tod und die internationale Politik, in: JHK 2003, S. 13–28.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

ein neues Tabu – die Erinnerung an die Stalinzeit und ihren Führerkult. Der 20. Parteitag stellte die politische Kultur der Nachkriegsordnung in Frage. Dies betraf insbesondere die Propaganda und ihre Herrschaftsdiskurse. Denn dort, wo eben noch die kommunistische Kulturrevolution der Persona Stalins Omnipräsenz im öffentlichen Raum gesichert hatte, folgte alsbald radikale *damnatio memoriae*. Wie verkraftete der Propagandaapparat diesen Einsturz des stalinistischen Wertehimmels?

Wenige Jahre nach der Errichtung der Diktatur überraschte die Entstalinisierung die polnischen und deutschen Kommunisten. Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 in der DDR sowie das „polnische Jahr" 1956 stellen manifeste Herrschaftskrisen in den untersuchten Ländern dar. Es ist jedoch evident, daß die kommunistische Herrschaft in Rußland und Europa an sich als Krisenphänomen zu bezeichnen ist. Instabilität und Illegitimität der Herrschaft prägten die kommunistischen Parteistaaten, die sich auf Gewalt gründeten. Karl Schlögel hat darauf hingewiesen, daß sich die kommunistische Herrschaft nie von ihren Wurzeln im russischen Bürgerkrieg gelöst hat. Der Kommunismus der Weltkriegsepoche sei, so Schlögel, letztlich immer Kriegskommunismus geblieben. Daraus leitet er die Frage ab, ob es den kommunistischen Regimen je gelungen sei, eine „prekäre Balance" in den von ihnen unterworfenen Gesellschaften herzustellen. In der perpetuierten Unsicherheit sieht er ein Charakteristikum sowjetischer Herrschaft: „Vielleicht läßt er [der Kommunismus, JB] sich überhaupt besser fassen als eine Permanenzerklärung der Krise, der wirtschaftlichen Krise ohnehin, aber auch immer wieder der Herrschaftskrise."[5] Trotz dieser Charakterisierung des Kommunismus als Herrschaft-in-der-Krise lassen sich spezifische Umstände und Umbrüche benennen, in denen sich der Konflikt zwischen Staatspartei und Gesellschaft zuspitzte.

Wegen ihrer gewaltsamen Niederschlagung brannten sich die Aufstände gegen den Kommunismus – wie Kronstadt 1921, Budapest 1956 oder Prag 1968 – besonders tief in das Gedächtnis ein. Da in der Weltöffentlichkeit über sie verhandelt wurde, blieben sie als Fanale des Unrechts in Erinnerung. Eine selbstinduzierte Krise wie die sowjetische Zwangskollektivierung von 1930/31 konnte gegenüber dem Ausland noch verschleiert werden. Zu diesem Zeitpunkt war das bolschewistische Rußland eine geschlossene Gesellschaft und die westliche Welt mit der Bewältigung der Weltwirtschaftskrise beschäftigt. Doch im Kalten Krieg fanden kommunistische Herrschaftskrisen in Ostmitteleuropa sämtlich *coram publico* statt. Die westlichen Medien ließen das sowjetische Imperium nicht unbeobachtet. Schweigen war für die kommunistische Bewußtseinsindustrie keine Option mehr.

An dieser Stelle soll untersucht werden, was Stalins Tod für die Freundschaftspropaganda in Polen und der DDR bedeutete. Wie im vorherigen Kapitel gezeigt, waren beide Länder seit 1950 fest in das diskursive Korsett der *Großen Freundschaft* eingebunden. Dies verpflichtete die Parteistaaten im März 1953 zur Inszenierung einer großen Trauerkampagne, die im folgenden analysiert wird. Anschließend treten die spezifischen Ausprägungen der

5 Karl Schlögel, Der 17. Juni und die Krisengeschichte des sozialistischen Systems, in: Hendrik Bispinck/Jürgen Danyel/Hans Hermann Hertle u.a. (Hg.), Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Berlin 2004, S. 23–41, Zitat S. 31.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Entstalinisierungskrise in den Blickpunkt: der 17. Juni 1953 und das „polnische Jahr" 1956. In dieser Arbeit kann es nicht um eine Neubewertung dieser Ereignisse gehen. Vielmehr werden die Krisen unter propagandageschichtlichen Aspekten zueinander in Beziehung gesetzt. In vergleichender Perspektive untersuche ich, wie die Regime mit ihren Herrschaftskrisen öffentlich umgingen. Außerdem erlauben es die Krisensituationen, die Frage nach der Wirkungsmächtigkeit der Propaganda für die Sowjetunion noch einmal neu zu stellen.

Schließlich gilt es, unterschiedliche Muster der Entstalinisierung in Polen und der DDR herauszuarbeiten. Die Leerstelle, die der tote Führer hinterlassen hatte, mußte gefüllt werden, Repräsentationen und Narrative wandelten sich. Nach Stalins Tod begann im sowjetischen Block eine partielle Modernisierung der Herrschaftsrepräsentation. Die Legitimationsmuster der dreißiger Jahre, die totalitäre Ästhetik, die Darstellung der Sowjetunion als utopischer Ort und der Führerkult mit seinen charismatischen Elementen wichen einer Darstellung, die sich der westlichen Moderne annäherte. Stalins doppelter Tod leitete eine Phase der Entzauberung und Entcharismatisierung ein. Diese Entzauberung fand nicht nur in der geschlossenen Sitzung des 20. Parteitages vor den wenigen hundert Delegierten statt; sie begann im Juni 1953 auf den Straßen Berlins, setzte sich drei Jahre später in Posen und Warschau fort und erlebte ihr dramatisches Finale in Budapest, wo die Sowjetunion vor der Weltöffentlichkeit den Rest des moralischen Kapitals verspielte, das ihr der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland eingebracht hatte.

1. Stalins Tod: Auftakt zu einem Krisenjahr im Kalten Krieg

Stalins Tod fiel in eine Periode internationaler Hochspannung. Ähnlich bedrückend war die Atmosphäre in der Sowjetunion selbst. Viele Anzeichen sprachen dafür, daß eine neue Terrorwelle bevorstand. Opfer der Repression war die jüdische Bevölkerungsgruppe, die offensichtlich von Stalin als Unsicherheitsfaktor im Kalten Krieg wahrgenommen wurde.[6] In den „Volksdemokratien" liefen die Säuberungen in Partei und Gesellschaft weiter. Zur Jahreswende 1952/53 waren die Mitglieder in Parteiversammlungen des gesamten Imperiums damit beschäftigte, sich die „Lehren des Slańsky-Prozesses" anzueignen. Wegen der verschärften Spannungen wiederholten parteistaatliche Medien das Mantra der „erhöhten Wachsamkeit".[7]

Die DDR befand sich seit der 2. Parteikonferenz der SED, die im Sommer 1952 den „Aufbau des Sozialismus" beschloß, im „kalten Bürgerkrieg." Die beschleunigte Stalinisierung führte in die Herrschaftskrise. Massive Repressionen, die Senkung des Lebensstandards und der Beginn einer Aufrüstung, die zur Militarisierung der Gesellschaft führte, ließen die Flüchtlingszahlen ansteigen. Allein im März 1953 verließen fast 60.000 Bürger

6 Siehe Brent/Naumov, Stalin's Last Crime, S. 283–311. Vgl. auch: Joshua Rubenstein/Vladimir P. Naumov (Hg.), Stalins Secret Pogrom. The Postwar Inquisition of the Jewish Anti-Fascist Committee, New Haven, Conn./London 2001.

7 Zygmunt Szymański, Kto kocha Polskę, musi być czujny, *Przyjaźń* 1953, Nr. 5, S. 3.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

die DDR; insgesamt sollten es 1953 etwa 330.000 Menschen sein.[8] In Polen zeigte sich, daß die Ziele und Versprechungen des Sechs-Jahres-Planes nicht realisierbar waren. Stalins Tod traf beide Gesellschaften zu einem Zeitpunkt, als die Regime durch ihr Projekt, die Gesellschaft nach stalinistischem Vorbild umzubauen, ihre eigene Herrschaft in eine prekäre Lage gebracht hatten.

1.1 Inszenierte Trauer in Warschau und Berlin

Am Morgen des 4. März 1953 hatte die Welt durch Radio Moskau von der schweren Erkrankung Stalins erfahren. Diese Nachricht bestimmte unmittelbar das öffentliche Leben in Polen und der DDR.[9] Das unerwartete Ereignis stellte eine Herausforderung für die Sicherheits- und Propagandaapparate dar. Während Polizei und Staatssicherheit zuvor mit der Beobachtung einer latenten Krisensituation beschäftigt waren, mußten sie jetzt unverzüglich reagieren. Sowohl in Polen als auch in der DDR stuften die Herrschenden die Lage als gefährlich ein; sie glaubten, daß der „Gegner" jede Chance nutzen werde, Schwächen der kommunistischen Herrschaft auszunutzen. Die PZPR wies bereits am 5. März ihre Funktionäre und Mitglieder an, die Stimmungen in der Bevölkerung an das ZK zu berichten.[10] In der DDR herrschte in allen Revieren der Volkspolizei die höchste Alarmstufe.[11] Für öffentliche Gebäude stellte die Polizei spezielle Sicherung bereit. Die SED verpflichtete das Ministerium für Staatssicherheit zu enger Zusammenarbeit. In charakteristischer Weise meldete das Stahlwerk Maxhütte am 7. März nach Berlin: „Seit dem Bekanntwerden der Erkrankung des Genossen Stalin wurde [...] der Kontrolldienst der Partei verstärkt [...] Alle Genossen unserer Partei wurden aufgefordert eine erhöhte Wachsamkeit an den Tag zu legen, um es keinem Feind zu gestatten, die Situation für Sabotage und Störungszwecke auszunützen."[12] Die PZPR und die SED verhängten nach Stalins Tod Staatstrauer. Die Staatsparteien verfaßten Anweisungen, in denen beschrieben wurde, wie der öffentliche Raum auszuschmücken sei, welche Texte auf den Versammlungen zu verlesen und wie

8 Zahlen bei Karl-Wilhelm Fricke/Roger Engelmann, Der „Tag X" und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, Bremen 2003, S. 34. Zur Fluchtbewegung siehe auch Helge Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994.

9 Vgl. für Polen den Überblick bei Zdzisław Rykowski/ Wiesław Władyka: Polska próba. Październik '56, Krakau 1989, S. 44–50.

10 Informacja Nr. 218/1728, 5.3.1953, AAN, KC PZPR, 237–VII/143, Bl. 297.

11 Vgl. Karl-Heinz Schmidt, Als Stalin starb. Die Reaktion des SED-Regimes und der Bevölkerung im Spiegel interner Berichte, in: Klaus Schroeder (Hg.), Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994, S. 85–111, S. 86. Vgl. auch die Schilderung der Trauerinszenierung bei Armin Mitter/Stefan Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel aus der DDR-Geschichte, Gütersloh 1993, S. 173–180.

12 Maxhütte Unterwellenborn, Informationsbericht. Betr. die durchgeführten Maßnahmen, die sich durch die Erkrankung und das Ableben des Gen. Stalin erforderlich machen, 7.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/ 56/ 1196, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

diese Manifestationen der Trauer und der Einheit zu gestalten seien.[13] Wie 1949 bei der Kampagne zu Stalins 70. Geburtstag, agierten die Parteistaaten so, als sei Stalin ihr eigenes Staatsoberhaupt. Offiziell erwiesen die Premierminister Józef Cyrankiewicz und Otto Grotewohl als Regierungsvertreter Stalin die letzte Ehre.[14] Die Trauerinszenierung dominierte über Tage die Medien. Das Radio spielte ernste Musik, und sämtliche Unterhaltungsveranstaltungen wurden verboten.

Am 7. und 8. März 1953 waren die Tageszeitungen in Polen und der DDR mit Trauertelegrammen der Parteien, Gewerkschaften, Betriebe und anderer Institutionen gefüllt.[15] Bereits am 8. März druckte *Przyjaźń* den Nekrolog Ilja Ehrenburgs, in dem der sowjetische Schriftsteller noch einmal Stalins globale Größe beschwor.[16] Eine von den Staatsparteien orchestrierte Welle der symbolischen Kommunikation rollte über das Land. Parallel versuchten die Staatsparteien, den Trauerfall zu ideologischer und ökonomischer Mobilisierung zu nutzen. Die polnische Regierung beschloß am 7. März, das schlesische Kattowitz in Stalinogród umzubenennen, den Kulturpalast in Warschau Stalin zu widmen [PKiN im. Stalina] und ihm vor dem Gebäude ein Denkmal zu errichten.[17] In ritualisierter Manier verpflichteten sich Betriebe und Kollektive „freiwillig" zur Planerfüllung oder zum verstärkten Studium der kanonischen sowjetischen Texte.[18] In diesen „Selbstverpflichtungen"

13 Plan der Trauerfeiern in Berlin, Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 14/53 des Politbüro der SED, 6.3.1953, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/2-268, Bl. 2–3; Do 1-go Sekretarza KW PZPR, 7.3.1953, AAN, KC PZPR, 237/ VIII-193, Bl. 8.

14 Manifestacja żałobna ludu Warszawy w dniu pogrzebu Józefa Stalina. Przemówienie tow. Józefa Cyrankiewicza, *Nowe Drogi* 1953, Nr. 3, S. 41–42; Otto Grotewohl: Stalin und das deutsche Volk, in: ders., Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze, Band 3, Berlin (Ost) 1954, S. 256–267. Auf einer Parteiveranstaltung sprach auch das Politbüromitglied TPPR-Präsident Edward Ochab: Czcząc pamięć Stalina – pójdziemy ku nowym bojom o pokój i socjalizm, o utrwalenie niepodległości naszej Ojczyzny, *Nowe Drogi* 1953, Nr. 3, S. 35-40.

15 Vgl. die Beileidsschreiben von PZPR und SED, *Trybuna Ludu,* 7.3.1953 und *Neues Deutschland,* 7.3.1953 an das ZK der KPdSU, die jeweils Beschwörungsformeln der Freundschaft zur Sowjetunion enthalten.

16 Ilia Erenburg, Stalin, *Przyjaźń* 1953, Nr. 10, S. 11. An Ehrenburg orientierte sich offensichtlich der Nachruf der DSF: *Die Neue Gesellschaft* 1953, Nr. 4, S. 1–2.

17 Uchwała Rady Państwa i Rady Ministrów Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej z dnia 7 marca 1953 roku o uczczeniu pamięci Józefa Stalina, *Nowe Drogi* 1953, Nr. 3, S. 29. Ein Artikel in *Przyjaźń* gibt Aufschluß darüber, warum die Metropole Oberschlesiens gewählt wurde. Offensichtlich war es ihre Verbindung zu Schwerindustrie und damit zu Stahl, die Kattowitz zur *Stalin*stadt werden ließ. Vgl. Stalinogród, *Przyjaźń* 1953, Nr 11–12, S. 24. Der Ökonomie des Schenkens verpflichtet, bedankten sich die Bewohner in einem Brief nach Moskau dafür, daß ihre Stadt nun den Namen Stalins tragen durfte. S. List mieszkańców Stalinogrodu i województwa stalinogrodzkiego. Do Komitetu Centralnego KPZR i Rady Ministrów ZSRR, [ohne Datum], *Nowe Drogi* 1953, Nr. 3, S. 30.

18 In der DDR beobachtete Alfred Kantorowicz die Mobilisierung des Propagandaapparates im Dienste der Staatstrauer: „Der Rundfunk brachte außer der offiziellen Verlautbarung aus Moskau und dem Text der ersten Beileidsschreiben bis 6 Uhr abends nur ernste Musik. Dann begann sich auch dort unser Alltag wieder durchzusetzen. Meisterbauern und Bauarbeiter taten grimmig ihre Entschlossenheit kund, nun erst recht alle Pläne überzuerfüllen. Nein, länger als acht Stunden darf bei uns nicht geschwiegen werden. Schon werden die Dampfwalzen angekurbelt, Tausende von ‚Massenkundgebungen' allerorten, die niemanden zur Besinnung und Sammlung kommen lassen werden." Eintrag vom 6.3.1953, in: Kantorowicz, Deutsches Tagebuch, Band 2, S. 343.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

spiegelte sich letztmalig die Rhetorik der Dankbarkeit gegenüber Stalin. In Polen und der DDR galt es dabei, durch eigene „Initiativen" der Sowjetunion für ihre „Hilfe" beim „Aufbau des Sozialismus" zu danken.

Die parteistaatliche Presse betonte, daß die Trauer um Stalin ein weltweites Phänomen sei. Damit fand die seit 1949 zu beobachtende Globalisierung des Stalinkultes hier ihre Fortsetzung. Wie im Dezember 1949 war die repräsentative Öffentlichkeit des sowjetischen Blocks auf Moskau ausgerichtet, wo am 9. März die Beisetzung stattfand. Die Trauerfeierlichkeiten, die im Radio direkt übertragen wurden, sollten eine Gemeinschaft der Trauernden schaffen, die über die sowjetischen Grenzen hinaus reichte. Die Choreographie der Feiern reproduzierte die Kampagne zu Stalins 70. Geburtstag. Während sich die Mobilisierungsmechanismen und die Fixierung auf das Zentrum Moskau wiederholten, trat verordnete Trauer an die Stelle verordneten Glücks.

Das Gefühlsmanagement im öffentlichen Raum stellte die eigentliche Herausforderung für die Herrschenden dar. Schließlich definierten sie, wie und wann öffentlich getrauert werden sollte. Es sollte keine verzweifelte oder niedergeschlagene, sondern eine zornige und kämpferische Trauer sein. Sie sollte ein Zeichen der Geschlossenheit, Entschlossenheit und Stärke setzen. Die Bedeutung betrieblicher Selbstverpflichtungen lag weniger in der ökonomischen Mobilisierung, sondern in der Umdeutung des Todes. Der Verlust des „Lehrers und Führers" durfte nicht in die Vergangenheit weisen. In der stalinistischen Welt war der Tod kein Anlaß innezuhalten und zu reflektieren. Im Gegenteil: Die Gefühle der Trauer sollten sich in einer neuen zukunftsweisenden Bewegung bündeln. Der sowjetische Schriftsteller Boris Polevoj formulierte dieses Trauerverständnis: „Der Aufbau des Kommunismus war das Lebensziel des großen Führers, der nun von uns gegangen ist. Die Sowjetmenschen [...] verdoppeln jetzt, entsprechend dem Aufruf der Partei, ihre Anstrengungen, um die weisen Stalinschen Pläne zu verwirklichen. Obwohl jeder von uns gegenwärtig unermeßlichen Schmerz im Herzen trägt, stieg die Produktivität vieler Moskauer Betriebe in den ersten Märztagen [...]." Das Ereignis mußte zur Kampagne werden und die Gesellschaft mobilisieren. Gleichwohl kam Polevoj nicht ohne Metaphysik aus, wenn er beim Abschied von Stalin fühlte, „daß er ewig leben wird."[19] Nicht nur der sowjetische Schriftsteller, auch die Funktionäre vor Ort waren sich dieser spezifischen Ausprägung der Trauer bewußt. So hieß es beispielsweise aus der Maxhütte, daß die Betriebsleitung es verstanden habe, „zu verhindern, daß unter den Kollegen Mutlosigkeit und Pessimismus entsteht. Es gelang, die gesamte Belegschaft zu Ehren des Genossen Stalin zu einer breiten Mobilisierungsbewegung zu aktivieren."[20]

Die zentralen Trauerkundgebungen fanden an den Orten der Freundschaft statt, die sich die Regime selbst geschaffen hatten. Damit bestätigten die Herrschenden die hohe symbolische Bedeutung dieser Plätze.[21] In den Kulissen des kommunistischen Aufbaus sollte die Trauer um Stalin inszeniert werden. In Berlin stand das Stalindenkmal an der Stalinallee im

19 Boris Polewoi, Moskau, 6. März 1953, Säulensaal des Gewerkschaftshauses, *Friedenspost* 1953, Nr. 11, S. 5.

20 Maxhütte Unterwellenborn, Informationsbericht. Betr. die durchgeführten Maßnahmen, die sich durch die Erkrankung und das Ableben des Gen. Stalin erforderlich machen, 7.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.

21 Zur Trauer in Nowa Huta siehe Janusz Osęka, Na robotniczej warcie, *Przyjaźń* 1953, Nr. 11–12, S. 11.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Zentrum der Aufmerksamkeit. Hier zog die Volkspolizei auf: „Ernst und Entschlossenheit in den jungen Gesichtern, halten zwei Volkspolizisten Ehrenwache am Denkmal des größten Menschen unserer Epoche." Am Denkmal sollte sich die Bevölkerung vor dem Toten verneigen. Ihre Blumen und Kränze bezeichnete der Propagandadiskurs als „sichtbaren Ausdruck der tiefen Trauer und der tiefen Liebe zu Stalin."[22] Die *Friedenspost* berichtete: „In einem Meer von Blumen und Kränzen steht das Denkmal Josef Wissarionowitschs [sic] an der Stalinallee. An ihm vorbei flutet seit der Mittagsstunde ein unübersehbarer Strom trauernder Berliner. Ehrfürchtiges Schweigen liegt über dem breiten, endlosen Zug. Gemessenen Schrittes, entblößten Hauptes gehen die Menschen und senken ihre umflorten Fahnen vor dem Standbild des großen Toten." Der Artikel betonte, daß sich Menschen „aller Berufe, jeden Alters", von denen sich niemand seiner Tränen geschämt habe, an dem Zug beteiligten – die Nation als geschlossene Trauergemeinschaft wurde als Ideal beschworen. Zugleich betont der Verfasser die in die Zukunft gerichtete, verpflichtende Dimension der Trauer um Stalin: „Endlos ist der Zug, tief sind Trauer und Schmerz. Aber nicht nur Leid liegt in den zum Denkmal gewandten Gesichtern, sondern Liebe und Entschlossenheit, sein Vermächtnis zu erfüllen."[23]

Jenseits des offiziellen Trauerdiskurses wurde jedoch anders über die Veranstaltung gesprochen, wie Alfred Kantorowicz' Schilderung zeigt: „Es wurde marschiert, marschiert, marschiert vom Morgen bis in die Nacht. Um von der Universität zur Stalinallee zu kommen, marschierten, zuckelten und ruckelten wir fünf Stunden lang durch Trümmer und Ruinenstraßen. Auch die Ergebensten, die Gutwilligsten hatten am Ende kein anderes Gefühl mehr, als nur so rasch wie möglich wieder nach Hause, ins Warme, auf einen Sitzplatz zu kommen."[24] In Polen unternahm der Parteistaat ähnliche Anstrengungen. Inszenierte Trauer und die Rhetorik der Entschlossenheit dominierten die repräsentative Öffentlichkeit. Die neue Stadt Stalins und der Warschauer Stalin-Kulturpalast bildeten die Kulisse für Massenaufmärsche zum Gedenken an den sowjetischen Diktator.[25]

In beiden Ländern gehörte das kollektive Abhören der Moskauer Trauerfeiern zur Trauerzeremonie. Die Feierlichkeiten auf dem Roten Platz wurden in Betrieben und auf öffentlichen Plätzen übertragen. Dieses Beispiel verdeutlicht nochmals den Umgang mit dem Medium Radio als Erziehungsinstrument. Kollektives Hören sollte Gemeinschaft stiften und gewährleisten, daß die individuelle Rezeption in einem kontrollierten Rahmen stattfand. Damit standen die kommunistischen Diktaturen in deutlichem Gegensatz zur westlichen Informations- und Unterhaltungskultur, die auf die individuelle Nutzung des Radios abhob. Das Radio bildete gleichwohl das modernste und direkteste Medium der Integration. Während Meetings und Trauermärsche letztlich Imitationen des Moskauer Ereignisses auf loka-

22 Berlin, 6. März 1953, Stalinallee. Berlin trauert um den größten Menschen unserer Epoche, *Friedenspost* 1953, Nr. 11, S. 5.

23 Marsch der Trauer, der Liebe, der Entschlossenheit. Berlin erwies J.W. Stalin die letzte Ehre, *Friedenspost* 1953, Nr. 11, S. 8.

24 Eintrag vom 9. März 1953, in: Kantorowicz, Deutsches Tagebuch, Band 2, S. 344. Ähnlich auch die von einem Studenten verfaßte Beschreibung der Trauerfeiern aus Łódź bei Marcin Zaremba, Opinia publiczna w Polsce wobec choroby i śmierci Józefa Stalina, in: Andrzej Friszke (Hg.), Władza i społeczeństwo w PRL. Studia historyczne, Warschau 2003, S. 19–53, S. 40f.

25 Zgromadzenie żałobne mieszkańców Stalinogrodu, *Wolność*, 11.3.1953; Radzieccy budowniczowie Pałacu Kultury i Nauki im. Józefa Stalina żegnają swego Wodza, *Wolność*, 11.3.1953.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

ler Ebene bleiben mußten, sollte sich der kommunistische Block vor dem Äther zu einer trauernden Hörergemeinschaft vereinigen.

Am 9. März 1953 handelte es sich um eine synchronisierte Inszenierung, um das Angebot an die Bevölkerung, an der transnationalen kommunistischen Gemeinschaft teilzuhaben. So sollte die emotionale Bindung an die Sowjetunion vertieft werden. Dies zeigte sich besonders in dem Versuch, die emotionale Anteilnahme zur Stärkung der Staatsparteien zu nutzen. In historischer Analogie zum „Leninaufgebot" des Jahres 1924 versuchten PZPR und SED im Zeichen der Trauer neue Mitglieder zu gewinnen. In Polen erstellte das Sekretariat des ZK einen umfangreichen Plan, mit dem es die Leistungen Stalins bekannter machen wollte.[26] Die TPPR setzte das Studium der Stalinbiographie für ihre Mitglieder auf die Agenda.[27] So hofften die Herrschenden, den Verlust in Stärke zu verwandeln.

In Polen und der DDR verliefen die Trauertage ohne größere Vorkommnisse. Zufrieden stellte das ZK der SED fest, daß die Anweisungen des Politbüros umgesetzt worden seien.[28] Die Organisationsabteilung beim ZK der PZPR berichtete ausführlich und notierte das vollständige „Absterben" des öffentlichen Lebens in den großen Städten Polens am 9. März. Die Kirchenglocken läuteten in vielen Städten, und aus Ehrfurcht vor dem Toten habe die Mehrzahl der Menschen ihre Häupter entblößt. So hieß es aus der Wojewodschaft Posen: „Nach Information aus 15 Kreisen und Städten ruhte um 10 Uhr in allen Betrieben die Arbeit. Der Straßenverkehr kam zum Erliegen. Die Passanten lauschten andächtig der Radioübertragung [der Beerdigung, JB] und die Männer nahmen ihre Hüte ab." Von den Straßen Stettins zeichnete der Bericht das gleiche Bild und vermerkte: „Viele Frauen weinten." Vorbildlich schnitt ebenfalls die Hauptstadt Warschau ab. Dort sei das öffentliche Leben für fünf Minuten zum Stehen gekommen. Auf den Straßen habe eine schweigende Menge dem Ehrensalut der Artillerie und der „Internationale" gelauscht.[29] Der Berichterstatter betonte das gemeinsame Trauererlebnis und die feierliche Stimmung in Warschau.

In einem umfangreichen Bericht äußerte sich der sowjetische Generalkonsul ebenfalls zufrieden über die Trauerkampagne in den Wojewodschaften Krakau und Schlesien. Der Diplomat meldete starke Anteilnahme, Ausschmückung des öffentlichen Raumes und nannte als Höhepunkt die Umbenennung der Stadt Kattowitz in Stalinogród. Die „überwältigende Mehrheit" habe den großen Schmerz des sowjetischen Volkes geteilt. Lediglich einige „Reaktionäre" stünden unter dem Einfluß von *Voice of America* und anderer westlicher Sender, ihnen sei jedoch die Mehrheit entschieden entgegengetreten. Der sowjetische Konsul war bemüht, in Moskau den Eindruck zu erwecken, als seien die Tage nach Stalins Tod

26 Uchwała Sekretariatu KC. W sprawie studiowanie dokumentów poświęconych pamięcie tow. Stalina, 13.3.1953, AAN, KC PZPR, 237/VIII–110, Bl. 29–31.

27 Sprawozdanie z przebiegu akcji Stalinowskiej, ATPPR, Nr. 5/129, unpag.

28 Informationsbericht Nr. 7. Über die Trauerfeiern und Trauermärsche anläßlich der Beisetzung des Gen. Stalin, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/5–268, Bl. 328.

29 Meldunki z terenu Nr. 55/1142, Po śmierci towarzysza Stalina. Uroczystości żałobne, 9.3.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–132, Bl. 432–448, Zitate Bl. 437, Bl. 438.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

ohne Störungen verlaufen. Die große Anteilnahme stand für die politische Einheit des kommunistischen Blocks und veranlaßte ihn zu seinem positiven Fazit.[30]

Die Sicherheits- und Propagandaapparate hatten eine Bewährungsprobe gemeistert – die Bevölkerung war ruhig geblieben und das Schauspiel der trauernden Völkergemeinschaft blieb ungestört. In den Tagen um Stalins Tod hatte der Apparat bewiesen, daß er aus dem Stand eine Propagandakampagne organisieren konnte. Ende März kehrte wieder Normalität ein; die Trauerkampagne fand in Polen ihren symbolischen Abschluß mit der 8. Plenarsitzung des ZK, auf der Bołesław Bierut noch einmal die uneingeschränkte Gültigkeit der Lehren des „Führers und Lehrers, Vaters und Freundes" betonte.[31] Daß der Tod Stalins demnächst Veränderungen für die herrschende Ordnung bringen könnte, entnahmen aufmerksame Leser der Mai-Nummer der *Neuen Gesellschaft*. Dort druckte das DSF-Blatt einen Amnestieerlaß des Obersten Sowjets der UdSSR, in dem es u.a. hieß, daß Jugendliche unter 18 Jahren aus der Haft entlassen werden sollten und in Zukunft für Bagatellen mildere Strafen zu verhängen seien.[32] Erstmals gewährte diese DSF-Zeitschrift hier direkte Einblicke in die gesellschaftliche Realität der Sowjetunion.

Mit dem Abschluß der Trauerkampagne Mitte März 1953 endeten die Ehrungen für Stalin keineswegs. Während die sowjetische Führung bereits stillschweigend vom Führerkult abrückte, wurden in der DDR bis zur Junikrise Gedenkstätten errichtet. So erhielt am 7. Mai – am Vorabend des „Tages der Befreiung" – die Wohnstadt des Eisenhüttenkombinates Ost den Namen „Stalinstadt".[33] Am 18. Mai beschloß der Ministerrat der DDR die Errichtung einer Stalin-Gedenkstätte in dem Babelsberger Haus, das Stalin während der Potsdamer Konferenz bewohnt hatte.[34] Mit den toponymischen Signalakten in Warschau, Kattowitz und Stalinstadt erlebte der Stalin–Kult an der Peripherie des sowjetischen Imperiums seinen letzten Höhepunkt.

1.2 Jenseits der Trauergesänge: Stimmungen der Bevölkerung

Anders als in Moskau, wo es bei der Beerdigung Stalins zu einem Chaos mit Hunderten von Toten kam, behielten PZPR und SED den öffentlichen Raum unter Kontrolle. Im folgenden versuche ich, auf der Basis interner Berichte hinter die Fassaden der inszenierten Trauergemeinschaft zu schauen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß es keine Trauernden oder nur Jubilierende gegeben hat. Der Tod Stalins ließ politische Menschen nicht unberührt und

30 Informacija konsula SSSR v g. Krakove A.P. Nikitina v MID SSSR o trauernych dnjach v konsul'skom okruge v svjazi so smert'ju I.V. Stalina, 30.3.1953, in: Sovetskij faktor v vostočnoj evrope, tom 2, S. 751–755.

31 Bolesław Bierut, Nieśmiertelne nauki Towarzysza Stalina – orężem walki o dalsze wzmocnienie partii i Frontu Narodowego, *Nowe Drogi* 1953, Nr. 3, S. 55–88.

32 Amnestieerlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, *Die Neue Gesellschaft* 1953, Nr. 5, S. 320.

33 Vgl. Protokoll der Sitzung Nr. 24 des Sekretariats des ZK der SED, Anlage Nr. 7 Plan für Namensgebung, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/3/375, Bl. 63ff.

34 Beschluß des Ministerrates zur Gründung der Stalin-Gedenkstätte und des Museums für die Geschichte des Potsdamer Abkommens, 18.5.1953, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/3–382, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

führte häufig zu Angst und Verunsicherung. Insbesondere unter den Intellektuellen, die sich in den Sowjetuniondiskurs eingeschrieben hatten, herrschte Bestürzung. So fand in Berlin am 7. März eine Gedenkveranstaltung des Kulturbundes unter der Ägide Johannes R. Bechers statt, der eine hymnische Totenklage verfaßte.[35] Victor Klemperer notierte in seinen Tagebüchern, daß er „ein Paar Worte" an seine Kollegen richtete; „Ungeheuer groß neben Alexander, Caesar, Napoleon – anders als sie aber *nur* im Dienste der Menschheit u. speziell *unser* Befreier." In dieser Wertung zeigte sich, wie sehr Klemperers Stalinbild vom sowjetischen Sieg und dem antifaschistischen Nimbus geprägt war. Klemperer berichtete von Tränen einiger Studenten.[36] Dies korrespondiert mit den Erinnerungen des Historikers Walter Markov, der die Stimmung unter den regimetreuen Studenten der Leipziger Universität rekapituliert: „Ich glaube aber sagen zu müssen, daß es wirkliche empfundene Trauer, gepaart mit dem Gefühl der Leere, des Alleingelassenseins, in politisch engagierten Kreisen der Jugend, also in der FDJ, in der Studentenschaft gegeben hat. In wirklicher Unkenntnis von vielem Hintergründigen, vom ‚anderen Stalin' konnten sich die jungen Leute nicht so richtig vorstellen, wie die Welt ohne ihn, von dem sie sich ‚erzogen' fühlten, weitergehen wird."[37] Laut Markov existierte hier ein Milieu, in dem der Stalin-Kult mit seinem Paternalismus angenommen worden war. So erklärt sich das Gefühl der „Leere", das die Betroffenen bei der Nachricht des Todes verspürten. Für sie war Stalin zu einem persönlichen Bezugspunkt geworden. Diese Wertung bestätigt ein Bericht über die Pädagogische Hochschule in Potsdam. Dort seien „alle Kolleginnen und Kollegen tief ergriffen [...] und stellten die Frage, wie es denn nun mit dem Frieden in der Welt weitergehen soll." Die Verbindung der Persona Stalins mit der Friedenspropaganda hatte hier ihre Wirkung nicht verfehlt. Trotz seiner resignierten Kommentare über den Propagandastaat zeugte die Reaktion Alfred Kantorowicz' von eigener Betroffenheit. Er sprach sybillinisch von „unübersehbaren Konsequenzen."[38] Daß das akademische Milieu in der DDR nicht geschlossen trauerte, verdeutlichte die Stimmungslage an der Technischen Hochschule in Dresden: Dort hatten „einige Wissenschaftler [...] eine gewisse Gleichgültigkeit und Indifferenz" gezeigt. Schließlich sei „eine gewisse Schadenfreude aus politischer Gegnerschaft" in den Äußerungen der Wissenschaftler zum Ausdruck gekommen.[39]

Die Emissäre der PZPR berichteten ebenfalls von großer Anteilnahme in den Universitäten. Aus eigener Initiative seien vielerorts – auch von parteilosen Professoren und Studenten – Stalinportraits aufgezogen und mit Trauerflor geschmückt worden. An einigen Orten seien freiwillige Trauerwachen aufgestellt worden. Entweder hatten die polnischen Akademiker

35 Vgl. die Schilderung bei Siegfried Prokop, Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquête über die Lage der Intelligenz in der DDR. Analyse und Dokumentation, Schkeuditz 2003, S. 44–48.

36 Eintrag vom 6.3.1953, in: Klemperer, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen, Band 2, S. 363–364.

37 Walter Markov in seinen Memoiren, zitiert in Mittenzwei, Die Intellektuellen, S. 104.

38 Eintrag vom 4.3.1953, in: Kantorowicz, Deutsches Tagebuch, Band 2, S. 342.

39 Die Gewerkschaft Wissenschaft meldete generell die große Anteilnahme akademischer Kreise an den Trauerveranstaltungen: Gewerkschaft Wissenschaft an Bundesvorstand des FDGB, 12.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag. Zur Formierung eines solchen Milieus dürfte die SED mit ihrer gezielten Förderung sozial unterprivilegierter und politisch loyaler Studenten beigetragen haben. Vgl. Kowalczuk, Geist im Dienste der Macht, S. 304ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

die Rituale der Inszenierungsdiktatur internalisiert oder auch sie waren vom Tod Stalins erschüttert. Allerdings rügte das ZK die mangelnde Initiative der Hochschulgruppen bei der Gestaltung von Trauerfeiern. Ferner beobachtete die PZPR „reserviertes" Verhalten bei einem Teil der Professoren. An der Universität in Łódź zerstörten Unbekannte ein Stalinportrait und eine Wandzeitung.[40] In einigen Warschauer Studentenwohnheimen sei es zu „Auftritten des Feindes" gekommen, insbesondere zu „Trunkenheit".[41] Aufgrund solcher Vorkommnisse mahnte die Staatspartei ihre Repräsentanten, weiter „wachsam" zu sein.

Auch polnische Intellektuelle drückten Trauer und Verlust aus. So hielt der Schauspieler und Moderator Marian Wyrzykowski im Tagebuch seine tiefe Bestürzung über Stalins Tod fest.[42] In den Bulletins des polnischen Sicherheitsdienstes, der insbesondere die private Briefkorrespondenz auswertete, finden sich weitere Beispiele für Trauer und Verunsicherung.[43] Die Erschütterung der Intellektuellen in Polen und der DDR zeigt, daß in beiden Staaten ein regimetreues Milieu existierte. Dieses bestand aus Funktionären, Schriftstellern und anderen Intellektuellen, die seit Kriegsende gelernt hatten, an die Sowjetunion als utopischen Ort und an Stalin als Führer zu glauben.

Doch dieses Milieu bildete nur einen Bruchteil der Gesellschaft. Die Mehrheit reihte sich gezwungenermaßen in die Trauergemeinschaft ein. Dies galt beispielsweise für Intellektuelle, die Distanz zum Regime wahrten. So führte die Weigerung der katholischen Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* [Allgemeines Wochenblatt], einen Nachruf auf Stalin zu drucken, zu ihrem Verbot.[44] Dieses demonstrative Ausscheren aus der Trauerinszenierung duldete der Parteistaat nicht; in der angespannten Situation des März 1953 wollte die PZPR keine Schwäche zeigen. Wegen der Obsession der kommunistischen Regime, Einheit und Harmonie darzustellen, stellte diese Verweigerung einen wichtigen Symbolakt dar. Das katholische Milieu Polens stellte unter Beweis, daß es nicht bereit war, sein moralisches Kapital preiszugeben.

Erste Überblicksberichte polnischer und deutscher Funktionäre betonten die tiefe Trauer und die gelungene Mobilisierung der Gesellschaft.[45] Liest man die zahlreichen Berichte des Parteistaates genauer, so zerfällt jedoch das Bild der Gesellschaft als Trauergemeinschaft. An seine Stelle tritt eine Vielzahl von Stimmungen, die den Augen und Ohren des Partei-

40 Meldunki z terenu Nr. 51/1138, Po śmierci towarzysza Stalina. Na wyższych uczelniach, 8.3.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–132, Bl. 407–417, Bl. 415–417.

41 Meldunki z terenu Nr. 56/1143, Po śmierci towarzysza Stalina, 10.3.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–132, Bl. 444–456, Zitat Bl. 451.

42 Marian Wyrzykowski, Dzienniki 1938–1969, Warschau 1995, S. 150.

43 Vgl. die Beispiele bei Zaremba, Opinia publiczna w Polsce, S. 29f.

44 Vgl. Andrzej Friszke, Opozycja polityczna w PRL 1945–1980, London 1994, S. 40. Zum *Tygodnik Powszechny* im Stalinismus siehe Leonid Luks, Die *Tygodnik-Powszechny*-Gruppe in den Jahren 1945–1989: Symbol des katholischen Widerstandes im kommunistischen Polen, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 6 (2002), S. 215–258, S. 226f.

45 Meldunki z terenu Nr 46/1133. Po śmierci towarzysza Stalina, 6.3.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–132, Bl. 376–379; FDGB-Bundesvorstand. Sektor Information. Information Nr. 11 (2. Sonderinformation). Thema: Tod des Genossen J. W. Stalin, 7.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–22668, Bl. 588–593.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

staates nicht entgingen. Wiederum konnten sich die Berichterstatter nicht von der eigenen Inszenierung distanzieren. In ihren Berichten betonten die Beobachter zunächst die Betroffenheit der Bevölkerung, die Teilnahme an den symbolischen Kommunikationsakten und die erhabene Größe der Trauerversammlungen. Besonders wurde hervorgehoben, daß auch nicht parteigebundene Bürger die Gefühle teilten und es vielerorts spontan zu „Trauermanifestationen" gekommen sei. Regelmäßige Erwähnung fand die Ausgestaltung des öffentlichen Raumes mit Fahnen und Trauerflor.[46] Einige Berichte stellten heraus, daß die Kampagnen zum Eintritt in die Parteien und Massenorganisationen zu greifen begannen und meldeten erste Erfolgsziffern.[47] Immer wieder unterstrichen regionale Instanzen die ökonomische Mobilisierung im Zeichen der Trauer.[48] Dazu zählten auch die Meldungen über Eintritte in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften.[49] Wie weit der Arm des Propagandastaates in Polen reichte, verdeutlichen Berichte über Dorfversammlungen.[50] Einige Regionen meldeten rituelle „Verpflichtungen": zur Gründung von TPPR-Zirkeln, zum Studium der Stalinbiographie oder zum Erlernen der russischen Sprache.[51] Doch selbst in den Berichten, die von einer gelungenen Trauerkampagne sprechen, finden sich Äußerungen von Menschen, die sich den verordneten Gefühlen entzogen.

Sowohl in Polen als auch in der DDR zeugen die parteistaatlichen Berichte von tiefer Verunsicherung. Die Propaganda hatte einen Teil der Bevölkerung überzeugt, daß Stalin ein Garant für den Frieden zwischen Ost und West sei. Die Strategie, ihn als moderaten Herrscher in einer Welt radikaler Gegensätze zu präsentieren, hatte gegriffen. Nach dem Verlust

46 Vgl. bspw. Meldunki z terenu Nr 46/1133. Po śmierci towarzysza Stalina, 6.3.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–132, Bl. 376–379; Meldunki z terenu Nr. 47/1134, Po śmierci towarzysza Stalina, 6.3.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–132, Bl. 380–385; Informationen über Diskussionen aufgrund des Ablebens des Genossen Stalin, Schwerin, 6.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.; Betr. Telefonat vom 7.3.1953, Informationen, 10.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.; FDGB Chemnitz Sekretariat, 2. Stimmungsbericht zum Ableben des Genossen Stalin, 10.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.; Industriegewerkschaft Druck und Papier and FDGB-Bundesvorstand Abteilung Information, 13.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.

47 Meldunki z terenu Nr. 48/1135, Po śmierci towarzysza Stalina. Zgłaszanie się o przyjęcie do partii, 7.3.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–132, Bl. 386–394; Meldunki z terenu Nr. 54/1151. Po śmierci towarzysza Stalina. Zebrania organizacji partyjnych i zgłoszenia do partii, 9.3.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–132, Bl. 427–433; Bezirksvorstand FDGB Cottbus, Stimmungsbericht!, 12.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.

48 So in Meldunki z terenu Nr. 48/1135, Po śmierci towarzysza Stalina. Zgłaszanie się o przyjęcie do partii, 7.3.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–132, Bl. 386–394; Meldunki z terenu 50/1137. Po śmierci towarzysza Stalina. Na zakładach pracy, 7.3.1953; AAN, KC PZPR, 237/VII–132, Bl. 400–406 mit Beispielen aus dem oberschlesischen Kohlebergbau; Meldunki z terenu Nr. 51/1138, Po śmierci towarzysza Stalina. Na zakładach pracy. W/g telefonogramów KW z nocy z 7–8 bm., 8.3.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–132, Bl. 407–417; FDGB-Bezirksvorstand Frankfurt/Oder an Bezirksleitung der SED, 10.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.

49 Vgl. bspw. Meldunki z terenu Nr. 49/1136. Po śmierci towarzysza Stalina. Nastroje ludności. Telefonogramy z nocy z 7–8 b.m., 7.3.1953, AAN, KC PZPR, 237–VII–132, Bl. 395–399.

50 Meldunki z terenu 50/1137. Po śmierci towarzysza Stalina. Na zakładach pracy, 7.3.1953; AAN, KC PZPR, 237/VII–132, Bl. 400–406, besonders Bl. 403–406.

51 Meldunki z terenu Nr. 54/1151. Po śmierci towarzysza Stalina. Zebrania organizacji partyjnych i zgłoszania do partii, 9.3.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–132, Bl. 427–433, Bl. 431f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

dieser vermeintlich ausgleichenden Kraft fürchtete die Bevölkerung nun die Eskalation des Kalten Krieges.[52] So berichtete der FDGB aus Leipzig: „In der Diskussion tritt weiterhin konsequent die Frage auf, ob nach dem Tod des Genossen Stalin die Sowjetunion weiter die konsequente Friedenspolitik fortsetzen wird." In einem Personenzug diskutierten thüringische Arbeiter: ‚Durch den Tod Stalins wird es nun anders werden. Molotow wird sein Nachfolger. Er wird schärfer an die Dinge herangehen.'[53] Ebenfalls in Thüringen hieß es in einem Zugabteil: ‚Nach Stalins Tod ist als Nachfolger Malenkow zu erwarten. Dies wird eine Wendung in der Politik bedeuten, denn Malenkow ist ein Deutschenhasser."[54] In solchen Äußerungen spiegelten sich nicht nur die Ansichten einzelner; sie deuten vielmehr darauf hin, daß sich DDR-Bürger Kommentare aus westlichen Medien angeeignet hatten.

Die Lage im März 1953 gab Anlaß zur Annahme, „es würde jetzt bald Krieg geben."[55] Auch das Revirement in der sowjetischen Führung blieb nicht unbemerkt. In einem Berliner Betrieb verglichen Arbeiter die Sowjetunion mit den Vereinigten Staaten und befürchteten, daß „die Umbesetzung der Regierung der UdSSR zum Teil durch Vertreter der Roten Armee – genau wie in Amerika die Besetzung Eisenhowers – eine Verschärfung der politischen Lage bringen könnte." Eine ähnliche Meinung äußerten die Beschäftigten in Leipzig: „Die Ablösung des Gen. Schwernik aus seiner Funktion und das Einsetzen von Marschall Woroschilow bedeutet das Abgehen von der Politik Stalins, bedeutet, daß die Sowjetunion im Sinne der Kriegspolitik arbeiten wird."[56] Den Tod Stalins nahmen einzelne als mögliche Voraussetzung kommender Umwälzungen wahr: „Im Landmaschinenbetrieb Torgau sagte ein Kollege, ohne seine Gedanken zu vollenden: ‚Cäsar hat das große römische Reich gebaut, aber nach seinem Tode zerfiel das Reich.'" Bei seinem Tod fiel das Stalin zugeschriebene Charisma negativ auf seine Nachfolger zurück; viele vermuteten, daß der neue sowjetische „Führer" nicht an Stalin heranreichen würde.

Aus einem Leipziger Postamt überlieferte die Gewerkschaft folgende Fragen: „1. Ist die Kriegsgefahr durch das Ableben des Gen. Stalin größer geworden? 2. wird das Weltfriedenslager durch den Tod des Gen. Stalin nicht auseinanderfallen? 3. warum ist Wilhelm Pieck nicht mit in die Sowjetunion zur Trauerfeier gefahren?"[57] Ein thüringischer Funktionär spekulierte, ob „nun auch die Stalinanhänger verfolgt werden, wie seinerzeit nach dem

52 Ähnliche Ansichten herrschten zum Teil auch in der Weltöffentlichkeit. Siehe Naimark, Stalins Tod, S. 21ff.

53 FDGB Bezirksvorstand Suhl, Sekretariat. Bericht über die eingeleiteten und durchgeführten Maßnahmen des Genossen Stalin [sic!], 7.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.

54 FDGB Bezirksvorstand Suhl, Sekretariat. 2. Teilbericht über die eingeleiteten und durchgeführten Maßnahmen anläßlich des Todes des Genossen Stalin, 7.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.

55 FDGB Bezirksvorstand Frankfurt/Oder an Bezirksleitung der SED Frankfurt/Oder, 10.3.1953, SAPMO-BArch DY 34/15/56/1196, unpag. Ähnliche Reaktionen in Polen belegen, daß die Friedenspropaganda auch hier ihre Wirkung nicht verfehlt hatte. Siehe Zaremba, Opinia publiczna w Polsce, S. 32f.

56 Diskussionen [ohne Ort, ohne Datum, März 1953], SAPMO-BArch DY 34/15/56/1196, unpag.

57 FDGB-Bezirks-Org.-Kom. Leipzig, 12.3.1953, SAPMO-BArch DY 34/15/56/1196, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Tode Lenins die Leninanhänger [...]."[58] Die Bevölkerung versuchte, sich ein eigenes Bild zu machen und die Konsequenzen des Führungswechsels abzuschätzen. Offensichtlich gab sie sich nicht mit der offiziellen Erklärung zufrieden, die zur Vollendung von Stalins Werk aufrief. Aus Rzeszów meldete die PZPR nach Warschau, dort werde über die Konsequenzen von Stalins Tod für die Außenpolitik Polens und der UdSSR diskutiert. Aus Lublin und Kielce hieß es, dort verbinde man mit Stalins Tod die Hoffnung auf das Ende der Kollektivierung der Landwirtschaft.[59] Obwohl die Erwartungshaltungen sich unterschieden, verbreitete sich die Einschätzung, daß es zu einschneidenden Veränderungen kommen würde.

In Polen stand die katholische Kirche in diesen Tagen unter genauer Beobachtung. Wie das Beispiel des *Tygodnik Powszechny* zeigt, erwartete der Parteistaat ihre Teilnahme an den Trauerkundgebungen. Eine symbolische Ressource, um die der Parteistaat und die Kirche konkurrierten, stellten die Kirchenglocken dar. Die polnische Führung hatte sich das Ziel gesetzt, die katholische Kirche in die Trauergemeinschaft zu integrieren. Akustisch sollten die Glocken mit einem Geläut die Trauerstimmung komplettieren. Aus Breslau berichtete die PZPR, daß dort am 9. März die Kirchenglocken geläutet hätten und der Bischof sich bereit erklärte, für Stalin Trauermessen zu lesen. In einem Krakauer Kloster, das sich weigerte am Ehrengeläut teilzunehmen, erzwangen ZMP-Aktivisten die Betätigung der Glocken. Aus der Wojewodschaft Rzeszów sind zwei Vorfälle überliefert, in denen Geistliche sich ebenfalls widersetzten: Ein Priester, der einen ZMP-Aktivisten mit Gewalt am Läuten hindern wollte, wurde verhaftet. Ein anderer Geistlicher erklärte, daß „Stalin ein Ungläubiger war und man deshalb nicht läuten muß." Er beugte sich jedoch den Anweisungen. Ähnliche Fälle gab es in der Wojewodschaft Białystok. Die Massenorganisationen, insbesondere die Jugendorganisation ZMP, sollten die geschlossene Trauergemeinschaft gegen kirchlichen Widerstand durchsetzen. So lastete der Berichterstatter aus der Wojewodschaft Lublin den dortigen ZMP-Gruppen die Weigerung mehrerer Kirchen an, mitzuläuten. Der ZMP habe in diesen Orten „die Prüfung nicht bestanden." Der Parteistaat übertrug der Jugend hier die Aufgabe, sich gegen die Kirche als militante Avantgarde zu profilieren.

Bei der katholischen Geistlichkeit stieß der kulturrevolutionäre Impetus des Regimes auf Widerstand. In der Wojewodschaft Posen verschlossen oder versperrten Priester den Zugang zu den Kirchenglocken. In Oppeln wurde notiert, daß ein widerspenstiger Priester zu den „Autochthonen" gehöre.[60] Verschiedentlich hieß es, daß Geistliche versuchten, Men-

58 FDGB Bezirksvorstand Suhl, Sekretariat. 2. Teilbericht über die eingeleiteten und durchgeführten Maßnahmen anläßlich des Todes des Genossen Stalin, 7.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.

59 Meldunki z terenu Nr. 49/1136. Po śmierci towarzysza Stalina. Nastroje ludności. Telefonogramy z nocy z 7–8 b.m., 7.3.1953, AAN, KC PZPR, 237–VII–132, Bl. 395–399, Bl. 397–399. Ähnliche Stimmungen bei Zaremba, Opinia publiczna w Polsce, S. 36f., der urteilt, daß ein „nicht geringer Teil" der polnischen Bauern Stalins Ableben begrüßten.

60 Meldunki z terenu Nr. 55/1142, Po śmierci towarzysza Stalina. Uroczystości żałobne, 9.3.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–132, Bl. 432–448, Bl. 432; Bl. 435; Bl. 438; Bl. 440f. Auch der sowjetische Konsul in Krakau A.P. Nikitin meldete nach Moskau, daß sich der ZMP wiederholt mit Gewalt Zugang zu den Kirchenglocken gesichert habe. Siehe Informacija konsula SSSR v g. Krakove A.P. Nikitina v MID SSSR o trauernych dnjach v konsul'skom okruge v svjazi so smert'ju I.V. Stalina, 30.3.1953, in: Sovetskij faktor v vostočnoj evrope, tom 2, S. 751–755, S. 754.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

schen von der Teilnahme an Trauerfeiern oder dem gemeinsamen Anhören der Radioübertragung abzuhalten.[61] In der DDR ignorierten die Pfarrer in ihren Predigten am Sonntag, dem 8. März, einen Tag vor dem Höhepunkt der Trauerfeiern, Stalins Tod weitgehend.[62] Aus der christlichen Bevölkerung sind ebenfalls kritische Stimmen überliefert. So äußerten zwei Arbeiterinnen in Leipzig, Stalin habe „die gerechte Strafe Gottes getroffen."[63]

Im Berichtswesen finden sich Meldungen über die unzureichende Organisation von Trauerkundgebungen. So wurde teilweise bemängelt, daß der öffentliche Raum nicht ausreichend mit Stalinportraits geschmückt wurde oder die Fahnen nicht auf Halbmast gesetzt waren. Außerdem kritisierten die Berichte den Verlauf mancher Trauerkundgebungen. So hieß es aus einer Warschauer Fabrik, daß dort während der Belegschaftsversammlung die Ventilatoren liefen und einzelne Arbeiter an ihren Maschinen blieben. Am Ende der Kundgebung hätten nur wenige die „Internationale" mitgesungen. In einem anderen Betrieb hätten die Arbeiter beim Gesang der „Internationale" nicht die Mützen abgenommen und auf einer *masówka* seien die Redner nur schwer zu verstehen gewesen, so daß sich das Publikum abwandte. Die Stimmung der Versammelten, insbesondere der Jugendlichen, sei nicht ernst gewesen.[64] In Krakau fiel die öffentliche Radioübertragung aus.[65] Aus Stettin hieß es, die Trauerversammlungen seien schlecht organisiert gewesen. Arbeiter hätten die Möglichkeit gehabt, während der Schweigeminuten durch die Werkshallen zu laufen. Nicht überall gelang die Kontrolle des trauernden Volkskörpers *in toto*.

Anhand privater Korrespondenz, die vom polnischen Sicherheitsministerium ausgewertet wurde, läßt sich zeigen, wie sich nach Stalins Tod Gerüchte verbreiteten.[66] Offenbar in Reaktion auf die „Ärzteaffäre" des Winters 1952/53 kursierte die Vermutung, Stalin sei von Medizinern vergiftet worden. In diesem Zusammenhang meldete das Sicherheitsministerium aus der Wojewodschaft Warschau, es verbreite sich die Version, Stalin sei von „den Juden" ermordet worden. Dies sei, so spekulierte ein Bauer, die Rache dafür, daß Stalin mit den Juden gestritten habe. Man erwartete einen Machtkampf und fragte sich, ob es in der Sowjetunion einen Nachfolger von Stalins Format überhaupt gäbe. Auch diskutierte die Bevölkerung die Anzahl von Bolschewiki jüdischer Abstammung in der sowjetischen Regierung.

Die Trauerrituale stießen besonders unter Jugendlichen auf Ablehnung.[67] Dieses eigensinnige Verhalten mußte nicht unbedingt politisch motiviert sein. Ähnliche Stimmungen sind auch aus der DDR überliefert. So riefen in Dresden Jugendliche auf der Straße: ‚Wenn

61 Meldunki z terenu Nr. 54/1141. Po śmierci towarzysza Stalina. Zebrania organizacji partyjnych i zgłoszania do partii, 9.3.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–132, Bl. 427–433, Bl. 433.
62 Schmidt, Als Stalin starb, S. 109f.
63 Industriegewerkschaft Druck und Papier. Betr. Bericht anläßlich des Ablebens des Genossen Stalin, 13.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.
64 Meldunki z terenu Nr. 49/1136. Po śmierci towarzysza Stalina. Nastroje ludności. Telefonogramy z nocy z 7–8 b.m., 7.3.1953, AAN, KC PZPR, 237–VII–132, Bl. 395–399; Bl. 398.
65 Meldunki z terenu Nr. 56/1143, Po śmierci towarzysza Stalina, 10.3.1953, AAN, KC PZPR, 237/VII–132, Bl. 444–456, Zitat Bl. 452.
66 Die folgenden Beispiele bei Zaremba, Opinia publiczna w Polsce, S. 41ff.
67 A.a.O., S. 44f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

wir verrecken, kann Stalin schon lange verrecken."[68] In einer Leipziger Grundschule wurden die Fenster mit der Parole „Stalin ist krepiert!" beschmiert, und in Halle klagten Unterhaltungsmusiker über den Verdienstausfall durch die Staatstrauer.[69] Sie forderten Kompensationen für das entgangene Einkommen. Ein Musiker empörte sich: „Was geht uns ein fremder Staatsmann an, wenn wir durch eine solche Situation wirtschaftlich geschädigt werden."[70]

Trinkgelage aus Anlaß von Stalins Tod sind aus Polen und der DDR überliefert.[71] In Polen führten Betrunkene „feindliche Reden" und zerstörten die Trauerdekorationen.[72] In einem Privatbetrieb in Berlin-Mitte kommentierte ein Mitarbeiter die Erkrankung Stalins: „Na, wenn der stirbt, saufe ich mir einen an."[73] Ein Betrunkener randalierte am 6. März im Stadtzentrum Leipzigs und zerstörte dabei einen Teil der Trauerbeflaggung; als Strafe verlor er seinen Arbeitsplatz.[74] Polizeiberichte aus Brandenburg verdeutlichen, daß der Parteistaat abweichende Stimmen kriminalisierte. Demnach galten Freude über Stalins Tod oder Distanz zu den Trauerfeierlichkeiten als „Provokation" und erfüllten den Straftatbestand der „Boykotthetze". Insbesondere in privaten Gastwirtschaften feierten Regimegegner hinter verschlossenen Türen Stalins Tod. Entsprechend meldete das VPKA Potsdam „wüste Boykotthetze" aus einer Wirtschaft in Babelsberg, eine „Feierstunde" in einer Pritzwalker Kneipe und ein „Trinkgelage" von neun Personen in einer Eichendorfer Mosterei, bei dem „zum Tanz RIAS Musik" gelaufen sei. In der Ortschaft Schönefeld sei ein Mann festgenommen worden, weil er „in einer privaten Gaststätte in gemeiner Form gegen die SU sowie den Genossen [Stalin] hetzte."[75] Für den Parteistaat stellten private Gaststätten und die verbliebenen Privatbetriebe ein Problem dar; sie verweigerten sich häufig der verordneten Trauergemeinschaft und bildeten einen Raum, in dem abweichende Meinungen halböffentlich artikuliert werden konnten. Diese Orte konnten sich dem parteistaatlichen Durchherrschungsanspruch stärker entziehen als andere Teile der Gesellschaft.

Eine andere Möglichkeit, sich von der verordneten Trauer zu distanzieren, waren Ironie und Witz. So hieß es aus Halle, dort habe eine Arbeiterin mit den Worten „wenn es sich um Väterchen Stalin handelt, gehe ich lieber wieder hinaus" die Trauerfeier verlassen. In Weißenfeld machte sich ein Arbeiter über die Trauerrhetorik lustig und erklärte: „Heute kann ich gar nicht richtig arbeiten, ich bin so erschlagen, weil unser Väterchen im Sterben

68 Gewerkschaft Wissenschaft an Bundesvorstand des FDGB, 12.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.

69 Zentralvorstand der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung. Abt. Berichterstattung. Betr. Stimmungsberichte zum Ableben des Generalissimus Stalin, 14.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.

70 Diskussionen, [ohne Datum, März 1953], SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.

71 Vgl. zu Gastwirtschaften in der DDR auch Schmidt, Als Stalin starb, S. 107f.

72 Siehe Zaremba, Opinia publiczna w Polsce, S. 45f.

73 IG Textil, Bekleidung, Leder, Abt. Organisation, Erster Informationsbericht über die durchgeführten Trauerfeiern anläßlich des Ablebens des Genossen J.W. Stalin, 9.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.

74 Zentralvorstand der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung. Abt. Berichterstattung. Betr. Stimmungsberichte zum Ableben des Generalissimus Stalin, 14.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.

75 Sonderrapport Nr. 24 der BDVP für den Zeitraum 7.3.53 (8,00 Uhr) bis zum 8.3.53 (8,00 Uhr), 8.3.1953, in: Ciesla, Freiheit wollen wir, S. 67–70, Zitate S. 67, S. 68, S. 70.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

liegt."[76] In Chemnitz mokierte sich ein Schauspieler: „Man dürfte vielleicht wegen dieser Feierlichkeiten auch keinen Geschlechtsverkehr treiben."[77] In einer Arztpraxis erzählte man sich: „Wir brauchen uns gar nicht zu wundern, daß es in der DDR keine Margarine gibt, da damit Stalin einbalsamiert wird." Außerdem hieß es dort: „Bei einer Zigarette freut man sich auf die ersten Züge und bei Stalin auf die letzten."[78] Mit der Zigarettenmetapher spielte auch ein anderer Witz aus dem Brandenburger Raum: „Von Jugendlichen aus den Kreisen Jessen und Spremberg wurde darüber diskutiert, daß die Salem-Zigarette eine Todeszigarette ist, und zwar aus folgendem Grunde. Es wird erklärt Marx ist tot, Engels ist tot, Lenin ist tot, Adolf ist tot und Stalin ist jetzt auch tot. Die Anfangsbuchstaben dieser Namen von hinten gelesen ergeben das Wort Salem."[79] Alternativ kursierte noch die Version, Salem stehe für „Soldaten aller Länder erobern Moskau."[80] Diesen Wortspielen maß die Volkspolizei subversiven Charakter zu und hielt sie in ihren Berichten fest.

Schließlich klassifizierten die parteistaatlichen Instanzen einige Aussagen als „feindliche Äußerungen." In Schwerin kommentierte ein Arbeiter die Erkrankung Stalins mit der Hoffnung: „Wenn Stalin stirbt, können wir wieder gegen die Sowjetunion und gegen die Volksdemokratien marschieren und sie angreifen." Ebenfalls in Schwerin diskutierten Kunden in einem HO-Geschäft, „wenn Stalin hopps ist, dann kommt die Zeit, auf die wir warten, dann werden wir in Kürze wohl vom Amerikaner besetzt."[81] Auch die folgenden Ereignisse sind charakteristisch:

> „Im Gebiet Löbau konnte festgestellt werden, daß im Volksgut Lautitz am Tage des Bekanntwerdens vom Ableben des Genossen Stalin der Jugendliche Werner H. im Speiseraum vor den gesamten Lehrlingen äußerte: ‚Endlich ist er verreckt!' Dieser Fall wurde der Staatssicherheit übergeben und man verhaftete diesen Jugendlichen. [...]
>
> Die auf Halbmast gehißte Fahne im Kinderheim Schönblick/Luckenwalde wurde in der Nacht vom 5.3. zum 6.3. heruntergerissen.

76 FDGB Bezirksvorstand Halle, 4. Bericht – Sonderinstrukteurseinsatz, [ohne Datum, März 1953], SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.

77 Diskussionen, [ohne Datum, März 1953], SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.

78 Zitate bei Schmidt, Als Stalin starb, S. 106–107. Eine ähnliche Äußerung ist auch aus einer Fabrik in Berlin-Weißensee überliefert, wo eine betrunkene Arbeiterin klagte: „Man sollte Stalin mit der Butter einbalsamieren, die uns fehlte." Diskussionen, [ohne Datum, März 1953], SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag. Zur Witzkultur der DDR und ihrer Funktion in der kommunistischen Diktatur, siehe Andrea Schiewe/Jürgen Schiewe, Witzkultur in der DDR. Ein Beitrag zur Sprachkritik, Göttingen 2000, die Witze als Teil der „inoffiziellen Gegenöffentlichkeit" klassifizieren.

79 Bericht über die Auswirkungen der Trauerfeierlichkeiten zum Ableben des Genossen Stalin, SED-Bezirksleitung Cottbus, 10.3.1953, in: Burghard Ciesla (Hg.), Freiheit wollen wir! Der 17. Juni 1953 in Brandenburg, Berlin 2003, S. 71–73, Zitat S. 72.

80 FDGB Groß-Berlin. Kultur und Schulung. Bericht über die eingegangenen Verpflichtungen der Arbeiter aus den Betrieben aus Anlaß des Ablebens des Genossen Stalin, 31.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.

81 FDGB Schwerin, Sekretariat. Informationen aufgrund des Ablebens des Genossen Stalin, 6.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

In der Gemeinde Glau/Luckenwalde sind besonders stark RIAS-Hörer zu verzeichnen, dies drückt sich in der niedrigen Teilnehmerzahl an der Trauerfeier aus. (2 Teilnehmer).

In der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Raben/Belzig wurden Nägel ins Futter für die Tiere gemischt. (Die zuständigen Stellen befassen sich mit dieser Sache.)."[82]

Auch Mitglieder der Massenorganisationen verhielten sich nicht durchweg konform: „In der Jugendherberge in Annaburg im Kreise Jessen wurde von Mitgliedern der FDJ, deren Namen noch nicht ermittelt sind, das Stalinbild aus dem Fenster geworfen."[83] Trotz dieser Ereignisse und Äußerungen, der Verweigerung der Trauerrituale oder der Zerstörung von Dekorationen gilt es zu bedenken, daß diese Taten auch ein Ausdruck allgemeiner Unzufriedenheit mit den schwierigen Lebensverhältnissen sein konnten und nicht in jedem Fall rein politisch motiviert sein mußten. Selbst die Hoffnung auf die Befreiung durch den „Westen" oder die „Amerikaner" ging mit der Furcht vor dem nächsten Krieg einher. Die eindeutigen Gefühle, die der Propagandastaat erzeugen wollte, existierten nicht. Im Gegenteil: Die Reaktionen variierten zwischen Trauer, Angst, Hoffnung und Freude.

Die parteistaatlichen Berichte erlauben einen begrenzten Einblick in die Welt jenseits der repräsentativen Öffentlichkeit. Sie verdeutlichen, daß die Bevölkerung Stalins Tod als bedeutendes Ereignis wahrnahm. Während die inszenierte Trauer abweichende Reaktionen zu überdecken vermochte, überliefern uns die Berichte unterschiedliche Gefühlslagen, die Vielfalt der Einstellungen, das Bedürfnis, die Situation zu diskutieren, und das Gefühl der Verunsicherung, das bei vielen Menschen vorherrschte. Direkte Reaktionen auf die Trauer*kampagne* sind hingegen selten. Aufgrund des seit 1949 verpflichtenden Führerkultes um Stalin dürften nur wenige vom Ausmaß der Feierlichkeiten überrascht worden sein.

Während der Trauerzeit bestimmte Mißtrauen gegenüber der Bevölkerung das Handeln der Herrschenden. So galt seit Anfang März in Polen und der DDR eine erhöhte Bereitschaft der Sicherheitskräfte. Die vor Denkmälern und Portraits postierten „Ehrenwachen" von Armee und Jugendorganisation vermittelten das Bild einer Gesellschaft im Spannungszustand. Der Parteistaat griff durch, wenn Einzelne sich weigerten, sich der geschlossenen Trauergemeinschaft anzuschließen. In Polen wurden zwischen dem 4. und dem 11. März 1953 im ganzen Land 339 Personen wegen der Verbreitung von „Flüsterpropaganda", 132 für das gemeinsame Abhören von (West-)Radio und 170 wegen „öffentlicher feindlicher Auftritte" verhaftet.[84] Das Herstellen von Einheit war nicht nur eine Aufgabe der Propaganda, sondern auch der Repression – beide Seiten kommunistischer Herrschaft wirkten eng zusammen.

In Polen und der DDR bewiesen die Staatsparteien im März 1953 Stärke: Trotz interner Kritik an verschiedenen Unzulänglichkeiten zeigte sich, daß sie in der Lage waren, auf eine

82 Gewerkschaft Land und Forst. Zentralvorstand. Berichterstattung. 2. Bericht über das Ableben des Genossen Stalin, 25.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.

83 Bezirksvorstand FDGB Cottbus. Stimmungsbericht, 11.3.1953, SAPMO-BArch DY 34–15/56/1196, unpag.

84 Zahlen bei Zaremba, Opinia publiczna w Polsce, S. 46; auch in der DDR kam es zu Verhaftungen, genaue Zahlen sind mir jedoch nicht bekannt.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

prekäre Situation zu reagieren. Es gelang ihnen, die Bevölkerung zu mobilisieren und die öffentliche Rede weitgehend zu kontrollieren. Abweichendes Verhalten oder nonkonforme Äußerungen wurden in diejenigen Bereiche verdrängt, auf die der Parteistaat keinen direkten Zugriff hatte. Dazu zählten die Kirche, private Betriebe und Gaststätten, die ganze Welt des Gerüchtes, eine halböffentliche Sphäre, in der die Menschen versuchten, sich aus den parteistaatlichen Verlautbarungen und westlichen Nachrichten ein eigenes Bild zu machen. Dort artikulierte die Bevölkerung ihre Verunsicherung. Viele befürchteten im März 1953 eine Verschärfung des Ost-West-Konfliktes bis hin zum Ausbruch eines Krieges. Hier zeigt sich die Wirkungsmächtigkeit der kommunistischen Friedenspropaganda, deren Symbol Stalin war. Der Verlust dieser zentralen Figur forderte dazu heraus, neue Erwartungen zu formulieren. Diese Spekulationen verdeutlichen einerseits, wie gering das Vertrauen in das parteistaatliche Nachrichtenwesen war. Andererseits lassen sie sich als Reaktion auf die spezifische Inhaltsleere der offiziellen Kommuniqués, aber auch des Führerkultes um Stalin selbst lesen. Gerade weil über Stalin nur vage Vorstellungen existierten, lud dieses Nicht-Wissen dazu ein, mitzuspekulieren. Aus der Vielzahl der Stimmen läßt sich kein Bild einer öffentlichen Meinung zusammensetzen. Vielmehr tritt unter dem dünnen Firnis der repräsentativen Öffentlichkeit eine gespaltene Gesellschaft hervor, eine Bevölkerung, die nicht bereit war, sich der Deutungsmacht der Herrschenden zu unterwerfen.

2. Der 17. Juni 1953 als Krise der Freundschaft

Den Weg, der die DDR in den Volksaufstand des Sommers 1953 führte, hatte die SED bereits vor Stalins Tod eingeschlagen. Dem Jahr 1952 kommt dabei eine Schlüsselstellung zu. Im Sommer dieses Jahres legte die SED-Führung ihre Zurückhaltung bei der Umgestaltung der Gesellschaft nach sowjetischem Vorbild ab. In Absprache mit der UdSSR verkündete die 2. Parteikonferenz der SED den „Aufbau des Sozialismus."[85] Zu diesem Schritt sah sich die SED-Führung offenbar durch die beschleunigte Westintegration der Bundesrepublik und die Aufstellung westdeutscher Streitkräfte genötigt. Aus sowjetischer Perspektive perpetuierte sich hier das Bedrohungsszenario, das seit der ausländischen Intervention im russischen Bürgerkrieg bestanden hatte. Die Angst vor feindlicher Einkreisung führte dazu, den Belagerungszustand zur Lebensform zu machen.

Die 2. Parteikonferenz gehörte zu den Inszenierungen kommunistischer Herrschaft, auf denen ein abrupter Schwenk der Politik in feierlichem Rahmen zunächst verkündet und sogleich überhöht wurde. Semantisch bedeutete der „Aufbau des Sozialismus", daß sich die DDR nun auch offiziell als „Volksdemokratie" bezeichnete. Damit fiel einer der letzten formalen Unterschiede zu anderen kommunistischen Staaten. Einschneidender als diese rhetorische Korrektur waren die wirtschaftlichen und militärischen Weichenstellungen der Konferenz. Zwar hatte die Remilitarisierung in der SBZ bereits seit 1948 in verdeckter Form begonnen, doch nun flossen verstärkt knappe Ressourcen in den Aufbau „nationaler

85 Siehe Elke Scherstjanoj, Die DDR im Frühjahr 1952. Sozialismuslosung und Kollektivierungsbeschluß in sowjetischer Perspektive, in: DA 27 (1994), S. 354–363.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Streitkräfte".[86] Die Planungen sahen den Bau schwerer Marineeinheiten und den Neuaufbau einer Flugzeugindustrie vor. Zusätzlich wollte die SED den Ausbau einer eigenen Schwerindustrie weiter forcieren. Aufgrund dieser Vorhaben, die sich selbst durch eine Senkung des Lebensstandards nicht vollständig finanzieren ließen, steuerte die ostdeutsche Volkswirtschaft rapide in die Krise. Der zivile Sektor und der Konsum litten unter der Aufrüstung. Die Radikalisierung der SED-Politik bedeutete den sozialen Krieg gegen die eigene Bevölkerung.[87]

Obwohl die SED ihre nationale Einheitsrhetorik beibehielt, zielte der „Aufbau des Sozialismus" auf eine Stärkung der Eigenstaatlichkeit. Den Wirtschaftsplanungen lagen letztlich sowjetische Autarkiekonzepte zugrunde. Mit der Auflösung der Länder verabschiedete sich die SED von föderalen Strukturen und legte den Grundstein für einen zentralistischen Staatsaufbau. Auf Drängen Stalins wurde die Grenze zur Bundesrepublik im Frühjahr 1952 abgeschottet.[88] Während diese Maßnahme primär die Grenzbevölkerung betraf, wirkte sich die Militarisierung auf die gesamte Gesellschaft aus. Eine umfassende Propagandakampagne sollte die Verteidigungsbereitschaft einer Bevölkerung stärken, der die Schrecken des Weltkrieges noch präsent waren. Die aggressive Rhetorik widersprach zudem den bisherigen Verlautbarungen der SED, die stets die Überwindung des Militarismus gefordert hatte. Zwei neue Massenorganisationen, die „Gesellschaft für Sport und Technik" (GST) und der „Dienst für Deutschland" (DFD), der an den nationalsozialistischen „Reichsarbeitsdienst" erinnerte, hatten die Aufgabe, gemeinsam die Jugend an militärische Aufgaben heranzuführen.[89] Die Werbung für die Kasernierte Volkspolizei (KVP) bildete nun den Schwerpunkt der FDJ-Aktivitäten. Diese aggressive Politik war für den rasanten Anstieg der Flüchtlinge – insbesondere unter jungen Menschen – mitverantwortlich.

Die SED betonte, daß es sich bei ihrer Armee im Gegensatz zu den „Ami-Söldnern" in Westdeutschland um „nationale Streitkräfte" handeln werde. Wie beim Antiamerikanismus radikalisierte sich die Konstruktion von Feindbildern zunehmend: Wehrideologie und Erziehung zum Haß bildeten ein neues Propagandathema. Aufgrund der deutschen Teilung und der Erfahrungen des Weltkrieges stieß diese Politik in der Bevölkerung auf Skepsis

86 Siehe hierzu Torsten Diedrich, Aufrüstungsvorbereitung und -finanzierung in der SBZ/DDR in den Jahren 1948 bis 1953 und deren Rückwirkungen für die Volkswirtschaft, in: Bruno Thoß (Hg.), Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer „verdeckten Aufrüstung" in der SBZ/DDR, München 1994, S. 273–336. Zur Geschichte der Kasernierten Volkspolizei, siehe Torsten Diedrich/Rüdiger Wenzke, Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952 bis 1956, Berlin 2001.

87 Siehe die umfassende Analyse des „Klassenkampfes von oben" bei Falco Werkentin, Der totale soziale Krieg. Auswirkungen der 2. Parteikonferenz der SED im Juni 1952, in: JHK 2002, S. 23–54.

88 Vgl. die Ausführungen Stalins, dokumentiert in: Elke Scherstjanoi/Rolf Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung im Dezember 1948 und im April 1952 (Teil 2), in: ZfG 52 (2004), S. 238–269. Siehe auch: Wladimir K. Wolkow, Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947–1952), in: ZfG 48 (2000), S. 20–49.

89 Vgl. Paul Heider, Die Gesellschaft für Sport und Technik. Vom Wehrsport zur „Schule des Soldaten von morgen", Berlin 2002; Torsten Diedrich, Der „Dienst für Deutschland" (1952–1953), in: Torsten Diedrich/Hans Ehlert/Rüdiger Wenzke (Hg.), Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin ^{2}1998, S. 153–168. Zum Reichsarbeitsdienst vgl. Kiran Klaus Patel, „Soldaten der Arbeit". Arbeitsdienste in Deutschland und in den USA, 1933–1945, Göttingen 2003 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 157).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

und Ablehnung. Die westlichen Medien hatten diese Achillesferse der DDR schnell erkannt. Insbesondere der RIAS thematisierte in seinen Sendungen die desolaten Zustände in der KVP und die sozialen Kosten des Aufrüstungsprogramms. Hinzu kam, daß die herausragende Bezahlung der KVP-Offiziere auf Unverständnis stieß. Aus diesen Gründen war die Kasernierte Volkspolizei unbeliebt; wegen ihrer am sowjetischen Vorbild orientierten Uniformen bezeichnete man sie spöttisch als „nachgemachte Russen."[90]

Nach der 2. Parteikonferenz drängte die SED darauf, die Transformation der Volkswirtschaft abzuschließen. Der „volkseigene" Sektor sollte auf Kosten der Privatwirtschaft wachsen. Mit der Kollektivierung der Landwirtschaft kombiniert, bedeutete dies eine Kampfansage an die besitzenden Schichten. Der Stalinschen Doktrin der „Verschärfung des Klassenkampfes" folgend, sah die Staatspartei diese Konflikte als notwendig und wünschenswert an. Da der Glaube an die Überlegenheit des planwirtschaftlichen Systems ungebrochen war, hoffte die SED, durch radikale wirtschaftliche Umgestaltung die Bundesrepublik wirtschaftlich zu überflügeln. Neben die rabiate Wirtschaftspolitik trat 1952 die Politisierung der Strafjustiz, der Ausbau der Repressionsapparate und die Verfolgung der Kirchen. Tatsächlich verschärfte der Stalinisierungskurs die gesellschaftlichen Konfliktlagen. Ab Herbst 1952 befand sich die SED willentlich im *kalten Bürgerkrieg* mit der Bevölkerungsmehrheit. Stalins Tod bedeutete hier zunächst keinen Einschnitt. Im Gegenteil: Die Politik gegenüber der „Jungen Gemeinde" und der Kirche wurde im Frühjahr 1953 weiter verschärft. Insbesondere die wehrkritische Haltung der „Jungen Gemeinde" erzürnte die SED; zahlreiche Aktivisten aus dem kirchlichen Umfeld wurden relegiert oder verhaftet. Die Kirche selbst sah sich – in begrifflicher Analogie zur Situation im Nationalsozialismus – wieder im „Kirchenkampf" mit einer diktatorischen Obrigkeit.[91]

2.1 Freundschaftspropaganda vor der Junikrise

Als ausführendes Organ der Staatspartei trug die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft den Stalinisierungskurs mit. In ihrer Propaganda warb sie nun für die Militarisierung der Gesellschaft. Die von Wilhelm Pieck verkündete Losung der DSF lautete seit Herbst 1952, die Freundschaft zur Sowjetunion sei die „Herzenssache aller Deutschen" – der emotionalisierte Diskurs blieb das hervorstechende Charakteristikum der Freundschaftspropaganda. Im Jahr 1952 stand der Freundschaftsmonat im Zeichen des Ausbaus der Schwer- und Rüstungsindustrie.[92] So hieß es über die Freundschaftskampagne im Ei-

90 Vgl. Torsten Diedrich, Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR, München 2003, S. 28f.

91 Siehe Ellen Überschär, Ein neuer ‚Kirchenkampf'? Kirchliche Deutungen im Umfeld des 17. Juni, in: Martin Greschat/Jochen-Christoph Kaiser (Hg.), Die Kirchen im Umfeld des 17. Juni, Stuttgart 2003, S. 109–128; Horst Dähn, Die 2. Parteikonferenz der SED und die Kirchenpolitik der Partei (1952/53), in: JHK 2002, S. 55–82. Siehe auch allgemein: Martin Georg Goerner, Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche, Berlin 1997; Thomas Raabe, SED-Staat und katholische Kirche. Politische Beziehungen 1945–1961, Paderborn/München/Wien u.a. 1995.

92 Arbeitsprogramm für die Vorbereitung und Durchführung des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft 1952, 27.9.1952, SAPMO-BArch DY 32–10433, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

senhüttenkombinat Ost: „Der Jahrestag der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution wird als Auftakt des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft im EKO einen großen und würdigen Rahmen erhalten und im Zeichen erhöhter Verteidigungsbereitschaft stehen."[93]

In der gesamten DDR erhoffte sich die Staatspartei von der Einführung sowjetischer „Neuerermethoden" eine entscheidende Produktivitätssteigerung. Wilhelm Pieck erklärte, daß „während des Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft erstmals ein ‚Tag des sowjetischen Neuerers' durchgeführt" werden sollte.[94] Als Datum legte er den 27. November 1952 fest. Der Einführung dieses Tages liege, so die DSF, die Erkenntnis zugrunde, daß „für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik die Steigerung der Arbeitsproduktivität von ausschlaggebender Bedeutung ist." Den „Werktätigen" müsse klargemacht werden, wie die „Sowjetmenschen" ihr „schöneres Leben" erreicht hätten und „wie es gerade die sowjetischen Neuerermethoden sind, mit deren Hilfe auch bei uns ein besseres Leben für alle erreicht werden kann."[95] Die *Tägliche Rundschau* erklärte Produktivitätssteigerungen zur Voraussetzung für den „Aufbau des Sozialismus": „Wir können in der Deutschen Demokratischen Republik nur dann den Sozialismus aufbauen und das Beispiel für ganz Deutschland schaffen, wenn wir aus den Erfahrungen der Sowjetunion lernen."[96]

Der Großteil der Investitionen, die als Konsequenz der 2. Parteikonferenz getätigt wurden, sollte durch die Produktivitätssteigerungen finanziert werden, da andere Ressourcen kaum zur Verfügung standen. Die DSF ordnete an, in allen Betrieben, aber auch in MAS und VEG, Kommissionen zu bilden, die sich aus Aktivisten, Bestarbeitern, Technikern und Ingenieuren zusammensetzen sollten. Aufgabe dieser Kommissionen war es, die Einführung und Anwendung sowjetischer Arbeitsmethoden voranzutreiben. Sie arbeiteten auf den ersten „Tag des sowjetischen Neuerers" hin; dieser werde „eine neue Stufe der Popularisierung sowjetischer Neuerermethoden und der durch ihre schöpferische Anwendung erreichten Erfolge [...]" darstellen. Die Produktionshelden sollten nicht in der fernen Sowjetunion bewundert oder von dort eingeflogen, sondern in der eigenen Belegschaft ausfindig gemacht werden. Großen Stellenwert genoß dabei die Gestaltung der Arbeitsplätze durch die Belegschaften. Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft verbreitete Broschüren, in denen die Einzelheiten der „Sichtagitation" geregelt wurden. Zum „Tag des sowjetischen Neuerers" hieß es: „Hinweise durch graphische Darstellungen, Photos usw., welche materielle Bedeutung das Studium und die Anwendung sowjetischer Neuerermethoden für jeden Einzelnen hat" sind anzubringen und „an besonders sichtbaren Stellen (Eingänge zu den Betrieben, den Klub- und Kulturräumen) eine Aufstellung der besten Arbeiter."[97] Die

93 Sekretariatsvorlage zur Durchführung des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, 28.10.1952, EKO UA Nr. 1687, Bl. 105–07, Zitat Bl. 106.

94 Wilhelm Pieck, Herzenssache aller Deutschen. Zum Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, *Die Neue Gesellschaft* 1952, Nr. 11, S. 802–810, Zitat S. 810.

95 Arbeitsprogramm für die Vorbereitung und Durchführung des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft 1952, 27.9.1952, SAPMO-BArch DY 32–10433, Bl. 3.

96 *Tägliche Rundschau*, 6.11.1952.

97 Die Sichtagitation zum „Tag des sowjetischen Neuerers 1952" (27. November), [ohne Datum, November 1952], SAPMO-BArch DY 32–10434, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

DSF war bemüht, eigene Produktionshelden zu schaffen und diese zu exponieren. In einer Rede am 5. Dezember 1952 in der Berliner Werner-Seelenbinder-Halle legte DSF-Präsident Friedrich Ebert den Grundstein zur Institutionalisierung eines „Tages des sowjetischen Neuerers." Er führte aus: „Der erstmalig im Monat für Deutsch-Sowjetische Freundschaft durchgeführte Tag des sowjetischen Neuerers hat [...] einen so beachtlichen Erfolg erzielt, daß z.B. aus dem Nährmittelwerk Gadebusch und aus den Bunawerken 36 Anträge die periodische Wiederholung dieses Tages fordern. [...] Man kann als nicht unbedeutendes Ergebnis [...] eine erfreuliche Festigung des Bündnisses zwischen Arbeitern und Intelligenz beobachten."[98] Die ökonomische Mobilisierung nach der 2. Parteikonferenz war eng an die forcierte Sowjetisierung der Betriebskultur gebunden. Hier kam den Instanzen des Propagandastaates eine entscheidende Rolle zu. Um ihre Aufklärungsarbeit zu verstärken, verpflichtete sich die DSF, ihre Kräfte mehr als bisher in der Agitation zu konzentrieren. Dabei hoffte sie, daß in der mobilisierten Gesellschaft „überall Aktivs ehrenamtlicher Funktionäre" entstehen würden.[99] Die von den Herrschenden angestoßene Sowjetisierung sollte von einer Eigendynamik der Beherrschten getragen werden. Die SED glaubte an die Sowjetisierung als *perpetuum mobile.*

Die DSF warb 1952 auch für die Kollektivierung der Landwirtschaft. Den Agitatoren kam dabei die undankbare Aufgabe zu, einen plötzlichen Schwenk der SED-Politik – noch 1951 hatte Grotewohl öffentlich die Bildung von Genossenschaften abgelehnt – zu vermitteln. Die Freundschaftspropaganda stellte die Kollektivierung als alternativloses Zukunftsmodell dar. Unter expliziten Verweis auf Stalin erklärte die DSF, es gäbe nur einen Weg vorwärts „zum Sozialismus – das ist der Weg der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften [...]." Dabei sei zu beachten, daß viele Bauern erst über die Vorzüge der Kollektivwirtschaften aufgeklärt werden müßten. Die Agitation werde auf Widerstand stoßen: „Der Aufbau und die Festigung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vollzieht sich in einem harten Klassenkampf gegen die Feinde." Die DSF suchte bewußt den Konflikt mit der Landbevölkerung. Im Februar 1953 veranstaltete die DSF eine Vortragsreihe anläßlich „des 20. Jahrestages der großen Rede des Genossen Stalin auf dem 1. Unionskongreß der Stoßarbeiter der Kollektivwirtschaften." Damit verwies sie explizit auf das sowjetische Vorbild. Auch die Zielstellung war deutlich: „Alle Kraft muß darauf gerichtet werden, starke Betriebsgruppen der Gesellschaft [für DSF, JB] in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu bilden und ihre ständige Anleitung zu sichern."[100] Der „Tag des sowjetischen Neuerers" und die Beteiligung an der Kollektivierung zeigen, daß die Freundschaftsgesellschaft am Radikalisierungsprozeß teilhatte und im kalten Bürgerkrieg ein Mobilisierungsinstrument darstellte.

98 Friedrich Ebert, Das Fazit des Freundschaftsmonats, *Tägliche Rundschau*, 6.12.1952.

99 Perspektivplan der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft für das Jahr 1953, 24.1.1953, SAPMO-BArch DY 34–25/30/1384, unpag.

100 Beschluß des Sekretariats Nr. 77/4 des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Über die Verbesserung der politischen Arbeit der Gesellschaft in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, SAPMO-BArch DY 34–25/30/1384, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Seit Beginn des Jahres 1953 arbeitete die DSF auf ihren 4. Kongreß im Mai hin.[101] Ständig hielten die Funktionäre ihre Basis zur Verbesserung der Arbeit an.[102] Ein Artikel aus der *Friedenspost* vom Februar 1953 artikulierte, wie unzufrieden die Führung mit der Arbeit ihres Funktionärskorps war. Den Agitatoren warf sie vor, sie verstrickten sich in abstrakte Lektionen über die Sowjetunion. Ziel sei aber „nicht einfach Wissensvermittlung, sondern die Erziehung [...] zu glühenden Patrioten, zu begeisterten Kämpfern für die Deutsch-Sowjetische Freundschaft."[103]

Zugleich verschärfte sich im Frühjahr 1953 die Konfliktlage in der DDR. Von der aufgeladenen Atmosphäre blieben auch die Agitatoren nicht verschont. So schrieb die Betriebsgruppe der DSF im Berlepschacht Staßfurt am 16. März 1953 nach Berlin: „Seit längerer Zeit macht sich auf dem Berlepschacht-Gruppenbetrieb illegal der Klassengegner bemerkbar. Seit der AGL-Wahl am 16.1.53 ist er offen zum Angriff übergegangen. Seit dem Tode des Genossen Stalin ist dieser Kampf verstärkt worden. [...] Am 14.3.53 wurden Flugblätter [...] gefunden, welche ganz offen gegen die DSF, gegen die Partei und unsere Entwicklung aufforderten [...] Infolge dieser Wühlarbeit ist es uns unmöglich, im Betrieb unsere ‚Friedenspost' umzusetzen."[104] In diesem Betrieb verweigerten die DSF-Mitglieder ihre Teilnahme an den Ritualen der Sowjetisierung. Der Verfasser des Berichtes wies außerdem darauf hin, daß Stalins Tod von der Belegschaft als Schwächung der SED-Herrschaft begriffen wurde.

Im Schatten der gesellschaftlichen Krise in der DDR fand Mitte Mai 1953 der 4. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft statt. Die SED erhoffte sich von ihm Impulse für den „sozialistischen Aufbau" in Wissenschaft, Landwirtschaft und Industrie.[105] Kurz zuvor hatte Walter Ulbricht auf der 13. ZK-Tagung den Mobilisierungskurs bestätigt und weitere Normerhöhungen angekündigt.[106] Der Losung vom „Aufbau des Sozialismus" und dem Dogma vom „verschärften Klassenkampf" entsprechend führte der DSF-Generalsekretär Grünberg aus: „Der Kampf gegen die Feinde unseres Volkes, die Imperialisten und ihre Agenten, wird immer schärfer. Es ist selbstverständlich, daß die Gesellschaft ihre Arbeitsweise verbessern muß, um den immer höheren Anforderungen gerecht zu wer-

101 Perspektivplanung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1953, SAPMO-BArch DY 32–4921, unpag.

102 Vgl. bspw. Gottfried Grünberg, Der Kampf der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft für die nationalen Interessen des deutschen Volkes. Vortrag gehalten am 26. Februar 1953 im Haus der Kultur der Sowjetunion Berlin, Berlin (Ost) 1953.

103 Nicht über die Köpfe hinweg reden! Kritische Bemerkungen zur Propagandaarbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, *Friedenspost* 1953, Nr. 9, S. 7.

104 Betriebsgruppe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Berlepschacht Staßfurt an ZV der DSF, 16.3.1953, SAPMO-BArch DY 32–10805, unpag. Ähnlich Berichte, in denen mangelnde Teilnahme an den Veranstaltungen der DSF im Frühjahr 1953 beklagt wird, finden sich auch aus dem Bezirk Leipzig, SAPMO-BArch DY 32–10806, unpag.

105 Otto Grotewohl, Was das deutsche Volk vom IV. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft erwartet, *Friedenspost* 1953, Nr. 19, S. 1.

106 Siehe Beschluß des Zentralkomitees der SED vom 14. Mai 1953, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralsekretariats und des Politischen Büros, Band 4, Berlin (Ost) 1954, S. 394ff., S. 410f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

den."[107] Grünbergs Worte zeigen, wie sehr die Funktionäre die bevorstehende Krise selbst antizipierten.

Die Inszenierung der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft entsprach dem eingeübten Muster.[108] Deutlich setzte sich die Tendenz zur Sakralisierung der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft fort, die bereits 1951 begonnen hatte, als im „Lied der Freundschaft" die DSF als „heiliges Mühn" bezeichnet wurde.[109] Am ersten Versammlungstag legten die Delegierten eine Gedenkminute für Stalin ein und wählten Malenkov, Berija und Molotov in das „Ehrenpräsidium". In seinem Grußwort bezeichnete Wilhelm Pieck die Freundschaft mit der Sowjetunion als „unzerstörbar" und „ewig".[110] Der dramaturgische Höhepunkt der Inszenierung bestand in der feierlichen Überreichung eines Leninbriefes durch eine Hamburger Delegierte. Die Überbringerin erzählte zu diesem „heiligen Dokument" die folgende Erweckungsgeschichte:

> „Mein Vater war vor dem 1. Weltkrieg Funktionär der SPD in Hamburg-Harburg. In dieser Eigenschaft wurden ihm im April 1912 ein Brief und eine Broschüre eines unbekannten russischen Emigranten aus Paris zugesandt. [...] Der Brief wurde damals, wie mein Vater mir erzählte, von dem Hauptfunktionär der SPD gelesen und besprochen, aber keine besondere Beachtung geschenkt. Eines Tages, als der 1. Weltkrieg schon lange vorüber war, fand mein Vater diesen Brief mit der Broschüre wieder. Er hatte sich ideologisch inzwischen von der SPD gelöst. Er las den Brief noch einmal und fand die persönliche Unterschrift des Mannes, der in der Weltfriedensbewegung den größten Namen trägt: Wladimir Uljanow. Mein Vater hielt diesen Brief hoch in Ehren und bewahrte ihn als Heiligtum auf. Während der Nazizeit hielt er den Brief versteckt. Er wurde auch nicht gefunden, obwohl mehrere Male von der Gestapo Haussuchungen gemacht wurden. Nach Beendigung des 2. Weltkrieges war mein Vater vollständig gebrochen durch Krieg, Hunger und besonders der Zusammenbruch der Arbeiterklasse hatte ihn zermürbt. August 45 ist er dann gestorben. Ein paar Tage vor seinem Tod übergab er mir den Brief mit der Bitte, ihn in Ehren zu halten, was auch er getan hatte. [...] Diesen Brief habe ich mitgebracht und möchte ihn unserem verehrten Präsidenten Ebert übergeben."[111]

Nach der Übergabe des Briefes wählte der Kongreß die Überbringerin einstimmig in sein Präsidium. Das Protokoll vermerkte „minutenlangen Beifall, während die Freundin auf der

107 Gottfried Grünberg, Zum 4. Kongress der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, *Die Neue Gesellschaft* 1953, Nr. 5, S. 343–346, Zitat S. 346. Vgl. auch das Interview mit Grünberg, *Tägliche Rundschau*, 14.5.1953.

108 Von der Sowjetunion lernen, heißt lernen, den Sozialismus zum Siege zu führen! *Friedenspost* 1953, Nr. 21, S. 1.

109 Siehe: Unter dem Banner der Freundschaft, *Friedenspost* 1951, Nr. 18, S. 1.

110 Präsident Wilhelm Pieck grüßt den 4. Kongreß, *Friedenspost* 1953, Nr. 21, S. 1.

111 4. Kongreß der DSF. Stenographisches Protokoll, 15.–17.5.1953, SAPMO-BArch DY 32–10046, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Präsidiumstribüne Platz nimmt, geht über in den Gesang der Internationale."[112] Diese Szene bildete den Schlußakt des DSF-Kongresses und markierte zugleich die letzte Steigerung des Kultes um die Sowjetunion in der DDR. Wenige Wochen vor dem 17. Juni rekurrierte diese Zeremonie auf Vorbilder in christlichen Wundergeschichten und der Reliquienverehrung. Mit der Überhöhung der Persona Lenins, der Bekehrungsgeschichte des Vaters, der nach dem Weltkrieg zum „Sehenden" wird, der vergeblichen Suche des Dokuments durch die „blinde" Gestapo und der Sicherstellung des Briefes durch Überführung in die Gemeinschaft der „Freunde der Sowjetunion" erreichte die Übernahme religiöser Formen in der Propaganda für die Sowjetunion ihren Höhepunkt.

Während die Inszenierung der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft im Mai 1953 die repräsentative Öffentlichkeit dominierte, stellte die KPdSU-Führung bereits die Weichen für einen radikalen Kurswechsel – eine Entscheidung, die im Moskauer Arkanum getroffen wurde. In einem Memorandum, das die SKK für Malenkov abfaßte, stellten die sowjetischen Repräsentanten in der DDR die Lage in düsteren Farben dar.[113] Dabei sparten die Verfasser nicht mit harscher Kritik am SED-Kurs. Insbesondere die Fluchtbewegung bereite der SKK große Sorgen. Sie kritisierte, daß es der SED nicht gelungen sei, westliche Behauptungen über die Massenflucht zu widerlegen. Außerdem bemängelte die SKK die Kirchenpolitik und die „Gesetzlosigkeit" in der DDR. Sie verlangte von der sowjetischen Führung, die SED zu einem Kurswechsel anzuhalten. Eine im Juni verabschiedete Verfügung des Ministerrates der UdSSR kritisierte weiterhin die Propagandaarbeit der SED. Moskau forderte die Abkehr vom „Aufbau des Sozialismus" und eine Rückkehr zur nationalen Agitation, die auch in der Bundesrepublik wirken sollte.[114] Die KPdSU verabschiedete sich von der Stalinschen Politik der „Revolution von oben", der Gesellschaftstransformation durch selbst herbeigeführte Krisen. Die KPdSU-Führung war jedoch nicht gewillt, auf die Vormundschaft gegenüber der SED zu verzichten.[115] Die Politik sollte geändert werden, die Hierarchien blieben bestehen.

Nachdem die Versuche zur „freiwilligen" Mobilisierung gescheitert waren – die Sowjetisierung war kein Selbstläufer –, beschloß der Ministerrat der DDR am 28. Mai 1953 eine generelle Normerhöhung für Betriebe der volkseigenen Industrie. Diese sollte bis zum 30. Juni, dem 60. Geburtstag Walter Ulbrichts, durchgesetzt werden – ein Stichtag, der die unpopuläre Maßnahme weiter in Mißkredit brachte. Anfang Juni stellte der FDGB intern

112 Zitat ebd.

113 Vgl. Memorandum from General Vasilii Chuikov, Pavel Yudin, and Ivan Ill'ichev to Georgii Malenkov Critically Assessing the Situation in the GDR, 18.5.1953, in: Christian F. Ostermann (Hg.), Uprising in East Germany 1953. The Cold War, the German Question, and the First Major Upheaval Behind the Iron Curtain, Budapest/New York, NY 2001, S. 100–109.

114 Verfügung des Ministerrates der UdSSR „Über die Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik, 2.6.1953, in: Otto, Die SED im Juni 1953, S. 38–43.

115 Insbesondere Lavrentij Berija machte sich für eine Abkehr von der Stalinschen Politik radikaler Industrialisierung und Militarisierung stark. Siehe Vladislav Zubok, „Unverfroren und grob in der Deutschlandfrage..." Berija, der Nachfolgestreit nach Stalins Tod und die Moskauer DDR-Debatte im April-Mai 1953, in: Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europas, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 29–48. Zu Berija siehe Amy Knight, Beria. Stalin's First Lieutenant, Princeton, NJ 1993.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

fest, daß der Bogen überspannt war: „Selten hat ein Beschluß unserer Regierung solche Diskussionen ausgelöst, wie gerade der Ministerratsbeschluß über die Normerhöhungen. [...] Durch die Tätigkeit des Klassengegners wurde die feindliche Argumentation unter die Belegschaften getragen, daß die Normerhöhung einen Lohnabbau bedeutet [...]."[116] Durch den Konflikt mit den Industriearbeitern hatte die SED im kalten Bürgerkrieg eine weitere Front eröffnet. In den nächsten Tagen zeigte sich, daß sie nicht mehr in der Lage war, die von ihr angestoßene Dynamik zu kontrollieren.

2.2 Symbolische Gewalt: Der Bildersturm am 17. Juni

Die Geschichte des 17. Juni ist oft erzählt worden und gut erforscht.[117] Was dagegen bisher vernachlässigt wurde, ist die Analyse der Bedeutungsproduktion durch kollektives Handeln, die Formen und Ausmaße symbolischer Gewaltanwendung durch die Massen, die den Aufruhr trugen.[118] Diesem Ansatz soll hier mit Bezug auf die Frage nachgegangen werden, ob und wie die Aufständischen am 17. Juni gegen die Symbole des Propagandastaates, insbesondere gegen die Freundschaftspropaganda, vorgingen.

Der Volksaufstand begann auf den Großbaustellen Berlins, am Krankenhaus Friedrichshain und an den Blöcken der Stalinallee. Ausgerechnet die Bauarbeiter der „Straße der Freundschaft" bildeten die Avantgarde der Revolte. An diesem symbolisch aufgeladenen Ort, der noch im März die Kulisse für den Trauermarsch zu Ehren Stalins gestellt hatte, entfaltete sich der Protest, der seit den Morgenstunden des 17. Juni zu einer revolutionären Situation in Berlin und weiten Teilen der DDR führte. Die Bauarbeiter Berlins standen mit ihrem Streik in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, in der gut ausgebildete Arbeiter die größte politische Aktivität entfalteten.[119]

Die Bauarbeiter reagierten mit ihrem Streik nicht nur auf die Weigerung der SED, die Normerhöhung zurückzunehmen: Die parteistaatliche Propaganda hatte ihren Ausstand geradezu herausgefordert. Anfang Juni 1953 war eine SED-Delegation nach Moskau beordert worden, wo ihr mitgeteilt wurde, daß sie ihr Experiment in stalinistischer Beschleuni-

116 FDGB Bundesvorstand. Org. Instrukteurabteilung. Sektor Information, Sonder Information Nr. 1. Thema: Beschluß des Ministerrates und des ZK der SED über die Normerhöhungen, 8.6.1953, SAPMO-BArch DY 34–22668, unpag.

117 Vgl. zum Forschungsstand über den 17. Juni: Gerhard Wettig, Der 17. Juni im Lichte der neuesten Literatur, in: DA 36 (2003), S. 881–893; Jan C. Behrends, Der 17. Juni der Berliner Republik. Konjunkturen, Neuerscheinungen, Desiderate, in: H-Soz-u-Kult 2004, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2004–2–172; Roger Engelmann/Ilko-Sascha Kowalczuk (Hg.), Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, Göttingen 2005. Zur älteren Forschung über den 17. Juni siehe Ihme-Tuchel, Die DDR, S. 22–43.

118 Vgl. hierzu Thomas Lindenberger, „Gerechte Gewalt?" Der 17. Juni 1953 – ein weißer Fleck in der historischen Protestforschung, in: Hendrik Bispinck/Jürgen Danyel/Hans Hermann Hertle u.a. (Hg.), Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Berlin 2004, S. 113–128.

119 Vgl. zur Entwicklung in der Stalinallee: Stefan Wolle, Berlin: Die Stalinallee – Vom Symbol des sozialistischen Aufbaus zum Zentrum des Arbeiterprotestes, in: Ulrich Mählert (Hg.), Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003, S. 36–55; und Hubertus Knabe, 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, Berlin 2003, S. 98–114. In der Darstellung des Volksaufstandes folge ich Diedrich, Waffen gegen das Volk, S. 53–134.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

gung unverzüglich abzubrechen hätten. Nach der Rückkehr Ulbrichts, Grotewohls und Oelßners kam es am 4. und 5. Juni zu einer Krisensitzung des Politbüros, auf der weisungsgemäß ein „Neuer Kurs" beschlossen wurde, den die Parteipresse in zwei Kommuniqués am 9. und 11. Juni verkündete. Der „Neue Kurs" versprach eine Verbesserung des Lebensstandards und das Ende der radikalen Linie, die seit der 2. Parteikonferenz dominierte. Während die Repressionen gegenüber der Kirche, den Gewerbetreibenden oder den Bauern zurückgefahren wurden, blieben jedoch trotz des „Neuen Kurses" die Normerhöhungen bestehen.

So beging die SED einen doppelten Fehler. Erstens brach sie ohne ersichtlichen Grund – die Anweisungen der sowjetischen Führung und auch die Moskaureise der SED-Delegation waren geheim – ihre Mobilisierungspolitik ab. Damit desavouierte die Parteiführung insbesondere jene Teile des Propagandaapparates, die in den zurückliegenden Monaten den harten Kurs wacker verteidigt hatten. Zweitens nahm das Kommuniqué die Normerhöhung für die Arbeiter nicht zurück und konservierte einen Konflikt. Diese Entscheidungen entfalteten wiederum eine doppelte Wirkung: Einerseits nahm die Gesellschaft den Politikwechsel als Eingeständnis der Schwäche seitens der SED wahr, und andererseits fühlten sich ausgerechnet die Arbeiter benachteiligt. Diese Glaubwürdigkeitskrise der SED-Herrschaft nutzte der RIAS, der über die Spannungen intensiv berichtete. Die akute Krise war Folge der verfehlten Mobilisierungspolitik wie auch der Unfähigkeit, den Politikwechsel plausibel zu vermitteln.

Mit der Verkündung des „Neuen Kurses" begannen Gerüchte über die politische Lage zu kursieren. In verschiedenen Varianten thematisierten sie das bevorstehende Ende der SED-Herrschaft. So hieß es in Berlin: „Gerüchte sind im Umlauf, daß unser Präsident Wilhelm Pieck mit seiner Tochter in die Schweiz geflohen wäre, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, und andere Minister wegen gemachter Fehler sich aufgehängt hätten bzw. verhaftet worden seien."[120] Diese Gerüchte unterfütterten die Vermutung, daß die SED nicht mehr fähig sei, die Lage zu beherrschen. Teile der Bevölkerung verloren die Angst vor Repressionen; sie nahmen die Schwäche der SED als so fundamental wahr, daß sie das Risiko eingingen, den Parteistaat offen herauszufordern. Da der „Neue Kurs" als Eingeständnis des Scheiterns der SED-Politik verstanden wurde, gingen viele davon aus, daß die Verantwortlichen für die Irrwege des letzten Jahres zur Rechenschaft gezogen würden.

Diese Mischung aus Unmut, Aufbegehren und neuer Hoffnung kennzeichnete die Stimmung in den Tagen vor dem 17. Juni. Die Krise des Regimes war dabei von Beginn an mit der Entwertung seiner Symbolik verbunden. So hieß es am 15. Juni, in der Wismut werde diskutiert, „daß alle Bilder von Walter Ulbricht von den Wänden genommen werden." Aus

120 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 22. Thema: Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 9. Juni 1953, 13.6.1953, SAPMO-BArch DY 34–22668, unpag. Diese Gerüchte hielten in den folgenden Tagen unvermindert an. Am 15.6. hieß es: „Wilhelm Pieck sei tot, man glaube nicht, daß er in der SU zur Erholung sei. Bereits seit Genosse Stalin tot sei, höre man nichts mehr von ihm. Walter Ulbricht sei verhaftet und abgesetzt worden. Außerdem sei er bei einem Fluchtversuch angeschossen worden." FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 23, 15.6.1953, SAPMO-BArch DY 34–22668, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Schwerin meldete der FDGB, die Arbeiter hätten beobachtet, daß „viele Parteigenossen ihre Abzeichen abgenommen hätten, oder sie tragen sie unter dem Aufschlag."[121] Und aus Magdeburg verlautete, ein Mann sei in einer Konsumverkaufsstelle erschienen und habe die Abnahme aller Bilder von Wilhelm Pieck angeordnet. „Die Verkäuferinnen kamen dieser Aufforderung nach."[122] Die Präsenz des Regimes im öffentlichen Raum bröckelte.

Die Streiks und Arbeiterunruhen, die schließlich am 17. Juni in einen Volksaufstand umschlugen, erfaßten die gesamte DDR. Neben Berlin, wo die Erhebung ihren Ursprung hatte, sind als weitere Brennpunkte das mitteldeutsche Industrierevier, Leipzig, Brandenburg an der Havel, Jena und Görlitz zu nennen.[123] In vielen Orten verlief der Aufstand nach einem ähnlichen Muster. Den Anfang machten die Bauarbeiter oder industrielle Großbetriebe, die in den Streik traten, Streikkomitees wählten und in Demonstrationszügen zu den Instanzen des Parteistaates zogen. Diesen Kundgebungen schlossen sich im Laufe des Tages andere Bevölkerungsgruppen an, so daß aus einer Streikbewegung ein Volksaufstand hervorging. Bereits gegen Mittag herrschte in den Zentren der Erhebung eine revolutionäre Situation. Die bewaffneten Kräfte – Volkspolizei, Staatssicherheit und KVP – sahen sich nicht in der Lage, selbst die Situation unter Kontrolle zu bringen. Vielfach besetzten die Demonstranten öffentliche Gebäude, und vereinzelt wurden Haftanstalten gestürmt und Gefangene befreit. In den Nachmittags- und Abendstunden gelang es dann sowjetischen Truppen durch den Aufmarsch gepanzerter Verbände sowie den Einsatz von Waffengewalt, die Lage zu beruhigen und das SED-Regime zu retten. In großen Teilen der DDR wurde bereits mittags das Kriegsrecht verhängt. Insbesondere in Berlin, aber auch in anderen Städten kam es bei der Niederschlagung des Aufstandes zu zahlreichen Toten und Verletzten. Obwohl noch für Tage und Wochen an verschiedenen Orten der Protest wiederaufflammte, läßt sich festhalten, daß der Volksaufstand in den Abendstunden des 17. Juni niedergeschlagen worden war und die Phase der Herrschaftskonsolidierung begann.

Die erste Forderung der Streikenden war die Rücknahme der Normerhöhung. Daneben standen schon bald eine Reihe anderer wirtschaftlicher und auch politischer Fragen auf ihrer Agenda. Dazu zählten der Protest gegen die HO-Preise und die Aufrüstungspolitik. Alsbald wurde in zahlreichen Variationen das Ende der SED-Herrschaft gefordert. Die Führungstroika Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht wurde für die gescheiterte Politik und die verheerende Lage im Lande persönlich verantwortlich gemacht („Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille"). Walter Ulbricht, dessen 60. Geburtstag am 30. Juni in seiner Heimatstadt Leipzig festlich begangen werden sollte,

121 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 23, 15.6.1953, SAPMO-BArch DY 34–22668, unpag.

122 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 24, 16.6.1953, SAPMO-BArch DY 34–22668, unpag.

123 Siehe zu den einzelnen Schwerpunkten bspw. Heidi Roth, Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Köln/Weimar/Wien 1999; Ciesla, Freiheit wollen wir, S. 33–41; Hans-Peter Löhn, Spitzbart, Bauch, Brille – sind nicht des Volkes Wille. Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, Bremen 2003 und die Beiträge in: Hermann-Josef Rupieper (Hg.), „Und das Wichtigste ist doch die Einheit." Der 17. Juni in den Bezirken Halle und Magdeburg, Münster/Hamburg/London 2003; Heidi Roth, Der 17. Juni 1953 in Görlitz. Dokumentation zum Volksaufstand, Bautzen 2003.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

zog den Zorn, die Verachtung und den Haß der Protestierenden auf sich.[124] Vielfach forderten die Demonstranten freie Wahlen in ganz Deutschland, vereinzelt wurden Rufe nach dem Abzug der Besatzungstruppen und der Revision der Oder-Neiße-Grenze laut. Insgesamt radikalisierten sich die Losungen im Laufe des Tages, wobei die Forschung gezeigt hat, daß die Ablösung der SED für die Bevölkerung höchste Priorität besaß. Bei der Verbreitung des Forderungskataloges, der auf die Friedrichshainer Bauarbeiter zurückging, und auch anderer Nachrichten, spielte – trotz seiner Zurückhaltung in den kritischen Stunden des 16. und 17. Juni – der RIAS eine entscheidende Rolle.[125] In den Massenmedien hatte der Westen am 17. Juni erneut die Lufthoheit.

Am Morgen des 17. Juni versuchte die SED zunächst, der Protestwelle mit den Mitteln des Propagandastaates zu begegnen. Dazu mobilisierte sie ihre Mitglieder und die Funktionäre der Massenorganisationen. So lassen sich aus einem Bericht der Berliner DSF an das Ministerium für Staatssicherheit deren Aktivitäten in den kritischen Stunden des 16. Juni 1953 in Berlin rekonstruieren.[126] Die SED-Bezirksleitung hatte nachmittags von der DSF verlangt, sie sollte ihren Lautsprecherwagen zur Agitation im Bezirk Mitte zur Verfügung stellen. Dies geschah auch. Der Lautsprecherwagen begab sich nach Mitte, mischte sich am Rosenthaler Platz unter die Streikenden „und forderte die Arbeiter auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, denn die Regierung hätte die Normenerhöhung wieder fallengelassen." Mehrere Streikende drangen jedoch in den DSF-Wagen ein, beschädigten ihn und verprügelten den Fahrer, der erst Verstärkung anfordern mußte, um das Fahrzeug schließlich am Strausberger Platz wieder in seine Gewalt zu bringen. Die Bilanz der mißglückten Aktion lautete: „Bei diesem Einsatz wurde der Wagen von Rowdies stark beschädigt. Es wurden z. B. die Kennzeichen, Fahnenstangen, Rücklicht, Türbänder, Rückspiegel, Transparente abgerissen, Windschutzscheiben zertrümmert und ein erheblicher Schaden an der Karosserie verursacht." In der Krise glaubte die SED, mit Hilfe ihres Propagandaapparates die Protestdynamik stoppen zu können. Da die Aufständischen jedoch keine Sanktionen mehr fürchteten und bereit waren, mit physischer Gewalt gegen das Regime vorzugehen, war dieser Ansatz zum Scheitern verurteilt. In der Spontaneität, die revolutionäre Situationen kennzeichnet, eigneten sie sich den Lautsprecherwagen an und entfernten die Symbole der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft bereits einen Tag bevor die sowjetischen Streitkräfte den Bestand der SED-Regierung sicherten.

Der Protest gegen den Propagandastaat war ein wichtiges Movens der Demonstranten. Mit Beginn der Unruhen richteten sich die Proteste gegen die Symbole des Regimes und damit gegen die Bewirtschaftung des öffentlichen Raumes. Diese Dimension symbolischer Gewalt im Juniaufstand ist bisher wenig beachtet worden, doch ein Blick in die Quellen zeigt, daß die Demonstrationen des 16., 17. und 18. Juni nicht nur Kundgebungen für wirtschaftliche Verbesserungen, Demokratie und deutsche Einheit, sondern auch ein Bilder-

124 Siehe Heidi Roth, Leipzig und Görlitz: Die SED-Macht zeigt sich hilflos, in: Ulrich Mählert (Hg.), Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003, S. 77–108, S. 77f.

125 Vgl. detailliert Knabe, 17. Juni 1953, S. 124–130; Hans-Hermann Hertle, Volksaufstand und Herbstrevolution: Die Rolle der West-Medien 1953 und 1989 im Vergleich, in: Hendrik Bispinck/Jürgen Danyel/Hans Hermann Hertle u.a. (Hg.), Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Berlin 2004, S. 163–192, besonders S. 165–176.

126 DSF an Ministerium für Staatssicherheit, Berlin, 18.6.1953, SAPMO-BArch DY 32–10906, unpag. Alle Zitate ebenda.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

sturm waren. Der 17. Juni läßt sich als Versuch der Wiederaneignung des öffentlichen Raumes durch die Beherrschten interpretieren. Er zeigt somit die hohe Wertigkeit, die sowohl das Regime als auch seine Gegner dieser symbolischen Dimension von Herrschaft im öffentlichen Raum zumaßen.

Zahlreiche Beispiele eines gezielten Vorgehens der Demonstranten gegen Einrichtungen des Propagandastaates und Symbole des Regimes lassen sich benennen. So meldete die Volkspolizei bereits am 16. Juni im Anschluß an die erste Demonstration der Berliner Bauarbeiter von der Stalinallee, daß das Stalindenkmal dort mit Steinen beworfen werde.[127] Dieser Angriff bildete den Auftakt zu einem Bildersturm, der den ganzen nächsten Tag im Land wütete. Am 17. Juni unternahmen Demonstranten auf dem Leipziger Karl-Marx-Platz ebenfalls den Versuch, das dortige Stalinmonument zu stürzen.[128] Schon morgens hatten Leipziger Arbeiter auf dem Weg von Schkeuditz in Richtung Innenstadt Stalinportraits und Propagandalosungen aus den Straßen entfernt.[129] In Halle an der Saale stürmten Demonstranten die SED-Bezirksleitung und hielten Stalinbüsten aus dem Fenster. Sie fragten die auf dem Markt versammelte Menge: „Wollt ihr den?" Als die Antwort „Nein!" lautete, zerschellten die Plastiken auf dem Pflaster.[130] Ebenfalls in Halle zerstörten Demonstranten Stalinbilder bei der Erstürmung des Rates des Bezirkes und des Rundfunksenders. Einer Gruppe junger Männer „gelang es sogar, das riesige kitschig-bunte Doppelbildnis von Lenin und Stalin, das, umrahmt von roten Fahnen am alten Wasserturm im Leninpark (heute Stadtpark) hing, abzusägen und herunterzureißen."[131] Daß es sich hier keineswegs um ziellose Zerstörungswut handelte, verdeutlicht die Tatsache, daß Portraits von Karl Marx und auch Ernst Thälmann häufig verschont wurden, während Bilder von Lenin, Stalin, Pieck, Grotewohl und Ulbricht unterschiedslos der Wut zum Opfer fielen.[132] In Magdeburg marschierten Streikende unter einem Thälmannbild, und in Halle sowie in den Leunawerken verschonte man Marxbilder.[133] Die Gewalt richtete sich primär gegen die unmittelbaren Repräsentationen der SED-Herrschaft und ihre sowjetischen Schutzherren. Parallel griffen

127 Lagebericht Nr. 167 des Operativstabes PDVP vom 16./17. Juni 1953, in: Torsten Diedrich/Hans Hermann Hertle (Hg.), Alarmstufe „Hornisse". Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953, Berlin 2003, S. 411–436, Meldung S. 419.

128 Roth, Der 17. Juni 1953 in Sachsen, S. 115f.

129 Knabe, Der 17. Juni 1953, S. 179f.

130 Siehe Udo Grashoff, Bezirk Halle: Aufruhr im „blutroten Herzen Deutschlands", in: Ulrich Mählert (Hg.), Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003, S. 133–155, S. 134.

131 Löhn, Spitzbart, Bauch und Brille, S. 56, S. 124, Zitat S. 132; s. auch Knabe, 17. Juni 1953, S. 203f.

132 Siehe auch Stephan Förster, Der 17. Juni in Stadt und Landkreis Quedlinburg, in: Hermann-Josef Rupieper (Hg.), „Und das Wichtigste ist doch die Einheit." Der 17. Juni in den Bezirken Halle und Magdeburg, Münster/Hamburg/London 2003, S. 162–185, S. 169; Heinz Voigt, Jena: Die Zeiss-Arbeiter proben den Aufstand, in: Ulrich Mählert (Hg.), Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003, S. 109–131, S. 112.

133 Siehe Löhn, Spitzbart, Bauch und Brille, S. 134; Friederike Sattler, „Seht euch vor, ihr sitzt auf einem Vulkan!" Der 17. Juni in den Leuna- und Bunawerken, in: Hermann-Josef Rupieper (Hg.), „Und das Wichtigste ist doch die Einheit". Der 17. Juni in den Bezirken Halle und Magdeburg, Münster/Hamburg/London 2003, S. 280–330, S. 297.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

die Demonstranten auf ältere Symbole aus dem nationalen Kanon zurück. So erklang in vielen Demonstrationszügen das Deutschlandlied.[134]

Der Bildersturm beschränkte sich nicht auf Portraits der Herrschenden. Die Übergriffe richteten sich ebenfalls gegen die Agenturen des Propagandastaates. Zu den spektakulärsten Aktionen der Protestierenden gehörte der Sturm auf das Leipziger FDJ-Haus. Hier richtete sich die Gewalt gegen die Losungen, die entfernt wurden, und die FDJ-Funktionäre, die man verprügelte. Nach der Besetzung des Gebäudes verbrannten die Aufständischen triumphal Akten und Bildnisse von Marx, Engels, Stalin und den SED-Führern.[135] Ein ähnliches Bild prägte die Lage in Halle: Vor der SED-Bezirksleitung verbrannte die Menge Parteiliteratur, Biographien von Stalin und Ulbricht sowie Exemplare des „Kurzen Lehrgangs."[136] An anderen Orten ließen die Demonstranten ihren Unmut an den „Häusern der Freundschaft" aus. In Berlin griffen Demonstranten das Haus der sowjetischen Kultur an, und in Görlitz besetzten sie das DSF-Haus. Aufständische setzten das „Haus der Freundschaft" in Brandenburg an der Havel in Brand, und in Rathenow mußte das DSF-Haus von sowjetischem Militär geschützt werden.[137] In Magdeburg gaben Demonstranten der „Straße der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft" den Namen „Sternstraße" zurück.[138] Gegen den Widerstand der Funktionäre besetzten Demonstranten die Kreisverwaltung der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft in Merseburg.[139] Im thüringischen Jena wurde die DSF-Kreisverwaltung gestürmt.[140] Wegen ihrer hohen symbolischen Bedeutung wählten die Aufständischen die Orte der Freundschaftspropaganda, um ein Zeichen gegen die SED-Herrschaft zu setzen.

Auch auf dem Land wandte sich der Ärger gegen die Funktionäre der Freundschaftsgesellschaft. In Zodel, einem Dorf bei Görlitz, stellten die Bürger nicht nur politische Forderungen. Sie zwangen auch Funktionäre des Parteistaates, sich an ihrer Demonstration zu beteiligen: „So gingen der Bürgermeister, der LPG-Vorsitzende, der Schulleiter, der Vorsitzende der DSF, und die Pionierleiterin unfreiwillig mit. Sie wurden zwischenzeitlich mit zwei roten Fahnen zusammengebunden und zum Gespött der Einwohner durchs Dorf geschleppt. Der DSF-Vorsitzende mußte ein Stalinbild vor sich hertragen."[141] In dieser erzwungenen Prozession verband sich der Wunsch, die Symbole der DDR lächerlich zu machen mit dem Bedürfnis, lokale Repräsentanten des Propagandastaates zu demütigen.

Die Gewalt gegen den Propagandastaat entlud sich insbesondere an zentralen Plätzen. So wie der Parteistaat versuchte, diese Orte mit seiner Symbolik zu besetzen, so zeigte sich

134 Diedrich, Waffen gegen das Volk, S. 143.
135 Siehe Roth, Der 17. Juni in Sachsen, S. 123ff.
136 Löhn, Spitzbart, Bauch und Brille, S. 46f.
137 Knabe, Der 17. Juni 1953, S. 195, S. 225; Ciesla, Freiheit wollen wir, S. 226.
138 Wilfried Lübeck, Der 17. Juni 1953 in Magdeburg. „Wenn die Freunde nicht dagewesen wären, wäre es zu einer Niederlage gekommen", in: Hermann-Josef Rupieper (Hg.), „Und das Wichtigste ist doch die Einheit." Der 17. Juni in den Bezirken Halle und Magdeburg, Münster/Hamburg/London 2003, S. 106–139, S. 116.
139 Sattler, Seht Euch vor, S. 305.
140 Bezirksverwaltung der Deutschen Volkspolizei Gera an den Chef der Deutschen Volkspolizei, 29.6.1953, in: Torsten Diedrich/Hans Hermann Hertle (Hg.), Alarmstufe „Hornisse". Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953, Berlin 2003, S. 225–255, S. 241.
141 Roth, Der 17. Juni in Sachsen, S. 295.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

jetzt der Wille der Aufständischen, die kommunistische Ordnung der Öffentlichkeit zu beseitigen. Leipzig und Berlin als Zentren der Erhebung bieten zahlreiche Beispiele, um diese These zu illustrieren. Als die Aufständischen in der sächsischen Metropole den Marktplatz vor dem historischen Rathaus in Besitz nahmen, ließen sie einen Propagandapavillon der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, der sich dort befand, in Flammen aufgehen. Ähnliche Ereignisse trugen sich in Berlin zu. Hier war der Potsdamer Platz, der zugleich die Sektorengrenze bildete, einer der Schwerpunkte der Erhebung. Gegen zehn Uhr morgens rissen Aufständische dort einen Kiosk von DSF und Nationaler Front aus der Verankerung und schleppten ihn in den Westsektor. Ein „Aufklärungslokal" am Potsdamer Platz steckten sie in Brand. Der spektakulärste Symbolakt fand am Pariser Platz statt. Dort holten Demonstranten gegen elf Uhr die rote Fahne vom Brandenburger Tor und verbrannten sie. Als Demonstranten am Nachmittag versuchten, die deutsche Fahne auf dem Tor zu hissen, gerieten sie unter Beschuß durch sowjetische Soldaten.[142] Diese Ereignisse, die sich noch durch weitere Beispiele ergänzen ließen, verdeutlichen, wie ernst beide Seiten den Kampf um den öffentlichen Raum nahmen. Das Anliegen der Demonstranten war die Entsowjetisierung der Öffentlichkeit, die häufig von der Wiederherstellung nationaler Symbole begleitet wurde.

Am Abend des 17. Juni hatte sowjetisches Militär in allen Teilen der DDR den Aufstand niedergeschlagen. Die massive Truppenpräsenz auf den Straßen bildete den Kern einer erfolgreichen Pazifizierungsstrategie. Nur an der Ostseeküste kam es noch am 18. Juni zu größeren Streiks, die sich unter anderem gegen die Besetzung verschiedener Werften durch sowjetische Einheiten richteten.[143] Viele Aufständische hatten darauf vertraut, daß sich die Sowjetunion in „innerdeutsche" Angelegenheiten nicht einmischen würde. Diese Vorstellung hatte sich im Laufe des 17. Juni als illusionär erwiesen. Im Tagesverlauf waren zwar Repräsentationen sowjetischer Hegemonie wie Stalinbilder zerstört worden, es kam jedoch zu keinem bewaffneten Angriff auf sowjetische Institutionen oder Streitkräfte. Auch dort, wo Aufständische von Volkspolizei oder KVP Waffen erbeuteten, richteten sie diese nicht gegen die Besatzungsmacht. Diese Zurückhaltung erklärt sich teilweise aus der ungleichen Bewaffnung. Die unbewaffnete Bevölkerung stand einer hochgerüsteten Besatzungsarmee gegenüber. Man sollte jedoch nicht übersehen, daß in revolutionären Situationen auch aussichtslose Kämpfe ausgefochten werden. In der DDR geschah das nicht, weil der Volksaufstand des 17. Juni in erster Linie eine Erhebung gegen die SED-Herrschaft und nicht gegen das sowjetische Besatzungsregime war. Freilich blieb in den folgenden Wochen das Eingreifen der „Freunde", wie sowjetische Stellen mittlerweile im DDR-Jargon hießen, nicht unkommentiert.

Zusammenfassend läßt sich trotz des Fehlens eines revolutionären Programms eine deutliche Stoßrichtung des Volksaufstandes feststellen. Es handelte sich primär um einen Konflikt der Gesellschaft mit der SED-Herrschaft und nicht mit der Besatzungsmacht. Da die Ikonographie der SED-Herrschaft jedoch stark mit sowjetischen Elementen verwoben war,

142 Knabe, Der 17. Juni 1953, S. 141f.

143 Siehe Klaus Schwabe, Rostock: Erhebung an der Küste, in: Ulrich Mählert (Hg.), Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003, S. 157–171.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

traf der Bildersturm diese Symbole. Gegenüber den sowjetischen Streitkräften herrschte jedoch – von Ausnahmen abgesehen – Zurückhaltung.

2.3 Nach dem Aufstand: Diskussionen in der Bevölkerung

Nach der Niederschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni berichtete der FDGB ausführlich über die betrieblichen Diskussionen. Nach einigen Wochen setzten sich die Tabus und Redeweisen der SED-Herrschaft wieder durch. Doch unmittelbar nach dem niedergeschlagenen Aufstand äußerten sich viele Beschäftigte. Der offiziellen Linie entsprechend wurden die Menschen zwar aufgefordert, die „Ausschreitungen" zu verurteilen und ihr „Vertrauen in die Regierung" zu bekunden, doch dies geschah keineswegs in allen Betriebsversammlungen.

Das Eingreifen sowjetischer Truppen bildete einen Diskussionsanlaß. In Berlin-Heinersdorf fragte ein Arbeiter, warum die „russische Militärregierung in deutsche Angelegenheiten" hineinrede.[144] Im Vogtland diskutierten Arbeiter, „wieso die Russen berechtigt sind, den Ausnahmezustand zu verhängen. Im Westen seien schon viele Streiks gewesen, ohne daß sich die Amerikaner damit befassen."[145] Und im Reichsbahnausbesserungswerk Wittenberg erklärte die Belegschaft in Anspielung auf die Freundschaftspropaganda: „Warum geht die Rote Armee mit aufgepflanztem Seitengewehr auf die Straße? Wir betrachten es nicht als Freundschaft, sondern Feindschaft, verweigern die Beitragszahlung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetischen Freundschaft."[146]

Eine neue Protestform, die Ende Juni um sich griff, war die kollektive Verweigerung des Russischunterrichts. Da das Erlernen der *lingua franca* des sowjetischen Imperiums ohnehin vielfach als Zumutung angesehen wurde, trafen diese Aktionen auf Unterstützung.[147] In Saalfeld hieß es: „Wir lernen nicht mehr Russisch, denn die Besatzungsmacht hat auf die Arbeiter geschossen."[148] Die Kritik am Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht betraf auch die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Aus einem Dresdner Krankenhaus wurde gemeldet, daß aufgrund der Ereignisse elf Arbeiter aus der DSF ausgetreten seien.[149] In Gera kam es zu Austritten, weil „sowjetische Soldaten deutsche Menschen geschlagen haben."[150] In einem Privatbetrieb äußerte ein Arbeiter im August 1953 zum „Neuen Kurs", der ihm von einem Agitator vermittelt werden sollte: „Die Ausführungen

144 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 27, 19.6.1953, SAPMO-BArch DY 34–22668, unpag.

145 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 34, 21.6.1953, SAPMO-BArch DY 34–22668, unpag.

146 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 44, 25.6.1953, SAPMO-BArch DY 34–22668, unpag.

147 Siehe bspw. FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 42, 24.6.1953, SAPMO-BArch DY 34–22668, unpag.

148 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 59, 14.7.1953, SAPMO-BArch DY 34–22669, unpag.

149 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 38, 23.6.1953, SAPMO-BArch DY 34–22668, unpag.

150 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 59, 14.7.1953, SAPMO-BArch DY 34–22669, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

des Referenten sind Mumpitz [...] alle haben doch ‚Freundschaft' mit der Sowjetunion in genügendem Maße kennengelernt (jahrelang 150g Butter im Monat) usw. Er verließ demonstrativ die Versammlung."[151]

Das Mißtrauen gegenüber den parteistaatlichen Medien blieb in den Diskussionen nach dem 17. Juni evident. Arbeiter aus Apolda monierten, die Gewerkschaftszeitung *Tribüne* berichte keine Tatsachen, sondern nur „aufgebauschte politische Dinge" und sei daher ein „Wurstblatt."[152] Magdeburger Arbeiter beklagten nicht nur den geringen Unterhaltungswert des DDR-Rundfunks, sondern fragten auch, warum im „demokratischen Rundfunk" über die in den Westsendern beklagten 16 Todesopfer nichts verlautet sei.[153] Im Bezirk Schwerin schlugen Arbeiter in dieselbe Kerbe. Während ein Arbeiter feststellte, „ich kann jeden Sender hören, wenn ich will. Das kann mir keiner verbieten", bemerkte ein anderer Kollege: „Wir wollen uns darüber im klaren sein, die Ostsender hören die wenigsten."[154] Auch nach dem Aufstand fühlten sich die DDR-Bürger von ihren Sendern schlecht informiert. Daß ein Rundfunk, der seine Hörer primär erziehen und nicht unterhalten oder informieren wollte, schlecht ankam, beruhte auch auf der mangelnden Aktualität. So fragten Arbeiter im Bezirk Cottbus: „Warum muß der RIAS alles zuerst bringen und unser demokratischer Rundfunk humpelt 2–3 Tage hinterher?"[155] Ähnliches monierte ein Molkereimitarbeiter in Schwerin: „Man braucht sich in Berlin nicht zu wundern, warum so viele Menschen den RIAS hören, denn unsere Sender bringen immer nur Politik. Politik ist notwendig und auch schön, das gehört zum Leben, aber man muß auch mal ein bißchen anständige Musik bringen und immer wenn die Arbeiter früh zu Hause sind und abends nach Hause kommen hören sie Opern oder politische Vorträge."[156] Ein Bericht vom 25. Juni, in dem Stimmungen aus der ganzen DDR zusammengefaßt wurden, bemängelte, noch immer würden die Beschäftigten „den vom RIAS herausgegebenen Parolen Glauben schenken [...]".[157]

Nach dem 17. Juni nahm die Kritik an den DDR-Medien durchaus grundsätzlichen Charakter an. So äußerte ein Belegschaftsmitglied von Carl-Zeiss-Jena vor seinen Kollegen:

> „Das alles spielt ja schon in die Frage der Nachrichtenpolitik hinein. Der 17. Juni hat erwiesen, daß große Arbeiten, die während der 8 Jahre geleistet wurden, umsonst waren. Man kann wirklich sagen: Besser gar keine Propaganda als diese Propagan-

151 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 68, 26.8.1953, SAPMO-BArch DY 34–22669, unpag.
152 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 50, 29.6.1953, SAPMO-BArch DY 34–22669, unpag.
153 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 27, 19.6.1953, SAPMO-BArch DY 34–22668, unpag.
154 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 38, 23.6.1953, SAPMO-BArch DY 34–22668, unpag.
155 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 42, 24.6.1953, SAPMO-BArch DY 34–22668, unpag.
156 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 49, 26.6.1953, SAPMO-BArch DY 34–22668, unpag.
157 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 43, 25.6.1953, SAPMO-BArch DY 34–22668, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

da. (Stürmischer Beifall). [...] Wir erwarten von der zukünftigen Nachrichtenpolitik erstens die absolute Wahrheit (Beifall), zweitens eine wirkliche Informierung über alle Ereignisse. Warum steht in der DDR-Presse nichts über die Besteigung des Mount Everest (Beifall), drittens eine Beweisführung, die für erwachsene Menschen und nicht für Schulkinder genannt werden kann (Beifall)."

Diese Kritik an der repräsentativen Öffentlichkeit der kommunistischen Diktatur teilten andere Kollegen:

„Und noch etwas, was Presse und Rundfunk angeht. Wir müßten von dort aus besser unterrichtet werden. Es ist doch interessant, daß sich in Ungarn fast dasselbe tut, wie bei uns. Wie hängt das zusammen? Haben die etwa auch einen 17. Juni gehabt? (Beifall und Gelächter). [...]

Genauso ist es: es werden Interviews veröffentlicht. Die Hausfrau Schulze sagt: ‚Unsere gute Regierung hat Maßnahmen getroffen. Ich freue mich so'. Wenn man das liest, denkt man, hier sprechen kleine Kinder vom Weihnachtsmann. (Stürmischer Beifall). Die kleinen Kinder wissen nämlich nicht, daß ihre Eltern mit ihrer Hände Arbeit die Geschenke geschaffen haben. In Wirklichkeit diskutiert Frau Schulze anders: ‚Gott sei Dank hat unsere Regierung eingesehen, was falsch gemacht wurde.' Das sollte man in der Zeitung schreiben."[158]

In diesen Äußerungen wurde der Protest gegen die Entdifferenzierung des Politischen und den umfassenden Erziehungsanspruch der kommunistischen Diktatur plastisch. Die Beherrschten durchschauten die Strukturen der repräsentativen Öffentlichkeit und drängten auf die Annäherung an westliche Medien.

Während die Wellen der Aufregung hochschlugen, machten sich vereinzelt bereits Resignation und Hoffnungslosigkeit breit, die zum Kennzeichen eines Systems wurden, das ausgezogen war, Enthusiasmus zu verbreiten. So hieß es in Jessen, Bezirk Cottbus: „Ich mach in Zukunft nur noch meine Arbeit, von Politik möchte ich nichts mehr wissen."[159] Zu dieser Frustration trug die Kultur des Geheimnisses bei, die politische Entscheidungen umgab: „Wer macht denn die Gesetze, das ZK oder die Regierung. Wenn das ZK alles macht, brauchen wir keine Abgeordneten, denn die nicken ja doch nur mit dem Kopf. Im Bonner Bundestag ist es anders, da sprechen sie dafür und dagegen, bei uns werden nur geheime Sitzungen gemacht."[160] Daß die antikommunistische Stimmung nicht in jedem Fall antisozialistisch war, verdeutlicht eine Stellungnahme, die aus dem Berliner Betrieb Bergmann-Borsig überliefert ist und die gesamte Nachkriegszeit zusammenfaßt:

158 Zitate in: FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 64, 9.7.1953, SAPMO-BArch DY 34–22669, unpag.

159 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 42, 24.6.1953, SAPMO-BArch DY 34–22668, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

„Warum stichelt ihr immer an der SPD herum. Die SED hat ja 46 bei der Verschmelzung auch bloß die ganze Linie der Kommunisten übernommen, sie hat die Macht an sich gerissen, es ist ja bisher immer alles kommunistisch gemacht worden. Hättet ihr auf die Arbeiter gehört, wäre kein 17. Juni gekommen und wir hätten schon lange die Einheit Deutschlands, aber ihr von der SED stellt ja immer bloß Bedingungen, dann kriegen wir keine Einheit. Wenn die Einheit da ist, dann wollen wir natürlich ein sozialistisches Deutschland, darauf könnt ihr euch verlassen [...] Ihr von der SED habt ja falsch angefangen, nämlich vom Dach. Ihr wolltet Sozialismus von oben machen und habt die Arbeiter überhaupt nicht gefragt. Die Regierung und die SED haben ihr Vertrauen verloren."[161]

Trotz aller Bemühungen der Propaganda hatte sich dieser Berliner Arbeiter ein eigenes Bild des Sozialismus sowjetischer Prägung gemacht. Er hatte den Sozialismus gewollt und die Diktatur bekommen.

2.4 Nach dem Aufstand: Die Reaktion des Propagandastaates

Während im Stadtgebiet Berlins die sowjetischen Truppen den Aufstand niederschlugen, arbeitete die SED-Spitze bereits an einer Sprachregelung für die Erhebung. In Entwürfen für Flugblätter und Bekanntmachungen wurde der Volksaufstand bereits am 17. Juni als „faschistischer Putschversuch" bezeichnet.[162] Hinter dieser Bezeichnung steckt mehr als nur die Flucht aus der Verantwortung. Die Externalisierung von Verantwortung war Teil des stalinistischen Politikverständnisses. Ein von Rudolf Herrnstadt verfaßter Leitartikel des *Neuen Deutschland* vom 18. Juni folgte dieser Linie.[163] Nachdem die Propaganda jahrelang die Tätigkeit „feindlicher Agenten" behauptet und zur „Wachsamkeit" gemahnt hatte, paßten die Ereignisse des 17. Juni in das Szenario einer omnipräsenten Verschwörung. Die SED-Spitze bediente sich in ihrer Darstellung der Ereignisse also nicht nur einer platten Propagandalüge: Sie folgte dem kulturellen Code der Bolschewiki, den sie sich in den vergangenen Jahren angeeignet hatte.

Bereits am 18. Juni berichtete Hermann Axen dem Politbüro, der DDR-Rundfunk sei angewiesen worden, über „die Bedeutung des raschen Eingreifens der Einheiten der Sowjet-

160 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 44, 25.6.1953, SAPMO-BArch DY 34–22668, unpag.

161 FDGB Bundesvorstand. Org.-Instrukteurabteilung. Sektor Information. Information Nr. 56, 10.7.1953, SAPMO-BArch DY 34–22669, unpag.

162 Maschinenschriftlicher Flugblattentwurf, 17.6.1953, in: Otto, Die SED im Juni 1953, S. 118–119; Maschinenschriftlicher Entwurf mit handschriftlichen Änderungen von Otto Grotewohl für eine Mitteilung der Regierung der DDR, 17.6.1953, in: Otto, Die SED im Juni 1953, S. 119–120.

163 Was ist in Berlin geschehen? *Neues Deutschland*, 18.6.1953. Ähnlich in der DSF-Presse: Rudi Wetzel, Die Lehren der Juni-Ereignisse, *Friedenspost* 1953, Nr. 26, S. 1.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

armee [...] für die Erhaltung des Friedens" aufzuklären.[164] Wenige Tage später beschloß das Politbüro die „Mobilisierung von 10.000 Mitgliedern der SED" und der Massenorganisationen für „systematische Agitations- und Propagandaarbeit". Die Parteiführung wollte aus der „Defensive herauskommen". Dazu gehörte auch die „unverzügliche Durchführung von Kundgebungen des Vertrauens zur Regierung der DDR und zur SED", die dann an vielen Orten inszeniert wurden.[165] Insbesondere die regimetreuen Intellektuellen liehen der am Boden liegenden SED bereitwillig ihre Stimme.[166] Letztmalig erschienen Reiseberichte über die UdSSR, die dem Sowjetuniondiskurs verpflichtet waren, darunter ein Buch des späteren Dissidenten Stefan Heym.[167] Mit ihrer Hilfe wollte man das durch das militärische Eingreifen getrübte Bild der Sowjetunion aufhellen.

Neben dieser Propagandaoffensive verfolgte die Staatspartei eine Politik, die soziale Zugeständnisse mit Repressionen kombinierte.[168] So verbesserte sich am Ende des Jahres 1953 zwar die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung, doch zugleich fand ein Ausbau des Sicherheitsapparates statt, der in der deutschen Geschichte seinesgleichen sucht.[169] Mit Hilfe der Staatssicherheit hoffte die SED, nicht ein zweites Mal in die Verlegenheit zu geraten, ihre Herrschaft durch sowjetische Soldaten sichern zu müssen. Da das militärische Eingreifen der Roten Armee von der Bevölkerung als ungerechte Einmischung aufgefaßt wurde, waren die Arbeitsbedingungen für DSF-Agitatoren besonders schwierig.[170] Doch auch die SED selbst war von den Ereignissen verunsichert. Vor der Weltöffentlichkeit war der Stellenwert, den die deutsch-sowjetische Freundschaft für die SED hatte, offengelegt worden. Vom 17. Juni und seinen Folgen konnte die Propaganda für die Sowjetunion nicht unberührt bleiben. Doch genau dies war das Ziel der SED-Spitze. Die Devise „keine Fehlerdiskussion" beinhaltete auch ein „weiter so!" für die DSF.

Für die Wochen nach dem 17. Juni läßt sich an der Basis ein Zusammenbruch der Organisationsstrukturen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft beobachten.[171] Noch Tage und Wochen nach dem Aufstand kam es zu Äußerungen gegen die Freundschaftspropaganda, zu Übergriffen gegen Einrichtungen der DSF, zur Niederlegung der

164 Bericht von Hermann Axen an Otto Grotewohl und Walter Ulbricht, 18.6.1953, in: Otto, Die SED im Juni 1953, S. 122–124, Zitat S. 123.

165 Direktive an die 1. Bezirkssekretäre, 21.6.1953, in: Otto, Die SED im Juni 1953, S. 137–139, Zitate S. 137–138.

166 Siehe Knabe, Der 17. Juni 1953, S. 252–266; Mittenzwei, Die Intellektuellen, S. 110ff. Zur Rolle der Hochschullehrer: Kowalczuk, Geist im Dienste der Macht, S. 526f.

167 Siehe Hans Koch, Ein Bürger sieht die Sowjetunion, Leipzig 1953; ders., Entscheidende Tage, Berlin (Ost) 1953; Heym, Reise ins Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

168 Diedrich, Waffen gegen das Volk, S. 202–206.

169 Dies gilt insbesondere für den Ausbau des Ministeriums für Staatssicherheit. Siehe Jens Gieseke, Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, Stuttgart/München 2001, S. 69–107; ders., Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, Berlin 2000, S. 163–208.

170 Vgl. Lothar Dralle, Das DSF-Archiv als Quelle zur Geschichte der DDR – Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, in: DA 25 (1992), S. 837–845, S. 840ff.

171 Dies bemerkte schon aus zeitgenössischer westlicher Sicht Hermann Werdau, Die Fiktion der Freundschaft. Struktur und Aufgabe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, *SBZ-Archiv* 1953, S. 276–279.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Funktionen, zum Austritt, zur Verweigerung der Mitgliedsbeiträge und zur Verbrennung von Mitgliedsbüchern.[172] Intern versuchte der Apparat bereits im Juni, zum *status quo ante* zurückzukehren.[173] Dies erwies sich als schwieriges Unterfangen.

Am 18. Juni 1953 stellte Generalsekretär Grünberg sich selbst das Zeugnis aus, der DSF-Apparat habe sich während des Aufstandes vorbildlich verhalten: „Alle anwesenden politischen Funktionäre waren als Agitatoren auf der Straße tätig. [...] Im allgemeinen ist zu sagen, dass sich alle Mitarbeiter, auch die parteilosen, sehr positiv gehalten haben und stets einsatzbereit waren."[174] In einem Brief an die VOKS betonte Grünberg gegenüber Moskau die standhafte Haltung seiner Agitatoren.[175] Zugleich wies er jedoch auf Mängel in der Propaganda hin, die nach seiner Ansicht für die Krise mitverantwortlich waren. Grünberg erklärte, man dürfe nicht nur die Fehler der SED kritisieren. Vielmehr müsse die DSF – dem Ritual von Kritik und Selbstkritik folgend – nach eigenen Defiziten suchen. So sollte der Beschluß, nach dem die DSF auf dem Lande die LPG anzuleiten habe, revidiert werden, weil er die Bevölkerungsmehrheit ausklammere und daher unzulässig sei. Außerdem sollten unter den DSF-Funktionären die Blockparteien stärker vertreten sein. Damit vollzog die Freundschaftsgesellschaft die Wende der SED mit und entfernte sich wieder von der radikalen Rhetorik, die nur wenige Wochen zuvor ihren 4. Kongreß dominiert hatte. Die „nationale Front" stand wieder auf der Agenda. Von der Intensivierung der Produktionspropaganda, dem Hauptanliegen der letzten Jahre, war nun nicht mehr die Rede.

Nicht nur die Inhalte, sondern auch die Agitationsmethoden sollten sich nun ändern. Einige Funktionäre äußerten Zweifel, ob aufwendige Massenveranstaltungen tatsächlich die erzieherischen Effekte zeitigten, die ihnen bisher zugeschrieben wurden. Nach einer Aussprache mit der ZK-Abteilung Agitation wurde selbstkritisch vermerkt: „Es besteht die Gefahr, dass die Arbeiter und Werktätigen nicht genügend angesprochen werden und den Veranstaltungen ihre Aufmerksamkeit entziehen. [...] Es besteht noch ein zu großer Hang, große Veranstaltungen und Kundgebungen zu veranstalten."[176] Der aus der Sowjetunion übernommene Typ der feierlichen Festveranstaltung kam damit in die Kritik. Einen Ausweg sah die DSF darin, die Menschen individuell von der SED-Politik zu überzeugen. Diese Form der Agitation war ungleich aufwendiger als die Durchführung zentraler Feierlichkeiten zu den Ereignissen des sowjetischen Festkalenders. Sie erforderte den kontinuierlichen persönlichen Einsatz des Funktionärskorps zur Überzeugungsarbeit.

Eine interne Diskussion über die Konsequenzen des 17. Juni für die Freundschaftsgesellschaft war selbst auf der Funktionärsebene nicht erwünscht. Generalsekretär Grünberg, der

172 Siehe etwa Auswertung der Juniereignisse im Bezirk Cottbus, 5.7.1953, in: Ciesla, Freiheit wollen wir, S. 166–188 mit zahlreichen Beispielen.

173 Rudi Wetzel, Der Ausnahmezustand und die Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Friedenspost 1953, Nr. 27, S. 2.

174 Mitteilung von Sekretariat Grünberg an DSF-Präsident Ebert, Persönlich, ohne Datum [18.6.1953], SAPMO-BArch DY 32–10805, unpag.

175 Grünberg an Denisov, 21.8.1953, SAPMO-BArch DY 32–11379, unpag.

176 Bericht über Aussprache in der Abt. Agitation zur Durchführung des 36. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, ohne Datum [Oktober 1953], SAPMO-BArch DY 32–10805, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

am 20. Juni 1953 in einem Schreiben an alle Bezirks- und Kreisvorstände die offizielle Sprachregelung für den 17. Juni skizziert hatte („faschistische Verbrecher und Provokateure", „sowjetische Truppen schützten das Leben des deutschen Volkes"), legte auf der Tagung des Zentralvorstandes am 5. August 1953 Richtlinien für die weitere Arbeit fest. Er betonte, der „Aufbau des Sozialismus" sei kein Fehler gewesen, lediglich die einseitige Fixierung auf die Schwerindustrie habe zur Unzufriedenheit der Bevölkerung geführt. Ursachen des Aufstandes waren für Grünberg entweder außerhalb der DDR („Riashetze", „Provokateure") oder in ökonomischer Unzufriedenheit zu suchen und damit zu bagatellisieren. Es gelte an den Losungen des 4. Kongresses festzuhalten. Die Menschen in der DDR sah Grünberg im Prozeß der Läuterung: „Dort, wo es der hemmungslosen Hetze des RIAS gelang, kleine Gruppen von Gesellschaftsmitgliedern zu überreden, aus der Gesellschaft auszutreten, haben diese Mitglieder sich oftmals ihrer Schwäche geschämt und gebeten, ihnen die Mitgliedsbücher zurückzugeben."

Besonders euphemistisch geriet Grünbergs Schilderung des Eingreifens der sowjetischen Armee: „Überall, wo sowjetische Soldaten und Offiziere auftauchten, entstanden Diskussionsgruppen, entwickelten sich Freundschaftskundgebungen mit Liedern und Tänzen. Niemals vorher hat es eine solche herzliche, enge Freundschaftskundgebung gegeben als gerade in diesen Tagen, als breite Schichten unserer Bevölkerung mit den Sowjetmenschen in den Uniformen näher in Berührung kamen."[177] Diese interne Rede Grünbergs entsprach der Linie der DSF-Propaganda. Die Presse beschrieb selbst den Belagerungszustand als volkstümliche Idylle: „Ja, Panzer, Geschütze, Gardegranatwerfer und andere schwere Waffen stehen auf den Straßen und Plätzen des demokratischen Sektors von Berlin. Aber daneben erklingen die Klänge einer Ziehharmonika oder eines Schifferklaviers, und umringt von vielen Zuschauern tanzen Berliner Werktätige zu den Klängen russischer Lieder mit den Sowjetsoldaten. Dann greift ein Berliner Arbeiter in die Tasten und lachend und scherzend bringen unsere Mädel den Sowjetsoldaten deutsche Tänze bei."[178] Auch nach den gewaltsamen Zusammenstößen des 17. Juni hielt die DSF an der Fiktion eines harmonischen Zusammenlebens von sowjetischer Armee und deutscher Bevölkerung fest. Das strikte Tabu, sowjetische Gewaltanwendung zu thematisieren, blieb erhalten. Eine produktive Kritik an der eigenen Arbeit war selbst angesichts der Herrschaftskrise nicht möglich. Allenfalls konnten partielle Modifikationen an den Konzepten durchgesetzt werden. So stellte die DSF ihre Zeitschriften *Die Neue Gesellschaft* und *Friedenspost* ein, die dem Sowjetuniondiskurs und einem besonders aggressiven stalinistischen Boulevard verpflichtet waren, und ersetzte sie durch eine Illustrierte namens *Freie Welt*.

Trotz der verordneten Erzählung über die Harmonie zwischen sowjetischen Truppen und deutscher Zivilbevölkerung legte die ZK-Abteilung Kultur Ende August 1953 einen Plan vor, der darauf abzielte, die Distanz zwischen beiden zu verringern. Mit dem Stab der sowjetischen Armee vereinbarte man ein Konzept zur kulturellen Zusammenarbeit. Dies war eine Neuerung, da die Rote Armee von den Deutschen streng abgeschirmt in ihren Kaser-

177 Referat Gottfried Grünbergs im ZV der DSF, 5.8.1953, SAPMO-BArch DY 32–10577, Bl. 6.
178 In diesen Tagen, *Friedenspost* 1953, Nr. 27, S. 1.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

nen lebte.[179] Durch engere Kontakte sollte ein besseres Verständnis gefördert werden; frühere derartige Pläne sind nicht überliefert, so daß man von einem direkten Zusammenhang mit den Juniereignissen ausgehen kann. Es wurden Besuche deutscher Ensembles in sowjetischen Kasernen und Auftritte prominenter Künstler, Wissenschaftler und Schriftsteller in den Kulturhäusern der Roten Armee geplant. Mit der Realisierung dieser Aktivitäten beauftragte die SED die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.[180] Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Tätigkeit der DSF, daß bisher keine etablierten kulturellen Beziehungen zwischen der deutschen Bevölkerung und den sowjetischen Besatzungstruppen bestanden. Zwar traf die Freundschaftsgesellschaft nicht die Schuld an diesem Zustand, sondern vornehmlich die SED und letztlich die sowjetische Armee, die enge Beziehungen zu den Besetzten mied. Besatzungsmacht und SED hatten nur das Ziel verfolgt, die Fiktion der Freundschaft zu inszenieren. Unkontrollierte Begegnungen zwischen Russen und Deutschen fürchtete sowohl die SED als auch die sowjetische Armee.

Der Freundschaftsmonat 1953 sollte ganz im Zeichen der überwundenen Krise stehen.[181] In den DSF-Studienzirkeln standen drei Monate nach dem Volksaufstand die Themen „Unter Freunden gibt es keine Geheimnisse" und „Es ist jetzt alles viel leichter geworden" auf dem Programm.[182] Im Aufruf zum Freundschaftsmonat, für den ein Symbol mit dem Brandenburger Tor und dem Kölner Dom geschaffen wurde, appellierte die DSF an die nationalen Gefühle. Das Pathos der „Nationalen Front" war zurück: „Deutsche! Wir selbst entscheiden darüber, ob unser schönes Vaterland in Qual und Feuer untergehen oder ob es aufblühen wird in Reichtum und Größe!" Schließlich sei „ein einiges Vaterland unser heiliges Recht."[183] Daß 1953 von einer Entstalinisierung der Propaganda nicht die Rede sein konnte, verdeutlicht die interne Bilanz der Freundschaftskampagne. Im Dezember resümierte die DSF: „Der Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft im Jahre 1953 ist im Verhältnis zu den vergangenen Jahren, zu einem gewaltigen Bekenntnis des deutschen Volkes zur festen Freundschaft mit der Sowjetunion geworden [...] Es gibt keine Stadt, kein Dorf, keinen Betrieb, in dem die deutschen Menschen sich in diesen Tagen nicht besonders eng mit den Völkern der Sowjetunion verbunden fühlen." Dementsprechend fiel selbst das Fazit

179 Zu den sowjetischen Truppen in der DDR vgl. Kurt Arlt, Sowjetische (russische) Truppen in Deutschland (1945–1994), in: Torsten Diedrich/Hans Ehlert/Rüdiger Wenzke (Hg.), Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998, S. 593–631, hier S. 599ff.

180 Vgl. Plan zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft mit den sowjetischen Truppen der Deutschen Demokratischen Republik, ZK der SED Abt. Kultur, SAPMO-BArch DY 30 IV 2/906/16, Bl. 163–68; Vorlage für das Sekretariat Betr. Plan über die Maßnahmen zur Herstellung kultureller Verbindungen zwischen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen und den sowjetischen Besatzungstruppen, ZK der SED Abt. Kultur, SAPMO-BArch DY 30 IV 2/906/16, Bl. 177–78; Vorschläge für den Plan der Zusammenarbeit mit den sowjetischen Freunden, DY 32–11379, unpag.

181 Arbeitsplan des Komitees für die Durchführung des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, [ohne Datum, Herbst 1953], SAPMO-BArch DY 34–25/163/2308, unpag.

182 Vorschläge für die Zusammenarbeit mit den sowjetischen Freunden im Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft 1953, SAPMO-BArch DY 32–11379, unpag.

183 Aufruf zum Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, [ohne Datum, Ende 1953], SAPMO-BArch DY 34–25/163/2308, unpag.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

für das Jahr 1953 uneingeschränkt positiv aus: „Das Jahr 1953 war ein Jahr schweren Kampfes des deutschen Volkes um seine Souveränität, aber auch durch die uneigennützige Hilfe der Sowjetunion ein Jahr großer Erfolge."[184] Ende 1953 war die Wiederherstellung der repräsentativen Öffentlichkeit für die SED ein höherer Wert als der Versuch, den Realitäten des deutsch-sowjetischen Verhältnisses Rechnung zu tragen.

Dies zeigte sich auch in den Planungen für das kommende Jahr. In einem Referat am 19. Dezember 1953 entwickelte Gottfried Grünberg eine Perspektive für die Propaganda des Jahres 1954. Er erklärte: „Auch mit unseren Freunden aus den in Deutschland stationierten Truppen der Sowjetarmee hat sich eine enge freundschaftliche Zusammenarbeit angebahnt [...] Die Deutsch-Sowjetische Freundschaft bekam dadurch einen engen, herzlichen und persönlichen Charakter."[185] Der Plan für 1954 sah kein geringes Ziel vor, als „die Deutsch-Sowjetische Freundschaft als eine Quelle der Kraft und Siegeszuversicht [...] in die Herzen aller Deutschen zu pflanzen."[186] Die stalinistische Rhetorik hatte den Volksaufstand unbeschadet überdauert.

Wie es um die Stimmung in der DDR-Bevölkerung bestellt war, verdeutlichte der immense Erfolg, den die USA mit einer simplen Propagandaaktion hatten. In der „Paketaktion" des Sommers 1953 konnten sich DDR-Bürger unentgeltlich Lebensmittelpakete in West-Berlin abholen.[187] Trotz massiver Gegenpropaganda und teilweiser Einschränkung des Schienenverkehrs gelang es dem Parteistaat nicht, den Ansturm auf die „Amipakete" zu bremsen.

3. Das ‚polnische Jahr' 1956

Die Berichte über den 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 ließen zunächst nicht erahnen, daß hier der Persona Stalins der Todesstoß versetzt werden sollte. Es handelte sich um den ersten Parteitag nach Stalins Tod; damit kam der Veranstaltung die Aufgabe zu, neue Orientierung für die Sowjetunion, aber auch darüber hinaus für das sowjetische Imperium zu stiften.[188] Nikita Chruščev hatte sich als neuer starker Mann gegen seine Rivalen durchgesetzt.[189] Am letzten Abend des Parteitages hielt er vor den sowjetischen Delegierten

184 Arbeitsplan des Sekretariats des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft für den Monat Dezember 1953, [ohne Datum, Ende 1953], SAPMO-BArch DY 34–25/163/2308, unpag.

185 Referat Gottfried Grünberg auf der 4. Sitzung des Zentralvorstandes der DSF, 19.12.1953, SAPMO-BArch DY 32–10579, unpag.

186 Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Perspektivplan für das Jahr 1954, [ohne Datum, Jahreswechsel 1953/1954], DY 34–25/163/2308, unpag.

187 Christian F. Ostermann, „Keeping the Pot Simmering": The United States and the East German Uprising of 1953, in: German Studies Review 19 (1996), S. 61–89.

188 Die Berichterstattung in den Zeitschriften über die Sowjetunion war zunächst unspektakulär und ähnelte sich in Polen und der DDR. Siehe Na oczach milionów, *Przyjaźń* 1956, Nr. 8, S. 2–3; Der wichtigste Parteitag der KPdSU, *Freie Welt* 1956, Nr. 9, S. 2–3. In der *Freien Welt* erschien nach diesem Artikel allerdings keine weitere Würdigung des 20. Parteitages.

189 Zu Nikita Chruščev, siehe: William Taubman, Khrushchev: The Man and His Era, New York, NY 2002.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

seine „Geheimrede" über den „Personenkult". In seinen Ausführungen rechnete er mit Stalin persönlich ab und wälzte die Verantwortung für die Terrorherrschaft auf den verstorbenen Diktator ab. Darin bestand der Charakter der Entstalinisierung: Der Massenterror wurde dem Tyrannen zugeschrieben, während die Ideologie, die Partei und die Herrschaftsordnung nicht angetastet wurden. Daß die engste Umgebung Stalins kaum so unschuldig war, wie sie sich in der Person Chruščevs gerierte, blieb unausgesprochen. Der Zerstörer des „Vaters der Völker" spekulierte auf das Charisma des Drachentöters. Dieses Manöver, mit dem der neue Generalsekretär seine Herrschaft zu legitimieren versuchte, verschärfte die latente Systemkrise an der Peripherie des sowjetischen Imperiums. Der von Chruščev inszenierte *zweite Tod Stalins* verursachte in Ostmitteleuropa eine eigene Krisendynamik.[190]

In der DDR kam es 1956 nur zu stillen Erschütterungen. Die SED-Führung hatte ihre Lektionen aus der Junikrise von 1953 gelernt und unterdrückte jegliche Diskussion des 20. Parteitags. Walter Ulbricht dekretierte, Stalin sei in Zukunft „kein Klassiker" mehr, und bestimmte, daß die sowjetische Diskussion über den „Personenkult" in der DDR nicht nötig sei, da es dieses Phänomen hier nicht gegeben habe. Der Stalin-Kult in der DDR wurde damit zum Tabuthema. Im Verlaufe des Jahres 1956 gelang es Ulbricht, sowohl eine Fronde innerhalb der SED niederzuschlagen als auch eine intellektuelle Gruppe auszuschalten, die sich um Wolfgang Harich und Walter Janka einem reformierten Sozialismus verschrieben hatte.[191] Trotz der erheblichen Erschütterungen, die bis tief in das Establishment hinein wirkten, kam es zu keinem Bruch der „Intelligenz" mit dem Regime.[192] Die Stimmungslage blieb gespannt und die Legitimität des Regimes litt deutlich unter der Demontage der Persona Stalins, den die SED über Jahre zum Landesvater stilisiert und von dessen Charisma sie zu profitieren gehofft hatte.[193] Letztlich erwies sich die Mischung aus rigoroser Kontrolle der Öffentlichkeit und gezielter Repression gegen Aufbegehrende als erfolgreiche Herrschaftsstrategie. In der DDR kippte die latente Krise 1956 nicht zum offenen Aufstand gegen die SED. Im Gegensatz zu 1953 stand Ulbricht als kompetenter Krisenmanager da. Der Preis, den man für die Stabilität bezahlen mußte, bestand in der Petrifizierung der Verhältnisse.

In Polen war es unmittelbar nach Stalins Tod ruhig geblieben, die PZPR hatte die Repressionen zunächst weiter verschärft. Diese Entwicklung fand im September 1953 mit der Verhaftung des Oberhauptes der katholischen Kirche, Kardinal Stefan Wyszyński, ihren Höhepunkt. Der Aufstand am 17. Juni in der DDR war zwar wahrgenommen worden, doch er

190 Zum Jahr in übergreifender Perspektive vgl.: Winfried Heinemann/Norbert Wiggershaus (Hg.), Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999.

191 Vgl. als Memoiren: Karl Schirdewan, Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik, Berlin 1995; Walter Janka, Spuren eines Lebens, Reinbek b. Hamburg 1992. Siehe als Überblick Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale, S. 416–445.

192 Siehe Mittenzwei, Die Intellektuellen, S. 127–154.

193 Siehe ausführlich zur Stimmung in der Bevölkerung: Mitter/Wolle, Untergang auf Raten, S. 207–295.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

führte zu keiner direkten Reaktion.[194] Selbstverständlich übernahm die polnische Propaganda die Sprachregelung vom „konterrevolutionären Putsch".[195] In den polnischen Westgebieten kursierten Gerüchte über den antisowjetischen Charakter des Aufstandes, die schlechten Lebensverhältnisse und die Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung.[196] Doch 1953 gelang es in Polen noch nicht, Unzufriedenheit öffentlich zu machen.

Während des Jahres 1954 nahm in Polen das Bewußtsein zu, daß sich das Regime in einer Sackgasse befand. Die chronische Mangelwirtschaft und die Nachrichten, die über *Radio Free Europe* nach Polen drangen, trugen dazu bei. Die Schriftstellerin Maria Dąbrowska hat in ihren Tagebüchern die Stimmung zwischen Stalinismus und „Tauwetter" eindringlich beschrieben: „Die polnische Nation ist in diesem Augenblick ein einziger großer Kelch der Bitternis. Es gibt in dieser Wirklichkeit Dinge, die man nicht ertragen kann und die sie nicht ertragen wird. Es sei denn, man bräche ihr das Genick, was für Rußland natürlich nicht die geringste Schwierigkeit bedeuten würde." Dąbrowska sah, daß die sowjetische Hegemonie Polen in eine Sackgasse geführt hatte: „Ich spüre, ob Frieden oder Krieg, ein neues Massaker steht der polnischen Nation bevor. Und ich verzweifle über ihr vergeudetes Los. Über die vergeudete Chance ihrer Demokratisierung und Modernisierung. Über die vergeudete Chance des Sozialismus – allein der Klang dieses Wortes läßt einen erschaudern."[197]

Das beginnende „Tauwetter" war dabei kein gradliniger Prozeß. Man kann eher davon sprechen, daß die Ordnung der repräsentativen Öffentlichkeit von verschiedenen Seiten in Frage gestellt wurde, daß sich jedoch auf anderen Gebieten wenig änderte. So beging man 1954 noch offiziell den Todestag Stalins.[198] Die Kampagnen zur Freundschaft mit der Sowjetunion fanden weiter im gleichen Rahmen statt.[199] Im Mai 1955 zementierte der Abschluß des *Warschauer Vertrages* in der polnischen Hauptstadt erneut die militärische Bindung Polens an die UdSSR. Dieses Ereignis ließ die Staatspartei mit einer Massendemonstration im Zeichen der Freundschaft feiern, an der nach offiziellen Angaben über 200.000 Warschauer teilnahmen, die Molotov und Bulganin bejubelten.[200] Damit erfolgte der Abschluß des neuen Paktes, der die bestehenden Verhältnisse formalisierte, mit einer Feier im alten Stil. Im Sommer 1955 beging der Parteistaat aufwendig den 10. Jahrestag des Freundschaftsvertrages zwischen Volkspolen und der UdSSR.[201]

194 Siehe Andrzej Małkiewicz/Krzystof Ruchniewicz, Das polnische Echo auf den Juni-Aufstand in der DDR im Jahre 1953, in: Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 181–197.

195 Siehe bspw. Klęska faszystów z Bonn i z Washyngtonu, *Notatnik Agitatora* 1953, Nr 12, S. 14–24.

196 Małkiewicz/Ruchniewicz, Das polnische Echo auf den Juni-Aufstand, S. 190ff. Siehe auch dies., Polskie reakcje na powstanie w NRD, in: Krzysztof Ruchniewicz (Hg.), Powstanie czerwcowe w NRD w 1953 roku na tle innych wystąpień antykomunistycznych w krajach Europy Środkowo-Wschodniej, Breslau 2003, S. 89–98.

197 Eintrag vom 8.9.1954, in: Maria Dąbrowska, Tagebücher 1914–1965, Frankfurt am Main 1996, S. 259.

198 Siehe bspw. W rocznicę śmierci Józefa Stalina, *Notatnik Agitatora* 1954, Nr. 3, S. 3–31.

199 Siehe bspw. Źródło naszych sukcesów – przyjaźń z Kraju Rad, *Notatnik Agitatora* 1954, Nr. 16, S. 23–31.

200 Układ siły, jedności, pokoju, *Przyjaźń* 1955, Nr. 20, S. 3.

201 10 lat układu przyjaźni i braterstwa, *Notatnik Agitatora* 1955, Nr. 7, S. 10–19.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Ein Anstoß zum Wandel kam aus dem Westen. Die Enthüllungen Józef Światłos über den Terrorapparat der polnischen Staatssicherheit, die von westlichen Sendern seit 1954 verbreitet wurden, unterminierten das Ansehen des Regimes weiter.[202] Im Dezember 1954 kam es zur Ablösung des Sicherheitsministers Stanisław Radkiewicz und zur Umstrukturierung der Geheimdienste. In den offiziellen Medien sprach man von „Verwerfungen" im Sicherheitsapparat, die nun überwunden werden sollten. Die schleichende Entwertung der stalinistischen Ordnung sollte auch vor dem Propagandaapparat nicht haltmachen. Langsam kam das offizielle Polen auf „neuen Kurs."

Im Laufe des Jahres 1955 erweiterten sich die Grenzen dessen, was öffentlich gesagt und geschrieben werden konnte.[203] Das Ende des offenen Terrors wirkte hier sicher ermutigend. Abweichungen von der diskursiven Ordnung wurden nun möglich und verdeutlichten, daß der Rigorismus abnahm, der sich seit Kriegsende ständig verschärft hatte. Die Radikalisierungsspirale war an ein Ende gekommen. In diesem Prozeß spielten die Intellektuellen und die Jugend eine wichtige Rolle. Die Zeitschriften *Nowa Kultura* und *Po Prostu* gaben einer offeneren Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen Raum.[204] Diese Kritik zielte zunächst konkret auf die Ordnung der repräsentativen Öffentlichkeit und damit auf den Propagandastaat. Einen Signalakt bedeutete die Veröffentlichung von Adam Ważyks *Poemat dla dorosłych* [Gedicht für Erwachsene] im August 1955 in *Nowa Kultura*, einer Zeitschrift, die ursprünglich die Aufgabe hatte, die Dogmen des sozialistischen Realismus zu verbreiten.[205] Das Gedicht thematisierte nicht nur die gebrochenen Versprechungen des Regimes und das miserable Leben der Mehrheit. Der Autor attackierte in deutlichen Worten das System der „Lüge". Und, wie der Titel des Gedichtes verrät, persiflierte der Verfasser die Entmündigung der Bürger in der kommunistischen Diktatur. Das „Gedicht für Erwachsene" stellte eine Propaganda bloß, die ihre Subjekte zu Kindern degradierte. Es handelte sich um einen poetischen Protest gegen die Gesellschaft als Klassenzimmer, gegen Erziehungsdiktatur, Propagandastaat und die von seinen Instanzen betriebene Entdifferenzierung des Politischen. Damit gab Adam Ważyk einer weitverbreiteten Gefühlslage Ausdruck. Außerdem handelte es sich um einen ersten Versuch, Literatur und Sprache wieder aus den Klauen des kommunistischen Leviathans zu befreien.

Die schleichende Liberalisierung machte auch vor den Instrumenten von Erziehung und Agitation nicht Halt.[206] Im parteistaatlichen Jugendverband gewannen im Herbst 1955 bereits an vielen Orten die reformsozialistischen Kräfte die Oberhand. In Breslau stellten die

202 Zum Fall Światlo und zur Restrukturierung des Repressionsapparates in Polen, siehe: Andrzej Paczkowski, Der Sicherheitsapparat in den Jahren des „Tauwetters". Der Fall Polen, in: Jan Foitzik (Hg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen, Paderborn/München/Wien u.a. 2001, S. 165–188.

203 Siehe Rykowski/Władyka, Polska próba, S. 87–111.

204 Eine Analyse der Leserbriefe an *Po Prostu* bietet Adam Leszczyński, Sprawy do załatwienia. Listy do „Po Prostu" 1955–1957, Warschau 2000.

205 Adam Ważyk, Poemat dla dorosłych, *Nowa Kultura*, 21.8.1955. Zur Debatte um das Gedicht und seiner symbolischen Wirkung, Rykowski/Władyka, Polska próba, S. 100f.

206 Vgl. Antoni Dudek, Der politische Umbruch 1956 in Polen, in: Winfried Heinemann/Norbert Wiggershaus (Hg.), Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999, S. 28–42.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Mitglieder des ZMP die „Studienarbeit" bereits Anfang 1956, das heißt vor dem 20. Parteitag der KPdSU, ein.[207] In diese von Desillusionierung, fortdauernder Diktatur und partieller Liberalisierung geprägte Atmosphäre fiel der 20. Parteitag der KPdSU.

3.1 Von Moskau nach Posen: Der Weg in die polnische Krise

Während der „Geheimrede" Chruščevs waren keine ausländischen Delegierten anwesend. Erst im Verlauf der nächsten Tage wurden sie von der Verdammung Stalins unterrichtet.[208] Während in der Sowjetunion den Parteimitgliedern das Recht eingeräumt wurde, die „Geheimrede" zu studieren, gab es offensichtlich keine genauen Anweisungen darüber, wie in den Satellitenstaaten zu verfahren sei.[209] Hier gingen die Führungen von SED und PZPR unterschiedliche Wege. Für die polnische Staatspartei war die „Geheimrede" nicht das einzige dramatische Ereignis in diesem Frühjahr.[210] Wenige Wochen nach dem Ende des Kongresses verstarb Staats- und Parteichef Bolesław Bierut am 12. März in Moskau. Sein Leichnam wurde nach Warschau überführt, wo Bierut alle Würdigungen eines verstorbenen Staatschefs erhielt.[211] Auf dem Stalinplatz vor dem Kulturpalast wurden die Trauerreden gehalten. Neben die dramatischen Ergebnisse des Parteitages trat so eine Führungskrise in der PZPR.

Wie sehr die Sowjetunion bei der polnischen Bevölkerung unter Generalverdacht stand, verdeutlicht ihre Reaktion auf Bieruts Tod. Da die Gesundheit des Führungspersonals in kommunistischen Diktaturen stets zu den bestgehüteten Staatsgeheimnissen gehörte, bot sich hier Raum für Spekulationen. Bieruts überraschender Tod wurde mit den Schicksalen Georgi Dimitrovs und Klement Gottwalds in Verbindung gebracht, die 1949 und 1953 bei Aufenthalten in Moskau verstarben.[212] Diese Gerüchte unterstellten, daß es sich in allen Fällen um Giftmorde durch die sowjetische Seite handelte. Teilweise verglich man das Schicksal Bieruts auch mit dem der KPP-Führung, die 1938 nahezu vollständig dem Großen Terror zum Opfer gefallen war. Andere Gerüchte wollten wissen, daß Bierut sich geweigert habe, der Eingliederung Polens in die UdSSR zuzustimmen, und deshalb von Chruščev umgebracht worden sei. Es kursierten Flugblätter mit der Aufschrift „Nieder mit der Sowjetmacht – Es lebe der treue Sohn des polnischen Volkes Bolesław Bierut!". Einige äußerten die Befürchtung, daß der nächste Präsident nun mit Sicherheit „Jude oder Russe" sein werde.

207 Siehe Stanisław Ciesielski, Wrocław 1956, Breslau 1999, S. 65.
208 Für das Politbüro der SED übernahm Karl Schirdewan die Übersetzung des Textes aus dem Russischen. Siehe Mitter/Wolle, Untergang auf Raten, S. 168f.
209 Zu Konsequenzen des 20. Parteitages in der UdSSR, siehe: Polly Jones (Hg.), The Dilemmas of Destalinisation a Social and Cultural History of Reform in the Khrushchev Era, London 2005.
210 Zur Bedeutung der „Geheimrede" für die PZPR, siehe Tony Kemp-Welch, Khrushchev's ‚Secret Speech' and Polish Politics: The Spring of 1956, in: Europe-Asia Studies 48 (1996), S. 181–207.
211 Siehe Main, President of Poland. Zu Bieruts Tod auch Kemp-Welch, Khrushchev's Secret Speech, S. 185f.
212 Siehe Paweł Machcewicz, Polski rok 1956, Warschau 1993, S. 42–51. Alle folgenden Beispiele a.a.O.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Es ist ein Kuriosum, daß die ungeklärten Umstände, der Überraschungseffekt und der Ort seines Todes, Bierut, der wie kein anderer für einen radikalen Sowjetisierungskurs stand, für einige Polen zum Märtyrer machten. Dies legt die tiefsitzenden antirussischen Gefühle offen: Selbst einem wenig prädestinierten Kandidaten wie Bolesław Bierut konnte aufgrund der Todesumstände nationales Heldentum zugeschrieben werden. Es bedurfte nur seines Todes in Moskau, um die Furcht, den Hass und das Mißtrauen gegenüber „den Russen" aus der kollektiven Erinnerung zu aktivieren. Mit der Welt des Gerüchtes fanden diese Einstellungen dann ein Verbreitungsmedium, das sich parteistaatlicher Kontrolle entzog. Die Verehrung für den verstorbenen Diktator ging soweit, daß vereinzelt gefordert wurde, man solle ein Mausoleum für Bierut errichten oder er solle im Krakauer Wawel, der traditionellen Grablege polnischer Könige, beigesetzt werden. Natürlich teilte nicht die gesamte Gesellschaft die Trauer und Empörung. Ein Teil der Opposition begrüßte den Tod des Diktators.

Entscheidender als der Tod Bieruts war jedoch der Umgang mit dem 20. Parteitag der KPdSU. Bereits im Februar, noch vor dem Ableben Bieruts und dem Bekanntwerden der „Geheimrede", hatte die Parteiführung seine immense Bedeutung erkannt. Für die polnische Führung stand dabei zunächst die Rehabilitierung der von Stalin aufgelösten KPP im Vordergrund.[213] Auch die Frage, was in Zukunft mit der entmachteten Gruppe um Gomułka geschehen sollte, gewann an Brisanz. Anfang März erhielt der neue polnische Parteichef, Edward Ochab, aus Moskau ein numeriertes Exemplar der „Geheimrede", und schon am 21. März entschied das ZK der PZPR, den Text zu vervielfältigen und in der Partei zu verbreiten.[214] Die Initiative hierzu ging von der reformorientierten Gruppe in der Führung aus.[215] Der Tod des langjährigen Parteiführers Bierut mag diesen Schritt erleichtert haben. Letztlich handelte es sich jedoch um eine Legitimationsstrategie der neuen Führungsriege, die Vertrauen aufbauen wollte. Wie Nikita Chruščev versuchte auch Edward Ochab, sich als Überwinder des Stalinismus zu profilieren. Er agierte jedoch auf unsicherem Terrain: Die Führungsebene war durch einen Machtkampf zwischen zwei Gruppen partiell gelähmt.[216]

Nach dem Willen der Herrschenden sollte die Diskussion auf den „Personenkult" beschränkt bleiben. Die Grenzen der Regimekritik hatte Chruščev mit seiner Rede festgelegt. Sämtliche Unzulänglichkeiten, Versäumnisse und Verbrechen der letzten Jahre sollten auf Berija und Stalin abgewälzt werden. Es war keineswegs vorgesehen, die Grundpfeiler der kommunistischen Herrschaft in Frage zu stellen. Die Verdammung Stalins sollte neue

213 Hier betrieb man seit März 1956 die vorsichtige Rehabilitierung der polnischen Kommunisten, die Stalin zum Opfer gefallen waren. Uchwała KC PZPR w sprawie spopularyzowania rewolucyjnych tradycji Komunistycznej Partii Polski, AAN, KC PZPR, 237/XXI–25, Bl. 64–69.

214 Siehe Rykowski/Władyka, Polska próba, S. 127f.

215 Kemp-Welch, Khrushchev's Secret Speech, S. 187f.

216 Zum Kampf zwischen der reformorientierten und der nationalistisch-antisemitischen Gruppierung siehe Paweł Machcewicz, Der Umbruch 1956 in Polen, in: Jan Foitzik (Hg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen, Paderborn/München/Wien u.a. 2001, 139–164, S. 146ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Energie und Dynamik freisetzen und der Staatspartei neuen moralischen Kredit verschaffen. Nach einer kurzen Konsolidierung wollte die PZPR den „Neuen Kurs" fortsetzen. Für ein wenig Wahrheit erhoffte das Regime viel mehr Vertrauen. Bald sollte sich zeigen, daß dieser Weg nicht gangbar war. Die polnische Gesellschaft, ja selbst die Basis der Staatspartei, erwiesen sich als Entitäten, die der Apparat nicht mehr vollständig kontrollieren konnte. Dieser Kontrollverlust manifestierte sich bald auf dem Warschauer Schwarzmarkt, wo man Kopien der „Geheimrede" erwerben konnte. Die Strategie der kontrollierten Liberalisierung und der partiellen Öffnung der repräsentativen Öffentlichkeit für abweichende Stimmen scheiterte innerhalb weniger Wochen. Die Entscheidung, die „Geheimrede" zu diskutieren, verfehlte allerdings ihre Signalwirkung nicht: Nach ihrer Veröffentlichung war nichts mehr so wie zuvor.

Bereits im März 1956 berief die Partei Versammlungen ein, auf denen die „Geheimrede" diskutiert werden sollte. Diese Veranstaltungen sollten dazu dienen, neues Vertrauen aufzubauen.[217] Die Initiatoren wurden von der Resonanz überwältigt: „Auf allen Versammlungen wurden sehr viele Fragen gestellt." Viele Fragen trügen, so eine erste Einschätzung, „schärfsten Charakter."[218] Dabei standen nicht nur die Nachkriegsjahre Polens, sondern auch das kommunistische Herrschaftssystem und die sowjetische Vorbildgesellschaft zur Debatte. So erklärte ein Parteimitglied in der Wojewodschaft Lublin, er könne nun erstmals über Dinge sprechen, die ihn schon lange beschäftigten: „Ich war in der Sowjetunion und habe viel gesehen, bei uns sprach man anders über die Sowjetunion, aber in Wirklichkeit war es anders und deshalb haben viele KPP-Mitglieder nach ihrer Rückkehr aus der UdSSR nicht mehr mit ganzer Hingabe für den Aufbau des Sozialismus in Polen gearbeitet." Verschiedentlich wurde Stalin auf Versammlungen als „Henker [kat]" bezeichnet, und es wurden Fragen über Katyń gestellt. Die Verunsicherung und das Mißtrauen gingen so weit, daß auch die Ausführungen Chruščevs in Frage gestellt wurden.[219] Die sowjetischen Diplomaten in Polen waren im Frühjahr durch das Wetterleuchten vor dem antisowjetischen Sturm beeindruckt und beunruhigt.[220]

In Köslin bemängelte die dortige PZPR die Informationspolitik Warschaus. Die eigene Propaganda sei zu defensiv, die Menschen würden ihre Informationen über den 20. Parteitag hauptsächlich aus westlichen Sendern beziehen. Teilweise kam es zu Auseinandersetzungen zwischen denjenigen, die Stalin verteidigten, und anderen, die ihn attackierten.[221] In

217 Zur Planung und ersten Resonanz, siehe AAN, KC PZPR, 237/VIII/253.

218 Meldunki z terenu Nr. 21/1574, Zapoznanie aktywu partyjnego z referatom tow. Chruszczowa, 28.3.1956, AAN, KC PZPR, 237/VIII–3858, Bl. 182–190, Zitat Bl. 182.

219 A.a.O, Bl. 184–185.

220 A. Orlow, Der polnische Oktober. Sieg der Vernunft über die Gewalt, in: Winfried Heinemann/Norbert Wiggershaus (Hg.), Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999, S. 42–57.

221 Meldunki z terenu Nr. 22/1575, Organizacja Partyjna, 29.3.1956, AAN, KC PZPR, 237/VIII–3858, Bl. 191–198, Zitat, Bl. 192, Bl. 197. Die Verteidigung Stalins gegen die Verdammung Chruščevs war auch in der UdSSR ein häufiges Phänomen. Siehe Polly Jones, „I've held, and I still hold, Stalin in the highest esteem.": Discourses and Strategies of Resistance to De-Stalinisation in the USSR, 1953–1962, in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 227–245.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Stalinogród stellte das Parteiaktiv eine Reihe unbequemer Fragen: „Wieso konnte sich die Partei nicht gegen Stalin durchsetzen? Welche Rolle spielte Stalin beim Zerschlagen der polnischen Partei 1938? Hatten die Trotzkisten mit ihrer Kritik an Stalin recht? Ob sich unter den geänderten Umständen nicht auch die Bewertung des Molotov-Ribbentrop-Paktes ändern müsse – welche Rolle spielte hier Stalin? Handelte es sich beim Einmarsch der Roten Armee in die polnischen Ostgebiete nicht doch um eine Annexion? Ob es nicht zu einem ideologischen Zusammenbruch der internationalen Arbeiterbewegung kommen werde, die doch Stalin als ihren Führer und Genius verehrt habe?" In Warschau blieb man im Parteijargon und stellte auf einer Versammlung fest: „Stalin war ein Volksfeind [Stalin był wrogiem narodu]."[222] Einzelne forderten, Stalinportraits zu entfernen sowie Orten, Plätzen und Betrieben ihre alten Namen zurückzugeben. Wiederholt beklagte die Bevölkerung die fehlende Glaubwürdigkeit der parteistaatlichen Medien. In Białystok erklärten Arbeiter, daß alles, was die BBC über Stalin gemeldet habe, offenbar der Wahrheit entspreche.[223]

Seit Mitte April konzentrierte sich die Diskussion in der PZPR auf frühere Tabuthemen wie das Jahr 1939, die *Armia Krajowa*, den Warschauer Aufstand und die Möglichkeit eines Vergleiches zwischen Stalin und Hitler.[224] Angesichts dieser Themen entschloß sich die PZPR, die Reißleine zu ziehen. Am 10. April beschloß das ZK, keine weiteren Massenversammlungen zur „Geheimrede" abzuhalten.[225] Doch zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Debatte über den „Personenkult" bereits zu einer Diskussion über die Pathologien der kommunistischen Diktatur ausgeweitet. Der Versuch, durch eine begrenzte Debatte die Herrschaft der PZPR neu zu legitimieren, lief zunehmend aus dem Ruder. Wie gering die Angst vor Repressionen nur noch war, verdeutlicht die Weigerung der Landbevölkerung, westliche Flugblätter, die mit Ballons zu Tausenden in den Ostblock geschickt wurden, weiterhin bei der Staatssicherheit abzugeben. Nun reklamierte die Bevölkerung das Recht, diese Schriften zu lesen.[226]

Der Sinn von Massenorganisationen wie des Jugendverbandes ZMP wurde in Frage gestellt.[227] Von anderer Seite wurde die Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus gefordert. Intellektuelle, die zuvor das Regime unterstützt hatten, schwenkten von der stalinistischen zur reformsozialistischen Linie.[228] Das zentrale Anliegen der Gesellschaft war nun die

222 Meldunki z terenu Nr. 23/1576, Zapoznanie aktywu z referatem tow. Chruszczowa, 30.3.1956, AAN, KC PZPR, 237/VIII–3858, Bl. 198–207, Zitate Bl. 202f. Ähnliche Fragen stellten auch die Breslauer Parteimitglieder, siehe Ciesielski, Wrocław 1956, S. 71ff.

223 Meldunki z terenu Nr. 25/157, Organizacja partyjna, 4.4.1956, AAN, KC PZPR, 237/VIII–3859, Bl. 1–12, Zitat Bl. 8.

224 Meldunki z terenu Nr. 29/1582, Organizacja partyjna, 14.4.1956, AAN, KC PZPR, 237/VIII–3859, Bl. 62–68.

225 Siehe Machcewicz, Der Umbruch 1956 in Polen, S. 142.

226 A.a.O., S. 148. Zu den westlichen Flugblattaktionen siehe Stöver, Befreiung vom Kommunismus, S. 413–443.

227 Vgl. am Beispiel Breslaus Ciesielski, Wrocław 1956, S. 75ff., S. 99ff. Siehe auch für die zugespitzte Situation im Mai 1956 Meldunki z terenu, Nr. 43/1596, Sprawy młodzieży, 28.5.1956, AAN, 237/VIII/3859, Bl. 204–209.

228 Siehe Rykowski/Władyka, Polska próba, S. 131–164; Machcewicz, Polski rok 1956, S. 52–76; Kemp-Welch, Khrushchev's Secret Speech, S. 198f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Suche nach einer neuen „Wahrheit" im öffentlichen Leben – dieser Begriff prägte die Debatte in den Zeitschriften. In zahlreichen Artikeln und Leserbriefen wurde gezielt der Propagandastaat angegriffen und sein Herrschaftsdiskurs attackiert. Die Herrschenden warnten vergeblich vor „antiparteilichen [antypartyjny]" oder „antisowjetischen [antyradziecky] Vorstößen", die keine „sozialistische", sondern „liquidierende" Kritik darstellten.

Der Propagandaapparat reagierte schwerfällig auf die ungewohnten Herausforderungen. Schließlich versuchte die Partei, neue Sprachregelungen für schwierige Politikfelder zu finden. So erschien beispielsweise erst im April 1956 im *Notatnik Agitatora* eine Rededisposition über den „Personenkult".[229] Zu diesem Zeitpunkt hatte die gesellschaftliche Diskussion diesen Punkt bereits verlassen und den Charakter einer allgemeinen Systemkritik angenommen. Erst im Mai erhielten die Agitatoren die neue Linie zur *Armia Krajowa,* wo man nun zwischen „verbrecherischer Führung" und den Soldaten und Unteroffizieren differenzierte.[230] Mitte April räumte auch die TPPR ein, daß es in der bisherigen Arbeit Fehler gegeben habe.[231] In mancher Hinsicht war das Interesse an der Sowjetunion und ihrer Geschichte nun größer als gewollt. Die TPPR versprach, auch in Zukunft für die Freundschaft zur Sowjetunion zu werben, und gelobte über den Weg der Sowjetunion zu Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand wahrheitsgetreu zu berichten. Damit begann die Lösung vom Sowjetuniondiskurs, von der normierten Rede über die UdSSR als utopischen Ort. Auf einer Funktionärsversammlung räumten die Anwesenden ein, daß „Theorie und Praxis des Personenkultes" der TPPR geschadet hätten. Diese Sprachregelung umschrieb von nun an die Jahre 1944–1956. Daß die Lage für die Agitatoren schwieriger geworden war, bestätigt die Bemerkung, man müsse nun auf alle Arten von Fragen gefaßt sein und weiterhin der „feindlichen Propaganda" und ihren Gerüchten entgegentreten.[232] Aus Lublin hieß es im Mai, die TPPR sei bis auf die bezahlten Funktionäre paralysiert.[233] Dennoch erklärte Mitte Juni die TPPR-Führung, auch 1956 werde im Herbst eine Freundschaftskampagne stattfinden.[234] Ein Kommentator faßte jedoch die Abkehr vom utopischen Diskurs treffend zusammen: „Der XX. Parteitag verdeutlicht und verschärft den Prozeß unseres Fluges aus den Sphären der Mythologie auf die Erde."[235] Vieles sprach für eine harte Landung in der Realität.

Zusammenfassend läßt sich konstatieren, daß es im Frühjahr 1956 zu starken Erschütterungen des Propagandastaates und seiner Ordnung der Öffentlichkeit kam. Das galt für die sprachlichen Konventionen ebenso wie für die Institutionen, die entweder gelähmt waren oder sich zu Orten offener Debatte mauserten. Was als von oben gelenkte Kampagne über den „Personenkult" intendiert war, entwickelte eine gesellschaftliche Dynamik, die sich kaum noch steuern ließ. Die von der Partei dekretierte eingeschränkte Redefreiheit wurde als nicht hinreichend empfunden, und die „Geheimrede" stand schon bald nicht mehr im

229 Rozmowa o kulcie jednostki, *Notatnik Agitatora* 1956, Nr. 8, S. 13–34.
230 Nasz stosunek do AK, *Notatnik Agitatora* 1956, Wydanie dla wsi, Nr. 10, S. 21–26.
231 Tadeusz Książek, Gdzie tkwią błędy?, *Przyjaźń* 1956, Nr. 15, S. 2.
232 Z krajowej narady lektorów TPP-R, *Przyjaźń* 1956, Nr. 17, S. 10.
233 Dla dobra sprawy, *Przyjaźń* 1956, Nr. 19, S. 3.
234 Taduesz Książek, Trzeba zacząć od dziś, *Przyjaźń* 1956, Nr. 24, S. 2.
235 Henryk Dankowicz, O martwych drogach i wdzięcznych tematach, *Przyjaźń* 1956, Nr. 18, S. 3.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Zentrum des Interesses. Daß Chruščev auf verschiedene Punkte, wie etwa den Hitler-Stalin-Pakt, Katyń, den Warschauer Aufstand oder die polnischen Ostgebiete, die sämtlich die polnische Bevölkerung stark bewegten, gar nicht eingegangen war, spielte keine Rolle mehr.[236] Die polnische Diskussion ignorierte die Grenzen, die Chruščev nicht zu überschreiten bereit war. Überhaupt bildeten die polnisch-sowjetischen Beziehungen alsbald einen Schwerpunkt der gesellschaftlichen Debatte. Bereits die Diskussionen im März und April verrieten, wie groß gerade hier die aufgestaute Frustration war. Als die Angst vor Repressionen sank, stieg das Bedürfnis, Tabus zu brechen und die Unterwerfung Polens zu thematisieren. Paweł Machcewicz spricht für diese Wochen von einer „Explosion des kollektiven Gedächtnisses, das bis dahin keine Möglichkeit des öffentlichen Ausdrucks gefunden hatte."[237] Diese Eruption belegt, wie wenig es der kommunistischen Propaganda gelungen war, die Einstellungen der Menschen zu verändern. Und wo dies der Fall war, wurden die Erfolge sicher durch die Wucht der Ereignisse zunichte gemacht.

Im Frühjahr wurden viele Funktionäre entlassen, die sich in den letzten Jahren durch Übergriffe oder Übereifer profiliert hatten. Die beginnende Säuberung demoralisierte und schwächte den parteistaatlichen Apparat noch weiter. In diese Unsicherheit des Frühsommers 1956 stieß der Volksaufstand in Posen.

3.2 Die Tradition des Aufstandes: Der Posener Juni

Ende 1955 war der Sechsjahresplan zum Wiederaufbau Polens, der mit großen Versprechungen und Hoffnungen begonnen hatte, zu Ende gegangen. Die Erhöhung des Lebensstandards, die ein erklärtes Ziel des Planes war, fiel jedoch bescheiden aus. Mangel und Not prägten weiterhin die Versorgungslage und verschärften die Unzufriedenheit. Nach sowjetischem Beispiel war auch in Polen der Ausbau der Schwer- und Rüstungsindustrie forciert worden, während Landwirtschaft und Konsumgüterindustrie zunehmend tiefer in die Krise gerieten. Die Staatspartei mußte eingestehen, die ökonomischen Versprechungen nicht gehalten zu haben. Selbst nach offizieller Lesart waren nur die Hälfte der Ziele des Sechsjahresplanes erreicht worden.[238] Neben Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs fehlten im Winter Brennstoffe. Dieser Mangel hatte eine besondere Brisanz, weil er von der Bevölkerung auf den Export der schlesischen Kohle in die Sowjetunion zurückgeführt wurde. So war wirtschaftliche Unzufriedenheit stets an politische Einstellungen gekoppelt. Bereits im April 1956 meldete ein Informant des Staatssicherheitsdienstes, daß die Stimmung in den Posener Stalinwerken explosiv sei, die Belegschaft nun „alles sage" und mit Streik drohe, wenn Mikołajczyk nicht nach Polen zurückkehre.[239]

236 Ende April meldeten bereits Parteibüros im ganzen Land Diskussionen über Katyń, die „antisowjetische Akzente hätten". Meldunki z terenu Nr. 34/1587, 26.4.1956, AAN, 237/VIII/3859, Bl. 116–128.

237 Machcewicz, Der Umbruch 1956 in Polen, S. 145.

238 A.a.O., S. 148.

239 Machcewicz, Polski rok 1956, S. 80.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Vor dem Hintergrund dieses wirtschaftlichen Desasters und der Diskussionen des Frühjahrs läßt sich der Volksaufstand in der Industriestadt Posen begreifen.[240] Dabei fallen Parallelen zum Juni 1953 in der DDR ins Auge. Auch in Posen ging der Aufstand von den Arbeitern aus, die sich sowohl gegen die schlechte Versorgungslage im allgemeinen als auch gegen als ungerecht empfundene Normerhöhungen im besonderen wandten. Ferner kam ein Traditionsbewußtsein der Posener Arbeiterschaft zum Tragen, das bis in das Deutsche Kaiserreich und die Zwischenkriegszeit zurückreichte. Ihren Anfang nahmen die Unruhen mit einem Streik an einem symbolisch aufgeladenen Ort: den Posener Stalinwerken, einem Betrieb der Metallindustrie. Nachdem Verhandlungen einer Belegschaftsdelegation mit den Behörden zu keinem Ergebnis geführt hatten, legten die Arbeiter am 28. Juni die Arbeit nieder. Es formierte sich ein Demonstrationszug, der vom Werk ins Stadtzentrum marschierte. Da zu dieser Zeit die jährliche Posener Messe, die Leistungsschau des kommunistischen Polen, stattfand, war den Streikenden von Beginn an internationale Aufmerksamkeit sicher.

Wie in der DDR dominierten zunächst wirtschaftliche Forderungen die Proteste. Die Arbeiter der Stalinwerke forderten Lohnerhöhungen und Preissenkungen. Ihre Losungen lauteten „Wir wollen Brot" und „Wir haben Hunger". Es waren die unmittelbaren Lebensumstände, die von ihnen als bedrückend empfunden wurden. Bereits beim Aufbruch zerstörten sie eine Tafel mit der Aufschrift *Zakłady im. Stalina* [Stalinwerke]. Auf ihrem Weg in die Stadt eigneten sich die Demonstranten einen Lautsprecherwagen des polnischen Radios an, mit dem sie andere Posener aufforderten, sich einzureihen. Im Laufe des Zuges radikalisierten sich die Parolen. Schon bald erklangen Losungen wie „Nieder mit der Roten Bourgeoisie [Precz z czerwoną burżuazią]" und „Nieder mit den Blutsäufern [Precz z krwiopijcami]." Zu diesem Zeitpunkt schlossen sich immer mehr Bürger den Protesten an.

In ihrem Verlauf wurde die Demonstration zunehmend von einer national-religiösen Symbolik geprägt. Im Zug sah man zahlreiche weiß-rote Fahnen. Die Demonstrierenden sangen die Nationalhymne („Noch ist Polen nicht verloren") und national-religiöse Lieder wie „Rota" und „Boże coś Polskę". Aus öffentlichen Gebäuden entfernte man die Portraits kommunistischer Führer und zerstörte sie. Die patriotischen Emotionen der Masse wandten sich zunehmend gegen „die Russen." Antirussische Parolen erklangen, die Bevölkerung forderte ihren Abzug aus der Stadt und ein „wahrhaft freies Polen." Am Posener Bahnhof zerstörten Arbeiter die gehißte sowjetische Fahne. In der Hoffnung, auf diese Weise ihre Proteste vor einer größeren Öffentlichkeit zu artikulieren, zog ein Teil der Demonstranten zum Ausländerhotel.[241]

Im Laufe des Vormittages hatten die Demonstranten LKWs mit Lautsprechern in ihren Besitz gebracht, mit denen sie sich Gehör verschafften. Auf dem zentralen Platz Posens, der 1956 Stalinplatz hieß, schallte es „Nieder mit den Bolschewiki" und „Nieder mit dem Kommunismus" und „wir wollen die Freiheit". In der Demonstration verbanden sich natio-

240 Zum Volksaufstand in Posen siehe Edmund Makowski, Poznański czerwiec 1956. Pierwszy bunt społeczeństwa w PRL, Posen 2001; Stanisław Jankowiak/Agnieszka Rogulski (Hg.), Poznański czerwiec 1956, Warschau 2002.

241 Machcewicz, Polski rok 1956, S. 88f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

nale und religiöse Themen zu einem Protest gegen die kommunistische Herrschaft, der den Charakter eines Aufstandes gegen die russische Dominanz in Polen trug. Auch die Bevormundung durch den Propagandastaat wurde thematisiert. Einzelne forderten die Freiheit, ausländische Sender zu hören, und ein Leben „ohne Schwindel und Lüge [bez oszustw i kłamstw]." Redner wiederholten die wirtschaftlichen Forderungen der Streikenden. Auf dem Stalinplatz wandten sie sich explizit gegen die Prestigeprojekte des Regimes. So forderten Redner statt weiterer Kulturpaläste den Bau von mehr Wohnungen.[242]

Diesen ersten Teil des Aufstandes hat Paweł Machcewicz zutreffend als „Fest der Freiheit" charakterisiert. Erstmals seit Jahren artikulierte die Posener Bevölkerung ihre nationalen, religiösen und politischen Ansichten in einem öffentlichen Forum. Der friedliche Charakter, den die Manifestation zunächst hatte, drückte sich auch darin aus, daß einzelne Milizionäre zunächst mit den Demonstranten die Straßen und Plätze bevölkerten, ohne angegriffen zu werden. Vom Posener Schloß zog ein großer Teil der Menschen weiter zum Zentrum der Macht – zum Parteihaus.

Auf dem Platz vor dem Wojewodschaftskomitee der PZPR eskalierten die Ereignisse.[243] Eine Delegation von Arbeitern, die ökonomische Forderungen vorgetragen hatte, war mit dem Verweis auf die Zuständigkeit Warschaus abgespeist worden. Daraufhin brachten Demonstranten Transparente mit den Forderungen „Brot" und „Freiheit" am Gebäude an.[244] Vor dem Parteikomitee wurden Mitgliedsbücher verbrannt. Demonstrantengruppen suchten rote „russische" Fahnen und warfen sie auf die Straße. Am Gebäude ersetzten sie die kommunistischen Banner durch polnisches Weiß-Rot. Leninstatuen flogen aus dem Fenster. Den Machtverlust der Partei ironisierend, brachten Demonstranten am Parteigebäude die Aufschrift „Wohnung zu vermieten" an. Im Bildersturm bewiesen die Demonstranten ihre neue Macht. Sie nutzten die Gelegenheit, Symbole der Herrschaft zu zerstören. Wie beim 17. Juni ging mit dem Aufstand auch in Polen die Wiederaneignung des öffentlichen Raumes einher. Vor den Augen der Menschen begann die Desintegration der kommunistischen Diktatur. In diesen ersten Stunden agierte der Leviathan erstaunlich schwach.

Am Mittag des 28. Juni verbreiteten sich Gerüchte über die Verhaftung von Streikenden, und Stimmen behaupteten, daß der Aufstand auch in anderen Teilen Polens ausgebrochen sei. Daraufhin entfernten sich die Demonstranten vom Stalinplatz und strebten den lokalen Machtzentren zu. Sie besetzten das Gefängnis, das Gerichtsgebäude und die Milizkommandantur. In diesen Mittagsstunden schlugen die Proteste in einen Volksaufstand um. Auf Posens Straßen herrschte eine revolutionäre Situation. In geradezu klassischer Weise hatte die Bevölkerung der Staatsmacht die Kontrolle entrissen. Zielgerichtet wandte sie sich gegen die Symbole der Herrschenden und die Institutionen der Unterdrückung. Was als Arbeiterprotest begonnen hatte, war innerhalb weniger Stunden zu einer revolutionären Erhebung der Posener Bürger geworden.

242 A.a.O., S. 95.
243 Makowski, Poznański czerwiec 1956, S. 66–84.
244 Siehe Machcewicz, Polski rok, S. 88.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Nachdem sich die Demonstranten im Stadtgebiet verteilt hatten, beschränkte sich die Gewalt nicht mehr auf den Bildersturm.[245] Zunächst demolierten die Aufständischen einen Störsender, dessen Aufgabe es war, den Empfang ausländischer Radiostationen zu behindern. Ihr offener Haß schlug besonders dem Staatssicherheitsdienst und der politischen Polizei entgegen. Demonstranten versuchten auf den Plätzen und Straßen Posens Mitarbeiter der Staatssicherheit zur Rechenschaft zu ziehen. Diese Lynchjustiz forderte bald ein erstes Todesopfer. Mehrere Stunden belagerten Aufständische das Wojewodschaftsgebäude der Staatssicherheit [UB – Urząd Bezpieczeństwa]. Dabei setzt sie auch Schußwaffen ein, die sie sich beim Sturm auf das Gefängnis beschafft hatten. In diesen Kämpfen radikalisierten sich die Parolen, die die Menge skandierte: „Weg mit den Russen" rief man ebenso wie „Nieder mit den Henkern des Volkes", „Erschießt sie", „Verbrennt sie lebend" und „Rote Gottlose". Auch verglichen die Aufständischen Funktionäre des UB mit nationalsozialistischen Besatzern. Beamte des Sicherheitsdienstes beschimpften sie als „SS-Männer", „Faschisten" oder „Gestapo". Unter den Kämpfenden kursierte das Gerücht, der Sicherheitsdienst in Posen sei die letzte Bastion der Diktatur, in anderen Teilen Polens habe das Volk bereits die Macht übernommen. Zur selben Zeit verbreitete sich unter den Belagerern die Überzeugung, daß die UB-Männer, die ihr Gebäude verteidigten, Russen seien. Man sprach davon, daß es sich um „Russen in polnischen Uniformen" handele, die gegen die Bevölkerung vorgingen. Auch die polnischen Panzereinheiten, die nun in die Stadt kamen, um die Unruhen niederzuwerfen, wurden für Russen gehalten. Mit dieser Konstruktion erklärten die Demonstranten sich das rücksichtslose Vorgehen des Militärs gegen die Zivilbevölkerung.[246]

Seit dem Mittag wurden in Posen polnische Truppen zusammengezogen, die mit ihren Panzern die Erhebung niederschlugen.[247] Vor den Augen ausländischer Beobachter begannen erbitterte Straßenkämpfe. In den Nachmittagsstunden wurde deutlich, daß sich viele Posener der Erhebung anschlossen. Sie übernahmen dabei Verhaltensmuster, die der polnischen Geschichte entlehnt waren. Die bewaffneten Kämpfer trugen weiß-rote Armbinden und stellten sich in die Tradition der Insurgenten von 1919 und 1944, die im großpolnischen Aufstand, in Oberschlesien und in Warschau gegen deutsche Fremdherrschaft gekämpft hatten.[248] Zu dieser Tradition gehörte auch der Widerstand gegen einen besser bewaffneten Feind. Wie groß der Kampfgeist, aber auch die Gewaltbereitschaft der Posener Aufständischen war, zeigte sich an der Anzahl gepanzerter Fahrzeuge, die sie zerstören konnten. Die bewaffneten Auseinandersetzungen dauerten bis in die frühen Morgenstunden des 30. Juni und kosteten etwa 90 Menschen das Leben. Daß circa 10.000 Soldaten und bis zu 400 Panzer benötigt wurden, um die Erhebung zu beenden, verdeutlicht die Entschlos-

245 Makowski, Poznański czerwiec 1956, S. 95–123.

246 Machcewicz, Der Umbruch 1956 in Polen, S. 152; ders., Polski rok, S. 98ff.

247 Zur militärischen Niederschlagung des Aufstandes, siehe: Edward Jan Nalepa, Pacyfikacja zbuntowanego miasta. Wojsko Polskie w czerwcu 1956 r. w świetle dokumentów wojskowych, Warschau 1992. Siehe auch die Darstellung der internen Diskussionen bei Johanna Granville, From the Archives of Warsaw and Budapest: A Comparison of the Events of 1956, in: East European Politics and Societies 16 (2002), S. 521–563, S. 526ff.

248 In ihrem Kampf gegen russische Dominanz standen sie selbstverständlich stärker in der Tradition polnischer Fronden und Aufstände des 18. und 19. Jahrhunderts.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

senheit des Widerstandes. Die SED zeigte sich von den Ereignissen im Nachbarland beeindruckt und beunruhigt und ordnete für die Grenzbezirke erhöhte Alarmbereitschaft an.[249]

Die Eskalation des Posener Aufstandes veranschaulicht, wie sehr die Bevölkerung den Parteistaat als Agentur sowjetischer beziehungsweise russischer Dominanz sah. Die bewaffneten Kräfte wurden als Vertreter der fremden Hegemonialmacht gesehen. Die antikommunistische Agenda der Demonstranten war vornehmlich eine antibolschewistische und letztlich, in den nationalen Kategorien der Akteure, eine antirussische. Polnische Vertreter des Parteistaates wurden aus der nationalen Gemeinschaft ausgeschlossen. Die vom Regime gepflegte – letztlich auf das dichotome Weltbild der Bolschewiki zurückgehende – Einteilung der Umwelt in „Eigene" und „Feinde" fiel in Posen auf die Herrschenden selbst zurück. Bei den Gefechten des Juniaufstandes galt nur noch als Pole, wer auf der richtigen Seite der Barrikade stand. Die Aufständischen nahmen für sich in Anspruch, die Nation zu repräsentieren. In den Gerüchten, aber auch in den militärischen Auseinandersetzungen der letzten Junitage zeigte sich, daß ein Funke genügte, um die latenten Spannungen in einen offenen Konflikt zu überführen. Die polnische Aufstandstradition gegen Fremdherrschaft war den Insurgenten zugleich Legitimation und Handlungsanleitung.

3.3 Der „polnische Oktober": Gomułkas antisowjetisches Charisma

In einem von Edward Gierek für das Politbüro verfaßten Bericht wurde der Posener Aufstand nach stalinistischem Muster als „feindliche Provokation" eingestuft. Ziel sei gewesen, während der Posener Messe dem Ansehen Polens im Ausland zu schaden.[250] Der Pawlowsche Reflex kommunistischer Herrscher, bei Widerstand gegen ihre Politik ausländische Verschwörer verantwortlich zu machen, funktionierte auch nach dem 20. Parteitag. Allerdings traf diese Interpretation selbst in der Parteispitze auf Widerspruch. Einige Funktionäre räumten ein, daß die Arbeiter zu Recht über ihre soziale Lage erbost seien. Schließlich entschloß sich Generalsekretär Edward Ochab wenigstens wirtschaftlichen Forderungen nachzugeben. Ochab versprach eine spürbare Anhebung der Löhne und einen besseren Lebensstandard. Zugleich wandte er sich jedoch gegen eine vermeintliche „Antistaats- und Antipartei-Kampagne" in der Presse. Einige Blätter, so Ochab, würden den Standpunkt von *Radio Free Europe* vertreten. Das zunehmende Bröckeln der repräsentativen Öffentlichkeit bereitete ihm Sorge. Daß Ochab zugleich die „konsequente Demokratisierung" des gesellschaftlichen Lebens forderte, zeigt nicht nur, wie er Zuflucht in Phrasen nahm, sondern ist Ausdruck der im Politbüro herrschenden Ratlosigkeit.[251]

249 Vgl. Torsten Diedrich/Rüdiger Wenzke (Hg.), Mit „Zuckerbrot und Peitsche" gegen das Volk. Die DDR und ihre bewaffneten Kräfte im Krisenjahr 1956, in: Winfried Heinemann/Norbert Wiggershaus (Hg.), Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999, S. 439–468.

250 Siehe Rykowski/Władyka, Polska próba, S. 187f.

251 A.a.O., S. 191.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

In Polen fanden die Posener Ereignisse große Resonanz.[252] In vielen Städten und auf dem Land drückten Menschen ihre Sympathie mit den Aufständischen aus. Teilweise wurden die Ereignisse als Auftakt eines bevorstehenden Krieges gedeutet. Hartnäckig hielt sich das Gerücht, in Posen hätten sowjetische Soldaten auf Frauen und Kinder geschossen.[253] Derweil radikalisierten sich erneut die Forderungen der Arbeiter, und die Stimmung verschlechterte sich weiter. Trotz der Niederschlagung des Posener Aufstandes ließ der Druck von der Basis nicht nach. Die Stimmung konnte jederzeit wieder kippen; die kommunistische Herrschaft in Polen glich im Sommer 1956 dem Tanz auf dem Vulkan. Unter diesem Handlungsdruck ebnete die Führungsebene der PZPR auf dem 7. ZK-Plenum im Juli den Weg für das Comeback des Jahres: Sie kam überein, den Beschluß über „rechtsnationale Abweichungen" und die Ergebnisse der Auseinandersetzungen vom Spätsommer 1948 zu annullieren. Damit war der Weg für die Rehabilitierung Władysław Gomułkas frei. Das 7. Plenum sanktionierte die Wiederaufnahme des früheren Parteichefs, den man mehrere Jahre inhaftiert hatte, in die Staatspartei. Insbesondere von der Bevölkerung wurde Gomułka als Hoffnungsträger wahrgenommen.[254] Die beiden konkurrierenden Fraktionen der Führungsebene hatten beide um Gomułka gebuhlt. Instinktiv schien man in der Parteispitze zu ahnen, daß man nur mit außerordentlichen Schritten die Lage stabilisieren konnte. Ein Parteichef, der von der Bevölkerung als „Pole" und als „Opfer des Stalinismus" wahrgenommen wurde, war eine solche Option. Gomułka selbst entschied sich in dieser Situation für die reformkommunistische Puławska-Fraktion und gegen die stalinistische Natolin-Gruppe um Marschall Rokossowski, die in enger Verbindung zur sowjetischen Botschaft stand.[255]

Auch nach dem Posener Aufstand reagierte der Propagandaapparat nur schwerfällig auf den gesellschaftlichen Wandel. Abgesehen von einigen Zeitschriften und Zeitungen sowie von Teilen der Jugendorganisation ZMP agierten die Herrschenden unbeholfen. Die Presse versuchte, die Suezkrise auszunutzen, um von den eigenen Problemen abzulenken.[256] Um zu demonstrieren, daß die polnisch-sowjetischen Beziehungen unbelastet seien, wurde eine Rundreise des sowjetischen Premierministers Nikolai Bul'ganin durch Polen inszeniert. Der sowjetische Gast besuchte u.a. Łódź, Krakau, Stalinogród und Warschau.[257] Posen stand nicht auf seinem Itinerar. Solche Rundreisen, die auch Nikita Chruščev häufig unternahm, sollten die Volksnähe der Führung demonstrieren.[258] Im Gegensatz zu Stalin, dem entrückten und unnahbaren Herrscher, gaben sich seine Nachfolger betont volkstümlich und

252 Meldunki z terenu Nr. 53/1606. Po wypadkach poznańskich, 4.7.1956, AAN, 237/VII–3860, Bl. 1–4. Siehe auch Makowski, Poznański czerwiec, S. 176–219.

253 Siehe am Beispiel Breslaus Ciesielski, Wrocław 1956, S. 88–90; für weitere Beispiele siehe Machcewicz, Polski rok, S. 112ff.

254 Meldunki z terenu Nr. 61/1614. Po VII Plenum KC, 20.8.1956, AAN, KC PZPR, 237/VII–3860, Bl. 67–77; Meldunki z terenu Nr. 62/1615, 22.8.1956, AAN, KC PZPR, 237/VII–3860, Bl. 78–87; Meldunki z terenu Nr. 63/1616. Po VII Plenum KC, 24.8.1956, AAN, KC PZPR, 237/VII–3860, Bl. 88–97.

255 Zur Spaltung der PZPR-Führung, siehe Machcewicz, Der Umbruch 1956 in Polen, S. 146f.

256 Zum Sommer 1956 in Polen siehe Rykowski/Władyka, Polska próba, S. 215–226.

257 Z podróży po Polsce, *Przyjaźń* 1956, Nr. 31, S. 2–4. Bul'ganin warnte die polnischen Genossen öffentlich vor zu weitgehender Liberalisierung. Siehe Rykowski/Władyka, Polska próba, S. 204.

258 Vgl. auch die Berichterstattung über den Chruščevbesuch in der DDR 1957: Gedanken zu einem Foto, *Freie Welt* 1957, Nr. 35, S. 3–5.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

hemdsärmlich. Staatsbesuche – zu Stalins Zeit in der Regel Geheimaudienzen im nächtlichen Kreml – wandelten sich nun zu Mit-Mach-Veranstaltungen, die in der Inszenierung begeisterter Massen den Prozessionen am 1. Mai oder den Nationalfeiertagen gleichkamen. Abbild der Freundschaft zur Sowjetunion war nun das geschlossene Spalier von Menschen, das ein sowjetischer Gast auf dem Weg zwischen Flughafen und ZK-Gebäude im offenen Wagen durchfuhr.

Für die Bevölkerung änderte sich durch diesen Stilwechsel nicht viel. Auch in den neuen Inszenierungen fand sie sich in der Rolle von Komparsen und Claqueuren wieder. Die Differenz bestand darin, daß die Herrschenden nicht nur in Form eines Portraits oder einer Statue anwesend waren, sondern die Bevölkerung selbst sowjetische Generalsekretäre zu Gesicht bekamen. Verglichen mit dem Hochstalinismus handelte es sich um eine beträchtliche Änderung der politischen Kultur. Ob diese Demonstration von Nähe jedoch Sympathien brachte oder Vertrauen schuf, ist schwer zu beurteilen. Sicher ist, daß die sowjetischen Herrscher aus der Nähe betrachtet bestenfalls durchschnittliche Erscheinungen waren. Der Verzicht auf den Führerkult war nur um den Preis der Entcharismatisierung der kommunistischen Herrschaft zu haben. Die Akteure schnurrten auf Normalmaß zusammen. Es gab zwar immer wieder Versuche, den ersten Sekretär qua Amt zu überhöhen, doch ab 1956 wurden aus Führern wieder Politiker.[259]

Die Inthronisierung des neuen Generalsekretärs Gomułka wurde im Oktober 1956 auf dem 8. Plenum des ZK der PZPR vollzogen. Keine andere Sitzung der Parteispitze wurde mit ähnlichen Hoffnungen verfolgt.[260] Es kam in und um Warschau zur Kraftprobe zwischen sowjetischer Militärmacht und polnischem Selbstbewußtsein. Als die ZK-Sitzung eröffnet wurde, traf in Warschau eine sowjetische Delegation unter der Führung Nikita Chruščevs ein, die von der im internen Machtkampf unterlegenen nationalkommunistischen Natolin-Gruppe alarmiert worden war. Der sowjetische „Freundschaftsbesuch" sollte die bevorstehende Wahl Władysław Gomułkas zum Generalsekretär verhindern. Seit der Auseinandersetzung des Jahres 1948 ging ihm schließlich der Ruf voraus, ein „Feind der Sowjetunion" zu sein. Dies machte ihn für Chruščev als Parteichef inakzeptabel. Dementsprechend deutlich fiel auch die sowjetische Machtdemonstration aus: Aus Schlesien und Pommern setzten sich sowjetische Panzerdivisionen in Richtung Warschau in Bewegung. In der Danziger Bucht kreuzte demonstrativ die sowjetische Flotte, und in Moskau begann die *Pravda* eine Polemik gegen die „antisozialistischen Auftritte" der Polen. Die äußeren Umstände des Oktoberplenums waren dramatisch. Chruščev stand im Nervenkrieg mit seinen polnischen Genossen.[261] Doch am Ende des Tages befahl der sowjetische Parteichef seinen Panzern

259 Zur Kontinuität siehe Marcin Zaremba, The Second Step of a Ladder. The Cult of the First Secretaries in Poland, in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 261–278.

260 Siehe Rykowski/Władyka, Polska próba, S. 236ff.; Machcewicz, Polski rok, S. 151ff.; am Beispiel Breslaus Ciesielski, Wrocław 1956, S. 124ff.

261 Vgl. die Darstellung des entscheidenden Treffens im Warschauer Belweder von Gomułka: Relacja Władysława Gomułki z rozmów polsko-radziekich 19 X 1956 r. w Belwederze, in: Tajne dokumenty Biura Politycznego. PRL-ZSRR 1956–1970, London 1998, S. 5–12.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

umzudrehen und erlaubte das Experiment: Mit Gomułka kam im sowjetischen Block ein Funktionär an die Macht, dessen Legitimation auf seinem antisowjetischen Charisma beruhte.[262] Chruščev sanktionierte die polnische Eigenmächtigkeit und gestand Polen eine limitierte Entscheidungsfreiheit zu.

In seinen ersten Äußerungen bekannte sich der Gomułka zu einem neuen politischen Programm. Dazu zählte das Ende der Repressionen durch einen unkontrollierten Sicherheitsapparat ebenso wie das Recht der Bauern, die Produktionsgenossenschaften wieder zu verlassen. Doch das wichtigste Versprechen Gomułkas gegenüber der polnischen Gesellschaft betraf das Verhältnis zur Sowjetunion. Er sprach von einem polnischen Weg zum Sozialismus und verpflichtete sich, gegenüber der UdSSR die Souveränität des Landes durchzusetzen. Damit erfüllte seine Rhetorik viele Erwartungen: Gomułkas Wahl zum Parteichef löste eine Welle des Enthusiasmus aus und gab den Menschen neue Hoffnung. Die Umstände des 8. Plenums, der Aufmarsch der sowjetischen Armee während Gomułkas Wahl legitimierten in besonderem Maße seine Herrschaft. Nie wieder sollte sich ein polnischer Parteichef einer solchen, fast ungeteilten Zustimmung erfreuen können. Die Begeisterung, die Gomułkas antisowjetisches Charisma hervorrief, hauchte dem Regime zwar neues Leben ein, sie war jedoch nur schwer zu kontrollieren.

Auf dem 8. Plenum entwickelte Gomułka seine Vision eines sozialistischen Polen. Sein Leitthema war das verlorene Vertrauen der Arbeiterklasse, das es wiederzugewinnen gelte. Am 30. Oktober verkündete der neue Parteichef in einer landesweit übertragenen Rede sein Programm. Neben Veränderungen in der Politik gegenüber den Arbeitern und der Bauernschaft hob Gomułka hervor, daß das Bündnis mit der UdSSR weiter polnische Staatsräson sei.[263] Damit hatte er den Kurswechsel bestätigt, aber zugleich die Grenzen der Veränderungen abgesteckt. Diese Grenzen betrafen das Verhältnis zur Hegemonialmacht. Hier konnte Gomułka nur eine stärkere symbolische Distanz zu Moskau anbieten, aber kein tatsächliches Abrücken vom Bündnis und erst recht keinen Abschied von der kommunistischen Diktatur, den Gomułka selbst nicht anstrebte.[264]

In ganz Polen fanden während des 8. ZK-Plenums vom 19. bis 21. Oktober und unmittelbar danach Massenkundgebungen statt, auf denen die Bevölkerung ihre Unterstützung für die neue Politik im allgemeinen und die Person des neuen Generalsekretärs im besonderen artikulierte. Bei diesen Demonstrationen kam es vereinzelt zu Zusammenstößen mit der

262 Chruščevs Verhalten gegenüber Polen steht in einem Widerspruch zu seiner Ungarnpolitik, den es zu erklären gilt. Siehe hierzu Johanna Granville, To Invade or Not to Invade? A New Look at Gomułka, Nagy, and Soviet Foreign Policy in 1956, in: Canadian Slavonic Papers 43 (2001), S. 437–273; dies., Satellites or Prime Movers? Polish and Hungarian Reactions to the 1956 Events: New Archival Evidence, in: East European Quarterly 35 (2002), S. 435–471; dies., From the Archives of Warsaw and Budapest. Siehe zur ungarischen Krise in vergleichender Perspektive: Árpád von Klimó/Alexander M. Kunst, Krisenmanagement und Krisenerfahrung. Die ungarische Parteiführung und die Systemkrisen von 1953, 1956 und 1968, in: Hendrik Bispinck/Jürgen Danyel/Hans Hermann Hertle u.a. (Hg.), Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Berlin 2004, S. 287–307.

263 VIII. Plenum Komitetu Centralnego PZPR, 19.–21.10.1956, *Nowe Drogi* 1956, Nr. 10, S. 21–46.

264 Zur Frage der Zäsur des Jahres 1956 für den polnischen Kommunismus siehe Paweł Machcewicz, Zmiana czy kontynuacja? Polska przed i po październiku '56, in: Dariusz Stola/Marcin Zaremba (Hg.), PRL. Trwanie i zmiana, Warschau 2003, S. 119–158.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Polizei. Während patriotische Lieder gesungen wurden und Hochrufe auf Gomułka durch die Straßen schallten, forderte die Menge immer lauter den Rücktritt des Verteidigungsministers Rokossowski. Der Marschall verkörperte wie kein anderer Politiker die sowjetische Dominanz in Polen. Weil er zu einer Ikone der polnisch-sowjetischen Freundschaft stilisiert worden war, galt er nun als Synonym für die Unterwerfung. Teilweise scheuten die Demonstranten auch nicht vor Angriffen auf sowjetische Einrichtungen zurück. An mehreren Orten kam es zu gewalttätigen Übergriffen gegen die sowjetische Armee und gegen Gebäude der polnischen Staatssicherheit. Noch im November demolierten Demonstranten in Bromberg Milizgebäude und Störsender; im Dezember griffen Demonstranten in Stettin die Miliz, das Gefängnis und die Staatsanwaltschaft an. Randalierer drangen hier in das sowjetische Konsulat ein und demolierten die Einrichtung. Wiederum spielte national-religiöse Symbolik eine herausragende Rolle bei den Protesten. Die Menge forderte die Freilassung des Primas von Polen, Kardinal Wyszyński, und die Wiederzulassung des Religionsunterrichtes.

In ganz Polen herrschte eine national aufgeladene Stimmung. Der Führungswechsel in Warschau wurde als nationale Erhebung gegen die sowjetische Dominanz gedeutet. Dies manifestierte sich in den Forderungen und Losungen, die diese Tage beherrschten. Sie richteten sich gegen „die Russen" und gegen den Verbleib Rokossowkis in Polen. Neben seinen Portraits gingen auf vielen Plätzen Propagandaschriften der TPPR im Feuer auf. Ohne daß sich eine Gewaltexplosion wie in Posen wiederholte, kam es zwischen Oktober und Dezember zu einer zweiten Welle des Bildersturms gegen die stalinistische Ordnung der Öffentlichkeit.

In Breslau entfernten Demonstranten die Straßenschilder an der Stalinstraße. Sie zerstörten Propagandatafeln für Freundschaft zur Sowjetunion und zerrissen rote Fahnen. Die Bevölkerung zog nachts durch die Straßen und skandierte Parolen gegen die Sowjetunion. In einer Resolution forderte die Breslauer PZPR vom Politbüro eine bessere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Verzweifelt versuchte die Staatspartei, die Freundschaft zur Sowjetunion zu retten: Sie hielt daran fest, daß die polnisch-sowjetische Freundschaft eine „Grundvoraussetzung" des sozialistischen Aufbaus sei.[265] Die protestierenden Menschen in Breslau forderten jedoch in Sprechchören den Abzug der sowjetischen Streitkräfte. Nach Ende der Kundgebungen entfernten Demonstranten die Dekorationen des Freundschaftsmonats aus dem Stadtbild und plünderten das Haus der TPPR.[266] Sie verbrannten Portraits von Rokossowski und entfernten auch an der Stalingrader Straße die Namensschilder. Die offizielle Presse sprach von Übergriffen durch „Hooligans". Doch die Breslauer Ereignisse waren kein Einzelfall. Zu Demonstrationen, die einen dezidiert antisowjetischen Charakter trugen, kam es auch in anderen Städten. Sowohl in Gleiwitz als auch in Brieg forderten große Menschenmengen den Rückzug der sowjetischen Streitkräfte. In Liegnitz, dem Hauptquartier der sowjetischen Armee in Polen, zogen Ende Oktober Demonstranten durch die Straßen und forderten ihren Abzug. Sie riefen „Wir wollen Wilna und Lemberg" und konnten nur von Offizieren und Parteiaktivisten zurückgedrängt werden. An zwei Tagen

265 Ciesielski, Wrocław 1956, S. 131f.

266 Zu solchen Übergriffen gegen Einrichtungen und Propaganda der TPPR kam es auch in anderen polnischen Städten, z. B. in Stettin. Siehe: Machcewicz, Polski rok, S. 156–175. Auch in Ungarn zerstörten die Aufständischen insbesondere sowjetische Symbole.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

hintereinander versuchten sie, das Denkmal der Roten Armee zu stürzen. Aufrührer demolierten den Offiziersklub der Roten Armee. An vielen Orten wollten Demonstranten Denkmäler für die Rote Armee beschädigen oder zerstören. Marschall Rokossowski avancierte auch hier zur Zielscheibe der Proteste. So forderten die Demonstranten in Kattowitz „Rokossowski nach Hause", „Rokossowski in die Kolchose" und „Rokossowski nach Sibirien." Als auf einer Kundgebung in Allenstein die Selbstverständlichkeit der polnisch-sowjetischen Freundschaft beschworen wurde, schrien die Teilnehmer den Redner nieder: „Nieder mit der Freundschaft mit den Russen" und „wir wollen diese Freundschaft nicht" schallte es ihm entgegen. Man forderte die Umbenennung des Platzes der Roten Armee in „Platz der ungarischen Aufständischen". In vielen Städten forderte man die Aufklärung des Massakers von Katyń.[267]

Im November und Dezember nahmen die Proteste beständig ab. Sie erreichten nicht mehr das revolutionäre Potential des Posener Juni. Mit wenigen Ausnahmen beschränkte sich die Gewalt auf symbolische Zerstörungsakte, auf einen Bildersturm gegen die Zeichen kommunistischer Herrschaft. Dieses Abflauen vollzog sich unter dem Eindruck der sowjetischen Intervention in Ungarn, die viele Polen schockierte. Das Mitgefühl mit den ungarischen Kämpfern war groß, und selbst die offizielle Presse berichtete vergleichsweise unvoreingenommen von den Ereignissen in Budapest. In vielen Betrieben wurde für die ungarischen Opfer gesammelt. Das gewaltsame Vorgehen der sowjetischen Armee in Ungarn mahnte die Unzufriedenen, die eigenen Forderungen nicht zu weit zu treiben. Die ungarische Tragödie erinnerte die Polen an die Grenzen der Souveränität innerhalb des sowjetischen Imperiums. Sie war Lehre und Warnung zugleich.

Wo lag der Grund für die Popularität und das gläubige Vertrauen, das eine in weiten Teilen antikommunistisch und katholisch eingestellte Gesellschaft dem Kommunisten Władysław Gomułka entgegenbrachte? Die Mehrheit der Menschen nahm Gomułka nicht als neuen Parteichef wahr, sondern als nationale Führerfigur, die sich gegen die sowjetische Dominanz in Polen auflehnte. Sein Erfolg beruhte auf seinem antisowjetischen Charisma, das er aufgrund seiner eigenen Hafterfahrung verkörperte. Dieses Ansehen des neuen Parteichefs trug dazu bei, die PZPR-Herrschaft aus einer existentiellen Krise zu führen. Letztlich entluden sich in den nationalen und antisowjetischen bzw. antirussischen Unruhen des Oktobers die gesellschaftlichen Spannungen, die sich während der Sowjetisierungsphase aufgebaut hatten. Insofern kann man im Oktober 1956 in Polen von einem doppelten Paradox sprechen: Es herrschte „Frühling im Oktober", und antisowjetische Unruhen stabilisierten letztlich die kommunistische Herrschaft.

Bereits im November kam es zur Abkehr von Grundpfeilern der stalinistischen Ordnung. Die unterlegene Natolin-Gruppe wurde aus dem Machtzentrum entfernt; es kam aber zu keinen Verhaftungen oder Prozessen. Einige gesellschaftliche Kernforderungen erfüllte die neue Führung umgehend. Konstanty Rokossowski, die Verkörperung der Fremdherrschaft,

267 Alle Beispiele bei Machcewicz, Polski rok, S. 153–170.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

wurde auf Beschluß des Politbüros als Verteidigungsminister beurlaubt.[268] Die symbolische Dimension seiner Demission war nicht zu unterschätzen. Und dieser Wechsel an der Spitze wurde von weiteren Veränderungen begleitet. Aus den Sicherheitsorganen und der Armee wurden die sowjetischen Instrukteure abgezogen. Ein weiteres Entgegenkommen des Regimes war die Freilassung des seit 1953 inhaftierten Primas der katholischen Kirche, Kardinal Wyszyński. Auch andere Bischöfe kehrten in ihre Diözesen zurück, und an den Schulen durfte wieder Religionsunterricht stattfinden. Einige katholische Zeitschriften, so auch *Tygodnik Powszechny*, erschienen wieder. Die PZPR begann, die von der Staatssicherheit begangenen Verbrechen zu untersuchen. Außerdem beendete sie die Zwangskollektivierung – im agrarisch geprägten Polen ein entscheidender Schritt. Dies führte innerhalb weniger Wochen zur fast vollständigen Auflösung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Neben Gomułkas antisowjetischem Charisma trugen diese konkreten Maßnahmen zur Stabilisierung seiner Herrschaft bei. Nun konnte es keine Rückkehr zur Politik der Nachkriegsepoche mehr geben; der symbolische Bruch mit dem Stalinismus war vollzogen.

Doch gleichzeitig begann der *roll back*. In seiner Rede vom 24. Oktober forderte Gomułka die Arbeiter auf, an die Werkbänke zurückzukehren. Eine zentrale Forderung aus der Bevölkerung konnte der neue Parteichef nicht erfüllen: Es blieben weiterhin sowjetische Truppen in Polen stationiert. Der erste Sekretär warnte ausdrücklich vor einer Entwicklung wie in Ungarn und erklärte die sowjetische Präsenz in Polen sei Teil der „Staatsräson".[269] Gomułka selbst war offenbar der Ansicht, daß letztlich nur sowjetische Truppen in Polen die Sicherheit der Westgrenze garantieren konnten. Tiefes Mißtrauen gegenüber den Deutschen, auch den deutschen Kommunisten, prägte seine Perspektive.[270] Gomułka war der Meinung, daß Polen die Sowjetunion stärker benötigte als umgekehrt. Deshalb wollte er gegenüber der UdSSR den Bogen nicht überspannen. Während diese Zurückhaltung des neuen „Nationalhelden" auch Enttäuschung hervorrief, dürfte zunächst die Zufriedenheit über die Änderung des *status quo* vorgeherrscht haben. Vor dem Hintergrund der Eskalation in Ungarn wurde Ende Oktober unmißverständlich deutlich, daß die Bereitschaft Moskaus, seinen Satelliten größere Unabhängigkeit zu gewähren, eng begrenzt war. Im November reiste Gomułka nach Moskau, um zusammen mit der sowjetischen Führung die wiedergewonnene Einheit des sozialistischen Blocks zu zelebrieren.[271] Diese Reise diente nicht zuletzt dazu, vor der Weltöffentlichkeit die Stabilität der polnisch-sowjetischen Beziehungen darzustellen.

---

268 Decyzje Biura Politycznego KC PZPR w sprawach wojska, 24.10.1956, in: Kierownictwo PPR i PZPR wobec wojska, Warschau 2003, S. 350.

269 W interesie polskiej racji stanu, *Przyjaźń* 1956, Nr. 45, S. 3; Odezwa Komitetu Centralnego Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej. Do klasy robotniczej, do narodu polskiego!, *Notatnik Agitatora. Wydanie dla miasto* 1956, Nr. 20, S. 3–7.

270 Siehe zu Gomułkas Einstellungen gegenüber der DDR und der „deutschen Frage", Granville, From the Archives of Warsaw and Budapest, S. 539ff.; zur dramatischen Verschlechterung der Beziehung zwischen Polen und der DDR 1956 siehe: Anderson, A Cold War in the Soviet Bloc, S. 134–158.

271 Vgl. die offizielle Darstellung: Moskiewska wizyta, *Przyjaźń* 1956, Nr. 47, S. 2–3; die interne Analyse der PZPR: Rozmowy polsko-radzieckie w Moskwie 14–18 XI 1956 r., in: Tajne dokumenty Biura Politycznego. PRL-ZSRR 1956–1970, London 1998, S. 13–30.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Inmitten der antisowjetischen Flut des Oktobers begann der Propagandaapparat, das 8. ZK-Plenum zum Neubeginn der Freundschaft zur Sowjetunion zu stilisieren.[272] Auch die neue Entwicklung und das Comeback Gomułkas mußten in das Korsett der Freundschaftsrhetorik eingepaßt werden. So hieß es nun, das 8. ZK-Plenum stehe dafür, daß Polen an den Idealen der russischen Oktoberrevolution festhalte.[273] Aus heutiger Perspektive erscheint dieser Versuch, die Oktoberereignisse umzudeuten, unbeholfen und nicht überzeugend. Wahrscheinlich wurden diese offiziellen Verlautbarungen von der Bevölkerung zunächst ignoriert. Sie stellten jedoch unter Beweis, daß der Parteistaat an einer repräsentativen Öffentlichkeit festhielt, die weiterhin die Freundschaft zur Sowjetunion darstellen sollte. Ende Oktober 1956 war die offene Debatte über die Beziehungen zur UdSSR bereits beendet, und der Propagandastaat begann, neue Sprachregelungen festzusetzen. Was das Verhältnis Polens zur Sowjetunion betraf, hielt die neue Führung an Bewährtem fest: Der Begriff „Freundschaft" stand nicht zur Disposition.

Zum Jahreswechsel fand die Wahlkampagne zum Sejm statt.[274] Der Wahlmodus war demokratischer als bei vergleichbaren Legitimationsritualen im sowjetischen Block. Es standen mehr Kandidaten zur Auswahl, als Sitze im Sejm zu vergeben waren. Mit der Streichung von Kandidaten der PZPR, hätten die Wähler der Staatspartei eine empfindliche Niederlage beibringen können. Der Einsatz der Parteimitglieder in der Agitation sollte den Sieg der „Front der nationalen Einheit" sichern.[275] Propaganda blieb auch nach dem „polnischen Oktober" ein wichtiges Herrschaftsinstrument.

Ein zentrales Thema der Wahlkampagne war das Verhältnis zur Sowjetunion. Die parteistaatliche Propaganda hob auf die neugewonnene „Souveränität" Polens ab. Dennoch zeigen Berichte aus der Provinz, daß die Stimmung bereits wieder zu kippen begann. Der nationale Rausch des Oktobers, in dem die gesellschaftlichen Verwerfungen keine Rolle mehr gespielt hatten, war vorüber. Gomułka muß dies bemerkt haben, denn er mahnte im Rundfunk, daß ein schlechtes Wahlergebnis die neugewonnene Souveränität Polens in Frage stellen könnte.[276] Der neue Parteichef drohte den Wahlberechtigten: „Wenn Ihr die Kandidaten unserer Partei streicht, dann streicht Ihr die Unabhängigkeit unseres Landes, dann streicht Ihr Polen von der Landkarte der europäischen Staaten."[277] Wenige Wochen nach dem befreienden Bildersturm und der nationalen Euphorie des Oktobers nutzte das Regime das Einschüchterungs- und Erpressungspotential des Verhältnisses zur UdSSR und verwies auf die Grenzen polnischer Souveränität. Es sollte nicht das letzte Mal sein, daß die PZPR ihrer eigenen Bevölkerung mit dem militärischen Eingreifen der Sowjetunion drohte.

272 Siehe bspw. Wielkie dni, *Przyjaźń* 1956, Nr. 43, S. 3.

273 Idee Wielkiego Października zwyciężają, *Notatnik Agitatora. Wydanie dla miasta* 1956, Nr. 20, S. 21–32.

274 Siehe zum Umfeld der Wahlen: Paweł Machcewicz, Wstęp, in: Andrzej Paczkowski/Wiesław Władyka (Hg.), Kampania wyborcza i wybory do Sejmu 20 stycznia 1957, Warschau 2000, S. 5–27.

275 Dalekopis Sekretariatu KC PZPR z 8 stycznia 1957 r. do pierwszych sekretarzy KW i KP w sprawie pełnej mobilizacji aktywu partyjnego do walki wyborczej, in: Paczkowski/Władyka, Kampania 1957, S. 124–126.

276 Siehe zur Wahlkampagne auch Friszke, Polska. Losy Państwa i Narodu, S. 226–231.

277 Zitat bei Machcewicz, Der Umbruch 1956 in Polen, S. 163.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Wo andere Quellen von Legitimität versagten, blieb den Kommunisten nur der Weg, ihre *indirect rule* als das „kleinere Übel" gegenüber einem sowjetisch dominierten Regime darzustellen.

4. Ein deutscher Juni und ein polnischer Oktober: Vergleichende Betrachtungen zur Krise des Propagandastaates

Die Herrschaftskrisen, die zwischen 1953 und 1957 das sowjetische Imperium erschütterten, hatten unterschiedliche Dimensionen. Es gab eine akute Systemkrise, die mit dem Tod des Diktators hervortrat. Sie bildete den Hintergrund für die Suche nach einem neuen *status quo* zwischen Herrschenden und Beherrschten und zwischen der UdSSR und ihren Vasallenstaaten. Der Tod Stalins gab zentrifugalen Kräften Auftrieb.

Inwieweit war die Herrschaftskrise nach Stalins Tod auch eine Krise des Propagandastaates? Die vergleichende Perspektive verdeutlicht, daß die Ereignisse in Polen und der DDR auch eine Krise der Herrschaftsrepräsentation waren. Dies zeigt die Entstehung der Krise: Beide Staatsparteien begingen kapitale Fehler in der Propagandaarbeit, die beim Übergang von der latenten zur akuten Krise als Katalysatoren wirkten. In der DDR handelte es sich um den abrupten Schwenk auf den „Neuen Kurs", der als Zeichen der Schwäche interpretiert wurde. In der PZPR herrschte die Vorstellung, man könne den 20. Parteitag zur Flucht nach vorn nutzen und durch die Verdammung Stalins neues Vertrauen aufbauen. Es erwies sich jedoch als schwierig, die gesellschaftliche Diskussion in den vorgesehenen engen Bahnen zu halten. In beiden Fällen ermutigten diese Schwächen des Propagandastaates die Bevölkerung, die bisherigen Grenzen des Sagbaren zu überschreiten. Auslöser der Proteste waren am 17. Juni und in Posen die ökonomische Unzufriedenheit, doch die Forderungen radikalisierten sich schnell und wurden politischer. In einer Gesellschaft, die in so hohem Maße vom Staat dominiert war, ließen sich die Sphären des Ökonomischen und des Politischen letztlich nicht trennen. Jeder Protest war hier ein politischer Protest.

In der DDR und in Polen drückte sich der Widerstand gegen das Regime auch in dem Bestreben der Bevölkerung aus, sich den öffentlichen Raum wieder anzueignen. Dazu gehörten die spontanen Demonstrationen ebenso wie die Säuberung des öffentlichen Raumes von der Symbolik des Parteistaates. Quellen aus der DDR, aus Posen und auch von Kundgebungen, die im Oktober 1956 in Polen stattfanden, zeigen übereinstimmend, daß der Bildersturm einen zentralen Bestandteil des Protestes bildete. Allerdings fällt auch eine unterschiedliche Gewichtung ins Auge. In der DDR richtete sich die symbolische Gewalt gegen sämtliche Zeichen des Parteistaates; nur Portraits von Karl Marx wurden teilweise von der Zerstörung verschont. Polnische Quellen zeigen, daß insbesondere Zeichen sowjetischer Macht ins Visier der Aufständischen gerieten. Dabei handelte es sich nicht nur um Stalinbüsten, sondern auch um Denkmäler der sowjetischen Armee und um Portraits des Verteidigungsministers Rokossowski. Diese Tendenz, die sich in der Gewalt gegen Sachen abzeichnet, wird durch Losungen und Sprechchöre bestätigt. Sie richteten sich in Polen häufig gegen die „Russen" und den „Bolschewismus." Während die sowjetische Besatzung in der DDR aufgrund der selbstverschuldeten Kriegsniederlage und der deutschen Verbre-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

chen im Vernichtungskrieg einen Rest an Legitimität für sich beanspruchen konnte, sahen sich die Polen mehr als ein Jahrzehnt nach Kriegsende um die Früchte des Sieges betrogen. So richteten sich die Proteste im deutschen Juni 1953 primär gegen die SED-Herrschaft; im Posener Juni und im polnischen Oktober 1956 wandten sich die Demonstranten weniger gegen die eigene Staatspartei als gegen die sowjetische Hegemonialmacht.

Die Volksaufstände des 17. Juni 1953 und des Jahres 1956 bestätigen, wie stark beide Gesellschaften trotz der Sowjetisierungspolitik älteren Traditionen und Mentalitäten verhaftet waren. Während sich die Demonstranten in der DDR – insbesondere bei den Streiks im mitteldeutschen Industrierevier, aber auch in anderen Landesteilen – an traditionellen Verhaltensmustern der deutschen Arbeiterbewegung orientierten, verdeutlicht das Beispiel Posen, wie sehr in Polen die Aufstandstradition handlungsleitend war. Diese polnische Tradition legitimierte die Anwendung von Gewalt gegen ausländische Okkupanten und ihre Instanzen. Die jüngere Vergangenheit beeinflußte ebenfalls die unterschiedlichen Aufstandskulturen. Während in Polen eine positiv besetzte, national-katholische Gegenwelt aus Symbolen, Liedern und Überzeugungen existierte, litt der Volksaufstand in der DDR an der Entwertung nationaler Symbolik nach dem Untergang des Nationalsozialismus. Zwar wurde vielerorts das „Deutschlandlied" gesungen; der SED fiel es jedoch leicht, die Träger nationaler Symbole als „Faschisten" zu denunzieren. Ein ungebrochenes Verhältnis zur Nation stellte im Widerstand gegen die kommunistische Diktatur ein wertvolles Gut dar; es erlaubte in Polen den Zugriff auf wirkungsmächtige Symbole und machte es möglich, sich in eine historische Kontinuität des Widerstandes gegen russische Fremdherrschaft einzuordnen. Demgegenüber agierten die Aufständischen in der DDR in der symbol- und traditionsentleerten Wüste, die der Nationalsozialismus zurückgelassen hatte. Es fehlten positive Bezugspunkte, auf die man im Widerstand gegen die kommunistische Diktatur zurückgreifen konnte.

Ein weiterer Unterschied, der das sowjetische Eingreifen in Polen überflüssig machte, war die Existenz einer positiven Bezugsfigur in der Staatspartei. Ohne Gomułka und sein antisowjetisches Charisma wäre es der PZPR kaum gelungen, ihre Herrschaft im Herbst 1956 wieder zu stabilisieren. Die polnischen Kommunisten besaßen in ihren Reihen nicht nur in Rokossowski die personifizierte Sowjetisierung, sondern mit Gomułka einen Politiker, der für polnische Souveränität und Distanz zur UdSSR stand. In der DDR fehlte ein solcher Hoffnungsträger im Apparat. Im deutschen Kontext lagen die Alternativen jenseits der innerdeutschen Demarkationslinie. Sie hießen Adenauer und Ollenhauer.

In Polen und der DDR dauerte es mehrere Wochen und Monate, bis die Herrschaftskrise überwunden war. Die Erinnerung an die Fragilität der eigenen Herrschaft verfolgte von nun an die Kommunisten. Entscheidend war in beiden Fällen, daß es der Führungsebene gelang, die Staatsparteien selbst zu stabilisieren. Im Gegensatz zur ungarischen Entwicklung standen PZPR und SED in ihrer Existenz nicht zur Disposition. Nach der Überwindung der akuten Krise griffen PZPR und SED schnell wieder auf das Reservoir stalinistischer Propagandamethoden zurück. Dennoch kündigt sich im Umgang mit den Herrschaftskrisen bereits die Auseinanderentwicklung des deutschen und polnischen Kommunismus an. Während Walter Ulbricht nach 1953, abgesehen von ökonomischen Zugeständnissen, einen vollständigen politischen *roll back* durchsetzte und 1956 eine Diskussion über den Stali-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

nismus unterband, unternahm die PZPR nach 1956 nie mehr den Versuch, zum utopischen Sowjetisierungskurs zurückzukehren. Dies zeigte sich in der für das Agrarland Polen zentralen Entscheidung, die Zwangskollektivierung ad acta zu legen. Die repräsentative Öffentlichkeit bekam in Polen Risse. Hier duldete der Parteistaat von nun an mehr Abweichungen von der sowjetischen Orthodoxie. So taten sich Ende der fünfziger Jahre Unterschiede zwischen der Politik von PZPR und SED auf, die durch die persönliche Animosität zwischen Walter Ulbricht und Władysław Gomułka noch verstärkt wurden.[278] Die unterschiedlichen Entwicklungen in Polen und der DDR beschädigten dauerhaft das Monumentalbild der Großen Freundschaft.

278 Anderson, A Cold War in the Soviet Bloc, S. 184–203, S. 222–258.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

KAPITEL 6

Epilog: Der lange Herbst der Grossen Freundschaft 1957–1989

„In der Trybuna Ludu *habe ich gelesen, daß der Regen und das trübe Wetter den warmen Empfang nicht abkühlen konnten, den die Hauptstadtbewohner unserem teuren Gast bereiteten. Ich stand gegenüber vom Palast an der Allee Jerozolimskie. Von Enthusiasmus konnte man nicht reden. Es gab ihn nicht. Die polnisch-sowjetische Freundschaft – das ist eine schwierige Angelegenheit. Es wird noch viele Jahre dauern, das Vertrauen der Nation zu erlangen."*

Mieczysław F. Rakowski zum Warschaubesuch von Lazar' M. Kaganovič, 18.4.1958.[1]

„Bis zum heutigen Tage haben sie es nicht erreicht, daß meine Frau und ich morgen nach Prag oder Ulan Bator oder Samarkand fahren können [...] Ich will nicht zum Fürsten gehen und jeden Blick hinter die Mauer, selbst in östliche Richtung, zum Privileg machen. Die Freundschaft der sozialistischen Länder ist bloß die Freundschaft ihrer ängstlichen Regierungen. Was ist die deutsch-sowjetische Freundschaft? Ein Abzeichen an der Jacke, mehr nicht."

Manfred Krug, 4.5.1977.[2]

Nach den Krisen der Jahre 1953–1956 brachte das Jahr 1957 einen partiellen *roll back* zur Ordnung der repräsentativen Öffentlichkeit, zur Rhetorik der Großen Freundschaft und zum Führerkult. Als die Erschütterungen des 20. Parteitags abebbten, kehrten die parteistaatlichen Herrschaftsdiskurse in modifizierter Form zurück. Im Herbst 1957 führte die Inszenierung des 40. Jahrestages der russischen Revolution diese Entwicklung vor Augen. Wieder wurde im sowjetischen Imperium synchron gefeiert, wieder wurde die Peripherie verpflichtet, ihre Aufmerksamkeit auf das Zentrum in Moskau zu richten. Auch in Polen und der DDR erwies man dem sowjetischen Ursprungsmythos die Ehre.[3] Trotz des Prestige- und

1 Tagebucheintrag vom 18.4.1958, in: Mieczysław F. Rakowski, Dzienniki polityczne 1958–1962, Warschau 1998, S. 9.

2 Tagebucheintrag vom 4.5.1977, in: Manfred Krug, Abgehauen. Ein Mitschnitt und ein Tagebuch, Düsseldorf/München 1998, S. 204.

3 Czesław Wycech, W czterdziestolecie Rewolucji Październikowej, *Przyjaźń* 1957, Nr. 45, S. 3; Der Beginn eines neuen Zeitalters, *Freie Welt* 1957, Nr. 44, S. 12–13; Neuen Siegen entgegen, *Freie Welt* 1957, Nr. 47, S. 3–4. Siehe auch die umfangreichen Vorbereitungen und Diskussionen, die sich durch

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Utopieverlustes des letzten Jahres formulierte die SED-Führung zu diesem Jubiläum als Erziehungsziel:

„Die Vorbereitung und Durchführung der Feierlichkeiten muß von den folgenden Hauptgedanken getragen werden:

1. Dem Sozialismus gehört die Zukunft.
2. Vom Sozialismus geht der Frieden aus.
3. Die Sowjetunion ist die führende Kraft im Kampf um die Erhaltung des Friedens in der Welt. [...]

Da alle diese Fragen die Interessen der ganzen deutschen Nation betreffen, wird vorgeschlagen, daß die Nationale Front des demokratischen Deutschland die Initiative für die Vorbereitung und Durchführung der Feierlichkeiten [...] übernimmt und alle Werktätigen in unserer Republik [...] einbezieht."[4]

Diese Kontinuität der Diskurse und Praktiken läßt es fragwürdig erscheinen, ob es im Propagandaapparat überhaupt eine Abkehr vom stalinistischen Muster gab. An der Freundschaft zur Sowjetunion, auch an den Freundschaftsgesellschaften hielt man fest, und den Führerkult um Stalin ersetzte der wiederaufgewertete Lenin-Kult.[5] Die Verehrung des sowjetischen Staatsgründers erfüllte verschiedene Funktionen: Zunächst besetzte er die zentrale Leerstelle, die nach der Verdammung Stalins im sowjetischen Symbolsystem klaffte. Wie zuvor die Persona Stalins, so sollte nun Lenin die transnationale Klammer bilden, die die UdSSR und darüber hinaus auch den sowjetischen Block zusammenhielt. Die erste große Kampagne des Propagandastaates, die nach dem Oktober 1956 in Polen stattfand, waren im April 1957 die „Lenintage [dni leninowskich]".[6] Nun wurde Lenin zum *spiritus rector* der polnisch-sowjetischen Freundschaft stilisiert.[7]

Der Stalinismus, der die Funktionärsapparate geprägt hatte, verschwand hinter dem Euphemismus „Personenkult", der wie viele andere Begriffe in beiden Ländern direkt aus dem Russischen in den offiziellen Sprachgebrauch importiert wurde. Bis zum Zusammenbruch des Kommunismus verbarg sich hinter dieser Worthülse die Herrschaft Stalins, die Zeit des

---

das ganze Jahr 1957 zogen, in SAPMO-BArch DY 6 – vorl. 0967; unpag, SAPMO-BArch DY 6 – vorl. 1167, unpag.

4 In der DDR liefen die Planungen der Feiern bereits seit dem April. Siehe Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 16/57 des Politbüro der SED. Betr.: Durchführung der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, 9.4.1957, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/2/536, Bl. 12–16. Siehe auch Wer Frieden will, muß Freundschaft halten. Hg. von der Kommission zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Berlin (Ost) 1957.

5 Nikita Chruščev führte ab 1955 einen neuen Leninkult in der Sowjetunion ein, dem sich auch die anderen Staaten des Blocks verpflichtet fühlten. Vgl. Tumarkin, Lenin lives, S. 256ff.

6 Notatka w sprawie obchodu „Dni Leninowskich", [ohne Datum, Anfang 1957], AAN, KC PZPR, 237/ VIII–367, Bl. 2–3.

7 Siehe auch Notatka w sprawie obchodu XII rocznicy podpisania Układu o przyjaźni i pomocy wzajemnej i współpracy powojennej między Polską a ZSRR, [ohne Datum, Anfang 1957], AAN, KC PZPR, 237/ VIII–367, Bl. 4.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Terrors und der Sowjetisierung. Stalins Name und Stalins Bild, wenige Jahre zuvor omnipräsent, wurden zum Tabu. In Polen verschwand Stalin bereits Ende 1956 weitgehend aus der Öffentlichkeit.[8] In der DDR wartete man mit dieser toponymischen Entstalinisierung bis zum 22. Parteitag der KPdSU 1961. Erst zu diesem Zeitpunkt, nach einer zweiten Verdammung Stalins, nahm die SED-Spitze – ohne öffentliche Erklärungen – über Nacht die Umbenennung zentraler Orte, wie etwa der Stalinallee in Berlin oder Stalinstadt, vor.

Obwohl sich die Freundschaftsgesellschaften in Polen und der DDR im Zuge der Herrschaftskrisen weitgehend aufgelöst hatten, hielten die Parteistaaten an dieser Form der organisierten Agitation fest. Was sich änderte, waren nicht die Organisationsformen, sondern die Darstellungsmodi. Das Bild der Sowjetunion in Polen und der DDR wurde neu akzentuiert. Nach 1956 änderte sich die Darstellung der UdSSR in den Massenmedien. Die Zeitschriften der Freundschaftsgesellschaften, *Przyjaźń* und *Freie Welt*, befreiten sich seit 1954 graduell und seit dem 20. Parteitag 1956 weitgehend aus dem sprachlichen Korsett des Sowjetuniondiskurses. Die Illustrierte *Freie Welt* schlug in vielen Artikeln einen anderen Ton an als ihre Vorgänger *Friedenspost* und *Die Neue Gesellschaft*. Moskau beispielsweise, bisher der utopische Ort *par excellence*, erschien schon 1954 in einem Artikel der *Freien Welt* als mondäne Großstadt mit internationalem Flair, der keine ideologischen Attribute mehr zugeordnet wurden: „Je dunkler es wird, desto mehr kommen die Lichtreklamen zur Geltung. Mit Neonschriften der verschiedensten Farben werden Gebrauchsgüter und Lebensmittel empfohlen. Die Fenster der Cafés und Restaurants wetteifern in ihrer Lichtfülle mit den Läden. Hoch von den Dächern herab verkünden die Programme der Lichtspieltheater: Versäumen sie nicht den italienischen Film ‚Rom um elf Uhr'!"[9] Hier fehlen bereits die zuvor obligatorischen Verweise auf die gesellschaftliche Aktivität, die Großbauten, die Metro, den Heroismus und Enthusiasmus seiner Bewohner oder ihre Wachsamkeit gegenüber „Feinden". An die Stelle der stalinistischen Topoi traten Symbole der westlichen Moderne – Unterhaltung ohne didaktischen Anspruch, Cafés und Reklame fanden neue Anerkennung. Andere Artikel stellten die Sowjetunion nun als Ort unbeschwerter Freizeit dar.[10] Dieses veränderte Sowjetunionbild setzte sich graduell durch. In der *Freien Welt* fand sich der neue Ton bereits vor dem 20. Parteitag der KPdSU; der Wandel verlief hier fließender als etwa beim Stalin-Kult. Auch die Hierarchien der Großen Freundschaft galten nur noch bedingt. Dies manifestierte sich in der Aufwertung der „Volksdemokratien" gegenüber der UdSSR. So berichtete die *Freie Welt* ausführlich über eine Ausstellung von DDR-Produkten in Moskau. Dabei betonte der Artikel, wie sehr den Russen die deutschen Produkte gefielen und wie groß das Interesse sowjetischer Bürger am

8 Bereits 1956 erhielten in Breslau die Stalinstraße [ul. Stalina] den Namen Straße der Nationalen Einheit [ul. Jedności Narodowej] und die Stalingrader Straße [ul. Stalingradzka] bekam den historischen Namen Schweidnitzer Straße zurück. Die Sowjetische Straße [ul. Radziecka] und die Allee der Polnisch-Sowjetischen Freundschaft [ul. Przyjaźni Polsko-Radzieckiej] blieben bis zum Ende des kommunistischen Regimes bestehen. Siehe Thum, Die fremde Stadt, S. 359f.

9 A. Jeriwanski, Moskau am Abend, Freie Welt 1954, Nr. 20, S. 7. Vgl. auch 1957 in ähnlichem Duktus den Bericht über den Moskaubesuch von Yves Montand und Simone Signoret: Moskau feierte Simone und Yves, Freie Welt 1957, S. 2–3.

10 Wochenend im Sonnenschein, Freie Welt 1957, Nr. 25, S. 12–13.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.338

Ausland sei.[11] Das Schüler-Lehrer-Verhältnis zwischen Deutschen und Russen schwächte sich ab, und die DDR erlangte eine größere Wertschätzung.

Diese neuen Nuancen bedeuteten nicht, daß die parteistaatlichen Medien nun kritisch oder neutral über sowjetische Angelegenheiten berichteten. Die Verherrlichung der Sowjetunion, die positive Sicht und der bewundernde Duktus blieben erhalten. Auch in der Form der Reportagen und in vielen Stilmitteln war der Sowjetuniondiskurs noch lebendig. Sowjetische Feiertage wurden weiterhin gewürdigt und neue „Errungenschaften" hervorgehoben. Dennoch gab es nach 1956 kein Zurück mehr zum Sowjetuniondiskurs in Reinform, wie er seit Beginn der dreißiger Jahre die kommunistische Propaganda dominiert hatte. Das Ende der Sowjetunion als utopischer Ort bedeutete einen entscheidenden Einschnitt. Er ging mit dem Ende derjenigen Institution einher, die über 30 Jahre lang die Verbreitung des Sowjetuniondiskurses gefördert und überwacht und sich der ausländischen Besucher fürsorglich angenommen hatte. Im September 1957 wurde die VOKS aufgelöst. Diese Entscheidung Moskaus bedeutete einen Autonomiegewinn für die Propagandaapparate in Polen und der DDR. Fortan fand zwar weiterhin eine Überwachung der Öffentlichkeit durch die sowjetischen Botschaften statt. Es existierte jedoch keine Institution mehr, deren alleinige Aufgabe es war, die Redeweise über die Sowjetunion anzuleiten.

Die Aufweichung des Sowjetuniondiskurses begleitete der Bruch mit der totalitären Ästhetik, die seit den dreißiger Jahren die kommunistische Propaganda prägte. Männliche Arbeiter, Helden und „Neue Menschen" verschwanden nun von der Bildfläche. Das heroische Motiv wurde durch Bilder moderner Technik ersetzt.[12] 1957 war in dieser Hinsicht ein Schlüsseljahr. Mit dem erfolgreichen Start des *sputnik* im Oktober bekam die sowjetische Moderne ein neues Symbol und die Propaganda ein neues Motiv, das bis zum Ende des Kommunismus in unendlichen Variationen reproduziert wurde. Die Raumfahrt wurde dabei zum Beweis für das Zukunftspotential des Kommunismus erklärt. So malte sich die *Freie Welt* kurz nach dem Start des ersten Satelliten die Möglichkeiten des sowjetischen Raumfahrtprogramms in schillernden Farben aus: „Nicht mehr fern ist die Zeit, in der wir den Start und Flug der ersten Mondrakete sogar auf dem Bildschirm verfolgen werden. [...] Sowjetische Wissenschaftler sprechen bereits von Weltraumschiffen, die fast mit Lichtgeschwindigkeit in den Kosmos fliegen. Wird die Erdenzeit in ihnen noch Gültigkeit besitzen?"[13] Diese Zukunftsperspektiven sollten die Mängel vergessen machen, die den sozialistischen Alltag prägten. Bei der Raumfahrt handelte es sich um eine neue Zukunftsinsel, die die „Großbauten des Kommunismus" ablöste. Nicht mehr Kanäle, sondern Raketen standen

11 Vgl. Viktor Unbeck, Kleine Erlebnisse während der Ausstellung der DDR in Moskau, *Freie Welt* 1954, Nr. 16, S. 2; Richard Paulick, Das demokratische Deutschland in Moskau, *Freie Welt* 1954, Nr. 10, S. 1.

12 In diesen Zusammenhang gehört auch die Rede über die Atomenergie. Vgl. bspw. Gottfried Grünberg, Die Atomkraft, eine Wohltat für die Menschheit, wenn sie sich in den Händen des Arbeiter- und Bauernstaates befindet, Berlin (Ost) 1955.

13 Endstation Kosmos, *Freie Welt* 1957, Nr. 42, S. 3. Siehe auch: Der Sputnik kann mehr als man von ihm erwartete, *Freie Welt* 1957, Nr. 43, S. 3. Der Fokus auf Technik spielte auch in den internen Legitimationsbemühungen der SED eine zentrale Rolle. Siehe Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft, S. 192–210.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

nun für kommende Größe. Um Raumfahrt und Kosmos entspann sich ein Propagandadiskurs, der die junge Generation von der Zukunftsfähigkeit des sowjetischen Systems überzeugen sollte. Hier konnte die Propaganda einen Vorsprung vor den Vereinigten Staaten ausnutzen, der bis zur Mondlandung 1969 bestand. Die Fixierung auf den Wettbewerb mit dem Westen, die seit Ende der fünfziger Jahre in der Propaganda verstärkt hervortrat und Nikita Chruščevs Glauben an die Überlegenheit des eigenen Systems spiegelte, bildete jedoch zugleich einen ständigen Schwachpunkt, da die kommunistische Welt nur im Kosmos den Vergleich mit dem Westen nicht scheuen mußte: Doch die Menschen mußten ihren Alltag nach wie vor am Boden bewältigen.

Eine partielle Lockerung bestimmte auch nach dem *roll back* des Jahres 1957 die polnische Medienlandschaft. Periodika aus dem Umfeld der katholischen Kirche wurden, wenn auch zensiert, wieder zugelassen. Gleichzeitig bemühte sich der Parteistaat um Neuerungen. So erschien seit 1957 die Zeitschrift *Polityka*, die sich nicht an sowjetischen Vorbildern, sondern von der Aufmachung her an westlichen Nachrichtenmagazinen orientierte. Erster Chefredakteur wurde der junge Journalist Mieczysław Rakowski. Obwohl die *Polityka* die Parteilinie unterstützte und oppositionellen Stimmen kein Forum gab, stand sie doch bald für einen neuen Ton. Dies zeigte sich beispielsweise in Berichten des Deutschlandexperten Rakowski über die Bundesrepublik, die mit den bisherigen Klischees brachen. Auch die Artikel über die UdSSR in der *Polytika* kennzeichnete ein neuer Stil. Zwar wurde die Vorbildlichkeit der Sowjetunion nicht in Abrede gestellt, doch an vielen Stellen wurden Unzulänglichkeiten und Fehlentwicklungen angesprochen. Innerhalb enger Grenzen war es nun möglich, sowjetische Politik zu kritisieren und über wirtschaftliche Schwierigkeiten zu berichten.[14]

Was bedeutete die Verdammung Stalins und die Dekonstruktion des utopischen Ortes Sowjetunion für die Freundschaftsgesellschaften? Im Stalinismus war die Verbreitung des Sowjetuniondiskurses ihre *raison d'être* gewesen. In der Krise nach Stalins Tod hatten die Mitgliederstrukturen von TPPR und DSF stark gelitten. Ihre Mobilisierungskraft war geschwächt.[15] Viel hätte dafür gesprochen, diese Massenorganisationen, gegen die sich in den Herrschaftskrisen des Juni 1953 und des Oktober 1956 der Volkszorn gerichtet hatte, stillschweigend aufzulösen. In Polen verfuhr man so mit dem diskreditierten Jugendverband *Zwiazek Młodzieży Polskiej*. PZPR und SED entschieden sich jedoch für den Fortbestand der Freundschaftsgesellschaften. In der SED diskutierte man zwar kritisch den Zustand der DSF und spielte wohl auch 1955/56 mit dem Gedanken, ihr den Status einer Massenorganisation zu nehmen.[16] Trotz des prononciert negativen Urteils einer „Instruk-

14 Vgl. bspw. Zbigniew Isaak, 30 dni w ZSRR. Tempo zmian, *Polityka* 1957, Nr. 14, S. 5; ders., 30 dni w ZSRR. O wyzszy poziom życia, *Polityka* 1957, Nr. 15, S. 3.

15 Die Krise der TPPR wurde in der polnischen Presse eingestanden. Vgl. bspw. Edward Orłowski, O odrodzone TPP-R, *Przyjaźń* 1957, Nr. 30, S. 3. Die Krise der DSF nach dem Juni 1953 beschreibt aus zeitgenössischer westlicher Sicht: Hermann Werdau, Die Fiktion der Freundschaft. Struktur und Aufgabe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, *SBZ-Archiv* 1953, S. 276–279.

16 1955 war die interne Evaluation der DSF durch eine ZK-Brigade negativ ausgefallen: Bericht der Instrukteursbrigade über die Untersuchung der Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok-1358

teursbrigade" über die Propagandaarbeit der DSF konnte sich die SED 1956 jedoch nicht dazu durchringen, den Status der Organisation zu schmälern. Allerdings trat die DSF nicht mehr so stark in Erscheinung und verlor einige Kernkompetenzen. So erhielt mit der „Nationalen Front" eine konkurrierende Massenorganisation den Auftrag, die Feiern zum 40. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution 1957 zu organisieren, – eine Angelegenheit, die zuvor in den Aufgabenbereich der DSF gefallen wäre.[17] In den Jahren nach 1956 zeigte sich außerdem, daß die sowjetischen Feste und Feiertage zunehmend die Bedeutung verloren, die ihnen in der utopischen Sowjetisierung zugeschrieben worden war. Statt dessen werteten PZPR und SED eigene Feiern und Jubiläen auf.[18] In der DDR erlebte der Antifaschismus, der in den frühen fünfziger Jahren gegenüber der Freundschaft zur Sowjetunion in den Hintergrund getreten war, als *die* Legitimationsideologie eine Renaissance.[19] Dennoch stufte die SED die Freundschaft zur Sowjetunion nicht offiziell herab. Im Gegenteil: An die Stelle einer kritischen Bestandsaufnahme der Propagandaarbeit trat 1957, ganz im stalinistischen Geist, die Feier der eigenen „Errungenschaften": Nachdem sich die SED entschlossen hatte, an der DSF festzuhalten, erhielt die Organisation einen Orden zuerkannt. Im August 1957 stimmte das Politbüro dem Vorschlag zu, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft den „Vaterländischen Verdienstorden in Gold" zu verleihen.[20] Friedrich Ebert blieb zunächst ihr Präsident. Die SED hatte sich für Kontinuität entschieden. Die Hypotheken der utopischen Sowjetisierung, die von der DSF propagiert worden war, wurden weiter beschwiegen.

Daß die TPPR nach dem polnischen Oktober in eine schwere Krise geriet, liegt auf der Hand. In engem Schulterschluß mit der Partei hatte sie unter der Leitung Edward Ochabs eben jene Sowjetisierungspolitik verkörpert, die in der Bevölkerung auf scharfen Widerspruch stieß. Seit dem Frühjahr 1956 verließen zahlreiche Mitglieder die Organisation. Dieser Aderlaß verstärkte sich im antisowjetischen Furor des Herbstes 1956. Anfang 1957 bestand die TPPR praktisch nur noch aus ihrem professionellen Funktionärskorps. Im Herbst dieses Jahres fertigte die ZK-Abteilung Propaganda eine Bestandsaufnahme über Organisation und Perspektiven der TPPR an. Nüchtern resümierte die Staatspartei, die TPPR befinde sich im Zustand der „Liquidation". Offenbar hatte sich in der Freundschafts-

---

Freundschaft, 11.11.1955, SAPMO-BArch DY 32–10237, unpag. Auch der DSF-Generalsekretär Grünberg berichtet in seinen Erinnerungen von Überlegungen in der SED, die DSF herabzustufen. Vgl. Grünberg, Kumpel, Kämpfer, Kommunist, S. 326f.

17 Siehe die Planungen der Nationalen Front zur Feier des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution: SAPMO-BArch DY 6 – vorl. 0967, unpag, SAPMO-BArch DY 6 – vorl. 1167, unpag.

18 Vgl. am Beispiel der Jahrestage der DDR: Gibas, Wiedergeburten. In Polen galt dies für den Nationalfeiertag am 22. Juli und insbesondere für die Milleniumsfeiern des Jahres 1966. Siehe hierzu Zaremba, Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm, S. 314ff.

19 Diese Aufwertung des Antifaschismus manifestierte sich in der Einweihung der „Nationalen Mahn- und Gedenkstätte" Buchenwald im September 1958, deren Errichtung zu Beginn des Jahrzehnts blockiert worden war. Siehe Volkhard Knigge, Die Gedenkstätte Buchenwald: Vom provisorischen Grabdenkmal zum Nationaldenkmal, in: Claudia Keller (Hg.), Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus. Geschichte und Neubewertung, Berlin 1996, S. 309–331.

20 Abteilung Außenpolitik und Internationale Beziehungen, 28.8.1957, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/2A/581, Bl. 117f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

gesellschaft nach dem 8. Plenum 1956 wenig geändert; in der Diktion des *newspeak* hieß es, es herrschten nach wie vor „dogmatisch-sektiererische Tendenzen". Innerhalb der TPPR-Führung sei es zu starken Fraktionskämpfen gekommen. Dies habe die Propagandaarbeit zum Erliegen gebracht.[21] Offenbar handelte es sich bei der TPPR um eine stalinistische Bastion, die nun in die Kritik der Gomułka-Equipe gerieten. Doch auch die TPPR wurde nicht aufgelöst, sondern neu positioniert. Die Strategie zum Wiederaufbau bestand in einer symbolischen Entkoppelung der Organisation von der Staatspartei. Neuer Vorsitzender wurde der Chef der Bauernpartei PSL, Czesław Wycech. Auch inhaltlich machte sich die Neuausrichtung bemerkbar. Die Argumentation der Freundschaftspropaganda näherte sich an die Zeit der pragmatischen Sowjetisierung an: Wie nach dem Krieg hieß es nun wieder, die Sowjetunion sei die einzige Garantiemacht der polnischen Westgrenze. Die Freundschaft zur Sowjetunion blieb wegen der deutschen Gefahr polnische Staatsräson. Die außenpolitischen Notwendigkeiten traten erneut in den Vordergrund, und antideutsche Ressentiments wurden unter Gomułka gepflegt. Dabei schürte die PZPR die Angst vor dem Verlust der Westgebiete sowie vor dem Verlust der beschränkten Souveränität, die Polen im sowjetischen Herrschaftsbereich hatte. Apodiktisch hieß es: Freundschaft mit der Sowjetunion oder Ende der Unabhängigkeit. *Tertium non datur.* Bis zum Warschaubesuch Willy Brandts war dies ein zentraler Glaubenssatz des kommunistischen Polen.[22] Die erfundene Freundschaft zur DDR trat gegenüber der beschworenen Bedrohung durch die Adenauersche Bundesrepublik ins zweite Glied. Wenn die Propaganda die deutsche Karte spielte, dann versuchte sie nun wieder die Ängste vor einer (west-)deutschen Revanche zu beschwören.[23]

TPPR und DSF litten beide unter der Entstalinisierungskrise, dennoch wurden sie nicht aufgelöst. Ab 1957 wurde in Polen der „überparteiliche" und „nationale" Charakter der Freundschaftsgesellschaft wieder betont. In der DDR hingegen folgte dem Politbüromitglied Friedrich Ebert 1958 auf dem 6. Kongreß der SED-Außenpolitiker Georg Handke als DSF-Präsident. Die symbolische Abkoppelung von der SED geschah hier erst 1963, als mit dem LDPD-Blockpolitiker Johannes Dieckmann ein Bürgerlicher an die DSF-Spitze delegiert wurde. Daß keine Politbüromitglieder mehr den Vorsitz bei TPPR und DSF bekleide-

21 Do Kierownika Wydziału Propagandy KC PZPR tow. Werblana, 1.11.1957, AAN, KC PZPR, 237/ VIII–367, Bl. 7. Zum desolaten Zustand der Krakauer TPPR siehe: Informacja o pracy Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiejh w Krakowskiem, 19.12.1957, APK, KW PZPR, 52/ VIII–949, Bl. 5–10. Siehe auch: Uchwała Egzekutywy Komitetu Wojwódzkiego PZPR o działalności Towarzsytwo Przyjaźni Polsko-Radzieckiej w wojew. krakowskim, 12.2.1958, APK, KW PZPR, 52/ VIII–949, Bl. 1-4.

22 Zur weiteren problematischen Beziehung zwischen Polen und dem geteilten Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren siehe: Stefan Garsztecki, Das Deutschlandbild in der offiziellen, der katholischen und der oppositionellen Publizistik Polens 1970–1989. Feindbild kontra Annäherung, Marburg 1997.

23 Siehe zur antideutschen Propaganda und ihrem Anteil an der polnischen Identität der sechziger Jahre: José M. Faraldo, Teutonic Knights and Polish Identity: National Narratives, Self-Images and the Socialist Public Sphere, in: Gábor T. Rittersporn/Malte Rolf/Jan C. Behrends (Hg.), Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten, Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a. 2003, S. 279–306.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

ten, verdeutlichte den Bedeutungsverlust der Propaganda für die Sowjetunion am Ende der fünfziger Jahre. Sowjetisierungskampagnen mit dem Anspruch, die ganze Bevölkerung zu mobilisieren, gab es nach dem Ende der „Monate der Freundschaft" 1956 nicht mehr. Die gelegentlichen Konferenzen und Symposien zur „Freundschaft mit der Sowjetunion", die „Wochen der Freundschaft" oder „Tage des sowjetischen Kinos" waren unverbindliche Angebote.[24] Innerhalb des politischen Systems Polens und der DDR befanden sich die Freundschaftsgesellschaften seit 1958 in einem Zustand konsolidierter Zweitrangigkeit.[25]

Letztlich war es vermutlich ihre symbolische Bedeutung, die ihnen eine Existenzgarantie bescherte. Auch in der poststalinistischen Phase war es in Polen und der DDR nicht denkbar, zum sowjetischen Imperium zu gehören und nicht über eine Massenorganisation zu verfügen, die für die Freundschaft zur Sowjetunion stand. Die ängstlichen Regime, die stets um die Pflege ihrer Beziehungen zur UdSSR bemüht waren, scheuten den Skandal, den eine Abwicklung oder auch nur die lautlose Implosion einer Freundschaftsgesellschaft bedeutet hätte; eine solche Entwicklung hätte die falschen Signale an Moskau und an die eigene Bevölkerung gesendet. Im politischen System der sechziger und siebziger Jahre nahmen die Freundschaftsgesellschaften in Polen und der DDR ähnliche Stellungen ein. Allein ihre Existenz, ihre Präsenz in der repräsentativen Öffentlichkeit, bestätigte den innen- und außenpolitischen *status quo*. Außerdem konnten TPPR und DSF den Bürgern in der kommunistischen Diktatur ein Angebot machen. Diejenigen, die einen Loyalitätsnachweis benötigten, konnten diesen durch ihre Aufnahme erwerben, ohne daß sie in die Staatsparteien eintreten mußten. Sie erhielten nur das Mitgliedsbuch der Freundschaftsgesellschaft und mußten dort Beiträge abführen, doch ein weiteres Engagement erwartete der Parteistaat nicht mehr. Die hohen Mitgliederzahlen von jeweils mehreren Millionen belegen, daß von dieser Möglichkeit reger Gebrauch gemacht wurde. Für Jugendliche war der Eintritt in TPPR oder DSF ein *rite de passage* auf dem Weg zum loyalen Staatsbürger. So erfüllten die Freundschaftsgesellschaften über Jahrzehnte eine politische Funktion im Gefüge der Diktatur.

Trotz dieser strukturellen Ähnlichkeiten des Propagandastaates entwickelten sich Polen und die DDR nach 1956 in unterschiedliche Richtungen. Im Vergleich zur DDR kam es in Polen zu einer weitergehenden Liberalisierung. Im größeren Spielraum parteistaatlicher Medien drückte sich ein anderer Herrschaftskompromiß aus. Während die SED in den sechziger Jahren dazu überging, den Konsum bundesdeutscher Medien zu tolerieren, so daß das Bedürfnis nach Information durch westliches Radio und Fernsehen gestillt wurde, versuchte der polnische Parteistaat noch, Medien zu produzieren, die mit dem Westen konkurrieren konnten. Diesen Versuch hatte die DDR-Führung früh aufgegeben. Ihr ging es primär um die Loyalität der SED-Mitglieder, die keine Westmedien konsumieren durften und um die Machtdemonstration des Parteistaates in der repräsentativen Öffentlichkeit, wo keine Alter-

24 Deshalb ist auch der These von Katja Kuhn zu widersprechen, die für die siebziger Jahre von einer Aufwertung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft spricht. Vgl. Kuhn, „Wer mit der Sowjetunion verbunden ist ...", S. 93–104.

25 Zur Inhaltsleere der DSF-Propaganda und ihrer Zweitrangigkeit im politischen System der Honecker-Ära siehe auch Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Bonn 1998, S. 115.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

nativen zur offiziellen Weltsicht geduldet wurden. Doch auch im Polen Gomułkas wies die Parteiführung diejenigen in ihre Schranken, die die Grenzen des Sagbaren nicht akzeptierten. Ein Jahr nach dem „polnischen Oktober" wurde die Zeitschrift *Po prostu* verboten, die 1956 die mediale Speerspitze der Reformer bildete.[26] Dennoch blieb das kommunistische Polen im Vergleich zur DDR in Medienangelegenheiten liberal.

Das Ende des Sowjetuniondiskurses ging mit einer vorsichtigen Öffnung der geschlossenen Gesellschaft der UdSSR einher. Seit 1956 wurde die abgeschottete Sowjetunion für Ausländer leichter zugänglich. Auch ohne die Einbettung in eine Delegation eröffnete die sowjetische Regierung ausländischen Touristen nun die Möglichkeit, das Land zu besuchen.[27] In der Presse wurde über diese Reisemöglichkeiten ausgiebig berichtet.[28] Einen ersten Höhepunkt dieser partiellen Öffnung bildete das internationale Jugendfestival, das im Sommer 1957 in Moskau stattfand und zu dem mehrere Tausend ausländische Jugendliche in die sowjetische Hauptstadt reisen durften.[29] Dennoch konnte von freiem Reiseverkehr oder uneingeschränktem Individualtourismus keine Rede sein. Delegationsreisen waren weiterhin die Regel, die Visumpflicht wurde aufrechterhalten, und unkontrollierte Kontakte blieben damit die Ausnahme. Weiterhin sollten die Bürgerinnen und Bürger sozialistischer Staaten die Sowjetunion vorzugsweise in einem festgelegten Rahmen kennenlernen. Für authentische Informationen über das Leben in der Sowjetunion, über das Leiden der Millionen in den Lagern des GULag sorgten die entlassenen Häftlinge, die seit 1955 aus Sibirien zurückkehrten. Insbesondere nach Polen siedelten ab 1956 Tausende Deportierte und Einwohner der *kresy*, der historischen Ostgebiete Polens, über, die in die Gesellschaft integriert werden mußten.[30] Als ehemalige Sowjetbürger wider Willen brachten sie ihre eigenen Ansichten und Erzählungen über das sowjetische System in ihre neue Heimat mit.

Die Entstalinisierung bedeutete auch kulturelles „Tauwetter". Die Abkehr von den Dogmen der stalinistischen Kulturindustrie begann in der Sowjetunion, doch sie ging in Polen wesentlicher weiter als in der UdSSR, und sie streifte die DDR nur am Rande. Ein Beispiel für diese Unterschiede bildet der Roman Ilja Ehrenburgs, der für die Epoche namengebend war. „Tauwetter" erschien 1954 in der Sowjetunion. Eine polnische Übersetzung folgte 1955, und in der DDR erschien der Roman erst 1957 im DSF-Verlag „Kultur und Fortschritt", das heißt zu einer Zeit, als ihm bereits keine kulturpolitische Bedeutung mehr zukam.[31] Der SED gelang es nun, ihr Herrschaftsgebiet gegen ungewollte Liberalisierungs-

26 Vgl. Friszke, Polska. Losy państwa i narodu, S. 234f.

27 Bereits im Oktober 1955 schlossen die UdSSR und die DDR ein Abkommen über den Austausch von Touristen. Siehe hierzu: Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 5/56 des Politbüros der SED. Touristenaustausch zwischen der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik, 31.1.1956, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/2/456, Bl. 14–15.

28 Siehe den Bericht von W. Kulicki, W Moskwie – bez delegacji, *Przyjaźń* 1957, Nr. 24, S. 4.

29 Festival bei Tag und Nacht, *Freie Welt* 1957, Nr. 33, S. 3–5.

30 Siehe Małgorzata Ruchniewicz, Repatriacja ludności polskiej z ZSRR w latach 1955–59, Warschau 2000.

31 Erstpublikation und Übersetzungen von Ehrenburgs „Tauwetter": Il'ja Erenburg, Ottepel', Moskau 1954; Ilia Erenburg, Odwilż, Warschau 1955; Ilja Ehrenburg, Tauwetter, Berlin (Ost) 1957.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

tendenzen abzuschirmen. In kulturellen Fragen gefiel sich die SED in der Rolle der Hüterin der reinen Lehre, während sich das kommunistische Polen als tolerant darstellte.

Ehrenburgs Roman verweist auch auf ein anderes Phänomen, das in der Sowjetunion, Polen und der DDR auftrat: Viele Intellektuelle, die sich aus kommunistischer Überzeugung oder antifaschistischem Engagement für das stalinistische System eingesetzt hatten, nahmen nun Positionswechsel vor. Nach dem Utopieverlust näherten sie sich entweder der Opposition in den Staatsparteien oder sogar der Dissidentenszene ihrer Länder an. Diese Wandlung von stalinistischen Hardlinern zu vergleichsweise liberalen Akteuren in autoritären Gesellschaften durchliefen auch einige Protagonisten dieser Studie. Als Beispiel für Polen und die DDR seien hier der Ökonom Włodzimierz Brus und der Historiker Jürgen Kuczynski genannt. Schon in den sechziger Jahren galten zahlreiche frühere Gläubige als Verfechter einer Öffnung der Öffentlichkeiten.

Diese Entwicklung unter den Intellektuellen ist eine Parallele zwischen zwei kommunistischen Diktaturen, die zunehmend unterschiedliche Wege gingen. Nach der erzwungenen Synchronisierung der Sowjetisierungsphase stand die Entstalinisierung für eine partielle Differenzierung der öffentlichen und politischen Sphäre. Es gab vermehrt Spielräume bei der Gestaltung der kommunistischen Herrschaft. Der Vergleich Polens mit der DDR veranschaulicht, daß die einzelnen Länder des Imperiums nach 1956 eigene „Identitäten" innerhalb des Blocks entwickeln konnten, die sich insbesondere in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion ausdrückten. Polen und die DDR lassen sich als zwei Pole auf einer Skala zwischen partieller Öffnung und Erstarrung der repräsentativen Öffentlichkeit bezeichnen. Während Polen zum Sorgenkind, zum wirtschaftlichen Krisenfall und schließlich zur Archillesferse des gesamten Imperiums avancierte, nahm die DDR schon bald, insbesondere nach der Regimestabilisierung in Folge des Mauerbaus, die Rolle eines Musterschülers ein, die dafür von der Sowjetunion mit einer Art *special relationship* belohnt wurde.[32]

Die sechziger Jahre bildeten in der DDR und Polen ein Jahrzehnt abgebrochener Reformversuche und ungebrochener Repression.[33] Auf unterschiedliche Art und Weise gelang es den Staatsparteien zunächst, ihre Macht zu stabilisieren. Auf der sozioökonomischen und kulturellen Ebene entwickelten sich unterschiedliche Herrschaftskompromisse. Die Gesellschaften waren von einer Mischung aus partiellem Wandel vor einer Kulisse der Kontinuität gekennzeichnet. Im kulturellen Bereich gefiel sich Polen bereits Ende der fünfziger Jahre in der Rolle der „liberalsten Baracke" des Lagers, während Walter Ulbricht 1958 in preußisch-protestantisch-stalinistischer Diktion seine „10 Gebote für den neuen sozialisti-

32 Vgl. Hope M. Harrison, Ein Superalliierter und eine Supermacht? Sowjetisch-ostdeutsche Beziehungen, 1953–1961, in: Hans Ehlert/Matthias Rogg (Hg.), Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven, Berlin 2004, S. 83–96.

33 Vgl. zu Polen in der Phase der „kleinen Stabilisierung": Friszke, Polska. Losy Państwa i Narodu, S. 235–308; den politischen Wandel in der DDR der sechziger Jahre untersucht Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Krisensituationen 1962–1972, Berlin 1997.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

schen Menschen" verkündete.[34] Zur gleichen Zeit begannen in Polen die Karrieren von Künstlern wie Andrzej Wajda, der in seinen Filmen die Meistererzählung der Herrschenden hinterfragte. Polen etablierte sich mit dem Warschauer Musikfest als Mekka moderner Musik hinter dem Eisernen Vorhang.[35] Das Ende der erzwungenen Uniformität gab jedoch auch Raum für neue Aporien, die sich innerhalb des Blocks entwickelten. Die DDR verstrickte sich in immer weitgehendere Abhängigkeit von der Bundesrepublik, die im Laufe der siebziger Jahre anstelle der siechenden Sowjetunion zum eigentlichen großen Bruder des SED-Staates wurde.

Für Polen spielte das Jahr 1966, in dem die PZPR das Millennium von Taufe und Gründung Polens feierte, eine herausragende Rolle. Aus diesem Anlaß hatten die polnischen Bischöfe mit ihrem Appell „Wir vergeben und bitten um Vergebung", der sich an die deutschen Amtsbrüder richtete, das Alleinvertretungsrecht des Parteistaates in auswärtigen Fragen bestritten.[36] Die katholische Kirche zeigte, daß sie alternative Deutungsangebote und Zukunftsperspektiven für die Nation formulieren konnte. Sie eröffnete anläßlich der Milleniumsfeier eine Auseinandersetzung über polnische Geschichte, die bis 1989 ausgetragen wurde. Der kommunistische Herrschaftsdiskurs verlor so bei der Deutung der Vergangenheit und im Wettstreit um die legitime Repräsentation der Nation an Boden. Die Kirche verweigerte sich nicht nur der Freundschaft mit der Sowjetunion, sie kritisierte nun auch den antideutschen Reflex, das Spielen mit den Ressentiments der Bevölkerung zur Legitimation der Macht. Trotz dieser Intervention hielt die PZPR an ihrer antideutschen Propaganda fest. Dabei geriet die Kirche selbst ins Schußfeld. Das gesamte Jahr 1966 blieb von der schärfsten Propagandakampagne nach dem Oktober 1956 geprägt, die sich gegen das Episkopat richtete, dem die PZPR „Verrat" an der Nation vorwarf. Nichts, so schien es, fürchtete das Gomułka-Regime mehr als den Ruf nach Versöhnung. Die PZPR wollte sich die „deutsche Karte" nicht von der katholischen Kirche nehmen lassen. Die politischen Ereignisse rund um die 1000-Jahrfeier Polens verweisen auf ein Muster, das sich in den folgenden Krisen wiederholen sollte. In Polen wurde die relative Liberalität, das *laissez faire* in der Kulturpolitik, periodisch durch radikale Kampagnen und gewalttätige Entladungen unterbrochen. Da der *status quo* zwischen Herrschenden und Beherrschten ständig neu ausgehandelt wurde, waren diese Eruptionen zwangsläufig.

34 Selbst in Ulbrichts „10 Geboten" zeigte sich jedoch die stärkere Distanz zur Sowjetunion: Die Freundschaft mit der UdSSR wurde nicht mehr explizit genannt. Dies wäre in den fünfziger Jahre sicher nicht möglich gewesen.

35 Vgl. zu Andrzej Wajda und zur polnischen Kulturpolitik: Caute, The Dancer Defects, S. 365–376, S. 441ff.

36 Zur Position der polnischen Kirche in den sechziger Jahren siehe Hans-Jürgen Karp, Neues kirchliches Leben in Polen seit 1956, in: Hans Lemberg (Hg.), Zwischen „Tauwetter" und neuem Frost. Ostmitteleuropa 1956–1970, Marburg 1993, S. 103–115; siehe auch Piotr Madajczyk, Annäherung durch Vergebung. Die Botschaft der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Brüder im Hirtenamt vom 18. November 1965, in: VfZ 40 (1992), S. 223–240; Hanna Diskin, The Seeds of Triumph: Church and State in Gomułka's Poland, Budapest/New York, NY 2001, S. 107–220.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Die repressiven Tendenzen kulminierten 1968 in einer akuten Krise. Im berüchtigten „März" dieses Jahres – ein weiterer symbolisch aufgeladener Monat in der polnischen Geschichte – bewies der Parteistaat, daß er noch immer in der Lage war, die Gesellschaft mit Kampagnen zu überziehen. Verschiedene Demonstrationen oppositioneller Studenten schlug die Miliz gewaltsam nieder. Doch dabei blieb es nicht: Am Ende einer chauvinistischen Radikalisierung in der PZPR, die schon Mitte der sechziger Jahre begonnen hatte, stand eine antisemitische Kampagne, die im Nachkriegseuropa ihresgleichen sucht. Unter dem Deckmantel des „Antizionismus" hetzte der Parteistaat gegen Polen jüdischer Herkunft.[37] In der Krise verließ sich die kommunistische Partei wieder auf den Nationalismus als mobilisierendes Element in einer stillgestellten Gesellschaft. Als Ergebnis der „März"-Kampagne verließen mehrere Tausend Polen jüdischer Abstammung ihr Heimatland. Wer hier geistig Pate gestanden hatte, zeigte sich in den Monaten, die auf den „März" folgten: Im Sommer 1968 beteiligte sich die polnische Armee an der Niederschlagung des Prager Frühlings. Im weiteren Verlauf des Jahres erhielten einige der publizistischen Protagonisten des „März" die Goldene Ehrennadel der TPPR als Auszeichnung. „Freund der Sowjetunion" zu sein hieß auch Ende der sechziger Jahre noch, sich den Feinden des Sozialismus zu stellen. Diese Publizisten hatten dem sowjetischen Antisemitismus in Polen zu neuer Geltung verholfen – dafür wurden sie ausgezeichnet. Die TPPR zeigte damit, daß sie im Machtgefüge der nationalistischen Gruppe der „Partisanen" nahestand. Sie blieb ein Teil des repressiven Establishments. Die Kehrseite der kleinen Freiheiten, die der polnische Parteistaat seiner Bevölkerung zugestand, waren die gewaltgeladenen Rückschläge, die sich nun periodisch wiederholten: Im Dezember 1970 schoß das Regime auf die protestierenden Arbeiter an der Ostsee.[38]

Auch im militärischen Bereich bildete angedrohte, strukturelle und alltägliche Gewalt eine Konstante kommunistischer Herrschaft. Dies galt insbesondere für die Beziehung zu den sowjetischen Streitkräften, die weiterhin in Polen und der DDR stationiert waren. Die hierarchische Struktur der Bündnisbeziehungen und das beidseitige Mißtrauen zwischen der Sowjetunion und ihren Verbündeten wirkten hier im Hintergrund. Die sowjetische Armee bildete einen Konfliktherd und Fremdkörper in Polen und der DDR.[39] Ihre Anwesenheit wurde auch nach 1956 durch die Freundschaftsrhetorik und mit dem Schutz vor amerikanischer Aggression begründet. Militärisch gesehen, handelte es sich jedoch bei den sowjetischen Truppen um offensiv aufgestellte Kräfte. Zugleich umgab sie – wie alle militärischen Dinge im sowjetischen Block – eine Kultur des Geheimnisses.[40] Offizielle Informationen,

37 Vgl. zum Kontext des „März" 1968: Jörg K. Hoensch, Gegen „Revisionismus" und „Zionismus". Gomułka, die „Partisanen" und die Intellektuellen, 1964–1968, in: Hans Lemberg (Hg.), Zwischen „Tauwetter" und neuem Frost. Ostmitteleuropa 1956–1970, Marburg 1993, S. 79–92; siehe auch Stola, Kampania antysyjonistyczna; Lesiakowski, Moczar, S. 255–352; Friszke, Polska. Losy państwa i narodu, S. 293–303.

38 Friszke, Polska. Losy państwa i parodu, S. 303–308.

39 Siehe Mariusz Lesław Krogulski, Okupacja w imię sojuszu. Armia Radziecka w Polsce 1956–1993, Warschau 2001; Kowalczuk/Wolle, Roter Stern über Deutschland, S. 104–205.

40 Siehe Kurt Arlt, „… stets wachsam zu sein in einem fremden Land!" Zum Selbstverständnis der sowjetischen Truppen in der DDR, in: Hans Ehlert/Matthias Rogg (Hg.), Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven, Berlin 2004, S. 205–224.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

die über das Faktum der reinen Anwesenheit sowjetischer Soldaten hinausgingen, waren kaum zu haben. Begegnungen zwischen der lokalen Bevölkerung und sowjetischen Soldaten beschränkten sich in der Regel auf sorgfältig choreographierte „Freundschaftstreffen".[41] Der größte Teil der Soldaten lebte abgeschirmt und hatte nur sporadischen Kontakt zur Bevölkerung. Seit dem Warschauer Vertrag von 1955 und den Stationierungsabkommen, die 1956 und 1957 von Polen und der DDR mit der Sowjetunion abgeschlossen wurden, war ihre Anwesenheit formalrechtlich geregelt: *De jure* unterstanden die sowjetischen Soldaten sogar polnischen und deutschen Gerichten.[42] *De facto* handelten sie in einem rechtsfreien Raum, in den polnische und deutsche Instanzen nicht eingreifen konnten. Während die Propaganda gemeinsame „Friedenswacht [straż pokoju]" und „Waffenbrüderschaft [braterstwo broni]" beschwor, blieben die zahlreichen Übergriffe sowjetischer Soldaten gegen die Zivilbevölkerung ohne Folgen. Insbesondere Eigentumsdelikte und Vergewaltigungen erregten in der Bevölkerung großen Unmut, doch für die parteistaatlichen Massenmedien blieben sie ein Tabuthema.[43] Auch der Schwarzmarkt mit Benzin und teilweise auch Waffen sowie die selbst für kommunistische Verhältnisse rücksichtslose Zerstörung der Umwelt konnten nicht angesprochen werden. Auch die mächtige Staatssicherheit der DDR mußte vor diesem Problem kapitulieren. Minister Erich Mielke beschwerte sich zwar in regelmäßigen Treffen mit den Oberkommandierenden der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte über die anhaltend hohe Kriminalität; er stieß jedoch bei der sowjetischen Generalität auf taube Ohren und bekam die Grenzen seiner Macht zu spüren.[44] Die Gewalt der sowjetischen Armee blieb über Jahrzehnte ein beständiger Widerspruch zur Freundschaftsrhetorik. Schließlich trug die Anwesenheit sowjetischer Truppen auf polnischem und auch deutschem Territorium dazu bei, daß der Kommunismus in Teilen der Gesellschaft als Fremdherrschaft wahrgenommen wurde.

Mit dem Machtwechsel von Gomułka zu Gierek und von Ulbricht zu Honecker begann eine neue Phase kommunistischer Herrschaft, die zugleich eine partielle Annäherung der ungleichen Nachbarn Polen und DDR brachte. Einerseits verringerte sich mit dem Beginn der Entspannungspolitik die antideutsche Propaganda in Polen. Willy Brandts Kniefall in War-

41 Siehe beispielsweise: Freunde in Uniform, *Freie Welt* 1957, Nr. 8, S. 12–13.

42 Umowa między Rządem Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej a Rządem Związku Socjalistycznych Republik Radzieckich o statusie prawnym wojsk radziekich czasowo stacjonowanych w Polsce, 17.12.1956, in: Mariusz Lesław Krogulski (Hg.), Armia Radziecka w Polsce. Dokumenty i materiały 1957–1993, Warschau 2002, S. 5–11; Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik zusammenhängen, 12.3.1957, in: Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Bonn 1998, S. 453–454; siehe auch Arlt, Sowjetische (russische) Truppen, S. 605f. und Wolle, Die heile Welt der Diktatur, S. 90ff.

43 Zu diesen Konflikten siehe Krogulski, Okupacja, S. 83–93; Kowalczuk/Wolle, Roter Stern über Deutschland, S. 145–152; Behrends, Sowjetische „Freunde" und fremde „Russen", S. 93–96. Für eine Geschichte deutsch-sowjetischer „Waffen- und Klassenbrüderschaft" siehe: Schulter an Schulter. Eine Bilddokumentation der Waffen- und Klassenbrüderschaft der Bürger der DDR und der Angehörigen der NVA mit den Angehörigen der GSSD, Berlin (Ost) 1984.

44 Vgl. Behrends, Sowjetische „Freunde" und fremde „Russen", S. 94f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

schau stand für die weitere Entwertung eines Feindbildes, das seit Kriegsende die kommunistische Herrschaft in Polen legitimiert hatte. Gleichzeitig bedeutete die „Fürsorgediktatur" (Konrad H. Jarausch) bzw. der „Konsumsozialismus" (Andrzej Friszke) das letzte Angebot der Herrschenden. Die für die SED kostspielige Sozialpolitik sollte in der DDR durchaus eine stabilisierende Wirkung haben. In Polen hingegen gab es nur wenige von ausländischem Kapital finanzierte Boomjahre, die ab 1976 von einer permanenten Wirtschaftkrise abgelöst wurden. Neben die wirtschaftliche Stagnation, die allgemein als Hauptursache des Niedergangs der Gesellschaften sowjetischen Typs gilt, trat die Erstarrung der institutionellen, kulturellen und diskursiven Strukturen. Eine Liberalisierung ihrer Öffentlichkeiten fand nicht statt – auch nicht im vergleichsweise liberalen Polen.[45] Im Kern hatte die Ordnung der repräsentativen Öffentlichkeit weiter Bestand. Insbesondere die modernen Massenmedien Radio und Fernsehen standen unter enger Kontrolle der Staatsparteien und wirkten im Vergleich zu ihren Pendants im Westen seltsam antiquiert. Mit ihren Losungen und Parolen, den stereotyp gestalteten Nachrichtensendungen und dem Festhalten an den Begriffen und Topoi des *newspeak* erhielt die Darstellung von Herrschaft in kommunistischen Diktaturen etwas Unzeitgemäßes, das nicht nur auf Außenstehende zunehmend lächerlich wirken mußte. Dennoch wagten die Parteistaaten den Ausbruch aus ihren selbstgebauten diskursiven Gefängnissen nicht. Die Führungen von PZPR und SED verstanden, daß die Durchherrschung der Öffentlichkeit, die permanente Darstellung ihrer Herrschaft ein wichtiger Beweis ihrer ungebrochenen Macht war. Jedes Zurückweichen wäre als Schwäche gesehen worden.

Die Freundschaft zur Sowjetunion war im Kommunismus Giereks und Honeckers volksdemokratische Folklore und Machtdemonstration des Parteistaates. Anfang der siebziger Jahre kam es im Verhältnis zur UdSSR zu einer wichtigen symbolischen Änderung. Wahrscheinlich als Reaktion auf die tschechoslowakischen Ereignisse 1968 und dem Geist der neostalinistischen Brežnev-Zeit entsprechend wurde das Bündnis mit der Sowjetunion verfassungsrechtlich zementiert. So hieß es in Artikel 6 (2) der DDR-Verfassung seit 1974: „die Deutsche Demokratische Republik ist für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet."[46] Erich Honecker begründete diese Neufassung damit, daß er die „qualitativ neuen Züge dieses unverbrüchlichen Bündnisses und des großen historischen Prozesses der Annäherung der sozialistischen Nationen" zum Ausdruck bringe.[47] Während diese Verfassungsänderung zu Beginn der siebziger Jahre in der DDR reibungslos verabschiedet wurde, regte sich in Polen unter regimekritischen Intellektuellen öffentlicher Widerstand gegen eine juristische Zementierung des *status quo*. Hier sollten 1975 die „führende Rolle" der PZPR und das Bündnis mit der UdSSR Verfassungsrang erhalten. Diese formale Legalisierung des Parteistaates und die konstitutionelle Veranke-

45 Bralczyk, O języku polskiej propagandy politycznej, S. 46–68; S. 106–194.

46 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968 in der Fassung vom 7. Oktober 1974, in: Ingo von Münch (Hg.), Dokumente des geteilten Deutschland. Band II: seit 1968, Stuttgart 1974, S. 463–500, Zitat S. 465.

47 Rede des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, auf der 13. Tagung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 27.9.1974, in: Ingo von Münch (Hg.), Dokumente des geteilten Deutschland. Band II: seit 1968, Stuttgart 1974, S. 500–505, Zitat S. 502.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

rung der Brežnev-Doktrin nahm die polnische Gesellschaft nicht lautlos hin.[48] Es kam zum Schulterschluß zwischen kritischen Intellektuellen und dem Episkopat. Zahlreiche Eingaben und Protestbriefe von Wissenschaftlern, Schriftstellern und anderen Prominenten erreichten den Sejm, der die Änderungen im Januar 1976 in leicht abgeschwächter Form beschloß.[49] Die Verfassungsänderungen, die das politische System festigen sollten, führten jedoch mit zur Einigung der polnischen Opposition.

Ende der siebziger Jahre inszenierten PZPR und SED die letzten Kampagnen, in denen die Mischung aus nationalistischer Rhetorik und Freundschaft zur Sowjetunion die Öffentlichkeit dominierte. Im Zentrum standen die ersten polnischen und deutschen Kosmonauten, die von sowjetischen Raumschiffen in den Weltraum befördert wurden. Der „erste Pole" und „erste Deutsche" im All wurden zum Beweis des technologischen Fortschritts und zur Verkörperung des Bündnisses mit der UdSSR stilisiert.[50] Die Fliegeroffiziere Mirosław Hermaszewski und Siegmund Jähn waren die letzten „Helden" der Freundschaft.[51] Während Jähns Flugbericht sich in der DDR gut verkaufte, wurde Hermaszewski, der auf seinen Flug eine Kopie des PKWN-Manifestes mitgenommen hatte, rasch aus dem Pantheon polnischer Nationalhelden verdrängt.[52] Wenige Monate nach seinem Weltraumflug wählte das Konklave den Krakauer Erzbischof Karol Wojtyła zum Papst.

Die erste Reise des polnischen Papstes durch sein Heimatland im Juni 1979 zeigte den vollständigen Kontrollverlust des Parteistaates über den öffentlichen Raum. Millionen waren auf den Beinen, doch ihre Bewegung entzog sich der Kontrolle der Herrschenden. Die achtziger Jahre führten in Polen zum Ende parteistaatlicher Dominanz im öffentlichen Raum – eine Entwicklung, die von einer tiefen Wirtschafts- und noch tieferen Legitimationskrise begleitet wurde. Der Erfolg der *Solidarność* bestand in der sich selbst beschränkenden Revolution; das hieß, daß die Wortführer der Opposition das politische System und das außenpolitische Bündnis mit der Sowjetunion nicht explizit in Frage stellten.[53] Sie hatten aus Budapest und Prag gelernt, daß jeder Angriff auf die sowjetische Hegemonie für Moskau den *casus belli* bedeutete. Dennoch gelang es der Gegenöffentlichkeit zwischen August 1980 und Dezember 1981 zur eigentlichen Öffentlichkeit Polens zu werden. Werte,

48 Siehe Friszke, Opozycja polityczna w PRL, S. 276f.

49 Siehe zu den Protesten der polnischen Intelligenz Andrzej Krajewski, Między współpracą a oporem. Twórcy kultury wobec systemu politycznego PRL 1975–1980, Warschau 2004, S. 393–403.

50 Zu Jähn siehe: Ronald Hirte, Ein später Held. Sigmund Jähns Flug ins All, in: Silke Satjukow/Rainer Gries (Hg.), Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002, S. 158–172. Zu Hermaszewski siehe die offizielle Heldenerzählung: Emil Bil, Droga Polaka na orbitę, Warschau 1978.

51 Hermaszewski flog trotz einer Intervention der PZPR-Führung erst nach dem Tschechen Vladimír Remek ins All. Auf ihn folgte Jähn; diese Reihenfolge wurde von Moskau sicher mit Bedacht gewählt. Vgl. Zaremba, Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm, S. 380ff.

52 Siehe Siegmund Jähn, Erlebnis Weltraum, Berlin (Ost) 1983.

53 Zur letzten Dekade kommunistischer Herrschaft in Polen, siehe Hartmut Kühn, Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980–1990, Berlin 1999.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Symbole und Diskurse des Regimes verloren für die Gesellschaft ihre Verbindlichkeit.[54] An ihre Stelle trat eine national-religiöse Symbolik, in der sich die Distanz zwischen Gesellschaft und Regime ebenso spiegelte wie die Tatsache, daß der Parteistaat den Kampf um die Gefühle seiner Subjekte lange verloren hatte. Für die politische Kultur erwies sich die Herrschaftskrise als überaus produktiv. Mit dem „zweiten Umlauf" war eine Publikationskultur entstanden, die der Parteistaat nicht mehr kontrollieren konnte. Hier bildete sich ein Freiraum, in dem auch über die Beziehungen Polens zu seinen Nachbarvölkern nachgedacht wurde. Das bemerkenswerteste Beispiel aus dieser Zeit ist Jan Józef Lipskis Essay „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen", in dem er mit dem polnischen Nationalismus und insbesondere mit der nationalistischen Rhetorik des Regimes abrechnete.[55] Zugleich bemühte sich Lipski, Polen einen Weg nach Europa zu weisen und forderte seine Mitbürger auf, ihre antideutschen und antirussischen Ressentiments zu überwinden. Der Weg zu einer zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den Hypotheken des 20. Jahrhunderts war damit gewiesen.

Die Angst vor einer sowjetischen Invasion wurde 1981 für mehrere Monate zum eigentlichen *movens* polnischer Politik.[56] Das Regime und Moskau drohten mit einer Intervention und die Bevölkerung fürchtete russische Panzer. Schließlich sah die PZPR keinen anderen Ausweg als die Gewalt. Sie entschloß sich im Dezember 1981 zur Ausrufung des Kriegsrechtes.[57] Wiederum endete eine Phase der Liberalisierung in massiver Repression. In Gestalt von General Wojciech Jaruzelski wählte die Führung die bonapartistische Lösung und übertrug die Macht dem Militär. Die meisten Mitglieder der Junta waren wenig bekannt – mit der Ausnahme des Hauptmanns Hermaszewski, des polnischen Kosmonauten und letzten Helden der Freundschaft. Im Kriegsrecht sollte er zum Sympathieträger innerhalb der Junta stilisiert werden: Eine traurige letzte Rolle für einen artifiziellen Nationalhelden. Überhaupt griff die Junta zur Begründung des Putsches mit Vorliebe in die nationalistische Mottenkiste. Die Begründung des Kriegsrechtes im Fernsehen wurde durch die Nationalhymne untermalt. Jaruzelski appellierte an die nationalen Tugenden und bezichtigte die Opposition des Terrors.[58] Nicht die Rettung des kommunistischen Regimes, sondern des Vaterlandes beschwor der General. Wie schon im Manifest des PKWN bemühten die Kommunisten im Winter 1981 national-völkische Bilder, um die Distanz zwischen ihnen und der Bevölkerung zu überbrücken: Jaruzelski sprach seine Landsleute mit „Brüder und Schwestern, Polinnen und Polen" an. Er endete mit den pathetischen Worten: „Landsleute! [Rodacy!] Vor der gesamten polnischen Nation und vor der ganzen Welt wünsche ich die

54 Vgl. hierzu Jan Kubik, The Power of Symbols against the Symbols of Power. The Rise of Solidarity and the Fall of State Socialism in Poland, University Park, PA 1994.

55 Das Original erschien in *Nowa* Nr. 144, Juni 1981 und *Kultura* [Paris], Nr. 409–10/1981. Siehe für eine deutsche Ausgabe: Jan Józef Lipski, Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen. Bemerkungen zum nationalen Größenwahn und zur Xenophobie der Polen, in: ders., Wir müssen uns alles sagen. Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft, Warschau 1996, S. 185–228.

56 Vgl. zur Angst vor dem sowjetischen Eingreifen den Erlebnisbericht von Timothy Garton Ash, The Polish Revolution. Solidarity [1983], London 1999, besonders S. 184ff. Siehe auch Kühn, Das Jahrzehnt der Solidarność, S. 102ff.

57 Siehe zur Politik der PZPR in der Herrschaftskrise: Andrzej Paczkowski, Droga do „mniejszego zła". Strategia i taktyka obozu władzy lipiec 1980 – styczeń 1982, Krakau 2002.

58 Siehe Kühn, Das Jahrzehnt der Solidarność, S. 269ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

unsterblichen Worte zu wiederholen: Noch ist Polen nicht verloren, solange wir leben!"[59] Rhetorisch waren die polnischen Kommunisten damit wieder im Jahr 1944 angekommen. Und auch realpolitisch: Die PZPR bewies, daß ein kommunistisches Regime in der Mitte Europas durchaus auf offenen Terror zurückgreifen konnte, um seine Macht zu sichern.[60] Noch einmal rollten Panzer durch die Straßen, wurden Grenzen geschlossen, Telefonleitungen gekappt und Menschen zu Tausenden verhaftet. Die Nachrichtensendungen wurden von Sprechern in Armeeuniform verlesen. Als Reaktion rief die Opposition dazu auf, zur Zeit der Abendnachrichten demonstrativ spazierenzugehen – die Gesellschaft hatte eigene, zivile Reaktionen auf die Zumutungen der Herrschenden entwickelt.

In der DDR, aber auch im Westen erlebte derweil der Kalte Krieg und seine Rhetorik zu Beginn der achtziger Jahre eine Renaissance.[61] Begriffe wie „Frieden" und „Freiheit", „Imperialismus" und „Befreiung" wurden wieder politisch aufgeladen. Mit Amtsantritt der Reagan-Administration in den USA kehrte auch der parteistaatliche Antiamerikanismus als propagandistisches Feindbild zurück. Während Polen von der permanenten Regimekrise gezeichnet war, zerfiel die DDR schleichend. Die jahrzehntelange abendliche Auswanderung via Fernsehen in die Bundesrepublik hat neben der bleiernen Repression, der wirtschaftlichen Stagnation und der erschreckenden Unterdurchschnittlichkeit der SED-Führung den leisen Verfall der Diktatur beschleunigt. Der Wandel, den Michail Gorbačev in der UdSSR unter den Schlagworten *glasnost'* und *perestroika* einleitete, fiel in der DDR auf fruchtbaren Boden. Nach Jahren einer bestenfalls ambivalenten, jedoch häufig von Angst und Mißtrauen geprägten Beziehung zur Hegemonialmacht, avancierte die moribunde UdSSR für einige Jahre zum Hoffungsträger der DDR-Bevölkerung. Die SED hingegen beobachtete die Perestroika mit Skepsis und Mißtrauen. Trotz ernster Spannungen zwischen Berlin und Moskau beschwor die Parteizeitschrift *Einheit* noch 1987 in stalinistischer Diktion die Freundschaft zur Sowjetunion als „im wahrsten Sinne Herzenssache, festen Bestandteil unseres Daseins und Grundlage der Sieghaftigkeit unserer Sache."[62] Nach einigen Jahren des Abwartens ließ es die SED im November 1988 mit dem Verbot der sowjetischen Monatszeitschrift *Sputnik*, die begonnen hatte, Artikel zur Geschichte des Stalinismus zu veröffentlichen, zum offenen Bruch mit Moskau kommen. Eine Debatte über den Stalinismus, die von der SED bereits nach dem 20. Parteitag vereitelt worden war, wollte die herrschende Gerontokratie auch 1988 nicht zulassen. Die unbedingte Vorbildhaftigkeit der Sowjetunion, bisher ein zentrales Dogma der SED-Herrschaft, galt nicht mehr. Ab 1987 war die Freundschaft zur Sowjetunion in der DDR nicht mehr Staatsräson, sondern nur noch Fassade.[63] Die SED begann nun, ihre eigene Schutzmacht zu fürchten.

59 Eine Analyse der Rede Jaruzelskis bei Zaremba, Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm, S. 386ff., Zitat aus der Rede a.a.O., S. 388.

60 Eine Bilanz der Repressionen findet sich bei Kühn, Das Jahrzehnt der Solidarność, S. 269–326.

61 Zur Rückkehr der Befreiungsrhetorik im Westen unter Ronald Reagan siehe Stöver, Die Befreiung vom Kommunismus, S. 851–886.

62 Erich Mückenberger, Deutsch-Sowjetische Freundschaft – erlebte und gestaltete Wirklichkeit, in: *Einheit* 1987, S. 909–917, Zitat S. 912.

63 Vgl. Behrends, Sowjetische „Freunde" und fremde „Russen", S. 93f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Den Verfall kommunistischer Herrschaft erlebten TPPR und DSF als Anachronismen eines Erziehungs- und Mobilisierungskonzeptes aus der Sattelzeit des Stalinismus. Sie besaßen zu wenig Spielraum, um auf die Veränderungen der achtziger Jahren zu reagieren.[64] Die DSF befand sich zu eng im Schlepptau der SED, um auf das Bedürfnis der Bevölkerung einzugehen, mehr über die Veränderungen in der UdSSR zu erfahren. In Polen machte die TPPR auf ihrem 12. und letzten Kongreß im Januar 1989 ein kosmetisches Zugeständnis an den Zeitgeist. Nach über vierzigjähriger Freundschaftspropaganda ersetzte sie den Begriff „Freundschaft" durch den neutraleren Ausdruck „Zusammenarbeit [współpraca]."[65] Im Zuge der Transformation der frühen neunziger Jahre ereilte die TPPR das Schicksal vieler anderer parteistaatlicher Einrichtungen: sie wurde privatisiert. Als Vereinigung zur Zusammenarbeit Polens mit dem Osten [Stowarzyszenia Współpracy Polska–Wschód] konnte sie einen großen Teil ihres Vermögens retten und widmet sich heute vornehmlich geschäftlichen Kontakten mit den Staaten der früheren Sowjetunion. Politisch steht die Nachfolgegesellschaft den Postkommunisten nahe.[66]

In Polen saß die Abneigung gegen die Sowjetunion so tief, daß Michail Gorbačev nicht als Hoffnungsträger wahrgenommen wurde. Seit Anfang 1989 nutzte man hier die realen Freiräume, die das Ende der Brežnev-Doktrin eröffnete, um das politische System friedlich zu verändern.[67] Die Machtteilhabe der Opposition wurde am „Runden Tisch" verhandelt – ein Verfahren, das bald Schule machte.[68] Das Jahr 1989 ging in Polen unspektakulärer vorüber als in der DDR, wo die gesellschaftliche Öffnung im Herbst 1989 zur Grenzöffnung führte.[69] Erst spät ergriff die „Wende" auch den Propagandaapparat. Erst nach dem Sturz Erich Honeckers im Oktober 1989 veröffentlichte die DSF-Zeitschrift *Freie Welt* die ersten Artikel über den Stalinismus.[70] Zwei Wochen später erschien dort der erste kritische Beitrag über Stalin.[71] Erst unmittelbar vor dem Fall der Berliner Mauer hatte die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sich damit von ihrer Kernaufgabe, der Repräsentation der Freundschaft zur Sowjetunion, verabschiedet. Die Mobilisierungsreflexe des moribunden Propagandastaates existierten jedoch noch einige Wochen weiter: Nachdem das sowjetische Ehrenmal in Treptow im Dezember 1989 beschmiert worden war, rief die SED-PDS, die DSF und das „Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer" unter dem Motto „Jetzt reicht es! Es ist zuviel!" zu einer „Kampfdemonstration" auf. Auf der

64 Vgl. zur Geschichte der DSF in den achtziger Jahren: Kuhn, Wer mit der Sowjetunion verbunden ist, S. 156–241.

65 Vgl. TPPR Zarząd Główny (Hg.), XII Kongres Towarzystwa Przyjaźny Polsko-Radzieckiej, Warszawa 27.–29.11.1989, Warschau 1989.

66 Michael Magner, Civil Society in Poland after 1989: A Legacy of Socialism?, in: Canadian Slavonic Papers 47 (2005), S. 49–69.

67 Siehe zur polnischen Entwicklung: Piotr Marciniak, Spiralny ruch ku demokracji. Presja społeczna a upadek systemu komunistycznego w Polsce (1986–1989), in: Paweł Machcewicz (Hg.), Polska 1986–1989. Koniec systemu, tom 1, Warschau 2002, S. 29–45.

68 Siehe Andrzej Friszke, Okrągły Stół. Geneza i przebieg, in: Paweł Machcewicz (Hg.), Polska 1986–1989. Koniec systemu, tom 1, Warschau 2002, S. 74–117.

69 Zum Ende der DDR und zur deutschen Einheit siehe Charles S. Maier, Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt am Main 1999; Konrad H. Jarausch, Die unverhoffte Einheit 1989–1990, Frankfurt am Main 1995.

70 Geschlossene Gesellschaft und offenes Wort, *Freie Welt* 1989, Nr. 22–23, S. 2–3.

71 Stalin – Legende und Wirklichkeit, *Freie Welt* 1989, Nr. 25, S. 24–25.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Kundgebung forderten Vertreter der SED-Elite insbesondere die Stärkung des „Amtes für Nationale Sicherheit" – so nannte sich die Staatssicherheit seit einigen Wochen. Die Koppelung von Mobilisierung und Kontrolle im öffentlichen Raum, von Propagandaagenturen mit der Staatspartei und ihrem Repressionsapparat manifestierte sich ein letztes Mal.[72] Im vereinten Deutschland wandelte sich die Massenorganisation DSF zu einem Verein, der sich für die Verständigung zwischen Russen und Deutschen engagiert. Ihr Vermögen wurde zu großen Teilen von der Treuhandanstalt beschlagnahmt.[73]

In den Tagen und Monaten des Umbruchs kam es weder in Polen noch in der DDR zu einem Bildersturm, der mit 1953 oder 1956 vergleichbar wäre. Im Laufe der Jahrzehnte hatten die Symbole des Regimes einen Teil ihrer Bedeutungen eingebüßt. In Polen hatte die Opposition seit den achtziger Jahren ihre Gegenwelt etabliert. Die Breslauer Jugendlichen, die sich seit 1981 unter der Fahne eines „sozialistischen Surrealismus" zur „Orangenen Alternative [pomorańczowa alternatywa]" zusammengeschlossen hatten, persiflierten in ihren Happenings bereits beide Kulturen: die kommunistisch-sowjetische des Regimes und die national-religiöse der Opposition.[74] Diese karnevalesken Elemente bei der Überwindung der Diktatur fehlten in der DDR weitgehend; schließlich stammten die Trägerschichten des Umbruchs mehrheitlich aus der protestantischen Kirche.

Was blieb in Polen und Ostdeutschland von vierzig Jahren Freundschaft zur Sowjetunion? Für die Freundschaftsgesellschaften gab es nun keine Existenzbegründung mehr. Die unmittelbare Hinterlassenschaft, die zahlreichen Denkmäler, Straßen und anderen Orte, die zu Ehren sowjetischer Menschen oder Werte benannt wurden, erlebten ein unterschiedliches Schicksal. Selbst in Polen, wo es nach 1989 zunächst einen antikommunistischen Grundkonsens gab, wurden sie nicht vollständig aus dem öffentlichen Raum entfernt. Noch heute stehen der sowjetische und polnische Soldat „Schulter an Schulter" am östlichen Weichselufer im Warschauer Stadtteil Praga. In Krakau hingegen wurde das sowjetische Ehrenmal am Barbakan abgetragen. Die sowjetischen Denkmäler und Friedhöfe auf deutschem Boden wurden im Staatsvertrag mit der UdSSR geschützt; sie sind nun eine Angelegenheit des Denkmalschutzes. In Warschau erinnert seit den neunziger Jahren ein imposantes Denkmal an die „im Osten Gefallenen und Ermordeten [poległym i pomordowanym na Wschodzie]", während in Deutschland darüber debattiert wird, wie man die doppelte Vergangenheit mancher Orte als nationalsozialistisches Konzentrationslager und sowjetisches Speziallager angemessen darstellt. Diese wenigen Beispiele illustrieren, wie vielfältig sich der Umgang mit der Vergangenheit im Dreieck Polen, Deutschland und Rußland nach 1989 entwickelt hat.

---

72 Zur Treptower Demonstration siehe Walter Süß, Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999, S. 688; Jürgen Danyel, Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur, in: Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hg.), Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003, S. 23–55, S. 23ff.

73 Kuhn, Wer mit der Sowjetunion verbunden ist, S. 283–338.

74 Siehe Padraic Kenney, A Carnival of Revolution. Central Europe 1989, Princeton, NJ/Oxford 2002, S. 157ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Resümee

Die Geschichte der kommunistischen Propaganda ist mehr als nur die Geschichte vom Scheitern eines Umerziehungsprojektes. Sie vermittelt einen Zugang zur Katastrophengeschichte des 20. Jahrhunderts, bietet Einblick in die Funktionsweise moderner Diktaturen und ermöglicht es, Hypothesen über die Strukturen ihrer Öffentlichkeit zu formulieren. Der moderne Gärtner-Staat riß Grenzen ein und stieß an die Grenzen seiner Möglichkeiten. Das gilt für Rußland, Polen und Deutschland in jeweils spezifischer, aber miteinander verflochtener Art und Weise.

Für die Erforschung kommunistischer Diktaturen hat sich die hier verfolgte beziehungsgeschichtliche, transnationale und vergleichende Perspektive bewährt. Sie eröffnet einen Blick auf ein Geflecht von *entangled histories*, die offenzulegen sind, wenn man das vergangene Jahrhundert verstehen will. Dies gilt besonders für das östliche Mitteleuropa. Eine verzahnte Darstellung der Sowjetisierungsprozesse läßt synchrone Prozesse und Ungleichzeitigkeiten hervortreten. Die starke Verflechtung der nationalen Sowjetisierungsgeschichten rückt so in den Vordergrund und relativiert nationale Erklärungen. Sowohl der Homogenisierungsdruck des Zentrums als auch die spezifischen Reaktionen in den Gesellschaften des sowjetischen Imperiums lassen sich als verflochtene Parallelgeschichten besser greifen.

Im diachronen und synchronen Vergleich läßt sich die Dreiecksgeschichte Polens, Rußlands und Deutschlands neu beschreiben. Für die Nachkriegszeit verdeutlicht dieser Blick, daß die sowjetische Kulturrevolution der dreißiger Jahre, jene Sattelzeit stalinistischer Herrschaft, für die Nachkriegsentwicklung in Ostmitteleuropa von immenser Bedeutung war. In der Sowjetunion entwickelten sich die Institutionen, Narrative und Praktiken, die im Prozeß der Sowjetisierung nach Westen transferiert wurden. Dies konnte am Beispiel des Propagandastaates und der Großen Freundschaft aufgezeigt werden. Erst das Verständnis der Sowjetisierung Rußlands ermöglicht die Analyse der Sowjetisierung Ostmitteleuropas. Zudem zeigt der diachrone Vergleich, daß sich verschiedene Modi von Sowjetisierung außerhalb der UdSSR in den Grenzen von 1938 voneinander unterscheiden lassen: Die radikale Variante (1939–1941), die im Baltikum und in Ostpolen stattfand und gleichzeitig

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Terror und Kulturrevolution bedeutete, die pragmatische Sowjetisierung (1943–1948), die auf die Kulturrevolution verzichtete und in Polen und der SBZ zunächst die Politik bestimmte und schließlich die utopische Sowjetisierung (1948–1953), in der eine vorgestellte Sowjetunion zum verbindlichen Vorbild erklärt wurde, lösten einander ab. Es existierte kein Meisterplan der Sowjetisierung; vielmehr lassen sich diese verschiedenen Ausprägungen der oktroyierten Transformation unterscheiden. Doch bereits im Stadium seiner Expansion nach Mitteleuropa begann das sowjetische Herrschaftssystem zu stagnieren. Auf Stalins Tod folgten Herrschaftskrisen, die in einen Erschöpfungszustand mündeten. Die überspannten Ambitionen des kommunistischen Gärtner-Staates prägten nun nicht mehr seine Politik; sie wurden jedoch auch nie explizit fallengelassen. Der lange Abschied von der Utopie wurde bis 1989 noch vom Hintergrundgeräusch eines parteistaatlichen Propagandaapparates begleitet, dem nach 1956 sein Machtmonopol im öffentlichen Raum wichtiger war als die Erziehung der Bevölkerung.

Auf institutioneller Ebene vollzog sich in Polen und der SBZ/DDR ein gradliniger Sowjetisierungsprozeß: Nach 1944 wurden Abbilder sowjetischer Machtstrukturen geschaffen. Dazu zählten die Staatsparteien mit ihren Apparaten, die Massenorganisationen und die kontrollierten Medien. Diese Form der Sowjetisierung verlief wesentlich reibungsloser als die Versuche, bestehende Einrichtungen wie etwa die Hochschulen umzuwandeln. Seit 1948 existierten in beiden Gesellschaften Strukturen zur Mobilisierung der unterworfenen Subjekte – diese Macht nutzten die Parteistaaten nun für immer neue Kampagnen. Damit war eine genuin stalinistische Politikform, die Kampagne, in Polen und Ostdeutschland etabliert. Durch Kampagnen und Organisation wollten die Herrschenden das schlechte Verhältnis der Bevölkerung zur UdSSR verbessern. Es zeigte sich schnell, daß dies auf der Ebene der Repräsentation gelang, daß es jedoch wesentlich schwerer war, die Einstellungen, Emotionen und Erinnerungen der Vielen zu verändern. Einzelne, die das Leitbild Sowjetunion akzeptierten, hatten in der Regel ein Motiv, das weit schwerer wog als die Propaganda. Sie waren überzeugte Kommunisten, die sich häufig schon in den zwanziger und dreißiger Jahren der Bewegung angeschlossen hatten, sie fühlten Dankbarkeit für die sowjetische Befreiung aus nationalsozialistischer Haft oder Unterdrückung, und im deutschen Fall handelten sie aus dem Gefühl persönlicher Schuld wegen der Verstrickung in den Vernichtungskrieg gegen die UdSSR. Die Einstellungen der Mehrheit blieben von der Distanz zum Kommunismus sowjetischer Prägung bestimmt. Auch ihre Haltung gründete sich häufig auf persönliche Erfahrungen: Bei Polen handelte es sich um die Teilungszeit unter sowjetischer Herrschaft, bei Tausenden auch um die Deportation nach Sibirien oder in die Lager des GULag, bei den Deutschen um Krieg, Gefangenschaft, Flucht und Besatzung. Sowohl für Polen als auch für Ostdeutschland gilt, daß die Erfahrung der durch die Rote Armee erlittenen Gewalt in den Jahren 1944/45 ein Erlebnis darstellten, dessen Tragweite kaum überschätzt werden kann. Es handelte sich um ein Trauma, das bis 1989 unausgesprochen die Beziehungen zur Sowjetunion belastete. Erst nach dem Zusammenbruch des Kommunismus konnten die Gefühle der Überwältigung, Demütigung und Fremdheit öffentlich artikuliert werden. Gegen diese Wirkungsmacht des kollektiven Gedächtnisses waren die Institutionen der Parteistaaten weitgehend machtlos. Neben diese Probleme mit

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

der Vergangenheit, traten die Mißstände der Gegenwart. Wo Erfolge ausblieben, konnte auch Propaganda keine gesellschaftliche Konsensbasis bilden.

Diese Machtlosigkeit galt insbesondere für die Freundschaftsgesellschaften. Sowohl gegenüber der Staatspartei als auch gegenüber der Bevölkerung agierten sie aus einer defensiven Position. Sie stellten einen besonderen Typ von Massenorganisation dar, die nur eine einzige Aufgabe hatte: die Sowjetisierung. TPPR und DSF sollten helfen, Mißtrauen zur Sowjetunion durch gläubiges Vertrauen zu ersetzen. Seit 1948/49 waren sie als Massenorganisationen die Träger der Freundschaftskampagnen. Doch ihre Aufgabe erschöpfte sich nicht in der Mobilisierung. Die Freundschaftsgesellschaften bildeten Zugangspunkte zur Wertewelt der Herrschenden. Hier konnte der Kanon des Sowjetuniondiskurses studiert werden. Jedoch fehlte den Regimen beim Einsatz der Freundschaftsgesellschaften ein Regulativ. Sie erwarteten von ihnen mehr als diese Apparate leisten konnten. Zudem existierte keine geregelte Aufgabenteilung; die Staatsparteien, die Behörden und Massenorganisationen konkurrierten um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung. Dies führte zu einer strukturellen Überbewirtschaftung der Öffentlichkeit mit sich wiederholenden Narrativen und Praktiken. Der kommunistische Propagandastaat verstand es nicht, seine Macht subtil zu nutzen und erschöpfte seine Möglichkeiten in einer selbstgewählten Omnipräsenz.

Während der Sowjetisierung fehlte es zunehmend an Reflexion über die eigene Propaganda. Unter einer Herrschaft, die kaum Kritik zuließ, die intern in ihren eigenen Herrschaftsdiskursen kommunizierte, konnte keine Strategiediskussion stattfinden. Hinzu kam, daß die Propagandaapparate sich an den Aufgabenstellungen und Plänen der Sowjetunion und der eigenen Staatspartei und nicht an den Interessen der Rezipienten orientierten. Wie in der Wirtschaft, so regierte auch in der Propaganda der Plan. Neben Diktatur und Zensur führte eben das Ausschalten von Marktstrukturen zur Verödung der Massenmedien. Schließlich war das System nach 1956 kaum zu Umstrukturierungen bereit. Auch solche Organisationen, die wie die Freundschaftsgesellschaften zunehmend leere Hüllen waren, blieben bestehen. Wenngleich der Terror abnahm und die Kulturrevolution aufgegeben wurde, blieb im Kern die Orientierung an den Strukturen und Diskursen bestehen, die in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion geschaffen wurden. Das kommunistische Herrschaftssystem in Europa verfügte nicht über die Mittel, sich neu zu erfinden.

Auf der Ebene der Diskurse gilt wie bei den Institutionen, daß der Stalinismus der dreißiger Jahre bis in die achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts den Stil und die Begriffe prägte. Wenn für die Sowjetisierung gilt, daß kein Meisterplan existierte, so gilt es aber herauszustellen, daß es eine Meisterzählung gab: den Sowjetuniondiskurs. Diese sowjetische Selbstbeschreibung wurde in Polen und der DDR verbreitet, ihre Regeln wurden von loyalen Intellektuellen angewandt, die sich in den Diskurs einschrieben. Der Kult um die Sowjetunion erfaßte nach 1945 das gesamte Nachkriegsimperium: Er war die transnationale Repräsentation sowjetischer Macht. In der utopischen Sowjetisierung kamen der paternalistische Stalin-Kult und die Anthropomorphisierung des Politischen nach Polen und Deutschland. Eine Führergläubigkeit zur Persona Stalins bestand jedoch nur unter wenigen Intellektuellen und

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

im Kern der Staatsparteien. Hier waren daher im Jahre 1956 die Erschütterungen besonders groß. Einige Begriffe wie „Freundschaft" oder „Frieden" besetzten die Propagandaapparate mit Erfolg. Oppositionelle Flugschriften und Äußerungen zeigen, wie sehr die Propaganda in die Gesellschaften eindrang. Der lange Arm des Propagandastaates reichte bis tief in Kreise hinein, die der Staatspartei fernstanden. Auch in Mitteleuropa boten sich im Stalinismus kaum Refugien vor den Kampagnen der Inszenierungsdiktatur. Besonders in der stalinistischen Phase, aber letztlich bis 1989 blieb die parteistaatliche Propaganda eine alltägliche Zumutung kommunistischer Herrschaft. In ihrem übersteigerten Herrscherlob und der emotionalisierten Darstellung politischer Beziehung haftete ihr bis zum Ende ein vormoderner Zug an.

Im Stalinismus lassen sich zwei konkurrierende Legitimationsmuster kommunistischer Herrschaft isolieren: Einerseits die Rede über die Nation und andererseits der Kult um die Sowjetunion. In der Sowjetunion verbanden sich diese beiden Diskurse schon in den dreißiger Jahren und verschmolzen dann im Zweiten Weltkrieg: Der Sowjetpatriotismus beinhaltete Elemente des russischen Nationalismus und den Kult um die Sowjetunion. Deshalb fielen in der Nachkriegszeit für die Russen in der UdSSR Nation, Sowjetunion und Imperium in Eins. Hier wurden die kommunistischen Mythen Teil einer gewandelten nationalen Identität. Diese Verschmelzung war in Polen und Ostdeutschland nicht möglich. Hier wurde der Sowjetuniondiskurs auf widersprüchliche Weise mit nationalen Narrativen kombiniert. Weder die polnischen noch die deutschen Kommunisten scheuten sich, in ihrer Propaganda Anleihen bei der radikalen Rechten zu machen. Doch es gelang ihnen nicht, einen neuen Nationalismus zu vermitteln.

Dem sowjetischen Vorbild folgend, zeichnete sich die polnische Propaganda im Zweiten Weltkrieg und bis zur Konsolidierung des sowjetischen Imperiums 1949 durch ihre völkische Rhetorik aus. Das Bündnis mit der UdSSR wurde panslawisch begründet. In der sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR war es insbesondere die antiwestliche und später explizit antiamerikanische Propaganda, mit der direkt an Motive der radikalen Rechten angeknüpft wurde. Was den parteistaatlichen Nationalismus betrifft, so bildete die stalinistische Phase den Höhepunkt radikaler Rhetorik; die Rede über die Nation kennzeichnete jedoch die kommunistische Herrschaft in Polen und Ostdeutschland bis zu ihrem Ende. Die Beschwörung der Nation in der Propaganda sorgte mit dafür, daß diese für die Bevölkerung und selbst für Teile der Opposition ein zentraler Bezugspunkt blieb. Zugleich widersprach die „Freundschaft mit der Sowjetunion", die Ein- und Unterordnung in ihre Hegemonialordnung, dem parteistaatlichen Nationalismus. Die Spannung zwischen der Betonung der Nation und dem Kult um die Sowjetunion blieb eine unaufgelöste Aporie kommunistischer Propaganda. Die Aufstände von 1953 und 1956 lassen sich auch auf diese Spannungen zurückführen.

Die Rezeption kommunistischer Propaganda zeigt, daß die Herrschenden die kollektiven Identitäten und die Wirkungskraft des kommunikativen Gedächtnisses unterschätzten. Ihr voluntaristisches Politikverständnis verleitete sie zu der Annahme, die Einstellungen, Emo-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

tionen und Erinnerungen der Menschen aufgrund ihrer Macht über die Öffentlichkeit beliebig formen zu können. Doch die Erinnerungen und Einstellungen seiner Subjekte erwiesen sich für den kommunistischen Gärtner-Staat als Steine im zu bestellenden Boden. Die Bevölkerung traute eher ihren Erinnerungen und Augen; sie blieb überlieferten Werten verhaftet. Dies zeigt sich beispielsweise an den nationalen Identitäten, die aus dem 19. Jahrhundert stammten und sich nur schwer verändern ließen. So blieb die historisch verwurzelte Russophobie der Polen, die durch das sowjetische Imperium noch bestärkt wurde, ein Gegner, den die parteistaatliche Bewußtseinsindustrie nicht bezwingen konnte. In der DDR gelang es zumindest partiell, an antiwestliche Einstellungen anzuknüpfen und die SED-Herrschaft profitierte von einer vergleichsweise größeren Aufgeschlossenheit gegenüber Rußland – auch wenn diese nicht zur bedingungslosen „Freundschaft" wurde. Letztlich scheiterten jedoch die Bemühungen des Propagandastaates, Vertrauen aufzubauen und Legitimität zu vermitteln. Das Ergebnis seiner Bemühungen war nicht das angestrebte Glaubensvertrauen in die neue Herrschaft – obwohl es in den Staatsparteien durchaus existierte –, sondern Mißtrauen und mittelfristig auch Gleichgültigkeit. Häufig resultierten unbeabsichtigte Effekte und Mißverständnisse aus den parteistaatlichen Kampagnen. Im Vergleich mit der DDR zeigt sich, daß es in Polen einen offeneren Widerstand gegen die Durchherrschung der Öffentlichkeit gab. Hier formierte sich eine national-katholische Gegenwelt. Der SED kam sicher zugute, daß viele Unzufriedene schon früh nach Westdeutschland abwanderten. Der instrumentelle Umgang mit historischer Wahrheit, die Ausblendung der Differenz zwischen Utopie und gesellschaftlicher Wirklichkeit, die zahllosen Sprachregelungen und Tabuthemen führten dazu, daß sich die öffentliche Rede und soziale Realität im Kommunismus als System dementierender Aussagen beschreiben läßt. Die Endlosschleifen der Propaganda vermochten daran bis 1989 nichts zu ändern. Sie verstärkten eher die Distanz der Bevölkerung zur Herrschaft.

Nach der Errichtung einer repräsentativen Öffentlichkeit erwiesen sich ihre Strukturen als ausgesprochen dauerhaft. Zwischen 1948 und 1955 handelte es sich um ein transnationales und auf Moskau ausgerichtetes Kommunikationssystem. Diese Fixierung auf das Zentrum ging nach 1956 zurück und die nationalen Öffentlichkeiten gewannen an Gewicht. Ihren Inszenierungscharakter verlor die Politik jedoch auch nach der Entstalinisierung nicht. Die kommunistischen Diktaturen blieben Propagandastaaten, sie kannten als Ideal nur die repräsentative, ihre Herrschaft abbildende Öffentlichkeit. An die Stelle der angestrebten geschlossenen Gesinnungsgemeinschaft trat eine fragmentierte Mißtrauensgesellschaft. So förderte die Kampagnenkultur den Rückzug der Bürger ins Private, und bis zum Ende führten die unsichere Informationslage, die widersprüchlichen Aussagen parteistaatlicher und westlicher Medien zu einer ausgeprägten Kultur des Gerüchtes. Wie die lange Unterwerfung unter die kommunistische Diktatur die polnische und die ostdeutsche Gesellschaft geprägt hat, läßt sich heute noch nicht abschließend beantworten. Sicher gehört das Erbe des Propagandastaates und der repräsentativen Öffentlichkeit zu den Hypotheken, die nur langsam überwunden werden. Der Wandel zu einer zivilgesellschaftlichen Ordnung ist ein komplexer und zeitintensiver Prozeß.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Neben den Veränderungen nach 1989 ließe sich jedoch auch auf mentale und politische Kontinuitäten verweisen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts scheint sich trotz aller propagandistischen Anstrengungen und Verirrungen in der Dreiecksbeziehung zwischen Polen, Deutschland und Rußland wenig verändert zu haben. So gilt zwischen Rußland und Polen noch, was Czesław Miłosz 1959 unter Rückgriff auf Joseph Conrad in *Rodzinna Europa* formulierte: Zwischen den slawischen Nachbarn herrsche ein tiefes Mißtrauen, das auf eine *incompability of temper* zurückgehe.[1] Und aus polnischer Perspektive bleibt die nie erkaltete gegenseitige Zuneigung der äußeren Mächte dieses Dreiecks eine unheimliche Liebe.

1 Vgl. Czesław Miłosz: Rodzinna Europa [1959], Krakau 2001, S. 146–172, Zitat S. 146.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Anhang

1. Abkürzungsverzeichnis

A TPPR	Archiwum Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej [Archiv der Gesellschaft für Polnisch-Sowjetische Freundschaft]
AAN	Archiwum Akt Nowych, Warszawa [Archiv der Neuen Akten, Warschau]
AdS	Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
Agitprop	Agitation und Propaganda
AK	Armia Krajowa [Heimatarmee]
APK	Archiwum Państwowe w Krakowie [Staatsarchiv zu Krakau]
APL	Archiwum Państwowe w Lublinie [Staatsarchiv zu Lublin]
BArch	Bundesarchiv, Berlin
BBC	British Broadcasting Company
BdO	Bund deutscher Offiziere
BDVP	Bezirksverwaltung der Deutschen Volkspolizei
BGA	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
BP	Biuro Polityczne [Politbüro]
Cal.	California
CEH	Central European History
Col.	Colorado
Conn.	Connecticut
DA	Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFD	Dienst für Deutschland
DS	Deutsche Studien
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DVV	Deutsche Verwaltung für Volksbildung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

GA RF	Gosudarstvennij Archiv Rossiskoij Federacii [Staatliches Archiv der Rußländischen Föderation]
GDR	German Democratic Republic
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GG	Geschichte und Gesellschaft
GlavPURKKA	Glavnoe političeskoe upravlenie Raboče-Krestjanskoj Krasnoj Armii [Politische Hauptverwaltung der Roten-Arbeiter-und-Bauernarmee]
GPU	Glavnoe političeskoe upravlenie [Politische Hauptverwaltung – Sowjetische Geheimpolizei]
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
GULag	Glavnoe upravlenie ispravitel'no-trudovich lagerej [Hauptverwaltung der Besserungs-Arbeitslager]
GUPVI	Glavnoe upravlenie po delam voennoplennich i internirovannich [Hauptverwaltung für die Angelegenheiten der Gefangenen und Internierten]
Hg.	Herausgeber
HVDVP	Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei
HZ	Historische Zeitschrift
IN	Indiana
JGO	Jahrbücher für Geschichte Osteuropas
JHK	Jahrbuch Historische Kommunismusforschung
JMH	Journal of Modern History
KC	Komitet Centralny [Zentralkomitee]
Kolchos, Kolchoz	Kollektivnoe chozjajstvo [Kollektivwirtschaft]
Kominform	Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien
Komintern	Kommunistische Internationale
Komsomol	Vsesojuznyj Leninskij Kommunističeskij Sojuz Molodeži [Leninscher Kommunistischer Allunionsbund der Jugend]
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU (B)	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
KPP	Komunistyczna Partia Polski [Kommunistische Partei Polens]
KVP	Kasernierte Volkspolizei
KW	Komitet Wojewódzki
KWKzZ	Komitet Współpracy Kulturalnej z Zagranicą [Komitee für kulturelle Zusammenarbeit mit dem Ausland].
KZ	Konzentrationslager
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LTI	Lingna Tertii Imperii
MAS	Maschinen-Ausleih-Station
Mass.	Massachusetts
MfS	Ministerium für Staatssicherheit (der DDR)
Mich.	Michigan

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

MiP	Minsterstwo Informacji i Propagandy [Ministerium der Information und Propaganda]
MPPPR	Miesiąc Pogłębienia Przyjaźni Polsko-Radzieckiej [Monat zur Festigung der polnisch-sowjetischen Freundschaft]
MTS	Maschinen-Traktoren-Stationen
MVD	Ministerstvo vnutrennich del (SSSR) [Ministerium für innere Angelegenheiten (der UdSSR)]
NC	North Carolina
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NE	Nebraska
NEP	Novaja ekonomičeskaja politika [Neue ökonomische Politik]
NJ	New Jersey
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NKVD/NKWD	Narordnyj kommissariat vnutrennich del (SSSR) [Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (der UdSSR)]
NRD	Niemiecka Republika Demokratyczna [Deutsche Demokratische Republik]
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
NY	New York
o. J.	ohne Jahresangabe
o.O.	ohne Ort
OMGUS	Office for military government [of the United States]
PAN	Polska Akademia Nauk [Polnische Akademie der Wissenschaften]
PB	Politbüro
PDVP	Präsidium der Deutschen Volkspolizei
PKiN	Pałac Kultury i Nauki (im. Stalina) [(Stalin-) Palast der Kultur und Wissenschaft]
PKWN	Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego [Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung]
PPR	Polska Partia Robotnicza [Polnische Arbeiterpartei]
PPS	Polska Partia Socjalistyczna [Polnische Sozialistische Partei]
PRL	Polska Rzeczpospolita Ludowa [Volksrepublik Polen]
PSL	Polskie Stronnictwo Ludowe [Polnische Volkspartei]
PZPR	Polska Zjednoczona Partia Robotnicza [Polnische Vereinigte Arbeiterpartei]
RFE	Radio Free Europe
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
SA	Sturmabteilung
SAPMO-BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv, Berlin
SBZ	Sowjetische Besatzungszone (Deutschlands)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

SD	Sicherheitsdienst
SKK	Sowjetische Kontrollkommission (in Deutschland)
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutz-Staffel (der NSDAP)
SSSR	Sojuz Sovetskich Socialističeskich Respublik [Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken]
Stasi	Staatssicherheitsdienst (der DDR)
SU	Sowjetunion
TPPR	Towarzystwo Przyjaźni Polsko-Radzieckiej [Gesellschaft für Polnisch-Sowjetische Freundschaft]
UB	Urząd Bezpieczeństwa [Sicherheitsdienst]
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
unpag.	unpaginiert
USA	United States of America
USSR	Union of Soviet Socialist Republics
UW	Urząd Wojewódzki [Wojewodschaftsamt]
VDNCh	Vystavka Dostiženii Narodnogo Chozjajstvo [Ausstellung der Errungenschaften der Volkswirtschaft]
VEB	Volkseigener Betrieb
VEG	Volkseigenes Gut
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VKP (b)	Vsesojuznaja Komunističeskaja Partija (bol'ševiki) [Kommunistische Allunionspartei (Bolschewiki)]
VOKS	Vsesojuznoe Obščestvo Kulturnych Svjazeij s Zagranicej [Allunionsgesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland]
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
WKP (B)	siehe VKP (b)
WUIiP	Wojewódzki Urząd Propagandy i Informacji [Wojewodschaftsverwaltung für Propaganda und Information]
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZfO	Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung
ZG	Zarząd Główny [Hauptvorstand]
ZK	Zentralkomitee
ZMP	Związek Młodzieży Polskiej [Bund der polnischen Jugend]
ZPP	Związek Patriotów Polskich [Bund der polnischen Patrioten]
ZSCh	Związek Samopomocy Chłopskiej [Bund der Bauernselbsthilfe]
ZSRR	Związek Socjalistycznych Republik Radzieckich [Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken]
ZV	Zentralvorstand

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

2. Quellenverzeichnis

Archivquellen:

DEUTSCHLAND:

Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn (AdS)

Ostbüro der SPD

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv, Berlin (SAPMO-BArch)

Freie Deutsche Jugend (DY 24)
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (DY 34)
Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DY 32)
Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands (DY 27)
Nationale Front des Demokratischen Deutschland (DY 6)
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (DY 30)

Unternehmensarchiv EKO-Stahl, Eisenhüttenstadt (UA EKO)

POLEN:

Archiwum Akt Nowych, Warschau [Archiv der Neuen Akten, Warschau]

Komitet Współpracy Kulturalnej z Zagranicą (KWKzZ)
Minsterstwo Informacji i Propagandy (MiP)
Komitet Centralny PPR (KC PPR)
Komitet Centralny PZPR (KC PZPR)
Związek Samopomocy Chłopskiej (ZSCh)
Związek Młodziezy Polskiej (ZMP)

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Archiwum Państwowe w Krakowie (APK) [Staatsarchiv zu Krakau]

Komitet Wojewódzki PPR w Krakowie (KW PPR)
Komitet Wojewódzki PZPR w Krakowie (KW PZPR)
Urząd Wojewódzki (UW)
Wojewódzki Urząd Propagandy i Informacji w Krakowie (WUPiI)

Archiwum Państwowe w Lublinie (APL) [Staatsarchiv zu Lublin]

Komitet Wojewódzki PPR w Lublinie (KW PPR)
Wojewódzki Urząd Informacji i Propagandy w Lublinie (WUIiP)

Archiwum Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej (ATPPR), Warszawa [Archiv der Gesellschaft für Polnisch-Sowjetische Freundschaft, Warschau]

RUSSISCHE FÖDERATION:

Gosudarstvennij Archiv Rossiskoij Federacii, Moskau (GA RF) [Staatsarchiv der Rußländischen Föderation, Moskau]

Fond 5283 (VOKS)

Edierte Quellen:

Archiwum Ruchu Robotniczego, Band IX, W 40 rocznicę powstania Polski Ludowej, Warschau 1984.

Aufzeichnung des Gesprächs des Genossen I.V. Stalin mit den Führern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht, 4.5.1950, in: VfZ 52 (2004), S. 583–607.

Banac, Ivo (Hg.), The Diary of Georgi Dimitrov 1933–1949, New Haven, Conn./London 2003 (Annals of Communism).

Becher, Johannes R., Totale Mobilmachung des Geistes, in: ZfG 42 (1994), S. 1097.

Benjamin, Walter, Moskauer Tagebuch (hg. von Gary Smith mit einem Vorwort von Gersholm Scholem), Frankfurt am Main 1980.

Białostocczyzna 1944–1945 w dokumentach podziemia i oficjalnych władz (bearbeitet von Jerzy Kułak), Warschau 1998 (Dokumenty do dziejów PRL, Bd. 10).

Biuletyny Informacyjne Ministerstwa Bezpieczeństwa Publicznego 1946, Warschau 1996 (Źródła do historii Polski XX wieku – ze zbiorów Centralnego Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych, Seria C).

Biuletyny Informacyjne Ministerstwa Bezpieczeństwa Publicznego, 1948, tom 2, Warschau 1996 (Źródła do historii Polski XX wieku – ze zbiorów Centralnego Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych, Seria C).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Bonwetsch, Bernd/Gennadij Bordjugov/Norman M. Naimark (Hg.), Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov, Bonn 1997 (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 20).

Borodziej, Włodzimierz/Hans Lemberg (Hg.), „Unsere Heimat ist ein fremdes Land geworden …" Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven, Band 1, Zentrale Behörden/Wojewodschaft Allenstein, Marburg 2000 (Quellen zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas).

Brecht, Bertolt, Gesammelte Werke, Band 10, Gedichte 3 (Werkausgabe edition suhrkamp. Hg. vom Suhrkamp Verlag in Zusammenarbeit mit Elisabeth Hauptmann), Frankfurt am Main [Erstausgabe 1967] 1982.

Bucharin, Nikolaj I./Jewgenij A. Preobraschenskij, Das ABC des Kommunismus. Populäre Erläuterung des Programms der kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) [Deutsche Erstausgabe 1920], Zürich 1985 (Manesse Bibliothek der Weltgeschichte).

Centrum władzy. Protokoły posiedzeń kierownictwa PZPR. Wybór z lat 1949–1970 (bearbeitet von Antoni Dudek, Aleksander Kochański, Krzysztof Persak), Warschau 2000 (Dokumenty do dziejów PRL, Band 13).

Ciesla, Burghard (Hg.), Freiheit wollen wir! Der 17. Juni 1953 in Brandenburg, Berlin 2003.

Dąbrowska, Maria, Tagebücher 1914–1965, Frankfurt am Main 1996.

Diedrich, Torsten/Hans-Hermann Hertle (Hg.), Alarmstufe „Hornisse". Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953, Berlin 2003.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralsekretariats und des Politischen Büros, Band 2, Berlin (Ost) 1952.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralsekretariats und des Politischen Büros, Band 4, Berlin (Ost) 1954.

Dokumente aus den Jahren 1945–1949, Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Berlin (Ost) 1968.

Tajne *dokumenty* Biura Politycznego. PRL-ZSRR 1956–1970, London 1998.

Ehler, Sidney Z./John B. Morrall (Hg.), Church and State Through the Centuries. A Collection of Historic Documents with Commentaries, New York, NY 1954.

Sovetskij *faktor* v vostočnoj evrope 1944-1953 v dvuch tomach. Dokumenty, tom 1, 1944–1948, Moskau 1999.

Sovetskij *faktor* v vostočnoj evrope 1944–1953 v dvuch tomach. Dokumenty, tom 2, 1949–1953, Moskau 2002.

Gansel, Carsten (Hg.), Der gespaltene Dichter. Johannes R. Becher. Gedichte, Briefe, Dokumente, 1945–1958 (Mit einem Vorwort des Herausgebers), Berlin 1991 (Dokument und Essay, Band 38).

Gaßner, Hubert/Irmgard Schleier/Karin Stengel (Hg.), Agitation zum Glück. Sowjetische Kunst der Stalinzeit (Ausstellung in Kassel, 26.11.–30.1.1994), Bremen 1994.

Gelfand, Wladimir, Deutschland Tagebuch 1945–1946. Aufzeichnungen eines Rotarmisten, Berlin 2005.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Groys, Boris/Max Hollein (Hg.), Traumfabrik Kommunismus. Die visuelle Kultur der Stalinzeit (Ausstellung in Frankfurt am Main, 24.9.2003–4.1.2004), Ostfildern-Ruit 2003.

Judt, Matthias (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien, Alltagszeugnisse, Bonn 1998 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 350).

Kampania wyborcza i wybory do Sejmu Ustawodawczego (Wybór, wstęp i opracowania Janusz Wrona), 19 stycznia 1947, Warschau 1999 (Archiwum Sejn PRL).

Kampania wyborcza i wybory do Sejmu 20 stycznia 1957 (Wybór, wstęp i opracowania Paweł Machcewicz), Warschau 2000 (Archiwum Sejmu PRL).

Katyń. Dokumenty zbrodni (Hg. von Naczelna Dyrekcja Archiwów Państwowych und Federal'naja archivnaja služba Rossii – Rosarchiv), 2 Bände, Warschau 1998.

Kierownictwo PPR i PZPR wobec wojska (bearbeitet von Jerzy Poksiński, Aleksander Kochański, Krzysztof Persak), Warschau 2003 (Dokumenty do dziejów PRL, Band 16).

Klemperer, Victor, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945–1949 (Hg. von Walter Nojowski unter Mitarbeit von Christian Löser), Berlin 1999.

Klemperer, Victor, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1950–1957 (Hg. von Walter Nojowski unter Mitarbeit von Christian Löser), Berlin 1999.

Stalinowskim *kursem*. Posiedzenie Komitetu Centralnego Polskiej Partii Robotniczej. 31 sierpnia – 3 września 1948 r. Stenogram (bearbeitet von Aleksander Kochański), Pułtusk/Warschau 1998.

Lipski, Jan Józef, Wir müssen uns alles sagen. Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft (hg. und mit einem Vorwort versehen von Georg Ziegler), Warschau 1996.

Lipski, Jan Józef, Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen. Bemerkungen zum nationalen Größenwahn und zur Xenophobie der Polen [1981], in: ders.: Wir müssen uns alles sagen. Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft, Warschau 1996, S. 185–228.

Manifest des Nationalkomitees „Freies Deutschland" an die Wehrmacht und das deutsche Volk anläßlich der Gründung des NKFD am 12./13. Juli 1943, in: Überschär, Gerd R. (Hg.), Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt am Main 1995, S. 265–268.

Manifest des polnischen Komitees der Nationalen Befreiung vom 22. Juli 1944, in: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, bearbeitet von Theodor Schieder und hg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Band I/3, Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neisse, Berlin 1960, S. 1–7.

Möller, Horst/Alexandr O. Tschurbajan (Hg.), Die Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD): Kultur, Wissenschaft, Bildung 1945–1949. Ziele, Methoden, Ergebnisse, Dokumente aus russischen Archiven, München 2005 (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Band 15).

Münch, Ingo von (Hg.), Dokumente des geteilten Deutschland. Band II: Seit 1968. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Stuttgart 1974.

Nadžafov, D. G. (Hg.), Stalin i kosmopolitizm. Dokumenty Agitpropa CK KPSS 1945–1953, Moskau 2005 (Rossija. XX vek).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Ostermann, Christian F. (Hg.), Uprising in East Germany 1953. The Cold War, the German Question, and the First Major Upheaval Behind the Iron Curtain, Budapest/New York, NY 2001 (National Security Archive Cold War Readers).

Otto, Wilfriede (Hg.), Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente, Berlin 2003 (Reihe Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung, Band 10).

Polska *Partia* Robotnicza. Dokumenty programowe 1942–1948, Warschau 1984.

Pieck, Wilhelm, Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953 (hg. von Rolf Badstübner und Wilfried Loth), Berlin 1994.

Polska w dokumentach z archiwów rosyjskich 1939–1953, (bearbeitet von Aleksander Kochański, Galina Muraszko, Albina F. Noskowa, Andrzej Paczkowski, Krzysztof Persak), Warschau 2000 (Dokumenty do dziejów PRL, Band 12).

Polska-ZSRR. Struktury podległości. Dokumenty WKP (B) 1944–1949, Warschau 1995.

Protokół obrad KC PPR w maju 1945 roku (bearbeitet von Aleksander Kochański), Warschau 1992 (Dokumenty do dziejów PRL, Bd. 1)

Protokoły posiedzeń sekretariatu KC PPR 1945–1946 (bearbeitet von Aleksander Kochański), Warschau 2001 (Dokumenty do dziejów PRL, Band 14).

Protokoły posiedzeń Biura Politycznego KC PPR 1947–1948 (bearbeitet von Aleksander Kochański), Warschau 2002 (Dokumenty do dziejów PRL, Band 15).

Referendum z 30 czerwca 1946 r. Przebieg i wynik (bearbeitet von Andrzej Paczkowski), Warschau 1993 (Dokumenty do dziejów PRL, Band 4).

Scherstjanoi, Elke/Rolf Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung im Dezember 1948 und im April 1952 (Teil 1), in: ZfG 52 (2004), S. 138–166.

Scherstjanoi, Elke/Rolf Semmelmann, Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung im Dezember 1948 und im April 1952 (Teil 2), in: ZfG 52 (2004), S. 238–269.

Sobeščanija Kominforma. 1947, 1948, 1949. Dokumenty i materialy, Moskau 1998.

Polsko-radzieckie *stosunki* kulturalne 1944-1949. Dokumenty i materiały, Warschau 1984.

Teczka specjalna J. W. Stalina. Raporty NKWD z Polski 1944–1946, Warschau 1998.

Torańska, Teresa, „Them". Stalin's Polish Puppets, New York, NY/ Cambridge/Philadelphia, PA u.a. 1987.

Weber, Hermann (Hg.), DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, München 1986.

Wizja programowa Polski Ludowej. Dokumenty i materiały, Warschau 1979.

Wyrzykowski, Marian, Dzienniki 1938-1969, Warschau 1995.

Zacharov, V.V./D.N. Filippovych/M. Chajnemann (Hg.), Materialy po istorii sovetskoj voennoj adminstracii v Germanii 1945–1949 gg., Moskau 1999.

Żądło propagandy PRL-u 1945–1956, Warschau 2001.

Zubkova, E. Ju./L. P. Koševeleva, G. A. Kuznecova u.a. (Hg.): Sovetskaja Žizn' 1945–1953, Moskau 2003 (Dokumenty sovetskoj istorii).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Gedruckte Quellen:

Abusch, Alexander, Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Geschichte, Berlin 1946.

Abusch, Alexander, Stalin und die Schicksalsfragen der deutschen Nation, Berlin (Ost) 1949.

Ackermann, Anton, Stalin, der Führer des Weltproletariats, in: Unserem Freund und Lehrer J. W. Stalin zum Siebzigsten Geburtstag, Berlin (Ost) 1949, S. 93–146.

Albrecht, Karl I., Der verratene Sozialismus. Zehn Jahre als hoher Staatsbeamter in der Sowjetunion, Berlin/Leipzig ^{8}1939.

Alexandrow, G.F. u.a., Josef Wissarionowitsch Stalin. Kurze Lebensbeschreibung, Moskau 1947.

Anonymus: Jak zorganizować koło Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, Warschau 1946 (Biblioteczka Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, 1).

Anonymus: Józef Stalin. Marszałek Związku Radzieckiego, Warschau o. J. [1945].

Anonymus: Konstanty Rokossowski. Marszałek Polski, Warschau 1949.

Anonymus: Marszałek Rokossowski na czele Wojska Polskiego, Warschau 1949.

Anonymus: Ojczyzna Pracy, Łódź o. J. [1946].

Anonymus: Żołnierz wolności ludu. Żołnierz wolności Polski. O Marszałku Konstantym Rokosowskim, Warschau 1949.

Antikomintern (Hg.), Der Weltbolschewismus. Ein internationales Gemeinschaftswerk über die bolschewistische Wühlarbeit und die Umsturzversuche der Komintern in allen Ländern, Berlin/Leipzig 1936.

Batowski, Henryk, Współpraca słowiańska. Zagadnienia polityczne, kulturalne i gospodarcze w przeszłości i teraźniejszości, Warschau 1946.

Barbusse, Henri, Staline: un monde nouveau vu à travers un homme, Paris 1935.

Begegnungen mit Stalin, Berlin (Ost) 1949.

Bierut, Bolesław, Sześcioletni plan odbudowy Warszawy, Warschau 1951.

Bil, Emil, Droga Polaka na orbitę, Warschau 1978.

Bittel, Karl (Hg.), Die Feinde der deutschen Nation. Eine historische Dokumentation über die Deutschlandpolitik der imperialistischen Westmächte, Berlin (Ost) 1952.

Brus, Włodzimierz, ZSRR a wojna polsko-niemiecka 1939 r., Warschau 1946 (Biblioteczka żołnierza).

Brus, Włodzimierz, Urojenia i rzeczywistość. Prawda o ZSRR, Warschau 1947.

Budowa PKiN. Stacja Naukowo-Badawcza PAN na terenie budowy Pałacu Kultury i Nauki (Red. Alfred Wiślicki), Warschau 1957.

Claudius, Eduard, Notizen nebenbei, Berlin (Ost) 1948 (Deutsche sehen die Sowjetunion).

Cyrankiewicz, Józef, Przemówienie w dniu pogrzebu Józefa Stalina, in: Nowe Drogi 1953, Nr. 3, S. 41–42.

Daniszewski, Tadeusz, Feliks Dzierżyński. Nieugięty bojownik o zwycięstwo socjalizmu, Warschau 1951.

Diel, Louise, Himmelbett Moskau: Frauenerlebnisse im Sowjetparadies, Berlin 1941.

Djilas, Milovan, Gespräche mit Stalin, Frankfurt am Main 1962.

Dmowski, Roman, Niemcy, Rosja i kwestia polska, Lemberg 1908.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Dokumente der DSF 1950, o.O., o.J [Berlin (Ost)].
Dokumenty wrogiej działalności rządu Stanów Zjednocznonych wobec Polski Ludowej, Warschau 1953.
Ebert, Friedrich, Stalin und die nationale Frage, in: Unserem Freund und Lehrer J. W. Stalin zum Siebzigsten Geburtstag, Berlin (Ost) 1949, S. 221–249.
Ebert, Friedrich, Antrittsrede als Präsident der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, 19.6.1950, in: ders., Reden und Aufsätze zur Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, Berlin (Ost) 1959, S. 14–17.
Ebert, Friedrich, Reden und Aufsätze zur Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, Berlin (Ost) 1959.
Ehrenburg, Ilja [Il'ja Ėrenburg], Auf den Straßen Europas. Reportagen, Berlin (Ost) 1947.
Ehrenburg, Ilja, In Amerika, Berlin (Ost) 1948 [Originalausgabe: Il'ja Ėrenburg: V Amerike, Moskau 1947; Polnische Ausgabe: Ilja Erenburg: Wróciłem z USA, Warschau 1948].
Ehrenburg, Ilja, Dem Frieden! Aufsätze und Reden (Mit einem Vorwort von Harald Hauser), Berlin (Ost) 1952.
Erpenbeck, Fritz, Wilhelm Pieck. Ein Lebensbild, Berlin (Ost) 1951.
Ertl, Ernst, Werkmeister im „Paradies". Vier Jahre im Traktorenwerk Charkow, Berlin 1937.
FDJ – ZMP zum Monat der deutsch-polnischen Freundschaft, Erfurt o. J. [1951].
Feuchtwanger, Lion, Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde [Originalausgabe: Amsterdam 1937], Berlin 1993.
Filippovych, D.N., Sovetskaja voennaja administracja v Germanii: Voenno-političeskij aspekt dejatel'nosti (1945–1949 gg.), Moskau 1995.
Unserem *Freund* und Lehrer J. W. Stalin zum Siebzigsten Geburtstag, Berlin (Ost) 1949.
Freundschaft für immer mit Stalin. Aufruf der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (Hg. vom Amt für Information), Berlin (Ost) 1949.
Wer *Frieden* will, muß Freundschaft halten. Hg. von der Kommission zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Berlin (Ost) 1957.
Fritsche; Georg, Schein und Sein im Sowjetparadies, München 1932.
Fröhlich, Horst, Die lachende Stadt, Moskau 1932.
Fugger, Karl, Was lehrt Stalin die deutschen Aktivisten, Berlin (Ost) 1949.
Garton Ash, Timothy, The Polish Revolution. Solidarity [1983], London 1999.
Geschichte der kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang. Kommission des Zentralkomitees der KPdSU (B). Gebilligt vom Zentralkomitee der KPdSU (B) 1938, Berlin (Ost) 1955 (Bücherei des Marxismus-Leninismus, Bd. 12).
Deutsch-polnische *Gesellschaft* für Frieden und gute Nachbarschaft (Hg.), Die deutsch-polnische Freundschaft und die Oder-Neiße-Friedensgrenze, Berlin (Ost) 1950.
Gide, André, Zurück aus Sowjet-Rußland, Zürich 1937 [Originalausgabe: Retour de l'URSS, Paris 1936].
Gide, André, Retuschen zu meinem Rußlandbuch [Originalausgabe: Retouches à mon retour de l'URSS, Paris 1937], in: ders., Gesammelte Werke VI. Reisen und Politik. 2. Band, Stuttgart 1996, S. 117–210.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Gorski, Günther/Alfred Anderle/Günter Rosenfeld (Leitung des Autorenkollektivs) u.a., Deutsch-sowjetische Freundschaft. Ein historischer Abriß von 1917 bis zur Gegenwart, Berlin (Ost) 1975.

Greife, Hermann, Die Klassenkampfpolitik der Sowjetregierung, Berlin/Leipzig 1937.

Grotewohl, Otto, Stalin, der siegreiche Kämpfer für den Frieden, in: Unserem Freund und Lehrer J. W. Stalin zum Siebzigsten Geburtstag, Berlin (Ost) 1949, S. 33–64.

Grotewohl, Otto, Ein gutes und großes Ziel. Zum 29. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, in: ders., Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1945–1953, Band 1, 1945–1949, Berlin (Ost) 1954.

Grotewohl, Otto, Stalin – Freund und Helfer des deutschen Volkes. 21. Dezember 1949, in: ders., Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1945–1953, Band 1, Berlin (Ost) 1954, S. 556–561.

Grotewohl, Otto, Gruß an Polen, in: ders., Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1945–1953, Band 2, 1950 und 1951, Berlin (Ost) 1954, S. 89–92.

Grotewohl, Otto, Stalinallee – Straße der unverbrüchlichen Freundschaft, in: ders., Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze, Band 3, Berlin (Ost) 1954, S. 31–40.

Grotewohl, Otto, Stalin und das deutsche Volk, in: ders., Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze, Band 3, Berlin (Ost) 1954, S. 256–267.

Grotewohl, Otto, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1945–1953, Band 1, 1945–1949, Berlin (Ost) 1954 (Hg. vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED).

Grotewohl, Otto, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1945–1953, Band 2, 1950 und 1951, Berlin (Ost) 1954 (Hg. vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED).

Grotewohl, Otto, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1945–1953, Band 3, 1952 und 1953, Berlin (Ost) 1954 (Hg. vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED).

Grünberg, Gottfried, Der Kampf der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft für die nationalen Interessen des deutschen Volkes. Vortrag gehalten am 26. Februar 1953 im Haus der Kultur der Sowjetunion Berlin, Berlin (Ost) 1953.

Grünberg, Gottfried, Die Atomkraft, eine Wohltat für die Menschheit, wenn sie sich in den Händen des Arbeiter- und Bauernstaates befindet, Berlin (Ost) 1955.

Grünberg, Gottfried, Kumpel, Kämpfer, Kommunist, Berlin (Ost) 1977.

Guranowski, J., W imię niepodległości Polski, w imię pokoju między narodami, Warschau 1951.

Hell, Michael, Rußland antwortet. Ein Reisebericht, Berlin (Ost) ohne Jahr [1948].

Herling, Gustaw, Welt ohne Erbarmen, München 2004 [1951].

Hermlin, Stephan, Russische Eindrücke, Berlin (Ost) 1948 (Deutsche sehen die Sowjetunion).

Heym, Stefan, Reise in Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Ein Bericht von Stefan Heym, Berlin (Ost) 1954.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Hitler, Adolf, Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe, München 213/217 1936.

Hobsbawm, Eric J., Interesting Times. A Twentieth Century Life, London 2003.

Hobein, Eugen, Sechs Jahre ‚Sowjet-Paradies', Minden 1942.

Imperializm amerykański – wróg ludzkości – wróg Polski. Materiały dla kursów partyjnych, Warschau 1952.

Ivanov, N. K., Der Sowjetstaat – ein Staat neuen Typus, Berlin 1947.

Jähn, Siegmund, Erlebnis Weltraum, Berlin (Ost) 1983.

Johnson, Hewlett, The Soviet Power. The Socialist Sixth of the World, New York, NY 1941.

Johnson, Hewlett, Soviet Russia Since the War, New York, NY 1947.

Kantorowicz, Alfred, Deutsches Tagebuch. Erster Teil, München 1959.

Kantorowicz, Alfred, Deutsches Tagebuch. Zweiter Teil, München 1961.

Kapuściński, Ryszard, Imperium. Sowjetische Streifzüge, Frankfurt am Main 1996.

The Katyn Forest Massacre. Final Report of the Select Committee to Conduct an Investigation and Study of the Facts, Evidence and Circumstances on the Katyn Forest Massacre, 82nd Congress [December 22, 1952 – Committed to the Committee of the Whole House on the State of the Union and ordered to be printed], Washington, DC 1952.

Kellermann, Bernhard und Ellen, Wir kommen aus Sowjetrußland, Berlin (Ost) 1948 (Deutsche sehen die Sowjetunion).

Kennan, George F., Memoirs, New York, NY 1967.

Die *Kernfrage* des Sieges der Nationalen Front. Zum Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, Berlin (Ost) 1950 (Mit nationalem Kurs. National-Demokratische Hefte, Heft 23).

Klemperer, Victor, LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 19 2001 [Erstausgabe 1947].

Koch, Hans, Ein Bürger sieht die Sowjetunion, Leipzig 1953.

Koch, Hans, Entscheidende Tage, Berlin (Ost) 1953.

Koestler, Arthur/Ignazio Stilone/Richard Wright/André Gide/Louis Fischer/Stephen Spender, Ein Gott, der keiner war, München 1962 [Erstausgabe 1950].

Kommoss, Rudolf, Juden hinter Stalin. Die jüdische Vormachtstellung in der Sowjetunion aufgrund amtlicher Sowjetquellen dargestellt. Lage und Aussichten, Berlin 1938.

Kornatowski, Wiktor, Podstawy polskiej polityki słowiańskiej. Rozwoj idea słowianskiej a stosunki polsko-rosyjskie, Warschau 1946 (Biblioteczka Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, 2).

Kraft, Maria, In der Gewalt der Bolschewisten. Leidensjahre einer deutschen Frau in der Sowjetunion, Berlin 1937.

Krug, Manfred, Abgehauen. Ein Mitschnitt und ein Tagebuch, Düsseldorf/ München 1998.

Kuczynski, Jürgen, Über einen Weg des Aufbaus deutscher Kultur, Berlin, o.J. [1947] (Kleinen Schriftenreihe der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion).

Kuczynski, Jürgen, Das Land der frohen Zuversicht. Eine Geschichte der Sowjetunion für Jugendliche, die auch Erwachsene lesen können, Berlin (Ost) 1949.

Kuczynski, Jürgen, Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch, Berlin (Ost) und Weimar 1988 [Erstausgabe 1983].

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Kuczynski, Jürgen, „Ein linientreuer Dissident". Memoiren 1945–1989, Berlin 1999 [Erstausgabe 1992].
Kurella, Alfred, Ich lebe in Moskau, Berlin (Ost) 1947.
Kurella, Alfred, Ost und ~~oder~~ West. Unsinn, Sinn und tiefere Bedeutung eines Schlagwortes, Berlin (Ost) o.J. [1948].
Kusnierz, Bronisław, Stalin and the Poles. An Indictement of the Soviet Leaders (With a foreword by August Zaleski), London 1949.
Leonhard, Wolfgang, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1990 [Erstausgabe 1955].
Lieb, Fritz, Rußland unterwegs. Der russische Mensch zwischen Christentum und Kommunismus, Zürich 1945.
Manifest des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Berlin o. J. [1945].
Marek, Franz, Stalin. Der Mensch und das Werk. Zu seinem 70. Geburtstag am 21. Dezember 1949, Wien 1949.
Mariańska, Aniela, Szlakiem delegacji chłopów polskich po Ukrainie, Warschau 1950.
7.XI.1917 – 7.XI.1948. *Materiały* do referatu rocznicowego, Warschau 1948.
Merker, Paul, Stalin und die Bauernfrage, in: Unserem Freund und Lehrer J. W. Stalin zum Siebzigsten Geburtstag, Berlin (Ost) 1949, S. 251–270.
Mikolajczyk, Stanislaw, The Rape of Poland. Patterns of Soviet Aggression, New York, NY 1948.
Miłosz, Czesław, Verführtes Denken (Mit einem Vorwort von Karl Jaspers), Frankfurt am Main 1974 [Erstausgabe 1953].
Miłosz, Czesław, Rodzinna Europa [Erstausgabe 1959], Krakau 2001 (Dzieła zebrane).
Ministerstwo Oświaty, Józef Stalin: Materiały do obchodu siedemdziesiątej rocznicy urodzin, Warschau 1949.
Müller, Sven von, Die Sowjet-Union. Kulisse und Hintergrund, Hamburg 1941.
Wilhelm Pieck, dem Vorkämpfer für ein neues Deutschland, Berlin 1946.
Pieck, Wilhelm, Stalin und die deutsche Arbeiterbewegung, in: Unserem Freund und Lehrer J. W. Stalin zum Siebzigsten Geburtstag, Berlin (Ost) 1949, S. 5–32.
Podstawy działalności Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej. Materiały i wytyczne dla działaczy i kół terenowych, Warschau o .J. [1947].
Rakowski, Mieczysław F., Dzienniki polityczne 1958-1962, Warschau 1998.
Rau, Heinrich, Stalin – Meister der sozialistischen Planung, in: Unserem Freund und Lehrer J. W. Stalin zum Siebzigsten Geburtstag, Berlin (Ost) 1949, S. 147–194.
Rokossovskij, K. K., Soldatskij dolg, Moskau 1997 [Erstausgabe 1968] (Polkovodcy Velikoj Otečestvennoj 1941–1945).
Sayer, Michael/Kahn, Albert E., Die große Verschwörung, Berlin (Ost) 1949 [Originalausgabe: The Great Conspiracy against Russia, New York, NY 1946].
Schulter an Schulter. Eine Bilddokumentation der Waffen- und Klassenbrüderschaft der Bürger der DDR und der Angehörigen der NVA mit den Angehörigen der GSSD, Berlin (Ost) 1984.
Seghers, Anna, Sowjetmenschen. Lebensbeschreibungen nach ihren Berichten, Berlin (Ost) 1948 (Deutsche sehen die Sowjetunion).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Seghers, Anna, Die Linie. Joseph Wissarionowitsch Stalin zum 70. Geburtstag, Berlin (Ost) 1950.
Semirjaga, M.I., Kak my upravljali Germaniej. Politika i Žisn', Moskau 1995.
Semjonow, Wladimir S. [Semenov, V.S.], Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission. 1939–1991, Berlin 1995.
Simonow, Konstantin [Simonov, Konstantin], Die russische Frage. Schauspiel in drei Aufzügen und sieben Bildern (Aus dem Russischen übersetzt von Ilja Bakkal. Deutsche Bearbeitung Theodor Popp), Berlin 1947 (Internationale Dramatik, 5).
Stalin, J.W. [Stalin, I.V.], Wybór dokumentów w sprawie polskiej, Warschau 1949.
Stalin, Joseph [Stalin, I.V.], Über den großen vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Berlin (Ost) 1951.
Die Stalinallee. Nationales Aufbauprogramm 1952, Berlin (Ost) 1953.
Statut Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, Warschau 1945.
Steinbeck, John, A Russian Journal (With photographs by Robert Capa), New York, NY 1999 (Penguin Twentieth Century Classics) [Erstausgabe 1948].
Stern, Viktor, Stalin als Philosoph, Berlin (Ost) 1949.
Strofy o Stalinie. Wierze Poetów Polskich. Józefowi Stalinowi w siedemdziesiątą rocznicę urodzin poeci polscy, Krakau 1949.
Świątkowski, Henryk, Z mego pobytu w ZSRR, Warschau 1947 (Biblioteczka Towarzystwa Przyjaźni Polsko-Radzieckiej, 4).
Sztachelska, Irena, Kobieta w ZSRR, Łódź o. J. [1945/46].
Tätigkeitsbericht der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion. 1. April 1948–21. März 1949 (überreicht vom Generalsekretär Hans Mark), Berlin (Ost) 1949.
Tjul'panov, Sergej I., Deutschland nach dem Kriege. Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee, Berlin (Ost) 1987.
TPPR Zarząd Główny (Hg.), XII Kongres Towarzystwa Przyjaźny Polsko-Radzieckiej, Warszawa 27.–29.1.1989, Warschau 1989.
Ulbricht, Walter, Stalin – Theoretiker des Sozialismus, in: Unserem Freund und Lehrer J. W. Stalin zum Siebzigsten Geburtstag, Berlin (Ost) 1949, S. 65–92.
Voßke, Heinz, Friedrich Ebert. Ein Lebensbild, Berlin (Ost) 1987.
Wasowski, Józef, Podróż w Z.S.S.R., Lublin 1945.
Webb, Sydney und Beatrice, Soviet Communism: A New Civilization?, 2 vols., New York, NY 1936.
Weinert, Erich, Lieder um Stalin. Nachdichtungen aus den Dichtungen der Völker der Sowjetunion, Potsdam 1949.
Wende, Jan Karol, Polska a Związek Radziecki, Warschau 1945.
Wiersze o Stalinie. Wybór poetów radzieckich, Warschau 1949.
II-gi Krajowi Zjazd Towarzystwo Przyjaźni Polsko-Radzieckiej. 2–3 Październik 1948, o.O., o.J. [1948].

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Verwendete Periodika:

Aufbau
Einheit
Freie Welt
Friedenspost
Life
Nacht-Expreß
Neues Deutschland
Die Neue Gesellschaft
Neue Welt
Notatnik Agitatora
Nowa Kultura
Nowe Drogi
Ost und West
Po Prostu
Pogadanki Propagandysty
Polityka
Pravda
Przegląd Wydarzeń
Przyjaźń
Przyjaciółka
Wolność
SBZ-Archiv
Sztandar Młodych
Tägliche Rundschau
Trybuna Ludu
Unser Friedenswerk

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

3. Literaturverzeichnis

Abrams, Bradley F., The Struggle for the Soul of the Nation. Czech Culture and the Rise of Communism, Lanham, MD 2004 (The Harvard Cold War Studies Book Series).

Amos, Heike, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Münster/Hamburg/London 2003 (Diktatur und Widerstand, Band 4).

Anderson, Sheldon, A Cold War in the Soviet Bloc. Polish-East German Relations 1945–1962, Boulder, Col./Oxford 2001.

Ansorg, Leonore, Kinder im Klassenkampf. Die Geschichte der Pionierorganisation von 1948 bis zum Ende der Fünfziger Jahre, Berlin 1996 (Zeithistorische Studien, Band 8).

Ápor, Balázs/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York, NY 2004.

Arendt, Hannah, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, München 1998 [Originalausgabe: The Origins of Totalitarianism, New York, NY 1951].

Arlt, Kurt, Sowjetische (russische) Truppen in Deutschland (1945–1994), in: Torsten Diedrich/Hans Ehlert/Rüdiger Wenzke (Hg.), Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin ^{2}1998, S. 593–631.

Arlt, Kurt, „... stets wachsam zu sein in einem fremden Land!" Zum Selbstverständnis der sowjetischen Truppen in der DDR, in: Hans Ehlert/Matthias Rogg (Hg.), Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven, Berlin 2004, S. 205–224.

Assmann, Jan, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München ^{3}1999.

Assmann, Jan, Religion und kulturelles Gedächtnis. Zehn Studien, München 2000.

Azaryahu, Maoz, Vom Wilhelmplatz zum Thälmannplatz. Politische Symbole im öffentlichen Leben der DDR, Tel Aviv 1988 (Schriftenreihe des Instituts für deutsche Geschichte, Tel Aviv).

Baberowski, Jörg, Die Entdeckung des Unbekannten: Rußland und das Ende Osteuropas, in: ders./Eckart Conze/Phillip Gassert u.a., Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte, München 2001, S. 9–42.

Baberowski, Jörg/Eckart Conze/Phillip Gassert u.a., Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte, Stuttgart/München 2001.

Baberowski, Jörg, Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus, München 2003.

Baberowski, Jörg, Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, München 2003.

Baberowski, Jörg, Verschleierte Feinde. Stalinismus im sowjetischen Orient, in: GG 30 (2004), S. 10–36.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Barck, Simone, Die fremden Freunde. Historische Wahrnehmungsweisen deutsch-sowjetischer Kulturbeziehungen in der SBZ in den Jahren 1948 und 1949, in: Konrad H. Jarausch/Hannes Siegrist (Hg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt am Main/New York, NY 1997, S. 335–359.

Barck, Simone/Christoph Classen/Thomas Heimann, The Fettered Media: Controlling Public Debate, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), Dictatorship as Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR, New York, NY/Oxford 1999, S. 213–240.

Barck, Simone/Siegfried Lokatis (Hg.), Fenster zur Welt. Eine Geschichte des DDR-Verlages Volk und Welt, Berlin 2003.

Bauerkämper, Arnd/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-Deutsche Beziehungen 1945–1990 (Festschrift für Christoph Kleßmann), Bonn 1998.

Bauerkämper, Arnd, Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963, Köln/Weimar/Wien 2002 (Zeithistorische Studien, Band 21).

Bauman, Zygmunt, Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust [Erstausgabe 1989], Hamburg 1992.

Bayerlein, Bernhard H., Einheitsfront- und Volksfrontmythos als Ursprungslegenden des Antifaschismus, in: Keller, Claudia (Hg.), Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus – Geschichte und Neubewertung, Berlin 1996, S. 103–122.

Behrends, Jan C., Besuch aus der Zukunft. Sowjetische Stachanov-Arbeiter in der DDR, in: JGO 50 (2002), S. 194–204.

Behrends, Jan C., Soll und Haben. Freundschaftsdiskurs und Vertrauensressourcen in der staatssozialistischen Diktatur, in: Ute Frevert (Hg.), Vertrauen. Historische Annäherungen, Göttingen 2003, S. 336–364.

Behrends, Jan C./Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus, Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zur Einführung, in: dies. (Hg.), Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003, S. 9–22.

Behrends, Jan C./Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hg.), Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003.

Behrends, Jan C., Sowjetische „Freunde" und fremde „Russen". Deutsch-Sowjetische Freundschaft zwischen Ideologie und Alltag (1949–1990), in: Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hg.), Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003, S. 75–100.

Behrends, Jan C., Der 17. Juni der Berliner Republik. Konjunkturen, Neuerscheinungen, Desiderate, in: H-Soz-u-Kult 2004, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2004-2-172.

Behrends, Jan C., Exporting the Leader. The Stalin Cult in Poland and East Germany (1944/45–1956), in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 161–178.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Behrends, Jan C./Arpád von Klimó/Patrice G. Poutrus (Hg.), Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa, Bonn 2005 (Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 68).

Behrends, Jan C./Arpád von Klimó/Patrice G. Poutrus (Hg.), Antiamerikanismus und die europäische Moderne. Zur Einleitung, in: dies. (Hg.), Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa, Bonn 2005, S. 10–33.

Behrends, Jan C., Erfundene Feindschaft und exportierte Erfindung. Der spätstalinistische Antiamerikanismus als sowjetische Leiterzählung und polnische Propaganda, in: Jan C. Behrends/Árpád von Klimó/Patrice G. Poutrus (Hg.), Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa, Bonn 2005, S. 159–186.

Behrens, Alexander, Johannes R. Becher. Eine politische Biographie, Köln 2003.

Benz, Wolfgang, Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, München [5]1999 (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart).

Benz, Wolfgang (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzungsherrschaft 1945–1949/55, Berlin 1999.

Berghahn, Volker R., America and the Intellectual Cold Wars in Europe. Shepard Stone between Philantrophy, Academy and Diplomacy, Princeton, NJ/Oxford 2001.

Bessel, Richard/Ralph Jessen, Einleitung, in: dies. (Hg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 7–24.

Bessel, Richard/Ralph Jessen (Hg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996.

Beyrau, Dietrich, Antisemitismus und Judentum in Polen 1918–1939, in: GG 8 (1982), S. 205–232.

Beyrau, Dietrich, Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917 bis 1985, Göttingen 1993.

Beyrau, Dietrich, Der organisierte Autor: Institutionen, Kontrolle, Fürsorge, in: Gabriele Gorzka (Hg.), Kultur im Stalinismus. Sowjetische Kunst und Kultur der 1930er bis 50er Jahre, Bremen 1994, S. 60–76.

Beyrau, Dietrich, Schlachtfeld der Diktatoren. Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin, Göttingen 2000.

Beyrau, Dietrich, Macht und Öffentlichkeit im Sozialismus. Einführung, in: JGO 50 (2002), S. 161–162.

Bingen, Dieter, Propagandamedium und Abbild. Überlegungen zum Quellenwert der polnischen Presse in sozialistischer Zeit, in: Eduard Mühle (Hg.), Vom Instrument der Partei zur „Vierten Gewalt". Die ostmitteleuropäische Presse als zeithistorische Quelle, Marburg 1997, S. 83–92.

Bispinck, Hendrik/Jürgen Danyel/Hans Hermann Hertle u.a. (Hg.), Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus (hg. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München/Berlin und des Zentrums für Zeithistorische Forschung, Potsdam), Berlin 2004.

Blackbourn, David, Marpingen: Apparitions of the Virgin Mary in Bismarckian Germany, New York, NY 1994.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Blobaum, Robert, Feliks Dzierżyński and the SDKPiL: A Study of the Origins of Polish Communism, Boulder, Col./New York, NY 1984 (East European Monographs, No. CLIV).

Błażyński, Zbigniew, Mówi Józef Światło. Za kulisami bezpieki i partii 1940–1955, Warschau 2003.

Bluhm, Harald, Zu Ikonographie und Bedeutung von Darstellungen der Befreiungskriege 1813/14 in der Staatsrepräsentation der DDR, in: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin/München 1996, S. 162–174.

Bonwetsch, Bernd/Genadij Bordjugov, Die Affäre Tjul'panov. Die Propagandaverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland im Kreuzfeuer der Kritik 1945–1949, in: DS 31 (1994), S. 247–272.

Bonwetsch, Bernd, Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) unter Sergej Tjul'panov, in: Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugovj/Norman M. Naimark (Hg.), Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov, Bonn 1997, S. XIX–LV.

Bonwetsch, Bernd, Stalin und die Vorbereitung des 3. Parteitages der SED. Ein Treffen mit der SED-Führung 4. Mai 1950, in: VfZ 52 (2004), S. 575–582.

Bordjugov, Gennadij, Das ZK der KPdSU (B), die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die SED, (1945–1951), in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn/München/Wien u.a. ^{2}2001, S. 282–311.

Borodziej, Włodzimierz/Klaus Ziemer (Hg.), Deutsch-polnische Beziehungen. 1939–1945–1949, Osnabrück 2000 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Band 5).

Borodziej, Włodzimierz, Od Poczdamu do Szklarskiej Poręby. Polska w stosunkach międzynarodowych 1945–1947, London 1990.

Borodziej, Włodzimierz, Der Warschauer Aufstand 1944, Frankfurt am Main 2001.

Bouvier, Beatrix, Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR 1945–1953, Bonn 1996 (Reihe Politik und Gesellschaftsgeschichte, Band 45).

Bralczyk, Jerzy, O języku polskiej propagandy politycznej lat siedemdziesiątych, Warschau 2001.

Brandenberger, David, National Bolshevism. Stalinist Mass Culture and the Formation of Modern Russian National Identity. 1931–1946, Cambridge, Mass./London 2002 (Russian Research Center Studies, Band 93).

Brandenberger, David, Stalin as a Symbol: a Case Study of the Personality Cult and Its Construction, in: Sarah Davies/James Harris (Hg.), Stalin: A New History, Cambridge 2005, S. 249–270.

Brenner, Christiane/Peter Heumos (Hg.), Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, DDR, 1945–1968, München 2005, S. 527–540 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, Band 27).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Brent, Jonathan/Vladimir P. Naumov, Stalin's Last Crime. The Plot Against the Jewish Doctors, 1948–1953, New York, NY 2003.

Brieler, Ulrich, Foucaults Geschichte, in: GG 24 (1998), S. 248–282.

Brieler, Ulrich, Blind Date. Michel Foucault in der deutschen Geschichtswissenschaft, in: Axel Honneth/Martin Saar (Hg.), Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault Konferenz 2001, Frankfurt am Main 2003, S. 311–334.

Brodala, Marta, Propaganda dla najmodłodszych w latach 1948–1956. Instrument stalinowskiego wychowania, in: Marcin Kula (Hg.), Przebudować człowieka. Komunistyczne wysiłki zmiany mentalności, Warschau 2001, S. 15–202 (W krainie PRL).

Brooks, Jeffrey, Thank You, Comrade Stalin! Soviet Public Culture form Revolution to Cold War, Princeton, NJ ^{3}2001.

Broszat, Martin, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Stuttgart 1961.

Broszat, Martin, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München ^{10}1983 [Erstausgabe 1969] (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts).

Broszat, Martin/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München ^{2}1993.

Browning, Christopher, Die Entfesselung der „Endlösung". Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942, Berlin 2003.

Brunner, Otto/Werner Conze/Reinhard Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, 8 Bände, Stuttgart 1972–1997.

Brzostek, Błażej, Robotnicy Warszawy. Konflikty codzienne (1950–1954), Warschau 2002 (W krainie PRL).

Brzostek, Błażej, Contrasts and Grayness: Looking at the First Decade of Postwar Poland, in: Journal of Modern European History 2 (2004), S. 110–133.

Buckow, Aniana, Zwischen Propaganda und Realpolitik. Die USA und der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands 1945–1955, Stuttgart 2003 (USA Studien, Band 13).

Burke, Peter, The Fabrication of Louis XIV., New Haven, Conn./London 1992.

Burleigh, Michael, Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung, Frankfurt am Main 2000.

Buschfort, Wolfgang, Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Band 63).

Cary, Noel D., The Making of the Reich President, 1925: German Conservatism and the Nomination of Paul von Hindenburg, in: Central European History 23 (1990), S. 179–204.

Caumanns, Ute/Matthias Niendorf, Verschwörungstheorien. Anthropologische Konstanten – historische Varianten, Osnabrück 2002 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Band 6).

Caute, David, The Fellow-Travellers. Intellectual Friends of Communism, New Haven, Conn./London ^{2}1988.

Caute, David, The Dancer Defects. The Struggle for Cultural Supremacy During the Cold War, Oxford/New York, NY 2003.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Chase, William J., Enemies within the Gates? The Comintern and the Stalinist Repression, 1934–1939, New Haven, Conn./London 2001 (Annals of Communism).

Cherniavski, Michael, Tsar and People: Studies in Russian Myth, New Haven, Conn. 1961.

Chiari, Bernhard (unter Mitarbeit von Jerzy Kochanowski) (Hg.), Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem 2. Weltkrieg, München 2003 (Beiträge zur Militärgeschichte, Band 57).

Chodakiewicz, Marek Jan, Between Nazis and Soviets. Occupation Politics in Poland, 1939–1947, Lanham, MD 2004.

Chumiński, Jędrzej, Gewerkschaften und Arbeiterinteressen in Polen 1944–1956, Potsdam 2000 [Maschschr.].

Chwalba, Andrzej, Historia Polski. 1795–1918, Krakau 2001.

Ciesielski, Stanisław, Wrocław 1956, Breslau 1999 (Acta Universitatis Wratislaviensis No. 2167: Historia CXXXVIII).

Clark, Katerina, The Soviet Novel. History as Ritual, Chicago, Ill./London 1985.

Clark, Katerina, Germanophone Intellectuals in Stalin's Russia: Diaspora and Cultural Identity in the 1930s, in: Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History 2 (2001), S. 529–552.

Classen, Christoph, Faschismus und Antifaschismus. Die nationalsozialistische Vergangenheit im ostdeutschen Hörfunk (1945–1953), Köln 2004 (Zeithistorische Studien, Band 27).

Connelly, John, Die ostmitteleuropäische Presse als Quelle zur Gesellschaftsgeschichte der Stalinzeit, in: Eduard Mühle (Hg.), Vom Instrument der Partei zur „Vierten Gewalt". Die ostmitteleuropäische Presse als zeithistorische Quelle, Marburg 1997, S. 111–114.

Connelly, John, Captive University. The Sovietization of East German, Czech, and Polish Higher Education, 1945–1956, Chapel Hill, NC/London 2000.

Conquest, Robert, Kolyma. The Arctic Death Camps, Oxford 1979.

Cornelißen, Christoph/Lutz Klinkhammer/Wolfgang Schwendtker (Hg.), Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt am Main 2003 (Die Zeit des Nationalsozialismus).

Courtois, Stéphane/Nicolas Werth/Jean Louis Panné u.a. (Hg.), Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München 1998.

Creuzberger, Stefan, Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Köln/Weimar/Wien 1996 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Band 3).

Creuzberger, Stefan/Manfred Görtemaker (Hg.), Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949, Paderborn/München/Wien u.a. 2002.

Czyżniewski, Marcin, Stalin w polskiej propagandzie politycznej na przykładzie dzienników pomorskich z lat 1945–1953, in: Ryszard Sudziński (Hg.), Oblicza polskiego stalinizmu, Włocławek 2000, S. 169–180.

Dähn, Horst, Die 2. Parteikonferenz der SED und die Kirchenpolitik der Partei (1952/53), in: JHK 2002, S. 55–82.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Dahlke, Sandra, „An der antireligiösen Front": Der Verband der Gottlosen in der Sowjetunion der zwanziger Jahre, Hamburg 1998 (Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa, Band 4).

Daniel, Ute/Wolfram Siemann, Historische Dimensionen der Propaganda, in: dies. (Hg.), Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung 1789–1989, Frankfurt am Main 1994, S. 7–20.

Daniel, Ute/Wolfram Siemann (Hg.), Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung 1789–1989, Frankfurt am Main 1994.

Danyel, Jürgen, Vergangenheitspolitik in der SBZ/DDR 1945–1989, in: Włodzimierz Borodziej/Klaus Ziemer (Hg.), Deutsch-polnische Beziehungen. 1939–1945–1949, Osnabrück 2000, S. 265–296.

Danyel, Jürgen, Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur, in: Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hg.), Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003, S. 23–55.

David-Fox, Michael, From Illusory ‚Society' to Intellectual ‚Public': VOKS, International Travel, and Party-Intelligentsia Relations in the Interwar Period, in: Contemporary European History 11 (2002), S. 7–32.

David-Fox, Michael, The Fellow-Travellers Revisited. The „Cultured West" through Soviet Eyes, in: JMH 75 (2003), S. 300–335.

Davies, Norman, White Eagle, Red Star. The Polish-Soviet War 1919–1920, London 1972.

Davies, Norman, God's Playground. A History of Poland, Volume II, 1795 to Present, New York, NY 1982.

Davies, Norman, Im Herzen Europas. Geschichte Polens (Mit einem Geleitwort von Bronisław Geremek) [1984], München 2000.

Davies, Sarah, Popular Opinion in Stalin's Russia. Terror, Propaganda and Dissent, Cambridge/New York, NY/Melbourne 1997.

Davies, Sarah/James Harris (Hg.), Stalin: A New History, Cambridge, 2005.

Deist, Wilhelm/Manfred Messerschmidt/Hans-Erich Volkmann u.a.: Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkriegs, Frankfurt am Main 1991 (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 1).

Stalinskoe *desjatiletie* cholodnoj vojny: fakty i gipotezy, Moskau 1999.

Diedrich, Torsten, Aufrüstungsvorbereitung und -finanzierung in der SBZ/DDR in den Jahren 1948 bis 1953 und deren Rückwirkungen für die Volkswirtschaft, in: Bruno Thoß (Hg.), Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer „verdeckten Aufrüstung" in der SBZ/DDR, München 1994, S. 273–336.

Diedrich, Torsten, Der „Dienst für Deutschland" (1952–1953), in: Torsten Diedrich/Hans Ehlert/Rüdiger Wenzke (Hg.), Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin ^{2}1998, S. 153–168.

Diedrich, Torsten/Hans Ehlert/Rüdiger Wenzke (Hg.), Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin ^{2}1998.

Diedrich, Torsten/Rüdiger Wenzke (Hg.), Mit „Zuckerbrot und Peitsche" gegen das Volk. Die DDR und ihre bewaffneten Kräfte im Krisenjahr 1956, in: Winfried Heine-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

mann/Norbert Wiggershaus (Hg.), Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999, S. 439–468.

Diedrich, Torsten/Rüdiger Wenzke, Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952 bis 1956, Berlin 2001 (Militärgeschichte der DDR, Band 1).

Diedrich, Torsten, Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR (hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt), München 2003.

Diesener, Gerald/Wojciech Kunicki, Johannes R. Becher und Ernst Jünger – eine glücklose Liaison?, in: ZfG 42 (1994), S. 1083–1096.

Diesener, Gerald/Rainer Gries (Hg.), Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert, Darmstadt 1996.

Dietrich, Gerd, Ein Mitbürger der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Anton Ackermann, in: BGA 33 (1991), S. 107–115.

Dietrich, Gerd, Politik und Kultur in der SBZ 1945–1949. Mit einem Dokumentenanhang, Bern/Frankfurt am Main/Berlin u.a. 1993.

Diskin, Hanna, The Seeds of Triumph: Church and State in Gomułka's Poland, Budapest/New York, NY 2001.

Dmitrów, Edmund, Vergangenheitspolitik in Polen 1945–1989, in: Włodzimierz Borodziej/Klaus Ziemer (Hg.), Deutsch-polnische Beziehungen 1939–1945–1949, Osnabrück 2000, S. 235–264.

Dralle, Lothar, Von der Sowjetunion lernen ... Zur Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Berlin 1993 (Osteuropastudien des Landes Hessen, Reihe: Gießener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsordnung des Europäischen Ostens, Band 198).

Dreyfus, Michel/Bruno Groppo/Claudio Ingerflom u.a. (Hg.), Le siècle des communismes, Paris 2001.

Düffler, Jost, Europäische Zeitgeschichte – Narrative und historiographische Perspektiven, in: Zeithistorische Forschungen 1 (2004), S. 51–71.

Dudek, Adriana, Mechanizm i instrumenty propagandy zagranicznej Polski w latach 1946–1950, Breslau 2002.

Dudek, Antoni, Państwo i Kościół w Polsce 1945–1970, Krakau 1995.

Dudek, Antoni, Der politische Umbruch 1956 in Polen, in: Winfried Heinemann/Norbert Wiggershaus (Hg.), Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999, S. 28–42.

Dunham, Vera, In Stalin's Time. Middleclass Values in Soviet Fiction, Cambridge 1976.

Dwars, Jens-Fietje, Abgrund des Widerspruchs. Das Leben des Johannes R. Becher, Berlin 1998.

Ehlert, Hans/Matthias Rogg (Hg.), Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven, Berlin 2004 (Militärgeschichte der DDR, Band 8).

Eisenberg, Christiane, Kulturtransfer als historischer Prozeß. Ein Beitrag zur Komparatistik, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Schriewer (Hg.), Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt am Main/New York, NY 2003, S. 399–417.

EKO Stahl GmbH (Hg.), Einblicke. 50 Jahre EKO-Stahl, Eisenhüttenstadt 2000.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Ellul, Jacques, Propaganda. The Formation of Men's Attitudes [1965], New York, NY 1973.

Emmerich, Wolfgang/Carl Wege (Hg.), Der Technikdiskurs in der Hitler-Stalin-Ära, Stuttgart/Weimar 1995.

Engelmann, Roger/Ilko-Sascha Kowalczuk (Hg.), Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, Göttingen 2005 (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Band 27).

Ennker, Benno, Die Anfänge des Leninkults in der Sowjetunion, Köln/Weimar/Wien 1997.

Ennker, Benno, The Stalin Cult, Bolshevik Rule, and Kremlin Interaction in the 1930s, in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingastoke/New York, NY 2004, S. 83–101.

Erren, Lorenz, Zum Ursprung einiger Besonderheiten der sowjetischen Parteiöffentlichkeit. Der stalinistische Untertan und die Selbstkritik in den dreißiger Jahren, in: Gábor T. Rittersporn/Malte Rolf/Jan C. Behrends (Hg.), Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs/The Public Sphere in Soviet Type Societies, Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a., S. 131–163.

Esch, Michael G., „Gesunde Verhältnisse". Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik in Ostmitteleuropa 1939–1950, Marburg 1998 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, Band 2).

Etmanski, Johannes, Deutschland in der polnischen Wochenschau. 1945–1956, Magisterarbeit, Universität Münster, 2001 [Maschschr.].

Falasca-Zamponi, Simonetta, Fascist Spectacle. The Aesthetics of Power in Mussolini's Italy, Berkeley, Cal./Los Angeles, Cal./London 2000 (Studies on the History of Society and Culture, Band 28).

Faraldo, José M., Teutonic Knights and Polish Identity: National Narratives, Self-Images and the Socialist Public Sphere, in: Gábor T. Rittersporn/Malte Rolf/Jan C. Behrends (Hg.), Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten, Frankfurt am Main/Berlin/ Bern u.a. 2003, S. 279–306.

Figes, Orlando, A People's Tragedy. The Russian Revolution 1891–1924, London 1996.

Filitov, Alexei, The Soviet Administrators and Their German „Friends", in: Norman M. Naimark/Leonid Gibianskii (Hg.), The Establishment of Communist Regimes in Eastern Europe 1944–1949, Boulder, Col./Oxford 1997, S. 111–122.

Fitzpatrick, Sheila, Stalin's Peasants. Resistance and Survival in the Russian Village after Collectivization, New York, NY/Oxford 1994.

Fitzpatrick, Sheila (Hg.), Stalinism. New Directions, London/New York, NY 2000 (Rewriting Histories).

Fitzpatrick, Sheila, Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930s, Oxford/New York, NY 2000.

Foitzik, Jan, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 44).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Foitzik, Jan (Hg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen, Paderborn/München/Wien u.a. 2001.

Förster, Stephan, Der 17. Juni in Stadt und Landkreis Quedlinburg, in: Hermann-Josef Rupieper (Hg.), „Und das Wichtigste ist doch die Einheit." Der 17. Juni in den Bezirken Halle und Magdeburg, Münster/Hamburg/London 2003, S. 162–185.

Foucault, Michel, Die Ordnung des Diskurses. Mit einem Essay von Ralf Kronersmann, Frankfurt am Main 1996.

Foucault, Michel, In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975–76), Frankfurt am Main 1999.

François, Etienne/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte I, München ^{4}2002 [Erstausgabe 2001].

François, Etienne/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte III, München ^{2}2002 [Erstausgabe 2001].

Frevert, Ute (Hg.), Vertrauen. Historische Annährungen, Göttingen 2003.

Fricke, Karl-Wilhelm/Roger Engelmann, Der „Tag X" und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, Bremen 2003 (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Band 24).

Friedrich, Carl J./Zbigniew K. Brzezinski, Totalitarian Dictatorship and Autocracy (Second Edition, revised by Carl J. Friedrich), Cambridge, Mass. ^{2}1965.

Friedrich, Klaus-Peter, Der nationalsozialistische Judenmord in polnischen Augen. Einstellungen in der polnischen Presse 1942–1946/47, Phil. Diss, Köln. 2002 [Maschschr.].

Friedrich, Klaus-Peter, Die Legitimierung ‚Volkspolens' durch den polnischen Opferstatus. Zur kommunistischen Machtübernahme in Polen am Ende des Zweiten Weltkrieges, in: ZfO 52 (2003), S. 1–51.

Friszke, Andrzej, Opozycja polityczna w PRL 1945–1980, London 1994.

Friszke, Andrzej, Spór o PRL w III Rzeczypospolitej (1989–2001), in: Pamięc i Sprawiedliwość 1 (2002), S. 9–28.

Friszke, Andrzej, Okrągły Stół. Geneza i przebieg, in: Paweł Machcewicz (Hg.), Polska 1986–1989. Koniec systemu, tom 1, Warschau 2002, S. 74–117.

Friszke, Andrzej, Polska. Losy państwa i narodu 1939–1989, Warschau 2003.

Friszke, Andrzej (Hg.), Władza a społeczeństwo w PRL. Studia historyczne, Warschau 2003.

Führer, Karl Christian/Knut Hickethier/Axel Schildt, Öffentlichkeit – Medien – Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung, in: AfS 41 (2001), S. 1–38.

Furet, François, Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996.

Gaddis, John Lewis, We Now Know. Rethinking Cold War History, Oxford, New York, NY 1997.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Galle, Petra, RIAS Berlin und Berliner Rundfunk 1945–1949. Die Entwicklung ihrer Profile in Programm, Personal und Organisation vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges, Münster/Hamburg/London 2003 (Medien und Kultur, Band 1).

Garlicki, Andrzej, Józef Piłsudski 1867–1935, Warschau ^{3}1990.

Garsztecki, Stefan, Das Deutschlandbild in der offiziellen, der katholischen und der oppositionellen Publizistik Polens 1970–1989. Feindbild kontra Annäherung, Marburg 1997 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, Band 1).

Gehrke, Roland, Der polnische Westgedanke und die Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges. Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche im Zeitalter des europäischen Nationalismus, Marburg 2001 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, Band 8).

Gellately, Robert, Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk, Bonn 2003 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 416).

Gestrich, Andreas, Absolutismus und Öffentlichkeit. Politische Kommunikation in Deutschland zu Beginn des 18. Jahrhunderts, Göttingen 1994 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 103).

Gestwa, Klaus, Technik als Kultur der Zukunft. Der Kult um die „Stalinschen Großbauten des Kommunismus", in: GG 30 (2004), S. 37–73.

Getty, J. Arch/Oleg V. Naumov, The Road to Terror. Stalin and the Self-Destruction of the Bolsheviks, 1932–1939, New Haven, Conn./London 1999 (Annals of Communism).

Gibas, Monika/Rainer Gries/Barbara Jakoby u.a. (Hg), Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR, Leipzig 1999.

Gibas, Monika, Ideologie und Propaganda, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.), Die SED. Geschichte. Organisation. Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 241–262.

Gibianskij, Leonid J., Sowjetisierung Osteuropas – Charakter und Typologie, in: Michael Lemke (Hg.), Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln/Weimar/Wien 1999, S. 31–79.

Gieseke, Jens, Zur Entstehung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1945–1950, in: DS 29 (1991) S. 76–95.

Gieseke, Jens, Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, Stuttgart/München 2001.

Gieseke, Jens, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, Berlin 2000 (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Band 20).

Głowiński, Michał, Rytuał i demagogia, Warschau 1992.

Goban-Klas, Tomasz, Stalinism and the Press. Soviet Patterns and Polish Variations, in: Eduard Mühle (Hg.), Vom Instrument der Partei zur „Vierten Gewalt". Die ostmitteleuropäische Presse als zeithistorische Quelle, Marburg 1997, S. 13–24.

Görldt, Andrea, Rudolf Herrnstadt und Wilhelm Zaisser. Ihre Konflikte in der SED-Führung im Kontext innerparteilicher Machtsicherung und sowjetischer Deutschlandpolitik Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a. 2002 (Europäische Hochschulschriften Reihe XXI: Band 457).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Goerner, Martin Georg, Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche, Berlin 1997.

Gojowy, Detlef, Musik in und seit der Stalinzeit, in: Gabriele Gorzka (Hg.), Kultur im Stalinismus. Sowjetische Kunst und Kultur der 1930er bis 50er Jahre, Bremen 1994, S. 117–130.

Golon, Mirosław, Polityka radzieckich władz wojskowych na Pomorzu Nadwiślańskim w latach 1945–1947, Thorn 2001.

Gorman, Lyn/David McLean, Media and Society in the Twentieth Century. A Historical Introduction, Malden, Mass./Oxford/Melbourne u.a. 2003.

Gorzka, Gabriele (Hg.), Kultur im Stalinismus. Sowjetische Kunst und Kultur der 1930er bis 50er Jahre, Bremen 1994.

Granville, Johanna, To Invade or Not to Invade? A New Look at Gomułka, Nagy, and Soviet Foreign Policy in 1956, in: Canadian Slavonic Papers 43 (2001), S. 437–273.

Granville, Johanna, Satellites or Prime Movers? Polish and Hungarian Reactions to the 1956 Events: New Archival Evidence, in: East European Quarterly 35 (2002), S. 435–471.

Granville, Johanna, From the Archives of Warsaw and Budapest: A Comparison of the Events of 1956, in: East European Politics and Societies 16 (2002), S. 521–563.

Grashoff, Udo, Bezirk Halle: Aufruhr im „blutroten Herzen Deutschlands", in: Ulrich Mählert (Hg.), Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003, S. 133–155.

Greiner, Bernd, Morgenthau-Plan, in: Wolfgang Benz (Hg.), Deutschland unter alliierter Besatzungsherrschaft 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 358–360.

Greschat, Martin/Jochen-Christoph Kaiser (Hg.), Die Kirchen im Umfeld des 17. Juni, Stuttgart 2003 (Konfession und Gesellschaft, Band 31).

Gries, Rainer/Cordula Günther, „Jeden Tag ein neues Geschenk". Gedanken zum Geschenkgestus in der DDR, in: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag. Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin/München 1996, S 241–253.

Gross, Jan Tomasz, Polish Society under German Occupation. The Generalgouvernment, Princeton, NJ 1979.

Gross, Jan Tomasz/Irena Grudzińska-Gross, „W czterdziestym nas matko na Sybir zesłali...". Polska a Rosja 1939–42, London 1983.

Gross, Jan Tomasz, War as Revolution, in: Norman M. Naimark/Leonid Gibianskii (Hg.), The Establishment of Communist Regimes, 1994–1949, Boulder, Col./Oxford 1997, S. 17–40.

Gross, Jan Tomasz, Studium zniewolenia. Wybory październikowe 22. X. 1939, Krakau 1999.

Gross, Jan Tomasz, „Jeder lauscht ständig, ob die Deutschen schon kommen. Die zentralpolnische Gesellschaft und der Völkermord, in: Włodzimierz Borodziej/Klaus Ziemer (Hg.), Deutsch-polnische Beziehungen. 1939 – 1945 – 1949, Osnabrück 2000, S. 215–234.

Gross, Jan Tomasz, Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia (Expanded Edition), Princeton, NJ/Oxford ^{2}2002.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Gross, Jan Tomasz, A Tangled Web, in: ders., Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia, Princeton, NJ/Oxford ²2002, S. 241–288.

Günther, Dagmar, „And now for something completely different." Prolegomena zur Autobiographie als Quelle der Geschichtswissenschaft, in: HZ 272 (2001), S. 24–61.

Günther, Hans, Der sozialistische Übermensch. M. Gor'kij und der sowjetische Heldenmythos, Stuttgart/Weimar 1993.

Günther, Hans, Der Feind in der totalitären Kultur, in: Gabriele Gorzka (Hg.), Kultur im Stalinismus. Sowjetische Kunst und Kultur der 1930er bis 50er Jahre, Bremen 1994, S. 89–100.

Habermas, Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft [1962], Frankfurt am Main 1999.

Halbwachs, Maurice, Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt am Main 1985.

Halfin, Igal, From Darkness to Light. Class, Consciousness and Salvation in Revolutionary Russia, Pittsburgh, Pa. 2000 (Pitt Series in Russian and East European Studies).

Harrison, Hope M., Ein Superalliierter und eine Supermacht? Sowjetisch-ostdeutsche Beziehungen, 1953–1961, in: Hans Ehlert/Matthias Rogg (Hg.), Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven, Berlin 2004, S. 83–96.

Hartmann, Anneli/Wolfram Eggeling, Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Zum Aufbau einer Institution in der SBZ/DDR zwischen deutschen Politzwängen und sowjetischer Steuerung, Berlin 1993.

Hartmann, Anne/Wolfram Eggeling, „Das zweitrangige Deutschland" – Folgen des sowjetischen Technik und Wirtschaftsmonopols für die SBZ und die frühe DDR, in: Wolfgang Emmerich/Carl Wege (Hg.), Der Technikdiskurs in der Hitler-Stalin-Ära, Stuttgart/Weimar 1995, S. 189–202.

Hartmann, Anne/Wolfram Eggeling, Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945–1953, Berlin 1998 (Edition Bildung und Wissenschaft, Band 7).

Haupt, Heinz-Gerhart/Jürgen Kocka (Hg.), Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsforschung, Frankfurt am Main/New York, NY 1996.

Heidemeyer, Helge, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994.

Heider, Paul, Die Gesellschaft für Sport und Technik. Vom Wehrsport zur „Schule des Soldaten von morgen", Berlin 2002.

Hein, Heidi, Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926–1939, Marburg 2002 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropaforschung, Band 9).

Heinemann, Wilfried/Norbert Wiggershaus (Hg.), Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999 (Beiträge zur Militärgeschichte, Band 48).

Hellbeck, Jochen, Fashioning the Stalinist Soul: the Diary of Stepan Podlubnyi, 1931–1939, in: Sheila Fitzpatrick (Hg.), Stalinism. New Directions, London/New York, NY 2000, S. 77–116.

Heller, Klaus/Jan Plamper (Hg.), Personenkulte im Stalinismus/Personality Cults in Stalinism, Göttingen 2004.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Herbert, Ulrich, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn 1985.

Herbst, Andreas/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.), Die SED. Geschichte. Organisation. Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997.

Herf, Jeffrey, Antisemitismus in der SED, in: VfZ 42 (1994), S. 635–667.

Herf, Jeffrey, Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998.

Hessler, Julie, Cultured trade: the Stalinist turn towards consumerism, in: Sheila Fitzpatrick (Hg.), Stalinism. New Directions, London 2000, S. 182–209.

Heydemann, Günther/Detlef Schmiechen Ackermann, Zur Theorie und Methodologie vergleichender Diktaturforschung, in: Heydemann, Günther/Heinrich Oberreuther (Hg.), Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen, Bonn 2003, S. 9–54.

Heydemann, Günther/Heinrich Oberreuther (Hg.), Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen, Verhaltensweisen, Bonn 2003 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 398).

Hilberg, Raul, Die Vernichtung der europäischen Juden. 3 Bände [1961], Frankfurt am Main ^{9}1999 (Die Zeit des Nationalsozialismus).

Hildermeier, Manfred, Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998.

Hirsch, Francine, Empire of Nations. Ethnographic Knowledge and the Making of the Soviet Union, Cornell, NY/London 2005 (Culture and Society after Socialism).

Hirschfeld, Gerhard/Gerd Krumreich/Irina Renz (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn/München/Wien u.a. 2003.

Hirte, Ronald, Ein später Held. Sigmund Jähns Flug ins All, in: Silke Satjukow/Rainer Gries (Hg.), Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002, S. 158–172.

Hobsbawm, Eric J., Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995.

Hodos, Georg Hermann, Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–1954, Berlin 2001.

Hölscher, Lucian, Öffentlichkeit, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Band 4, Stuttgart 1978, S. 418–467.

Hölscher, Lucian, Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich 1871–1914, Stuttgart 1989.

Hölscher, Lucian, Die Entdeckung der Zukunft, Frankfurt am Main 1999 (Europäische Geschichte).

Hoensch, Jörg K., Gegen „Revisionismus" und „Zionismus". Gomułka, die „Partisanen" und die Intellektuellen, 1964–1968, in: Hans Lemberg (Hg.), Zwischen „Tauwetter" und neuem Frost. Ostmitteleuropa 1956–1970, Marburg 1993, 79–92.

Hoffmann, David L., Peasant Metropolis. Social Identities in Moscow, 1929–1941, Ithaca, NY/London 1994.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Hoffmann, David L., Stalinist Values. The Cultural Norms of Soviet Modernity. 1917–1941, Ithaca, NY/London 2003.

Hoffmann, David L. (Hg.), Stalinism. The Essential Readings, Malden, Mass./Oxford/Melbourne u.a. 2003 (Blackwell Essential Readings in History).

Hollander, Paul, Political Pilgrims. Western Intellectuals in Search of the Good Society, New Brunswick/London [4]1998.

Holquist, Peter, Making War, Forging Revolution. Russia's Continuum of Crises 1914–1921, Cambridge, Mass. 2002.

Holzer, Jerzy, Der Kommunismus in Europa. Politische Bewegung und Herrschaftssystem, Frankfurt am Main 1998 (Europäische Geschichte).

Holzweißig, Gunter, SED-Agitation im Widerspruch zwischen Einheitspropaganda und „sozialistischer Landesverteidigung", in: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin/München 1996, S. 412–419.

Holzweißig, Gunter, Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur, Bonn 1997.

Holzweißig, Gunter, Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 2002.

Honneth, Axel/Martin Saar (Hg.), Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault Konferenz 2001, Frankfurt am Main 2003.

Hosking, Geoffrey, Rußland. Nation und Imperium. 1552–1917, Berlin 2000.

Hübner, Peter, Konsens, Konflikt, Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR, Berlin 1995 (Zeithistorische Studien, Band 3).

Iazhborovskaia, Inessa, The Gomułka Alternative: The Untravelled Road, in: Norman M. Naimark/Leonid Gibianskij, The Establishment of Communist Regimes in Eastern Europe 1944–1949, Boulder, Col./Oxford 1997, S. 123–138.

Ihme-Tuchel, Beate, Die DDR, Darmstadt 2002 (Kontroversen um die Geschichte).

Imhof, Kurt, „Öffentlichkeit" als historische Kategorie und Kategorie der Historie, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 46 (1996), S. 3–25.

Instytut Pamięci Narodowej (Hg.), Nowa Huta – miasto walki i pracy, Krakau 2002.

Jahn, Peter (Hg.), Ilja Ehrenburg und die Deutschen (Katalog einer Ausstellung im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst), Berlin 1997.

Jajeśniak-Quast, Dagmara, Stahlgiganten in der sozialistischen Transformation. Nowa Huta in Krakau, EKO in Eisenhüttenstadt und Kunciče in Ostrava, Berlin 2006 (Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas).

Jones, Polly, „I've held, and I still hold, Stalin in the highest esteem.": Discourses and Strategies of Resistance to De-Stalinisation in the USSR, 1953–1962, in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 227–245.

Jones, Polly (Hg.), The Dilemmas of Destalinisation: A Social and Cultural History of Reform in the Khrushchev Era, London 2005.

Jankowiak, Stanisław/Agnieszka Rogulska (Hg.), Poznański czerwiec 1956, Warschau 2002 (Konferencje IPN, Band 2).

Jarausch, Konrad H., Die unverhoffte Einheit 1989–1990, Frankfurt am Main 1995.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Jarausch, Konrad H./Hannes Siegrist (Hg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt am Main/New York, NY 1997.

Jarausch, Konrad H. (Hg.), Dictatorship as Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR, New York, NY/Oxford 1999.

Jarausch, Konrad H./Martin Sabrow, „Meistererzählung" – zur Karriere eines Begriffes, in: dies. (Hg.), Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2002, S. 9–32.

Jarausch, Konrad H./Martin Sabrow (Hg.), Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2002.

Jarosz, Dariusz/Maria Pasztor, W krzywym zwierciadle. Polityka władz komunistycznych w Polsce w świetle plotek i pogłosek z lat 1949–1956, Warschau 1995.

Jarosz, Dariusz, Polityka władz komunistycznych w Polsce w latach 1948-1956 a chłopi, Warschau 1998.

Jarosz, Dariusz, Polacy a stalinizm 1948–1956, Warschau 2000.

Jastrząb, Mariusz, Mozolna budowa absurdu. Działalność wydziału propagandy warszawskiego komitetu wojewódzkiego PZPR w latach 1949–1953, Warschau 1999.

Jeismann, Michael, Propaganda, in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumreich/Irina Renz (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn/München/Wien u.a. 2003, S. 198–209.

Jessen, Ralph, Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der DDR, in: GG 21 (1995), S. 96–110.

Jessen, Ralph, Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von „Bürokratie" und Sprachnormierung in der DDR-Geschichte, in: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hg.), Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte, Berlin 1997, S. 57–78.

Jodl, Markus, Amboß oder Hammer? Otto Grotewohl. Eine politische Biographie, Berlin 1997.

Johr, Barbara, Die Ereignisse in Zahlen, in: Helke Sander/Barbara Johr (Hg.), Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder, München 1992, S. 46–72.

Jolluck, Katherine R., Exile and Identity. Polish Women in the Soviet Union During World War II, Pittsburgh, Pa. 2002 (Pitt Series in Russian and East European Studies).

Judt, Matthias: „Nur für den Dienstgebrauch" – Arbeiten mit Texten einer deutschen Diktatur, in: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hg.), Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte, Berlin 1997, S. 29–38.

Kaelble, Hartmut/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994.

Kaelble, Hartmut, Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main/New York, NY 1999.

Kaelble, Hartmut/Jürgen Schriewer (Hg.), Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt am Main/New York, NY 2003.

Kaiser, Monika, Die Zentrale der Diktatur – organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952, in: Jürgen Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 57–86.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Kaiser, Monika, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Krisensituationen 1962–1972, Berlin 1997 (Zeithistorische Studien, Band 10).

Kappeler, Andreas, Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung. Geschichte. Zerfall, München ^{2}1993.

Karner, Stefan, Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956, Wien/München 1995.

Karp, Hans-Jürgen, Neues kirchliches Leben in Polen seit 1956, in: Hans Lemberg (Hg.), Zwischen „Tauwetter" und neuem Frost. Ostmitteleuropa 1956–1970, Marburg 1993, S. 103–115.

Kasza, Peter, 1954 – Fußball spielt Geschichte. Das Wunder von Bern, Bonn 2004 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 435).

Kaszuba, Elżbieta, Między propagandą a rzeczywistością. Polska ludność Wrocławia w latach 1945–1947, Warschau/Breslau 1997 (Wrocławska Biblioteka PWN).

Keller, Claudia (Hg.), Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus – Geschichte und Neubewertung, Berlin 1996.

Kelly, Catriona, Grandpa Lenin and Uncle Stalin: Soviet Leader Cults for Little Children, in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u. a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 102–122.

Kemp-Welch, Tony, Khrushchev's ‚Secret Speech' and Polish Politics: The Spring of 1956, in: Europe-Asia Studies 48 (1996), S. 181–207.

Kenney, Padraic, Rebuilding Poland. Workers and Communists, 1945–1950, Ithaca, NY/London 1997.

Kenney, Padraic, Polish Workers and Stalinist Transformation, in: Norman M. Naimark/Leonid Gibianskii (Hg.), The Establishment of Communist Rule in Eastern Europe, 1944–1949, Boulder, Col./Oxford 1997, S. 139–166.

Kenney, Padraic, Whose Nation, Whose State? Working-Class Nationalism and Antisemitism in Poland 1945–1947, in: Polin 13 (2000), S. 224–235.

Kenney, Padraic, A Carnival of Revolution. Central Europe 1989, Princeton, NJ/Oxford 2002.

Kershaw, Ian/Moshe Lewin (Hg.), Stalinism and Nazism. Dictatorships in Comparison, Cambridge 1997.

Kershaw, Ian, Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung [1987], Stuttgart 1999.

Kershaw, Ian, Hitler. 1889–1936 [Erstausgabe 1999], München 2002.

Kershaw, Ian, Hitler. 1936–1945, München 2002.

Kerski, Basil/Andrzej Kotula/Kazimierz Wóycicki (Hg.), Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen Polen und der DDR, Osnabrück 2003 (Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Band 1).

Kersten, Krystyna, The Establishment of Communist Rule in Poland, 1943–1948, Berkeley/Los Angeles, Cal./Oxford 1991 (Societies and Cultures in East-Central Europe, Band 8).

Kersten, Krystyna, Polacy. Żydzi. Komunizm. Anatomia półprawd 1939–68, Warschau 1992.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Kersten, Krystyna, Żydzi – władza komunistów, in: dies., Polacy. Żydzi. Komunizm. Anatomia półprawd 1939–68, Warschau 1992, S. 76–88.

Kersten, Krystyna, Pogrom Żydów w Kielcach – znaki zapytania, in: dies., Polacy. Żydzi. Komunizm. Anatomia półprawd 1939–68, Warschau 1992, S. 89–142.

Kertzer, David I., Ritual, Politics and Power, New Haven, Conn./London 1998.

Keßler, Mario, Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995 (Zeithistorische Studien, Band 6).

Keßler, Mario, Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR (Mit einem Vorwort von Georg G. Iggers), Köln/Weimar/Wien 2001 (Zeithistorische Studien, Band 18).

Kießling, Wolfgang, Partner im „Narrenparadies". Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994.

Kleßmann, Christoph, Die Selbstbehauptung einer Nation. NS-Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung, Düsseldorf 1971 (Studien zur modernen Geschichte, Band 5).

Kleßmann, Christoph (Hg.), September 1939. Krieg, Besatzung und Widerstand, Göttingen 1989.

Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn ^{5}1991 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 298).

Kleßmann, Christoph, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn ^{2}1997 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 343).

Kleßmann, Christoph, Die stilisierte Klasse – Arbeiter und Arbeiterbewegung in der frühen DDR, in: AfS 39 (1999), S. 19–71.

Kleßmann, Christoph/Bernd Stöver (Hg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln/Weimar/Wien 1999 (Zeithistorische Studien, Band 16).

Klimó, Árpád von, Vom Mars bis an die Donau. Der Rittmeister Alexej Gussew, in: Silke Satjukow/Rainer Gries (Hg.), Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002, S. 220–234.

Klimó, Árpád von, Nation, Konfession, Geschichte. Zur nationalen Geschichtskultur Ungarns im europäischen Kontext (1860–1948), München 2003 (Südosteuropäische Arbeiten, Band 117).

Klimó, Árpád von/Alexander M. Kunst, Krisenmanagement und Krisenerfahrung. Die ungarische Parteiführung und die Systemkrisen von 1953, 1956 und 1968, in: Hendrik Bispinck/Jürgen Danyel/Hans Hermann Hertle u.a. (Hg.), Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Berlin 2004, S. 287–307.

Klimó, Árpád von, „A Very Modest Man". Béla Illés or How to Make a Career through the Leader Cult, in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 47–62.

Knabe, Hubertus, 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, Berlin 2003.

Knigge, Volkhard, Die Gedenkstätte Buchenwald: Vom provisorischen Grabdenkmal zum Nationaldenkmal, in: Claudia Keller (Hg.), Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus. Geschichte und Neubewertung, Berlin 1996, S. 309–331.

Knight, Amy, Beria. Stalin's First Lieutenant, Princeton, NJ 1993.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Koch, Hans-Jörg, Das Wunschkonzert im NS-Rundfunk. (Mit einem Vorwort von Hans-Ulrich Wehler), Köln/Weimar/Wien 2003 (Medien in Geschichte und Gegenwart, Band 20).

Kochanowicz, Joanna, ZMP w terenie. Stalinowska próba modernizacji opornej rzeczywistości, Warschau 2000 (W krainie PRL).

Kochanowski, Jerzy, W polskiej niewoli. Niemieccy jeńcy wojenni w Polsce 1945–1950, Warschau 2001.

Kochanowski, Jerzy, „... doch diesen Namen werden sie preisen". Der General Karol Świerczewski, in: Silke Satjukow/Rainer Gries (Hg.), Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in der DDR und Osteuropa, Berlin 2002, S. 193–202.

Kochanowski, Jerzy (Hg.), Zbudować Warszawę piękną...O nowy krajobraz stolicy (1944–1956), Warschau 2003 (W krainie PRL).

Kocka, Jürgen (Hg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993 (Zeithistorische Studien, Band 1).

Koenen, Gerd, Die großen Gesänge. Lenin, Stalin, Mao Tse-Tung: Führerkulte und Heldenmythen des 20. Jahrhunderts, Frankfurt ²1991.

Koenen, Gerd, Utopie der Säuberung, Was war der Kommunismus?, Berlin 1998.

Koenen, Gerd, Rom oder Moskau. Deutschland, der Westen und die Revolutionierung Rußlands 1914–1924, Phil. Diss., Tübingen 2003 [Maschschr.].

Koenen, Gerd, Der Rußland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900–1945, München 2005.

Kohn, Hans, Panslavism. Its History and Ideology, New York, NY ²1960.

Kornai, János, Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Sozialismus, Baden-Baden 1995. (Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Band 29).

Koselleck, Reinhart, Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte, in: ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main ⁴2000, S. 107–129.

Koselleck, Reinhart, Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main ⁴2000.

Koselleck, Reinhart, Die Transformation politischer Totenmale im 20. Jahrhundert, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945, München 2003, S. 205–228.

Kosmala, Beate, Der deutsche Überfall auf Polen. Vorgeschichte und Kampfhandlungen, in: Włodzimierz Borodziej/Klaus Ziemer (Hg.), Deutsch-polnische Beziehungen. 1939–1945–1949, Osnabrück 2000, S. 19–42.

Kotkin, Stephen, Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilisation, Berkeley/Los Angeles, Cal./London 1995.

Kott, Sandrine, Le communisme au quotidien: les entreprises d'état dans la societé est-allemande, Paris 2001 (Socio-histoires).

Kowalczuk, Ilko-Sascha/Stefan Wolle, Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR, Berlin 2001.

Kowalczuk, Ilko-Sascha, Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Krajewski, Andrzej, Między współpracą a oporem. Twórcy kultury wobec systemu politycznego PRL 1975–1980, Warschau 2004 (W krainie PRL).

Krawczyk, Andrzej, Pierwsza próba indoktrynacji. Działalność Ministerstwa Informacji i Propagandy w latach 1944–1947, Warschau 1994.

Krogulski, Mariusz Lesław, Okupacja w imię sojuszu. Armia Radziecka w Polsce 1944–1956, Warschau 2000.

Krogulski, Mariusz Lesław, Okupacja w imię sojuszu. Armia Radziecka w Polsce 1956–1993, Warschau 2001.

Krumreich, Gerd, Die Dolchstoß-Legende, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte I, München ^{4}2002, S. 585–599.

Krzoska, Markus, Für ein Polen an Oder und Ostsee. Zygmunt Wojciechowski (1900–1955) als Historiker und Publizist, Osnabrück 2003 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Band 8).

Kubik, Jan, The Power of Symbols against the Symbols of Power. The Rise of Solidarity and the Fall of State Socialism in Poland, University Park, PA 1994.

Kühn, Hartmut, Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980–1990, Berlin 1999.

Kuhn, Katja, „Wer mit der Sowjetunion verbunden ist, gehört zu den Siegern der Geschichte...". Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft im Spannungsfeld zwischen Moskau und Ostberlin, Phil. Diss., Mannheim 2002 [Maschschr.].

Kuhr-Korolev, Corinna, Gezähmte Helden. Die Formierung der Sowjetjugend 1917–1932, Essen 2005.

Kula, Marcin (Hg.), Przebudować człowieka. Komunistyczne wysiłki zmiany mentalności, Warschau 2001 (W krainie PRL).

Kupiecki, Robert, „Natchnienie milionów." Kult Józefa Stalina w Polsce 1944–1956, Warschau 1993.

Kurpik, Maria (Hg.), Żądło propagandy PRL-u 1945–1956, Warschau 2001.

Laak, Dirk van, Weiße Elefanten. Anspruch und Scheitern technischer Großprojekte im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999.

Lapidus, Gail Warshofsky, Women in Soviet Society: Equality, Development and Social Change, Berkeley, Cal. 1978.

Laufer, Jochen, Der Friedensvertrag mit Deutschland als Problem der sowjetischen Außenpolitik. Die Stalinnote vom 10. März 1952 im Lichte neuer Quellen, in: VfZ 52 (2004), S. 99–118.

Lebow, Katherine, Nowa Huta, 1949–1957: Stalinism and the Transformation of Everyday Life in Poland's First Socialist City, Phil. Diss., Columbia University 2002 [Maschschr.].

Lebow, Katherine, Socialist Leisure in Time and Space: Hooliganism and *Bikinarstwo* in Nowa Huta, 1949–1956, in: Christiane Brenner/Peter Heumos (Hg.), Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, DDR, 1945–1968, München 2005, S. 527–540.

Lemberg, Hans (Hg.), Zwischen „Tauwetter" und neuem Frost. Ostmitteleuropa 1956–1970, Marburg 1993 (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropastudien, Band 11).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Lemke, Michael, Einleitung, in: ders. (Hg.), Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln/Weimar/Wien 1999, S. 11–30.

Lemke, Michael (Hg.), Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln/Weimar/Wien 1999, S. 11–30. (Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte, Band 2: Zeithistorische Studien, Band 13).

Leo, Annette, „Deutschlands unsterblicher Sohn ..." Der Held des Widerstandes Ernst Thälmann, in: Silke Satjukow/Rainer Gries (Hg.), Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002, S. 101–114.

Lepsius, M. Rainer, Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 17–30.

Leszczyński, Adam, Sprawy do załatwienia. Listy do „Po Prostu" 1955–1957, Warschau 2000 (W krainie PRL).

Lindenberger, Thomas, Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: ders. (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 13–44.

Lindenberger, Thomas (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999 (Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte, Band 1: Zeithistorische Studien, Band 12).

Lindenberger, Thomas, Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952–1968, Köln/Weimar/Wien 2003 (Zeithistorische Studien, Band 23).

Lindenberger, Thomas/Martin Sabrow, Das Findelkind der Zeitgeschichte. Zwischen Verinselung und Europäisierung. Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: DA 37 (2004), S. 123–127.

Lindenberger, Thomas, „Gerechte Gewalt?" Der 17. Juni 1953 – ein weißer Fleck in der historischen Protestforschung, in: Hendrik Bispinck/Jürgen Danyel/Hans Hermann Hertle u.a. (Hg.), Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Berlin 2004, S. 113–128.

Lipinski, Jan, Das Geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 und seine Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte von 1939 bis 1999, Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a. 2004 (Europäische Hochschulschriften Reihe III, Band 991).

Lisiecka, Anna, Działalność Komitetu Współpracy Kulturalnej z Zagranicą w latach 1950–1960, in: Marcin Kula (Hg.), Przebudować człowieka. Komunistyczne wysiłki zmiany mentalności, Warschau 2001, S. 203–260 (W krainie PRL).

Löhmann, Reinhard, Der Stalinmythos. Studien zur Sozialgeschichte des Personenkultes in der Sowjetunion, Münster 1990 (Politische Soziologie, Band 3).

Löhn, Hans-Peter, Spitzbart, Bauch, Brille –sind nicht des Volkes Wille. Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, Bremen 2003 (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Band 22).

Lokatis, Siegfried, Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht, Köln/Weimar/Wien 2003 (Zeithistorische Studien, Band 25).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Lübeck, Wilfried, Der 17. Juni 1953 in Magdeburg. „Wenn die Freunde nicht dagewesen wären, wäre es zu einer Niederlage gekommen", in: Hermann-Josef Rupieper (Hg.), „Und das Wichtigste ist doch die Einheit." Der 17. Juni in den Bezirken Halle und Magdeburg, Münster/Hamburg/London 2003, S. 106–139.

Lüdtke, Alf, „Helden der Arbeit" – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 188–213.

Lüdtke, Alf, Sprache und Herrschaft in der DDR. Einleitende Überlegungen, in: ders./Peter Becker (Hg.), Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin 1997, S. 9–26.

Lüdtke, Alf/Peter Becker (Hg.), Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin 1997.

Luks, Leonid, Die *Tygodnik-Powszechny*-Gruppe in den Jahren 1945–1989: Symbol des katholischen Widerstandes im kommunistischen Polen, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 6 (2002), S. 215–258.

Machcewicz, Paweł, Polski rok 1956, Warschau 1993.

Machcewicz, Paweł, Wstęp, in: Andrzej Paczkowski/Wiesław Władyka (Hg.), Kampania wyborcza i wybory do Sejmu 20 stycznia 1957, Warschau 2000, S. 5–27.

Machcewicz, Paweł, Der Umbruch 1956 in Polen, in: Jan Foitzik (Hg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen, Paderborn/München/Wien u.a. 2001, S. 139–164.

Machcewicz, Paweł (Hg.), Polska 1986–1989. Koniec systemu, tom 1, Warschau 2002.

Machcewicz, Paweł, Zmiana czy kontynuacja? Polska przed i po październiku '56, in: Dariusz Stola/Marcin Zaremba (Hg.), PRL. Trwanie i zmiana, Warschau 2003, S. 119–158.

Machtan, Lothar (Hg.), Bismarck und der deutsche Nationalmythos, Bremen 1994.

Machtan, Lothar, Bismarck-Kult und deutscher Nationalmythos, in: ders. (Hg.), Bismarck und der deutsche Nationalmythos, Bremen 1994, S. 14–67.

Maciniak, Piotr, Spiralny ruch ku demokracji. Presja społeczna a upadek systemu komunistycznego w Polsce (1986–1989), in: Paweł Machcewicz (Hg.), Polska 1986–1989. Koniec systemu, tom 1, Warschau 2002, S. 29–45.

Madajczyk, Piotr, Annäherung durch Vergebung. Die Botschaft der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Brüder im Hirtenamt vom 18. November 1965, in: VfZ 40 (1992), S. 223–240.

Magner, Michael, Civil Society in Poland after 1989: A Legacy of Socialism?, in: Canadian Slavonic Papers 47 (2005), S. 49–69.

Mählert, Ulrich, Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949. Von den „Antifaschistischen Jugendausschüssen" zur SED-Massenorganisation: Die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone, Paderborn/München/Wien u.a. 1995.

Mählert, Ulrich/Stephan, Gerd-Rüdiger, Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996 (Edition Deutschland Archiv).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Mählert, Ulrich, „Die Partei hat immer recht!" Parteisäuberungen und Kaderpolitik in der SED (1948–1953), in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn/München/Wien u.a. 2001, S. 352–457.

Mählert, Ulrich (Hg.), Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003.

Maier, Charles S., Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt am Main 1999.

Main, Izabella, Trudne świętowanie. Konflikty wokoł obchodów świąt państwowych i kościelnych w Lublinie (1944–1989), Warschau 2004 (W krainie PRL).

Main, Izabella, The Weeping Virgin Mary and the Smiling Comrade Stalin. Polish Catholics and Communists in 1949, in: Rittersporn, Gábor T./Malte Rolf/Jan C. Behrends, Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen parteistaatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten/Public Spheres in Soviet Type Societies. Between the Great Show of the Party-State and Religious Counter-Cultures, Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a. 2003, S. 255–278.

Main, Izabella, President of Poland or „Stalin's most faithful pupil?" The Cult of Bolesław Bierut in Stalinist Poland, in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 179–193.

Main, Izabella, Trudne świętowanie. Konflikty wokół obchodów świąt państwowych i kościelnych w Lublinie (1944–1989), Warschau 2004, S. 33–43.

Majewski, Piotr, Jak zbudować „zamek socjalistyczny"? Polityczne konteksty odbudowy Zamku Królewskiego w Warszawie w latach 1944–1956, in: Jerzy Kochanowski (Hg.), Zbudować Warszawę piękną...O nowy krajobraz stolicy (1944–1956), Warschau 2003, S. 25–96.

Major, Patrick, The Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West Germany, 1945–1956, Oxford 1997.

Makowski, Edmund, Poznański czerwiec 1956. Pierwszy bunt społeczeństwa w PRL, Posen 2001.

Malia, Martin, Russia under Western Eyes. From the Bronze Horseman to the Lenin Mausoleum, Cambridge, Mass. 1999.

Malinowski, Stephan, Vom König zum Führer. Deutscher Adel und Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2004 (Die Zeit des Nationalsozialismus) [Erstausgabe 2003].

Małkiewicz, Andrzej/Krzysztof Ruchniewicz, Das polnische Echo auf den Juni-Aufstand in der DDR im Jahre 1953, in: Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 181–197.

Małkiewicz, Andrzej/Krzysztof Ruchniewicz, Polskie reakcje na powstanie w NRD, in: Krzysztof Ruchniewicz (Hg.), Powstanie czerwcowe w NRD w 1953 roku na tle innych wystąpień antykomunistycznych w krajach Europy Środkowo-Wschodniej, Breslau 2003, S. 89–98.

Mallmann, Klaus-Michael, Kommunisten in der Weimarer Republik, Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.

Malycha, Andreas, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn/München/Wien/u.a. 2000.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Marcou, Lilly, Wir größten Akrobaten der Welt. Ilja Ehrenburg. Eine Biographie, Berlin 1996.
Margulies, Sylvia, The Pilgrimage to Russia. The Soviet Union and the Treatment of Foreigners, Madison, WI/Milwaukee, WI/London 1968.
Martin, Terry, The Origins of Soviet Ethnic Cleansing, in: JMH 70 (1998), S. 813–861.
Martin, Terry, The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939, Cornell, NY/London 2002.
Mazowiecki, Wojciech, Pierwsze starcie. Wydarzenia 3 Maja 1946, Warschau 1998.
Mazur, Grzegorz, Agonia Armii Krajowej 1944–1945, in: Zeszyty Historyczne 114 (1995), S. 34–59.
McMeekin, Sean, The Red Millionaire. A Political Biography of Willi Münzenberg, Moscow's Secret Propaganda Tsar in the West, New Haven, Conn./London 2003.
Medvedev, Roy A., All Stalin's Man. Six Who Carried Out the Bloody Policies, Garden City, NJ/New York, NY 1985.
Medvedev, Roy A., M. A. Suslov, ‚Ideologist in Chief', in: ders., All Stalin's Man. Six Who Carried Out the Bloody Policies, Garden City, NJ/New York, NY 1985, S. 61–81.
Medvedev, Zhores A., The Rise and Fall of T. D. Lysenko, New York, NY/London 1969.
Meuschel, Sigrid, Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt am Main 1992.
Mevius, Martin, Agents of Moscow. The Hungarian Communist Party and the Origins of Socialist Patriotism, Oxford 2005 (Oxford Historical Monographs).
Meyer, Martin, Ernst Jünger, München 1993.
Meyer zu Uptrup, Wolfram, Kampf gegen die „jüdische Weltverschwörung": Propaganda und Antisemitismus der Nationalsozialisten, Berlin 2003 (Dokumente, Texte, Materialien. Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Band 46).
Micgiel, John, „Bandits and Rectionaries": The Suppression of the Opposition in Poland, 1944–1946, in: Norman M. Naimark/Leonid Gibianskii (Hg.), The Establishment of Communist Rule in Eastern Europe, 1944–1949, Boulder, Col./Oxford 1997, S. 93–110.
Michlic-Coren, Joanna, Polish Jews during and after the Kielce Pogrom: Reports from the Communist Archives, in: Polin 13 (2000), S. 253–267.
Mick, Christoph, „Den Vorvätern zum Ruhm – den Brüdern zur Ermutigung". Variationen zum Thema Grunwald/Tannenberg, in: Zeitenblicke 3 (2004), Nr. 1 [09.06.2004], URL: <http://zeitenblicke.historicum.net/2004/01/mick/index.html>.
Miller, Frank J., Folklore for Stalin: Russian Folklore and Pseudofolklore in the Stalin Era, Armonk, NY 1990 (Studies of the Hariiman Institute).
Mironenko, Sergej/Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hg.), Sowjetische Speziallager in Deutschland, 2 Bände, Berlin 1998.
Mittenzwei, Werner, Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945 bis 2000, Berlin 2003.
Mitter, Armin/Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel aus der DDR-Geschichte, Gütersloh 1993.
Moldenhauer, Harald, „Ihr werdet Euch dem Sozialismus ohne blutigen Kampf annähern." Kommunistische Blockpolitik und „Gleichschaltung" der Parteien in Polen, in: Stefan

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Creuzberger/Manfred Görtemaker (Hg.), Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949, Paderborn/München/Wien u.a. 2002, S. 85–122.

Moldenhauer, Harald, Der sowjetische NKVD und die Heimatarmee im „Lubliner Polen" 1944/45, in: Bernhard Chiari (Hg.), Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem 2. Weltkrieg, München 2003, S. 275–299.

Mommsen, Hans, Zum Erscheinungsbild Adolf Hitlers in der deutschen Öffentlichkeit vor und nach dem 9. Mai 1945, in: Christoph Cornelißen/Lutz Klinkhammer/Wolfgang Schwendtker, Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 95–107.

Morré, Jörg, Hinter den Kulissen des Nationalkomitees. Das Institut 99 in Moskau und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943–1946, München 2001 (Schriftenreihe des Instituts für Zeitgeschichte, Band 82).

Mühle, Eduard (Hg.), Vom Instrument der Partei zur „Vierten Gewalt". Die ostmitteleuropäische Presse als zeithistorische Quelle, Marburg 1997 (Tagungen zur Ostmitteleuropaforschung, Band 4).

Müller, Doris, „Wir bauen die erste sozialistische Straße Berlins". Die Stalinallee in der politischen Propaganda im ersten Jahr des „Nationalen Aufbauprogramms Berlin 1952", in: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin/München 1996, S. 369–388.

Müller-Enbergs, Helmut, Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin 1991.

Müller-Enbergs, Helmut, Das Manifest des NKFD vom 13. Juli 1943. Initiative, Autoren und Intention, in: Überschär, Gerd R. (Hg.), Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt am Main 1995, S. 93–103.

Müller-Enbergs, Helmut, Erst Chefredakteur, dann Unperson: Lex Ende und Rudolf Herrnstadt, in: JHK 1996, S. 297–304.

Nadžafov, D.G., Antiamerikanskie propagandistkie pristrastija stalinskogo rukovodstva, in: Stalinskoe desjatiletie cholodnoj vojny: fakty i gipotezy, Moskau 1999, S. 134–150.

Naimark, Norman M., Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und das Problem des Stalinismus, in: ZfG 43 (1995), S. 293–307.

Naimark, Norman M., Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997.

Naimark, Norman M./Leonid Gibianskii (Hg.), The Establishment of Communist Regimes in Eastern Europe, 1944–1949, Boulder, Col./Oxford 1997.

Naimark, Norman M., Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth Century Europe, Cambridge, Mass./London 2001.

Naimark, Norman M., Stalins Tod und die internationale Politik, in: JHK 2003, S. 13–28.

Nalepa, Edward Jan, Pacyfikacja zbuntowanego miasta. Wojsko Polskie w czerwcu 1956 r. w świetle dokumentów wojskowych, Warschau 1992.

Neugebauer, Wolfgang, Residenz – Verwaltung – Repräsentation. Das Berliner Schloß und seine historischen Funktionen vom 15. bis zum 20. Jahrhundert, Potsdam 1999 (Kleine Schriftenreihe der Historischen Kommission zu Berlin, Band 1).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Neutatz, Dietmar, Die Moskauer Metro. Von den ersten Plänen bis zur Großbaustelle des Stalinismus (1897–1935), Köln/Weimar/Wien 2001 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas, Band 33).

Neville, Peter, Mussolini, London/New York, NY 2004.

Nicolaus, Herbert/Alexander Obeth, Die Stalinallee. Geschichte einer deutschen Straße, Berlin 1997.

Niethammer, Lutz (Hg.), Der „gesäuberte Antifaschismus". Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, Berlin 1994.

Niethammer, Lutz, Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur, Reinbek b. Hamburg 2000.

Nothnagle, Alan L., Building the East German Myth. Historical Mythology and Youth Propaganda in the German Democratic Republic, Ann Arbor, Mich. 1999 (Social History, Popular Culture, and Politics in Germany).

Ostermann, Chrstian F., „Keeping the Pot Simmering": The United States and the East German Uprising of 1953, in: German Studies Review 19 (1996), S. 61–89.

Overy, Richard, Rußlands Krieg. 1941–1945, Reinbek b. Hamburg 2003.

Paczkowski, Andrzej, Stanisław Mikołajczyk czyli klęska realisty, Warschau 1991.

Paczkowski, Andrzej, Pół wieku dziejów Polski 1939–1989, Warschau ^{4}2000.

Paczkowski, Andrzej/Wiesław Władyka (Hg.), Kampania wyborcza i wybory do Sejmu 20 stycznia 1957, Warschau 2000 (Archiwum Sejmu PRL).

Paczkowski, Andrzej, Żydzi w UB: próba weryfikacji stereotypu, in: Tomasz Szarota (Hg.), Komunizm. Ideologia, system, ludzie, Warschau 2001, S. 192–204.

Paczkowski, Andrzej, Der Sicherheitsapparat in den Jahren des „Tauwetters". Der Fall Polen, in: Jan Foitzik (Hg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen, Paderborn/München/Wien u.a. 2001, S. 165–188.

Paczkowski, Andrzej, Droga do „mniejszego zła". Strategia i taktyka obozu władzy lipiec 1980 – styczeń 1982, Krakau 2002.

Paperny, Vladimir, Architecture in the Age of Stalin. Culture Two, Cambridge 2002 (Cambridge Studies in New Art History and Criticism).

Passerini, Luisa, Mussolini immaginario. Storia di una biografia 1915–1939, Rom/Bari 1991.

Patel, Kiran Klaus, „Soldaten der Arbeit". Arbeitsdienst in Deutschland und in den USA, 1933–1945, Göttingen 2003 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 157).

Paulmann, Johannes, Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18.–20. Jahrhunderts, in: HZ 267 (1998), S. 649–685.

Paulmann, Johannes, Pomp und Politik. Monarchenbegegnungen in Europa zwischen Ancien Régime und Erstem Weltkrieg, Paderborn/München/Wien u.a. 2000.

Pečatov, V.O., „Strel'ba cholostym": sovetskaja propaganda na zapad v načale cholodnoj vojny (1945–1947), in: Stalinskoe desjatiletie cholodnoj vojny: fakty i gipotezy, Moskau 1999, S. 108–133.

Peris, Daniel, Storming the Heavens. The Soviet League of the Militant Godless, Ithaca, NY 1998.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Peters, Bernhard, Deliberative Öffentlichkeit, in: Lutz Wingert/Klaus Günther (Hg.), Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit. Festschrift für Jürgen Habermas, Frankfurt am Main 2001, S. 655–677.

Petrone, Karen, Life Has Become More Joyous, Comrades. Celebrations in the Time of Stalin, Bloomington, IN 2000 (Indiana-Michigan Series in Russian and East European Studies).

Pike, David, The Politics of Culture in Soviet Occupied Germany, Stanford, Cal. 1992.

Pistorius, Elke, Der Wettbewerb um den Sowjetpalast, in: Gabriele Gorzka (Hg.), Kultur im Stalinismus. Sowjetische Kultur und Kunst der 1930er bis 50er Jahre, Bremen 1994, S. 153–167.

Plaggenborg, Stefan, Revolutionskultur. Menschenbilder und kulturelle Praxis in Sowjetrußland zwischen Oktoberrevolution und Stalinismus, Köln/Weimar/Wien 1996 (Reihe Beiträge zur Geschichte Osteuropas, Band 21).

Plamper, Jan, Georgian Koba or Soviet „Father of Peoples"? The Stalin Cult and Ethnicity, in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 123–140.

Plamper, Jan, ‚The Hitlers Come and Go …', the Führer Stays: The Stalin Cult in East Germany, in: Klaus Heller/Jan Plamper (Hg,), Personenkulte im Stalinismus/Personality Cults in Stalinism, Göttingen 2004, S. 301–329.

Poiger, Uta G., Rock 'n' Roll, Female Sexuality, and the Cold War Battle over German Identities, in: JMH 68 (1996), S. 577–616.

Poiger, Uta G., Jazz, Rock and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany, Berkeley, Cal./Los Angeles, Cal./London 2000 (Studies on the History of Society and Culture, Band 35).

Porter, Brian, When Nationalism Began to Hate. Imagining Modern Politics in Nineteenth-Century Poland, Oxford/New York, NY 2002.

Poutrus, Patrice G., Bomben auf Elbflorenz. Die Zerstörung Dresdens als Thema in der antiamerikanischen Propaganda der DDR, in: Jan C. Behrends/Árpád von Klimó/Patrice G. Poutrus (Hg.), Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa, Bonn 2005, S. 143–158.

Prokop, Siegfried, Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquête über die Lage der Intelligenz in der DDR. Analyse und Dokumentation, Schkeuditz 2003.

Protte, Katja, Zum Beispiel ... der 1. Mai 1951 in Ost-Berlin – Agitation, staatliche Selbstdarstellung und Utopie, in: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin/München 1996, S. 118–135.

Raabe, Thomas, SED-Staat und katholische Kirche. Politische Beziehungen 1945–1961, Paderborn/München/Wien u.a. 1995.

Rathe, Daniela, Soja – eine „sowjetische Jeanne d'Arc"? Zur Typologie einer Kriegsheldin, in: Silke Satjukow/Rainer Gries (Hg.), Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002, S. 45–59.

Rees, E.A., Stalin as Leader 1934–1937: From Oligarch to Dictator, in: ders. (Hg.), The Nature of Stalin's Dictatorship. The Politburo 1924–1953, Basingstoke/New York, NY 2004.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Rees, E.A., Leader Cults: Varieties, Preconditions and Functions, in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 3–26.

Rees, E.A. (Hg.), The Nature of Stalin's Dictatorship. The Politburo 1924–1953, Basingstoke/New York, NY 2004 (Studies in Russian and East European History and Society).

Reichardt, Sven, Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Faschismus und in der deutschen SA, Köln/Weimar/Wien 2002 (Industrielle Welt, Band 63).

Reichel, Peter, Der schöne Schein des dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus, Frankfurt am Main 1996 (Die Zeit des Nationalsozialismus) [Erstausgabe 1991].

Requate, Jörg, Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse, in: GG 25 (1999), S. 5–32.

Richter, Jenny/Heike Förster/Ulrich Lakemann, Stalinstadt – Eisenhüttenstadt. Von der Utopie zur Gegenwart. Wandel industrieller, regionaler und sozialer Strukturen, Marburg 1997.

Ritter, Gerhard A., Die DDR in der deutschen Geschichte, in: VfZ 50 (2002), S. 171–200.

Rittersporn, Gábor T., The Omnipresent Conspiracy: On Soviet Imagery of Political and Social Relations in the 1930s, in: Chris Ward (Hg.), The Stalinist Dictatorship, London/New York, NY/Sydney u.a. 1998, S. 261–277.

Rittersporn, Gábor T., Die sowjetische Welt als Verschwörung, in: Ute Caumanns/Matthias Niendorf (Hg.), Verschwörungstheorien. Anthropologische Konstanten – historische Varianten, Osnabrück 2002, S. 103–124.

Rittersporn, Gábor T., Fremde in einer Gesellschaft der Fremden: Das sowjetische Beispiel, in: Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hg.), Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003, S. 43–56.

Rittersporn, Gábor T./Malte Rolf/Jan C. Behrends, Von Schichten, Räumen und Sphären: Gibt es eine sowjetische Ordnung von Öffentlichkeiten? Einige Überlegungen in komparativer Perspektive, in: dies. (Hg.), Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs/The Public Sphere in Soviet Type Societies, Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a. 2003, S. 389–422.

Rittersporn, Gábor T./Malte Rolf/Jan C. Behrends (Hg.), Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten/Public Spheres in Soviet Type Societies. Between the Great Show of the Party-State and Religious Counter-Cultures, Frankfurt am Main/Berlin/Bern u.a. 2003 (Komparatistische Bibliothek, Band 11).

Röhl, John C.G., Wilhelm II. Der Aufbau der persönlichen Monarchie 1888–1900, München 2001.

Roesler, Jörg, Planwirtschaft und Produktionspropaganda, in: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag. Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin/München 1996, S. 345–363.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Rokicki, Konrad, Kłotpotliwy dar: Pałac Kultury i Nauki, in: Jerzy Kochanowski (Hg.), Zbudować Warszawę piękną...O nowy krajobraz stolicy (1944–1956), Warschau 2003, S. 97–212.

Rolf, Malte, Feste des „roten Kalenders": der Große Umbruch und die sowjetische Ordnung der Zeit, in: ZfG 49 (2001), S. 101–118.

Rolf, Malte, Working Towards the Centre: Leader Cults and Spatial Politics in Pre-war Stalinism, in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 141–157.

Rolf, Malte, Das sowjetische Massenfest, Hamburg 2006.

Roman, Wanda Krystyna, Die sowjetische Okkupation der polnischen Ostgebiete 1939 bis 1941, in: Bernhard Chiari (Hg.), Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg, München 2003, S. 87–110.

Romek, Zbigniew, Walka z „amerykańskim zagrożeniem" w okresie stalinowskim, in: Polska 1944/1945–1989, Band 5, Życie codzienne w Polsce 1945–1955, Warschau 2001, S. 173–208.

Roszkowski, Wojciech, Historia Polski. 1914–1998, Warschau ^{7}1999.

Roth, Heidi, Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Mit einem einleitenden Kapitel von Karl Wilhelm Fricke, Köln/Weimar/Wien 1999 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Band 11).

Roth, Heidi, Leipzig und Görlitz: Die SED-Macht zeigt sich hilflos, in: Ulrich Mählert (Hg.), Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003, S. 77–108.

Roth, Heidi, Der 17. Juni 1953 in Görlitz. Dokumentation zum Volksaufstand, Bautzen 2003 (Lusatia Historie).

Rothschild, Joseph, Return to Diversity. A Political History of East Central Europe Since World War II, New York, NY/Oxford ^{2}1993.

Rousso, Henry (Hg.), Stalinism and Nazism. History and Memory Compared, Lincoln; NE/London 2004 (European Horizons).

Rubenstein, Joshua, Tangled Loyalties. The Life and Times of Ilya Ehrenburg, London/New York 1996.

Joshua Rubenstein/Vladimir P. Naumov (Hg.), Stalin's Secret Pogrom. The Postwar Inquisition of the Jewish Anti-Fascist Committee, New Haven, Conn./London 2001.

Ruchniewicz, Krzysztof (Hg.), Powstanie czerwcowe w NRD w 1953 roku na tle innych wystąpien antykomunistycznych w krajach Europy Środkowo-Wschodniej, Breslau 2003 (Monografie Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. Willy Brandta, Band 4 : Acta Universitatis Wratislaviensis No. 2578).

Ruchniewicz, Małgorzata, Repatriacja ludności polskiej z ZSRR w latach 1955–59, Warschau 2000 (Brostiana, Band 5).

Rupieper, Hermann-Josef (in Verbindung mit Daniel Bohse und Inga Grebe) (Hg.), „Und das Wichtigste ist doch die Einheit." Der 17. Juni in den Bezirken Halle und Magdeburg, Münster/Hamburg/London 2003 (Forschungen zur Neuesten Geschichte, Band 1).

Ryklin, Michail, Räume des Jubels. Totalitarismus und Differenz, Frankfurt am Main 2003.

Ryklin, Michail, Metrodiskurs I, in: ders., Räume des Jubels. Totalitarismus und Differenz, Frankfurt am Main 2003, S. 87–110.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Ryklin, Michail, Metrodiskurs II, in: ders., Räume des Jubels. Totalitarismus und Differenz, Frankfurt am Main 2003, S. 111–133.

Ryklin, Michail, Ort der Utopie, in: ders., Räume des Jubels. Totalitarismus und Differenz, Frankfurt am Main 2003, S. 134–148.

Ryklin, Michail, Schönschriften des Terrors. Zurück aus Sowjetrußland. André Gide als „großer Reisender", in: ders., Räume des Jubels. Totalitarismus und Differenz, Frankfurt am Main 2003, S. 164–184.

Rykowski, Zbysław/Wiesław Władyka, Polska próba. Październik `56, Krakau 1989.

Sabrow, Martin, Einleitung: Geschichtsdiskurs und Doktringesellschaft, in: ders. (Hg.), Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 9–35.

Sabrow, Martin (Hg.), Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, Köln/Weimar/Wien 2000 (Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte, Band 3 Zeithistorische Studien, Band 14).

Sabrow, Martin/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945, München 2003.

Saldern, Adelheid von, Öffentlichkeiten in Diktaturen. Zu den Herrschaftspraktiken im Deutschland des 20. Jahrhunderts, in: Günther Heydemann/Heinrich Oberreuther (Hg.), Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen, Verhaltensweisen, Bonn 2003, S. 442–475.

Saldern, Adelheid von (Hg.), Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten, Stuttgart 2003 (Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung, Band 1).

Sander, Helke/Barbara Johr (Hg.), Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder, München 1992.

Satjukow, Silke/Rainer Gries (Hg.), Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002.

Sattler, Friederike, „Seht euch vor, ihr sitzt auf einem Vulkan!" Der 17. Juni in den Leuna- und Bunawerken, in: Hermann-Josef Rupieper (Hg.), „Und das Wichtigste ist doch die Einheit." Der 17. Juni in den Bezirken Halle und Magdeburg, Münster/Hamburg/London 2003, S. 280–330.

Schafranek, Hans, Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten an Nazideutschland 1937–1941, Frankfurt am Main 1990.

Schenk, Frithjof Benjamin, Tannenberg/Grunwald, in: Etienne François/Hagen Schulze, (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte I, München 2001, 438–454.

Scherstjanoj, Elke, Die DDR im Frühjahr 1952. Sozialismuslosung und Kollektivierungsbeschluß in sowjetischer Perspektive, in: DA 27 (1994), S. 354–363.

Scherstjanoi, Elke, Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953. Eine Dokumentation (im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte zusammengestellt und herausgegeben von Elke Scherstjanoi), München 1998.

Scheurig, Bodo, Verräter oder Patrioten. Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und der Bund deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–1945, Berlin/Frankfurt am Main 1993.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Schiewe, Andrea/Jürgen Schiewe, Witzkultur in der DDR. Ein Beitrag zur Sprachkritik, Göttingen 2000.

Schievelbusch, Wolfgang, Vor dem Vorhang. Das geistige Berlin 1945–1948, Frankfurt am Main 1997.

Schildt, Axel/Arnold Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993 (Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 33).

Schlögel, Karl, Moskau lesen. Die Stadt als Buch, Berlin 2000.

Schlögel, Karl, Landschaft nach der Schlacht, in: ders., Promenade in Jalta und andere Städtebilder, Darmstadt 2001, S. 297–310.

Schlögel, Karl, Promenade in Jalta und andere Städtebilder, Darmstadt 2001.

Schlögel, Karl, Der 17. Juni und die Krisengeschichte des sozialistischen Systems, in: Hendrik Bispinck/Jürgen Danyel/Hans Hermann Hertle u.a. (Hg.), Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Berlin 2004, S. 23–41.

Schmiechen-Ackermann, Detlef, Diktaturen im Vergleich, Darmstadt 2002 (Kontroversen um die Geschichte).

Schmidt, Karl-Heinz, Als Stalin starb. Die Reaktion des SED-Regimes und der Bevölkerung im Spiegel interner Berichte, in: Klaus Schroeder (Hg.), Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994, S. 85–111.

Schöllgen, Gregor, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1999.

Schönknecht, Thomas, Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München ^{2}1993, S. 734–747.

Schroeder, Klaus (Hg.), Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin).

Schütrumpf, Jörn, „Besprechungen zwischen ehemaligen VVN-Kameraden ... dürfen nicht mehr stattfinden." Antifaschismus in der DDR, in: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin/München 1996, S. 142–152.

Schulze Wessel, Martin, Rapallo, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte I, München 2002, S. 537–551.

Schwabe, Klaus, Rostock: Erhebung an der Küste, in: Ulrich Mählert (Hg.), Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003, S. 157–171.

Schwabe, Klaus, Das Ende des Ersten Weltkrieges, in: Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumreich/Irina Renz (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn/München/Wien u.a. 2003, S. 293–303.

Schwarz, Hans-Peter, Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994.

Schwarz, Hans-Peter, Charismatische (Ver-)Führer, in: Totalitarismus und Demokratie 1 (2004), S. 15–33.

Shiraev, Eric/Vladislav Zubok, Anti-Americanism in Russia. From Stalin to Putin, New York, NY/Basingstoke 2000.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Shlapentokh, Vladimir, The Changeable Soviet Image of America, in: Thomas Perry Thornton (Hg.), Anti-Americanism. The Annals of the American Academy of Political and Social Science 497, Newbury Park, Cal./Beverly Hills, Cal./New Dehli u.a. 1988, S. 157–171.

Siegrist, Hannes, Perspektiven der vergleichenden Geschichtswissenschaft. Gesellschaft, Kultur und Raum, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Schriewer (Hg.), Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt am Main/New York, NY 2003, S. 305–340.

Simmel, Georg, Soziologie. Untersuchungen über Formen der Vergesellschaftung (hg. von Otthein Rammstedt) [1908], Frankfurt am Main ^{3}1999 (Georg Simmel Gesamtausgabe, Band 11).

Simonici, Gabriele, The Communist Party of Poland 1918–1929. A Study in Political Ideology, Lewiston, NY/Queenston, Ont./Lampeter 1993.

Skoczylas, Michał, Wybory do Sejmu Ustawodawczego z 19 stycznia 1947 r. w świetle skarg ludności, Warschau 2003 (W krainie PRL).

Śleszyński, Wojciech, Okupacja sowiecka na Białostocczyźnie 1939–1941. Propaganda i indoktrynacja, Białystok 2001.

Slezkine, Yuri, The USSR as a Communal Appartment or How a Socialist State Promoted Ethnic Particularism, in: Slavic Review 53 (1994), S. 414–452.

Slezkine, Yuri, Arctic Mirrors. Russia and and the Small Peoples of the North, Ithaca, NY/London 1994.

Ślusarczyk, Jacek, Ruch obrońców pokoju w latach 1948–1989, Warschau 1996.

Smith, Arthur L., Kampf um Deutschlands Zukunft. Die Umerziehung von Hitlers Soldaten, Bonn 1996.

Sowiński, Paweł, Der 1. Mai als totalitäres Theater in der Volksrepublik Polen (1949–1954), in: ZfO 48 (1999), S. 350–383.

Sowiński, Paweł, Komunistyczne święto. Obchody 1 maja w latach 1948–1954, Warschau 2000 (W krainie PRL).

Stadelmann, Matthias, „O, wie gut ist es, im sowjetischen Land zu leben" – Unterhaltungskultur als gesellschaftliches Integrationsmoment im stalinistischen Regime, in: GG 30 (2004), S. 74–93.

Staritz, Dietrich, Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München ^{3}1995 (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart).

Staritz, Dietrich, Geschichte der DDR. Erweiterte Neuausgabe, Frankfurt am Main 1996 (Neue Historische Bibliothek).

Steininger, Rolf, Deutsche Geschichte seit 1945. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Band 1, 1945–1947.

Stites, Richard, Revolutionary Dreams, Utopian Vision and Experimental Life in the Russian Revolution, New York, NY 1989.

Stoecker, Holger, „Stalin, das ist der Frieden!" – Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die friedenspolitische Propaganda in der DDR, in: Dieter Vorsteher (Hg.), Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale, Symbole der frühen DDR, München/Berlin 1996, S. 395–405.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Stola, Dariusz, Kampania antysyonistyczna w Polsce 1967–1968, Warschau 2000.
Stola, Dariusz/Marcin Zaremba (Hg.), PRL. Trwanie i zmiania. (Profesorowi Marcinowi Kuli), Warschau 2003.
Stöver, Bernd, Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische *Liberation Policy* im Kalten Krieg 1947–1991, Köln/Weimar/Wien 2002 (Zeithistorische Studien, Band 22).
Stöver, Bernd, Der Kalte Krieg, München 2003.
Strunk, Peter, Zensur und Zensoren. Medienkontrolle und Propagandapolitik unter sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland, Berlin 1996 (Edition Bildung und Wissenschaft, Band 2).
Subkowa, Jelena [Zubkova, Elena], Kaderpolitik und Säuberungen in der KPdSU(1945–1953), in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn/München/Wien u.a., S. 187–236.
Süß, Walter, Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999 (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Band 15).
Suckut, Siegfried, Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung. Konzeptionelle Differenzen, Legitimations- und Akzeptanzprobleme, in: DA 25 (1992), S. 370–384.
Sudziński, Ryszard (Hg.), Oblicza polskiego stalinizmu (Materiały z konferencji naukowej zorganizowanej w dniu 20 maja 1999 przez Wydział Humanistyczny WSHE), Włocławek 2000.
Sundhaussen, Holm/Hans-Joachim Torke (Hg.), 1917–1918 als Epochengrenze?, Wiesbaden 2000 Multidisziplinäre Veröffentlichungen Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Band 8).
Suny, Ronald Grigor, The Revenge of the Past. Nationalism, Revolution and the Collapse of the Soviet Union, Stanford, Cal. 1993.
Szajnok, Bożena, Pogrom Żydów w Kielcach 4 lipca 1946, Warschau 1992.
Szarota, Tomasz, Resistenz und Selbstbehauptung der polnischen Nation, in: Włodzimierz Borodziej/Klaus Ziemer (Hg.), Deutsch-polnische Beziehungen. 1939–1945–1949, Osnabrück 2000, S. 135–162.
Szarota, Tomasz (Hg.), Komunizm. Ideologia, system, ludzie (Profesor Krystynie Kersten), Warschau 2001.
Taubman, William, Khrushchev: The Man and His Era, New York, NY 2002.
Ther, Philipp, Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956, Göttingen 1998 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 127).
Ther, Philipp, Die einheimische Bevölkerung des Oppelner Schlesien nach dem Zweiten Weltkrieg: Die Entstehung einer deutschen Minderheit, in: GG 26 (2000), S. 407–438.
Ther, Philipp, The Relational Basis of a Comparative History of Germany and Europe, in: CEH 36 (2003), S. 45–73.
Thiriet, Damien, Marks czy Maryja? Komuniści i Jasna Góra w apogeum stalinizmu (1950–1956), Warschau 2002 (W krainie PRL).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Thornton, Thomas Perry (Hg.), Anti-Americanism. The Annals of the American Academy of Political and Social Science 497, Newbury Park, Cal./Beverly Hills, Cal./New Dehli u.a. 1988.

Thoß, Bruno (Hg.), Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer „verdeckten Aufrüstung" in der SBZ/DDR, München 1994 (Beiträge zur Militärgeschichte, Band 51).

Thum, Gregor, Die fremde Stadt. Breslau 1945, Berlin 2003.

Tillet, Lowell, The Great Friendship. Soviet Historians on the Non-Russian Nationalities, Chapel Hill, NC 1969.

Timasheff, Nicholas S., The Great Retreat. The Growth and Decline of Communism in Russia, New York , NY 1946.

Tucker, Robert C., Stalin in Power. The Revolution from Above, 1928–1941, New York, NY/London 1990.

Tulard, Jean, Napoleon, The Myth of the Saviour, London 1985.

Tumarkin, Nina, The Living and the Dead. The Rise and Fall of the Cult of World War II in Russia, New York, NY 1994.

Tumarkin, Nina, Lenin Lives! The Lenin Cult in Soviet Russia, Cambridge, Mass. ²1997.

Tyszkiewicz, Jakub, Sto wielkich dni Wrocławia. Wystawa Ziem Odzyskanych we Wrocławiu a propaganda polityczna Ziem Zachodnich i Północnych w latach 1945–1948, Breslau 1997.

Überschär, Ellen, Ein neuer ‚Kirchenkampf'? Kirchliche Deutungen im Umfeld des 17. Juni, in: Martin Greschat/Jochen-Christoph Kaiser (Hg.), Die Kirchen im Umfeld des 17. Juni, Stuttgart 2003, S. 109–128.

Überschär, Gerd R. (Hg.), Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt am Main 1995 (Die Zeit des Nationalsozialismus).

Verhey, Jeffrey, Neue Arbeiten zur Propagandageschichte, in: AfS 40 (2001), S. 624–632.

Voigt, Heinz, Jena: Die Zeiss-Arbeiter proben den Aufstand, in: Ulrich Mählert (Hg.), Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003, S. 109–131.

Volkmann, Hans-Erich (Hg.), Rußlandbild im Dritten Reich, Köln/Weimar/Wien 1994.

Vorsteher, Dieter (Hg.), Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR (Buch zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums vom 13. Dezember 1996 bis 11. März 1997), Berlin/München 1996.

Ward, Chris (Hg.), The Stalinist Dictatorship, London/New York, NY/Sydney u.a. 1998.

Weber, Hermann/Ulrich Mählert (Hg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn/München/Wien u.a. ²2001.

Weber, Hermann, Zehn Jahre historische Kommunismusforschung. Leistungen, Defizite, Perspektiven, in: VfZ 50 (2002), S. 611–634.

Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie (Fünfte, revidierte Auflage besorgt von Johannes Winckelmann), Tübingen ⁵1990 [Originalausgabe 1921].

Wehler, Hans-Ulrich, Diktaturenvergleich, Totalitarismustheorie und DDR-Geschichte, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-Deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 346–352

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

 http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Band. Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003.

Weiner, Amir (Hg.), Landscaping the Human Garden. Twentieth Century Population Management in a Comparative Framework, Stanford, Cal. 2003.

Weiner, Amir, When Memory Counts. War, Genocide and the Postwar Soviet Jewry, in: ders. (Hg.), Landscaping the Human Garden. Twentieth Century Population Management in a Comparative Framework, Stanford, Cal. 2003, S. 167–188.

Weiner, Amir, Nature and Nurture in a Socialist Utopia: Delineating the Soviet Socio-Ethnic Body in the Age of Socialism, in: David L. Hoffmann (Hg.), Stalinism. The Essential Readings, Malden, Mass./Oxford/Melbourne u.a. 2003, S. 239–274.

Weitz, Eric D., Creating German Communism. From Popular Protest to Socialist State, Princeton, NJ 1997.

Weitz, Eric D., Race, Nation, Class. Das „Schwarzbuch des Kommunismus" und das Problem des Vergleichs zwischen nationalsozialistischen und sowjetischen Verbrechen, in: Werkstatt Geschichte 22 (1999), S. 75–91.

Weitz, Eric D., A Century of Genocide. Utopias of Race and Nation, Princeton, NJ 2003.

Welzer, Harald/Sabine Moller/Karoline Tschugnall: „Opa war kein Nazi". Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt am Main 2002 (Die Zeit des Nationalsozialismus).

Werkentin, Falco, Der totale soziale Krieg. Auswirkungen der 2. Parteikonferenz der SED im Juni 1952, in: JHK 2002, S. 23–54.

Werth, Nicolas, Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion, in: Stéphane Courtois/Nicolas Werth/Jean Louis Panné u.a. (Hg.), Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München 1998, S. 51–288.

Werth, Nicolas, Forms of Autonomy in „Socialist Society", in: Henry Rousso (Hg.), Stalinism and Nazism. History and Memory Compared, Lincoln, NE/London 2004, S. 111–141.

Wette, Wolfram, Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches, in: Wilhelm Deist/Manfred Messerschmidt/Hans-Erich Volkmann u.a.: Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkriegs, Frankfurt am Main 1991, S. 25–198.

Wette, Wolfram, Das Rußlandbild in der NS-Propaganda, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.), Rußlandbild im Dritten Reich, Köln/Weimar/Wien 1994, S. 55–78.

Wette, Wolfram, Die Wehrmacht. Feindbilder. Vernichtungskrieg. Legenden, Frankfurt am Main 2002.

Wettig, Gerhard, Der 17. Juni im Lichte der neuesten Literatur, in: DA 36 (2003), S. 881–893.

Wingert, Lutz/Klaus Günther (Hg.), Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit. Festschrift für Jürgen Habermas, Frankfurt am Main 2001.

Winkler, Heinrich August, Der lange Weg nach Westen, 2 Bände, München 2000.

Wolff, Larry, Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment, Stanford, Cal. 1994.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Wolkow, Wladimir K., Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947–1952), in: ZfG 48 (2000), S. 20–49.

Wolle, Stefan, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Bonn 1998 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 349).

Wolle, Stefan, Berlin: Die Stalinallee – Vom Symbol des sozialistischen Aufbaus zum Zentrum des Arbeiterprotestes, in: Ulrich Mählert (Hg.), Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003, S. 36–55.

Wrochem, Oliver von, Die sowjetischen „Besatzer". Konstruktionen des Fremden in der lebensgeschichtlichen Erinnerung, in: Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hg.), Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003, S. 57–74.

Wtorkiewicz, Jarosław, Wojsko Polskie w akcji propagandowej i wyborach do Sejmu Ustawodawczego w 1947 roku, Warschau 2002 (W krainie PRL).

Zaremba, Marcin, Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce, Warschau 2001 (W krainie PRL).

Marcin Zaremba, The Second Step of a Ladder. The Cult of the First Secretaries in Poland, in: Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones u.a. (Hg.), The Leader Cult in Communist Dictatorships, Basingstoke/New York, NY 2004, S. 261–278.

Zaremba, Marcin, Drugi stopień drabiny. Kult pierwszych sekretarzy w Polsce, in: Dariusz Stola/Marcin Zaremba (Hg.), PRL. Trwanie i zmiania, Warschau 2003, S. 39–74.

Zaremba, Marcin, Opinia publiczna w Polsce wobec choroby i śmierci Józefa Stalina, in: Andrzej Friszke (Hg.), Władza i społeczeństwo w PRL. Studia historyczne, Warschau 2003, S. 19–53.

Zarusky, Jürgen (Hg.), Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen, München 2002 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Band 84).

Zeidler, Manfred, Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße, München 1996.

Żenczykowski, Tadeusz, Polska Lubelska 1944, Warschau 1990.

Zernack, Klaus, Preußen – Deutschland – Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen (hg. von Wolfram Fischer und Michael G. Müller), Berlin 1991 (Historische Forschungen, Band 44).

Zernack, Klaus, Negative Polenpolitik als Grundlage deutsch-russischer Diplomatie in der Mächtepolitik des 18. Jahrhunderts, in: ders., Preußen – Deutschland – Polen. Aufsätze zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, Berlin 1991, S. 225–242.

Zernack, Klaus, Polen und Rußland. Zwei Wege in der europäischen Geschichte, Berlin 1994 (Propyläen Geschichte Europas, Ergänzungsband).

Zernack, Klaus, Polen und die Oktober-Revolution, in: Holm Sundhaussen/Hans-Joachim Torke (Hg.), 1917–1918 als Epochengrenze?, Wiesbaden 2000, S. 121–134.

Zubkova, Elena, Russia after the War. Hopes, Illusions and Disappointments, New York, NY/London 1998.

Zubkova, Elena, Stalin i obščestvennoe mnenie v SSSR 1945–1953, in: Stalinskoe desjatiletie cholodnoj vojny: fakty i gipotezy, Moskau 1999, S. 151–170.

Zubkova, Elena, Poslevoennoe sovetskoe obščestvo: politika i povsednevnost' 1945–1953, Moskau 2000 (Social'naja istorija Rossii XX veka).

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Zubok, Vladislav, „Unverfroren und grob in der Deutschlandfrage ..." Berija, der Nachfolgestreit nach Stalins Tod und die Moskauer DDR-Debatte im April-Mai 1953, in: Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europas, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 29–48.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

4. Anmerkung zu Ortsnamen, zur Übersetzung und zur Transliteration

Aus pragmatischen Gründen verwende ich in diesem Buch – soweit vorhanden – die deutschen Namen geographischer Orte; also Warschau statt Warszawa und Breslau statt Wrocław. Dies geschieht aufgrund der besseren Verständlichkeit und bedeutet keine politische Aussage.

Polnische und russische (sowjetische) Quellen und Literatur werden mit dem Originaltitel zitiert. Sämtliche Übersetzungen im Fließtext stammen – soweit nicht anders ausgewiesen – vom Verfasser. Wo es mir notwendig oder aufschlußreich erschien, habe ich Wendungen oder Begriffe in der Originalsprache dokumentiert. Mit Ausnahme eingeführter Namen und Begriffe (Trotzki statt Trockij) verwende ich bei der Übertragung des Russischen die wissenschaftliche Transliteration. Wegen der verschiedenen Sprachen und Transliterationsregime ist die unterschiedliche Schreibweise von Eigennamen (Rokossovski und Rokossowski) gelegentlich unvermeidlich. Sämtliche Fehler und Ungenauigkeiten beim Umgang mit fremden Sprachen fallen allein auf den Verfasser zurück.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Personenregister

Abusch, Alexander 186ff., 201f., 212
Achmatova, Anna A. 71
Ackermann, Anton 45f., 121, 152f., 203, 205, 287
Adenauer, Konrad 272, 275–278, 350, 359
Aleksandrov, Georgij G. 125, 132
Aleksandrov Aleksander V. 210
Arndt, Ernst Moritz 45
Axen, Hermann 323
Babel, Isaak E. 91
Bach-Zelewski, Erich von dem 96
Barbusse, Henri 51
Bartel, Kurt (Kuba) 62, 204
Batowski, Henryk 105
Bauman, Zygmunt 9
Bebel, August 53
Becher, Johannes R., 45, 121f., 128f., 175, 209, 213, 215, 296
Beck, Józef 43
Beethoven, Ludwig van 114, 137, 179, 203
Berija, Lavrentij P. 35, 311, 333
Berman, Jakub 99, 111, 217
Bersarin, Nikolaj E. 261
Bierut, Bołesław 136, 138,139, 142, 147f., 178, 180ff., 190, 197, 218, 253, 255, 266, 282, 295, 332f.
Bismarck, Otto Fürst von 174
Bór-Komorowski, Tadeusz 182
Brandt, Willy 359, 365
Brecht, Bertolt 10
Bredel, Willi 161
Brežnev, Leonid I. 366f., 370
Brus, Włodzimierz 56, 59, 67f., 82, 85, 116, 362
Bucharin, Nikolaj I. 9f.
Bulganin, Nikolaj A. 102, 330, 342
Byrnes, James 267
Caesar (Cäsar) 296, 299
Capa, Robert 9
Caute, David 254
Chruščev, Nikita S. 172, 287, 328f., 332ff., 337, 342ff., 357
Churchill, Winston 113f., 137, 179, 267
Claudius, Eduard 59ff., 70, 88f.
Clausewitz, Carl von 45
Conrad, Joseph 378
Cyrankiewicz, Józef 113, 258, 265, 291
Dąbrowski, Henryk 144
Dąbrowska, Maria 330
Denikin, Anton I. 66
Dieckmann, Johannes 359
Dimitrov, Georgi M. 39, 41, 47f., 94, 101, 121, 133, 332
Dzierżyński (Dzeržinskij), Feliks E. 149
Ebert, Friedrich 162, 203, 246–260, 309, 358f.
Ehrenburg (Ėrenburg), Ilja G. 71, 119, 279f., 291, 361f.
Eisenhower, Dwight D. 299
Eisenstein (Ėjzenštejn), Sergej M. 71
Ende, Lex 160, 167, 247f.
Engels, Friedrich 163, 303, 318
Fadeev, Aleksander A. 163
Fechner, Max 150
Feuchtwanger, Lion 57f., 175
Finder, Paweł 39
Foucault, Michel 13
Fourier, Charles 53
Friszke, Andrzej 366
Furet, François 49
Gałczyński, Konstanty Ildefons 171
Gerassimov, Aleksander M. 196

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Gide, André 49, 52, 72
Gierek, Edward 341, 365f.
Goebbels, Joseph 38
Goethe, Johann Wolfgang von 203
Gomułka, Władysław 92, 99f., 107f., 110, 138f., 147, 251, 287, 333, 342ff., 346ff., 350f., 359, 361, 363, 365
Gorbačev, Michail S. 369f.
Gorki (Gorkij), Maxim 163
Gottwald, Klement 332
Grotewohl, Otto 150, 198, 202f., 212, 222, 241f., 259, 265f., 291, 309, 314f., 317
Grünberg, Gottfried 247f., 250f., 310f., 325f., 328
Gussev, Dmitrij 250
Hager, Kurt 205
Hamacher, Fritz 167
Handke, Georg 359
Harich, Wolfgang 329
Hauser, Harald 203
Hell, Michael 82
Hermaszewski, Mirosław 367f.
Hermlin, Stephan 61f., 66f., 70, 72f., 85, 204
Herrnstadt, Rudolf 44f., 155f., 323
Heym, Stefan 62f., 70, 324
Heymann, Stefan 157
Hindenburg, Paul von 173f.
Hitler, Adolf 28, 30, 37f., 41, 69, 119, 166, 174, 184, 186, 190, 204, 269, 277, 303, 335, 337
Hlond, August Kardinal 101
Hobsbawm, Eric J. 149
Honecker, Erich 199, 206f., 365f., 370
Injuschkin (Injuškin), M. 210
Ivanov, L.N. 244f.
Jähn, Siegmund 367
Janka, Walter 329
Jarausch, Konrad H. 366
Jaruzelski, Wojciech 368
Jünger, Ernst 45
Kaganovič, Lazar' M. 354
Kahn, Albert E. 56, 65
Kantorowicz, Alfred 163, 199, 203ff., 215, 291, 293, 296
Kellermann, Bernhard 58, 60, 71, 80, 82, 88
Kellermann, Ellen 58, 88
Kennan, George F. 29
Klemperer, Victor 27, 126f., 149, 184ff., 199, 204f., 213f., 216, 224, 284f., 296
Kleßmann, Christoph 19
Kliszko, Zenon 100
Kolesničenko, I. S. 154f.
Koltschak (Kolčak), Alexander V. 66
Kornacki, Jerzy 103
Kornatowski, Wiktor 105
Kościuszko, Tadeusz 109, 144
Koselleck, Reinhart 13
Kosłowska, Helena 100
Kosmodemjanskaja, Soja A. 79, 229
Kott, Jan 284
Krug, Manfred 354
Kuczynski, Jürgen 89, 150ff., 159f., 162ff., 188, 200ff., 207, 212–215, 244ff., 248, 362
Kurella, Alfred 44f., 56, 68, 76, 89, 160, 163
Kuśnierz, Bronisław 182
Lampe, Alfred 40f., 46
Langhoff, Wolfgang 70ff.
Lasky, Malvin J. 71
Lebedev, Viktor 107
Lenin, Vladimir I. 62, 67, 163, 175, 187, 215, 226, 300, 303, 311f., 317, 354
Leonhard, Wolfgang 80, 119
Lieb, Fritz 56, 64, 74, 82
Lipski, Jan Józef 368
Locke, John 82
Lüdtke, Alf 13
Luxemburg, Rosa 267
Lyssenko (Lysenko), Trofim D. 77, 163
Machcewicz, Paweł 337, 339
Malenkov, Georgij M. 133, 299, 311f.
Mann, Heinrich 54
Mann, Thomas 54
Marek, Jiri 62

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Mariańska, Aniela 63, 77, 80
Mark, Hans 245f., 248
Markov, Walter 296
Marshall, George C. 114
Marx, Karl 163, 196, 203, 303, 317f., 349
Matern, Hermann 153, 163
Matuszewski, Stefan 251, 253
Melcer, Wanda 58
Merker, Paul 203
Mielke, Erich 365
Mikołajczyk, Stanisław 101, 106, 111f., 114ff., 337
Miłoz, Czesław 85, 135, 284, 378
Mitschurin (Mičurin), Iwan W. 77, 163
Moczar, Mieczysław 139
Molotov, Vjačeslav M. 33, 62, 92, 115, 132f., 163, 264, 299, 311, 330, 335
Müller, Sven von 55
Münzenberg, Willi 217
Napoleon Bonaparte 173, 296
Niekisch, Ernst 203
Ochab, Edward 100, 243f., 251, 253, 291, 333, 341, 358
Oelßner, Fred 150, 185, 205, 208, 248, 250, 314
Ollenhauer, Erich 350
Osóbka-Morawski, Edward 110
Ott, Alexander 171
Paperny, Vladimir 254
Pasternak, Leon 193
Pawlow (Pavlov), Ivan P. 163
Pieck, Wilhelm 46, 121, 150, 162, 164, 166, 185, 198f., 203, 235f., 241, 246, 275, 277, 299, 307f., 311, 314f.
Piłsudski, Józef 30, 40, 144, 174
Pius XII. 219
Polevoj, Boris N. 292
Preobraženskij, Evgenij A. 9
Radkiewicz, Stanisław 331
Rakowski, Mieczysław F. 353
Rau, Heinrich 203
Remek, Vladimír 367
Ribbentrop, Joachim von 184, 335
Rokossovskij (Rokossowski), Konstantin 107, 141–149, 197, 283, 342, 345f., 349f.
Rolland, Romain 54
Roosevelt, Franklin D. 54
Rubiner. Frida 70
Ryklin, Michail 50
Saint-Simon, Henri de 53
Sayers, Michael 56, 65
Schlögel, Karl 288
Švernik, Nikolaj M. 299
Seghers, Anna 56, 71, 74f., 85, 150f., 204
Semenov, Vladimir 123, 129
Šikin, Iosif V. 124f., 129
Sikorski, Władisław Eugeniusz 42
Simonov, Konstantin M. 279
Sobottka, Gustav 121
Solschenizyn (Solženicyn), Alexander I. 91
Spychalski, Marian 110
Stalin, Josef W. 10, 17, 28, 30, 35ff., 39ff., 44, 47f., 51, 61f., 66–69, 71, 83, 94f., 102, 113, 115, 119, 121, 130, 132, 140, 143, 146ff., 150, 162–165, 171–184, 186–201, 203, 205–214, 216ff., 220, 222–226, 230, 235f., 238, 241f., 258, 260f., 264f., 268, 275, 282, 285, 288–307, 309–314, 317f., 328ff., 332–335, 337, 342f., 349, 354f., 357, 370, 375
Steidl, Luitpolt 156
Stein, Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum 45
Steinbeck, John 9
Steinitz, Wolfgang 83, 152, 156
Stern, Magda 246
Stern, Viktor 203
Stroux, Johannes 73
Suslov, Michail A. 109, 128, 141, 150, 180, 258
Świątkowski, Henryk 56, 58, 65, 104, 112f., 136ff., 243f., 251
Światło, Józef 278, 331

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Świerczewski („Walter"), Karol 144
Sztachelska, Irena 78f.
Thälmann, Ernst 317
Timasheff, Nicholas 57
Tjul'panov, Sergej I. 122, 127–130, 134, 150f., 153f., 162ff., 186
Trotzki (Trockij), Leo D. 177, 335
Truman, Harry S. 114
Tschuikow (Čuikov), Wassili I. 165
Turgenjew (Turgenev), Iwan S. 70
Ulbricht, Walter 45, 47, 121, 150, 162f., 203, 207f., 213, 241, 250, 259, 261, 264, 282, 310, 312, 314f., 317f., 329, 350f., 362, 365
Vargas, Eugen 151
Verner, Paul 248, 250
Wajda, Andrzej 363
Wallace, Henry 52
Wandel, Paul 245
Wasowski, Józef 56, 61, 73f., 80, 103f.
Wawilow (Vavilov), Nikolai I. 163
Ważyk, Adam 331
Weber, Max 172f., 224
Weinert, Erich 175, 204, 209f., 212
Wende, Jan Karol 106
Wenzel, Franz 59
Wilhelm II., König von Preußen und Deutscher Kaiser 173
Willerding, Klaus 166
Winternitz, Joseph 205
Wloch, Karl 267
Wojtyła, Karol (Johannes Paul II.) 367
Woroschilow (Vorošilov), Kliment E. 299
Wroński, Stanisław 136ff., 244, 251
Wycech, Czesław 359
Wyrzykowski, Marian 297
Wyszyński, Stefan Kardinal 329, 345, 347
Yorck, Johann David Ludwig Graf von Wartenburg 45
Zawadzki, Aleksander 100
Ždanov (Shdanov), Andrej 71, 117, 131ff., 163
Zinner, Hedda 79
Żółkiewski, Stefan 58
Zoščenko, Michail M. 71
Žukov, Georgij K. 107
(Rola-)Żymierski, Michał 147

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.358

Danksagung

Für die finanzielle Förderung der „erfundenen Freundschaft" danke ich Ute Frevert (damals Universität Bielefeld), dem Herder-Institut Marburg, dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Auch während der Jahre in Bielefeld und Marburg war das Potsdamer Zentrum meine geistige Heimat und ich freue mich, daß Konrad H. Jarausch und Martin Sabrow diese Arbeit in die „blaue Reihe" des Instituts aufgenommen haben. Eine vergleichende Studie kann nicht ohne Archivreisen und internationalen Austausch abgeschlossen werden. Für Reisemittel danke ich meinen früheren Arbeitgebern und der Humboldt Universität zu Berlin, dem Centre Marc Bloch, der Harvard University, den Deutschen Historischen Instituten in London, Warschau und Washington, dem Transatlantic Doctoral Seminar, der University of California at Berkeley und dem Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.

Aufenthalte in der Fremde sind Erlebnis und Wagnis. Die Freundschaft Franz Mauelshagens half mir durch die Bielefelder Jahre. Für ihre Gastfreundschaft in Berlin möchte ich Carsten Morsch, Jürgen Wieland und Albrecht Wiesener danken. Für Rat und Hilfe in Warschau bin ich Włodzimierz Borodziej, Jerzy Kochanowski, Paweł Sowiński und insbesondere Marcin Kula zu großem Dank verpflichtet. Anna und Martin Kohlrausch boten mir zeitweilig Heimstatt in Żoliborz. Voller Liebenswürdigkeit beantwortete Dorota Dąkowska meine Fragen über ihr Heimatland und in Krakau war Izabella Main eine gute Gastgeberin. Nicht nur durch seine Unterstützung im postsowjetischen Moskau hat sich Ivan Uspenskij unvergessene Verdienste erworben.

Den Mitarbeitern der deutschen, polnischen und russischen Archive danke ich für ihre Mithilfe auf der Suche nach Überresten der Großen Freundschaft. Für ihre Hilfsbereitschaft, die gelegentlich das normale Maß überschritt, bedanke ich mich bei den Mitarbeitern der Universitätsbibliothek Bielefeld, der Universitätsbibliothek Warschau und der hervorragenden Institutsbibliotheken des Herder-Instituts, des ZZF und des Wissenschaftszentrums Berlin. Ferner danke ich allen Arbeitskreisen, Kolloquien und Workshops, in denen ich dieses Projekt zwischen 1998 und 2006 vorstellen durfte. Für Gespräche und Hinweise bin ich Hans-Jürgen Bömelburg, John Connelly, Stefan-Ludwig Hoffmann, Sandrine Kott, Franka Maubach, Norman M. Naimark, Gábor T. Rittersporn und Eric D. Weitz besonders dankbar. Bei der Korrektur dieses Textes halfen Inken von Borzyskowski, Árpád von Klimó, Dennis Kuck, Malgosia Mazurek, Klaus Stieg und Marco Wauker. Waltraud Peters danke ich für Ihr umsichtiges Lektorat und die Geduld bei der Erstellung der Druckvorlage.

In der eigenen Erinnerung verbindet sich die historische Arbeit mit den Irrungen des eigenen Lebens und den Wirrungen der Zeitläufte. Nach 1989 eröffneten mir Klaus Zernack und Hans-Joachim Torke (†) in Dahlem Zugänge zur osteuropäischen Geschichte. Ende der

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

neunziger Jahre weckte Thomas Lindenberger in Potsdam mein Interesse am eigenen wissenschaftlichen Arbeiten und an unkonventionellen Fragestellungen in der Zeitgeschichte.

Den 11. September 2001 habe ich in Warschau im Archiv erlebt. Die gefühlte Zäsur vergrößerte die Distanz zum Untersuchungszeitraum. Als ein neues Zeitalter anbrach, erschien die Historisierung des 20. Jahrhunderts um so lohnender. Der Abschluß dieser Arbeit profitierte von der engagierten Betreuung meines Doktorvaters Christoph Kleßmann und der kompetenten Kritik Jörg Baberowskis, der das zweite Gutachten schrieb. Während des Forschens boten Freunde und Familie den Rückhalt, den ich benötigte. Mit Malte Rolf und Patrice Poutrus verbindet mich nicht nur die historische Arbeit, sondern lange Freundschaft. Beiden danke ich für Rat und Zuspruch auch jenseits der Wissenschaft. Die Großherzigkeit meiner Großeltern, Marianne und Gottfried Behrends (††), ermöglichte mir die eingehende Beschäftigung mit der Geschichte. Meine Mutter, Hannelore Behrends, war mir in den Jahren des Studiums und der Dissertation eine wichtige Stütze. Ohne die Liebe, Geduld und Ungeduld von Maren Tribukait wäre diese Arbeit nicht geschrieben worden. Sie ist meine erste Kritikerin und größte Liebe.

Jan C. Behrends Berlin, im Mai 2006

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor